

MITCHELL G. ASH

**Die Max-Planck-Gesellschaft
im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995**

Preprint 13



gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

MITCHELL G. ASH

**Die Max-Planck-Gesellschaft
im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995**

Preprint 13

Das GMPG-Forschungsprogramm untersucht die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung 1948 bis zum Ende der Präsidentschaft Hubert Markls 2002 und verfolgt den Fortgang des Programms »Aufbau Ost« bis in das Jahr 2005.

Vgl. dazu ausführlich die Projektbeschreibung:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschungsprogramm/projektbeschreibung>

Impressum

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Preprint 13

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka

Lektorat: Saskia Haag

Redaktion: Birgit Kolboske

Grafik/Satz: doppelpunkt Kommunikationsdesign

Druck: DIEDRUCKER.DE GmbH & Co. KG

Erscheinungsjahr: 2020

Ort: Berlin

ISSN: 2511-1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren

Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de>

DOI: 10.17617/2.3248601

Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995

Teil I. Einleitung	5
1. Zur Problemstellung und zum Zugang	5
2. Zum Stand der Forschung	15
(a) Zum Themenfeld politische Umbrüche im Allgemeinen sowie zu den Themen Wissenschaft und Politik bzw. Wissenschaftswandlungen	15
(b) Zum Themenfeld Wissenschaft und Wiedervereinigung	16
(c) Zur Geschichte der MPG in diesem Zeitraum	17
3. Zur Quellenlage	17
Teil II. Zum politischen und wissenschaftspolitischen Geschehen: »The Rush to German Unity« – Chance oder Bedrohung?	19
Teil III. Zur Positionierung der MPG – Entwurf einer Phasenlehre	49
1. Phase 1: Vor der Vereinigung – Kontakte, Kooperationen und Weichenstellungen	50
1.1. Vor den Weichenstellungen	50
1.2. Weichenstellungen: Die Ereignisse in Lübeck vom 20. bis zum 22. Juni 1990 und die Folgen	62
2. Phase 2: Vom »Kamingespräch« bis zu den Evaluierungen des Wissenschaftsrates, Juli 1990–Juli 1991	73
2.1. Die »Präsidentenkommission DDR« und die ersten Arbeitsgruppen	73
2.2. Grundsatzprobleme des Engagements	82
2.3. Die Evaluierungen des Wissenschaftsrats und die Folgen	88
2.4. Zwischenfazit: Bilanzen und Reflexionen	103
3. Phase 3: Umsetzung der Arbeitsgruppen und erste Institutsneugründungen in den NBL – mit unerwarteten Schwierigkeiten (1991–1992)	110
3.1. Umsetzung und Weitergründung der Arbeitsgruppen	110
3.2. Die ersten Institutsneugründungen in den NBL	116
3.2.1. Die ersten »induzierten« Neugründungen	117
3.2.1.1. Das MPI für Mikrostrukturphysik	119
3.2.1.2. Das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung	125
3.2.2. MPG-eigene Initiativen: Die Vereinigung als Chance	131
3.2.2.1. Das MPI für Infektionsbiologie	134
3.2.2.2. Das MPI für molekulare Pflanzenphysiologie	138
3.2.2.3. Das MPI für Physik komplexer Systeme	140
3.2.2.4. Das MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme	146

3.3.	Politisches Ost und West: Das Problem der politischen Personalprüfung in den NBL und die Frage des Sitzes der MPG	153
3.4.	Fazit	157
4.	Phase 4: Die Finanzkrise 1991/1992 und ihre Überwindung bis 1993	159
4.1.	Die Finanzkrisen der deutschen Vereinigung und der MPG	159
4.2.	Die Reaktion der MPG-Leitung: Stopp der Umsetzung der Neugründungen in den NBL und (versuchte) Mobilisierung der ›hohen Politik‹	169
4.3.	Die Überwindung der Krise im März 1993 und die letzten 1991 angestoßenen Institutsneugründungen in den NBL	189
4.3.1.	Die Überwindung der Krise im März 1993	189
4.3.2.	Die letzten 1991 angestoßenen Institutsneugründungen in den NBL	190
4.3.2.1.	Das MPI für Wissenschaftsgeschichte	191
4.3.2.2.	Das MPI für neuropsychologische Forschung	203
4.3.2.3.	Das MPI für Gravitationsphysik	211
4.3.2.4.	Nicht realisierte Neuvorhaben	218
4.4.	Fazit	222
5.	Phase 5: 1993–1995 – Mühen der Ebene? Nicht ganz!	224
5.1.	»Konsolidierung« West, Gründungswelle Ost – die Verzweigung der Wege wird unter dem Druck der ›hohen Politik‹ formalisiert	224
5.2.	Die »Standort Deutschland«-Debatte erreicht die MPG	233
5.3.	Die Gründung des IPP-Teilinstituts in Greifswald: Transnationale und regionale Dimensionen	240
5.4.	Die Krise der geisteswissenschaftlichen Zentren und die Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien	249
5.5.	Exkurs: Reflexivität oder Begleitforschung?	265
Teil IV. Schluss		279
1.	Zur Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik am Beispiel der MPG	281
2.	Wandlung einer Ressourcenkonstellation nach Ressourcentypen	287
2.1.	Personal und Personenkonstellationen	287
2.2.	Institutionen	297
2.3.	Diskursive Ressourcen	301
3.	Ausblick	306
4.	Abschließende Bemerkungen	312
V.	Verzeichnis der Abkürzungen	317
VI.	Quellen- und Literaturverzeichnis	318
VII.	Verzeichnis der Abbildungen	343
VIII.	Personenverzeichnis	344
	Danksagungen	349

Teil I. Einleitung

I. 1. Zur Problemstellung und zum Zugang

Der vorliegende Text versteht sich als Beitrag zur Kontextualisierung und Analyse von Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten. Die Frage nach der Positionierung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) im Kontext der Deutschen Vereinigung soll im Folgenden als Fallbeispiel im Rahmen dieses weiten, vielschichtigen Themenkomplexes begriffen werden, wobei die allgemeine Situation wie die Spezifika der MPG-Geschichte beleuchtet werden sollen. Vom Standpunkt einer Geschichte der MPG handelt es sich um einen gesonderten Zugang zur allgemeinen Fragestellung des großen Projekts zur Geschichte der MPG insgesamt, namentlich zur Frage nach dem Verhältnis der Wissenschaftsgeschichte und der allgemeinen Zeitgeschichte.

Diese breite Fragestellung wird hier wiederum als Beispiel einer Historisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert behandelt. Im Besonderen markiert diese Studie einen Schritt auf dem Weg zu einer vergleichenden Untersuchung der Neuverhandlungen der Beziehungen von Wissenschaft und Politik während der großen politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts, und zwar in Deutschland und Österreich im inter- bzw. transnationalen Zusammenhang.¹ Allgemeinhistorisch betrachtet handelt es sich dabei um einen Versuch, der jahrzehntealten Frage nach dem Verhältnis der *longue durée* und der : *histoire événementielle*, also der Ereignisgeschichte, wie sie von der *Annales*-Schule seit den 1920er Jahren für andere Themenfelder thematisiert wurde, für die Wissenschaftsgeschichte nachzugehen. In diesem Kontext stellt die vorliegende Studie ein Fallbeispiel im Rahmen einer breiteren Betrachtung der Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung dar, inklusive der Folgen dieses politischen Umbruchs für die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft der neuen Bundesrepublik.

Natürlich handelt es sich im Falle der Deutschen Vereinigung nicht um einen Regimewechsel im Gesamtstaat im gleichen Sinne wie bei den Regimewechseln 1918, 1933 oder 1945, denn einen Regimewechsel in diesem Sinne gab es ja nur durch die Selbstauflösung der DDR und deren Beitritt zur Bundesrepublik.² Die tief greifenden Folgen dieses Umbruchs blieben in ihrer ganzen Radikalität dadurch zum größten Teil auf die neuen Bundesländer (NBL), also auf das Gebiet der ehemaligen DDR begrenzt; wie zu zeigen sein wird, blieben Rückwirkungen auf die

1 Erste Thesen hierzu in Mitchell G. Ash: Scientific Changes in Germany 1933, 1945 and 1990: Towards a Comparison. *Minerva* 37/4 (1999), 329–354; Mitchell G. Ash: Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten – 1933, 1945 und 1990 im Vergleich. *Acta Historica Leopoldina* 39 (2004), 75–95; Mitchell G. Ash: Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun? In: Rüdiger vom Bruch und Aleksandra Pawliczek (Hg.): *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006, 19–37.

2 Dass die späteren Umbrüche nicht getrennt von ihren Vorgängern betrachtet werden können, weil sie von diesen historisch abhängig waren, versteht sich von selbst; auch die deutsche Vereinigung 1990 ist ohne die Schaffung zweier deutscher Staaten nach 1945 undenkbar.

alte Bundesrepublik (die alten Bundesländer oder ABL) jedoch nicht aus. Die Brisanz eines solchen vergleichenden Zugangs liegt im Falle der drei vorangegangenen Umbrüche unter anderem in der These, dass am Beginn der jeweiligen Regimewechsel eine gewisse gegenseitige Offenheit bestand; das heißt, dass es zum Zeitpunkt des jeweiligen Umbruchs durchaus unklar war, was Wissenschaft, *und auch*, was Politik sein würde, weshalb die Möglichkeit gegenseitiger Verhandlungen unter für alle Akteure noch nicht gefestigten Bedingungen gegeben war. Ob dies 1990 der Fall war, ist umstritten. Die Behandlung dieser Frage gehört zum Thema dieser Studie. Gleichwohl wirft dieser Umbruch durchaus ähnliche Fragen für die wissenschaftshistorische Analyse auf wie ihre Vorgänger. Denn auch im Rahmen der Deutschen Vereinigung fand *eine Neuverflechtung von Wissenschaft und Politik* statt, die als *eine Neugestaltung von Ressourcenkonstellationen* charakterisierbar ist. Was mit dieser Formulierung gemeint ist, bedarf einer kurzen Erläuterung.

Dieser wie den bisherigen Arbeiten des Autors zum Themenkomplex liegt ein Verständnis der Historisierung von Wissenschaft und Politik als Beziehungsgeschichte zugrunde.³ »Die« Politik an sich gibt es demzufolge ebenso wenig wie »die« Wissenschaft als solche. Beide sind im Jargon der Sozialwissenschaften »moving targets«; das heißt, dass es sich keinesfalls um fixe, klar definierte und unveränderliche Größen, sondern um Kollektivsingulare handelt, deren jeweilige Definitionen, Inhalte, Strukturen und Zielrichtungen im Lauf der Zeit einer fortwährenden Änderung unterzogen werden. So geht man heute in einer Abkehr von der 1918 von Max Weber formulierten Behauptung, dass Wissenschaft und Politik »im Wesenskern einander fremd«⁴ seien, von Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander aus.⁵ Dem zugrunde liegt wiederum *erstens* ein weiter Ressourcenbegriff im Sinne der Science Studies, wie er seit den 1980er Jahren verwendet wird; demnach können Ressourcen nicht allein finanzieller, sondern auch kognitiver, apparativer oder sozialer Natur sein.⁶ Infolgedessen werden Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten als Um- bzw. Neugestaltungen von Ressourcenkonstellationen betrachtet.⁷ Was denn bei einer derart weiten Auslegung des Ressourcenbegriffes

3 Vgl. hierzu Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010a), 11–46.

4 Max Weber: Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften (1918). In: Johannes Winkelmann (Hg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1968, 489–540, hier: 490–491.

5 Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 32–51; Mitchell G. Ash: Reflexionen zum Ressourcenansatz. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmaltz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 535–553.

6 Beispielgebend für diese Sichtweise sind unter vielem anderen die Laborstudien Bruno Latours, insbesondere Bruno Latour: *Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press 1987, 274; wie diese Studien kommt die vorliegende Arbeit ohne die »Ontologien« der späteren Arbeiten Latours aus.

7 Vgl. Ash, Scientific Changes in Germany, 1999, 329–354; Ash, Wissenschaftswandlungen, 2004, 75–95; Ash, Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche, 2006, 19–37; sowie Ash, Wissenschaft und Politik, 2010, 11–46; Mitchell G. Ash: Ressourcenaustausche. Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«*. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 307–341.

keine Ressource sei, ist eine berechtigte Frage, die allerdings nicht theoretisch, sondern nur situativ, also kontextabhängig beantwortet werden kann.⁸

Wo in einem solchen Ansatz *zweitens* ›die Politik‹ zu verorten sein mag, ist eine wichtige Frage. Die hier vertretene Antwort beginnt mit einer Warnung vor einer semantischen Falle, die im Deutschen wie im Französischen lauert; in beiden Sprachen wird dasselbe Wort – »Politik« bzw. »politique« – sowohl für »politics« als auch für »policy« verwendet, wobei man im Französischen immerhin zwischen »le politique« und »la politique« unterscheidet.⁹ Dass große Teile dessen, was in politischen Umbruchzeiten ›hohe Politik‹ werden kann oder soll, ohne direkten Bezug auf Wissenschaft verhandelt wird, dann aber für diesen Bereich mitunter schwerwiegende Folgen haben kann, ist allen historisch Kundigen klar. Im Folgenden kommen daher beide Bedeutungsebenen des Politikbegriffes, also einerseits die ›hohe Politik‹ (»politics«) als Kampf um die Macht im Staate und dessen grundsätzliche Ausrichtung bzw. als Auseinandersetzung der Gesinnungen und andererseits Politik als staatlich-administratives Handeln (»policy«) zum Vorschein; diese beiden Auslegungen des Politikbegriffes werden jedoch nicht in eins gesetzt, wie es in von Michel Foucault beeinflussten Arbeiten zu oft geschieht.¹⁰ Ebenfalls relevant werden Machtverhältnisse innerhalb von staatlichen wie wissenschaftlichen Institutionen sein, die man als ›Politik im Kleinen‹ bezeichnen kann.

Um welche Arten von Ressourcen soll es hier gehen? Wie zu zeigen sein wird, waren im vorliegenden Fall *Zeit* und *Geld* ganz wesentliche Ressourcen, über deren Menge oder Verfügbarkeit durchaus politisch, das heißt durch die ›hohe Politik‹, entschieden wurde. Dabei wird sich *Zeit* als durchaus fungible Ressource erweisen, mal inflexibel infolge vertraglich festgelegter Fristen und daher handlungsmitbestimmend, mal dehnbar. Diese Fungibilität gilt ebenfalls für die Ressource *Geld*, welches in den Quellen übrigens niemals so heißt, sondern »Mittel« oder interessanterweise »Ressourcen«. Insofern ist der Ressourcenbegriff nicht nur als eine analytische, sondern auch als eine Akteurskategorie zu begreifen.

Des Weiteren werden in diesem Beitrag wie in seinen Vorgängern vier Ressourcentypen unterschieden:

Personal bzw. *Personenkonstellation*. Hier wird wie bei den anderen politischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts zu unterscheiden sein zwischen politischen Entlassungen im herkömmlichen Sinn – im vorliegenden Fall wegen hoher Funktionstätigkeit in der SED oder Mitarbeit für die Staatssicherheit – und politisch *verursachten* Entlassungen, hier: Entlassungen infolge strukturpolitischer – im vorliegenden Fall wissenschafts- oder hochschulpolitischer – Entscheidungen

8 Ash, Reflexionen zum Ressourcenansatz, 2016, 535–553, 544–545.

9 Philippe Raynaud: Politics, Policy. In: Barbara Cassin et al. (Hg.): *Dictionary of Untranslatables. A Philosophical Lexicon*. Übersetzt von Steven Rendall et al. Princeton, NJ: Princeton University Press 2014, 803–804.

10 Vgl. zum Beispiel Volker Roelcke: Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion: Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33 (2010), 176–192.

wie zum Beispiel der Evaluierungen der Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR durch den Wissenschaftsrat (WR) in den Jahren 1990–1991. Bei alledem ging es um allgemeinpolitisch oder wissenschaftspolitisch begründete Entscheidungen darüber, wer als WissenschaftlerIn weiterhin tätig sein durfte. Hinzu kommen Personenkonstellationen: Das sind einerseits Akteure aus der Wissenschaft, der Politik und im Falle der MPG auch der Wirtschaft, die als Ressourcen für eine Einbindung der ›hohen Politik‹ und eine Vernetzung der Wissenschaftspolitik vornehmlich im Senat und Verwaltungsrat der MPG mobilisierbar waren, und andererseits Akteure aus der MPG selbst, die als Funktionäre oder in anderen Rollen für die Entscheidungsfindungen innerhalb der Institution zur Verfügung standen und dadurch an der Innenpolitik dieser Einrichtungen Anteil nahmen.

Institutionen bzw. institutionelle Praktiken. Dieser Ressourcentyp umfasst gar vieles: die MPG als Institution selbst, ihre Institute und sonstigen Einrichtungen; die Hochschulen und die anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUFES) sowie die Forschungsförderungseinrichtungen der Bundesrepublik und der DDR. Auch gemeint sind die institutionellen Konsultations- oder Entscheidungspraktiken, die Absprachen zwischen diesen Einrichtungen ermöglichen, beispielsweise im Rahmen der monatlichen Treffen der so genannten »Allianz« bzw. des Präsidentenkreises der Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen. Besonders relevant für die vorliegende Studie sind die tradierten institutionellen Praktiken innerhalb solcher Einrichtungen, etwa die regelmäßigen Gremiumssitzungen der MPG oder die Sitzungen der Kommissionen ihrer Sektionen bzw. der intersektionellen Kommissionen zur Beratung von Neuvorhaben wie die Gründung neuer Max-Planck-Institute (MPIs). Wie zu zeigen sein wird, sind solche Gründungsvorgänge als Beispiele einer Mobilisierung institutioneller Ressourcen und Praktiken beschreibbar. Auf institutionelle Ressourcen kann auch verzichtet werden, zum Beispiel durch die ›Abwicklung‹ oder Schließung bestehender Einrichtungen; dazu gehörten viele der Fachschulen der ehemaligen DDR, MPI-Abteilungen oder gar MPIs insgesamt nach der Emeritierung eines Direktors. Ebenso können neue institutionelle Ressourcenkonstellationen wie MPIs und weitere Formate geschaffen werden.

Diskursive Ressourcen. Damit gemeint sind unter anderem ideologisch begründete Auf- oder Entwertungen von Wissenschaften oder Wissenschaftstypen, die Verwendung von Metaphern aus der allgemeinen Politik (wie zum Beispiel die Rede von einer »Forschungsverfassung« der Bundesrepublik), die Mobilisierung von Keywords wie »Autonomie« in (wissenschafts-)politischen Kontexten sowie die unter den handelnden Personen sehr verbreitete Rede von Personal als »Potentiale« oder vom Einsatz politischer »Instrumente« (»policy instruments«). Gemeint sind aber auch bestimmte, immer wiederkehrende Begründungsformeln im Zusammenhang von institutionellen Entscheidungsfindungen wie zum Beispiel der Neugründungen von MPIs.

Reflexivität. Paradigmatisch für diesen Ressourcentypus ist die Reflexion der eigenen biographischen Brucherfahrungen, wie es im Falle der vertriebenen WissenschaftlerInnen nach 1933

nachweislich geschehen ist, woraus neue wissenschaftliche Ansätze hervorgegangen sind.¹¹ Im vorliegenden Beitrag ist in erster Linie die wissenschaftliche Reflexion des Vereinigungsprozesses durch die Beteiligten gemeint, die hier im Abschnitt III.5.5. behandelt werden soll.

Was diese Ressourcentypen mit den Kapitalsorten Pierre Bourdieus zu tun haben, ist eine durchaus zulässige Frage, die allerdings an dieser Stelle nicht eingehend behandelt werden kann.¹² Nur so viel: Personal wird heute häufig als »human resources« oder gar als »Human-kapital« bezeichnet. Davon ist bei Bourdieu nur bedingt die Rede, desto mehr aber wird im Folgenden die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, vor allem dann, wenn Stellen im Spiel sind. Bourdieus Kategorie des »sozialen Kapitals« umfasst bekanntlich sowohl den sozialen Status als auch Netzwerkverbindungen innerhalb oder zwischen Institutionen; letztere werden im Folgenden eine große Rolle spielen. Wissenschaftliches Wissen figuriert häufig bei Bourdieu als »symbolisches« oder »kulturelles Kapital«; die hier zu behandelnden diskursiven Ressourcen sind nicht identisch mit wissenschaftlichem Wissen, sondern haben mit Zuschreibungen der Qualität oder des Wertes solchen Wissens zu tun.

Diese Liste der Ressourcentypen ist keineswegs vollständig. Allen der eben genannten Ressourcentypen ist eine epistemische Dimension mitgegeben oder gar immanent. Dies gilt auch für das Personal, insofern es als die Wissen schaffende Gruppe (in der damaligen Sprache: »Forschungspotential«) behandelt wurde. Dies gilt aber insbesondere für institutionelle Ressourcen, denn in diesem Beitrag wird die seit Längerem tradierte Dualität zwischen kognitiven oder epistemischen Inhalten (»content«) und sozialen, hier politischen oder institutionellen Faktoren (»context«) zugunsten der These abgelehnt, dass spätestens seit dem späten 19. Jahrhundert die Erzeugung wissenschaftlicher Erkenntnisse ohne institutionelle Voraussetzungen unmöglich und daher undenkbar ist. Weit entfernt davon, bloße Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Arbeit zu sein, sind Forschungseinrichtungen im 20. und 21. Jahrhundert zu Bedingungen der Möglichkeit solcher Arbeit geworden. Es handelt sich also in diesem Beitrag um eine Historisierung der Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens. Derartige Fragestellungen gehören, so die hier vertretene These, ebenso zur Wissenschaftsgeschichte wie die in letzter Zeit üblicherweise im Mittelpunkt stehenden wissenshistorischen Fragestellungen. Im Folgenden konzentriert sich die Betrachtung auf institutionelle Zusammenhänge, die konventionell dem »Kontext« zugeordnet werden. Der Verzahnung von »Kontext« und »Content« wird wohl auf der Mikroebene am Detailliertesten nachzugehen sein; hier geschieht das zumindest andeutungsweise in Verbindung mit der Analyse der Gründung von Max-Planck-Instituten und anderen Einrichtungen infolge der Deutschen Vereinigung sowie in einem kurzen Exkurs

11 Vgl. hierzu unter vielem anderen Mitchell G. Ash: *Learning from Persecution: Émigré Jewish Social Scientists' Studies of Authoritarianism and Anti-Semitism after 1933*. In: Beate Meyer und Marion Kaplan (Hg.): *Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. Göttingen: Wallstein Verlag 2005, 271–294 und die dort zitierte Literatur.

12 Vgl. hierzu einführend Pierre Bourdieu: *Science of Science and Reflexivity*. Übersetzt von Richard Nice. Cambridge: Polity Press 2004, 55–61.

zum Thema Reflexivität am Ende der Abhandlung, wo eine solche Verzahnung auf der Hand liegt.

Der Zugang über Institutionen bedeutet auch eine Infragestellung der Annahme zweier »getrennter Sphären« wie sie oben genannt wurden, die Wahrheitssuche auf der einen und der Machterwerb oder Machterhalt auf der anderen Seite. Vielmehr werden im Folgenden (wie in anderen Studien des GMPG-Projektes) wissenschaftliche Forschungseinrichtungen (wie die MPG selbst oder ihre Institute) in gewisser Weise ebenfalls als Machtinstanzen betrachtet, weshalb von einer *Innenpolitik der Institution* zu sprechen sein wird. Eine Betrachtung aus Sicht der Generalverwaltung oder des Präsidiums der MPG allein reicht daher für eine zielführende Analyse kaum aus, auch wenn sie hier aus praktischen Gründen im Mittelpunkt steht.

Dass es verschiedene Zugänge zur Sozialgeschichte der Wissenschaften bzw. zu einer historischen Soziologie der wissenschaftlichen Forschung gibt, ist wohl kein Geheimnis. Einiges in den folgenden Ausführungen mag gewisse Affinitäten zur Systemtheorie Niklas Luhmanns vermuten lassen, zumal die Rede von einem sozialen Teilsystem Wissenschaft gängig geworden ist und die Akteure selbst von Wissenschafts- oder Forschungssystemen sprechen und dies auch meinen, wenn sie die Metapher einer »Wissenschaftslandschaft« bevorzugen. Die Vorstellung Luhmanns von einer sozialen Teilsystemen innewohnenden Autopoiesis wird hier jedoch nicht geteilt. Darin setzt er die Idee der »einander wesensfremden Sphären« Webers fort, aber im Folgenden kommt es gerade auf deren manchmal recht enge Verflechtungen miteinander an.¹³ Ein für diese Studie zentrales Beispiel hiervon ist der Senat der MPG, in dem hochrangige PolitikerInnen, WissenschaftspolitikerInnen und VertreterInnen der Wirtschaft mit Mitgliedern der MPG im selben Gremium saßen und miteinander heftige Debatten führten, die sogar in Verhandlungen über Grundsatzfragen münden konnten. Wie zu zeigen sein wird, handelte es sich im Falle der Deutschen Vereinigung – wie bei anderen politischen Umbrüchen auch – nicht um bloße »Turbulenzen«, die auf kurz oder lang durchflogen oder überflogen wurden, bevor der lineare Weiterflug sich fortsetzte, oder um »Irritationen«, die abgeschüttelt wurden, wie Luhmann gelegentlich angedeutet hat.¹⁴ Vielmehr stellt sich in solchen Umbruchzeiten – wie am Schluss dieser Analyse auch – die Frage, ob das System bzw. die MPG als Ressourcenkonstellation vorher und nachher das gleiche ist und wie die Wandlungsprozesse, die feststellbar sein mögen, zu beschreiben sind.

13 Luhmann selbst scheint das Festhalten an der Autopoiesis ein Stück weit zu modifizieren, wenn er von einer wechselseitigen »Interpenetration« sozialer Teilsysteme schreibt, in der diese sich bei der jeweils anderen einbringen, ohne ihre jeweilige Integrität aufzugeben; vgl. hierzu Niklas Luhmann: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1984, 674, 290. Soziologen sprechen inzwischen von »Koppelungen« und lassen damit immerhin opportunistische Allianzen von der Sorte zu, die im Folgenden auch festzustellen sein werden. Die hier bevorzugte Rede von »Verflechtungen« soll zeigen, dass solche institutionellen Allianzen enger und notwendiger sein können.

14 Niklas Luhmann: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1992, 732, 335–336, 348, 623.

Die Rede von ›vorher‹ und ›nachher‹ wirft wiederum die Frage nach Kontinuität und Wandel auf. Im Folgenden wird die in der Geschichtswissenschaft häufige Annahme der Kontinuität als Normalfall, die neuerdings mit dem aus der Soziologie entlehnten Stichwort »Pfadabhängigkeit« bezeichnet wird, in Frage gestellt. In der Geschichte insbesondere der ersten Hälfte, aber auch am Ende des 20. Jahrhunderts war Kontinuität – auch die von Wissenschaftssystemen – keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis von Entscheidungen und Verhandlungen, also etwas Hergestelltes. Diesen Entscheidungen, also der Arbeit an der Herstellung von Kontinuität, und den zugleich stattfindenden Wandlungen nachzugehen, wird eine wesentliche Aufgabe dieser Studie sein.

Wegen des Zugangs über Institutionen sind Ansätze aus der Organisationssoziologie, wie Ariane Leendertz sie ins Spiel gebracht und mit der Zeitgeschichtsschreibung zu verbinden versucht hat,¹⁵ für die vorliegende Analyse von Interesse. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass es sich dabei um Ansätze handelt, die genau in dem hier behandelten Zeitraum, das heißt um 1990, entstanden und auch ziemlich bald bei der Analyse des Vereinigungsgeschehens selbst zur Anwendung gelangten, und zwar zuweilen durch Personen, die selbst am Vereinigungsprozess in den Wissenschaften beteiligt waren.¹⁶ Demnach sind diese Texte Quellen und Analysehilfe zugleich. Im Umgang damit wird im Folgenden daher ein Doppelspiel betrieben: Die in diesen Studien publizierten Beschreibungen des Handelns der institutionellen Akteure sowie des Vereinigungsprozesses überhaupt werden stellenweise in Ergänzung der Primärquellen als Beschreibungshilfen für die historische Darstellung gebraucht werden; sie werden aber in einem späteren Abschnitt dieser Studie auch als Beispiele der wissenschaftlichen Reflexion ebendieses Geschehens zu behandeln sein.

In der vorliegenden Studie stehen vor allem die Ressourcentypen Personal, Institutionen, und Diskurse im Mittelpunkt der Betrachtung; wie diese Ressourcentypen miteinander zusammenhängen, ist das zentrale Thema. Gemäß des eben grob skizzierten, interaktiven Ansatzes wird die ›Autonomie‹ der Wissenschaft nicht normativ gesetzt, sondern historisch hinterfragt und grundsätzlich als Ergebnis von Verhandlungen betrachtet. Gerade im Falle der MPG war die immer wieder vorgebrachte Behauptung ihrer Autonomie ein Zeichen dafür, dass diese keines-

15 Ariane Leendertz: Konkurrenzfähigkeit und globaler Wettbewerb. Zum Wandel der Personalpraxis der Max-Planck-Gesellschaft 1973–2016. Teil 1. Unveröffentlicht 2018.

16 Vgl. unter vielen anderen Renate Mayntz: Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 20/1 (1992), 64–82; Renate Mayntz: *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß: Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994a; Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994b; Andreas Stucke: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (1992), 3–14; Andreas Stucke: *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1993; Uwe Schimank und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994; Hans-Georg Wolf: German Unification as a Steamroller? The Institutes of the Academy of Sciences of the GDR in the Period of Transformation. In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with trouble. How science reacts to political disturbances of research conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 189–232; Hans-Georg Wolf: *Organisationsschicksale im deutschen Einigungsprozeß. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996. Siehe unten Abschnitt III.5.5.

falls selbstverständlich, sondern eine Eigenschaft war, die von Entscheidungen der damals so genannten »Zuwendungsgeber« aufgrund ihrer Funktionalität im Forschungssystem abhängig war. Wie zu zeigen sein wird, wurden die möglichen Handlungsspielräume der MPG gegenüber der ›hohen Politik‹ gerade in dieser Zeit immer wieder neu verhandelt, und zwar nicht nur wie üblich in den dafür bestimmten Gremien der Bund-Länder-Kommission (BLK), sondern im Rahmen von direkten Verhandlungen der MPG-Leitung mit den zuständigen Bundesministern oder Staatssekretären sowie mit den für Wissenschaft zuständigen Ministern der Länder, insbesondere der NBL. Vor allem während der Finanzkrise des Bundes 1991–1993 wurden Grenzen sichtbar, gegen die sich MPG-Präsident Hans F. Zacher öffentlich aussprach. Relevant wird also weniger die Frage sein, *ob* wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Autonomie in politischen Umbruchzeiten erhalten bzw. beibehalten oder nicht, sondern wem sie unter welchen Bedingungen von wem zugestanden und vor allem wie davon zu welchen Zwecken Gebrauch gemacht wurde.

Bei alledem wird hier keine Kausalerklärung im strengen Sinn zwischen Regimewechseln und Wissenschaftswandlungen behauptet oder angestrebt. Schließlich sind die bedeutendsten epistemischen Wandlungen in den Wissenschaften des 20. Jahrhunderts – beispielsweise die Relativitätstheorie und die Quantenmechanik, die Theorie der chemischen Bindung oder die Molekularbiologie – nicht durch politische Regimewechsel verursacht worden, auch wenn die Geschichte dieser Entwicklungen zweifelsohne politische Dimensionen hat. Es geht hier aber sehr wohl, wie bereits angedeutet, um grundlegende *Wandlungen der Möglichkeiten wissenschaftlichen Arbeitens*, die nicht oder relativ selten wissenschaftsimmanente Ursachen hatten.¹⁷ Im Falle der Entlassung von WissenschaftlerInnen aufgrund politischer Säuberungen wie im Übergang zur NS-Herrschaft oder während der Entnazifizierung nach 1945, aber auch im vorliegenden Fall wegen Funktionärstätigkeit in der SED oder Stasi-Mitarbeit sollte dies ohnehin klar sein. Im Falle der massenhaften Entlassungen an den Hochschulen der NBL und der Auflösung von Instituten der AdW handelte es sich hingegen im Wesentlichen, wie zu zeigen sein wird, nicht um politische Säuberungen im engeren Sinne, sondern um die Folgen strukturpolitischer Festlegungen, die im Bereich von »policy« getätigt wurden. Im Folgenden geht es also weniger um Kausal- als um Ermöglichungs- bzw. Verunmöglichungsbedingungen, weniger um ein Ja oder Nein, sondern eher um das Timing und die Beschaffenheit von Wissenschaftswandlungen. Wenn schon von Gesetzmäßigkeiten die Rede ist, handelt es sich dabei um Ausprägungen des »law of unintended consequences«, wie sie nicht nur HistorikerInnen bekannt vorkommen mögen.

Die Frage danach, auf welcher Analyseebene hier vorzugehen sein wird, ist weniger einfach zu beantworten, als es auf dem ersten Blick erscheinen mag, denn die Makro-, Meso- und Mikroebenen sind keinesfalls so einfach festzulegen, wie in den Sozialwissenschaften oftmals suggeriert wird. Mit »die Max-Planck-Gesellschaft« sind im Folgenden, den herangezogenen Akten

17 Im Falle der Geistes- und Sozialwissenschaften ging es allerdings sehr wohl um politisch begründete Entwertungen von Disziplintypen. Davon wird weiter unten (Kap. II) zu reden sein.

entsprechend, meistens deren Präsidium, die Generalverwaltung und die leitenden Gremien Senat, Verwaltungsrat und Wissenschaftlicher Rat sowie nachgeordnete Organe wie die Sektionen gemeint. Im Zusammenhang einer Geschichte der Wissenschaftspolitik handelt es sich also um eine Analyse auf der Mesebene zwischen der ›hohen Politik‹ mit den Gremien der Wissenschafts- und Forschungsförderungspolitik einerseits und den einzelnen Instituten der MPG andererseits. Wie zu zeigen sein wird, ist jedoch eine Zuordnung der wissenschaftspolitischen Instanzen wie des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) zur ›hohen Politik‹ gerade in politischen Umbruchzeiten nicht unproblematisch. Beispielsweise das BMFT und seine Leitung agierten in diesem Falle einerseits oft recht eigenständig, während dessen Handlungsspielräume andererseits durch finanzpolitische Festlegungen begrenzt werden konnten. Aus der Perspektive einer ›Geschichte von Unten‹ mögen die MPG-Zentrale und deren Organe hingegen die Makroebene dargestellt haben; diese Perspektive wird in der vorliegenden Analyse aufgrund der unzureichenden Quellenlage nur gelegentlich eingenommen.

Zur Frage der mit hierarchischen Metaphern formulierbaren Analyseebenen kommt die Frage der zeitlichen Nähe und damit womöglich der persönlichen Betroffenheit hinzu. Martin Sabrow zieht die Trennlinie zwischen der Zeit- und der Gegenwartsgeschichte eben genau deshalb in den Jahren 1989/90, weil die Beurteilungsgesichtspunkte für die Zeit nach dieser Epochenchwelle seiner Meinung nach unmöglich fixiert werden können.¹⁸ Diese Unterscheidung hindert Sabrow jedoch nicht daran, wie andere Mitglieder seiner Generation in gegenwartshistorische Vorgänge deutend einzugreifen. Der von Sabrow formulierte Vorbehalt gegen die Gegenwartsgeschichte ist mit der von Hans Rothfels vor Jahrzehnten thematisierten Gefahr des »Präsentismus« verwandt, mit dieser jedoch nicht gleichzusetzen.¹⁹ Rothfels wollte diese Gefahr nicht mit dem Problem der Zeitzeugenschaft von HistorikerInnen gleichgesetzt wissen, sondern warnte vor einer Unterordnung der Geschichtsbetrachtung unter gegenwärtige Eigeninteressen – eine Gefahr, die nicht nur HistorikerInnen vorbehalten ist! An anderer Stelle habe ich einen ersten groben Versuch vorgelegt, die gängigen Deutungen der deutschen Vereinigung als »Kolonisierung«, »Erneuerung ohne Vorbehalt« und »Erneuerung mit Bedauern« den Akteuren dieses Prozesses zuzuordnen.²⁰

Für einen Zeitzeugen, der zwar so manche der im Folgenden zu behandelnden Ereignisse und Prozesse aus nächster Nähe miterlebt hat, aber weder damals noch heute etwas Konkretes hinsichtlich der eigenen Karriere im Sinne hatte oder hat (amerikanisch ausgedrückt, er hat »no dog in the fight«), mag eine Historisierung der eigenen Zeit zumindest denkbar sein. Für den Fellow am Wissenschaftskolleg 1990–1991, also im ersten Jahr der deutschen Vereinigung, der

18 Martin Sabrow: *Die Zeit der Zeitgeschichte*. Göttingen: Wallstein Verlag 2012a, 37.

19 Hans Rothfels: Die Zeit, die dem Historiker zu nahe liegt. In: Max-Planck-Institut für Geschichte (Hg.): *Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1971, 28–35, 28–35; zitiert nach Sabrow, *Die Zeit*, 2012, 37.

20 Mitchell G. Ash: »Wie im Westen so auf Erden«? – Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess. In: Jürgen Kocka, Corina Weber und Jörg von Bilavsky (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen*. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2010b, 45–55.

Anfang 1991 Augenzeuge des Antrittsbesuchs des Wissenschaftssenators Manfred Ehrhardt an der HU Berlin wurde, für den vielfachen Gastforscher in Berlin in den 1990er Jahren – unter anderem zweimal an zwei der von einer Tochtergesellschaft der MPG getragenen geisteswissenschaftlichen Zentren – und für den seit Mitte der 1990er Jahre durch mehrere Arbeiten im Themenfeld hervorgetretenen Autor können die aus der Nähe gewonnenen Kenntnisse einen Gewinn darstellen. Schwieriger wird eine derartige Rollentrennung allerdings schon, wenn man mit Beteiligten des Vereinigungsprozesses und sogar mit einigen der InterviewpartnerInnen durch Freundschaft verbunden ist.

Last not least soll ein Wort zum zeitlichen Rahmen dieser Studie gesagt werden. Dieser mag mit sechs Jahren sehr kurz bemessen, dafür die Studie selbst sehr lang erscheinen. Dass sie schon im Jahre 1995 endet, liegt zum einen im oben skizzierten Forschungsansatz begründet. Es geht hier um Weichenstellungen allgemein- und wissenschaftspolitischer Natur, die von einem politischen Ereignis – der deutschen Vereinigung – forciert wurden. Es geht darum, wie diese zustande kamen, welche Rolle die MPG darin spielte und welche unmittelbaren Auswirkungen von alledem auf die Tätigkeit der MPG in den NBL festgestellt werden können. Wann genau ein politischer Umbruch endet, ist weniger einfach zu bestimmen, als so manche sich vielleicht denken. Im Falle der deutschen Vereinigung ist diese Frage noch heute umstritten. Wolf Lepenies hat bereits 1992 vorhergesehen, dass der Einigungsprozess mindestens eine, vielleicht sogar mehr als eine Generation dauern wird.²¹ Damals hat diese These viele LeserInnen irritiert; heute wird häufig behauptet, meist ohne Lepenies zu nennen, dass der Einigungsprozess nach 30 Jahren noch immer nicht zu Ende sei. Im Falle der MPG ist die These durchaus vertretbar, dass die Folgen der deutschen Vereinigung für diese Institution erst um die Jahrtausendwende festzustellen seien. Thema der vorliegenden Untersuchung sind jedoch weniger die *Ergebnisse* des Vereinigungsprozesses als die *Wandlungen* des Ressourcenensembles MPG *als Prozess* im Kontext der deutschen Vereinigung; und diese wurden schon bis 1995 – wenn nicht sogar vorher – sichtbar. Dass sich die Folgen von alledem nicht nur für die MPG, sondern in den Wissenschaften in Deutschland insgesamt auch über einen längeren Zeitraum entfaltet haben, ist klar, diese Folgen sollen aber in einer anderen Studie behandelt werden. In einem kurzen Ausblick soll gegen Ende dieser Studie angedeutet werden, wohin der Wandlungsprozess nach 1995 weiterging.

Im vorliegenden Fall liegt die zeitliche Eingrenzung zum zweiten und vor allem in der Geschichte der MPG selbst begründet, denn Ende 1994 und im Jahr 1995 beginnt eine neue Phase dieser Geschichte. Auf Regierungsebene begann sie im November 1994 mit dem Antritt des so genannten »Zukunftsministers« Jürgen Rüttgers und der Bildung eines neu zusammengesetzten Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Damit wandelt sich zumindest formaliter der politische Kontext des Agierens der MPG. Hinzukam das Ende der getrennten Haushaltsführung für die alten und die neuen Bundesländer im selben

21 Wolf Lepenies: *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*. Berlin: Siedler Verlag 1992.

Jahr, das auch für den Haushalt der MPG galt. Innerhalb der MPG zeichnet sich der Wandel auf vielfache Weise ab: durch die im Juni 1995 bekannt gegebene Neustrukturierung der MPG-Leitung, die man vor allem durch die Expansion der MPG infolge der deutschen Vereinigung für gerechtfertigt hielt,²² durch die Pensionierung des langjährigen Generalsekretärs Wolfgang Hasenclever und den Dienstantritt von Barbara Bludau als seine Nachfolgerin im Herbst 1995. Aber vor allem die Wahl Hubert Markls zum Präsidenten der MPG im Sommer 1995 signalisierte in mehrfacher Hinsicht den Beginn einer neuen Ära. Mehr darüber wird im Schlusskapitel dieser Studie (Kapitel IV) zu sagen sein.

1.2. Zum Stand der Forschung

(a) Zum Themenfeld politische Umbrüche im Allgemeinen sowie zu den Themen Wissenschaft und Politik bzw. Wissenschaftswandlungen

Zum Thema politische Umbrüche liegen einige wenige Versuche einer vermeintlich vergleichenden Betrachtung und Analyse vor, die alle Umbrüche des 20. Jahrhunderts einbeziehen; letztendlich bleiben diese aber in Nebeneinanderstellungen stecken.²³ Die Erörterungen Eckhard Jesses zum Systemwechsel in Deutschland sind im Detail nicht uninteressant, aber letztlich unergiebig.²⁴ Immerhin unterscheidet Jesse das Ende des jeweiligen alten Systems von der Institutionalisierung und Konsolidierung des jeweils neuen. In Hinblick auf den Übergang zum Nationalsozialismus bleibt er jedoch weit hinter dem Forschungsstand zurück, der eine längere Übergangszeit nahelegt und eine stabile Institutionalisierung des Regimes in Frage stellt. Gerade in Hinblick auf die deutsche Vereinigung hält Jesse das eigene Schema nicht ein und bleibt dabei weitgehend im Deskriptiven.

Zur Konzeptualisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik liegt seit den grundlegenden Untersuchungen Robert Mertons eine Reihe von Arbeiten vor.²⁵ Neuere Studien konzentrieren sich vor allem auf Wissenschaften in Diktaturen.²⁶ Auf eine gesonderte Behandlung der unzähligen Arbeiten über die Universitäten und die Wissenschaften in den einzelnen Diktaturen des 20. Jahrhunderts muss hier verzichtet werden. Im Bereich der Wissenschafts-

22 Vgl. Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.06.1995 in Potsdam, Bl. 9–15, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140 SP, sowie Materialien der 140. Sitzung des Senats vom 22.06.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP. fol. 102–104.

23 Vgl. zum Beispiel Dietrich Papenfuß und Wolfgang Schieder (Hg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*. Köln: Böhlau Verlag 2000.

24 Eckhard Jesse: *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19–1933–1945/49–1989/90*. Köln: Böhlau Verlag 2010, 280.

25 Vgl. schon Etel Solingen (Hg.): *Scientists and the State. Domestic Structures and the International Context*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press 1994; siehe nun auch Patrick Carroll: *Science, Culture, and Modern State Formation*. Berkeley, CA: University of California Press 2006.

26 Amparo Gómez Rodríguez, Antonio Francisco Canales Serrano und Brian Balmer (Hg.): *Science Policies and Twentieth-Century Dictatorships. Spain, Italy and Argentina*. Farnham: Ashgate Publishing 2015, 223; John Connelly und Michael Grüttner (Hg.): *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*. Paderborn: Schöningh 2003.

theorie gibt es bekanntlich eine enorme Zahl von Theorien wissenschaftlichen Wandels, von denen jedoch keine sich mit der Rolle und Bedeutung politischer Wandlungen in solchen Prozessen zu befassen scheint.²⁷ Ebenso wenig thematisieren die vielen Theorien der politischen Wandlungen die Rolle und Bedeutung der Wissenschaften. Hier scheint eine Art akademische Pfadabhängigkeit – um nicht zu sagen: disziplinäre Betriebsblindheit in viele Richtungen – vorzuliegen.

(b) Zum Themenfeld Wissenschaft und Wiedervereinigung

Der Prozess und die weitreichenden Folgen der deutschen Vereinigung in ihrer grundsätzlichen Asymmetrie sind bereits seit Langem Gegenstand der allgmeinhistorischen Betrachtung. Zentrales Thema dabei ist und bleibt das Verhältnis bzw. das Ineinandergreifen der außenpolitischen Vorgänge und der komplexen Geschehnisse innerhalb der und zwischen den beiden deutschen Staaten.²⁸ Für das vorliegende Thema relevant ist der von Werner Süß entworfene, überlappende Phasenverlauf »zwischen Euphorie und Bürokratie«.²⁹ Die Konjunktur der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung erstreckte sich bekanntlich auf die gesamte mittel- und osteuropäische Region, man sprach bald von »Transitologie«. Im Vergleich zur Fülle der allgmeinhistorischen Überblicks- und Einzelarbeiten steht die Forschung im Bereich der Wissenschaftsgeschichte seit der Jahrtausendwende praktisch still, während die Literatur zu den Hochschulen weiter gediehen ist. Seit dem Überblick von Peer Pasternack, dem weitere gefolgt sind, sind mehrere materialreiche Titel aus der Universitätsgeschichte erschienen.³⁰

-
- 27 Die beachtliche Literatur zur politischen Geschichte der Wissenschaftsphilosophie im Kalten Krieg scheint die Chance ungenutzt gelassen zu haben, die Implikationen dieses bedeutenden Fallbeispiels für die eben genannte Fragestellung auszuloten.
- 28 Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2006; zur politischen Geschichte vgl. Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: C. H. Beck 2009. Als brauchbarer Einstieg, weil nicht auf die politische Geschichte beschränkt, eignet sich Gerhard A. Ritter (Hg.): *1989–1994. Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung*. Bd. 11. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2007a, Einleitung und Teil I.
- 29 Werner Süß: Der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90. Politische Strategie zwischen Euphorie und Bürokratie. In: Werner Süß (Hg.): *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 29–49. Ebenfalls aufschlussreich ist M. Rainer Lepsius: Die deutsche Vereinigung: Ereignisse, Optionen und Entscheidungen. In: Wolfgang Schluchter und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001, 39–63.
- 30 Peer Pasternack: »Demokratische Erneuerung«. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Weinheim: Beltz 1999; Peer Pasternack: Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990. In: Michael Grüttner et al. (Hg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 309–326. Vgl. unter vielen anderen Hansgünter Meyer: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik*. WZB Discussion Paper P 93–402. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1993; Hans-Werner Fuchs: *Bildung und Wissenschaft seit der Wende. Zur Transformation des ostdeutschen Bildungssystems*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 1997; Reiner Pommerin: *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*. Köln: Böhlau Verlag 2003; Fritz König: Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart. 1989–2009. In: Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.): *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Das zwanzigste Jahrhundert. 1909–2009*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2010, 783–910; Konrad H. Jarausch: Das Ringen um Erneuerung 1985–2000. In: Konrad H. Jarausch, Matthias Middell und Annette Vogt (Hg.): *Geschichte der Universität Unter den Linden. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*. Berlin: Akademie Verlag 2012, 555–690; Gottfried Meinhold: *Der besondere Fall Jena. Die Universität im Umbruch 1989–1991*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014, 447; Manfred Görtemaker (Hg.): *25 Jahre Universität Potsdam. Rückblicke und Perspektiven*. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2016, 160; Barbara Marshall: *Die deutsche Vereinigung*

Dabei begann die gegenwartshistorische wie auch die sozialwissenschaftliche Analyse des Geschehens in den Wissenschaften bereits während der Ereignisse oder kurz danach. Dies gilt ebenfalls für die außeruniversitäre Forschung.³¹ Die grundlegende Studie von Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch zur Geschichte der Fraunhofer Gesellschaft (FhG) erkennt die Bedeutung der Wende als Herausforderung für die FhG an, behandelt das Thema aber nur auf wenigen Seiten.³² Einschlägig für das vorliegende Thema sind die Bände der Reihe »Wissenschaft und Wiedervereinigung«³³ und die schon erwähnte Studienreihe aus dem MPI für Gesellschaftswissenschaften. Viele dieser Studien der 1990er Jahre sind nach wie vor nützliche Beiträge, doch haben sie selbst als Ergebnisse des hier zu analysierenden Wandlungsprozesses mittlerweile Quellenstatus erreicht. Deshalb werden einige von ihnen weiter unten nicht nur, aber vor allem als Ressourcen vom Typus Wissenschaftswandel durch Reflexivität behandelt.

(c) Zur Geschichte der MPG in diesem Zeitraum

Hierzu liegen im Wesentlichen zwei Arten von Beiträgen vor: Selbstdarstellungen aus der MPG, die zum größten Teil dem Genre Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen und daher als Quellen der folgenden Analyse zu behandeln sein werden,³⁴ allen voran die Zeitschrift *MPG-Spiegel*; und mein eigener, eher skizzenhafter Versuch einer historisch-analytischen Betrachtung zur Rolle der MPG in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts vor wenigen Jahren.³⁵ In den bislang erschienenen Preprints aus dem GMPG-Projekt, die diesen Zeitraum mit behandeln, wird die Deutsche Vereinigung gelegentlich zwar en passant erwähnt, in den jeweiligen Analysen spielt das Ereignis als solches jedoch zumeist eine untergeordnete Rolle.

1.3. Zur Quellenlage

Die vorliegende Studie beruht vor allem auf den internen Unterlagen und publizierten wie nicht publizierten Berichten der Max-Planck-Gesellschaft selbst, die im Rahmen des GMPG-Projekts digitalisiert worden sind oder vom Archiv der Max-Planck-Gesellschaft den Projektbe-

in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994. Berlin: Duncker & Humblot 2016, 1215; Jürgen John: »Hochschulumbau Ost«. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive. *Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung* 26/2 (2017), 155–166. Ein Sammelband zum Themenfeld mit dem Titel »Hochschulumbau Ost« ist derzeit in Vorbereitung.

- 31 Siehe zum Beispiel Werner Meske: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz.* WZB Discussion Paper P 93–401. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1993.
- 32 Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer Gesellschaft.* München: C. H. Beck 1999, 196–203. Eine Studie der Rolle der Großforschungseinrichtungen (GFEs) in dieser Zeit ist ein Forschungsdesiderat.
- 33 Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch.* Berlin: Akademie Verlag 1998; Wolf-Hagen Krauth und Ralf Wolz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch.* Berlin: Akademie Verlag 1998.
- 34 Ebenfalls diesem Genre zugehörig, aber etwas ergiebiger ist: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz.* München 1993.
- 35 Ash, Ressourcenaustausche, 2015, 307–341.

teiligten zur Einsicht freigegeben wurden. Dazu zählen Protokolle der Gremiensitzungen, Akten der Präsidialabteilung und Handakten einiger führenden Angestellten der Generalverwaltung, insbesondere des damaligen Generalsekretärs Wolfgang Hasenclever.³⁶ Dabei ist die hervorragende Überlieferung der Protokolle und Materialien der Sitzungen des Senats, des Verwaltungsrats, des wissenschaftlichen Rats und der Sektionen vom teilweise lückenhaften Bestand der Präsidialakten und den fehlenden Handakten einiger leitenden Angestellten der Generalverwaltung zu unterscheiden. Hinzu kommen Akten des Bundesarchivs Koblenz (hier: Akten des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft) sowie des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde (hier: Akten der Ministerien für Bildung und Wissenschaft und für Forschung und Technologie der Deutschen Demokratischen Republik), die vor allem für die Analyse des politischen und wissenschaftspolitischen Geschehens relevant sind,³⁷ sowie Akten aus dem Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die sowohl für das Verhältnis der MPG zur Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) als auch für die Geschichte der Westberliner Akademie der Wissenschaften und der Gründungsgeschichte der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) einschlägig sind.³⁸ Akten anderer Institutionen, die als Akteure im Vereinigungsprozess von zentraler Bedeutung waren, wie zum Beispiel des Wissenschaftsrats, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, oder der Westdeutschen Rektorenkonferenz (später: Hochschulrektorenkonferenz) konnten aus praktischen Gründen noch nicht eingesehen werden; vieles daraus liegt jedoch auch in den konsultierten Aktenbeständen vor.

Inzwischen sind Rückblicke und Erinnerungen der Beteiligten erschienen, die in Auswahl ebenfalls – selbstredend mit quellenkritischer Haltung – als wertvolle Quellen herangezogen werden.³⁹ Interviews mit einigen ausgewählten Schlüsselakteuren wurden vorgenommen;⁴⁰ Besprechungen mit einer größeren Anzahl der relevanten Beteiligten wären wünschenswert, sind aber von einem Einzelforscher allein kaum zu schaffen. Gespräche mit mehreren der politischen und wissenschaftspolitischen Beteiligten hat der Autor bereits in den 1990er Jahren geführt.

36 Die konsultierten Aktenbestände werden im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgelistet.

37 Dabei sind die Akten der DDR sowie der SED bekanntlich seit den 1990er Jahren offen. Für die bundesdeutschen Akten wurde eine Schutzfristverkürzung unter gewissen Auflagen gewährt.

38 Siehe hierzu Klaus Pinkau: Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin als Alternative. Vorgeschichte und Gründung. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 283–290; Peter Th. Walther: Kleine Fehlerdiskussion. Eine moderat-polemische und essayistische Skizze mit Fakten, Interpretationen und Anregungen zu einer künftigen Studie zur Entwicklung der Akademien der Wissenschaften in Berlin 1989–1993. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 81 (2005), 115–134.

39 Allen voran Hans Joachim Meyer: *In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten Deutschland*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag 2015. Vgl. unter vielem anderen Dieter Segert: *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*. Wien: Böhlau Verlag 2008 und Fritz Klein: *Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen*. Frankfurt am Main: Fischer 2000.

40 Eine Liste der Interviewpartner befindet sich im Quellen- und Literaturverzeichnis. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Teil II.

Zum politischen und wissenschaftspolitischen Geschehen: »The Rush to German Unity«⁴¹ – Chance oder Bedrohung?

In diesem Teil wird zunächst die allgemeinhistorische Situation in aller Kürze und danach die Lage im Bereich der Wissenschaftspolitik etwas ausführlicher behandelt. Dass die beiden Politik-ebenen in Verbindung zu einander standen, ist offenkundig, doch wie genau dieses Zueinander zu beschreiben ist, bedarf noch der eingehenden Analyse. Diese erfolgt hier entlang dreier Schienen: die ›hohe Politik‹, die Hochschul- und Wissenschaftspolitik und das Verhalten der MPG-Zentrale.

Gegen eine in Überblicksdarstellungen verbreitete Gleichsetzung des Mauerfalls mit dem Ende der DDR⁴² ist nochmals zu betonen, dass der Mauerfall am 9. November 1989 trotz der dramatischen Ausreisewelle vom Sommer und der Montagsdemonstrationen im Herbst nicht nur die Fachwelt, sondern alle Beteiligten völlig überraschte, und dass die Lage für *alle* Akteure im Herbst 1989 noch unklar war. Ferner beschleunigte das Ereignis einen Prozess, der zwei Aspekte aufweist: Der Zerfall und Zusammenbruch der SED-Herrschaft in der DDR ist ebenso wenig mit der Herstellung der deutschen Einheit gleichzusetzen wie der Untergang der Weimarer Republik mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus; beide Vorgänge sind gleichermaßen erklärungsbedürftig.⁴³ Martin Sabrow ist hier beizupflichten, wenn er schreibt, dass der Mauerfall und vor allem der darauffolgende rasche Zerfall der SED-Herrschaft eine Epochenschwelle markiert, »das ante factum nicht vorstellbar war und post factum geschichtsnotwendig erscheint.« Anstatt sich über die Blindheit der Fachwelt zu mokieren, die das alles nicht kommen sah, sei es demnach klüger »hier anzuerkennen, dass historische Zäsuren neue Denkhorizonte schaffen können, die wissenschaftlich nicht einholbar sind.«⁴⁴ Gegen nachträgliche Begrädnungen, wie sie zum Beispiel in den Erinnerungen Helmut Kohls und seiner engen BeraterInnen vorgekommen sind, ist aber ebenfalls zu betonen, dass die Frage, ab wann es der ›hohen Politik‹ klar wurde, dass oder wie schnell es zur deutschen Vereinigung als Beitritt der DDR kommen wird, nach wie vor umstritten ist. Es sei daran erinnert, dass im Zehnpunkteprogramm der Bundesregierung vom 28. 11. 1989 unter Punkt 5 noch von »konföderative[n] Struk-

41 Konrad H. Jarausch: *The Rush to German Unity*. New York, NY: Oxford University Press 1994. Deutsch: *Die unverhoffte Einheit. 1989–1990*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1995.

42 Vgl. zum Beispiel Edgar Wolfrum: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta 2006, 694. Auch für Lepsius, *Die deutsche Vereinigung*, 2001, 39–63, 46 war der Mauerfall »das faktische Ende der DDR«. Vgl. hingegen Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, 2006, 656.

43 Vgl. unter vielem anderen Charles S. Maier: *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*. Princeton, NJ: Princeton University Press 1997; Hans Joas und Martin Kohli (Hg.): *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1993. Nicht von der Hand zu weisen ist die These Dieter Segerts (Segert, *Das 41. Jahr*, 2008, 16), dass das Ende der DDR nicht allein aus dem Wunsch der Bevölkerungsmacht nach der Einheit erklärbar sei; sie ging seiner Meinung nach auch deshalb gewaltlos unter, »[w]eil eine Mehrheit jener ›Dienstklasse‹ der SED-Führung«, die den Staat trotz allen Zweifels aufrechterhalten hatte, »ihre Loyalität aufkündigte.«

44 Martin Sabrow: Zäsuren in der Zeitgeschichte. In: Frank Bösch und Jürgen Danyel (Hg.): *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012b, 109–130, 126–127.

turen zwischen beiden deutschen Staaten in Deutschland« und von dem Ziel die Rede ist, »eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen«, wonach die Deutsche Einheit erst über mehrere Schritte zu erlangen sein sollte.⁴⁵ Darauf baute die Modrow-Regierung monatelang auf.

Auch wenn eine Vereinigung der deutschen Staaten bereits in diesem Programm als Endziel genannt wurde, enthielt sich der Bundeskanzler jede Ansage darüber, wann genau und nach welchem der beiden im Grundgesetz gegebenen Formate die als Zukunftsvision genannte Wiedervereinigung tatsächlich realisiert werden sollte. Gerhard A. Ritter spricht von einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren,⁴⁶ der Kohl zur Zeit des Zehnpunkteprogramms vorschwebte, und fügt hinzu: »Selbst bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags über eine Schaffung der Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion am 18. Mai 1990 erwartete man noch, dass die politische Vereinigung in ein bis anderthalb Jahren erfolgen würde.«⁴⁷ Auch nach den Märzwahlen, als das Votum der Wähler der noch immer bestehenden DDR für die Einheit unmissverständlich zu sein schien, waren weder der Weg dazu noch die Implikationen der jeweiligen Optionen eindeutig, geschweige denn schon ausdiskutiert worden (siehe unten). Keine im Nachhinein konstruierte, schicksalshafte Gradlinigkeit, sondern die Nebelbahn der Zeitgenossen und die allgegenwärtigen Improvisationen müssen in Erinnerung gerufen werden; dies gilt selbstverständlich für alle Politikbereiche und damit auch für die Wissenschaftspolitik, und zwar in beiden deutschen Staaten.⁴⁸

In einer solchen Situation blieb eine Zeit lang zumindest offen, was denn hier Politik werden sollte. Wie zu sehen sein wird, gingen die wissenschaftspolitischen Akteure mit dieser fluiden Situation sehr unterschiedlich um.

Im hochschul- und wissenschaftspolitischen Bereich wurde in der Bundesrepublik bis Ende 1989 und größtenteils auch danach alles dominiert von den langwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern um die Förderung des Nachwuchses und die Frauenförderung im Zeichen des von allen Beteiligten vorhergesehenen Generationswechsels. Der vorläufige Abschluss dieser Verhandlungen mit der Vereinbarung eines umfangreichen hochschulpolitischen Sonderprogramms durch Bund und Länder (später nach dem zuständigen Minister »Möllemann I« genannt) am 21. Dezember 1989 (Kostenpunkt mehrere Milliarden DM über 10 Jahre) wurde

45 Helmut Kohl, Bundestags-Rede 28. 11. 1989. Stenographische Berichte, 11. WP, 177. Sitzung, 13510–13514, zitiert nach Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 142.

46 Horst Teltschik schreibt, dass man damals als Zeithorizont für die Vereinigung »fünf bis zehn Jahren veranschlagte«. Horst Teltschik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*. Berlin: Siedler 1991, 380, 52; zitiert nach Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 142.

47 Gerhard A. Ritter: *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*. 2. Aufl. München: C.H. Beck 2007b, 545, 12.

48 Ritter meint sogar, dass die Vereinigung insgesamt »improvisiert« wurde und beruft sich auf Gerd Lembruch: Die improvisierte Vereinigung. Die Dritte deutsche Republik. *Leviathan* 18/4 (1990), 462–486; dieser spricht allerdings von Improvisierungen der Exekutive, die in der Tat ausschlaggebend waren.

ohne direkte Erwähnung des Mauerfalls verkündet.⁴⁹ Insbesondere in Bezug auf die bundesdeutschen Hochschulen war bis dahin allenthalben von »Stagnation« und »Reformstau« die Rede. Ihr krisenhafter Zustand schien seit Langem festzustehen, wobei die Rede von einer »Krise« bzw. vom »Reformstau« wohl auch als Ressource in der politischen Auseinandersetzung zu begreifen ist. Das Sonderprogramm sollte aus diesem unbefriedigenden Zustand ausbrechen helfen. Inwiefern diese Diagnose auch für die außeruniversitäre Forschung galt, scheint heute unklar zu sein, wenngleich auch dort jedenfalls hinsichtlich der Finanzierungslage von »Stagnation« die Rede war. Diese Rede mag im Hinblick auf die interne Dynamik an mehreren MPIs revisionsbedürftig sein, die Wahrnehmung einer festgefahrenen Lage war trotzdem vorhanden. Um dem abzuweichen wurde im Rahmen derselben Verhandlungen ein für das vorliegende Thema folgenschwerer Beschluss gefasst: »Bund und Länder werden die Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft in den nächsten 5 Jahren um jeweils 5 % steigern.«⁵⁰ Die Auslegung dieses Textes – zum Beispiel ob eine nominelle oder reale Steigerung gemeint war – und damit die Fungibilität der Ressource Geld wurde in der Folge immer wieder kontrovers diskutiert (siehe unten Abschnitt III.3.–4.).

Der Blick vom Osten her ist ebenfalls vielschichtig. Dass sich irgendetwas an der AdW ändern sollte, schien unverkennbar zu sein. Beschwerden der verschiedensten Art wurden bereits bei einer Protestkundgebung am 10. November laut; zentrale Forderungen waren die Abschaffung der führenden Rolle der SED und die Demokratisierung der Leitungsstrukturen der AdW. Laut einer damaligen »Kurzinformation« wurde die Ansprache von Akademiepräsident Werner Scheler, der »die strategische Linie der AdW in Auswertung der 10. ZK-Tagung darlegte«, als wäre der Mauerfall am Vortag nicht geschehen, »von starken Unmutsäußerungen der Demonstranten begleitet.«⁵¹ In dieser Zeit streckte die AdW-Leitung der MPG-Leitung die Hand aus (siehe unten Abschnitt III.1.). Doch bereits im Dezember formierten sich Initiativen von unten für eine Reform der AdW, die im Januar in Reformkonzepte und im Februar in die Gründung eines Runden Tisches mündeten.⁵² Der sich anschließende Machtkampf dauerte mehrere Monate an, Vergleichbares geschah an den ostdeutschen Universitäten.⁵³ Erst im Frühjahr 1990 kam es zum Entwurf neuer Statuten, die von der neu gewählten Regierung der DDR abgelehnt wurden. Am 17. Mai wurde die bisherige Akademieleitung abgewählt und durch eine neue

49 Vgl. Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 21. Dezember 1989 in Bonn, Ergebnisprotokoll, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 581, fol. 10. »Übersiedler aus der DDR« werden kurz erwähnt.

50 Ebenda, fol. 13.

51 Kurzinformation über eine Protestkundgebung von Mitarbeitern der AdW am 10. 11. 1989 auf dem Platz der Akademie (18:00–19:45 Uhr). BArch, DF 4/23731.

52 Zur Geschichte des »Runden Tisches« der AdW vgl. Isolde Stark: Der Runde Tisch der Akademie und die Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR nach der Herbstrevolution 1989. Ein gescheiterter Versuch der Selbsterneuerung. *Geschichte und Gesellschaft* 23/3 (1997), 423–445.

53 Nach dem Umbruch bangt die DDR-Wissenschaft um ihre Reputation. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 6/90 (5. 2. 1990), 9–10. Vgl. die Korrespondenz zwischen dem Akademiepräsidenten Werner Scheler und dem damaligen Minister für Forschung und Technologie Budig vom 12. 03. 1990 et. seq., in: BArch, DF 4/32367.

ersetzt. Erste wirksame Ost-West-Kontaktaufnahmen verliefen aber eher auf Institutsebene über EinzelforscherInnen (siehe unten Abschnitt III.2.).

Im Kontrast zur weiter unten näher zu beschreibenden Haltung der MPG, deren Leitung zunächst bei den schon laufenden Einzelkooperationen verblieb, stand die Initiative der DFG im Januar 1990. Institutionell betrachtet handelte es sich im Wesentlichen um eine Aktivierung bestehender Förderinstrumente sowohl im Rahmen des bereits abgeschlossenen Kooperationsabkommens mit der AdW als auch außerhalb von diesem. In einer Art Tandemverfahren wurden WissenschaftlerInnen aus der DDR eingeladen, gemeinsam mit antragsberechtigten KollegInnen aus der Bundesrepublik Förderanträge zu stellen.⁵⁴ Die Motivation dahinter ist sowohl im Vermerk des BMBW dazu als auch im Vermerk aus dem BMFT zum Gespräch des DFG-Präsidenten Hubert Markl mit Minister Heinz Riesenhuber am 5. März 1990 deutlich ausbuchstabiert: Es ging darum, eine unkoordinierte Auswanderung von qualifizierten ForscherInnen gen Westen aufzuhalten und die »Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Hilfe in der DDR zu signalisieren, um gerade die ›richtigen‹ zum Verbleiben zu ermuntern.«⁵⁵ Das passte genau zur Befürchtung der Kohl-Regierung, dass Übersiedler aus der DDR das Sozialsystem der Bundesrepublik belasten würden. Dies motivierte (neben wahltaktischer Hilfe für die Schwesterpartei im Osten im Vorfeld der Märzahlen) das Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion am 13. Februar.

Für die Leitung der AdW wie für die damaligen ostdeutschen Hochschulleitungen erwiesen sich ihre Zögerlichkeit bzw. ihre Hinhaltenaktiken als fatal. Ob diese durch Hilflosigkeit, das Bedürfnis nach Machterhalt oder nicht eher die Schwierigkeit, in kürzester Zeit neue Allianzen bilden zu müssen, bedingt war, ist schwer zu entscheiden. Vermutlich spielten alle diese Faktoren eine Rolle. Voraussetzung dieses Verhaltens war natürlich der Glaube an den Fortbestand der DDR sowie das Festhalten an der Zielsetzung »Konföderation«, die von der Modrow-Regierung propagiert wurde, was den Eindruck, Zeit zu haben, vorerst begründet erscheinen lassen mochte. Doch ganz gleich, ob eine Erneuerung ›von oben‹ oder ›von unten‹ angestrebt wurde, tat man sich mit einer Reform von innen sehr schwer. Alledem entzogen die Märzahlen schließlich den Boden. Einen Sieg der Reformer ›von unten‹ bedeutete die Wahl des neuen Präsidiums im Mai jedoch keinesfalls, denn der neugewählte Akademiepräsident, der international anerkannte Nephrologe Horst Klinkmann, war kein Dissident und der gewählte Vizepräsident und Leiter der Forschungsgemeinschaft Siegfried Nowak war als langjähriger Partei-

54 Vgl. hierzu unter anderem Vermerk v. Massow, 10.01.1990, BArch, B 138/71585. Siehe auch: DFG hilft Forschern in der DDR aus der Krise. *General-Anzeiger* (02.02.1990). Diesen Schritt scheint DFG-Präsident Hubert Markl zunächst auf eigene Initiative getan zu haben; die Zustimmung des DFG-Senats holte er am 19. Januar nach. Die Förderung von alledem über die BLK bzw. eine Sonderfinanzierung des Bundes im Rahmen des Nachtragshaushalts 1990 wurde im Bildungsministerium befürwortet. Ebenfalls im Januar 1990 (15.01.1990) wurde unter den beiden Bildungsministern eine deutsch-deutsche Arbeitsgruppe vereinbart. Vgl. Erklärung der Bildungsminister der DDR und der Bundesrepublik vom 12.01.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

55 Markl an Riesenhuber 07.02.1990, BArch, B 196/96252; Stichwortartiger Ergebnisvermerk, Gespräch (des Ministers) mit DFG-Präsidenten Markl vom 05.03.1990, ebenda. Hervorhebung im Original. Weiteres zu den Folgen des DFG-Programms vgl. BArch, B 138/71585. Bis März hatten bereits 1000 Personen am Förderprogramm teilgenommen.

funktionär bekannt. Klinkmann wurde trotzdem von Minister Terpe am 18. Mai zur Wahl gratuliert, worauf er nach längerem Zögern am 29. Juni als »geschäftsführender« AdW-Präsident durch Ministerpräsidenten Lothar de Maizière bestätigt wurde.⁵⁶ Zur selben Zeit wurde eine Verordnung zur AdW erlassen, die sie als Körperschaft öffentlichen Rechts auswies.⁵⁷ Als die DDR-Akademie mit neuen Statuten und einem Umstrukturierungskonzept am 18. Juli endlich so weit war, hatten die Verhandlungen zum Einigungsvertrag (EV) schon begonnen; die Statuten wurden von der DDR-Regierung als Versuch der Besitzstandssicherung kurzerhand abgelehnt.⁵⁸

Inzwischen begann der Wind im Westen schon vor den Märzahlen in der DDR in eine andere Richtung zu wehen. Bereits Mitte Februar 1990 traf in der MPG-Zentrale in München ein Fax aus dem BMFT ein, in dem es hieß, unter dem vorgesehenen TOP 2 der bevorstehenden Allianz-sitzung (am 5. März) wolle der Minister hauptsächlich über die Lage in der DDR reden. Kurz vor der Sitzung des »Präsidentenkreises« am 5. März trafen sich Markl und Riesenhuber, wie bereits erwähnt, und einigten sich auf die zitierte Linie: »die ›richtigen‹ zum Verbleiben zu ermuntern.«⁵⁹ Wer genau »die Richtigen« nun denn sein und in welchen Arbeitsverhältnissen sie in der DDR weiterarbeiten sollten, blieb anscheinend zu diesem Zeitpunkt noch unklar.

Aus einem Gespräch des Staatssekretärs im BMFT, Gebhard Ziller, mit den wissenschaftlichen Vorständen der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) im April 1990 ging eine gewisse Marschrichtung schon hervor:

Qualitativ und quantitativ müsse nun eine Phase der Kooperation mit der DDR beginnen. Dies gelte nicht nur für die AGF, sondern genauso für FhG, DFG und MPG. Die Zusammenarbeit mit der DDR habe politisch besonders hohe Priorität. [...] Die Finanzierung solle wesentlich mit bestehenden Ressourcen durchgeführt werden; ggf. könnten Hilfen aus dem Nachtragshaushalt des BMFT zur Verfügung gestellt werden.

Insofern schien man von einer Fortsetzung der Zweistaatlichkeit auszugehen, doch weiter unten im selben Vermerk wird vom »sozialen Sprengstoff« gesprochen, der in der plötzlichen

56 Terpe an Klinkmann, 18.05.1990, BArch, DF 4/32367; de Maizière an Klinkmann, 29. Juni 1990 und de Maizière an Scheler, 29.06.1990, BArch, DC 20/1740. Beschluss über die weitere Tätigkeit der AdW der DDR vom 27.06.1990, Verordnung über die AdW d DDR (o. D.), BArch, DF 4/32165. Über den Grund der Verzögerung de Maizières berichtete Josef Rembser, Abteilungsleiter im BMFT, Anfang Juni wie folgt: »Prof. Klinkmann ist offensichtlich nicht bewusst geworden, dass in der Frage seiner Ernennung zum Präsidenten nicht nur rechtsförmliche Bedenken bestehen, sondern vor allen Dingen seine steile Karriere in der Vergangenheit die politisch Verantwortlichen zögern lässt.« Telex aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Boesch), 05.06.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

57 Beschluss des Staatsrats der DDR über die weitere Tätigkeit der AdW der DDR vom 27.06.1990. Verordnung über die Akademie der Wissenschaften der DDR (o. D.), BArch, DF 4/32165.

58 Klinkmann an Meyer, 19.07.1990 sowie Meyer an Klinkmann, 23.07.1990, BArch, DR 4/10.

59 Stichwortartiger Ergebnisvermerk, Gespräch (des Ministers) mit DFG-Präsidenten Markl vom 05.03.1990. BArch, B 196/96252. Interessanterweise einigten sich Riesenhuber und Markl auch darauf, den anderen Präsidenten über ihr Treffen nichts zu sagen.

»Freisetzung« von 50 Prozent (sic!) der ForscherInnen liegen würde. Von grundlegender Bedeutung für die Fragestellung dieser Analyse ist der folgende Satz: »Die Gesprächspartner waren sich einig, dass die Projektion der Ziele und der Gestaltung der Forschungslandschaft in erster Linie als politische Aufgabe zu betrachten sei, wobei die Wissenschaft zu dieser Diskussion Beiträge liefern sollte.«⁶⁰ Dies deutet auf eine Positionierung des BMFT als zentraler, handelnder Akteur im folgenden Geschehen hin.

Welche »Beiträge« aus »der Wissenschaft« kommen sollten, mag einem ausführlichen Bericht zu entnehmen sein, den der Rektor der TH Zwickau, Horst Aurich, an den neuen Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR, Hans Joachim Meyer, am 9. Mai schickte. Wie Aurich bereits am 15. März an den damals noch amtierenden Minister für Forschung und Technologie, Peter-Klaus Budig, geschrieben hatte, hatte der Wissenschaftsrat (WR) eine AG »Deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen« zusammengestellt, zu deren Mitglied er vom WR-Vorsitzenden Dieter Simon berufen worden war. Ein Vorgespräch zum Kennenlernen mit 11 Professoren der Hochschulen und der AdW hatte am 18. Februar stattgefunden, die erste AG-Sitzung folgte am 13. März.⁶¹ Daran schloss sich eine Tagungsreihe an. Bei der dritten Tagung am 30. April zum Thema »Forschungsförderung und Infrastruktur für die Forschung« kamen nach Aurich »zum Problem der Akademie der Wissenschaften« die folgenden Meinungen zum Ausdruck:

Für die DDR ist keine eigene Deutsche Forschungsgemeinschaft zu gründen. Das Territorialprinzip der DFG ist für das Gebiet der DDR anzusetzen. Ab 1. 1. 90 [gemeint mag der 1. 1. 91 gewesen sein, MGA] sollte jeder DDR-Wissenschaftler Mittel bei der DFG beantragen können. Es gab Vorschläge, Forschungskomplexe BRD-DDR zu bevorzugen.

Dies war ja schon im Vorstoß der DFG im Januar als Möglichkeit angedeutet worden. Zur Frage der AdW selbst wurde unter anderem formuliert, die Forschung sei stärker an die Hochschulen zu verlagern. »Das Niveau der AdW ist nicht zu halten. Eine Neustrukturierung und Zerlegung ist notwendig.« Denn »[e]ine nationale Akademie ist in der föderalistischen Landschaft der BRD nicht denkbar. Eine Landesakademie AdW für Berlin wird von Westberlin abgelehnt. Eine Bewertung jedes einzelnen Institutes durch den Wissenschaftsrat sei denkbar.«⁶² Zum Zeit-

60 Memo »Administrativer Stiftungsvorstand« vom 09.04.90 (übersandt von Dr. Grünwald): »Bericht über das Gespräch mit Staatssekretär Dr. Ziller zur DDR-Kooperation vom 5. April mit den wiss. Vorständen der AGF«, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 168–169. Hervorhebung im Original.

61 Laut Interviews mit Dieter Simon (05.03.2019) und Horst Klinkmann (13.09.2019) ging diese Arbeitsgruppe aus informellen Gesprächen zwischen west- und ostdeutschen Wissenschaftlern am Wissenschaftskolleg zu Berlin hervor, die bereits Ende November 1989 begannen. Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMPG, ID 601048; Mitchell G. Ash: Interview mit Horst Klinkmann. Rostock 13. September 2019, DA GMPG, ID 601055. Siehe hierzu auch Horst Klinkmann: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Klinkmann am 8. Juni 2007. In: Kersten Krüger (Hg.): *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulrenewierung. Zeitzeugen berichten. Teil 2*. Rostock: Universität Rostock 2008, 226–253.

62 Rektor Aurich an den Herrn Minister, 15.03.1990; Aurich an Meyer, 09.05.1990 und Anlage 3. BArch, DR 4/175. Was genau unter dem »Niveau« der AdW gemeint war – Personal, Finanzen oder gar das Forschungsniveau – geht aus dem Bericht nicht hervor. Im selben Bericht hieß es: »In den Diskussionen im WR kristallisieren sich immer mehr die

punkt dieser Tagung stand wohlgermerkt noch lange nicht fest, ob die deutsche Vereinigung noch im Jahre 1990 oder erst später geschehen sollte.

Aus diesem Bericht geht hervor, dass wesentliche Grundlinien dessen, was am 3. Juli im so genannten »Kamingespräch« in Bonn verkündet werden sollte, schon im Frühjahr zumindest im Raum standen. Eine Art Primat der Strukturen (hier: der Frage nach der Trägerschaft der AdW) scheint dabei ausschlaggebend gewesen zu sein. Die Mammuteinrichtung AdW war offenbar aus bundesdeutscher Sicht nirgends und schon gar nicht in der bestehenden Größenordnung unterzubringen. Die Ablehnung der Westberliner Landesregierung stand wohl im Zusammenhang damit, dass die Auflösung der landeseigenen Akademie der Wissenschaften zu Berlin durch die damals regierende Koalition der SPD und der Alternativen Liste ohnehin schon feststand; die Übernahme einer neuen Akademie aus dem Osten war damals wohl völlig undenkbar.⁶³ Wie weiter unten zu sehen sein wird, spielte die Kostenfrage wohl auch eine Rolle, aber anscheinend eine untergeordnete. Wer diese Linie eigentlich vorgab, ist bislang noch ungeklärt. Was noch fehlte, war der Konsens der bundesdeutschen wissenschaftspolitischen Akteure, der mehrere Monate auf sich warten ließ.

Dass der bundesdeutsche Tanker mit seinem komplexen Geflecht an konsultativen Vorrichtungen der verschiedensten Art nur schwer beweglich war, galt und gilt heute noch natürlich nicht nur für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich.⁶⁴ Gleichwohl sah man sich nun allenthalben und mit besonderer Intensität nach dem Angebot der Kohl-Regierung bezüglich der Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion am 13. Februar 1990 mit einem Imperativ zu möglichst baldigem Handeln konfrontiert, wobei keinesfalls festgelegt war, welches Handeln mit welchem konkreten Ziel an den Tag zu legen sein sollte. Dass es doch zu grundlegenden Weichenstellungen in höchster Eile gekommen ist, ist auf dem ersten Blick beeindruckend; die Akteure selbst hätten das wohl vor dem Mauerfall kaum für möglich gehalten. Auf den zweiten Blick (bzw. den vielen zweiten Blicken, die seitdem geschehen sind) fragt es sich, ob die Eile selbst, insbesondere die knappen Fristen für die Evaluierung der Akademie-Institute wie auch für den Strukturumbau an den Hochschulen, nicht vermeidbare Probleme schuf und dann im Nachhinein als Standardausrede für Fehlentscheidungen gedient haben mag. Spätestens hier, aber mit Gewissheit ab Anfang Juli 1990 (siehe unten), muss von einer durch die »hohe Politik«, namentlich die Bundesregierung, immer wieder neu festgelegte Zeitknappheit als begrenzte

Begriffe »Problemstudiengänge« und »Nichtproblemstudiengänge« heraus.« In der zweiten Kategorie seien unter anderem die Ingenieurwissenschaften, die Mathematik, die Naturwissenschaften, die Medizin und die Sprachen, in der ersten die Jurisprudenz, die Wirtschaftswissenschaften, die Pädagogik sowie die Sozial- und Politikwissenschaften (nota bene: noch nicht Geschichte oder Philosophie). In diesen Gebieten sollten keine Berufungen im Jahr 1990 erfolgen, hieß es. Darauf wird weiter unten nochmals einzugehen sein.

63 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 104. Renate Mayntz spekuliert, dass die Neugründung der ehemaligen DDR als *ein* Bundesland der neuen Bundesrepublik die Frage der Trägerschaft der AdW vielleicht anders hätte aussehen lassen, gesteht aber ein, dass diese Möglichkeit faktisch kaum in Erwägung gezogen wurde.

64 Für eine grafische Darstellung dieses Geflechts im Bereich der außeruniversitären Forschung vgl. Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 36–38.

Ressource die Rede sein, die sich jedoch später an gewissen Stellen und in eng gesetzten Grenzen als dehnbar erwies (siehe unten Abschnitt III.4.–5.).

Für die Bonner Ressorts galt eher das Vokabular der Rechtsexpertise. Schon im Februar, spätestens Ende März 1990 schien zwar die Grundsatzentscheidung für die deutsche Einheit klar zu werden, doch auf welchem Wege diese bewerkstelligt werden sollte, war noch keinesfalls geklärt. Bekanntlich standen im Grundgesetz zwei Optionen: die gemeinsame Schaffung einer neuen Verfassung (§ 146), also gleichsam die Herstellung einer neuen Bundesrepublik, und die Ausdehnung des Geltungsbereichs des GG auf das Gebiet der DDR, also der so genannte »Beitritt« der DDR zur Bundesrepublik nach § 23, Absatz 2. GG. Die öffentliche Auseinandersetzung über diese Optionen erstreckte sich bis in den Sommer hinein und sogar darüber hinaus, geprägt von Wunschvorstellungen der verschiedensten Art. Dass das Angebot einer Wirtschafts- und Währungsunion durch Bundeskanzler Kohl im Februar eine ungeheure Sogwirkung in Richtung »Beitritt« entfaltete, ist inzwischen Konsens der Forschung.⁶⁵ Wolfgang Schäuble schrieb später, dass er die Erarbeitung der Überleitungsgesetzgebung für einen Beitritt nach § 23 schon im Februar in Auftrag gegeben habe. Federführend war ein vom ihm eingerichteter Arbeitsstab »Deutsche Einheit« im Bundesinnenministerium (BMI); von dort aus wurde die Einholung von Stellungnahmen vor allem bezüglich der Überleitungsgesetzgebung gesteuert.⁶⁶ Die Textentwürfe dafür blieben aber bis ins Frühjahr hinein reichlich skizzenhaft.⁶⁷

Erst nach der politischen Grundsatzentscheidung im Koalitionsabkommen der Regierung de Maizière im April wurde das Votum zugunsten des Beitritts nach § 23 an die Bonner Ressorts klar kommuniziert. Doch noch Anfang Juli war unklar, wie genau der Beitritt nach § 23 juristisch gehandhabt werden sollte: Ein »Diskussionspapier des BMI mit Elementen einer zur Herstellung der deutschen Einheit zu treffenden Regelung« hielt fest, dass es zwei Wege dorthin gäbe: Die DDR erklärt ihren Beitritt, der Bund beschließt davor oder danach »ggf. unter Berücksichtigung der Wünsche der DDR« ein Überleitungsgesetz; oder die BRD und die DDR »schließen einen Vertrag über den Inhalt der Überleitungsregelung«, die DDR erklärt dann ihren Beitritt, die BRD stimmt dem zu und gibt Vertragsinhalt gem. Art. 59 Absatz 2 GG »innerdeutsche Geltung«. »Nach allen bisherigen Äußerungen«, hieß es weiter, »möchte die DDR den zweiten Weg gehen, um die Möglichkeit zu haben, noch vor dem Beitritt durch Verhandlungen als

65 Lepsius, *Die deutsche Vereinigung*, 2001, 39–63. Lepsius spricht von einer »Entscheidung« in diese Richtung, die dadurch geschehen sei.

66 Wolfgang Schäuble: *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1991, 53–54. Am 14. 02. 1990 wurde eine Vereinbarung des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der (westdeutschen) Länder abgeschlossen, »wonach die Verhandlungsführung auch in der Bildungskommission beim Bund liegt, soweit nicht ausschließliche Kompetenzen der Länder betroffen sind.« Staatssekretär (Fritz) Schaumann erinnerte daran in einem Schreiben an (Hans) Neusel (BMI) am 10. 07. 1990, BArch, B 138/48266. Allerdings kann im Februar 1990 nur der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gemeint sein.

67 Vgl. die relevanten Akten des BMBW, BArch, B 138.

gleichberechtigter Partner Einfluss auf die nach dem Beitritt für sie geltende Ordnung zu nehmen.«⁶⁸

Das BMI ist mit der Federführung für den Entwurf des im Rahmen eines Beitritts der DDR nach Art. 23 GG erforderlichen Überleitungsgesetzes erst Anfang April beauftragt worden. Ab da sind die Ressorts arbeitsteilige Ausführungsorgane für Verhandlungsunterlagen bzw. für Formulierungsvorschläge zur Überleitungsgesetzgebung sowie später der Texte der jeweiligen Artikel des Einigungsvertrages (EV) für ihre jeweiligen Fachgebiete. Frühestens zu dieser Zeit begann die Phase der von Werner Süß so genannten »Bürokratisierung«⁶⁹ des Geschehens auf Ressortebene bei gleichzeitig fortlaufenden Verhandlungen des Grundsätzlichen auf der Ebene der ›hohen Politik‹, wobei sich klassische Diplomatie (die 2 + 4-Verhandlungen) und west- wie ostdeutsche Innenpolitik zu einem Knäuel verschlangen. Lepsius spricht zu Recht von einer Substitution der ständig machtloser werdenden staatlichen Einrichtungen der DDR durch die bestehenden Institutionen der BRD mit ihren juristisch wie im bürokratischen Handeln »geschulten« Stäbe: »Diese Institutionen haben den Einigungsprozess strukturiert, die Komplexität der Verhandlungsinhalte instrumentell reduziert und den Vollzug beträchtlich beschleunigt.«⁷⁰ Wie genau das in der Wissenschaftspolitik ablief, wird weiter unten sehr konkret zu zeigen sein.

Noch Anfang März und erst recht nach dem Votum der neuen DDR-Koalitionsregierung für die Einheit durch »Beitritt« im April wird den Beteiligten in den zuständigen bundesdeutschen Ministerien und auch in den Forschungseinrichtungen ihr Unwissen über die Forschungslandschaft der DDR bewusst. In der Sitzung des Präsidentenkreises am 5. März sowie während seiner Vorbereitung wird dies deutlich kommuniziert. In einem Vermerk aus der AGF vom 21. Februar hieß es dazu:

Sehr geehrte Herren, bei der Sitzung der Allianz am 5. März wird wohl die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR ein wesentlicher Gesprächspunkt sein. Ebenso wird, wie aus dem BMFT zu erfahren ist, BM Dr. Riesenhuber dies zum Hauptgegenstand seines Gesprächs mit dem Präsidentenkreis machen.

Man bittet daher um Zusendung von Unterlagen zum Stand der jeweiligen Zusammenarbeit. »Bitte vermerken Sie nach Möglichkeit, ob diese Unterlagen gegebenenfalls auch an das BMFT zu dessen Vorbereitung auf das Gespräch mit dem Präsidentenkreis weitergeleitet werden sollen.«⁷¹

68 Diskussionspapier des BM des Innern mit Elementen einer zur Herstellung der deutschen Einheit zu treffenden Regelung, Juli 1990, BArch, B 138/48266.

69 Süß, Der deutsche Vereinigungsprozess, 2002, 29–49.

70 Lepsius, Die deutsche Vereinigung, 2001, 39–63, 61.

71 Dr. Klaus Fleischmann, 21.02.1990: Vorbereitung der Sitzung der Allianz und des Gesprächs des Präsidentenkreises am 5. März 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 419.

Genauer wurde um Auskunft zu den folgenden »DDR-bezogenen möglichen Unterthemen« gebeten:

1. Kurzbericht über Stand der Aktivitäten der einzelnen Wissenschaftsorganisationen und des BMFT.
2. Perspektiven und Handlungsbedarf unabhängig von staatlicher Einheit
 - a) Zielgruppen der einzelnen Wissenschaftsorganisationen; Kenntnisstand über Leistungsfähigkeit und Organisation von F u E in der DDR
 - b) Förderinstrumente; quantitative Aspekte:
 - Gerätebedarf,
 - Literaturbedarf,
 - Abordnung westdeutscher Wissenschaftler in die DDR: Weiterbildung in der DDR
 - Mitteltransfer in die DDR,
 - Gastaufenthalte in d Bundesrepublik.
3. Perspektiven gemeinsamer F u E bei staatlicher Einheit
 - strukturelle Aspekte,
 - personelle Aspekte (z. B. Wissenschaftler-überangebot?)
 - fachliche Aspekte (was in der DDR fördern?)⁷²

Zur Vorbereitung dieser Allianzsitzung schickte die FhG den anderen Beteiligten eine umfangreiche Dokumentation ihrer eigenen, ebenfalls schon begonnenen Tätigkeit in der DDR, die bis zu einer Kooperationsvereinbarung mit dem damaligen Minister für Forschung und Technologie, Peter-Klaus Budig, am 14. Februar herangereift war.⁷³ Das tat zu diesem Zeitpunkt sonst keine der anderen Einrichtungen, wohl deshalb, weil sie noch lange nicht so weit waren.⁷⁴

Noch im Mai war man dabei, mithilfe der beiden DDR-Ressorts und der Kooperation des BMBW eine »Gesamterhebung« der AdW unter Einbeziehung der Hochschulen zu bewerkstelligen.⁷⁵

72 DDR-bezogene mögliche Unterthemen für das Treffen von BM Dr. Riesenhuber mit dem Präsidenten-Kreis am 05.03.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 420.

73 Dieter Schnabel (FhG Zentralverwaltung) an Klaus Fleischmann (Geschäftsführer der AGF), 23.02.1990: Vorbereitung der Sitzung der Allianz und des Gesprächs des Präsidentenkreises am 5. März 1990; Dirk-Meints Polter und Max Syrbe, Verstärkung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in der DDR, 22.02.1990 und Anlage 1: Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Technik der DDR über Ergebnisse des Treffens mit M. Syrbe, 14.02.1990. Alles AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903. Siehe hierzu auch Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 199.

74 Syrbe stammte aus Ostdeutschland und hatte mit dem bereits erwähnten Josef Rembser, dem Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im BMFT, im September 1989 ein Grundsatzpapier zur Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der F u E »für die Schublade« entworfen. Vgl. Josef Rembser: Der europäische Forschungsmarkt der 90er Jahre. Was bedeutet er für die Fraunhofer-Gesellschaft? In: Gesamtbetriebsrat der Fraunhofer-Gesellschaft (Hg.): *Die Fraunhofer-Gesellschaft auf dem Weg in die 90er Jahre*. Pfnzthal-Berghausen 1991, 22–30, 29. Siehe auch: Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 198.

75 Vermerk: Gespräch StS Schaumann und Ziller zum »Bildungsgipfel«, 08.05.1990, BArch, B 138/56723. Die gewünschte Erhebung als Versuch »eines abgestimmten, mit der Praxis der BRD kompatiblen Datenrahmens« und »der verfügbaren statistischen Datenbasis der DDR per 31.12.1989« traf endlich am 28. Juni (!) – also am Tage des »Präsidentenkreises« vor dem »Kamingespräch« ein: K. Herrmann, an Terpe und Staatssekretär Dr. Pötschke zur Information: Datenerhebung zur DDR-Forschungslandschaft, 28.06.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483.

Das umfangreiche Zahlenwerk traf aber erst Ende Juni im BMFT ein. In der Einschätzung der Lage im Allgemeinen sowie zum Informationsdefizit bestand jedoch schon Anfang März Konsens: »[D]ie Lage der Forschung in der DDR ist desolat; verlässliche umfassende Information über die Forschungslandschaft fehlt und muss detailliert beschafft werden, ungezielte Breitenmaßnahmen (Gießkanne) [...] können falsche Strukturen stabilisieren.« Stattdessen sei »ein differenzierter Kooperationsansatz für Hilfen erforderlich« mit dem Ziel »zu verhindern, dass die Guten und Richtigen weiter aus der DDR auswandern.« Qualifizierte »Multiplikatoren« für längere Aufenthalte seien zu fördern. Vorrüheständler könnten maßgeblich helfen«; Kooperationen, Patenschaften, Kurse; Einladungen zu Fachtagen mit Hilfen, AGs und Gremien sollten sich für »– zumindest gastweise – Teilnahme von DDR-Wissenschaftlern öffnen.«⁷⁶

Wichtig bei alledem ist der Hinweis darauf, dass bereits in der Sitzung des Präsidentenkreises am 5. März eine klare Zeiteinteilung vorgestellt wurde, mit einer ersten Phase bis zur Wirtschafts- und Währungsunion, einer zweiten Phase von der Währungsunion bis zur Einheit und einer dritten für die Zeit danach; die oben genannte Informationsbeschaffung war für die erste Phase gedacht. Der Text »Deutsche Forscher finden zueinander«, in dem die bisherigen Kooperationsinitiativen beschrieben wurden, publizierte das BMFT schon am 14. März, also kurz vor den DDR-Wahlen. Aber es wurden im Präsidentenkreis noch keine genauen Terminvorgaben vorgelegt, weshalb wohl keine klare Vorstellung der Dauer der jeweiligen Phasen bestand. Zur AdW hieß es beispielsweise im Ergebnisvermerk zur Sitzung des Präsidentenkreises: »Umstrukturierungsmaßnahmen von der Reform der AdW bis zur Erstreckung von Rechtsvorschriften und Wissenschaftseinrichtungen der Bundesrepublik auf DDR-Gebiet müssen in der 2. und 3. Phase getroffen werden.«⁷⁷ Aus der bereits zitierten Aktennotiz des Abteilungsleiters im BMFT, Josef Rembser, geht hervor, dass man zu diesem Zeitpunkt noch dabei war, Ideen zu wälzen, darunter die von Jürgen Rüttgers (damals CDU-Bundestagsabgeordneter) vorgebrachte Option einer Deutschen Akademie der Wissenschaften sowie den Vorschlag des Heidelberger Professors Gotthard Schettler für eine »Akademie-Union« und den Vorschlag des Münchener Politologen Werner Weidenfeld für eine »Deutsch-Amerikanische Akademie«. Das Informationsdefizit bezog sich auch auf das Wissen der beiden relevanten Ressorts über einander: Eine handschriftliche Notiz des relevanten Abteilungsleiters im BMBW zum Ergebnisvermerk gibt den Wunsch wieder zu wissen, »was das BMFT (mit seinen 80 Mitarbeitern) im DDR-Gebiet macht. Das sollen wir in Erfahrung bringen, damit wir bei unseren bescheidenen Initiativen nicht [...] kopieren.«⁷⁸

Man bemühte sich um Nachbesserung des Informationsdefizits, vornehmlich über das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) in Erlangen, eine der führenden Einrichtungen der damals so genannten Deutschlandforschung. Clemens Burrichter, der dort leitende Experte für

76 Josef Rembser an die Präsidenten, Kurzniederschrift der Sitzung des Präsidenten-Kreises vom 05.03.1990, BArch, B 138/56723.

77 Ebdort.

78 Handschriftliche Notiz zu: Rembser an Präsidenten, Kurzniederschrift der Sitzung des Präsidenten-Kreises vom 05.03.1990, BArch, B 138/56273.

Forschung und Technologie, hielt verschiedentlich Überblicksreferate. Ein Papier dieses Instituts zur »Struktur des Wissenschaftssystems der DDR« zirkulierte schon seit Februar.⁷⁹ Noch am 20. Juni 1990, wenige Tage vor dem »Kamingespräch«, hielt Burrichter ein Grundsatzreferat bei der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Forschung und Technologie des Bundestages und der Volkskammer, das ebenfalls der Orientierung dienen sollte.⁸⁰ Ob Dieter Simon solche Vorlagen meinte, als er später in einem Interview folgendes sagte, ist unklar: »Ich habe mich um das DDR-Wissenschaftssystem erst gekümmert, als die Mauer fiel. Und dann habe ich einen horrenden Blödsinn zu lesen gekriegt. Wirklich differenzierte Beschreibungen über das DDR-System gab es nicht.«⁸¹ Weitere Orientierungsangebote ohne umfangreiches Zahlenwerk kamen von privilegierten DDR-Informanten, insbesondere dem Biochemiker Benno Parthier, damals noch Vizepräsident, ab Juni Präsident der Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle, und dem Linguisten Manfred Bierwisch sowie vom Altpräsidenten der Leopoldina Heinz Bethge.⁸²

Derweil war im MFT deutlicher geworden, welche Aufgabe nun bevorstand. So schrieb Staatssekretär Klaus Herrmann am 20. April einen langen Vermerk über die »Umstellung« der Forschungsförderungs-Praxis seines Hauses auf die Arbeitsweise des BMFT; »Wir stehen im Jahre 1990 vor einer sehr schwierigen Situation« und müssen die Umstellung auf die Praxis der Forschungsförderung des BMFT im Wesentlichen »in diesem Jahr in Vorbereitung auf 1991 beherrschen«. Er schlug den Einsatz von BeraterInnen aus dem BMFT vor, weil deren »Hilfe bei der Formulierung jeder einzelnen Ausschreibung« nötig sein wird, damit die Ziele und Bedingungen so dargestellt werden, »dass sie sowohl in wissenschaftlich-technischer Hinsicht, wie auch ökonomisch und wirtschaftsrechtlich in die gemeinsame Wissenschaftslandschaft passen. Wir müssen diesen Prozess in voller Breite mit einem Schritt vollziehen«. ⁸³ Es kam zur kompletten Umstellung der internen Organisation des MFT auf das Organisationsschema des BMFT,

79 IGW Erlangen-Nürnberg, 22.02.1990: Struktur des Wissenschaftssystems der DDR. Forschung und Entwicklung in der DDR, Mai 1990. Bildungsforscher wie Oskar Anweiler (Bielefeld) und Manfred Heinemann (Hannover) werden ebenfalls als Informanten für das Bildungs- und Hochschulsystem bemüht.

80 Clemens Burrichter, Die Situation von Forschung und Entwicklung in der DDR. Einleitungsreferat auf Einladung des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages zur gemeinsamen Beratung mit dem Ausschuss für Forschung und Technologie der Volkskammer zum Thema »Die Situation von Forschung und Entwicklung in der DDR«, 20. Juni 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

81 Dieter Simon: Ein Macher geht. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates zieht nach vier Jahren Amtszeit Bilanz. Interview. *Deutsche Universitätszeitung* 24 (1992b), 14–17, 15.

82 Benno Parthier, Zur Lage und Zukunft von Wissenschaft und Forschung in der DDR. Vortrag, Mitgliederversammlung des Stifterverbandes, 10.05.1990 in München; Manfred Bierwisch, Bemerkungen und Perspektive der Forschungsinstitute der AdW der DDR (o. N., o. D.), beides in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483. Vgl. Benno Parthier: Die Lage der DDR-Wissenschaft nach der Wende. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991b), 181–187; Benno Parthier: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991c), 189–193. Im Juli gratulierte MPG-Generalsekretär Hasenclever Bierwisch zum 60. Geburtstag nach dem »offiziellen Gratulationsbrief des Präsidenten«; beides sei Ausdruck der Dankbarkeit für seine Verdienste in der Wende. Hasenclever an Bierwisch, 25.07.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904. Näheres hierzu sowie zur Rolle Bethges siehe unten Abschnitt III.1.

83 K. Herrmann, Zum Einsatz von Beratern des BM für F + T der BRD im MFT der DDR, 20.04.1990. BAArch, DF 4/32265. Unterstreichung im Original.

mitsamt Schulungen der leitenden MitarbeiterInnen in einem Verwaltungslehrgang in Boppard am Rhein vom 21. bis zum 25. Mai.⁸⁴ Wie weit die Umstellung im MFT schon Anfang Juni gediehen waren, zeigt ein Brief des Staatssekretärs Herrmann nach Bonn, in dem er eine Liste der für Förderung vorgesehenen Projekte und eine Übersicht über die zuständigen Referenten im Zusammenhang mit einer »definitiven Bewertung derjenigen Programmteile, die für die Zukunft förderungswürdig sind«, vorlegte. Er dankte für die »inhaltsreichen, offenen und von gemeinsamen Überzeugungen getragenen Gespräche, die mir für meine weitere Arbeit viel gegeben haben.«⁸⁵

Die strukturelle Annäherung wurde auf Ministerebene angestoßen und bekräftigt. Das erste Treffen des neuen Ministers für Forschung und Technologie, Frank Terpe (SPD, ehemals Mathematikprofessor in Greifswald) mit dem langjährigen BMFT-Chef Heinz Riesenhuber fand bereits am 24. April statt. Vereinbart wurden monatliche Ministertreffen, gemeinsame »Klausursitzungen« führender MitarbeiterInnen beider Ministerien, und die »Errichtung eines gemeinsamen Arbeitssekretariats in Berlin«. Außerdem waren BeraterInnen auf Zeit vom BMFT ins MFT zu entsenden, die »konkret bei der Umstrukturierung des Ministeriums und in der Forschungspolitik mithelfen sollen«.⁸⁶

Zur Erläuterung der Kartenmappe, die man Riesenhuber von DDR-Seite beim ersten Treffen übergeben wollte, schrieb Herrmann einen ausführlichen Vermerk für seinen Minister, »Zu Fragen der Forschungslandschaft im Vereinigungsprozess«. Vor allem sei demnach das Problem der Struktur der Forschung und der Forschungsförderung zu lösen:⁸⁷

Der Hauptteil des Potentials liegt in den noch bestehenden Kombinat der Industrie, [aber es fehle] das Netz selbständiger technisch-orientierter Institute (analog der Fraunhofer-Gesellschaft). Selbstständige Industrieforschungseinrichtungen (wie sie in der Bundesrepublik im Rahmen der AG industrieller Forschungsvereinigungen existieren) und Länderinstitute [seien] *nicht vorhanden*.

84 Dr. U. Kminikowski an Herrmann, 04.05.1990. Vorschläge Eitners (UA 12) für Zusammenarbeit mit dem BMFT; Dr. Weber (BMFT) an Lauterbach, 04.05.1990; Kminikowski an Thieme, 14.05.1990, Verwaltungslehrgang in Boppard am Rhein 21.–25.05.1990; Lauterbach, 29.05.1990. Information über die Durchführung eines Seminars an der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung der BRD »Grundlagen des Verwaltungshandelns im Bereich der Forschungsförderung«, 21.–25.05. in Boppard. Alles BArch, DF 4/32260. Ende Mai ist in einem Dankeschreiben von Terpe an Riesenhuber von einer sehr ausführlichen Beratung und gegenseitigem Kennenlernen der Partner auf Arbeitsebene, Verständigung über die Arbeitsinhalte der Referate und Absprache der Organisation der weiteren Zusammenarbeit die Rede. Terpe an Riesenhuber, 30.05.1990. Ebendort.

85 Herrmann an Min-Dir. Eitler (BMFT UA 12), 08.06.1990, BArch, DF 4/32265.

86 Terpe an de Maizièrre, 23.04. [sic!] 1990: Beratung mit Riesenhuber durchgeführt – in der Anlage »eine entsprechende Mitteilung, die von beiden Seiten getragen wird«. Vgl. Mitteilung über das erste Treffen des Ministers für Forschung und Technologie, Prof. Dr. Terpe mit dem BM für Forschung und Technologie, Dr. Riesenhuber (o. D.). Beides BArch, DF 4/32367. Kontakte auf der Ebene der politischen Parteien fehlten übrigens nicht. Im Falle Terpes (SPD) handelte es sich um Reinhard Junker von der Bundestagsfraktion der SPD. Vgl. Junker an Terpe, 17.05.1990, ebenda. Die genaue Bedeutung solcher Kontakte im vorliegenden Fall ist noch unklar.

87 Zum Folgenden vgl. K. Herrmann an Terpe, »Zu Fragen der Forschungslandschaft im Vereinigungsprozess«, 20.04.1990; K. Herrmann, Information an Terpe zum Gespräch mit Riesenhuber, 22.04.1990. Beides BArch, DF 4/32265. Hervorhebung im Original.

Weiter hieß es dort: »Der für die rasche Ausbreitung technischer Erkenntnisse notwendige Unterbau der kleinen und mittleren technologieorientierten innovativen Unternehmen existiert nicht«. Als folgenreich erwies sich die folgende Feststellung: »Der Bereich der Hochschulforschung wird zu Lasten der Bereiche der außeruniversitären Forschung, insbesondere des Akademiebereichs, zu stärken sein. Dem soll bereits 1990 durch höhere Zuwendungen Rechnung getragen werden.«⁸⁸ Von welcher Seite diese Zuwendungen kommen sollten, schrieb Herrmann hier nicht. Wie alledem zu entnehmen ist, dachten die hohen Ministerialbeamte beider Staaten eher strukturell als personalpolitisch und waren auch eher auf Fragen der industrienahe und technischen Forschung als auf die Grundlagenforschung fokussiert. Eine diskursive Annäherung mag darin zu erblicken sein, dass in Ost wie West von einer »Forschungslandschaft« die Rede war. In diesem Sinne fielen die Positionspapiere aus, die ab Anfang Mai an mehreren Stellen zunächst ohne zentrale Koordinierung verfasst wurden.⁸⁹

Parallel hierzu verliefen Überlegungen in den leitenden bundesdeutschen Einrichtungen, allerdings ebenfalls weitestgehend unabhängig voneinander.⁹⁰ Vorreiter war wieder einmal die DFG, deren Senat bereits am 26. April seine Bereitschaft zu einer Ausdehnung der Zuständigkeit der DFG auf die DDR »einstimmig« erklärte. In der entsprechenden Presseaussendung Anfang Mai war von einer Forschungsförderung der DFG »auch in einem zukünftig geeinten Deutschland« die Rede.⁹¹ Am 11. Juni, nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags zur Wirtschafts- und Währungsunion, führte derselbe Senat einen Beschluss über die »organisatorische[n] und verfahrensmäßige[n] Konsequenzen« eines solchen Schrittes herbei, offenbar ohne Statutenänderung.⁹² Auf Seite eins des Beschlusstextes wurde die politische Absicht klar formuliert: Nach der Währungsunion wolle man möglichst rasch zur Einheit schreiten und dafür sorgen, dass möglichst viele dableiben.⁹³

88 Ebendort.

89 Hartmut Grübel, wie bereits erwähnt damals Referatsleiter in der Abteilung 224 (vormals Innerdeutsche Wissenschaftsbeziehungen, ab März 1990 Grundsatzfragen der deutschen Einigung) des BMFT, berichtet, dass er sein Papier am 5. oder 6. Mai abgegeben habe. Mitchell G. Ash: Gespräch mit Hartmut Grübel. Berlin 20. Februar 2019, DA GMFG, ID 601065. Seiner Erinnerung nach markierte dieses Papier »die Grundsatzposition, von der aus dann der Weg konsistent und ohne nennenswerte Konflikte im Hause« (BMFT) weitergegangen sei. Hartmut Grübel, persönliche Mitteilung an Mitchell G. Ash, 06.08.2020.

90 Wie Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 75, schreibt: »Viel gegenseitige Abstimmung [unter den Forschungs- und Forschungsförderungsträgern, MGA] fand dabei nicht statt: Das Reaktionsmuster war immer noch dezentral und nur schwach koordiniert.«

91 Markl an Verteiler (Staab, Hasenclever, Seidel WRK, Bode-Rektorenkonferenz, Simon, Benz (Gen-Sek WR), Harald zur Hausen (Vorsitzender der AGF), Syrbe (Präsident der FhG)), 02.05.1990 – Presseaussendung zum Senatsbeschluss der DFG vom 26.04.1990, Presseerklärung Nr. 12, 2. Mai 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

92 Ausdehnung der Zuständigkeit der DFG auf die DDR, Beschluss des Senats der DFG vom 11.6.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904, fol. 496 ff.

93 Markl an Mitglieder der DFG, das Präsidium, den Senat, das Kuratorium und die Vertrauensdozenten an den wissenschaftlichen Hochschulen, 09.07.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483.

Die Grundsätze der späteren Lösung waren aber bereits Anfang Mai in einem längeren Memorandum des BMFT-Abteilungsleiters Josef Rembser an Minister Terpe enthalten:⁹⁴ Bei der Arbeitsklausur der leitenden MitarbeiterInnen der beiden Ministerien am 6. und 7. Mai sollten demnach komplementär zur Präsentation der MFT-Abteilungsleiter »einige Gedanken zur forschungspolitischen Seite des deutschen Einigungsprozesses vorgetragen« werden.⁹⁵ Das gemeinsame Forschungssystem sollte dieselben vier Sektoren haben wie jenes der BRD: »Unser Ziel muss es sein, entsprechende Pendanten im Westen und Osten Deutschlands zu identifizieren, sie ggf. zu entwickeln, neu zu ordnen und dann zusammenzuführen. *Dabei darf am Ende nichts nebeneinander und parallel zueinander bleiben.* Wir wollen die Integration in der notwendigen Vielfalt und Eigenständigkeit.«⁹⁶ Zahlenmäßig soll Gesamtdeutschland »wenigstens 125 % des Forschungspotentials« der BRD, »das 5-fache des Potentials der DDR repräsentieren.« »Wir werden Ihre Positionen respektieren«, hieß es weiter, doch vorrangig seien folgende Ziele unter anderem, »die menschlichen Ressourcen der DDR für eine qualifizierte, wettbewerbsorientierte, kreative und eigenverantwortliche Forschung zu entwickeln« und »eine starke Verankerung, die Vitalisierung der Grundlagenforschung in den Hochschulen« zu erzielen. Die Neugestaltung der außeruniversitären Forschung, insbesondere der AdW, sei »eine besonders sensible und schwierige Aufgabe«; die DDR habe »dreimal mehr Leute in den außeruniversitären Natur-, Agrar-, Ingenieurs- und Medizinwissenschaften, als die BRD.« Man wolle »Einzelinitiativen und Vorschläge aus der Basis der AdW« einbeziehen, aber das Ergebnis werde »zweifellos eine Verminderung des jetzigen Personalumfangs im außeruniversitären Sektor bedeuten«.⁹⁷

Die Stoßrichtung jedenfalls des BMFT schien also bereits Anfang Mai deutlich zu werden, der Zeitplan war es aber noch nicht. Im Vermerk Rembsers vom 7. Mai sprach er von einer Zuordnung der Institute der AdW nach Möglichkeit zur MPG bzw. der FhG sowie einer Stärkung des Hochschulbereichs und der Länderinstitute.⁹⁸ Andererseits ging man von einer gemeinsamen Beratung von alledem mit der Akademieleitung aus, also war doch noch nicht klar, ob diese überhaupt noch eine Funktion haben würde und wo die Gelehrtenengesellschaft verbleiben sollte. In einem weiteren Vermerk vom 9. Mai ist davon die Rede, dass die »AdW-Institute in die Forschungslandschaft ein[zu]ordnen...«, das heißt, in Universitätsinstitute oder als Institute der Länder einzugliedern seien. BRD-WissenschaftlerInnen sollten als BeraterInnen tätig werden, unter anderem auch, um »DDR-spezifische Maßstäbe zu überwinden bzw. zu vermeiden.«⁹⁹

94 Zum Folgenden vgl. Josef Rembser (BMFT), »Aspekte zur Gestaltung der gesamtdeutschen Forschungslandschaft«, im Mai 1990, BArch, DF 4/32367.

95 Ebenda, S. 3.

96 Ebenda, S. 4. Hervorhebung im Original.

97 Ebenda, S. 13. Unterstreichungen im Original.

98 Ebendort.

99 Dr. Kminikowski: Vermerk über ein Gespräch mit Herrn Dr. Wahl, Leiter des Referats 124 des BMFT, 09.05.1990, in Berlin, BArch, DF 4/32265.

Dabei galt als »anerkannter Grundsatz: Die Basis der Forschung der BRD ist die Hochschulforschung«. Die »Erhaltung wichtiger Forschungsinstitute (Krisenmanagement 1990 wichtig) als Zwischenschritt/Stufenplan« sei denkbar, ihre Existenzberechtigung sei aber deutlich in Frage zu stellen. Eine »endgültige Entscheidung über die Finanzierung aus der öffentlichen Hand« solle erst fallen, »wenn [die] Stellung [der jeweiligen Institute, MGA] in der künftigen Forschungslandschaft klar ist«.

In einer Notiz über das zweite Ministergespräch am 21. Mai hielt Terpe selbst, wohl aus dem Blickwinkel der eigenen Position, als Ergebnis fest: »komplementäres Zusammenwachsen der Forschungspotentiale« mithilfe eines »[g]emeinsamen Gremium[s]«, um »eine weitere Ausdünnung der DDR-Forschungslandschaft und die Bildung paralleler Strukturen« zu vermeiden. Dabei müsse »Das Zusammenwachsen der einheitlichen deutschen Forschungslandschaft [...] im Geist der Kollegialität und Fairness erfolgen«. In Antwort darauf schlug Riesenhuber ein von ihm so genanntes »Kamingespräch« mit »leitenden wissenschafts-politischen Persönlichkeiten beider Staaten [...] noch im Juni« in Bonn vor.¹⁰⁰ Das Gespräch fand statt, aber erst im Rahmen des ohnehin für den 3. Juli geplanten Ministertreffens (siehe unten).

Im Juni kam der WR wieder ins Spiel, und zwar mit seiner Stellungnahme »Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg in die deutsche Einheit«. Die Stellungnahme erschien erst am 6. Juli, aber ein Entwurf derselben wurde am 5. Juni von der oben erwähnten Arbeitsgruppe »Deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen« des WR im Beisein Dieter Simons beraten.¹⁰¹ Viele der Beteiligten sollten sich beim »Kamingespräch« wiedersehen.

Zur Finanzlage im MFT zu dieser Zeit ist der Bericht eines Besuchs des Staatssekretärs Herrmann bei der Abteilung 1 des BMFT Ende Mai/Anfang Juni aufschlussreich.¹⁰² Herrmann ging zwar nach wie vor von der Zweistaatlichkeit aus, machte jedoch sehr deutlich, dass erstens der DDR-Haushalt nur noch begrenzte Mittel für die AdW oder die AUFES überhaupt vorsah und zweitens dieser Haushalt ohnehin auf unsicheren Beinen stand: Der Ministerrat der DDR verabschiedete zwar den Haushalt für das zweite Halbjahr 1990 und für 1991, doch »zur Zeit dürfen nur noch Löhne bezahlt werden, alle übrigen Haushaltskonten sind gesperrt«. Für Wissenschaft und Forschung seien für das 2. Halbjahr 1990 681 Millionen (es kommen 300 Millionen Einnahmen hinzu, also insgesamt 981 Millionen) und für 1991 962 Millionen vorgesehen.¹⁰³ Davon ging aber nur ein Teil ins Budget des MFT ein. Anderes geht zur AdW direkt bzw. zu

100 Notiz über das Minister-Gespräch am 21.05., 22.05. 1990. BArch, DF 4/32367.

101 Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der vierten Sitzung der AG »Deutsch-deutsche Wissenschafts-Beziehungen« des WR am 5. Juni 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904. Zu den mitgesandten Unterlagen gehörten neben dem Entwurf der Stellungnahme ein Auszug aus der letzten Sitzung des BLK-Ausschusses Forschungsförderung sowie Berichte von DFG, MPG, CFE und FhG zu den Perspektiven der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen in der DDR.

102 Zum Folgenden vgl. Resumé des Arbeitsbesuches von Herrn Herrmann (MFT) bei AL 1 am 31.05./01.06. 1990, 01.06. 1990, BArch, DF 4/32265.

103 Vermutlich handelt es sich hierbei um Mark der DDR.

anderen Ministerien für ihre F u E-Ausgaben. »Fördermittel für die Wirtschaft sind nach Information von Herrn Herrmann nicht vorgesehen«.

Über die Finanzierung der AdW klärte Herrmann seinen bundesdeutschen KollegInnen wie folgt auf:¹⁰⁴ Bisher wurden jährlich ca. 1,3 Milliarden Mark der DDR im Budget bewilligt, davon rund 700 Millionen für FuE, aber das meiste kam direkt vom Büro des Ministerpräsidenten und nicht vom MFT. Von dort seien circa 184,4 Millionen Mark für das zweite Halbjahr 1990 vorgesehen. Darunter waren nicht ganze Institute, sondern »zukunftsträchtige FuE-Teams«, und innerhalb von diesen 27 Gruppen (162 Millionen 1991), aber auch Gruppen aus Nicht-AdW-Instituten (zum Beispiel in der Industrie). »In der AdW-Finanzierung insgesamt stecken bisher auch Ausgaben für Bau-Investitionen, Museen, Fachinformations-Zentren, Dotationen für Akademie-Mitglieder etc.; für diese Ausgaben ist MFT bisher nicht zuständig«. Derartige Komplexitäten waren sicher nicht dazu angetan, eine bundesdeutsche Übernahme des Institutsverbands der AdW attraktiv werden zu lassen, selbst dann nicht, wenn man im BMFT jemals daran gedacht hätte. Für die künftige Entwicklung ist wohl aufschlussreich, dass der ostdeutsche Staatssekretär bei dieser Gelegenheit eine Deutsch-deutsche Kommission zur Begutachtung der Institute vorschlug. Dabei riet er von ausländischen Gutachtern »aus Zeit- und Akzeptanzgründen ab«. Des Weiteren äußerte er die Sorge, dass die Ausschreibung von 13 Förderprogrammen »unerfüllbare Hoffnungen zu wecken« imstande sein könnten. Also riet er dazu, keine Ausschreibung zu tätigen, sondern sich gemeinsam darauf zu konzentrieren, welche der 540 noch in Diskussion befindlichen Projekte zukunftsträchtig und daher 1991 weiter zu fördern wären.

Noch bevor diese verbesserte Informationslage im BMFT zur Verfügung stand, scheint man dort einer grundsätzlichen Entscheidung nähergekommen zu sein. Indirektes Indiz dafür ist das Grundsatzreferat des Referatsleiters 224 (vormals Innerdeutsche Wissenschaftsbeziehungen, seit März 1990 Grundsatzfragen der deutschen Einigung) im BMFT, Hartmut Grübel, bei der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 28. Mai 1990. Dort wurde laut entsprechender Aktennotiz die Notwendigkeit einer Umgestaltung der AdW hervorgehoben: »Deren Personal müsse auf jeden Fall verkleinert werden.« Möglich sei eine Verlagerung zu den Hochschulen, der FhG oder der MPG. »Allerdings entstehe bei Letzteren, falls man den bundesdeutschen bzw. OECD-Schlüssel zugrunde lege, lediglich ein Pers.-Bedarf von je 1.000 Stellen.« Bei den GFEs kämen vielleicht 6.000 hinzu, womit »auf jeden Fall ein großer Überhang an FuE-Personal bei der ausgelagerten Grundlagenforschung entstehe. Dies insbesondere dann, wenn man einem von der DDR zur Umstrukturierung ins Spiel gebrachte Moratorium von zwei Jahren nicht folge.« Die Erwartungshaltung von dieser Seite sei »sehr groß«, weshalb davor gewarnt wurde, »zu früh« zu fördern, weil das falsche Strukturen festigen könnte.¹⁰⁵

104 Zum Folgenden vgl. weiterhin Resumé des Arbeitsbesuches von Herrn Herrmann (MFT) bei AL 1 am 31.05./01.06.90, 01.06.1990, BArch, DF 4/32265.

105 Gross, Vermerk betr.: Außerordentliche Sitzung des interministeriellen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 28.05.1990, BArch, B 138/56723. Hinzugefügt sei, dass der Vertreter des BMBW davor warnte, »bei der Neustruk-

Auffallend bei dieser Stellungnahme und richtungsweisend für das politische Handeln des BMFT danach ist erstens die Rede von Stellen und Strukturen statt von Personal und zweitens die Kalkulation der Kosten in DM – so als würde die Währungsunion schon Wirklichkeit sein, ohne Berücksichtigung allfälliger Ost-Tarife, die es ja noch nicht gab – sowie drittens die Voraussetzung eines Agierens der bestehenden bundesdeutschen Akteure in der DDR noch vor der staatlichen Vereinigung. Bezüglich anderer strategischer oder struktureller Möglichkeiten war an dieser Stelle nichts zu erkennen. Natürlich reicht dieses Zitat nicht als Beleg für die These aus, dass die Auflösung der AdW bzw. die Abtrennung der Institute und die darauffolgende drastische Personalreduktion allein aus Kostengründen erfolgt sei. Eine solche Deutung greift zu kurz, zumal die Frage nach der Trägerschaft einer Mammuteinrichtung wie der AdW nach der Bildung der neuen Länder, wie oben bereits betont, ebenfalls eine wesentliche, vielleicht übergeordnete Rolle gespielt haben muss.

Zu diesem Zeitpunkt war – dies sei an dieser Stelle noch einmal eigens hervorgehoben – noch immer nicht klar, wann die Vereinigung der beiden deutschen Staaten überhaupt geschehen würde. Noch im Mai dachte man jedenfalls im BMBW an eine Vorlage der Texte der Überleitungsgesetzgebung in den Parlamentsausschüssen im September, womit der Vollzug der Einheit per Überleitungsgesetz im normalen Lauf der Legislative geschehen würde.¹⁰⁶ Mitte Juni gab Innenminister Schäuble regierungsintern eine Verstärkung des Zeitdrucks zur Abgabe der Texte für die Überleitungsgesetzgebung bis zum 22.6. bekannt, denn die Ressortabstimmung »soll möglichst in der ersten Julihälfte abgeschlossen werden.«¹⁰⁷ Zu diesem Zeitpunkt standen aber noch beide Optionen im Raum, Staatsvertrag mit Überleitungsbestimmungen und Vereinigung per Überleitungsgesetz. Eine weitere politische Beschleunigungsentscheidung stand noch bevor (siehe unten).

In Ostberlin ahnte man gegen Ende Juni offenbar noch immer nicht, was bevorstand: In seiner Antwort auf eine Kurzmeldung in der *Berliner Zeitung* mit dem Titel »Akademie steht vor einem Millionenloch« versicherte ein Mitarbeiter des MFT am 20. Juni, dass die Zahlenangabe falsch und die Stellen der AkademiemitarbeiterInnen im Budget für das 2. Halbjahr gesichert seien, das Zahlungsmoratorium bleibe aber bestehen.¹⁰⁸ Wenige Tage später sollte das völlig anders aussehen.

turierung der AdW nur auf einige gute potentielle MPG- oder FhG-Institute zu sehen und zu große »Restgruppen« zu lassen.« Bei der »Rückverlagerung« an die Hochschulen solle man flexibel sein und nötigenfalls An-Institute bilden.

106 Bröhl II A 1–2026–4 an den Herrn Staatssek. Vermerk: Besprechung mit Vertretung des BMI auf Referatsebene am 11.05.1990, BArch B 138/45519. Im April war sogar noch davon die Rede, dass es »für eine Übergangszeit unterschiedliches Bundesrecht im Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik und der DDR geben« würde. Bröhl an Staatssek. Vermerk, Betr: Gesetz zur Einführung von Bundesrecht auf dem Gebiet der DDR, 17.04.1990. Ebendort.

107 Schäuble an alle Minister, 13.06.1990: Betr. Vorbereitung eines Staatsvertrages zur Herstellung der deutschen Einheit, B 138/48266.

108 Pötschke an Hans Eggert (Chefredakteur der *Berliner Zeitung*), 20.06.1990, BArch, DF 4/32260.

Am 18. Juni traf beim MFT eine Mitteilung von der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates ein mit dem oben erwähnten Entwurf der grundsätzlichen Stellungnahme des WR, »Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit.«¹⁰⁹ Darin hieß es, dass in der oben erwähnten AG-Sitzung die folgenden Vorgehensweisen erörtert wurden:

(1) Das BMFT nimmt mit dem MFT »zunächst eine Einteilung der Institute nach den Sektoren der außeruniversitären Forschung in der BRD vor. Anschließend erfolgt *in den jeweiligen Wissenschaftsorganisationen* (MPG, AGF, FhG, Blaue Liste etc.) eine Evaluation der ihnen zugeordneten Institute«. Dies böte den Vorteil schneller Grundsatzentscheidungen. Inwieweit die Wissenschaftsorganisationen, insbesondere die Bund-Länder finanzierten, und die Länder dem zustimmen, sei noch offen.

(2) Man nehme sich analog zur AG »Zusammenarbeit von Großforschungseinrichtungen und Hochschulen« eine nach Forschungsfeldern gegliederte Evaluation vor. Auf dieser Basis sollten »die *Institute* [der AdW, MGA] in verschiedene Sektoren gegliedert und den entsprechenden Wissenschafts-Organisationen zugeordnet« werden, dann folge eine »vertiefende Evaluierung«. Dies böte den Vorteil einer stärkeren Beteiligung der Wissenschaften. Offen in diesem Fall sei die Frage danach, ob eine Vorgehensweise, die sich für strukturelle Fragen eignet und keine Begutachtung einzelner Institute vorsieht und dafür effizient und effektiv sei, sich »auf einen Evaluationsprozess, an dessen Ende schwerwiegende Entscheidungen zu treffen sind, übertragen lässt«.

(3) Stattdessen bilde man etwa 10 Arbeitsgruppen mit »herausragenden Wissenschaftlern des In- und Auslands«, welche die AdW-Institute besuchen und anhand eines einheitlichen Fragenkatalogs evaluieren würden. »Analog zum SFB-Begutachtungsverfahren« würden Vorsitzende und Berichterstatter der AGs ihre Ergebnisse in den Ausschuss des WR einbringen, »der – unter Mitwirkung der Wissenschaftsorganisationen und der Zuwendungsgeber – eine Empfehlung für die strukturelle und organisatorische Neugliederung der AdW vorbereitet, die dann dem WR zur Beschlussfassung vorgelegt wird«. Dies böte den Vorteil wissenschaftspolitischer Entscheidungen aufgrund wissenschaftlicher Bewertungen von Leistungen »der einzelnen Institute«, setze aber voraus, dass das MFT den WR um so etwas »bittet« und eine Weiterförderung (der Akademieinstitute) im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten für 1 bis 1,5 Jahren beantragt. Wie sogleich zu sehen sein wird, wurde dieser Hinweis im MFT aufgegriffen.

Dabei betonte man, dass die Geschäftsstelle des WR nicht über die personellen und sachlichen Ressourcen für eine Betreuung der AdW-Institute über diesen Übergangszeitraum verfüge. Was den Finanzbedarf betrifft, so veranschlagte die Geschäftsstelle circa 3,8 Milliarden DM über 5 Jahre für Verbesserung der Forschungsinfrastruktur, und zwar ohne die laufenden Kosten der Hochschulen, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder die wohl auch notwen-

109 Zum Folgenden vgl. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates an das MFT, 18.06.1990, BAArch, DF 4/32165. Hervorhebungen durch MGA.

dige stufenweise Erhöhung der Budgets des DAAD und der Humboldt-Stiftung um 25 Prozent. Des Weiteren hieß es: »Über die Weiterführung der wissenschaftspolitischen Beratungstätigkeit des WR [...] kann erst in der Juli-Sitzung entschieden werden.« Die KMK habe bei ihrer Plenarsitzung in Lübeck von 7.–8. 6. 1990 eine Erweiterung des WR um Vertreter der (noch nicht gebildeten) NBL vorgesehen. Das Ziel sei es, eine »alsbaldige Bestandaufnahme über das Hochschulwesen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der DDR« vorzulegen sowie diese zu evaluieren und Empfehlungen für ihre Weiterentwicklung zu formulieren. Diese Aufgabe soll dem WR übertragen werden. Daran sollten »Vertreter vom Staat – insbesondere der künftigen Länder – und Wissenschaftler der DDR« beteiligt werden.¹¹⁰

Bekanntlich wurde im Wesentlichen Option 3 realisiert – eine durch den WR organisierte, mittels international besetzter Arbeitsgruppen durchzuführende Evaluierung der AdW-Institute –, allerdings nicht vor, sondern erst nach dem Vollzug der staatlichen Einheit und ohne Aussicht auf eine Neustrukturierung des Institutsverbandes der AdW als solchem. Warum man sich dafür bzw. gegen die beiden anderen Optionen entschied, bleibt noch zu klären.

Zwei Wochen danach, am 29. Juni, traf beim BMFT ein 14-seitiges Telefax vom MFT aus Berlin mit dem Titel »Vorläufige Einschätzung der von der Institutsgemeinschaft der AdW der DDR vorgelegten konzeptionellen Vorstellungen zur Entwicklung der Institute und Einrichtungen« ein.¹¹¹ Die wesentlichsten Punkte dieses Dokumentes verdienen es, zusammengefasst zu werden: »Zu einer Länderaufteilung wird im Material nur eine kurze Aussage getroffen.«¹¹² »Die vorherrschenden Institutsmeinungen, einen Platz in der heute als Forschungslandschaft bezeichneten Vereinigung der Institute zu finden, wird sich noch nicht realisieren lassen.«¹¹³ Höchstens 10.000 WissenschaftlerInnen würden verbleiben können. Es sei »nicht schlüssig heraus[zul]esen, was die verbleibenden 13.000 Beschäftigten nach der Umstrukturierung tun werden, wie das wissenschaftlich-technische Potential für die Stärkung der ganzen marktwirtschaftlichen Entwicklung wirksam gemacht werden soll.« Für das unmittelbar danach folgende Geschehen war wohl der wichtigste Punkt der Vorschlag einer Evaluierung (»Gutachtung«) der AdW-Institute durch den WR. Also trug der oben zitierte Hinweis der Geschäftsstelle des WR Früchte, der Vorschlag kam nun tatsächlich von der DDR-Seite. Weiter unten hieß es: »Der Einfluss der marxistisch-leninistischen Denk- und Arbeitsrichtungen muss durch inhaltliche, personelle und strukturelle Veränderungen ausgeschaltet werden.«¹¹⁴

110 Ebendort. Hervorhebungen durch MGA.

111 Bösch, Ständige Vertretung an BMFT, per Telefax, 29.06.1990. Betr.: Kamingespräch 03.07.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483.

112 Ebenda, fol. 608.

113 Ebenda, fol. 609.

114 Ebenda, fol. 619.

Damit schien der Weg für das von Riesenhuber so genannte »Kamingespräch« – eigentlich eines der inzwischen regelmäßigen Ministertreffen (siehe oben), spektakulär erweitert um die Mitglieder der AG deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen, die Mitglieder der Allianz und andere hochrangige Personen – am 3. Juli in Bonn geebnet zu sein. In einem Schreiben an den Präsidentenkreis vom 28. Juni gab Riesenhuber den von ihm gewünschten Konsens in aller Klarheit vor:¹¹⁵

»Als Ergebnis des Gesprächs würde ich ideal finden, wenn breiter Konsens über folgende Thesen erreicht werden könnte«:

1. Nach dem Beitritt »wird es eine einheitliche deutsche F[orschungs]-landschaft geben, die in ihren Strukturen und Grundwerten der im jetzigen B[undes]-gebiet entspricht«.
2. »Daraus und aus der Herrschaft des GG folgt eine unseren bisherigen Traditionen entspreche Rollenverteilung zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft; spezifische Sonderstrukturen für das Gebiet der jetzigen DDR wird es – nach einer unvermeidlichen, aber hoffentlich kurzen Übergangs- und Anpassungszeit – nicht mehr geben. Vielmehr wird es nur eine DFG, eine MPG, eine FhG usw. geben.«
3. Dies bedeutet »erhebliche Veränderungen, ja teilweise völlige Umformung und Neuordnung der Forschung« im Gebiet der jetzigen DDR. »Auch erscheint eine wesentliche Reduzierung des F- und E-Personals« zumindest in den staatlich finanzierten Einrichtungen »unausweichlich«.

Wegen »Verunsicherung und Erosionserscheinungen« scheint dabei »größte Eile geboten zu sein.« Daher wünschte sich Riesenhuber »Entscheidungsgrundlagen« für die Neuordnungen »noch in diesem Jahr«. Zwar habe er noch nichts aus der DDR-Regierung »zur Zukunft der AdW-Institute« erhalten, doch hoffe er noch auf eine rechtzeitige Zusendung.

Der vorbereitende Vermerk des MPG-Generalsekretärs Hasenclever zur Sitzung der Allianz am 2. Juli 1990 und den »im Anschluss an die Sitzung und am nächsten Tage vorgesehenen DDR-Gespräche[n]« spricht jedoch eine etwas andere Sprache:¹¹⁶

- 1.1 Nach Möglichkeit sollte gegenüber den Vertretern der DDR deutlich gemacht werden, dass nach unseren Vorstellungen die Akademie der Wissenschaften entflochten werden muss und in der Forschungslandschaft eines vereinigten Deutschlands für das Fortbestehen der AdW Forschungsgemeinschaft kein Raum gesehen wird.
- 1.2 Kontakte und Beratung der zentralen Stellen sollten daher, um eine Verfestigung von Strukturen und Machtpositionen zu vermeiden, zu Gunsten einer Beratung der Institute vor Ort weitgehend reduziert werden.

¹¹⁵ Riesenhuber an den Präsidentenkreis, 28.06.1990, Bl. 3–4, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646. Unterstreichungen im Original.

¹¹⁶ Hasenclever an Ref. Ia, Kopie an Präsident, 05.07.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fot. 258–260.

Dass der Grundsatzentschluss zur »Entflechtung« der AdW den DDR-Vertretern deutlich zu machen sei, deutet daraufhin, dass diese davon nicht vorab informiert wurden.¹¹⁷ Dem entspricht die Erinnerung Horst Klinkmanns: Er und Terpe seien demnach »im guten Glauben« mit dem Vorschlag einer eigenständigen »Leibnizgesellschaft« nach Bonn gegangen,

aber da wurde plötzlich, als wir diese Idee vorstellten, aus der Allianz, die sich sonst untereinander immer argwöhnisch beäugt und konkurriert hatten, im Wissen über die überraschenden Ergebnisse der Evaluierung der Akademieinstitute, eine große Einheit, weil man sich offensichtlich schon die einzelnen Filetstücke aus diesen Akademiebereichen irgendwie schon zugeordnet hatte und sie nachher übernommen hat.¹¹⁸

Hier wurden anscheinend Erinnerungen aus verschiedenen Zeiträumen miteinander verschränkt. Dass Klinkmann und Terpe von der plötzlich einheitlichen Haltung der Allianz überrascht waren, ist nachvollziehbar – kam sie doch erst kurz davor zustande (siehe auch unten Abschnitt III.1.). Der im Zitat angegebene Grund für diese Einigkeit ist für den Juli 1990 jedoch eher spekulativ, zumal die Allianzmitglieder von den Ergebnissen der Evaluierung der AdW-Institute durch den WR, die ja erst im »Kamingespräch« überhaupt angestoßen wurde, noch nichts wissen konnten. Ob ein Finanzierungsmodell für eine »Leibnizgemeinschaft« auch Teil des erwähnten Konzepts war, ist unklar.

In einer späteren Ansprache vor der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion (CPTS) der MPG am 2. Oktober, also am Tage vor dem Vollzug der deutschen Einheit, nannte Zacher die angeblich gemeinsame Presseerklärung von Terpe und Riesenhuber am 3. Juli sogar »eine Art Husarenstück, denn so deutlich war der Konsens in der Sitzung nicht formuliert worden.« Gleichwohl sah er die dort formulierte Aussage als »ein[en] entscheidende[n] Durchbruch«, der »weitestgehend einerseits dem massiven Konsens der Wissenschaftsorganisationen zu verdanken war, dass er aber nach außen hin und im politischen Handeln weitgehend auch ein Verdienst des Herrn Riesenhuber war.«¹¹⁹

Der Text der gemeinsamen Pressemitteilung der beiden Minister am 3. 7. 1990 mit dem Titel »Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft« ist seither häufig als Schlusspunkt dieser Phase gedeutet worden. Dort wird tatsächlich die Schaffung einer einheitlichen Forschungslandschaft »für Gesamtdeutschland« als gemeinsames Ziel festgelegt,

117 Ebenda.

118 Klinkmann, Zeitzeugenbericht Klinkmann, 2008, 226–253, 249.

119 Anlage zum Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 02. 10. 1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, fol. 21 recto. Auch Dieter Simon nennt die Presseerklärung ein »Husarenstück«; Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon, Berlin 15. 03. 2019, DA GMPG, ID 601048. Stucke, Die westdeutsche Wissenschaftspolitik, 1992, 3–14; betont als einer der ersten den Konsens der westdeutschen institutionellen Akteure, verdeutlicht aber nicht, dass oder warum dieser erst im Juni überhaupt zustandekam. Nach Olaf Bartz: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007, diente diese Initiative hingegen der Positionierung des BMFT im Spannungsverhältnis der Player.

die jene Elemente aufweist, »die die Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland heute kennzeichnen«. Die »*Einpassung* der in der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR zusammengefassten Einrichtungen in eine solche Forschungslandschaft« wird als »zentrale Aufgabe« genannt und der WR »gebeten, unter Einbeziehung von Wissenschaftlern und Wissenschaftspolitikern aus der DDR eine Bewertung der Forschungskapazitäten der DDR« vorzunehmen »und Vorschläge zu ihrer Neuausrichtung zu machen.«¹²⁰ Das Wort »Gelehrten-gesellschaft« kam in dieser Presseerklärung jedoch nicht vor, von einer Abtrennung derselben vom Institutsverband der AdW war also nur indirekt die Rede. Nimmt man dies zur Kenntnis und sieht man sich den Wortlaut des offiziellen Ergebnisberichtes vom 9. Juli an, beginnt die Standarderzählung eines geraden Weges vom »Kamingespräch« zum Artikel 38 des Einigungsvertrags Risse zu bekommen.¹²¹

Im Ergebnisbericht steht der Satz von der »einheitlichen Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland« vorneweg. Weiter unten wird spezifiziert: »Es wird angestrebt, schnellstmöglich die Arbeit der DFG auf die DDR auszudehnen und damit Direktanträge von dort zu ermöglichen.« Die Minister »unterstreichen die Bedeutung von Initiativen der MPG zur Herausbildung spezifischer Ansätze auf dem Gebiet der DDR« und befürworten die »Bildung von Einrichtungen [der] FhG aus dem Forschungspotential der DDR«. Die beiden Minister »appellieren« an die bundesdeutsche Wirtschaft, mitzuhelfen, um »leistungsfähige F- und E-Kapazitäten in der Wirtschaft [der DDR, MGA] zu erhalten.« Minister Terpe kündigt hierzu »flankierende Hilfen im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel an«. Des Weiteren begrüßen sie »die Erweiterung des WR um Persönlichkeiten aus der DDR.« Bezüglich der Evaluierung der AdW soll der MFT »einen Antrag zur Evaluierung der AdW stellen«, während »der Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR analog für die universitären Einrichtungen verfahren« wird. Bis zur Bildung der Länder, hieß es weiter, sollen ihre Interessen »treuhändisch durch die Ministerien für Forschung und Technologie sowie für Bildung und Wissenschaft« erfolgen. »Die AdW leitet schrittweise und zügig die Neuprofilierung ein«, darunter »die Verselbständigung von Dienstleistungs- und Technologieunternehmen; die Zuordnung von Instituten bzw. Institutsteilen zu Hochschulen und Universitäten, [sowie] die Schaffung von Landesforschungsanstalten und -einrichtungen in den zu bildenden Ländern.« Offenbar ging man noch davon aus, dass die Länder noch vor dem Vollzug der Einheit gebildet werden würden. Im Text wird nach wie vor zweistaatlich formuliert, von einem Einigungsvertrag ist überhaupt nicht die

120 BMFT Pressemitteilung. Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft. 03.07.1990, BArch, DF 4/24357. Hervorhebung durch MGA.

121 Vgl. Ergebnisse des Gesprächs von Bundesforschungsminister Dr. Heinz Riesenhuber und Forschungsminister Prof. Dr. Frank Terpe mit hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft beider Teile Deutschlands und von Ländervertretern am 03.07.1990 in Bonn, 09.07.1990. Mit Dank an Hartmut Grübel für die freundliche Überlassung einer Kopie. Interessanterweise ist in der Vorankündigung dieses Treffens und der Sitzung des Präsidentenkreises zur »Abstimmung« am Vorabend lediglich davon die Rede, dass »[i]nsbesondere [...] die zukünftige Ausrichtung und Struktur des außeruniversitären staatlichen F u E-Bereichs der DDR und hier speziell der AdW« sowie der »mögliche Beitrag der AdW zur Zukunft der Hochschulforschung in der DDR« und der Aufbau beziehungsweise die Erhaltung »leistungsfähiger industrieller F u E-Kapazitäten einschließlich eines innovativen, technologieorientierten Mittelstandes« zur Debatte stehen würden. Ziller an Schaumann, 25.06.1990, BArch, B 138/56723.

Rede. Was den Faktor Zeit betrifft, soll »im Oktober 1990 erneut mit hochrangigen Vertretern von Wissenschaft und Wirtschaft beraten werden.«

Aus alledem ist für die folgenden Ausführungen einiges hervorzuheben. In gewisser Hinsicht scheint man noch immer von einer einstweiligen Fortsetzung der Zweistaatlichkeit sowie der zentralstaatlichen Verfasstheit der DDR auszugehen, sonst wäre von einer Ergänzung des WR durch »Persönlichkeiten aus der DDR« oder die Beantragung einer Evaluierung der AdW und der Hochschulen durch die beiden Staatsministerien vor der Gründung der Länder und offenbar auch noch vor Vollendung der staatlichen Einheit nicht die Rede gewesen. Das gilt auch noch für die Einbeziehung der neuen Länder in die Arbeit der BLK und ihre Ausschüsse. Ebenfalls hervorzuheben ist, dass weder von einem Zeitplan für die Evaluierungen der AdW-Institute noch von der Gründung neuer MPIs auf dem Gebiet der DDR gesprochen wird.

Nur wenige Tage nach dem »Kamingespräch«, am 6. Juli erschien die oben erwähnte, seitdem vielzitierte Stellungnahme des Wissenschaftsrates, »Perspektiven zu Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen«.¹²² Die Inhalte dieser Stellungnahme verdienen ebenfalls eine eingehende Analyse, an dieser Stelle sollen aber nur drei Aspekte daraus wegen ihrer Relevanz für die Tätigkeit der MPG in den NBL hervorgehoben werden:

Gegen Anfang der Stellungnahme wurde die seitdem am häufigsten zitierte Aussage festgehalten:

Insgesamt kann es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozess der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Änderung bedürfen.¹²³

Die oben als »Problemdisziplinen« bezeichneten Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, hier »zum Beispiel die Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Geschichtswissenschaft, Philosophie, Soziologie und Pädagogik«, wie die gesamte Lehramtsausbildung wurden in dieser Stellungnahme für einen grundsätzlichen »Neubau« empfohlen, weil sie »einseitig [später »ausschließlich«, MGA] auf die marxistisch-leninistische Theorie, die realsozialistische Staatslehre und die zentralstaatliche Verwaltungswirtschaft ausgerichtet« seien; anschließend wurden Empfehlungen für eine Nachbesetzung von Professuren in diesen Fächern formuliert.¹²⁴ Die Sprachwissenschaft, aber keine andere Disziplin wird als mögliche

122 Wissenschaftsrat: *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Drs. 9847/90. Berlin 1990. Laut Dieter Simon (Interview 05.03.2019) wurde der Text größtenteils von Wilhelm Krull entworfen; Krull bestätigte dies im eigenen Interview (19.03.2019).

123 Wissenschaftsrat, *Perspektiven*, 1990, 6.

124 Wissenschaftsrat, *Perspektiven*, 1990, 17, 22.

Ausnahme von diesem Urteil genannt. Auf diese Weise wird die politische Charakterisierung von Wissenschaftstypen zum eigenständigen wissenschaftspolitischen Faktor.

Unter den Empfehlungen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurden die Nachwuchs-, Projekt- oder klinischen Forschergruppen der MPG »als ein geeignetes Instrument« betrachtet, »um ohne institutionelle Festlegung jüngeren Wissenschaftlern (und auch in der Vergangenheit [politisch, MGA] benachteiligten Wissenschaftlern,) die Möglichkeit zu eröffnen, selbstständig kleinere Arbeitsgruppen zu leiten.«¹²⁵

Was die Ergebnisse des »Kamingesprächs« vom 3. Juli im Detail bedeuten sollte, stand aber zu diesem Zeitpunkt ebenso wenig fest wie dessen Akzeptanz seitens der Verantwortlichen der DDR. Dies belegt ein Vermerk aus dem ersten Gespräch Hans Zachers mit dem Vizepräsidenten der MPG am 11. Juli, der Auskunft über den Verlauf des »Kamingesprächs« gab und zeigte, dass der in der Presseerklärung vom 3. Juli 1990 präsentierte Konsens so klar nicht war, denn er wurde nicht von allen Beteiligten im gleichen Maße getragen.¹²⁶ Dieter Simon soll gemeint haben, dass »Einrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und so weiter nicht das letzte Wort sein« müssen, was von den Präsidenten eben dieser Einrichtungen »mit Verwunderung aufgenommen worden« sei. Anscheinend war ihnen der eben zitierte Satz in den »Perspektiven«, die Simon offenbar so deutete, noch nicht bekannt. Hinzu kamen die »bekannten Positionen« der DDR-Vertreter (zugunsten der Erhaltung der AdW in irgendeiner Form), die im Gespräch allerdings »differenzierter« ausfielen: »Was die gemeinsame Presseerklärung der Minister Riesenhuber und Terpe als Konsens wiedergebe, sei in dem Gespräch nur zum Teil formuliert worden, widerspräche dem Gesprächsergebnis aber auch nicht. [...] Inzwischen habe aber Minister Terpe den wesentlichen Punkt einer einheitlichen Forschungsstruktur in Frage gestellt.« MPG-Ex-Präsident Staab, der ebenfalls beim »Kamingespräch« anwesend war, berichtete ergänzend, dass dort »Herr Terpe Massenentlassungen aus den Akademie-Instituten als Mittel des notwendigen Personalabbaus kategorisch abgelehnt« und der Herauslösung von »besonders guten Abteilungen und Instituten aus der Akademie eine deutliche Absage erteilt« habe. »Gerade dies aber wäre für die MPG eine interessante Variante gewesen.«¹²⁷

Im Übrigen war es gemäß diesem Vermerk der Vorschlag des Präsidentenkreises gewesen, »die Anpassungs- und Übergangszeit möglichst kurz« zu halten, wobei ein »Abschluss der Evaluierung bis zum Ende des Jahres 1990 für zu kurz empfunden« wurde und »der WR bis zum Ende des Jahres 1991 Zeit bekommen« habe.¹²⁸ Also wurde diese entscheidende Frage offenbar erst

125 Wissenschaftsrat, *Perspektiven*, 1990, 24.

126 Vgl. zum Folgenden Notizen über die 1. Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 11. Juli 1990 in Müllheim, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 330, fol. 52–57. Mit Dank an Hans Georg Husung für die freundliche Überlassung von Textentwürfen mit handschriftlichen Korrekturen und Notizen aus der Sitzung.

127 Ebenda, Bl. 421, 422–423 (Bl. 404, 405–406).

128 Ebenda, Bl. 421. (Bl. 404).

sehr spät geklärt. Damit erwies sich die Ressource Zeit als dehnbar, je nach Politikgebiet; die Frist für die Entscheidungen über die »Abwicklung« von Staatseinrichtungen im § 13 EV fiel wesentlich knapper aus. Alles das deutet darauf hin, dass der Weg vom »Kamingespräch« zum Text des § 38 EV doch steiniger war als es gemeinhin dargestellt wird. Auch hier sei – wie oben bereits im Hinblick auf die Vereinigung insgesamt – gegen voreilige Beurteilungen des Prozesses vom vermeintlichen Ende her gewarnt.

Selbst unter den anwesenden bundesdeutschen forschungspolitischen Akteuren scheint auch zu diesem Zeitpunkt noch kein einheitliches Vorgehen erzielt worden zu sein. Als die Fraunhofer-Gesellschaft mit »ein[em] Konzept für die Übernahme eines guten Dutzends von Forschungs-Instituten« im August 1990 vorpreschte, »darunter nicht weniger als neun Einrichtungen« der AdW,¹²⁹ und dazu eine Presseerklärung abgab, reagierte Zacher mit einem scharfen Rundschreiben an die Allianz, das in einem völlig anderen Ton als sonst gehalten wird:

Ich möchte [...] anregen, dass weitere Schritte dieser Art unterbleiben, bis wir in der Allianz erneut darüber sprechen konnten. Die nächste Besprechung der Allianz ist für den 22. Oktober vorgesehen. Sollte einer der Beteiligten nicht bis dahin warten können, so wäre meines Erachtens der Versuch, zu einer Sondersitzung der Allianz zusammenzukommen, einem weiteren Auseinanderdriften der »Politiken« der beteiligten Organisationen eindeutig vorzuziehen.¹³⁰

Damit zeigte Zacher sein Verständnis dessen, was da eigentlich im Juli beschlossen wurde.¹³¹ Allerdings schrieb er später an Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik, dass er nach einem Telefonat mit FhG-Präsident Max Syrbe von ihm das interne Fraunhofer-Papier mit der Bitte um Vertraulichkeit erhalten habe, das er »sehr interessant« fand; nun schien er sich nur mehr am Vorgehen der FhG in der Öffentlichkeit zu stören. Er gab das Papier an Walther mit derselben Bitte um Vertraulichkeit weiter.¹³²

Bereits am 7. Juli, also am Tage nach der Veröffentlichung der Stellungnahme des WR und wenige Tage nach dem »Kamingespräch«, fand die erste Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag, der zunächst »Staatsvertrag II« hieß, statt. Dieter Segert und andere sprechen dabei von

129 Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 202. Wie genau das Programm erarbeitet wurde, geht aus dieser Darstellung leider nicht hervor. Vgl. hierzu: Zur Ausdehnung der FuE-Aktivitäten der Fraunhofer-Gesellschaft auf das Gebiet der ehem. DDR, Planungsstand: 20. August 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 165–193, mit Finanzplan (ebenda, fol. 181) und Kurzdarstellung der einzelnen Fh-Einrichtungen (fol. 184–193). Dass die FhG DDR-Institute so schnell übernehmen konnte, hing vermutlich damit zusammen, dass sie Kooperationspartner in der DDR im Bereich der industrienahen Forschung schon sehr früh gesucht und gefunden hatte, und auch damit, dass ihre Entscheidungsfindungsmodi einfacher strukturiert waren als die der MPG.

130 Zacher an den Verteiler 07.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 162–163.

131 Diese Position zugunsten eines einheitlichen Vorgehens aller Forschungsförderungsträger wurde in internen Vermerken der MPG im Juni artikuliert. Siehe unten Abschnitt III.1.

132 Zacher an Walther, 10.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 116. Vgl. Zacher an Syrbe, 10.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 174.

»Verhandlungen der bundesdeutschen Eliten mit sich selbst«. ¹³³ Das entsprach der öffentlichen Wahrnehmung, blendet aber das überaus komplexe vorherige Geschehen auf Ressortebene völlig aus.

Renate Mayntz schrieb bereits 1994 wohl zu Recht, dass die Wissenschaftspolitik angesichts der fundamentalen staatspolitischen Themen, die zur Behandlung im Rahmen des EV anstanden, eher »im Windschatten« der Verhandlungen mitlief. ¹³⁴ Dies gilt allerdings eher für die bundesdeutschen Beteiligten, zumal eine grundsätzliche Lösung in ihrem Sinne schon Anfang Juli erzielt worden zu sein schien. Gleichwohl wurde auch zu diesem Bereich vor allem über den Status der AdW weiterverhandelt und es war für die DDR-Seite durchaus möglich, eigene Vorschläge einzubringen, beispielsweise zugunsten der Aufrechterhaltung des Angestelltenstatus der AdW-MitarbeiterInnen bis zum Ende der Evaluierung durch den WR. ¹³⁵ Auch VertreterInnen der MPG sollten am Rande involviert sein; Edmund Marsch sollte am 13. September an einer Besprechung im BMFT zu den einschlägigen Artikeln teilnehmen. ¹³⁶ Wegen des vorgezogenen Vertragsabschlusses kam es nicht mehr dazu.

Als Resultat stand am 6. September 1990 als einzige wissenschaftspolitisch relevante Komponente im gesamten Einigungsvertrag § 38 fest. ¹³⁷ Dieser sah die bereits in der Presseerklärung zum »Kamingespräch« formulierte »Einpassung von Wissenschaft und Forschung in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland« vor. Zur Erreichung dieses Zieles und der damit »notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung *unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen*« wurde unter anderem die Trennung der Gelehrtensozietät vom Institutsverband der AdW sowie die Begutachtung der AdW-Institute und die der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften durch den WR verfügt. Damit sollte eine grundlegende Umgestaltung der wissenschaftlichen Ressourcenkonstellation auf dem Territorium der DDR eingeleitet werden. Der Fortbestand der Gelehrtengesellschaft sollte landesrechtlich geregelt werden, wurde also auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Während der Begutachtungszeit – formaliter bis zum 31. 12. 1991 – sollten die AdW als Forschungsförderungsträgerin und mit dieser die Arbeitsverhältnisse der MitarbeiterInnen (im Gegensatz zur Akademie der Pädagogischen Wissenschaften) bis zum 31. 12. 1991 fortbestehen. Das war immerhin ein ganzes Jahr länger als die mit § 13 EV festgelegte Frist bis zum 31. 12. 1990 für Abwicklungs- oder Fortbestandsentscheidungen anderer staatlicher Einrichtungen (darunter den Hochschulen,

133 Segert, *Das 41. Jahr*, 2008, 231.

134 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 97.

135 Herrmann an Rembser, 08. 08. 1990. Betr.: Abstimmung auf Arbeitsebene zum 1. Entwurf des EV, BArch, DF 4/32165; Rembser an Montag, 09. 08. 1990, ebenda; Claus Grote (Generalsekretär der AdW) an Terpe, 08. 08. 1990, BArch, DF 4/32204.

136 Aufkleber B. Fromm, 11. und 14. 7. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 26, fol. 22 verso.

137 *Der Einigungsvertrag. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Der Vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen. Nachdruck*. 2. Aufl. München: Goldmann Verlag 1990, 687; vgl. Kommentar zum Einigungsvertrag. In: *Der Einigungsvertrag*, 1990, i–xxiv. Hervorhebung durch MGA.

wie man später meinte). So kam es nun doch zu einer Art Moratorium für die AdW, wenngleich nicht so, wie sich das DDR-Minister Terpe gewünscht hatte. Zeit wurde hier tatsächlich als politisch fungible Ressource gehandhabt, allerdings in Grenzen. Die Behauptung, § 38 EV umzusetzen, sollte in der Folgezeit als diskursive Ressource zur Rechtfertigung des Handelns der MPG in den neuen Bundesländern (NBL) herangezogen werden (siehe insbesondere Abschnitt III.2.).

Bis zur Gründung der neuen Länder war jedoch unklar, wie die Angelegenheiten der AdW nach dem Beitritt zu verwalten seien und wie es mit der Gelehrtenengesellschaft weitergehen sollte. Um dem abzuwehren rekrutierte Klinkmann interessanterweise Klaus Pinkau, Direktor am Institut für Plasmaphysik (IPP) der MPG.¹³⁸ In einem Schreiben an den neuen MPG-Präsidenten Hans F. Zacher vom 21. Juli berief sich Klinkmann auf seine Bitte an Minister Riesenhuber, ihm »einen beratenden Gesprächspartner aus der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft« zur Seite zu stellen und ersuchte Zacher nun in Verkenntung der realen Verhältnisse der MPG darum, Pinkau diese »Möglichkeit einräumen« zu können.¹³⁹ Es folgte ein turbulentes Geschehen, durchbrochen nicht zuletzt durch die Bekanntgabe des § 38 EV, welcher der Entwicklung eines eigenen Konzeptes die Basis zu entziehen schien; derweil liefen Diskussionen mit der AdW in Westberlin. Anfang August lag ein »Grobplan für die Entwicklung in der AdW der DDR« ohne Autorenkennzeichnung und am 10. September ein Papier von Pinkau und Klinkmann zur »Entwicklung der AdW der DDR« vor; letzteres wurde breit zirkuliert.¹⁴⁰ Zur Begründung der Vorlage dieses Konzeptes schrieb Pinkau an Zacher: »Wir sind bei diesen Gedanken von der Annahme ausgegangen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Wissenschaftler in der DDR die Evaluation durch den WR bestehen wird und deshalb vorsorgende Überlegungen erforderlich sind.«¹⁴¹

Unter anderem hielten die Autoren die Idee einer »Landesakademie für mehrere Länder der früheren DDR« mit eigenen Instituten und »die Umstrukturierung vorhandenen wissenschaftlichen Potentials in eine Reihe von selbständigen Forschungseinrichtungen« bzw. »An-Institute oder Arbeitsgruppen an den Universitäten« für möglich.¹⁴² Das Konzept war vor allem wegen der länderübergreifenden Trägerschaft der angedachten Gelehrtenengesellschaft zu diesem Zeitpunkt – noch vor der Gründung der neuen Bundesländer – wohl kaum tragfähig. Erst zwei Jahre später, nach einem Regierungswechsel im Land Berlin, der Einrichtung des neuen

138 Klinkmann an Pinkau, 14.07.1990. ABBAW, VA 16287. Pinkau an Klinkmann 24.07.1990 mit der Bitte um Klärung der Grundlagen des Beraterverhältnisses. Ebenda.

139 Klinkmann an Zacher, 21.07.1990. ABBAW, VA 15688. Staatssekretär Gebhard Ziller schlug Reinhard Grunwald, kaufmännischer Leiter des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg, ebenfalls vor. Ziller an Klinkmann, 20.07.1990. ABBAW, VA 16287.

140 Grobplan für die Entwicklung in der AdW d DDR, 03. August 1990, o. A., AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 74–83. H. Klinkmann und K. Pinkau, Entwicklung der AdW d DDR, 10. September 1990. Ebenda, fol. 35–46; auch in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 150–159.

141 Pinkau an Zacher 11.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr.17, fol. 21.

142 Klinkmann und Pinkau, Entwicklung der AdW, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 152 und fol. 155.

Bundeslandes Brandenburg und einem andauernden Kampf um den Fortbestand der von Klinkmann geleiteten AdW als Gelehrten-gesellschaft, kam es tatsächlich zur Gründung der länder-übergreifenden Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Diese übernahm mehrere der inzwischen positiv evaluierten geisteswissenschaftlichen Langzeitvorhaben der AdW, stellte aber keine Fortführung der früheren Gelehrtensozietät dar.¹⁴³

Relevant für das vorliegende Thema ist die Reaktion des MPG-Präsidenten Zacher auf das Konzeptpapier. Wie er Pinkau sogleich nach dessen Erhalt schrieb, müsse er jetzt nicht »generell« Stellung nehmen, da ein »eingehendes Gespräch« bereits zurückliege, dessen Inhalt er hier nicht beschrieb. Allerdings habe er eine kleine Bitte: »Auf S. 7 in Ziffer V 2 [Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen als Gemeinschaftsaufgabe, MGA] ist die MPG als möglicher Träger nicht erwähnt. Wie mir zugetragen wurde, hat das in der Noch-DDR gleich wieder Interpretationen hervorgerufen, dass die MPG sich aus der Übernahme von Instituten völlig heraushalten will. Wie Sie wissen, ist das übertrieben. Vielleicht ließe sich dies bei einer »Neuaufgabe« berichtigen.«¹⁴⁴ Wie zu zeigen sein wird, war die Haltung Zachers ein Jahr später eine andere (siehe unten Abschnitt III.2.).

Als Zwischenfazit sei nun festgehalten: »The Rush to German Unity« begann nicht schon im November 1989, sondern frühestens Mitte Januar oder Anfang Februar seitens der Bundesregierung bzw. im März 1990, als sich die CDU bei den Volkskammerwahlen durchsetzte, und wurde erst recht zum Hals-über-Kopf-Rennen nach dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli.¹⁴⁵ Diese erscheint also als handlungsinduzierender Einschnitt; der Termin des »Kamingesprächs« am 3. Juli erwies sich demnach als folgerichtig gewählt. Das Primat der »hohen Politik« für die wissenschaftspolitische Entscheidungsfindung scheint damit klar zu sein. Die Ausgestaltung derselben entschied sie jedoch nicht.

Was hier eigentlich bevorstand, scheint noch im Herbst 1990 für mehrere Beteiligte unklar zu sein. Gerade die Erlanger DDR-Experten, die bis zum Juli 1990 Orientierungswissen über die Forschungslandschaft der DDR bereitgestellt hatten, und seit jeher Vertreter der in der Deutschlandforschung verbreiteten Konvergenztheorie, allen voran Clemens Burrichter, wollten jedenfalls noch im November 1990 von einer »Fusion der Wissenschaftssysteme« reden. Dabei zitierte Burrichter die oben erwähnte Stellungnahme des Wissenschaftsrates dahingehend, dass »es nicht darum gehen kann, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf das Gebiet der

143 Einigung über neue Akademie der Wissenschaften. Enderlein, Ehrhardt und Klinkmann erzielen einen Kompromiß. Von Uwe Schlicht. *Der Tagesspiegel*, Februar 1991; Der Potsdamer Landtag stimmt dem Staatsvertrag zur ehemals Preußischen Akademie der Wissenschaften künftig mit Sitz in Berlin / fünf Klassen. *Der Tagesspiegel*, 26.06.1992. Beides in: ABBAW, VA 31770. Eine eingehende Darstellung der Gründungsgeschichte der BBAW steht noch aus.

144 Zacher an Pinkau, 25.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 20.

145 Dass diese Beschleunigung durchaus intendiert war, zeigt dieser Vermerk von Dr. Jobst, Regierungsrat im BMBW, betr. Einigungsvertrag am 09.07.1990: »Nach der ersten Verhandlungsrunde am 6. Juli 1990 mit der DDR hat die Bundesregierung beschlossen, die Vorbereitungen für einen sogenannten »Einigungsvertrag« beschleunigt fortzuführen.« BArch, B 138/48266.

DDR zu übertragen« und hielt fest: »Bei einer Fusion muss sich jedes der fusionierenden Elemente ändern.«¹⁴⁶ Dagegen erhob sich in der Diskussion jede Menge Widerrede; so hielt der Senatsrat Jochen Stoehr aus der Berliner Senatsverwaltung fest, der Vereinigungsvertrag sei »ein Vertrag zu Lasten mittellose Dritter. Schon von daher kann von Chancengleichheit nicht die Rede sein. Zweitens bildet das Wissenschaftssystem die Messlatte im Prozess der Evaluierung.«¹⁴⁷

146 Clemens Burrichter: Zwischenbilanz: Der Fusionsprozess der Wissenschaft in Deutschland. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektive. In: Clemens Burrichter und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991, 9–20, 10.

147 Jochen Stoehr: Diskussionsbemerkung. In: Clemens Burrichter und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991, 27. Beim »mittellosen Dritten« handelte es sich allerdings um das Land Berlin. Stoehr war just zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des Lenkungsausschusses der KAI e. V. geworden und sah offenbar kein Problem darin, diese Aufgabe als Ressource zur Gewinnung von Bundesmitteln zu nutzen, die dem Land Berlin sonst nicht zugeflossen wären. Vgl. hierzu Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Neuen Bundesländern e. V., Gabriela Bähr und Renate Nickel (Hg.): *KAI. Entwicklung einer Abwicklung. 3. 10. 1990 bis 31. 12. 1993*. Berlin: Akademie Verlag 1995.

Teil III.

Zur Positionierung der MPG – Entwurf einer Phasenlehre

Auch im Hinblick auf das Verhalten der MPG selbst im Kontext der deutschen Vereinigung ist die Prozesshaftigkeit und die prinzipiell unvorhersehbare Ereignislogik des Geschehens zentral. Ob alle Beteiligten sich vom Anfang an im Klaren darüber waren, wohin diese Reise führen würde, und ob sich nach den oben genannten und unten nochmals zu besprechenden Weichenstellungen tatsächlich alles so glatt und linear abspielte, wie im Nachhinein erzählt wurde, muss stark bezweifelt werden. Als erste Annäherung wird im Folgenden ein Phasenmodell vorgelegt, welches an dem Verlauf der allgemenhistorischen und der forschungspolitischen Entwicklung orientiert ist.¹⁴⁸ Dies geschieht erstens mit der Absicht, die Prozesshaftigkeit des Geschehens überhaupt und die Abhängigkeit vermeintlich autonomer Entscheidungen der MPG-Leitung von bzw. ihre Vernetzung mit den jeweiligen wechselnden politischen Kontexten sichtbar werden zu lassen. Zweitens soll zumindest punktuell verdeutlicht werden, inwiefern dieser Phasenverlauf mit dem der Hochschulpolitik zusammenhing.¹⁴⁹ Hier wie dort soll klar sein, dass es sich nicht um einen simplen, linearen Phasenverlauf handelt, zumal sich die jeweiligen Phasen teilweise überlappen.

Im Allgemeinen geht es im Folgenden auf der Ebene personeller Ressourcen um die Mobilisierung von damals so genannten »Potentialen« der AdW sowie von Personenkonstellationen innerhalb und außerhalb der MPG selbst für die Gründung und personelle Ausstattung neuer universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in den NBL. Auf der Ebene der institutionellen Ressourcen geht es um die Mobilisierung oder Modifizierung bestehender Gremien und institutioneller Praktiken der MPG zum selben Zweck im Kontext realer Strukturwandlungen im AUF-Bereich. Hinsichtlich der diskursiven Ressourcen werden schließlich die Mobilisierung fiktiver Annahmen über das Hochschul- und Wissenschaftssystem der DDR zur Rechtfertigung des Handelns der MPG insgesamt sowie die Mobilisierung oder Modifizierung lange tradierter Argumente für die Gründung neuer Einrichtungen der Gesellschaft in den NBL in dieser Zeit Thema sein.

Doch bevor es zu alledem kommen konnte, ging es darum, die MPG in der oben behandelten, überaus komplexen Situation wissenschaftspolitischer Weichenstellungen vom Mauerfall bis zum Vollzug der deutschen Einheit zu positionieren. Wie zu sehen sein wird, trug die MPG-Leitung selbst zur grundlegenden Entscheidung bei, eine »Konvergenz« der Forschungsförderungssysteme der beiden deutschen Staaten abzulehnen und stattdessen das bestehende System der Bundesrepublik auf das Gebiet der DDR auszuweiten. Das geschah jedoch erst Ende Juni

148 Mit dem oben (Teil I) erwähnten, deskriptiven Dreiphasenmodell von Jesse (Jesse, *Systemwechsel in Deutschland*, 2010) ist dies insofern kompatibel, als Phase 1 dem Ende der DDR, Phase 2 der Etablierung und die übrigen Phasen der Institutionalisierung des neuen Systems (Jesses »Integration«) zuzuordnen sein mögen.

149 Vgl. hierzu Ash, »Wie im Westen so auf Erden«?, 2010b, 45–55; Fuchs, *Bildung und Wissenschaft seit der Wende*, 1997 sowie die bereits in Anmerkung 30 zitierte Literatur.

1990 im unmittelbaren Vorfeld des so genannten »Kamingesprächs« und der Weg dorthin war keinesfalls geradlinig.

III. 1. Phase 1: Vor der Vereinigung – Kontakte, Kooperationen und Weichenstellungen

III. 1. 1. Vor den Weichenstellungen

An der MPG wie auch in der allgemeinen hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskussion dominierten Ende der 1980er Jahre der bevorstehende Generationswechsel und die damit zusammenhängende Nachwuchsfrage, die zunehmend anerkannte Notwendigkeit einer Verstärkung der Frauenförderung sowie nicht zuletzt der wahrnehmbare Legitimierungsdruck gegenüber einer immer wissenschaftskritischeren Öffentlichkeit, wie sie unter anderem an der Gentechnik- und der Tierschutzdebatte sichtbar wurde. In seinem letzten Bericht als MPG-Präsident vor der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der MPG sprach Heinz Staab von einer »strukturellen Überalterung« der MPG und seine (meist erfolglosen) Versuche, diese in den Griff zu bekommen, sowie von einer tendenziellen Bedrohung der Autonomie der MPIs durch die zunehmende Einwerbung von Projektmitteln.¹⁵⁰ Die Ausreisewelle aus der DDR war bei alledem ebenso wenig Thema wie der Mauerfall bei der Ankündigung des großen hochschulpolitischen Sonderprogramms durch Bund und Länder im Dezember.¹⁵¹ Weitaus wichtiger für Staab war der oben bereits erwähnte Beschluss der Regierungschefs im selben Dokument, die Etats der DFG und der MPG über fünf Jahre jeweils um 5 Prozent zu steigern (5x5-Beschluss).

Zu diesem Zeitpunkt waren Beziehungen der MPG zur AdW der DDR schon punktuell, aber in sehr geringem Ausmaß vorhanden.¹⁵² In seiner Rede vor der Jahrespressekonferenz der MPG in Bonn Ende November 1989 berichtete Staab, dass im Jahre 1988 126 GastwissenschaftlerInnen aus Polen an MPIs gekommen waren, während es aus der DDR »infolge der unnatürlichen Abgrenzungspolitik« nur neun waren; daraus leitete er die »Notwendigkeit einer Verstärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren Kollegen in der DDR« ab.¹⁵³ In der Folge

150 Staab, Bericht des Präsidenten, Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rats vom 02.02.1989 in Heidelberg, Bl. 2 und 4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1976.

151 Siehe oben, Teil II., Anm. 49.

152 Hubert Laitko: Vorsichtige Annäherung. Akademisches *vis-à-vis* im Vorwende-Berlin. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 309–338. Laitko schreibt von einer »vorsichtigen Annäherung« und rechnet die Beziehungen unterhalb der Leitungsebene ein. Zu den Beziehungen der MPG mit der DDR vgl. ausführlicher Carola Sachse: *Die MPG im Feld der internationalen Politik 1945–1995*. In Vorbereitung.

153 Rede des Präsidenten Heinz Staab bei der Jahrespressekonferenz der Max-Planck-Gesellschaft in Bonn, 30. November 1989, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 146. In der publizierten Fassung dieser Rede heißt es ohne Zahlenangabe: »[A]ls Folge der unnatürlichen Abgrenzungspolitik der DDR rangierte bis in das letzte Jahr hinein die DDR selbst noch nach Rumänien als Schlusslicht«. Heinz A. Staab: *Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der MPG. MPG-Spiegel 4/1990*, 53–57, 60–63, 60.

des Abkommens zur Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ-Abkommen) zwischen den beiden deutschen Staaten von 1987 waren erste Gespräche zwischen den Leitungen der AdW und der MPG 1988 zustande gekommen. Die MPG wurde trotz ihrer grundsätzlich anderen Verfasstheit seitens der AdW offensichtlich als geeigneter Gesprächspartner wahrgenommen. Schon zu diesem Zeitpunkt schien laut Auskunft des Linguisten Manfred Bierwisch, der zu dieser Zeit als Gast am MPI für Psycholinguistik in Nijmegen tätig gewesen war, ein bilaterales Abkommen in Aussicht gewesen zu sein: Im Vermerk dazu hieß es:

Am 22. März rief Prof. Bierwisch an und teilte mit, dass er in der vergangenen Woche erneut in Berlin gewesen sei und im Gegensatz zu dem Eindruck von vor drei Wochen, über den er Ihnen telefonisch berichtet habe, nunmehr die Gewissheit habe mitnehmen können, dass die Akademie die feste Absicht habe, möglichst bald ein Abkommen mit der MPG zu schließen und darin auch eine befriedigende Lösung für die Berliner Institute vorzusehen.¹⁵⁴

Gemeint war mit der letzten Bemerkung natürlich der Status Westberlins, der nicht nur in wissenschaftspolitischen Belangen für die DDR-Seite ein Hemmnis darstellte.

In der Tat kam es zu einer Begegnung zwischen dem Präsidenten der AdW, Werner Scheler, und Staab am 20. und 21. April 1988, woraufhin sich Scheler im Juni für die »aner kennenden Bemerkungen« Staabs bedankte und ein »bilaterales Abkommen« in Aussicht stellte: »Ich bin gleichfalls wie Sie der Überzeugung, dass eine Fortsetzung unseres Gedankenaustausches zeitgemäß ist.«¹⁵⁵ Er nahm eine Einladung nach München an, konnte einen Termin allerdings noch nicht festlegen. Warum – ob beispielsweise Rücksprachen mit der Partei- oder Staatsleitung vorher nötig waren – schrieb er nicht. Inzwischen wurden mehrere konkrete Vereinbarungsvorschläge getätigt, zum Beispiel zwischen dem MPI für Züchtungsforschung und dem ZI Kulturpflanzenforschung in Gattersleben im Februar 1989.¹⁵⁶ Ab wann solche Einzelkooperationen auf Institutsebene tatsächlich begannen, ist noch unklar, aber einzelne Arrangements sind belegt. So schrieb Hasenclever an den AdW-Generalsekretär Claus Grote im Mai 1989, dass die Zusammenarbeit des Zentralinstituts (ZI) für Sprachwissenschaft der AdW mit dem MPI für Psycholinguistik in Nijmegen (gemeint war der Gastaufenthalt Manfred Bierwischs) »positiv beurteilt« wird; eine Fortsetzung bedarf »keiner formellen Vereinbarung«.¹⁵⁷ Im selben Brief griff Hasenclever die »Anregung« Grotes auf, eine Delegation aus der AdW »zum Besuch verschiedener Einrichtungen unserer Gesellschaft zu entsenden«, und bat um einen Terminvorschlag. Das wäre eine Chance, »Kriterien für die Durchführung gemeinsamer Projekte und die

154 Vermerk Hasenclever an den Präsidenten, 23. 03. 1988 (Durchschlag), AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

155 Dietmar Nickel, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 19. 04. 1988: Besuch beim Präsidenten der AdW der DDR am 20./21. 01. 1988; Staab an Scheler, 20. 06. 1988; Scheler an Staab, 24. 08. 1988, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

156 Nickel, Vermerk 14. 02. 1989: Beziehungen zur DDR, hier: Vorgesehenes Abkommen des MPI für Züchtungsforschung und das AdW-Institut für Kulturpflanzenforschung in Gattersleben; Hasenclever an F. Salamini (Geschäftsführender Direktor am MPI für Züchtungsforschung), 16. 02. 1989: Entwurf einer Vereinbarung. Ebenda.

157 Hasenclever an Claus Grote, 23. 05. 1989. Ebenda.

gegenseitige Einladung von Wissenschaftlern beider Seiten festzulegen.«.¹⁵⁸ Zu einem weiteren Besuch Schelers mit Delegation in München kam es aber erst Mitte Oktober 1989. Scheler bedankte sich am 2. November »für die überaus freundliche und zuvorkommende Aufnahme.«¹⁵⁹

In der Senatssitzung vom 16. November 1989 wurde unter dem TOP »Wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa und mit Forschungseinrichtungen anderer Staaten« das Treffen Staabs mit Scheler in München kurz erwähnt und dabei festgehalten: »Es bestehe Übereinstimmung darin, möglichst bald einen Vertrag zwischen der MPG und der AdW der DDR über die Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung abzuschließen, über dessen Modalitäten im Einzelnen noch zu verhandeln sei«. Staab habe aber

darauf hingewiesen, dass für die MPG unabdingbar sei, im Rahmen der Vereinbarung gezielt Wissenschaftler der DDR an ihre Institute einladen zu können. Die inzwischen in der DDR eingetretene Entwicklung werde eine Einigung über diesen wohl erleichtern.¹⁶⁰

Diese andeutungsweise Erwähnung des Mauerfalls war die erste in irgendeinem Senatssitzungsprotokoll; der Sturz der SED und die Installation der Modrow-Regierung waren noch nicht geschehen.

Nebenbei sei angemerkt, dass Hans F. Zacher, Direktor am MPI für ausländisches und internationales Sozialrecht, in derselben Senatssitzung einstimmig zum Nachfolger Staabs als MPG-Präsident gewählt wurde. Der Vorsitzende der Nominierungskommission, Reinhard Grunwald, kehrte die rezente Erfahrung Zachers als Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates der MPG hervor, die ihn für einen produktiven Umgang mit den vorliegenden Grundsatzthemen, insbesondere mit dem Generationswechsel, befähige; als Geisteswissenschaftler stellte er ihn in die Tradition des Theologen und Kirchenhistorikers Adolf von Harnack, Gründungspräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Zacher selbst sprach von einem Wechsel der Aufgabe, »bei der der Lernprozess erst mit der Praxis beginne.«¹⁶¹ Wie wahr das in wenigen Monaten werden und wie sehr ihm seine Expertise im Sozialrecht zupass kommen sollte, konnte er zu diesem Zeitpunkt wohl kaum geahnt haben. Er nahm an den folgenden Senatssitzungen lediglich als Gast teil.

Anfang Dezember bekam die Politik der MPG in dieser Phase mithilfe völlig anderer, seit langem bestehender Kontakte in die DDR erste Konturen. Seit Jahrzehnten waren Mitglieder der

158 Ebendort.

159 Dietmar Nickel, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 09. 10. 1989: Besuch des Präsidenten der AdW der DDR, Herrn Prof. Scheler, am 17.–18. Oktober 1989; Scheler an Staab, 02. 11. 1989; Helga Peter, Vermerk: Besuch des Präsidenten der AdW der DDR... und Delegation am 17./18. 10. 1989, 24. 11. 1989. Alles AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

160 Niederschrift der 123. Sitzung des Senats vom 26. 11. 1989 in München, Bl. 16–17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 123.SP.

161 Niederschrift der 123. Sitzung des Senats vom 26. 11. 1989 in München, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 123.SP.

MPG in die Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt worden. Diese älteste deutschsprachige Wissenschaftsakademie wurde zwar von der DDR-Regierung mit einem Etat von 200 Millionen Mark unterstützt, genoss jedoch einen einmaligen Sonderstatus im Wissenschaftssystem der DDR; aufgrund ihres international anerkannten Standings griff die SED-Leitung weder in die Mitgliederauswahl noch in die Wahl der Leitung ein.¹⁶² Zu diesem Zeitpunkt waren 60 wissenschaftliche Mitglieder der MPG auch Mitglieder der Leopoldina, davon waren sieben sogar in ihrem Senat vertreten.¹⁶³ Als Prestigesymbole sowie als Konter im System der deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen waren diese Verbindungen wohl für beide Seiten nützlich. Solche Beziehungen konnten aber auch zumindest potentiell als Ressourcen für spätere Kontaktaufnahmen mobilisierbar werden (siehe unten). Zuweilen nahmen die Kontakte auch konkrete Formen an. Adolf Butenandt fuhr regelmäßig zu den Senatssitzungen und den alljährlichen Feierlichen Sitzungen nach Halle; Heinz Staab tat es ihm nach.

Wohl aufgrund dieser schon bestehenden Verbindungen kam nun der langjährige Präsident der Leopoldina, der Physiker Heinz Bethge, Anfang Dezember 1989 seinem späteren Bericht zufolge zu einem »ausführlichen Gespräch« mit Staab nach München, der dann eine Runde in der Generalverwaltung zusammenbrachte zur gemeinsamen Beratung darüber, »wie wohl zu helfen sei«: »Aus dieser Diskussion heraus kam die seither viel gebrauchte Formulierung der vielen einzelnen Drähte, die gespannt werden sollten. [...] [W]obei von mir gesagt wurde, dass der Einfluss von Obrigkeiten tunlichst vermieden werden sollte.«¹⁶⁴ Laut Bethge hatte dieser Rat von vornherein eine politische Dimension: »Auch bei den ersten Gesprächen in München hatte ich schon betont, dass ganz schwierige personelle Probleme sich abzeichnen; denn der allmächtige Einfluss der Partei musste ja gebrochen werden.«¹⁶⁵ Mithilfe dieser Gespräche scheint sich die MPG-Leitung in ihrem Ansatz gestärkt gesehen zu haben, bereits vorhandenen Kooperationen von einzelnen Gruppen und WissenschaftlerInnen Verhandlungen auf Staats- oder Akademieebene vorzuziehen.

162 Vgl. hierzu Kristie Macrakis: Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung. Die Leopoldina und das Machtdreieck in Ostdeutschland. In: Dieter Hoffmann und Kristie Macrakis (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*. Berlin: Akademie Verlag 1997, 147–169; Benno Parthier und Sybille Gerstengarbe: Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen. Das Beispiel Leopoldina. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 203–228.

163 Eigene Zählung anhand der mir aus dem Archiv der Leopoldina zugeschickten Listen für 1989 und 1990, korreliert mit Daten aus der GMPG-Datenbank. Mit Dank an die MitarbeiterInnen des Archivs der Leopoldina sowie an den studentischen Mitarbeiter des GMPG-Projekts Aron Marquart.

164 Heinz Bethge: Zum deutschen Einigungsprozess in den Wissenschaften – Probleme und Möglichkeiten in den Naturwissenschaften. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991), 205–216, hier: 206. Wie der Besuch Bethges in München zustande kam, geht aus diesem Bericht nicht hervor. Sein Rat führte er auf seine eigene schlechte Erfahrung mit der VW-Stiftung schon ab 1988 zurück. Aus dem damaligen Rundschreiben der Stiftung, das formlose Anträge nahelegte, machte die Akademieleitung ein kompliziertes, bürokratisches Verfahren auf der Grundlage einer von ihr selbst erarbeiteten Themenliste unter Bevorzugung volkswirtschaftlicher Fragestellungen. Dabei habe man völlig mißachtet, dass die VW-Stiftung doch eigene Gutachter habe. Diese »dumme Arroganz« und das mühselige Anlaufen beim WTZ-Abkommen habe nach Bethge »ein mißtrauisches Klima« geschaffen, das »bis jetzt fortwirkt«. Ebendort.

165 Ebendort.

Ende Dezember deutete sich ohnehin im Kontext der radikal veränderten politischen Lage eine Wende in der Haltung der MPG gegenüber der AdW an. Der damalige Leiter der Außenabteilung in der GV, Dietmar Nickel, behauptet in einem Interview, dass es über die Weihnachtszeit fast zu einem unterschriftsreifen Abkommen mit der AdW gekommen sei, dessen Abschluss er jedoch zu verzögern gewusst habe.¹⁶⁶ Als Claus Grote, Generalsekretär der AdW, an den MPG-Generalsekretär Wolfgang Hasenclever Ende Dezember gute Wünsche schickte und dabei die Vermutung äußerte, dass die Vertragsdokumente für ein bilaterales Abkommen inzwischen so weit seien, dass man sie »möglichst früh im neuen Jahr« unterzeichnen könne, versah Hasenclever das Schreiben mit dem lapidaren handschriftlichen Vermerk: »Ich habe nicht die Absicht, diesen Brief zu beantworten. Vertragsabschluss nicht vor [der] [...] DDR-Wahl am 9/5!«¹⁶⁷ Kurz davor war der Termin der Volkskammerwahl in der DDR durch den Zentralen Runden Tisch mit dem 9. Mai 1990 festgelegt worden.

Anfang Januar 1990 meldete die DPA: »Bei der MPG wird derzeit eine Rahmenvereinbarung ausgearbeitet, die die künftige Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern der MPIs und der AdW der DDR regeln soll.«¹⁶⁸ Aus den Senatsprotokollen und anderen relevanten Akten geht jedoch eine deutliche Zurückhaltung des MPG-Präsidiums in Bezug auf diesen Plan hervor. Im eben zitierten Bericht des Präsidenten Staab an den Senat wird das Festhalten am »Einladungsprinzip« betont, also war eine vorsichtige Haltung und die Ablehnung des in der DDR gängigen Prinzips der »Reisekader« von Anfang an präsent. In dieser Phase erwies sich das als Vorteil. So konnte die MPG-Leitung die bald folgenden Versuche seitens der AdW-Leitung abwehren, die MPG als Ressource zur Selbsterhaltung zu mobilisieren.

Spätestens ab Januar 1990 wurde Staab von verschiedener Seite über die Auseinandersetzung innerhalb der AdW informiert. So berichtete ihm der GV-Mitarbeiter Hans-Georg Husung im Januar von einem »informellen Informationsbesuch«, bei dem er von der Führungskrise und der außerordentlichen Generalversammlung der AdW am 7. Dezember 1989 erfuhr; von einem »Splitting einzelner Institute« und der »ungewisse[n] Zukunft« der Gesellschaftswissenschaften sei die Rede gewesen.¹⁶⁹ Im März leitete Klaus Pinkau ein Schreiben von Horst Albach, dem Präsidenten der 1987 gegründeten Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Westberlin, mit einem Bericht über eine Veranstaltung der Initiativgruppe Wissenschaftler der AdW der DDR vom 28. Februar an Staab weiter. Ebenfalls Anfang März übermittelte Ina Frieser im Auftrag von Albach eine Aktennotiz über diese Veranstaltung, in der es hieß: »Die DDR-Akademie wolle offensichtlich nicht die Trennung von Gelehrten- und Forschungsgemeinschaften und strebe eine gemeinsame Kommission nicht mit uns [der Westberliner Akademie, MGA], sondern mit

166 Carola Sachse: Interview mit Dietmar Nickel, 12. April 2018, DA GMPEG, ID 601023; zitiert nach Sachse, Die MPG. Mit Dank an Carola Sachse für diesen Hinweis.

167 Grote an Hasenclever, 27. 12. 1989, mit handschriftlichem Vermerk Hasenclevers, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

168 DDR: Weniger Bürokratie im deutsch-deutschen Wissenschaftsbetrieb. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 1/90 (2. 1. 1990).

169 Hans Georg Husung, Vermerk für den Präsidenten, 09. 01. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

der MPG und der DFG an.«¹⁷⁰ Spätestens zu diesem Zeitpunkt musste sich die MPG-Leitung im Klaren darüber gewesen sein, was mit ihnen da gespielt werden sollte. Gleichwohl redete man am 20. Februar vorerst miteinander weiter. Laut eines von der DDR-Seite angefertigten Protokolls soll Staab eine »Intensivierung der Kontakte« begrüßt und »den AdW-Positionen für eine künftige Zusammenarbeit« zugestimmt haben. Man betonte »den Modellcharakter« der Wissenschaftsbeziehungen »für die bevorstehende politische Entwicklung« und sollte bis Mitte März die Nominierung eines »Expertenrats« mit jeweils 6–7 Vertretern vereinbart haben, der seine Arbeit ab Mitte April »ergebnisorientiert« aufnehmen solle. Ziel sollte unter anderem »die Ausarbeitung und Unterzeichnung« der im Oktober 1989 verabredeten Vereinbarung sein.¹⁷¹ Einen Monat später war diese wohl ohnehin einseitige Hoffnung der AdW-Leitung Makulatur (siehe unten).

Eine Anekdote aus dieser Zeit mag andeuten, wie unterschiedlich die Verwaltungsstrukturen und -kulturen in Ost und West waren. Am 6. Februar fand ein Gespräch von MitarbeiterInnen der Personalabteilung der GV in München mit Peter Schulenberg von der Personalabteilung der AdW der DDR statt, der sich über die Funktion und Aufgaben der Personalabteilung der MPG informieren wollte. Man habe ihn über die Strukturen, Entscheidungsgremien und Berufungsverfahren der MPG »sowie die arbeitsrechtliche Stellung der wissenschaftlichen Mitarbeiter bis hin zur C-Ebene« in Kenntnis gesetzt. Auch die Bedeutung von Zeitverträgen, Sozialplänen bei »Umstrukturierungsmaßnahmen« und dergleichen wurde besprochen. Schulenberg war dankbar, »gab aber auch zu erkennen, dass all diese Dinge noch sehr neu für ihn sind.«¹⁷²

Die Haltung der MPG-Leitung zugunsten von Einzelkooperationen erfuhr im Januar eine prinzipielle Stärkung von Bundesseite. Scheinbar unabhängig vom oben (Teil II) erwähnten Vorstoß der DFG im selben Monat legte das BMFT der Arbeitsgruppe »DFG/MPG« der BLK den Vorschlag einer Sonderzuwendung des Bundes an die MPG zur verstärkten Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen in der DDR in Höhe von 2.670.000 DM vor. Es sei »beabsichtigt, die erforderlichen Mittel in den Nachtrags-Haushalt des Bundes einzustellen, der Mitte Februar im Bundeskabinett verabschiedet und nach der parlamentarischen Beratung im Mai [das heißt: erst nach den Wahlen in der DDR, MGA] verkündet werden soll.«¹⁷³ Sollte dies nicht erreichbar sein, dann sollten 1 Million DM durch eine Sonderzuwendung des BMFT »im vereinfachten Verfah-

170 Pinkau an Staab, 06.03.1990; Ina Frieser an Vorstand d Berliner AdW, 01.03.1990. Beides AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

171 Kurzprotokoll der 2. Sitzung (des Runden Tisches an der AdW), 02.03.1990. Anlage 2, Information über ein Gespräch zwischen dem Präsidenten der AdW und der MPG, ABBAW, VA 30576.

172 Roeske (IIIc), Vermerk 07.02.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

173 BMFT – 214, 12.01.1990: Tischvorlage für die BLK-AG »DFG/MPG« am 15.01.1990. Neuer TOP: Sonderzuwendung des Bundes an die MPG zur verstärkten Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern in der DDR. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 754. Vgl. BLK, Ausschuss Forschungsförderung, 31.01.1990, zu TOP C. 6 der Sitzung am 20.02.1990, Vorschlag des BMFT in der Sitzung der Arbeitsgruppe »DFG/MPG« am 15.–16.1. Ebenda. Allerdings erklärte der BMFT Vertreter, dass »der Vorschlag noch nicht mit dem BMF abgestimmt« sei.

ren« bewilligt werden.¹⁷⁴ Scheinbar unabhängig von alledem vertrat Hasenclever bei der Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung der BLK im Februar den Standpunkt, dass ohne Sondermittel die lange geplanten Institutsneugründungen der MPG im Westen verzögert werden müssten.¹⁷⁵

Parallel zu alledem liefen die Einzelkooperationen auf relativ kleiner Flamme weiter. Bei der Bedarfsübersicht durch den für internationale Kooperationen zuständigen Mitarbeiter in der GV, Dietmar Nickel, war Mitte Dezember 1989 von 3,4 Millionen DM die Rede, einschließlich 720.000 für die UdSSR.¹⁷⁶ Wie oben erwähnt, sollten Sondermittel für die Arbeiten der MPG in der DDR aus der Sonderförderung des BMFT in Höhe von 1 Million DM zu finanzieren sein. Diese wurden vom Ausschuss Forschungsförderung der BLK im Februar bewilligt, allerdings von der Verabschiedung des Sonderhaushalts des Bundes abhängig gemacht. Die Bewilligung durch die BLK in Höhe von 5 Millionen DM (je zur Hälfte vom Bund und Ländern) erfolgte erst am 25. Juni, der für die MPG intendierte Anteil wurde am 13. Juni freigegeben.¹⁷⁷ In einem Rundschreiben des Generalsekretärs Anfang Juni wurden Antragsformulare und Unterlagen an alle Institutsdirektoren verteilt. Am 25. Juni teilte Hasenclever Dietmar Nickel mit, dass »[d]ie im Jahr 1990 dem Fonds zur Förderung der Auslandsbeziehungen zur Verfügung stehenden Mittel [...] im vollen Umfange verplant« seien.¹⁷⁸

Bis dahin hatten sowohl die Einzelkooperationen als auch die Partnerschaftsbeziehungen zwischen MPIs im Westen und Einrichtungen der AdW einen gewissen Umfang erreicht. Laut eines Vermerks vom 21. Juni wurden bis dahin »mehr als 30 Wissenschaftler aus der DDR« zur Fortbildung an MPIs gefördert. Von diesen war rund die Hälfte im Rahmen des Kooperationsprogramms, die andere auf Einladung von MPIs tätig. »Mehr als 20 Kooperationsprojekte« wurden eingeleitet oder beantragt; beteiligt waren 14 MPIs, 7 AdW-Institute und die Humboldt-Universität Berlin, die Universität Halle, sowie die TU Dresden und die TU Chemnitz. Derselbe Vermerk nennt vier Institutspartnerschaften: Neben der oben erwähnten, bereits vor November 1989 bestehenden zwischen dem MPI für Psycholinguistik und dem ZI Sprachwissenschaft-

174 FAX vom BMFT (Zelle), 12.01.1990: Tischvorlage für die BLK-AG »DFG/MPG«. BLK, Ausschuss Forschungs-Förderung, zu TOP C.6 der Sitzung am 20.02.1990: MPG: Sonderzuwendung zur verstärkten Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern in der DDR. Vorschlag des BMFT, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 754. Späteren Akten ist zu entnehmen, dass die vom BMFT vorgeschlagene Förderung mangels Einigung unter den (westdeutschen) Ländern erst viel später, wenn überhaupt bewilligt wurde. Bis dahin und auch danach wurden die DDR-Kooperationen anderweitig finanziert (siehe unten). BLK K 26/90 DFG + MPG: Verstärkte Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen in der heutigen DDR, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

175 Hasenclever Vermerk an Ref. IV a, 21.02.1990: Gespräch mit dem Ausschuss Forschungs-Förderung der BLK am 20. Feb. 1990 in Bonn, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 754. Siehe unten, Abschnitt III.4.

176 Dietmar Nickel, Vermerk für den GS, 14.12.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 754.

177 BMFT, Bewilligungsbescheid 13.06.1990. Meinecke (Ref. IV a) an Ref. I c, 27.07.1990. Beides AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 754.

178 Generalsekretariat, Rundschreiben Nr. 41, 08.06.1990 an die Direktoren und Leiter der Institute. Mit 3 Anlagen. GS, Rundschreiben Nr. 41, 08.06.1990 an die Direktoren u Leiter der Institute, mit 3 Anlagen. Nickel an GS, 25.06.1990. Vermerk: Sondermittel für die DDR. Beides AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 754.

ten waren Partnerschaften zwischen dem MPI für Radioastronomie und dem ZI für Kosmosforschung, dem MPI für Züchtungsforschung und dem ZI für Genetik und Kulturpflanzenforschung sowie zwischen dem MPI für Mathematik und den Karl Weierstraß-Instituten für Mathematik zustande gekommen.¹⁷⁹ Wie weiter unten (Abschnitt III.2.) zu zeigen sein wird, entstanden aus einigen, aber nicht allen dieser Beziehungen nach der Vereinigung Einrichtungen der MPG.

Auf der Leitungsebene verliefen die Dinge jedoch anders. In der Senatsitzung vom 15. März 1990, also nach der oben erwähnten Besprechung im Präsidentenkreis am 5. März, berichtete Staab unter dem TOP »Zusammenarbeit mit der DDR«, dass keine Einigung mit Scheler erzielt werden konnte, weil die MPG auf Einladungen in Eigenregie bestanden habe, ob die eingeladenen WissenschaftlerInnen von AdW-Seite als »Reisekader« eingestuft seien oder nicht. Eigentlich hatte man das Einladungsprinzip schon im Januar akzeptiert.¹⁸⁰ Die wahren Gründe der Verzögerung nannte Staab im selben Bericht: Die Situation der DDR sei nun »verändert«, weshalb sich ein Zuwarten bis zu den Wahlen am 18. März empfehle; ohnehin würden »personelle Veränderungen an der Spitze dieser Institution«, das heißt der AdW, erwartet. Unabhängig davon würden Kontakte unter WissenschaftlerInnen »intensiviert«, in einigen Fällen habe man auch durch die Abgabe von Geräten helfen können: »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei naturgemäß offen, wie sich die nach sowjetischem Muster aufgebaute DDR-Akademie künftig gestalten werde«.¹⁸¹

Ende März, also nach dem Wahlsieg der »Allianz für Deutschland« unter Anführung der CDU in der DDR, aber vor Abschluss der Koalitionsvereinbarung mit der SPD im April, wurde die Tür zur AdW geschlossen. Scheler hatte am 14. März eine Liste von Namen für einen noch »zu bildenden autonomen Expertenrat« vorgeschlagen, die ausschließlich aus SED-Funktionären bestand, bis auf Benno Parthier, der wegen seiner bevorstehenden Wahl zum Präsidenten der Leopoldina genannt wurde.¹⁸² Während eines darauffolgenden Besuchs des Leiters der Auslandsabteilung der AdW mit Delegation in der GV in München von 19. bis 21. 3. 1990 gab ihnen Hasenclever bekannt, dass Gespräche über einen bilateralen Vertrag »aufgrund der besonderen deutsch-deutschen Entwicklung« nicht weiter fortgeführt würden. Die Herren gaben sich »enttäuscht«, sahen aber ein, dass die Situation auch in der AdW »nicht zweckmäßig ist«. Stattdessen schlugen sie einen Informationsaustausch über die mögliche Entwicklung der Akademie und Aufbau und Struktur der MPG sowie mögliche Verfahrensweisen zur Einsetzung einer Expertengruppe »beider Seiten« vor. Dabei soll man sogar angefragt haben, ob jemand aus der

179 Drehbuch der 150. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21.06.1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP. Eine Liste der kooperierenden Institute befindet sich ebendort, FN 1 und 2.

180 H.-G. Husung, Notiz für den Präsidenten, 24.01.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

181 Protokoll der 124. Sitzung des Senats vom 15.03.1990 in Essen, Bl. 5–6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 124. SP.

182 Scheler an Staab (Telex), 14.03.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904. Des Weiteren schlug Scheler vor: Lothar Budach (Mathe-Informatik), Bernd Wilhelmi (Physik), Siegfried Nowak (Chemie), Günter Pasternak (Biomed), Wolfgang Mundt (Kosmos), Adolf Laube (Gesells.-wiss.), Peter Sydow (int. Beziehungen).

MPG bereit wäre, die Präsidentschaft der AdW zu übernehmen. Hasenclever soll das nicht grundsätzlich ausgeschlossen haben.¹⁸³

Schon zu diesem Zeitpunkt erhitzte sich aber die Diskussion auch von allgemeiner politischer Seite. Die eben erst ins Amt gekommene Berliner Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller forderte den Wissenschaftsrat zum Engagement auf. In einem Brief an Dieter Simon vom 30. April, den sie an Staab weiterleitete, sprach sie sich dafür aus, »rationale Verfahren und Kriterien gemeinsam zu entwickeln« und meinte, dass »[e]ine weitere, vorschnelle Politisierung der DDR-Wissenschafts-Organisationen [...] dieser Sache eher schädlich als nützlich sein« könnte. Staab dankte Mitte Mai für die Mitteilung dieser Initiative und schrieb Riedmüller, er stimme mit ihrer Einschätzung der Situation »weitgehend überein«. Es liege der MPG fern, ganze Akademie-Institute an sich zu binden. »Institutionelle Veränderungen sollten vielmehr behutsam erfolgen und sich an den Bedürfnissen der Wissenschaftler in der DDR orientieren.« Er fügte aber hinzu, eine freiwillige Begutachtung einzelner Institute »wäre ein sehr sinnvoller Schritt auf diesem Wege.«¹⁸⁴

Erst Ende April ist vor einer ausführlichen Position der MPG in dieser Hinsicht die Rede. In einem Papier mit dem Titel »Gegenwärtige und künftige Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung« ist erstmals die Rede von kurzfristigen und »mittelfristigen« Maßnahmen, die zu ergreifen seien, welche allerdings noch im Rahmen einer zwischenstaatlichen Kooperation konzipiert wurden. Darunter fiel die Bildung einer »Expertenkommission« gemeinsam mit Mitgliedern der AdW. Im Wesentlichen ging es aber um die Organisation von Einzelbesuchen, deren Finanzvolumen bereits 3 Millionen DM erreicht hatte. Mangels der in Aussicht gestellten, aber noch nicht bewilligten Bundesmittel war dafür das meiste bei der VW-Stiftung beantragt worden.¹⁸⁵

Etwas von der Atmosphäre »on the ground« zu jener Zeit lässt eine Diskussion in der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion (GWS) am 8. Februar erahnen.¹⁸⁶ Dort berichtete Friedrich-Karl Beier, Direktor am MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht in München, »dass sich sein Institut in jüngster Zeit einer ›Flut‹ von Besuchswünschen von Kollegen aus der DDR gegenübersehe.« Der Eindruck wurde »allgemein bestätigt«; dabei erwies sich »vor allem die Auswahl der Gäste im Hinblick auf ihre politische Vergangenheit als oft schwierig«. Man hielt es damals für richtig, die Märzahlen abwarten, bevor

183 Nickel, Vermerk an Hasenclever, 28.03.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

184 Riedmüller an Staab Mai 1990 (eingegangen 14.05.1990); Riedmüller an Simon, 30.04.1990; Staab an Riedmüller, 17.05.1990. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

185 Dietmar Nickel, Vermerk für den Herrn GenSek und für den Herrn Präsidenten, Betr.: Ergänzung des Entwurfs von Frau Fromm zu den »Gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung«, 24.04.1990. Beatrice Fromm an Staab, Zacher, Hasenclever, 04.05.1990: Überarbeitete Fassung der Stellungnahme., AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

186 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 08.02.1990 in Heidelberg, Bl. 6–7, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1486.

man Gäste einlud, wobei der anwesende Hans Zacher darauf hinwies, dass »direkte Kontakte« durch die GV finanziell unterstützt werden könnten. Noch konkreter war die spätere Mitteilung von Alexander M. Bradshaw, Geschäftsführender Direktor am Fritz-Haber-Institut, an Hasenclever am 23. April. Er beobachtete »einen regelrechten Ansturm von Besuchern aus der DDR sowie auch aus anderen osteuropäischen Ländern«. Die Berliner Institute seien »außerordentlich stark betroffen«, die Besucher müssen »von uns beköstigt werden«, weil sie »kaum mit Bargeld ausgestattet« sind. Er bat deshalb um Aufstockung des »Repräsentationsfonds« des Fritz-Haber-Instituts um 2000 DM.¹⁸⁷

Weitere Informationen trafen bei der GV zu dieser Zeit ein, welche die Spannungslage in der DDR verdeutlicht haben mussten. So schrieb Erwin Neher vom MPI für biophysische Chemie, Abteilung Membranbiophysik, Mitte Mai über einen Besuch des »designierten Nachfolgers« Zacher, bei dem unter anderem das Verhältnis mit der DDR diskutiert wurde, und berichtete auf Anregung Zachers über seine »persönlichen Erfahrungen im Kontakt mit DDR-Kollegen.« Sein Kollege Bernd Nilius, aktiver Forscher aus der zellularen Physiologie, habe Hoffnungen auf Reformen an den Universitäten gesetzt, beobachte aber jetzt »eine Verhärtung und Verfestigung der alten Strukturen an vielen Stellen und ist darüber sehr enttäuscht.« Er habe ein Angebot nach Kanada, aber auch auf einen Lehrstuhl in Erfurt und »steht daher im Entscheidungszwang zwischen Alternativen mit weit differierenden Konsequenzen.« Neher bat deshalb darum, »zu prüfen, ob unsere Zusammenarbeit durch ein Engagement der MPG schneller auf die Beine gebracht werden kann.«¹⁸⁸

Eine weitere Situationsbeschreibung Ende Mai deutet auf einen anderen Aspekt der Lage hin. Demnach seien die DDR-WissenschaftlerInnen »beinahe über Nacht internationalem Konkurrenzdruck ausgesetzt« worden. Nach der Meinung des Korrespondenten stünde es der MPG

gut zu Gesicht – und wird auch von ihr erwartet – dass sie sich deutlich sichtbar als Gesprächspartner und Ratgeber anbietet. Dabei wird viel Behutsamkeit und Einfühlungsvermögen nötig sein, um Ängste und Unsicherheiten bei den Kollegen in der DDR nicht zu vertiefen, sondern ihnen echte Orientierungshilfen anzubieten.¹⁸⁹

Dass Orientierungsbedürfnisse offenbar auch im Westen bestanden, zeigt die kurze Korrespondenz Staabs mit Klaus von Dohnanyi, dem Regierenden Bürgermeister von Hamburg, die ebenfalls im Mai erfolgte. Wie Staab ihm schrieb, bestehe keine Vergleichbarkeit der AdW mit der MPG oder anderen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik. In diesem Brief betonte Staab, dass sich die MPG an der Tradition der KWG hinsichtlich der Qualität und der internationalen Standards orientiere, meinte, dass das Gros der AdW-Forschung internationalen Stan-

187 Bradshaw an Hasenclever, 23.04.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

188 Neher an Staab, 17.05.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

189 F. Emmrich an Staab, 31.05.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

dards nicht genügen würde, und zeigte sich skeptisch, ob ein Aufholen mit Geld allein möglich sein würde.¹⁹⁰

Den Stand der internen Überlegungen der GV zu dieser Zeit gibt ein Papier vom 8. Mai mit dem Titel »Gegenwärtige und künftige Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung« wieder.¹⁹¹ Die Entwicklung wurde dort beschrieben als »ein Prozess, der mit Behutsamkeit und unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen vollzogen werden sollte« und zwar mit dem Ziel, »die Voraussetzungen [zu] schaffen für konvergierende Entwicklungen in Forschung und Lehre«. Die Arbeit sollte sich vorerst »auf Förderungsmaßnahmen konzentrieren, die zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler und zu einer verbesserten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Gebiet der heutigen DDR beitragen können.«¹⁹² Man ging offenbar noch immer von einem Fortbestand der Zweistaatlichkeit aus und stellte einen »Annäherungsprozess« in drei Phasen in Aussicht: gegenseitige Information, gefolgt von einer Intensivierung vorhandener Kooperationen; erst in einer dritten Phase sei »die Integration der beiden Wissenschaftssysteme« vorzusehen. Die Ausweitung des Geltungsbereichs der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV) und damit die eventuelle Gründung neuer MPIs »jenseits der bisherigen innerdeutschen Grenze« sei in »langfristiger Perspektive« denkbar.¹⁹³

Zentrale Bedeutung wurde in diesem Papier der Position der AdW »nach ihrer sich abzeichnenden Umstrukturierung zugeschrieben. Als Optionen genannt wurden: ein getrennt von der Gelehrtenengesellschaft, »vermutlich durch Ausgliederung deutlich reduzierter Komplex von Forschungsinstituten« bestehe weiter; oder ein Teil der Institute werde in die Universitäten und ein anderer Teil in die bestehenden AUFES der Bundesrepublik integriert.¹⁹⁴ Die Umgestaltung sollte Sache der AdW sein, doch etwaigen Übernahmen müssten »die gleichen Qualitätsmaßstäbe und die gleichen Kriterien – insbesondere das der Subsidiarität gegenüber der Hochschulforschung« zugrunde liegen, »die auch bisher die Förderungsentscheidungen der Gesellschaft bestimmt haben.«¹⁹⁵ Hervorzuheben ist, dass eine Übernahme von AdW-Einrichtungen zu dieser Zeit nun doch für möglich gehalten wurde. Diese Haltung sollte sich binnen weniger als eines Jahres aber grundlegend ändern (siehe unten Abschnitt III.3.2.).

190 Klaus v. Dohnanyi an Staab, 09. 05. 1990; Staab an Klaus v. Dohnanyi, 01. 06. 1990. Beides AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

191 Gegenwärtige und künftige Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung, AMPG, II. Abt., Rep. 61 Nr. 150.VP, fol. 353–357. Ebenfalls in: AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904. Das (lt. Autorenkürzel) von Beatrice Fromm mitgeschriebene Papier befindet sich in den Unterlagen zum Drehbuch zur Sitzung des VR vom 21. 06. 1990, wurde aber anscheinend nicht an die VR-Mitglieder verteilt – wohl deshalb, weil der Inhalt in der Zwischenzeit weitgehend überholt war. Siehe unten.

192 Ebenda, fol. 354.

193 Ebenda, fol. 355.

194 Ebendort.

195 Ebenda, fol. 356.

Dass eine Grundsatzentscheidung Mitte Mai noch immer nicht feststand, bezeugt ein Vermerk an Beatrice Fromm, Mitarbeiterin des Präsidenten, am 28. Mai 1990 betreffend eine Diskussion im Ausschuss für Forschungsförderung der BLK. Demnach seien dort zwei Vorstellungen zur Sprache gekommen. Seitens des BMFT kam der Vorschlag, die AdW um »etwa 50 %« zu reduzieren und die Institute auf die großen (bundesdeutschen) Träger »zu verteilen«. Die MPG-Vertreter »haben ein anderes Modell dagegengesetzt«, wonach die Akademie als Verband bis 1991/1992 erhalten bleibt: »Sie wird je nach Finanzkraft aus dem Staatshaushalt der DDR sowie mit einer gemeinsamen Hilfe von Bund und Ländern im Verhältnis von 90:10 finanziert.« Gleichzeitig sollte eine Begutachtung der »einzelnen Sektoren« geschehen. Laut Bericht neigten die Länder diesem Vorschlag zu und wollten bis zum 15. Juni eine entsprechende Position formulieren.¹⁹⁶ Von diesem Vorschlag, der ja von einem Fortbestand der DDR ausging, scheint später keine Rede mehr gewesen zu sein.

In einer Besprechung des Präsidenten und des Generalsekretärs mit Benno Parthier am 14. Mai machte Staab seine eigene Position, die er ja, wie oben erwähnt, im Gespräch mit Heinz Bethge im Dezember formuliert hatte, wieder einmal klar: Man will erst einmal »punktuell« fördern, eine Ausdehnung der MPG auf das Gebiet der DDR soll erst geschehen, nachdem »die politischen Rahmenbedingungen« gegeben sind.¹⁹⁷ Dieselbe Position vertrat er in einem kurz darauf folgenden Briefaustausch mit Minister Riesenhuber. Dieser forderte in einem Schreiben vom 25. Mai als »Anregung« eine verstärkte Rolle der MPG: »Für die Wissenschaft in der DDR hielte ich es für ein außerordentlich ermutigendes Zeichen, wenn die MPG rasch in der DDR präsent wäre.«¹⁹⁸ Staab bedankte sich, aber wehrte sich mit dem Hinweis auf gewisse Differenzen bei grundsätzlicher Übereinstimmung: »Für ein institutionelles Engagement der MPG im Bereich der Akademie sehen wir jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeiten. Voraussetzung für ein solches Engagement wäre zunächst eine noch ausstehende Reform der Akademie an Haupt und Gliedern«, die eine »*Entflechtung* ihrer nach Aufgabenstellung und Struktur divergierenden Teilbereiche im Grundsatz« zur Folge haben sollte. Dazu gehöre es, einen Teil der Grundlagenforschung an die Universitäten zurückzuführen.¹⁹⁹ Offenbar ist zwischen Anfang Mai und der dritten Juniwoche einiges geschehen.

196 Stoehr, Vermerk an Fromm, 28. Mai 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

197 Hasenclever an Ref. I b und I c und IV a, 14.05.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903.

198 Riesenhuber an Staab, 25. 5. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 903, fol. 19–20. Am 20. Juni bat Riesenhuber die MPG ausdrücklich um eine »aktive Teilnahme« am Vereinigungsprozess. Riesenhuber an Staab, 20. 6. 1990. Materialien der 125. Sitzung des Senats vom 21. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125, SP, fol. 81–82.

199 Staab an Riesenhuber, 19. 06. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484. Hervorhebung durch MGA.

III. 1. 2. Weichenstellungen: Die Ereignisse in Lübeck vom 20. bis zum 22. Juni 1990 und die Folgen

Anfang Mai war noch von einer »konvergierenden Entwicklung« der Wissenschaftssysteme der beiden deutschen Staaten die Rede. Sechs Wochen später, an den Tagen der Gremiensitzungen der MPG vom 20. Juni in Lübeck bis zur Festversammlung am 22. in Travemünde, hatte sich das Blatt gewendet. Da kam vieles zusammen, allerdings auf unerwartete Weise. Im Folgenden sollen diese Weichenstellungen und die Folgen erstmals im Detail besprochen werden.

In einem Vermerk zur Vorbereitung der Sitzung des Verwaltungsrats am 21. Juni zum Thema »Stand und Perspektiven der Kooperationen mit Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen der DDR«²⁰⁰ heißt es nunmehr, man habe sich im Hinblick auf die vermutlich bevorstehende Umstrukturierung der AdW nach der Neuwahl des Präsidenten am 17. Mai (siehe oben Kapitel II) »aus der Sicht der MPG für denjenigen [kleineren, MGA] Teil der Institute« entschieden, der am ehesten der Grundlagenforschung zuzurechnen sei, »eine Verlagerung an die wissenschaftlichen Hochschulen der DDR anzustreben.«²⁰¹ Offenbar stand jetzt wieder, wie Monate früher, eine Trennung der Gelehrtenesellschaft und der »Forschungsgemeinschaft«, sprich: des Institutsverbandes der AdW sowie auch die Auflösung des Institutsverbandes im Raum. Anscheinend wusste man trotz des noch immer beklagten Informationsdefizits inzwischen auch, dass mehr als die Hälfte der an den AdW-Instituten geförderten Forschung keine Grundlagenforschung war. Anstatt einer früher beabsichtigten Beauftragung einer kleinen Gruppe zur Bestandsaufnahme aus Sicht der MPG sollte nun stattdessen mithilfe des Leopoldina-Vizepräsidenten Parthier ein kleiner Kreis »ausgewählter zuverlässiger Wissenschaftler« gebildet werden, der »eine gemeinsame Kommission« mit ausländischen WissenschaftlerInnen bildet und »eine Art Begutachtung« durchführt, noch bevor »die im WR diskutierte, flächendeckende Begutachtung der Forschungsaktivitäten der DDR in Gang kommt oder abgeschlossen werden kann. In der Allianz wurde für dieses Vorgehen Zustimmung gefunden«. Dieser Vorschlag decke sich auch mit dem (oben erwähnten) Vorschlag der Berliner Senatorin Riedmüller.²⁰²

Im selben Papier wird allerdings eingeräumt, dass sich die Entwicklungen der letzten Monate »weitgehend unkoordiniert vollzogen« hatten.²⁰³ Spontane Initiativen der Hochschulen und einzelner WissenschaftlerInnen seien »zweifellos positiv zu beurteilen«, aber als »problematisch« könnten sich Kooperationen einzelner Einrichtungen oder Trägerorganisationen der außeruniversitären Forschung – genannt wurden hier die FhG und die GFes – »wiederum ohne übergeordnete Abstimmung« erweisen. Denn sie könnten die »hohen und vielfach unrealisti-

200 TOP 13 (1.3), Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen, insbesondere in der DDR, Drehbuch der 150. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG II. Abt., Rep. 61 Nr. 150. VP., fol. 345–351.

201 Ebenda, fol. 345–351.

202 Ebenda, fol. 348–349. Zur Stellungnahme Riedmüllers siehe oben Teil II.

203 Ebenda, fol. 349.

schen Erwartungen« einer »Übernahme« wecken und dem Prozess der Umgestaltung und Neuorientierung innerhalb der DDR in die Quere kommen.²⁰⁴ Stattdessen favorisiere die MPG jetzt »ein gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen aller Institutionen und Organisationen in der Bundesrepublik« im Rahmen der »in Vorbereitung befindlichen Rahmenempfehlungen des WR und die daran anschließende Meinungsbildung in der BLK.«²⁰⁵

Solange der Handlungsspielraum durch eine Anpassung der Rahmenvereinbarung (RV) Forschungsförderung nicht gegeben sei, hieß es weiter (wie im Papier vom 8. Mai auch), »wird sich die MPG sich auf punktuelle Hilfe und punktuelle Förderung beschränken müssen«; »befristete Projektgruppen oder Nachwuchsgruppen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen der DDR« seien aber schon anzudenken. Erst unter den in »längerfristigen Perspektiven denkbaren Initiativen« wurden etwa die Gründung von MPIs oder gar die Übernahme von Instituten oder kleineren Forschungseinheiten der AdW genannt. Dabei würde die MPG

an den Prinzipien ihrer Förderungspolitik festhalten müssen. Sie setzt dabei auch in einem vereinten deutschen Staat eine pluralistische Struktur von Wissenschaft und Forschung, das Prinzip der Subsidiarität staatlicher Förderung und eine institutionell verankernde Autonomie der Grundlagenforschung voraus.²⁰⁶

Hier stand in nuce der Zweistufenplan, von dem später immer deutlicher die Rede sein wird.

In der eigentlichen Sitzung des Verwaltungsrates am selben Tag wies Staab

darauf hin, dass man an die Max-Planck-Gesellschaft bestimmte Erwartungen richte, deren Erfüllung ihr jedoch nicht nur aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten bereite, sondern vor allen deshalb, weil sie – anders als beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft – institutionelle Förderung betreibe und damit langfristige Bindungen eingehe. Für eine Ausdehnung ihrer Aktivitäten auf das Gebiet der heutigen DDR fehlten ihr z. Zt. auch die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.²⁰⁷

Damit war wohl die eben erwähnte RV Forschungsförderung gemeint, deren Ausdehnung auf das Territorium der DDR man für unerlässlich hielt; dass ein solcher Schritt den Vollzug der staatlichen Einheit voraussetzte, sagte Staab hier noch nicht. Hinsichtlich der AdW, die »in der Presse als Fusionspartner« dargestellt wird, erwartet die MPG nach Staab »zunächst grundlegende strukturelle Reformen – u. a. die Bewältigung des Problems der personellen Überset-

204 Ebenda, fol. 350.

205 Ebendort. Unterstreichung im Original.

206 Ebenda, fol. 350–351.

207 Protokoll der 150. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.06.1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 5–6, AMPG II. Abt., Rep. 61 Nr. 150.VP.

zung«. Dem neu gewählten AdW-Präsidenten Klinkmann habe man aber »administrative Hilfe« angeboten. Was darunter gemeint sein sollte, blieb unklar.

Einvernehmen bestand schließlich im VR laut Sitzungsprotokoll darüber, dass die MPG

als Angebot an ihre Finanzierungsträger so bald wie möglich Klarheit darüber gewinnen sollte, welche Projekte sie nach der staatlichen Vereinigung im anderen Teil Deutschland in Angriff nehmen könnte. [...] Als Ergebnis der Diskussion bestand Übereinstimmung darin, dass eine Konvergenz der Wissenschaftssysteme der beiden Länder oder eine »Annäherung durch Wandel auf beiden Seiten« wohl kaum geeignet wäre, um den Kollegen in der heutigen DDR wirksam zu helfen. Es werde vielmehr im beiderseitigen Interesse darauf ankommen, sich an bewährten Strukturen und Qualitätsmaßstäben zu orientieren.²⁰⁸

Damit, wie bereits im Brief Staabs an Riesenhuber vom 19. Juni, scheint klargeworden zu sein, dass von nun an ein Festhalten an der bestehenden Verfassung der MPG unter Auflösung der AdW-Strukturen favorisiert werden sollte. Wie Zacher später in seiner Ansprache in der Sitzung der CPTS am 2. Oktober, also am Vortag des Vollzugs der deutschen Einheit, offen eingestand: Die Idee, das »Zusammenwachsen« der beiden deutschen Staaten zum Anlass einer Reflexion und Wandlung auch im Westen zu nehmen (wie in der Stellungnahme des WR am 6. Juli inzwischen empfohlen worden war), sei »ehrenwert und moralisch«, aber

die Frage ist doch, ob die Entscheidungsfähigkeit der politischen Prozesse ausreicht, um die Selbstkritik mit dem zu verbinden, was hier getan werden muss – ein Problem, das wir im ganzen Einigungsprozess haben. Ich zähle sicher – und leugne es nicht – zu denjenigen, die sagen, wir würden uns übernehmen, wenn wir den Prozess der Einigung mit dem Prozess der Selbstkritik im Übermaß verbinden würden.²⁰⁹

Demnach ist die Ausweitung des bundesdeutschen Forschungs- und Forschungsförderungssystems ohne wesentliche Änderungen jedenfalls im Falle der MPG-Leitung kein Ausdruck einer unreflektierten »Pfadabhängigkeit«, sondern eine bewusste Entscheidung für die nunmehr politisch möglich gewordene Ablehnung einer »Konvergenz« der beiden Wissenschaftssysteme.

Am Schluss des Eingangsstatements zur Pressekonferenz vor der Hauptversammlung in Lübeck am 20. Juni beschrieb Staab den Einigungsprozess als »besondere Herausforderung« und befürwortete, wie stets seit dem Sommer 1989, den »direkten Kontakt«, um »offenkundige Defizite der Forschung in der DDR zu mindern und die Wissenschaftler dort wirkungsvoll zu unterstüt-

208 Ebendort. Hervorhebung durch MGA.

209 Bericht des Präsidenten. Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 02. 10. 1990 in Heidelberg. Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821. Hervorhebung durch MGA.

zen«. »Für ein institutionelles Engagement der MPG«, hieß es weiter, »fehlen zur Zeit jedoch die Voraussetzungen« und insbesondere die »politischen Rahmenbedingungen«, wobei er hier noch nicht sagte, was er darunter verstand. Gleichwohl seien »zeitlich befristete Nachwuchsgruppen« geplant, »die in der Vergangenheit Vorstufen zu Institutsgründungen waren«. ²¹⁰ Von »Übernahmen« bestehender DDR-Einrichtungen riet er (wie in seiner Antwort an Riedmüller bereits im April) ab; dies würde bestehende Forschungsstrukturen eher »befestigen«, »die in der DDR geändert werden sollen«. ²¹¹

Dann geschah das Unerwartete. Staab hatte seinen Nachfolger der Presse vorgestellt, und es folgte wie stets eine Fragerunde. Gegen Ende derselben beantwortete Zacher eine Frage nach seiner Meinung zu den Geisteswissenschaften in der DDR mit markigen Worten:

Die Rechtswissenschaften kann man nicht brauchen, denn die Rechtswissenschaften haben das Recht nicht als Mittel zur Bewältigung von Konflikten behandelt, sondern als Instrument der Herrschaft. Die Sozialwissenschaften kann man nicht brauchen, denn sie haben die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht [...] analysiert, wie sie sind, sondern beschrieben, wie sie sein sollten.

Er fügte dann hinzu: »Bei den Geisteswissenschaften gibt es natürlich Bereiche, an denen kein System etwas verderben kann, so wie die klassische Philologie. *Aber dahinter gibt es Wüsten.*« ²¹² Im Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde daraus am Folgetag die Überschrift »Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft«. Im Artikeltext hieß es weniger pauschal: »Der Nachfolger von Staab, Hans F. Zacher [...] bezeichnete die Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR als »eine Wüste«. Es werde noch sehr lange dauern, bis sich an dem derzeitigen Zustand etwas ändere.« ²¹³

Zu anderen Zeiten hätte diese erste Pressekonferenz mit dem werdenden Präsidenten der MPG reine Routine sein können, von den Verhandlungen hinter den Kulissen wusste das lesende Publikum ohnehin nichts. Wie so oft in derart spannungsreichen Situationen wurde die Über-

210 Vgl. hierzu unten Abschnitt III.2.

211 Staab, Eingangsstatement zur Pressekonferenz, 21. Juni 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 349.

212 Die wörtliche Wiedergabe steht im Bericht des Präsidenten. Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 02. 10. 1990 in Heidelberg. Bl. 14, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, sowie in: Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 10. 1990 in Köln, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488. Hervorhebung durch MGA. Dieselbe gab Zacher in leicht veränderter Form in der Senatssitzung vom 15. November wieder: Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP.

213 Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft (AP). *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21.06.1990), 31. Der Text mit weiteren Pressemeldungen ohne den »Wüsten«-Spruch in: Drehbuch der 125. Sitzung des Senats vom 21.06.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 125. SP, fol. 265–269. Die offizielle, offensichtlich vorher festgelegte Berichterstattung der MPG legte den Fokus auf ökologische Forschung und Nachwuchsförderung und sprach die Kooperationsmaßnahmen der MPG in der DDR kurz an, erwähnte aber die hier zitierten Ausführungen Zachers mit keinem Wort. Vgl. Horst Meermann: Pressekonferenz: Breites Spektrum ökologischer Forschung in der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1990, 21–23.

schrift im Bericht zum Aufhänger für alles Weitere. Im Rückblick mag dieser Vorfall wie ein eklatanter Anfängerfehler des neuen MPG-Präsidenten im Umgang mit den Medien erscheinen. Gegen diese Interpretation spricht eine Aussage im Bericht Zachers vor der CPTS im Oktober: Man habe ihm in der Pressestelle zu einer sofortigen öffentlichen Korrektur geraten, die er aber aus dem Grunde ablehnte, dass derartige Falschmeldungen nur gefestigt würden, wenn PolitikerInnen so etwas tun.²¹⁴ Dieter Simon und andere Beteiligte betrieben später viel Aufwand zur Differenzierung dieses Pauschalurteils (siehe unten Abschnitt III.2.3.), doch diese nachträglichen Bemühungen konnten der diskursprägenden Wirkung des »Wüsten«-Spruchs, die ja bis heute andauert, nur sehr bedingt entgegenwirken. Die Schlagzeile bzw. deren öffentliche Rezeption brachte eine Umwertung der Werte auf den Punkt, die ohnehin im Gange war und sich in den allgemeinpolitischen Kontext genau einfügte.²¹⁵ Der »Wüsten«-Spruch fungierte insofern als diskursive Ressource, die ihre Wirkung nicht verfehlen sollte, auch wenn – oder gerade weil – Zacher das so nicht gemeint haben mag.

Als Mobilisierung von DDR-Insiderkenntnissen zur Unterstützung der eigenen Positionierung können die ebenfalls sehr kritischen Berichte von Manfred Bierwisch und Benno Parthier im Rahmen der Sitzung des Wissenschaftlichen Rats der MPG am selben Tage begriffen werden. Den Anfang machte Bierwisch, der eine vielschichtige Analyse »Zur Situation der Wissenschaft in der DDR« aus der Sicht eines Geisteswissenschaftlers vorlegte.²¹⁶ Die fluide Lage betonte er sogleich: Schon die beiden Wochen seit der Niederschrift seines Textes sahen die Neuwahl des Akademie-Präsidiums und die einstweilige Unterlassung seiner Bestätigung durch den Ministerpräsidenten. Die Situation war also von »Ungewissheit und Verunsicherung« geprägt. Zum einen sei durch den Mauerfall und dessen Folgen innerhalb der AdW »eine ganz ungewöhnliche Entwicklung direkter Demokratie und unmittelbaren Verantwortungsgefühls ausgelöst« worden, zum anderen jedoch habe der Zusammenbruch »wie in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein Ausmaß an Deformationen, Fehlentwicklungen und Defiziten hervortreten lassen, das weit über alle Erwartungen hinausgehe«.²¹⁷

Seine Diagnose dieser Fehlentwicklungen formulierte Bierwisch anhand dreier Stichworte: (1) »[Q]uantitative Disproportionen« – gemeint war die personelle Überbesetzung, die insgesamt genommen »mindestens doppelt so groß, wie sie selbst bei großzügiger Proportionierung sein sollte«, und auch strukturelle Deformationen in der Infrastruktur. (2) Inhaltliche Defor-

214 Siehe den eben zitierten Bericht des Präsidenten, Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 02. 10. 1990 in Heidelberg. Bl. 14f, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821.

215 Vgl. zum Beispiel die ebenfalls diskursprägende Wendung Jürgen Kuczynskis: »Im Mittelmaß Weltspitze«. *Der Spiegel* 30 (1990), 136–137, 139–141, 137. Ergänzend sei an dieser Stelle angemerkt, dass bereits im Januar 1990 in einer Stellungnahme des Neuen forums von einer »Verwüstung der Forschung« an der AdW die Rede gewesen war. Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Grundsätze des Neuen Forum für die Stellung der Wissenschaften in der Gesellschaft. *Forum Wissenschaft* 7/1 (1990), 40–41.

216 Manfred Bierwisch: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR. *MPG-Spiegel* 4/1990, 24–30.

217 Bierwisch, Situation der Wissenschaft, 1990, 24–30, 26.

mationen wie zum Beispiel die allseitige Regelung des Schriftverkehrs und der Post, die zur internationalen Isolierung geführt habe: »Doppelte Energie war notwendig, um der sich dergestalt aufdrängenden Provinzialisierung und Mittelmäßigkeit zu widerstehen.«²¹⁸ Hinzu kamen direkte Einmischungen, beispielsweise in die eigene Disziplin der Sprachwissenschaft. (3) Personale Probleme wegen der »uneingeschränkten Dominanz der Kaderpolitik«, die politische Loyalität vor Kompetenz setzte. »Es wäre allerdings töricht zu übersehen, dass die Wissenschaft in der DDR durchaus beachtliche, auch international gültige Leistungen und Institutionen aufzuweisen hat«; diese seien aber Ausnahmen und eher trotz als wegen der Parteiherrschaft entstanden.²¹⁹

Was tun? Laut Bierwisch würde »die Einheit der Gelehrten- und Forschungsgemeinschaft [...] in einem vereinten Deutschland nicht mehr aufrechtzuerhalten sein; [...] Die Entzerrung wird hier unter anderem darin bestehen, im möglichen Rahmen einen Teil der Forschungskapazitäten der Akademie an die Universitäten zu überführen und wieder mit der Lehre zu verbinden.«²²⁰ Eine pauschale Säuberung sei nicht zielführend, denn

natürlich besteht keine Korrelation zwischen der so oder so begründeten Mitgliedschaft in der SED und der wissenschaftlichen Autorität. Will sagen: die Partei hatte in ihren Reihen auch einen großen Teil der fachlichen Kompetenz des Landes. Deren Suspendierung wäre also nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch sachlich verhängnisvoll.²²¹

Zu empfehlen seien stattdessen eine »Öffnung nach außen« und »eine verantwortungsbewusste Aufarbeitung der angedeuteten Probleme« auf der Grundlage der »der Erfahrung der Betroffenen«. Eine »schonungslose Bilanz« könne das Aufeinanderzugehen erleichtern.²²² Von vielen favorisierte Lösungsansätze wie ein »Moratorium« an der AdW wie auch an den Hochschulen oder die Gründung einer Leibniz- oder »Helmholtz-Gesellschaft« betrachtete Bierwisch aus finanziellen und anderen Gründen skeptisch.

Parthier, dessen Amtsübernahme als Präsident der Leopoldina bevorstand, stellte »Analytische Betrachtungen zur Lage der naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Akademie der Wissenschaften der DDR« an.²²³ Das Schlimmste dort sei seiner Auffassung nach die Übernahme der Verwaltungspraktiken der Partei: »Parkinson-Gesetz« und »Peter-Prinzip«

218 Bierwisch, *Situation der Wissenschaft*, 1990, 24–30, 27.

219 Bierwisch, *Situation der Wissenschaft*, 1990, 24–30, 29.

220 Bierwisch, *Situation der Wissenschaft*, 1990, 24–30, 26.

221 Bierwisch, *Situation der Wissenschaft*, 1990, 24–30, 28.

222 Bierwisch, *Situation der Wissenschaft*, 1990, 24–30, 30.

223 Zum Folgenden vgl. Benno Parthier: *Analytische Betrachtungen zur Lage der naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Akademie der Wissenschaften der DDR*. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991a), 195–198, 196–197. Der Vortrag ist seinerzeit im *MPG-Spiegel* nicht erschienen.

feierten Triumphe in geradezu klassischer Art, von der ›Sicherheitsseuche‹ und der ›Geheimhaltungspest‹ ganz zu schweigen.« Derzeit seien die Industriepartnerschaften der Akademie im Ausmaß von immerhin circa 35–40 Prozent des Gesamtetats mit dem 30. Juni weitgehend gekündigt und daher sei ein »reduktives umstrukturieren« an der Tagesordnung. Gegen eine Übernahme der AdW oder ihrer einzelnen Institute sprach nach Parthier ohnehin vieles, darunter »durch Wissenschaftsinzucht und Immobilität hervorgerufene [...] Mängel an Leistungsdruck und Leistungswillen der Mitarbeiter« sowie die Folgen der lange bestehenden Reise- und Informationsbehinderungen: »In der Tat, es fällt der AdW offenbar außerordentlich schwer, sich von überkommenen, jetzt und zukünftig ungeeigneten Strukturen zu trennen.« Nur ihre Biomedizinische Klasse wagte es, den Anachronismus der Verbindung von Gelehrten- und Forschungsgemeinschaft offen auszusprechen. Parthiers Fazit lautete: »Die zukünftige Forschungslandschaft der jetzigen DDR wird pluralistischer und differenzierter aussehen; Erhalt, Rekonstruktion und Neuaufbau sollten sich die Waage halten. *Von einer ›Wüste‹ nach dem ›Kahlschlag der Wissenschaften‹ kann und wird nicht die Rede sein.*«²²⁴

Es sei hier kurz angemerkt, dass Parthier und Zacher den »Wüsten«-Topos in unterschiedlicher Weise gebrauchten. Während Zacher sich über die Gegenwart äußerte, meinte Parthier das, was durch die Teilung der AdW eben nicht entstehen würde. Mit seiner Verneinung eines »Kahlschlag[s] der Wissenschaften« bezog er sich auf Kritik aus beiden Staaten, die davor warnen.²²⁵

In der darauffolgenden Senatssitzung am 21. Juni und der Festversammlung am nächsten Tage in Travemünde lief das Unerwartete weiter, denn der FAZ-Bericht mit dem »Wüsten«-Spruch stand im Raum.²²⁶ In der Diskussion zum Bericht des Präsidenten zeigte sich Dieter Simon »irritiert« über die »möglicherweise nicht korrekt wiedergegebenen Äußerungen« Zachers, die »eine recht negative Beurteilung« der Wissenschaft in der DDR vermittelt hätten. Dabei seien seiner Einschätzung nach »auch im anderen Teil Deutschlands sowohl in den Naturwissenschaften als auch in einzelnen ideologieunabhängigen geisteswissenschaftlichen Fächern sehr qualifizierte Wissenschaftler zu finden.« Derartige Äußerungen könnten in einer Zeit der drohenden und zum Teil schon beginnenden Entlassungen »die Verunsicherung der Kollegen in der DDR noch vergrößern« und auch die Hoffnungen westdeutscher KollegInnen »auf konkrete Hilfe und einen baldigen Zusammenschluss der Wissenschaft« dämpfen; »hier müsse man gegensteuern« und die Indizien exzellenter Wissenschaft in der DDR »deutlicher würdigen.«

224 Parthier, *Analytische Betrachtungen*, 1991a, 195–198, 197. Hervorhebung durch MGA.

225 Vgl. zum Beispiel W.M. Catenhusen in einer Aussendung der SPD am 12.06.1990, zitiert nach Eckart Förtsch: Auf dem Weg zur Wissenschaftsunion. *Deutschland Archiv* 11 (1990), 1689–1700, hier: 1692.

226 Angemerkt sei, dass an diesem Tage führende Vertreter der Politik wie zum Beispiel Johannes Rau und auch Minister Riesenhuber abwesend waren, weil ausgerechnet zu diesem Termin (20.–22. Juni) die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss im Bundestag und im Bundesrat über den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Wirtschafts- und Währungsunion in Bonn stattfinden sollten. Vgl. Rau an Staab, 01.06.1990, Protokoll der 125. Sitzung des Senats vom 21.06.1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125. SP, fol. 74.; Riesenhuber an Staab, 20.06.1990. Ebenda, fol. 81–82.

Er billigte die bislang nicht eingreifende Haltung der MPG, meinte jedoch, dass diese Haltung nach der Vereinigung »revidiert werden« muss, denn von da an werde »eine aktivere Einschaltung« erwartet.²²⁷

Daraufhin begann der als Gast anwesende Zacher mit der Reparaturarbeit. In dieser Diskussion verwies er, ohne das Wort »Wüste« zu erwähnen, auf seine Darstellung »sowohl der intakten Bereiche« der DDR-Forschungslandschaft »als auch [der] erkennbaren Mängel« und kritisierte, dass diese Hinweise im Zeitungsbericht kaum vorgekommen seien.²²⁸ Staab betonte seinerseits, dass »die Max-Planck-Gesellschaft [...] durchaus Solidarität mit den Wissenschaftlern der DDR« empfinde und dem Präsidenten der DDR-Akademie »administrative Unterstützung angeboten habe«, was in den Zeitungsmeldungen »kaum zu erkennen gewesen« sei. Er fügte hinzu, dass »die Zurückhaltung der Max-Planck-Gesellschaft hinsichtlich der Übernahme einzelner Forschungseinrichtungen der DDR-Akademie nicht als grundsätzliche Abstinenz missdeutet werden« sollte und wies noch einmal darauf hin, dass sich im Vergleich zur DFG »die MPG, die institutionelle Förderung betreibe, in einer sehr viel schwierigeren Situation« befinde, »da sie mit ihrem Engagement für neue Aufgaben jeweils langfristige Bindungen eingehe.«²²⁹ Der Kontrast zum oben erwähnten Beschluss des DFG-Senats vom 11. Juni, die Ausdehnung der Tätigkeit auf das Territorium der DDR ohne Satzungsänderung vorzubereiten, war offensichtlich.²³⁰ An einer anderen Stelle in der Diskussion wurde Staab noch deutlicher: Gerade weil die MPG eine Verpflichtung empfinde, nach der staatlichen Vereinigung aktiv zu werden, »habe er in Gesprächen, die er gemeinsam mit Herrn Markl und Herrn Riesenhuber in der DDR geführt habe, davon abgeraten, eine Konkurrenzorganisation (Leibniz-Gesellschaft) zu schaffen.«²³¹

Zu unterschiedlichen Stellungnahmen in der offenbar noch immer nicht abgeschlossenen wissenschaftspolitischen Debatte – einer Art Fortsetzung der Verhandlungen innerhalb der Allianz in der Öffentlichkeit – kam es im Rahmen der Festversammlung der MPG in Lübeck-Travemünde am 22. Juni 1990. In ihrer Begrüßungsansprache plädierte Ministerin Marianne Tidick aus Schleswig-Holstein, ehemalige Generalsekretärin der BLK und nun Vorsitzende der KMK, für »Behutsamkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit von Forschung und Wissenschaft« Sie vertrat damit sowohl die bisherige Linie der MPG, die sie als »Drei-Phasen-Modell«

227 Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP.

228 Ebenda, Bl. 6.

229 Ebenda, Bl. 7.

230 Über die Haltung der DFG war man auch außerhalb des Präsidiums gut informiert. Von der »von der DFG dezidiert vertretenen Position, im Gebiet der DDR kein paralleles Forschungsförderungssystem aufzubauen, sondern den Zuständigkeitsbereich der DFG auf das gesamte Deutschland auszudehnen«, berichtete deren Vizepräsident Eser in der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 20. Juni, Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 20. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 8–9, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1487. Daran schloss sich eine längere Diskussion der Handhabung von Anträgen und Mitgliedschaften in den Fachkollegien (sowie Mitgliedschaften in Fachgesellschaften) aus der DDR an.

231 Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP. Hervorhebung durch MGA.

– »über Information zur Kooperation und schließlich zur Integration« – beschrieb, als auch die der (im Entwurf vorliegenden) »Perspektiven« des WR. Den oben (Kapitel II) zitierten, inzwischen wohlbekannten Passus aus diesem Dokument gab sie dabei fast wortwörtlich wieder: »Natürlich kann es nicht einzig darum gehen, das bundesrepublikanische Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen«; vielmehr muss der Vereinigungsprozess »als Chance begriffen werden, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit wir unser Wissenschafts- und Forschungssystem neu orientieren sollen.«²³² Ein Hinweis darauf, dass ihr Land über das »kleine, aber feine« MPI für Limnologie in Plön hinaus ein weiteres begrüßen würde, durfte nicht fehlen. Staab ging in seiner Ansprache darauf ein mit dem Hinweis darauf, dass die MPG gerade deshalb Bremen (Mikrobielle Ökologie des Meeres) und das Saarland (Informatik), die noch kein MPI hatten, mit Neugründungen bedacht hatte.²³³ Das im Westen wohlbekannte Thema der regionalen Verteilung der MPIs wird uns in Bezug auf die NBL wieder begegnen (siehe unten Abschnitt III.4.).

In ihren beiden darauffolgenden Reden auf derselben Festversammlung sprachen sich Staab und Zacher anders als Tidick gegen eine »Konvergenz« der beiden Forschungssysteme aus.²³⁴ Sie markierten damit jetzt die in den oben zitierten internen Vermerken vollzogene Wende in aller Öffentlichkeit, und zwar mit explizit politischen Begründungen, aber ohne den »Wüsten«-Spruch in den Mund zu nehmen. Für Staab war der Fall klar: »Die DDR-Akademie war fest in den zentralstaatlichen Machtapparat, der – wie wir wissen – ein Apparat der SED war, eingebunden.«²³⁵ Mit dieser Akademie war also kein Staat mehr zu machen. Was er an Riesenhuber vor wenigen Tagen geschrieben hatte, gab er nun öffentlich wieder: Für »[e]in institutionelles Engagement der MPG im Bereich der jetzigen Akademie der Wissenschaften sehen wir, ganz abgesehen von den haushaltsrechtlichen Problemen zur Zeit noch keine Möglichkeit.«²³⁶ Zuerst sei »eine Reform der Akademie« notwendig, »die von unseren Kollegen in der DDR bewirkt werden muss«, zu der »auch eine Entflechtung der verschiedenen, oben genannten Bereiche der Akademie« und die »Zurückführung« eines Teils der Grundlagenforschung an die Universitäten gehören sollte.²³⁷ Komplementär dazu verhielt sich sein bis dahin noch nicht vorgebrachter Vorschlag, im Rahmen der jetzt laufenden »bottom-up« Kooperationen hervorragende WissenschaftlerInnen, die »Nicht-Reisekader« waren (von denen man über die Leopoldina wisse), zu identifizieren und »besonders zu fördern«.²³⁸

232 Marianne Tidick: Behutsamkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit von Forschung und Wissenschaft. *MPG-Spiegel* 4/1990, 51–53, hier: 52.

233 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 54, 56.

234 Der Titel des Kurzartikels dazu verdeutlicht die nunmehr vorgegebene Richtung: Miglo: Festversammlung: Gegen Nivellierung durch eine »Wissenschaftsunion«. *MPG-Spiegel* 4/1990, 20.

235 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 60.

236 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 61.

237 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 61.

238 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 61.

Staab gab nun auch den offenbar bereits angedachten folgenden Schritt der MPG bekannt: »Als nächste Stufe planen wir die Einrichtung von zeitlich befristeten Nachwuchsgruppen und schließlich von Projektgruppen, die sich in der MPG als Vorstufen von Institutsgründungen sehr bewährt haben.«²³⁹ Hinsichtlich der von Riesenhuber schon geforderten noch stärkeren Präsenz im Osten äußerte er grundsätzliche Bedenken:

Wir sind aufgeschlossen für Überlegungen zur Gründung von MPIs auf dem Gebiet der jetzigen DDR wenn die politischen Voraussetzungen dafür – *also vor allem die staatliche Vereinigung und die Wiederherstellung der Länderstruktur* – gegeben sind, aber wir setzen dabei voraus, dass Gründungsentscheidungen nach unseren Kriterien und in der traditionellen Autonomie der MPG getroffen werden.²⁴⁰

Erstmals werden hier staatspolitische und nicht allein wissenschaftspolitische oder haushaltsrechtliche »Voraussetzungen« für eine starke Präsenz der MPG im Osten genannt.

Gegen Ende seines Vortrags nahm Staab direkt gegen die eben geäußerte Position von Marianne Tidick Stellung. Er zeigte sich sogar »alarmiert« durch die Rede von einer »Konvergenz der Wissenschaftssysteme« und einer selbstkritischen Prüfung, »inwieweit *unser* Bildungs- und Forschungssystem der Neuorientierung bedürfe«, so wie Tidick sie eben geführt hatte: »Wenn damit gemeint wäre, dass die Freiheit der Forschung und die Unabhängigkeit unserer Wissenschaftsorganisationen zur Disposition stehen könnten, so stößt dies auf unseren entschiedenen Widerspruch.«²⁴¹

In seiner unmittelbar darauffolgenden Antrittsrede vertrat Zacher die gleiche Linie auf andere Weise.²⁴² Grundlegend für seine Argumentation war die aus dem eigenen juristischen Fach entlehnte Metapher einer »Forschungsverfassung«, die »in das Wechselspiel von Staat und Gesellschaft, Recht und Politik eingespannt ist« und sich von Land zu Land nach »nationaler Eigenart« unterscheidet. Zu Deutschland – gemeint war natürlich die bisherige Bundesrepublik – gehörten neben dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit eine »weitgehende Autonomie« der Wissenschaft, in der diese »auch über die Gestaltung und Verteilung der Möglichkeit zur Forschung entscheidet oder maßgeblich mitentscheidet«, sowie die Vielfalt der (institutionellen) Formen, über die sich die Forschungsautonomie »auf sehr unterschiedliche Weise entfalten oder reduzieren« ließe. Es handelte sich also um eine institutionalistische Position, in der

239 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 61.

240 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 61–62. Hervorhebung durch MGA.

241 Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 53–57, 60–63, 62. Hervorhebung im Original. Wenige Tage später vertrat Zacher, nunmehr MPG-Präsident, fast wortgleich dieselbe Position in einem Brief an Simon. Dort dankte er für den Entwurf des oben (Abschnitt II.2.) besprochenen »Perspektiven«-Papiers des WR, übte aber Kritik an Formulierungen, die von einer »wechselseitigen Annäherung« sprechen, so, als würde das bewährte westdeutsche System oder irgend-ein Teil davon »zur Disposition« stehen. Zacher an Simon, 28.06.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

242 Vgl. zum Folgenden Hans F. Zacher: Herausforderungen an die Forschung. Ansprache des neuen Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1990, 63–68, hier: 63–64.

Zacher »die Wissenschaft« mit den Forschungs- und Forschungsförderungsträgern und deren jeweiligen Leitungen gleichsetzte – eine Position, die mit seiner bisherigen Tätigkeit als »einer der wirkungsvollsten Regisseure« im Zusammenspiel von Sozialrecht und Sozialpolitik, namentlich in Verbindung mit dem von Norbert Blüm geleiteten Sozialministerium, gut zusammenpasste.²⁴³ So gesehen war für ihn folgerichtig »die Max-Planck-Gesellschaft *ein wesentliches Element unserer Forschungsverfassung*.«²⁴⁴ Diese metaphorisch gestützte Argumentationslinie sollte Zacher in den folgenden Jahren konsequent fortsetzen.

Am Ende seiner Ausführungen kam Zacher auf den Vereinigungsprozess in der Wissenschaftspolitik zu sprechen, den er neben der bevorstehenden Emeritierungswelle, dem wachsenden Misstrauen der Gesellschaft gegenüber der wissenschaftlichen Forschung und der Neupositionierung der Europäischen Gemeinschaft in der Wissenschaftspolitik als »die dramatischste Herausforderung« der MPG beschrieb.²⁴⁵ Die Forschungssysteme der beiden deutschen Staaten seien »gegensätzlicher kaum zu denken«, denn im Gegensatz zu den Grundprinzipien Wissenschaftsfreiheit und institutionelle Autonomie im Westen seien die Akademien der kommunistischen Länder »das zentrale Instrument dafür, Wissenschaft einerseits zu ermöglichen, andererseits umfassend zu kontrollieren.« Demgegenüber seien die Universitäten »weithin von geringerer Bedeutung« und, »um die soziale und politische Kontrolle zu intensivieren«, vielfach »partikularisiert«. Somit fragte sich Zacher: »Wie soll eine Wissenschaftsorganisation, die unter diesem Vorzeichen aufgebaut wurde, mit der Forschungsverfassung der Bundesrepublik verbunden werden?« Auf diese Grundsatzfrage gab er hier noch keine Antwort, doch zeichnete er Grenzen für die MPG auf: »Ihre Aufgabe ist es, Forschung durch Institute zu fördern. Sie darf diesen Auftrag nicht gefährden, indem sie Institute aufnimmt, die ihm nicht entsprechen.« Das war wohl eine deutliche Absage an Übernahmehoffnungen der DDR-Seite, die sich in der konkreten Tätigkeit der MPG in den NBL auswirken sollte (siehe Abschnitt III.3.1.).

Dass die oben erwähnte Berichterstattung der FAZ den wissenschaftsinnenpolitischen Druck auf die MPG erhöhen müsste, schrieb Beatrice Fromm an Zacher wenige Tage später im Vorfeld der Juli-Sitzung der Allianz: Die Zeitungsmeldung über die »kritische Einschätzung des Wissenschaftspotentials in der DDR (Wüste)« habe demnach »wie eine Bombe eingeschlagen«. Es wird wohl Druck auf die MPG kommen, ein positives Signal zu setzen.«²⁴⁶ Am selben Tag hielt Staab selbst den gleichen Tatbestand in fast den gleichen Worten in einem eigenen Vermerk fest und fügte hinzu, dass der »Wüsten«-Spruch bei den westdeutschen Organisationen »eher mit Befremden aufgenommen« worden sei. Man habe Verständnis dafür, dass die MPG keine AdW-Institute zu übernehmen gedenkt,

243 Vgl. hierzu die Andeutungen in Reinhard Merkel: Ein bekennender Bayer. Der neue Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. *Die Zeit* 26 (22.06.1990).

244 Zacher, Herausforderung der Forschung, 1990, 63–68, 63. Hervorhebung durch MGA.

245 Zum Folgenden vgl. Zacher, Herausforderung der Forschung, 1990, 65–66.

246 Fromm, Vermerk dem Herrn Präsidenten, 29.06.1990. Betr. Besprechungen in der Allianz am 2. und 3. Juli 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

zu erwarten sei jedoch, dass in den Gesprächen am 2. und 3. Juli verstärkter Druck auf die MPG ausgeübt werde, mit der möglichst raschen Gründung einer kleineren Forschungseinrichtung in der DDR – etwa einer Nachwuchsgruppe oder, nach Herrn Nickels Auffassung, eines »Gästelabors« – ein positives Signal zu setzen.²⁴⁷

Ein solches Signal begann der neue MPG-Präsident tatsächlich gleich nach dem »Kamingespräch« zu setzen.

III. 2. Phase 2: Vom »Kamingespräch« bis zu den Evaluierungen des Wissenschaftsrates, Juli 1990–Juli 1991

III. 2. 1. Die »Präsidentenkommission DDR« und die ersten Arbeitsgruppen

Mit dem oben in Teil II besprochenen »Kamingespräch« schien der von Staab wenige Wochen zuvor verlangte »politische Rahmen« nun schon vor der gesamtstaatlichen Vereinigung da zu sein, wenngleich die Implikationen im Detail noch nicht ganz klar waren. Bereits vor der Veröffentlichung der Empfehlungen des WR und auch vor dem Beginn der Verhandlungen zum EV begann der formale Einstieg der MPG als Institution ins Vereinigungsgeschehen, und zwar fast sofort nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten. Nach von Heinz Staab bei der Festversammlung im Juni angedeuteten Vorgesprächen (siehe oben Abschnitt III.1.2.) setzte Hans Zacher nun Taten, und zwar mit der Einberufung einer »Präsidentenkommission DDR« am 5. Juli.²⁴⁸ Das war eine seiner ersten Amtshandlungen.

Zacher hatte sich zu einer solchen Initiative schon vor seiner Amtsübernahme unter Vorabsprache mit Staab entschlossen. In der oben zitierten Sitzung des VR vom 21. Juni sprach er davon, »unmittelbar nach der Übernahme des Präsidentenamtes eine Kommission zur Prüfung der Frage einzusetzen, was die Max-Planck-Gesellschaft kurzfristig tun könne und welche Rolle sie langfristig in einem vereinigten Deutschland übernehmen wolle.«²⁴⁹ Die Leitung der Kommission übertrug er Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik in Garching, der sich neben Klaus Pinkau als eine der Schlüsselfiguren im MPG-internen Geschehen erweisen sollte. In seinem Einladungsschreiben forderte Zacher die Kommissionsmitglieder dazu auf:

247 Vermerk des Herrn Präsidenten, 28.06.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483, fol. 418. Nickel hatte diesen Vorschlag bereits im Mai berichtet, der von einem Mitglied der MPG, der im WR sitzt, stammte und vom BMFT »sehr positiv« aufgenommen würde. Vgl. Nickel, Vermerk für den Präsidenten und den Generalsekretär, Innerdeutsche wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Informationssitzung im BMFT am 11. Mai 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904.

248 Zacher an Frau Mayntz und Kollegen, 5. Juli 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483.

249 Niederschrift der 150. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21.06.1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP. Aus einer Korrespondenz zwischen Gregor Morfill (MPI für Physik und Astrophysik) und Zacher geht ebenfalls hervor, dass die Einberufung der Präsidentenkommission schon Ende Juni feststand. Morfill an Zacher, 25.06.1990; Zacher an Morfill, 29.06.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

1. Vorschläge zu kurzfristig möglichen Maßnahmen [sowohl eigene Maßnahmen als auch Vorschläge für Maßnahmen anderer Seite, MGA], soweit es sinnvoll erscheint, sie durch die MPG anzuregen, oder soweit sie die Interessen der MPG berühren würden.
2. Empfehlungen für die Erstreckung der Arbeit der MPG auf dem Gebiet der heutigen DDR zu formulieren.
3. Vorstellungen über die institutionelle Stellung der MPG im Wissenschaftsgefüge eines vereinten Deutschlands zu entwickeln.²⁵⁰

Die Verwaltungsverantwortung der Kommission übernahm Beatrice Fromm, der wir als Mitarbeiterin im Präsidialbüro schon mehrfach begegnet sind, und die nun mit regelmäßigen Vermerken und weiteren Kontakten für eine enge Vernetzung mit dem MPG-Präsidium sorgte.²⁵¹ Im Anschreiben Zachers hieß es, dass Fromm bei Bedarf auf den Sachverstand von Dietmar Nickel zurückgreifen können sollte, der, wie oben erwähnt, in der GV als Referent für Auslandsarbeit für die laufende Kooperation mit der DDR verantwortlich gewesen war. In der Folge handelte Fromm aber überaus selbstständig und zielgerichtet.

Die konstituierende Kommissionssitzung fand bereits am 23. Juli und die zweite am 31. August statt, also noch vor Abschluss des EV, folglich wurde sie »DDR-Kommission« genannt. An der zweiten Sitzung nahmen mehrere WissenschaftlerInnen aus der DDR teil.²⁵² In der Zusammensetzung der Kommission überwogen Natur- und LebenswissenschaftlerInnen bei Weitem; nur Renate Mayntz kam aus der Geisteswissenschaftlichen Sektion. Das Gleiche galt für die DDR-WissenschaftlerInnen, von denen die meisten Leopoldina-Mitglieder waren; von ihnen kam nur Manfred Bierwisch aus den Geisteswissenschaften. Erst im Januar 1991 änderte man den Namen zu »Präsidialkommission zur Beratung von Fragen zur künftigen Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft im vereinten Deutschland«.²⁵³

Die Optionen, die der Kommission prinzipiell vorlagen, besprach Zacher in der bereits zitierten Sitzung des Vizepräsidentenkreises am 11. Juli.²⁵⁴ »Vor dem Hintergrund dieser dynamischen Entwicklung« – gemeint waren wohl die oben (Teil II) genannten, noch bestehenden Unklarheiten nach dem »Kamingespräch« – sah er »den Spielraum der MPG für Zwischenstadien ohne institutionelles Engagement der Gesellschaft auf dem Gebiet der DDR entscheidend eingeschränkt.« Vielmehr müsse die MPG »den Anspruch erheben, in gleicher Weise wie in der BRD

250 Zacher an Mayntz und Kollegen, 5. Juli 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483.

251 Mitchell G. Ash: Interview mit Beatrice Fromm. Berlin 17.07.2018, DA GMPG, ID 601005. Für das informative Gespräch über ihre Arbeit in dieser Zeit und danach danke ich ihr herzlich.

252 Walther an Alfred Schellenberger (Physikalische Chemie Halle, Vizepräsident der Leopoldina), 03.08.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483. Die Professoren Manfred Bierwisch (Nijmegen), Horst Sackmann (Physikalische Chemie, Halle) und Ernst Schmutzer (Physik, Jena) wurden ebenfalls zur Teilnahme eingeladen.

253 Walther an Präsidenten-Kommission, 16.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 326–327.

254 Zum Folgenden vgl. Notizen über die 1. Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 11. Juli 1990 in Müllheim. AMPG, II. Abt., Rep. 1a-bc, Nr. 341, Bl. 422 (Bl. 405).

auch in der DDR Aufgaben in der Grundlagenforschung zu übernehmen, ohne das Niveau der Forschung und ihrer Ausstattung hier zu gefährden.« Dabei hatte er zu diesem Zeitpunkt zwei Richtungen im Auge: »verwaiste Forschungsgebiete in der DDR aufgreifen und sich dort mit Projekt-Gruppen mit dem Ziel der Institutsgründung engagieren«, also »Mustergründungen« ohne Konkurrenz in der DDR zu schaffen; und/oder zu »prüfen, ob aus bestehenden Einrichtungen einzelne Personen oder Gruppen« bzw. »ob Einrichtungen umbegründet oder – äußerstensfalls – übernommen werden könnten.« Erst als weitere Option erwähnte er die Schaffung von Nachwuchsgruppen, die aber »nur in zuverlässiger Anbindung an einzelne Institute gegründet werden« sollten. Wie zu sehen sein wird, gewann gerade diese Option im Verlauf der Beratungen an Gewicht, wohl nicht zuletzt wegen der expliziten Erwähnung solcher Nachwuchsgruppen in der oben zitierten Stellungnahme des WR vom 6. Juli.

Was das Timing solcher Initiativen betraf, stimmte Zacher in diesem Gespräch »der Einschätzung zu, dass die MPG mit einer eigenen Initiative nicht abwarten könne, bis der WR seine Evaluation beendet habe.« Gerade deshalb habe er die Präsidentenkommission einberufen. Als Nahziel nannte er »die Prüfung der Voraussetzungen für ein bis maximal drei Institutsgründungen und eine begrenzte Anzahl von Nachwuchsgruppen. Diese Aufgabe steht im Mittelpunkt der Präsidenten-Kommission. [...] Im Moment kein Diskussionspunkt ist die Frage der Übernahme oder Umgründung bestehender Einrichtungen.« Dies sei nicht ausgeschlossen, aber dafür sei die Evaluation des WR abwarten. »Gegenwärtig wäre es leichtfertig, Institute global zu übernehmen. Richtungsweisend bleiben die bewährten Maßstäbe der MPG; mit ihnen ist die Konvergenz der beiden unterschiedlichen Forschungssysteme unvereinbar.«²⁵⁵

Das Timing dieser Initiative verdient es, betont zu werden, schließlich lief sie parallel zu den Verhandlungen zum EV an, jedoch ohne erkennbare Verbindung dazu. Das Vorgehen der Präsidentenkommission war aber nicht isoliert, sondern wissenschaftspolitisch vernetzt. Der Kommissionsvorsitzende Walther nahm an den Beratungen des WR selbst teil, war bei der ersten Besprechung Zachers mit den Vizepräsidenten am 11. Juli anwesend und informierte dort aus dem WR über die Organisation der Evaluation.²⁵⁶ Bereits im August weihte Wilhelm Krull, Abteilungsleiter im WR und enger Mitarbeiter Dieter Simons in dieser Angelegenheit, Beatrice Fromm in die Auswahl der Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates ein, welche die Evaluierung der AdW-Institute organisieren und die Einschätzungen zu Empfehlungen bündeln sollten, und dankte ihr für ihre Hilfe bei deren Zusammensetzung.²⁵⁷ Die MPI-Mitglieder, die in die Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates berufen wurden, wurden von vornherein auch in die

255 Ebenda, Bl. 425 (Bl. 408).

256 Ebenda, Bl. 423 (Bl. 406).

257 Krull an Fromm, 23. 08. 1990: Übersichten über den Stand der Zusammensetzungen der Arbeitsgruppen für Bestandaufnahme »AdW der DDR«. Stand: 22. August 1990. Die Namen der MPI-Direktoren auf den Listen sind mit einem Kreis markiert, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904. Mitchell G. Ash: Interview mit Wilhelm Krull. Hannover 15. März 2019, DA GMPG, ID 601047.

Beratungen der Präsidentenkommission eingebunden.²⁵⁸ Zu diesem Zweck gab es jeweils zwei Sitzungstage; der erste diente dem Austausch der »Eindrücke«, und zwar ohne Protokoll, der zweite den Beratungen der Kommissionsmitglieder zusammen mit den Sektionsvorsitzenden.²⁵⁹ Der Zweck dieser Übung wurde in den Memoranden Fromms deutlich: Man wollte möglichst vorab »orientiert« sein, denn die MPG handelte hier einstweilen in Unkenntnis der Richtlinien der Evaluierung des WR, die noch in Arbeit waren. Im Weiteren blieben die AG-Sitzungen auch sonst ohne Protokoll, Ergebnisvermerke wurden von Fromm verfasst.²⁶⁰

Dass man auch sonst in einem problematischen Umfeld agierte, wusste man aus anderen Gründen. Ende Juli hatte der Münchener Physiker Harald Fritzsich – der in jungen Jahren gegen das DDR-Regime aufbegehrt hatte und ein Buch über seine dramatische Flucht eben vorgelegt hatte – in einem *Spiegel*-Artikel scharf danach gefragt, was mit den »SED-Professoren« an den ostdeutschen Universitäten in einem vereinigten Deutschland zu tun sein sollte.²⁶¹ Im späten August gab Walther – ein Münchener Kollege von Fritzsich – einen »offenen Brief« gegen den *Spiegel*-Artikel an die GV weiter und schrieb dazu im Begleitbrief: »An diesem polemischen Brief ist deutlich zu sehen, auf welchem schmalen Grat wir uns bewegen, wenn wir Kritik äußern.«²⁶² Zur gleichen Zeit hagelte es Kritik gegen den Versuch des DDR-Ministers Meyer, mehrere noch ausstehende Berufungen an Hochschulen der DDR in letzter Minute vornehmlich als »Wiedergutmachung« gegen politische Zurücksetzungen in der Vergangenheit umzusetzen.²⁶³ Offensichtlich war ein Kampf um die Bewertung und Verwertung personeller Ressourcen an den Universitäten der Noch-DDR entbrannt, deren künftige Personalpolitik im vereinigten Deutschland zu diesem Zeitpunkt ohnehin völlig unklar war. In diesem im Wandel begriffenen politischen Kontext machte sich die Präsidentenkommission an die Aufgabe, Personal und Forschungsarbeit aus der AdW an gerade diese Hochschulen »zurückzuführen«.

258 Vgl. hierzu die aktualisierte Liste der 13 wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, die in den Evaluationskommissionen des WR mitwirken, 27. 11. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

259 Walther an Präsidenten-Kommission, 16. 11. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, sowie AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 326–327.

260 Fromm 28. 2. 1991: Vermerk mit Ergebnis der Sitzung vom 15.–16. 01. 1991, 05. 02. 1991; Fromm, Vermerk, weitere Details zur Sitzung 15.–16. 01. 1991 in Köln, o. D. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

261 Harald Fritzsich: »Wohin mit den SED-Professoren?«. *Der Spiegel* 30 (1990), 138–139; Harald Fritzsich: *Flucht aus Leipzig*. München: Piper 1990.

262 H. Walther an Fromm, 23. 8. 1990. AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 271. Bert Schroer (FU Berlin) unter vielem anderen, Offene Brief. Ebenda, fol. 272–274.

263 Siehe hierzu unter vielem anderen Peter Struck, Vereinigung: Was wird aus den Hochschulen? *Die Welt am Sonntag* 26. 08. 1990; Notiz MK (= Mechthild Küpper), *Der Tagesspiegel*, 25. 08. 1990; Meyer gegen Möllemann, FAZ, 28. 08. 1990, alles in: BArch, DR 4/193, sowie Meyer an Gunnar Berg, 24. 08., BArch DR 4/10: »Leider muss ich erleben, dass sich bundesdeutsche Journalisten und Politiker in skandalöser Weise und mit diffamierenden Behauptungen in diesen Vorgang einmischen. Sehen Sie wirklich nicht, dass hier ganz bewusst mit Pauschalurteilen eine öffentliche Meinung aufgebaut wird, die für uns ungünstige Rahmenbedingungen für die künftigen Verteilungskämpfe um finanzielle Mittel für Bildung und Wissenschaft schaffen soll?«

Im Hinblick auf den finanziellen Rahmen dieses Vorgehens funktionierte die Vernetzung der MPG mit der Politik am Anfang allerdings nicht optimal. Das Gespräch zwischen Zacher und Riesenhuber Ende August in Bonn, das unter anderem dieses Thema zum Gegenstand hatte, stand laut Zachers eigenem Bericht »unter keinem guten Stern«. Es wurde am verabredeten Tag mehrfach verschoben; mehrere Punkte kamen zur Besprechung, aber alle nur kurz. Für die Initiativen der MPG in den NBL äußerte Riesenhuber im Allgemeinen Zustimmung, doch was die AGs betraf, meinte der Minister, »da müsse auch Geld der MPG hinein«. ²⁶⁴ Zur gleichen Zeit kam die Auskunft, dass es zu einer Verschiebung des Bundeshaushalts komme, dessen Verabschiedung »voraussichtlich erst im Frühjahr 1991« erwartet würde. Diese Initiativen der MPG verliefen also im Kontext »einer längeren vorläufigen Haushaltsführung«, sprich: unter Einsatz von Eigenmitteln unter Vorbehalt. ²⁶⁵

Eine Unterscheidung zwischen kurz- und längerfristigen Maßnahmen traf man bereits in der ersten Kommissionssitzung im Sinne des oben genannten Positionspapiers von Anfang Mai. In den Empfehlungen der Kommission vom September hieß das konkret:

- a) weiterhin die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Max-Planck-Instituten und Wissenschaftlern oder Forschungsgruppen zu fördern,
- b) alsbald befristete Arbeitsgruppen an Universitäten in institutioneller Anbindung an bestehende Max-Planck-Institute einzurichten sowie
- c) unter der Perspektive eines längerfristigen Engagements als Vorstufe für Institutsgründungen Projektgruppen zu errichten oder auch unmittelbar Max-Planck-Institute zu gründen.

Die Empfehlungen wurden bereits im Entwurf als Anlage zu den Sektionssitzungen geschickt, mit Hinweisen für die Antragsstellung. Zacher schickte sie im Oktober nochmals an alle wissenschaftlichen Mitglieder mit der Bitte um konkrete Vorschläge für AGs, Projektgruppen und Institute. ²⁶⁶ Erste Empfehlungen für AGs wurden dem Senat schon im November 1990 vorgelegt. In der Senatssitzung fasste Zacher den oben umrissenen Dreistufenplan zusammen und betonte dabei das von ihm so genannte »Institutsprinzip«, welches für alle Schritte maßgeblich sei, denn: »Das erste Prinzip sei, dass die Max-Planck-Gesellschaft Forschung durch die Gründung und Unterhaltung von Instituten fördere. Die Institute müssten daher auch das zentrale Instrument der Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft in der früheren DDR sein.« ²⁶⁷ Deshalb wurde für jede AG nicht allein die vorgeschlagene Leitung, sondern auch das vorschlagende

264 Keinath, Vermerk an Hasenclever, AL I – V, Dr. Nickel, Fromm, Dr. Sauerwein, 10. 09. 1990. Gespräch mit Bundesminister Riesenhuber am 31. 08. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 570, fol. 228.

265 Notiz: Telefonat mit Dr. Zelle am 13. 08. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 570, fol. 242.

266 Vgl. Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder, 26. 10. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 354–358; Anlage 1: Empfehlungen der Kommission, ebenda, fol. 359–364; Mitglieder der Kommission, ebenda, fol. 365; Anlage 2: Hinweise für Anträge, ebenda, fol. 366–369.

267 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP.

Sponsoreninstitut genannt. Der Plan wurde – entgegen späteren Schilderungen – nicht vom Senat beschlossen, sondern es wurden die Empfehlungen der Präsidentenkommission »zustimmend zur Kenntnis« genommen; dafür wurde die Verfahrens- und Musterregelung für die AGs einstimmig beschlossen.²⁶⁸

Spätestens im November war übrigens nicht mehr von Nachwuchs-, sondern von »Arbeitsgruppen« die Rede, aus dem einfachen Grund, dass mehrere der vorgesehenen AG-Leiter – darunter Manfred Bierwisch mit 60 Jahren und der Historiker Jan Peters mit 58 – keine Nachwuchskräfte waren; es sei an den Hinweis des WR auf die Möglichkeit einer solchen Lösung für »politisch benachteiligte Wissenschaftler« erinnert. Das Alter der ersten AG-Leiter reichte von 34 bis 60 Jahre, nur zwei waren unter 40, das Durchschnittsalter betrug 49 (48,9) Jahre.²⁶⁹

Über die Auswahl der AG-Leiter (sie waren, wie die zur Auswahl vorgeschlagenen, alle männlich) kann an dieser Stelle nicht allzu ausführlich berichtet werden, im Folgenden nur so viel: Der Vorgang verlief vom Oktober bis zum Dezember 1990, also parallel zum Anlaufen der Evaluierungen der AdW-Institute durch den WR und auch zu den Abwicklungsentscheidungen an den Hochschulen, jedoch ohne gesetzliche Befristung. Der Zeitdruck kam hier nicht direkt aufgrund einer staatlichen Vorgabe zustande, sondern folgte aus dem wahrgenommenen Imperativ der MPG-Leitung, wie die anderen Forschungsträger initiativ zu werden und damit der schon im Juni geäußerten Bitte Riesenhubers, Zeichen zu setzen, endlich nachzukommen. Dabei stellte man »allenthalben einen Mangel an Kenntnissen über die Situation in den neuen Bundesländern fest«, wie es im Protokoll einer Sektionssitzung hieß.²⁷⁰ Obwohl es wie gesagt von der Präsidentenkommission formulierte Auswahlrichtlinien und auch Auswahlkommissionen aller drei Sektionen gab, erfolgte wohl aufgrund der Eile keine Stellenausschreibung.

In der Folge griff man immer wieder auf Naheliegendes zurück – also Personen, die Mitglieder der MPG schon kannten und als Forscher empfehlen konnten. Woher man sich kannte, scheint recht unterschiedlich gewesen zu sein: Während einige Vorschläge vielleicht aus dem »kleiner Grenzverkehr« genannten Kooperationsprogramm kamen, waren andere wie Manfred Bierwisch aus bestehenden Verbindungen (hier zum MPI für Psycholinguistik) schon länger bekannt. Peter Fulde, Direktor am MPI für Festkörperphysik, hatte den theoretischen Physiker Helmut Eschrig auf einer Konferenz in Budapest lange vor der Vereinigung kennengelernt und jährlich nach Stuttgart eingeladen, wurde von der AdW-Leitung aber stets abschlägig beschieden; seine Einladung zur AG-Leitung kam jedoch aus internen Gründen vom Fritz-Haber-

268 Ebenda, Bl.14. Später ist vielfach von »forschungspolitischen Grundsätzen« der MPG in den NBL die Rede, die Ende 1990 vom Senat beschlossen worden seien. Diese nachträgliche Formulierung war zur Begründung von späteren Schritten der MPG und ihrer Gremien dienlich, gibt die faktische Beschlusslage aber nicht genau wieder.

269 Eigene Berechnung nach den Informationen in: Miglo: MPG gründet erste Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel* 2/1991, 11–13.

270 Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 10. 1990 in Köln, Bl. 11, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488.

Institut.²⁷¹ Der Quantenchemiker Joachim Sauer war 1988–1989 zum ersten Mal im Westen als Gastforscher in Karlsruhe tätig und lernte Hans Georg von Schnering, Direktor am MPI für Festkörperphysik, bei einem Gastvortrag an der Abteilung Peter Fuldes am MPI für Metallforschung kennen. Als Schnering ihn Ende 1990 informierte, dass er ihn als AG-Leiter vorgeschlagen hatte, war Sauer jedoch bei einer Softwarefirma BioSym Technologies in San Diego, wo er eine halbe Stelle als »Technischer Direktor« angenommen hatte. Er hielt die amerikanische Verbindung auch mit einem Konsumentenvertrag ein Jahr lang aufrecht, blieb aber zu 50 Prozent bei der KAI-AdW angestellt und trat die AG-Leitung Anfang 1992 an.²⁷² Noch andere Kontakte, wie der zwischen Gert Müller-Berghaus von der Kerckhoff-Klinik des MPI für physiologische Forschung und dem Mediziner und Biologen Götz Nowak, sind erst nach der Vereinigung zustande gekommen.²⁷³ Die Vorschläge wurden inhaltlich begründet, orientierten sich aber eng an der Spezialexpertise der vorgeschlagenen AG-Leiter.

Also kam es faktisch zu einer Auswahl auf Zuruf, wobei trotzdem eine genaue Siebung stattfand, deren Grundlage aus den Akten wegen der Unvollständigkeit der Unterlagen nicht ohne Weiteres abgeleitet werden kann. Bis Anfang Dezember lagen bereits 34 Vorschläge vor, von denen 21 aus der CPTS, neun aus der BMS und vier aus der GWS stammten.²⁷⁴ Das heißt, dass zu diesem Zeitpunkt die CPTS weitaus mehr Vorschläge eingereicht hatte als die beiden anderen Sektionen zusammengenommen. Die starke Beteiligung der CPTS hing mit ihrer Größe, aber wohl auch mit der höheren Anzahl der vorangegangenen Kontakte in die DDR über den »kleinen Grenzverkehr« und in der Zeit davor zusammen. Später lagen 41 AG-Vorschläge vor, von denen zunächst 13 zur Gründung vorgeschlagen wurden.

Erst nach dieser ersten Siebung wurden die ausgewählten Vorschläge an von den Sektionen eingesetzte Kommissionen und danach mit Empfehlungen versehen an die Sektionen selbst zur Stellungnahme vor der Senatssitzung weitergeleitet.²⁷⁵ Entsprechend der vorgesehenen Ausstat-

271 Zu Eschrig vgl. Rolak: Helmut Eschrig: Zurück in die Forschung. *MPG-Spiegel* 1/1994, 16; Dieter Hoffmann und Ingo Peschel: *Man möchte ja zu seinem Fach etwas beitragen. Peter Fulde: Physiker, Organisator, Brückenbauer*. Preprint 485. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2016, 185; Mitchell G. Ash: Interview mit Peter Fulde. Dresden 28. Februar 2020, DA GMPG, ID 601061.

272 Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer. Wien–Berlin (mit Zoom) 29. April 2020, DA GMPG, ID 601066. Joachim Sauer, persönliche Mitteilung an Mitchell G. Ash, 06. August 2020.

273 Zu Götz Nowak vgl. Olim: Erste Fahrt in den Westen. *MPG-Spiegel* 2/1994, 17. Hinweise auf die Vielfalt der Kontaktwege geben diese und weitere kurze Schilderungen mehrerer AG-Leiter, die später im *MPG-Spiegel* unter der Rubrik »Zur Person« publiziert wurden. Vgl. zum Beispiel Rolak: Dr. Michel Strauss: Zur Person. *MPG-Spiegel* 5/1993, 16; Rolak, Helmut Eschrig, 1994, 16. Zwei der neuen AG-Leiter waren an den Kämpfen um die Reform der AdW beteiligt gewesen: Jan Peters wurde im Februar 1990 zum Sprecher des Wissenschaftlichen Rats des AdW-Instituts für Wirtschaftsgeschichte; Joachim Sauer wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rats am ZI für Physikalische Chemie gewählt. Zu Peters vgl. Berthold Puchert an Scheler, 28.02.1990, ABBAW, VA 30576; zu Sauer vgl. sein Lebenslauf in: Materialien der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 176. Sowie Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer. Wien–Berlin (mit Zoom) 29. April 2020, DA GMPG, ID 601066.

274 Vgl. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 484.

275 Am Beispiel der GW-Sektion: Drehbuch der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07.02.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489, fot. 12 beziehungsweise Sitzungsprotokoll vom 07.02.1991, Bl. 6–9, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489.

tung der AGs in Höhe einer Summe, die bei der einer MPI-Abteilung lag, wurden die Vorschläge analog zum Berufungsverfahren für MPI-AbteilungsleiterInnen oder DirektorInnen zusammengesetzt, und zwar mit inhaltlichen Konzepten der AGs sowie Laudationes und Lebensläufen der vorgeschlagenen AG-LeiterInnen.²⁷⁶ Angaben zur Person und der wissenschaftlichen Qualifikation der AG-LeiterInnen sollten laut der Hinweise für Anträge vorgelegt werden, Einschätzungen zur politischen Integrität wurden dort jedoch nicht erwähnt.²⁷⁷ Das Thema kam in den Laudationes nur vereinzelt, und dann nur in positiver Hinsicht vor.²⁷⁸ Zur Ausscheidung eines vorgeschlagenen AG-Leiters aus politischen Gründen scheint es in diesem Stadium nicht gekommen zu sein.

Von Hans-Olaf Henkel kam jedoch schon in der Senatssitzung im März 1991 eine Nachfrage in diese Richtung, »da man bei Führungskräften [...] Akzeptanzprobleme aufgrund ihrer politischen Vergangenheit nicht ausschließen könne«.²⁷⁹ Zacher und andere KollegInnen versicherten, dass diese Frage »ernstgenommen worden« sei. Um »keine falschen Zeichen« zu setzen habe man die Formalien gründlich geprüft und auch »informale Anfragen bei vertrauenswürdigen Kollegen« getätigt; »auf offizielle Nachfragen nach politischen Aktivitäten habe man jedoch verzichtet.« Im von Henkel genannten Fall der AG »Ostelbische Gutsherrschaft« meinte man, Entwarnung geben zu dürfen. Die Wahl des vorgesehenen AG-Leiters Jan Peters zum Sprecher des wissenschaftlichen Rates seines AdW-Instituts für Wirtschaftsgeschichte während des Kampfes um die Reform der AdW (siehe oben Anm. 276) sei »vermutlich als Entscheidung gegen die vorhergehende politische Richtung zu verstehen.« Die Entscheidung, in solchen Fällen auf informelle institutionelle Praktiken zu setzen, sollte sich während der Umsetzung der AGs sehr bald als problematisch erweisen (siehe Abschnitt III.3.1.). Im Frühjahr 1991 waren die Hochschulerneuerungsgesetze der Länder, die solche politische Personalprüfungen für alle anzustellenden Lehrenden verpflichtend vorschreiben sollten, zwar im Entstehen begriffen, aber noch nicht verabschiedet worden.

276 Vgl. zum Beispiel: Anlage 2a »Ostelbische Gutsherrschaft als sozialgeschichtliches Phänomen« mit Laudatio Jan Peters; Anlage 2b: »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« mit Laudatio Helmut Wiesenthal; Anlage 2c »Umweltrecht« mit Laudatio Reinhard Müller; Anlage 2d, AG »Strukturelle Grammatik« mit Laudatio Manfred Bierwisch. Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07.02.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1489.

277 Rundschreiben Zachers an die Wissenschaftlichen Mitglieder und Institute der MPG, 26.10.1990, Anlage 2: Hinweise für Anträge zur Einrichtung von Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an Universitäten sowie für Vorschläge zur Gründung von Projektgruppen oder Max-Planck-Instituten in den Neuen Bundesländern, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391.

278 Als Beispiel hierfür sei die Laudatio für Joachim Sauer von Hans Georg von Schnering zitiert: »Beeindruckend ist die Persönlichkeit von Herrn Sauer. Mit bewundernswerter Konsequenz und erheblichen persönlichen Opfern war es ihm gelungen, die nötigen Kompromisse mit dem System auf ein Minimum zu beschränken und seine Selbstachtung zu wahren. Er ist menschlich wie wissenschaftlich eine herausragende Persönlichkeit, auf dem Gebiet der Quantenchemie in der ehemaligen DDR ohne Vergleich.« Laudatio Joachim Sauer. Materialien der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fot. 50–51. Vgl. hierzu Joachim Sauer: Die Kunst war, morgens noch in den Spiegel schauen zu können. Interview mit Georg Scholl. *Humboldt kosmos* 96 (2010), 22–29; Mitchell G. Ash: Interview mit Joachim Sauer. Wien–Berlin (mit Zoom) 29. April 2020, DA GMPG, ID 601066.

279 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 17–18, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

Die Einrichtungsbeschlüsse der ersten 13 AGs erfolgten im Senat sehr rasch, im März und für drei weitere im Juni 1991, nach relativ kurzer Diskussion.²⁸⁰ Bis zum Jahresende wurden insgesamt 28 AGs eingerichtet, von denen eine aus politischen Gründen nicht realisiert werden konnte (siehe Abschnitt III.3.1.). Natürlich war das alles abhängig von der Finanzierung. Woher diese kommen sollte, wurde ebenfalls mit überraschender Geschwindigkeit geklärt. Bereits im September hatten die finanziellen Ermittlungen und die Vorankündigungen eines »erheblichen Ressourcenbedarfs« an die Subventionsgeber begonnen, und zwar nicht allein für die AGs. Im Ergebnis hielt man für alle Initiativen zusammengenommen »mittelfristig etwa 1.200 neue Stellen [für] erforderlich« sowie 30 bis 50 neue Stellen in der GV. Allein für die AGs errechnete der Ausschuss Forschungsförderung der BLK pro AG rund 1,6 Millionen DM für Personal (rund 200 Stellen und circa 100 Doktoranden-Plätze) nebst einer apparativen Erstausrüstung von rund 1 Million DM sowie bauliche Maßnahmen von bis zu 4,3 Millionen je Einheit.²⁸¹ Bis zur Novembersitzung des Senats lag erwartungsgemäß noch keine Beschlussfassung dieses Gremiums, geschweige denn der BLK selbst, vor.

Trotz der finanziellen Unsicherheit gratulierte Riesenhuber Zacher im November zu diesem Schritt:

Sehr begrüßt habe ich Ihre Ausführungen im Präsidentenkreis zum Vorgehen der MPG in den neuen Bundesländern. Ich freue mich, dass die MPG so zielbewusst und konkret Konzepte in den NBL angehen will und möchte Sie gerne darin bestärken, dass diese sehr ehrgeizigen Zeitpläne realisiert werden können.²⁸²

Diese und weitere Bekundigungen politischer Unterstützung zeigten bald ihre Wirkung, beispielsweise in der positiven Empfehlung von insgesamt 30 Millionen DM für alle Initiativen einschließlich Institutsgründungen in der Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung der BLK am 26. Februar 1991. Hasenclever berichtete:

Der Ausschuss hat ohne viel kontroverse Diskussion dem Beschlussvorschlag mit der positiven Empfehlung an die Regierungschefs zugestimmt. Von einem Vertreter der neuen Länder wurde sogar die Frage gestellt, ob denn die 30 Millionen überhaupt ausreichen. Natürlich stünde auch bei ihm die Zustimmung unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Mitteln durch den Finanzminister. Aber sein Haus sei durchaus auch bereit, im Hinblick auf die Bedeutung der Aktion der Max-Planck-Gesellschaft den Betrag zu erhöhen.

280 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP; Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, Bl. 16, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP.

281 Hasenclever, Schreiben an die BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 21.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483. Keinath, Vermerk 18.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483. Sauerwein erinnerte in einer Notiz zu Referat Ia, Herrn Gutjahr-Löser, vom 04.09.1990 (ebendort) an die Sonderzuwendung des Bundes zur verstärkten Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern in der DDR in Höhe von 5 Millionen DM, je zur Hälfte von Bund und Ländern, die von der BLK am 25. Juni 1990 bewilligt worden war.

282 Riesenhuber an Zacher, 14.11.1990, Notizen der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 103.

Auf den Hinweis Hasenclevers, dass die Pläne der MPG in den NBL mit der nominellen 5x5-Summe allein nicht realisierbar seien, wagte der Vorsitzende der AG, der Abteilungsleiter im BMFT Josef Rembser, »die Aussage, dass dieses Problem bewusst sei und im Hinblick auf die politische Bedeutung wohl auch im Sinne der Max-Planck-Gesellschaft gelöst werden könne.«²⁸³ Warum diese noch unverbindliche Andeutung erhöhter Bundesmittel tatsächlich am Platz war, wurde in wenigen Tagen deutlich.

Wie Hasenclever in der Märzsession des Senats berichtete, fiel der notwendige BLK-Beschluss einstimmig, allerdings mit vier Enthaltungen von Vertretern der NBL.²⁸⁴ Woran dieses Stimmverhalten lag, machte Hans Joachim Meyer in einem Diskussionsbeitrag in derselben Sitzung klar. Wegen der Schwierigkeiten selbst einer teilweisen Eingliederung der AUF in die Hochschulen »und in einer Situation, in der man aufgrund der Haushaltslage zu einer erheblichen Reduktion des wissenschaftlichen Personals gezwungen« sei, sah er »kaum Chancen für eine finanzielle Beteiligung« der NBL an diesen AGs. So wiederholte er die von ihm »im Namen seiner Kollegen« in der BLK-Sitzung geäußerte Hoffnung darauf, »dass die bisherigen Finanzträger der Max-Planck-Gesellschaft« – also der Bund und die westdeutschen Länder – sich »dazu bereitfinden könnten, diese ersten Schritte zur Umsetzung der Pläne der Gesellschaft als Solidarmaßnahme zu finanzieren«.²⁸⁵ Ähnliche Wünsche mögen von den Amtsträgern der NBL in anderen Politikbereichen formuliert worden sein, schließlich war die Finanzschwäche der NBL eine direkte Folge der desolaten Wirtschaftslage dieser Länder im ersten Jahre der Vereinigung. Die von Meyer genannten Schwierigkeiten einer Eingliederung der AUF in die Hochschulen hatten aber auch andere Gründe.

III. 2. 2. Grundsatzprobleme des Engagements

In seinen Erinnerungen schätzte Hans Joachim Meyer einen ihm wohlbekannten BMFT-Beamten so ein, dass er, »wie wohl alle technokratischen Planer, zum Teil mit Fiktionen« operierte.²⁸⁶ Diese scharfsinnige Beobachtung eines Literaturwissenschaftlers kann man durchaus weiter fassen. Der Gründung der AGs wie den weiteren Schritten des Engagements der MPG in den NBL und so manch anderen der wissenschafts- wie hochschulpolitischen Handlungen anderer Akteure jener Zeit lagen mehrere Fehlannahmen zugrunde, die sich als politisch bzw. wissenschaftspolitisch nützliche Fiktionen erwiesen. Allen voran stand in diesem Fall die – bis heute von den damals Handelnden stets wiederholte – Vorstellung, dass echte bzw. anwendungs-

283 Vermerk Hasenclever an Ref. 4A, 5. März 1991: Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung der BLK am 26. Februar 1991. Drehbuch der 152. Sitzung des Verwaltungsrats vom 07.03.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152. VP, fot. 26–28; ebenfalls in: Drehbuch der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 44–46, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

284 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

285 Ebenda, Bl. 10.

286 Meyer, *In keiner Schublade*, 2015, 314.

orientierte Grundlagenforschung in der DDR nicht primär an den Hochschulen, sondern an den Akademieinstituten stattgefunden habe,²⁸⁷ weshalb die leitenden bundesdeutschen Akteure in der Öffentlichkeit stets behaupteten, dass die Grundlagenforschung an die Universitäten in den NBLs »zurückgeführt« zu werden habe.

Im ersten Bericht der Präsidialkommission hieß es zur Begründung der AG-Initiative dementsprechend: »Zu berücksichtigen ist dort [in den NBL, MGA] eine Sonderentwicklung, die in den letzten Jahrzehnten zu einer Verlagerung der Forschung aus den Universitäten in Institute der Akademien geführt hat und die es zu korrigieren gilt.«²⁸⁸ Die AGs waren von vornherein als kurzer, strategischer Eingriff konzipiert, und zwar als auf fünf Jahre »befristete Einrichtungen, wissenschaftlich autonom, jedoch institutionell verbunden mit bestehenden Instituten der Gesellschaft, [die] an Universitäten angesiedelt werden sollten« mit dem Ziel, »die Grundlagenforschung an die Universitäten zurückzuführen und ihr dort neue Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.« Sie sollten »Kristallisationskerne für eine leistungsfähige Grundlagenforschung schaffen« und eine »Heranführung des wissenschaftlichen Nachwuchses an die Forschung« ermöglichen; dementsprechend sollten AG-Mitglieder Dissertationen betreuen und »intensiv an der akademischen Lehre beteiligt sein.«²⁸⁹ Prinzipiell wäre das eine Gelegenheit für eine Aufhebung der vielfach beklagten »Versäulung« der forschungspolitischen Strukturen durch einen Einzug der MPG in die Universitäten gewesen, auch im Westen. Ob man dies schon damals als Fernziel im Auge hatte, ging aus dem Bericht allerdings nicht hervor.

Wie oben erwähnt, war schon von Anfang an von einem zweistufigen Verfahren im Ganzen die Rede, ohne dass man für diese Stufen jene Namen hatte, die sie später erhielten. Angedacht war neben der Einrichtung der AGs ein langfristiges Engagement mittels Gründung von Projektgruppen und vielleicht MPis, welches nach den Prinzipien der MPG erfolgen sollte: »nach Defiziten und Desideraten der Grundlagenforschung zu suchen« und Gebiete zu fördern, die

287 Meyer polemisiert eifrig gegen die »Legende«, dass Forschung und Lehre in der DDR getrennt gewesen seien, und hält fest, dass von den rund 141.000 Menschen, die in der DDR im F u E-Bereich 1989–1990 tätig waren, »gut 13 Prozent« an den Hochschulen und »rund 15 Prozent« an der AdW arbeiteten; verglichen mit den westdeutschen § 91b finanzierten Einrichtungen sei das »annähernd das gleiche Verhältnis« gewesen. Meyer, *In keiner Schublade*, 2015, 130–131. Ferner zitiert er eine bibliometrische Studie, nach der von den 1984 im SCI zitierten Veröffentlichungen aus der DDR knapp 33 Prozent aus AdW-Instituten und 55 Prozent aus Hochschulen kamen. Vermutlich handelt es sich um Peter Weingart, Jörg Strate und Matthias Winterhager: *Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat*. Bielefeld: Universität Bielefeld 1991. Dergleichen habe er auch damals bei jeder passenden Gelegenheit vorgetragen, weshalb er »Konkurrenz und Herrschaftsanspruch« sowie den durch westdeutsche Konkurrenzkämpfe getriebenen Wunsch, die Universitäten »wieder zu den einzigen Trägern der Grundlagenforschung zu machen« (Meyer, *In keiner Schublade*, 2015, 129) für die Persistenz der »Legende« verantwortlich macht, obwohl Grundlagenforschung in heutigem Ausmaß nur als nationale Aufgabe zu leisten und daher vom Bund finanziell zu tragen sei. Die AGs der MPG hatte er allerdings als Positiva für die Universitäten der NBL beurteilt. Weniger polemisch aber ebenso deutlich in der Sache ist Bethge, *Zum deutschen Einigungsprozess*, 1991, 205–216, 210. Für zeitgenössische Nachweise aus den USA, dass Forschung in beträchtlichem Ausmaß auch an den Hochschulen der DDR stattfand, vgl. Raymond Bentley: *Research and Technology in the Former German Democratic Republic*. Boulder, CO: Westview Press 1992.

288 Bericht des Präsidenten, Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP.

289 Ebenda, Bl. 3.

bisher »keine oder keine angemessene Förderung erfahren haben«.²⁹⁰ Dabei sollten neben Vorschlägen aus der MPG »gegebenenfalls auch Anregungen des WR zur Überführung von Instituten oder Institutsteilen der AdW in die Trägerschaft der MPG zu berücksichtigen sein, die im Rahmen der Evaluierung der Akademie an die Gesellschaft herangetragen werden könnten« (siehe dazu Abschnitt III.2.2. unten). Doch auch diese Aufnahmen sollten im Rahmen des üblichen Beratungs- und Entscheidungsverfahrens der MPG wie der BLK geschehen. Voraussetzung dafür war die Einbindung der neuen Bundesländer in die Rahmenvereinbarung (RV) Forschungsförderung zwischen Bund und Ländern.

Vorgesehen war also auch hier ein prinzipiell strukturkonservatives Vorgehen, sprich: die Ausweitung der bestehenden MPG auf das Territorium der NBL ohne grundsätzliche Veränderung, allerdings gekoppelt an politische Grundsatzentscheidungen, die noch nicht getätigt waren und einen Finanzrahmen, der noch nicht gesichert war. Das, was innovativ sein sollte, war es nur bedingt, weil die AGs wie die bisherigen Nachwuchsgruppen formatiert waren und wie diese zeitlich befristet sein sollten, während die Betreuung der ebenfalls befristeten GWZs durch eine eigens für sie gegründete Tochtergesellschaft eine gewisse Distanz vom Kerngeschäft der MPG signalisierte. Das Längerfristige, die danach zu gründenden MPIs, sollte hingegen inhaltlich innovativ, also epistemisch Neues erforschen, aber institutionell gerade nicht anders als bisher sein. Bereits im September 1990 bestand zwischen dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der MPG Konsens dahingehend, »dass bei Projektgruppen- / Institutsgründungen das übliche Beratungs- und Entscheidungsverfahren Anwendung finden müsse.«²⁹¹

Allerdings stand schon im Entwurf einer Musterregelung für die AGs, dass ein AG-Leiter »grundsätzlich« aus den NBL kommen soll – also nicht notwendigerweise von dort her kommen muss –, die Fähigkeit zur selbstständigen Forschung und Leitung »erkennen lässt«, und dessen Arbeitsprogramm thematisch eng mit dem Gebiet des antragsstellenden MPIs verknüpft ist. Die AG-Leitung soll aber grundsätzlich in der Themenwahl »im Rahmen seines Arbeitsgebietes frei« sein.²⁹² Tatsächlich kamen die AG-LeiterInnen mit zwei Ausnahmen aus den NBL, aber genau das brachte wiederum das bereits genannte Problem der politischen Integritätsprüfung auf den Tisch (siehe Abschnitt III.3.1.).

Ein Festhalten an bzw. eine Fortschreibung von eingeübten Vorgangsweisen im neuen Kontext war auch, wie bereits erwähnt, in der Vorlage von Ausarbeitungen der Vorschläge für jede AG zu erkennen, mit Laudationes und Lebensläufen für alle AG-LeiterInnen, als wären sie NachwuchsgruppenleiterInnen oder gar MPI-DirektorInnen in spe.²⁹³ Im Jahresbericht 1990 stand,

290 Ebenda, Bl. 5. Vgl. unten Abschnitt III.3.2.

291 Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den künftigen Vizepräsidenten am 14. September 1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 330, fol. 46.

292 Bericht des Präsidenten, Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 9–10, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP.

293 Vgl. hierzu die Unterlagen in: Bl. 17–18, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

das AG-Konzept »orientiert sich an dem bewährten Instrument der Nachwuchsgruppen bzw. der klinischen Forschungsgruppen.«²⁹⁴ Laut des entsprechenden Berichts waren im Verlauf der Senatssitzung im März 1991 bei dieser ersten Auswahl keine regionalpolitischen Überlegungen ausschlaggebend, konkrete Schritte seien aber »erst bei gesicherter Finanzierung möglich«. Projektgruppen wurden ebenfalls in Erwägung gezogen, und hier tauchte der Vorschlag zur Gründung eines MPI für Wirtschaftswissenschaften auf.²⁹⁵

Die Beratungen hinsichtlich der Folgen der deutschen Vereinigung für die Zusammensetzung des Senats zeigen, dass in diesem Fall eine flexible Handhabung von institutionellen Praktiken durch die MPG-Leitung möglich war. Im Normalverfahren sollten auf klassisch korporatistische Weise Personen entweder kraft Amtes durch Körperschaften wie die Bundes- und Länderregierungen, die BLK oder die HRK oder als Wahlsenatoren durch die Sektionen der MPG nominiert werden. Im Verlauf der Senatssitzung vom März 1991 schrieb Zacher, dass 1993 ein Generationswechsel bevorstünde, die Hälfte des Senats sollte dann ausscheiden. Er schlug aber vor, keine Satzungsänderung vorzunehmen, sondern den Präsidenten zu ermächtigen, »dass ich bis zur Hauptversammlung 1993 einen Minister der NBL als ständigen Gast zu unseren Sitzungen einlade«. Das wolle er aber erst tun, »wenn ich mir einen persönlichen Eindruck verschafft habe«. Er bat ebenfalls um Ermächtigung, Vertreter aus der Wissenschaft (den Leopoldina-Präsidenten Benno Parthier machte er schon namhaft) sowie einen ostdeutschen Rektor als Gäste einzuladen; auch diese sollten aber erst nach »persönlichem Eindruck« vorgeschlagen werden.²⁹⁶ Eine erste Gelegenheit dazu verschaffte er sich, in dem er die Wissenschaftsminister der NBL im Dezember nach München einlud. Für Hans Joachim Meyer, nunmehr Minister für Wissenschaft und Kunst in Sachsen, ist dieses Treffen in »bis heute erheiternde[r] Erinnerung«. So traf Zacher ihn und seine KollegInnen »relativ früh« in München, »um sie in die Geheimnisse bundesdeutscher Wissenschaftspolitik einzuweißen«. Zacher schrieb »vor einer schwarzen Schultafel stehend eigenhändig die uns vielleicht noch nicht geläufigen Abkürzungen wie BLK und DFG daselbst mit einem Stück Schulkreide« an.²⁹⁷ Als neue ständige Gäste neben Meyer wurden in der Folge Gerhard Maes, Mathematiker und Rektor der Universität Rostock, sowie der eben genannte Benno Parthier begrüßt.²⁹⁸ Als erstes gewähltes Senatsmitglied aus den NBL erhielt Maes erst ab 1993, mit Anfang der nächsten Wahlperiode, Stimmrecht. Andere Senatsmitglieder, die nominell aus den NBL kamen wie Kurt Biedenkopf und Lothar Späth, waren hingegen Westdeutsche.

294 Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1990*. München 1991, 22.

295 Tischvorlage o. D. Vgl. unten Abschnitt III.3.2.2, Drehbuch der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

296 Bemerkung Zachers, Drehbuch der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 211.

297 Meyer, *In keiner Schublade*, 2015, 318–319. Meyer beeilt sich, hinzuzufügen, dass er danach als Gast beim Senat »wertvolle bundesdeutsche Lehrstunden« erlebt habe.

298 Drehbuch der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP; Protokoll der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

Wichtig bei alledem scheinen mehrere »constraints« gewesen zu sein, die durchaus als Ressourcenbegrenzungen zu fassen sind. Zunächst waren dies die Zeitfrage und die Geldfrage. In beiden Fällen handelte es sich keinesfalls um Naturgewalten, sondern um politisch bestimmte Größen. Der Zeithorizont wurde eigentlich nicht durch die Wissenschaftspolitik, sondern allgemeinpolitisch festgelegt, woraus ein erheblicher Druck entstand.

Was die Ressource Geld betrifft, so war während dieser Phase die ebenfalls fiktive Vorstellung noch eine Zeit lang operativ, dass die Ausdehnung des bundesdeutschen Forschungssystems in das »Beitrittsgebiet« ohne Etatkürzungen, das heißt ausschließlich aus Sondermitteln des Bundes (zunächst vornehmlich aus dem Fonds Deutsche Einheit), sich also für die jeweiligen Forschungseinrichtungen faktisch zum Nulltarif finanzieren lassen würde. Den Aussagen Zachers in diese Richtung glichen die Aussagen anderer forschungspolitischer Akteure aufs Haar. So hatte DFG-Präsident Markl an Riesenhuber schon im Februar 1990 in aller Deutlichkeit geschrieben, Voraussetzung für eine Hilfe an die DDR sei, dass sie ohne Einschränkungen im Westen geschehe.²⁹⁹ Diese Haltung hielt lange an. Noch in der Präambel des am 2. Oktober von Bund und Ländern beschlossenen zweiten Hochschul-Sonderprogramms (kurz »Möller- mann II«) ist unmissverständlich davon die Rede, wie der BLK-Vorsitzende Johannes Rau an Bundeskanzler Kohl schrieb, »dass die für das Hochschulwesen im heutigen DDR-Gebiet erforderlichen Maßnahmen außerhalb des zweiten Hochschul-Sonderprogramms finanziert werden.«³⁰⁰ Noch in der Sitzung des Präsidentenkreises im November 1990 unterstrichen Markl und Zacher, dass der Bund die Verantwortung für »die Gestaltungs- und Führungsrolle während einer gewissen Übergangszeit für die Wissenschaft im öffentlichen Sektor der neuen BL übernehmen müsse«, weil die Wissenschaftsorganisationen nicht »die primäre Verantwortung« für die »schwierige[n] organisatorische[n] und personelle[n] Konsequenzen« schultern können, die unvermeidbar seien.³⁰¹ Dem entsprach die Aussage im Jahresbericht der MPG für 1990. Dort wurde der Mehrbedarf für die Initiativen der MPG in den NBL für die nächsten vier Jahre überschlagsmäßig mit »rd. 800 neu zu bewilligenden Planstellen«, »rd. 170 zusätzliche[n] Förderungsplätze[n] für Doktoranden«, circa 88 Millionen DM für Betriebsausgaben und 160 Millionen DM für Baumaßnahmen geschätzt und festgehalten, dass eine Finanzierung dieser Initiativen nur möglich sei, »wenn die benötigten Stellen und finanziellen Mittel in den kommenden Jahren von Bund und Ländern zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.«³⁰²

299 Markl an Riesenhuber, 07.02.1990, zit. im Abschnitt II.2., (Anm. 51).

300 Rau an Kohl, 02.10.1990., BArch, B 138/56803. Natürlich wurden dieses Schreiben und der Text des Sonderprogramms II vom 02.10.1990 auch der MPG mitgeteilt, AMPG, II. Abt., Rep 57, Nr. 610.

301 BM Riesenhuber an Präsidentenkreis 15.11.90: Ergebnisbericht des Gesprächs mit Nobelpreisträger im Präsidentenkreis am 02.11., BArch B 138/56803. Bemerkenswerterweise wurde in derselben Sitzung kontrovers diskutiert, ob »eine Art Trägergemeinschaft (>Treuhand Wissenschaft«) für noch ungelöste AdW-Einrichtungen nötig werden könnte.

302 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1990*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990, 22.

Konkrete Grundlage dieser Fiktion war die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 21. Dezember 1990 über den Beitritt der NBL zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung von 1975. Demnach galt für die Jahre 1991 bis 1994 die Übergangsregelung, dass die Hälfte des Zuwendungsbedarfs, der infolge der Ausdehnung der Forschungsaktivitäten auf die neuen Länder entstand, von diesen finanziert werden sollte. Die andere Hälfte sollte der Bund tragen. Allerdings stellte Zacher bereits im Februar 1991 das Offenkundige klar: »Das können die neuen Bundesländer nicht leisten. Hier steckt das Problem, das noch gelöst werden muss.« Obwohl es schon damals Angaben dahingehend gab, dass eine etwaige Expansion der bundesdeutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Osten nur mit Kürzungen im Westen ausgeglichen bzw. mitfinanziert werden könnte, wurden diese Hinweise anfangs anscheinend ignoriert. Spätestens im März 1991 beginnt man aber zu ahnen, dass sich diese Fiktion nicht mehr lange halten würde (siehe unten Abschnitt III.4.).

Unter derartigen »constraints« war ein Festhalten an gewohnten Vorgehensweisen nicht nur für die MPG vorprogrammiert – waren es nun einmal diese und keine aufwendig reformierten Strukturen, die auf die NBL auszudehnen sein sollten. Selbst die Einrichtung der Arbeitsgruppen und die Bestellung ihrer Leitungen sollten, wie bereits erwähnt, analog zu den Berufungen von MPI-AbteilungsleiterInnen oder DirektorInnen bzw. Nachwuchsgruppenleitungen, also strukturkonservativ vor sich gehen.

Was die Ressource Personal betrifft, so hingen diese Grundsatzentscheidungen, wie oben bereits angedeutet, mit der verbreiteten Rede davon zusammen, dass die Forschungseinrichtungen (wie die Hochschulen) der DDR »überbesetzt« seien. Diese Rede deutet darauf hin, dass auch die Personalfrage ein Politikum war, allerdings zunächst einmal nicht im Sinne der politischen Säuberung wegen einer Mitarbeit in der SED oder bei der Stasi, sondern im Sinne einer auf bundesdeutsche Vorstellungen von einer effizienten Wissensproduktion ausgerichteten Politik. Schließlich konnte diese Zuschreibung nur relational gebraucht werden. Bezugsgröße einer »Überbesetzung« mag dabei eine messbare Effizienz der Wissenschafts- bzw. Wissensproduktion gewesen sein (obwohl unklar ist, woher man ein solches Maß bezogen haben könnte) oder vielmehr ein nach BAT-Muster geschätztes Maß der Bezahlbarkeit von Stellen. Als Beleg dafür, dass das zweite Maß zu dieser Zeit ausschlaggebend war, mag die oben (Abschnitt II.2.) zitierte Aussage von Hartmut Grübel vom Mai 1990 gelten; im Abschnitt III.3.2. über die Evaluierungen des WR wird darauf zurückzukommen sein. Es waren diese »Potentiale« der Akademie-Institute – weniger, aber zum Teil auch die Institute selbst –, die als Verfügungsmasse für eine Neugestaltung der Forschungslandschaft in den NBL gehalten wurden. Was mit den übrigen »Potentialen«, also den ForscherInnen und sonstigen MitarbeiterInnen, deren Arbeit positiv evaluiert wurde, die aber nicht zu unterbringen waren, getan werden soll, wurde erst später thematisiert. So wurden Institute bzw. Strukturen und »Potentiale« gleichermaßen als mobilisierbare Ressourcen begriffen und gehandhabt. Dabei waren die »Potentiale« keine Personen, sondern Stellen, und eine Stelle war nichts anderes als die Maßeinheit für den Zuschnitt der Personalausstattung im Budget einer Forschungseinrichtung. Das ist die technokratische Sprache der administrativen Vernunft.

Wie verwickelt dieser Prozess war, wird noch deutlicher durch den Hinweis darauf, dass die Gründung der AGs der MPG gleichzeitig mit mehreren anderen Vorgängen stattfand: die Evaluierung der Akademie-Institute durch den Wissenschaftsrat; die spätere Gründung der zunächst als »Abwicklungs«instanz titulierten KAI/AdW zur Verwaltung der AdW-Institute und danach der restlichen InstitutsmitarbeiterInnen im Rahmen des Wissenschaftlerintegrationsprogramms (WIP im HEP);³⁰³ der Strukturumbau der Hochschullandschaft nach westdeutschem Muster und der darauffolgende Personalabbau an den Hochschulen selbst, der nur zum Teil unter dem Stichwort »Abwicklung« zu erfassen ist;³⁰⁴ und der nahezu vollständige Kollaps der Industrieforschung.³⁰⁵ Ob und wie alle diese unterschiedlichen Entwicklungslinien miteinander zu tun hatten, kann an dieser Stelle nicht behandelt werden. Festzustehen scheint, dass viele MitarbeiterInnen der Akademie-Institute zumindest im Vergleich mit den MitarbeiterInnen der Industrieforschung durch die formale Verlängerung des Bestands der AdW im § 38 EV eine Zeit lang vom »Vereinigungsschock«³⁰⁶ immerhin formaliter verschont blieben. Hier öffnete sich eine Tür für die Initiativen der MPG in den NBL. Wie dieses kurze Intervall genutzt wurde, sollte entscheidende Bedeutung haben.

III. 2. 3. Die Evaluierungen des Wissenschaftsrats und die Folgen

Der Verlauf dieses für die Wissenschaftsgeschichte der deutschen Vereinigung zentralen Verfahrens ist bereits andernorts beschrieben worden.³⁰⁷ Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass man zur Bildung des Evaluierungsausschusses und zur Rekrutierung von acht Arbeitsgruppen zur Evaluierung der AdW-Institute schon während der Verhandlungen zum EV und vor dessen Abschluss Anlauf nahm. Wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, trifft dies für die Bildung der »Präsidentenkommission DDR« der MPG und die Gründung der MPG-AGs auch zu. Beide Vorgänge benötigten also keinen Startschuss durch den EV, obwohl die Evaluierungen des WR formaliter auf der Grundlage dieses Vertrags geschehen sollten.³⁰⁸ Wie eben-

303 Vgl. Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Neuen Bundesländern e. V., Bähr und Nickel, *KAI*, 1995.

304 Auf welcher Grundlage und warum, siehe Ash, »Wie im Westen so auf Erden«?, 2010, 45–55 und die im Abschnitt I.1., Anmerkung 30 zitierte Literatur.

305 Vgl. hierzu bereits Hansvolker Ziegler: Ein Stück Zukunft vertan. Der Niedergang der Industrieforschung Ost. *Deutschlandarchiv* 26/6 (1993), 689–702.

306 Wolfgang Schluchter und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001, 522; Andreas Wirsching: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*. München: C. H. Beck 2012, 487, 68, bezeichnet diesen als spezifisch deutschen Schock, der zu dem von György Dalos genannten »Freiheitsschock«, der vor allem ein Marktschock war, hinzukam und die deutsche Vereinigung zu einer Art »Testfall für das neue postkommunistische Europa« werden ließ.

307 Vgl. hierzu Wissenschaftsrat (Hg.): *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Allgemeiner Teil: Charakteristika der Forschungssituation in der ehemaligen DDR und künftige Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Fachgebiete*. Köln 1992 Kapitel V.; Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, Kapitel 5; Bartz, *Der Wissenschaftsrat*, 2007, Abschnitt 6.2.

308 Das wird festgehalten im Vermerk Montag an Herrmann, Information über die Beratung der Evaluationskommission des Wissenschaftsrates am 21.08.1990, BAArch DF 4/32204. Dort ist allerdings noch immer von § 30 EV die Rede; eine Fassung des Artikels wurde vom BMFT ans MFT »übergeben«, war aber mit dem BMI und dem BMF abgestimmt.

falls im vorigen Abschnitt berichtet, waren beide Vorgänge auch noch eng miteinander verzahnt, einerseits auf der Expertenebene durch gemeinsame Beteiligungen von MPI-Direktoren an den Arbeitsgruppen des WR und der »Präsidentenkommission DDR«, sowie andererseits auf der Verwaltungsebene durch intensiven Austausch zwischen Beatrice Fromm von der GV und Wilhelm Krull vom WR. In diesem Abschnitt wird die Mobilisierung von Personenkonstellationen und Institutionen als Ressourcen im Prozess der WR-Evaluierungen besprochen, mit klarem Fokus auf ihre Folgen für die Geschichte der MPG in den NBL. Wie zu sehen sein wird, kam es auch hier wie im Prozess der deutschen Vereinigung insgesamt zu nicht vorhergesehenen Ergebnissen.

Ende August 1990 stand der Vorsitz des Evaluierungsausschusses mit dem Marburger Biologen und Mediziner Horst Franz Kern fest. Vorschläge für die Leitung und Besetzung der einzelnen Arbeitsgruppen lagen ebenfalls vor. MPI-Direktoren und MPG-Mitglieder wurden für alle Arbeitsgruppen in Vorschlag gebracht. Namentlich waren es in der AG Geo- und Kosmoswissenschaften Klaus Hasselmann (MPI für Meteorologie), Gerhard Haerendel (MPI für extraterrestrische Physik); in der AG Biowissenschaften und Medizin Dieter Oesterhelt (MPI für Biochemie), Jozef Schell (MPI für Züchtungsforschung) und Wolf Singer (MPI für Neurophysiologie); in der AG Chemie Gerhard Ertl (Fritz-Haber-Institut); in der AG Geisteswissenschaften Wolfgang Klein (MPI für Psycholinguistik); in der AG Mathematik und Informatik Günter Harder (auswärtiges Mitglied des MPI für Mathematik); in der AG Physik Herbert Walther (MPI für Quantenoptik) (Vorsitz), Alexander Bradshaw (Fritz-Haber-Institut), Hans-Arwed Weidenmüller (MPI für Kernphysik); und in der AG Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Franz Emanuel Weinert (MPI für psychologische Forschung).³⁰⁹ Andere Gremien und Sachverständige sollten bei Bedarf einbezogen werden. Offenbar ging man zumindest von DDR-Seite zu dieser Zeit noch davon aus, dass der Evaluierungsausschuss selbst und auch die Arbeitsgruppen paritätisch besetzt werden würden.³¹⁰ Dieser Erwartung wurde nicht entsprochen.

In einem Dokument vom 20. August formulierte die Geschäftsstelle des WR Bewertungskriterien für die vorzunehmende Bestandsaufnahme.³¹¹ Von zentraler Bedeutung für ein klares Ver-

Montag bestätigte auf Anforderung explizit, dass eine Ko-Finanzierung der Arbeit des Evaluierungsausschusses durch das MFT gesichert sei. Es sei daran erinnert, dass zu diesem Zeitpunkt weder der Termin des Vertragsabschlusses noch der des Vollzugs der Einheit fixiert worden waren (vgl. oben Abschnitt II.1.).

309 Vermerk Montag an Herrmann, 21.08.1990, Anlage 3, BArch DF 4/32204. Die tatsächlichen Listen weichen etwas hiervon ab. Vgl. Wissenschaftliche Mitglieder der Institute der MPG, die in den Evaluationskommissionen des WR mitwirken, Stand: 24. Oktober 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, sowie Liste der wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, die bei Evaluierungs-Kommissionen des Wissenschaftsrates mitwirken, 27.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

310 Nominiert für den Evaluierungsausschuss von DDR-Seite waren: Hans-Jürgen Zobel (Rektor der Universität Greifswald, Medizin); Eberhart Köhler (Rektor der TH Ilmenau, Ingenieurwissenschaften); Eberhardt Jobst (TU Chemnitz, Sektion Philosophie und Sozialwissenschaften); sowie als Gäste Helmut Bulle von der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft im MBW, AdW-Präsident Horst Klinkmann und Günther Montag von MFT. Montag an Herrmann, 21.08.1990.

311 Geschäftsstelle des WR, Bewertungskriterien für die vorzunehmende Bestandsaufnahme in den AUFE der DDR, 20.08.1990. Ebenda, Anlage 2.

ständnis der Evaluierungen insgesamt ist es, dass diese Aufgabe explizit und vorn vornherein als eine Evaluierung von Forschungseinrichtungen und nicht von Personen formuliert wurde. Eine Personalevaluierung sei nur in der Hinsicht beabsichtigt, dass gefragt werden sollte, ob die beteiligten WissenschaftlerInnen für die geplanten Arbeiten »qualifiziert« und ob personelle, apparative und materielle Voraussetzungen für Forschung auf hohem Niveau vorhanden seien. Die Evaluierungen sollten demnach aufgrund wissenschaftlicher und nicht politischer Kategorien im engeren Sinne erfolgen und die abschließenden Empfehlungen sollten rein strukturellen Charakter haben. Die Optionen waren: Erhalt, Überführung in eine bestehende Struktur (Hochschulen, GFes, FhG, MPG et cetera) oder Schließung.

Die öffentliche Berichterstattung über diese Evaluierungen war von Anbeginn an gekennzeichnet von einer Zerteilung zwischen den sachlich, aber positiv gehaltenen Presseerklärungen des WR oder des BMFT einerseits und kritischen Stellungnahmen andererseits, die von der Verwirrung, Unsicherheit und Existenzangst der betroffenen ostdeutschen WissenschaftlerInnen geprägt waren.³¹² Natürlich war man sich auch im WR bewusst, dass es um die berufliche Zukunft von tausenden WissenschaftlerInnen ging, doch zur Regelung solcher Belange war weder der WR selbst noch seine Geschäftsstelle befugt. In einem ausführlichen Rundschreiben an die Institute der AdW vom 26. Oktober sprach Minister Riesenhuber von der in seinen Augen durch die bereitgestellte Übergangsfinanzierung arbeitsrechtliche Besserstellung der AdW-MitarbeiterInnen, betonte die Bemühungen des WR um eine Evaluierung mit ost- wie westdeutscher sowie internationaler Beteiligung und machte Möglichkeiten der Projektförderung sowie der Beratung für Unternehmensgründungen im F u E-Bereich über sein Ministerium und andere Stellen bekannt. Gegen Ende des Schreibens gestand aber auch er ein: »Wir alle sind uns darüber klar, dass viele der wissenschaftlichen und der anderen Mitarbeiter (der AdW) über ihre künftigen beruflichen Möglichkeiten besorgt sind. Ich habe hierauf in dieser Zeit eines umfassenden Umbruchs keine einfache Antwort.«³¹³ Von sozialen Kriterien bei der Evaluierung oder Sozialplänen im Falle von Institutsschließungen war anfangs jedenfalls nicht die Rede. Demgegenüber hatten Terpe und Klinkmann in einem offenen Brief an die MitarbeiterInnen der AdW vom 20. Juli 1990 bezüglich der bevorstehenden Evaluierungen von einem Bemühen ihrerseits um »sozial verträgliche Entscheidungen« gesprochen.³¹⁴ In dieser Hinsicht

312 Vgl. zum Beispiel BMFT, Pressemitteilung Nr. 129/90, 23. 11. 1990: Umgestaltung der Forschungsstrukturen in den neuen Bundesländern kommt voran – erstes Treffen des Bundesforschungsministers mit den Ressortchefs der neuen Länder in Bonn, 1–2. Für kritische Stimmen vgl. unter vielem anderen: Evaluation der Evaluation. Herausgegeben von Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. *Forum Wissenschaft* 7/4 (1990), I–XXIV, 25–48; Wolfgang Klein: Auf Brückierung angelegt. Zur Evaluierung des Zentralinstituts für Elektronenphysik (ZIE). *Evaluation der Evaluation. Forum Wissenschaft* 4/90 (1990), XIX–XX; Wolf Lepenies: Wir sind kein besiegt Land. *Die Zeit* 48 (23. 11. 1990); Sabine Etzold: Soll hier alles plattgemacht werden? Der westdeutsche Wissenschaftsrat begutachtet die Berliner Akademie der Wissenschaften – 25000 Mitarbeiter bangen um ihre Zukunft. *Die Zeit* 51 (14. 12. 1990); sowie später mit Bezug auf die AdW-Institute in Berlin-Buch Rainer Korbmann: Inquisition im Osten. Editorial. *bild der wissenschaft* 5 (1991), 3; Hans Schmidt: Verraten und verkauft. Ost-Wissenschaft im Umbruch. *bild der wissenschaft* 5 (1991), 32–35.

313 Riesenhuber an die Institute der ehemaligen AdW, 26. 10. 1990. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, hier: S. 8. Inwiefern diese Mitteilung wie gebeten an alle AdW-MitarbeiterInnen zirkuliert wurde, ist nicht bekannt.

314 Terpe und Klinkmann, Offener Brief an die Mitarbeiter der AdW der DDR, 20. 07. 1990, BArch, DF 4/32204.

scheinen gegenseitige Missverständnisse im Verfahren selbst vorprogrammiert gewesen zu sein.

Die Reihenfolge der Verfahrensschritte stand auch früh fest: Institutsbesuche, AG-Sitzungen und Bericht mit Beurteilungen, Besprechung im Evaluierungsausschuss, Empfehlungen. Die Institutsbesuche verliefen nach einem im Wesentlichen einheitlichen Muster: vorherige Einholung von Antworten auf einen Fragenkatalog, Gespräche mit den Institutsleitungen und danach (getrennt) mit den MitarbeiterInnen oder einer Delegation derselben, gefolgt von einer Klausursitzung der AG und Leistungsbeurteilungen. Die ersten Institutsbegehungen und AG-Sitzungen fanden bereits im Oktober 1990 und die erste Sitzung des Evaluierungsausschusses von 13. bis 14. Februar 1991 statt. In einem, in den Worten eines der Beteiligten so beschriebenen »unglaublichen Marathon«³¹⁵ wurden über 80 Institute bis Ende Dezember und im Verlauf des gesamten Verfahrens über 130 Institute der AdW sowie der Akademien der Landwirtschaftswissenschaften und der Künste besucht. Dabei orientierte sich die Geschäftsstelle des WR an dem »bewährten« Prozedere zur Evaluierung einzelner Einrichtungen der Bundesrepublik, doch mit einer Anwendung desselben auf so viele Einrichtungen auf einmal betrat der WR Neuland. Dieter Simon und Wilhelm Krull sprechen im Interview gleichermaßen von einem enormen Arbeitspensum. Berichtsentwürfe wurden nach den Begehungen häufig nachts im Hotelzimmer entworfen und am nächsten Tag per Fax an die Geschäftsstelle weitergeben.³¹⁶ Wie oben erwähnt, waren Mitglieder der MPG in allen AGs beteiligt.

Die Aufnahme vor Ort war offenbar sehr unterschiedlich; während sich die MitarbeiterInnen zumindest einiger AdW-Einrichtungen wie der Karl Weierstraß-Institute für Mathematik durchaus willens zeigten, die Aufgabe und auch mögliche personelle Kürzungen mitzutragen, waren andere hingegen skeptisch und zurückhaltend.³¹⁷ Dabei trafen unterschiedliche Wissenschaftskulturen aufeinander. »Wissenschaftliche Leistungsfähigkeit« gab man als »zentrales Kriterium der Evaluation« vor,³¹⁸ doch welcher Maßstab hier angelegt werden sollte, war nicht transparent; »international« hieß womöglich »bei uns im Westen bekannt und gewohnt«.³¹⁹

315 Dr. Marx 413 an Herrn St über Herren AL, 27. 11. 1990. Vermerk: Evaluierung von AdW-Instituten (Mathematik und Informatik). Eindrücke, BArch B 196/103808.

316 Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMFG, ID 601048. Die Erinnerungen Wilhelm Krulls gehen in dieselbe Richtung, Mitchell G. Ash: Interview mit Wilhelm Krull. Hannover 15. März 2019, DA GMFG, ID 601047.

317 Vgl. den eben zitierten Vermerk Dr. Marx. In einem Interview schrieb Helmut Gabriel (FU Berlin), Mitglied des WR und Vorsitzender der AG Physik, die zuweilen stark polemische Kritik am Verfahren in der Öffentlichkeit als »Kolonisierung« vor allem »einem Kreis« der Beteiligten zu, »der den Verlust von Macht und Privilegien zu beklagen hat«; dass vielen Beteiligten die Arbeitslosigkeit bevorstehen könnte, habe aber bei Mitgliedern der Kommission »zu großer seelischen Belastung« geführt und »menschlich doch sehr berührt«. Helmut Gabriel und Werner Lahmer: Interview. »Mit größtem Einsatz an der Lösung der Probleme mitwirken!« Gespräch mit Prof. H. Gabriel über die Evaluierung der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften. *Physikalische Blätter* 47/9 (1991), 819–822, 821.

318 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften*. Drs. 334/91. Düsseldorf 1991d, 9.

319 Vgl. hierzu Dieter Simon: Evaluationssplitter. *Rechtshistorisches Journal* 10 (1991a), 399–425; Jens Reich: Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozess. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9/41 (1991), 29–36; Horst Klinkmann: Absturz

Dieter Simon vertrat später die Auffassung, dass das Verfahren von vielen der Betroffenen als politische Evaluation missverstanden wurde bei ohnehin überhöhten Erwartungen auf Übernahme, weshalb bei einer negativen Beurteilung Verbitterung unausweichlich war.³²⁰ Während die Betroffenen eine Einschätzung der Qualität ihrer eigenen Arbeit erwarteten, war – wie bereits gesagt – keine Einzelbeurteilung, sondern eine Evaluation von Strukturen vorgesehen; so redete man von vornherein aneinander vorbei.³²¹

Manfred Bierwisch war sieben Jahre später um eine differenzierte Beurteilung dieses Vorgangs bemüht: »Was immer an Einwänden an diesen Beschlüssen und ihrer Umsetzung vorgebracht werden kann, sie waren in wesentlichen Punkten unvermeidlich und durchaus von beiden Seiten gewollt.«³²² Als die für viele überraschend differenzierten Empfehlungen im Juli 1991 vorlagen, war in den Medien – mit bewusster Anspielung auf den oben (Abschnitt III.1.2.) diskutierten »Wüsten«-Spruch Zachers – vielfach von »Oasen« die Rede.³²³ Das Fazit Simons viel jedoch schärfer aus. Bereits im April sagte er in einem *Nature*-Interview, »the project of evaluating both systems is about to fail [...] we *do* know a lot of things better, but not everything.«³²⁴ Später zitierte man ihn in einem *Spiegel*-Artikel mit den Worten: »Ihr habt viel niedergemäht.«³²⁵ Natürlich war man im BMFT über derartige Kritik ausgerechnet des WR-Vorsitzenden nicht erfreut. In einem scharfen Vermerk an den Minister im Juli 1991 schrieb ein BMFT-Mitarbeiter: »So erfreulich zügig und nach anfänglichen Reibungen gut die Evaluierung durchgeführt wurde, muss doch festgestellt werden, dass der WR-Vorsitzende vor allem in der Öffentlichkeit

in die Zukunft. Die Akademie der Wissenschaften der DDR in der Wendezeit 1989/90. In: Peer Pasternack (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, 26–37.

320 Dieter Simon: Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärts gewandte Rückschau. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (1992a), 29–36.

321 Vgl. hierzu Dieter E. Zimmer: Sag mir, wo die Forscher sind. *Die Zeit* 32 (31.07.1992), 33.

322 Manfred Bierwisch: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß – Versuch einer Bilanz. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 485–508, 489.

323 Vgl. zum Beispiel Gustav Seibt: Oasen in Sicht. Die Wissenschaft im Test: die Akademie der DDR wurde evaluiert. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (16.7.1991). Seibt hebt hier allerdings die Geisteswissenschaftlichen Zentren (GWZs) hervor (siehe unten). Die Einschätzung durch die Betroffenen am Ende der Evaluierungen wird in der Literatur als überwiegend positiv beschrieben, wohl wegen der eben genannten, unerwartet differenzierten Einschätzungen und der Anerkennung der Leistungsstärke mehrerer Einrichtungen. Vgl. Jochen Gläser: Die Akademie der Wissenschaften nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 51 (1992), 37–46, 38; Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 181–182; Bartz, *Der Wissenschaftsrat*, 2007, 167. Bartz stuft die scharfen Kritiker, die es auch gab, als Gegner der Einheit selbst ein und übersieht dabei die durchaus vorhandene Kritik aus dem Ausland, zum Beispiel Taryn Toro: Rough Justice for East German Science? The Work of Scientists in the Former East German Republic Has Been on Trial to See Which Parts Should Continue. *New Scientist* 28 (1991), 20–21; Horst van der Meer: The End of a European Tradition in Scholarship and Culture? In: Hanna Behrend (Hg.): *German Unification. The Destruction of an Economy*. London: Pluto Press 1995, 167–198.

324 Steven Dickman: Good News, for a Change. *Nature* 350/6317 (1991), 366–367, 367. Hervorhebung im Original.

325 Dieter Simon: »Ihr habt viel niedergemäht«. Dieter Simon, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, über die Zukunft der Forschung in der Ex-DDR. *Der Spiegel* 27 (1991b), 40–47.

dazu neigt, die Verantwortung für schmerzliche Schnitte angeblichen Vorgaben der Regierung(en) zuzuweisen.«³²⁶

Ziel der Empfehlungen war ursprünglich eine Entscheidung über die Fortführung einzelner Institute, Abteilungen oder Arbeitsgruppen und eine Empfehlung zu deren »Einpassung« in die nunmehr auf die NBL auszudehnende bundesdeutsche Forschungslandschaft gemäß § 38 EV. Bereits während der Evaluierung wurde aber klar, dass eine Kompatibilität der Struktur der AdW-Institute »mit dem föderalen Wissenschaftssystem der Bundesrepublik [...] nur in den seltensten Fällen gegeben« war.³²⁷ Daher liefen die Empfehlungen des Evaluierungsverfahrens insgesamt, entgegen der Zielrichtung der Empfehlungen vom 6. Juli 1990, auf eine Zuordnung zu bestehenden Einrichtungen der Bundesrepublik hinaus. Weil die mühsam erarbeiteten Konzepte der Betroffenen vor Ort nicht ohne Weiteres mit den bundesrepublikanischen Strukturen zusammenzubringen waren, blieben sie »meist unberücksichtigt«, obwohl einzelne »Anregungen und Ideen« aufgegriffen wurden.³²⁸

Als bevorzugte, im Vorfeld sicherlich nicht antizipierte Kompromisslösung kam es zur Empfehlung der Gründung von insgesamt 31 Instituten der »Blauen Liste«, die eine enorme Erweiterung dieses Einrichtungstyps mit sich brachte. Renate Mayntz deutete das schon 1994 als »ein[en] von niemandem intendierten, emergenten Effekt« der Evaluierungen.³²⁹ Dieter Simon unterstreicht die evidente Ironie in einem Interview: Vor der Vereinigung wollte man die Institute der »Blauen Liste« im Westen evaluieren mit dem Ziel einer Abschaffung dieser Kategorie, nun geschah stattdessen deren wundersame Vermehrung.³³⁰ MPG-Präsident Zacher nannte diese unerwartete Entwicklung im Juni 1991 sogar eine Gefahr für die »Forschungsverfassung« der neuen Bundesrepublik.³³¹

Der nunmehr für notwendig gehaltenen strukturellen Zuordnung zu bundesdeutschen Forschungsträgern versuchten die MitarbeiterInnen des BMFT mit immer neuen Berechnungen der Stelleneinteilung planerisch Herr zu werden. Es sei daran erinnert, dass es sich um planerische Größen handelte, doch war in diesen Arbeitspapieren häufig doch von anzustellenden Personen die Rede. Von insgesamt 6.500 eingangs angedachten Stellen wurde die MPG zunächst mit circa 200, Ende Februar, nach der zweiten Sitzung des Evaluierungsausschusses am 13. und 14. Februar mit 300 bis 350 »Beschäftigte[n] ab 1992, anwachsend auf ca. 1.000 1995« geführt, zusammengesetzt wie folgt: »bis zu 20 Arbeitsgruppen an Hochschulen, davon bisher 13 kon-

326 Bösch an Herrn M(inister) über Herrn St(aatssekretär). Vermerk zum Schreiben Simons, 26.07.1991. BArch B 196/103808.

327 Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Allgemeiner Teil*, 1991a, 8.

328 Vgl. Bartz, *Der Wissenschaftsrat*, 2007, 168; Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 180–183.

329 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 205.

330 Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMFG, ID 601048.

331 Hans F. Zacher: Die MPG im Prozeß der deutschen Einigung. *MPG-Spiegel* 4/1991b, 62–69, 68.

ketisiert [...] ferner Projektgruppen als Vorläufer von Max-Planck-Instituten: z. Z. sind etwa 8 in Diskussion, davon 5 aufgrund von Vorschlägen aus der Mitte der MPG, 3 aufgrund von WR-Stellungnahmen.³³² Die inzwischen 13 neu gegründeten AGs der MPG (siehe Abschnitt III.2.1.) wurden also in der zweiten Sitzung des Evaluierungsausschusses erwähnt und in der Statistik fortan mitgeführt.³³³ Weil es sich dabei aber nicht direkt um eine Übernahme von Teilen von AdW-Instituten gehandelt hat, sondern um neu geschaffene, von MPIs im Westen betreute Einrichtungen, wurden sie in die publizierten Empfehlungen des WR nicht explizit einbezogen.

Im Verlauf des Evaluierungsprozesses wurde die der MPG zugeschriebene Stellenzahl immer größer. Schon Anfang März, im Vorfeld der für den 13. und 14. März geplanten Sitzungen des WR, war die »Beschäftigungszahl« nunmehr »auf 520 (bisher geplant: 360)« erhöht und die Zusammensetzung konkreter geworden: Die Rede war jetzt von »13 von bis zu 25 geplanten Arbeitsgruppen an Universitäten, [zusammengenommen, MGA] ca. 100 Beschäftigte«, sowie von folgenden WR-Empfehlungen: Mathematik (Karl-Weierstraß-Institut) (circa 30), eine Projektgruppe Planetenforschung aus dem ZI der AdW für Kosmosforschung (circa 22), das Institut für Festkörperphysik und Elektromikroskopie in Halle (circa 120 von jetzt 145) und ein Institut für Kolloid- und Grenzflächenchemie (circa 150). Als eigene Überlegungen der MPG wurden genannt: ein MPI für Biochemie und molekulare Pflanzenphysiologie in Halle (in Verbindung mit dem AdW-Institut für Biochemie der Pflanzen) (circa 80), eine Projektgruppe »Dynamik der Proteinentfaltung« in Halle (circa 20) und weitere vier Projektgruppen/Institute im »frühen Überlegungsstadium«.³³⁴ Wie bald zu sehen sein wird, hielten diese Angaben allerdings nicht ganz, und es kamen neue hinzu. Zuletzt kamen die für die geisteswissenschaftlichen Forschungszentren vorgesehenen (zunächst 200, später 175) Stellen hinzu.³³⁵ Am Ende des Verfahrens wurden der MPG insgesamt 830 Stellen zugedacht, wobei die AGs und GWZs mitgezählt wurden.³³⁶ Das waren genau 10 Prozent der Gesamtzahl von 8.300 Beschäftigten exklusive der im Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) des Bundes und der Länder zu fördernden Personen. Dabei waren Einrichtungen wie die oben erwähnten Weierstraß-Institute

332 Kaye, 214 Gespräch AL 1 mit den kaufmännischen GFE-Geschäftsführern am 01.03.1991: Integration von FE d NL in das bundesdeutsche F-system, 25.02.1991, S. 3 und Anhang, BArch B 196/103808.

333 Dr. Kminikowski an die Vertreter des BMFT in den Evaluierungs-AGs des WR und die Mitglieder der »Strategiegruppe neue Länder und Berlin«, 25.04.1991. Betr.: Umsetzung der Evaluierungs-Empfehlungen des WR. Mit Überblickstabelle, S. 9–10, BArch, B 196/103808. Vgl. Geschäftsstelle des WR, Tischvorlage für das Ministergespräch am 18. März. Übersicht über die verabschiedeten Empfehlungen des WR zu den AUFE in der ehemaligen DDR (Stand: 14.03.1991), BArch, B 138/65720.

334 Kaye 214, Sondersitzung des WR am 12./13.03.1991 und Vorbesprechung am 08.10.1991 [sic!], 04.03.1991. BArch, B 196/103808.

335 Kaye 214 an Herrn M(inister) über Herrn St(aatssekretär) u. a., Vermerk Evaluation der Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12.–13.06.1991, 17.06.1991, S. 1–2, 3, BArch, B 196/103808.

336 Kaye an Herrn M(inister) über Herrn St(aatssekretär) u. a. Vermerk Ergebnisse der Sitzung des WR zur Evaluierung der AUF in der ehemaligen DDR vom 02.–05.07.1991, Tabelle, S. 2, BArch, B 196/103808.

für Mathematik zum Teil nicht mehr enthalten, weil sie der Humboldt-Universität Berlin zugeschlagen werden sollten.³³⁷

Wie Zacher im Oktober 1990 vorhergesagt hatte, wurden die positiv evaluierten Einrichtungen zuerst empfohlen, die schwierigen Fälle kamen erst später an die Reihe.³³⁸ Das erste für die MPG relevante Ergebnis war die Empfehlung der »Weiterführung« des vom ehemaligen Leopoldina-Präsidenten Heinz Bethge gegründeten Instituts für Festkörperphysik und Elektromikroskopie in Halle als Institut der MPG.³³⁹ Der Vorschlag wurde offenbar schon vor der zweiten Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12. und 13. 3. 1991 (ein Sondertermin) vorbereitet worden; die entsprechende Stellungnahme erschien am 13. März. Hier erwies sich die kollegiale und freundschaftliche Verbindung des MPI-Direktors Herbert Walther, Vorsitzender der AG Physik und Leiter der »Präsidenten-Kommission DDR«, mit Heinz Bethge als überaus vorteilhaft.³⁴⁰ Allerdings beschrieb der Vermerk zu diesem Vorschlag aus dem BMFT vom 4. März die Haltung der MPG dazu als »noch unentschieden, aber zurückhaltend« und die Haltung zu einer vorgeschlagenen Gruppe Planetenforschung am Institut für Kosmosforschung mit circa 22 MitarbeiterInnen als »noch unklar«, während die Haltung gegenüber einer weiteren Empfehlung zur Gründung eines MPI für Kolloid- und Grenzflächenchemie aus Teilen zweier AdW-Institute mit circa 150 MitarbeiterInnen als »positiv« geschildert wurde.³⁴¹

Mitten im Verfahren, am 21. April, kam es zu einem Treffen Simons mit Riesenhuber in Bonn. Hauptsorge des Ministers dabei war, ob der Zeitplan, alle Empfehlungen bis zum Juli fertig zu stellen, damit die Umsetzung binnen Jahresfrist möglich wäre, einzuhalten war.³⁴² Simon bejahte dies, merkte aber an, dass die Annahme der Empfehlungen seitens der MPG »wegen der Entscheidungsprozeduren der MPG im zeitlichen Ablauf schwieriger abschätzbar« sei, doch die relativ geringe Zahl der Beschäftigten »verringert das Problem«. ³⁴³ So konnte der Autonomie-

337 Stattdessen wurden zwei der ursprünglich vier Arbeitsgruppen aus den Weierstraß Instituten als AGs der MPG eingerichtet und zwei dem so genannten Wissenschaftlerintegrationsprogramm (WIP) im Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) des Bundes und der Länder zugewiesen. Zur Umsetzung der an die Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages, 16. Januar 1992, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 146.

338 Bericht des Präsidenten, Anlage zum Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch- Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 02. 10. 1990 in Heidelberg. Bl. 10, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821. Horst Klinkmann meinte im Interview (13. 09. 2019), nicht ohne Reue, dass er diese Reihenfolge bewusst angelegt habe, um Eindruck zu machen. Mitchell G. Ash: Interview mit Horst Klinkmann. Rostock 13. September 2019, DA GMPG, ID 601055.

339 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zum Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle (Land Sachsen-Anhalt)*. Drs. 104/91. Mainz 1991 e, 16. Siehe unten Abschnitt III.3.1.

340 Zu dieser Verbindung und den Sorgen Bethges wegen der fehlenden Kompatibilität der AdW-Institute vgl. Bethge an Walther, 04. 10. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, fol. 296–297.

341 Kaye, Vermerk Sondersitzung des Wissenschaftsrates am 12./13. 03. 1991 und Vorbesprechung am 08. 10. 1991 [sic!], 04. 03. 1991. BArch, B 196/103808, S. 3–4. Über die Gründung dieser beiden MPIs im Einzelnen vgl. Abschnitt III.3.2.

342 Kaye 214, Vorschlag für Fragen an Prof. Simon, 15. 04. 1991, BArch, B 196/103807.

343 Kaye 214, Ergebnisvermerk zum Gespräch Riesenhuber-Simon am 21. 04. 1991, 25. 04. 1991. BArch, B 196/103808.

anspruch der MPG als institutionelle Ressource durch ihren eigenen Umgang mit der Ressource Zeit aufrechterhalten werden.

Im Juni kam es zu einem Konflikt zwischen den geplanten Empfehlungen des WR und dem Autonomieanspruch der MPG, der nicht auf die Ressource Zeit beschränkt war und deshalb gesonderte Erwähnung verdient. Wie oben erwähnt sollte ein positiv evaluierter Teil des ZI für Kosmosforschung der AdW als AG oder Projektgruppe für Planetenforschung der MPG zugeteilt werden. Dieses Ansinnen wurde jedoch von der zur Beratung eingesetzten Kommission der MPG abgelehnt. Daraufhin wandte sich Gerhard Haerendel, Direktor am MPI für extraterrestrische Physik und Mitglied der zuständigen Evaluierungs-AG Geo- und Astrophysik, am 11. Juni an das Ministerium. In einem danach erstellten Vermerk schrieb ein BMFT-Mitarbeiter von einem »Dilemma«, vor dem »wir durch die Entscheidung der MPG stehen«, und empfahl, Hasenclever anzurufen mit der Bitte um Überprüfung der Kommissionsbeschlüsse sowie »mit dem nachdrücklichen Hinweis, dass alle Beteiligten versuchen müssen, den Empfehlungen des WR Rechnung zu tragen. Das BMFT und das jeweilige Sitzland hilft [sic!] mit zusätzlichen Mitteln, um diese Übernahme zu ermöglichen.« Würde Hasenclever nicht einlenken, sollte diese Bitte brieflich vom Staatssekretär Ziller »nochmals eindringlich wiederholt« werden.³⁴⁴ Zur Gründung dieser angedachten MPG-Gruppe kam es nicht. Stattdessen wurde eine Außenstelle des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik in Berlin-Adlershof gegründet, in der WissenschaftlerInnen aus dem ZI für Kosmosforschung Aufnahme fanden, sowie eine astrophysikalisch orientierte AG der MPG in Potsdam neben einer Nachfolgeeinrichtung des ZI für Astrophysik, die in die »Blaue Liste« aufgenommen wurde.³⁴⁵

In der vorletzten Sitzung des Evaluierungsausschusses im Juni stand bei Weitem die größte Aufgabe an, denn dann wurden alle 40 der noch ausstehenden Einrichtungen abgehandelt. Relevant für die MPG war vor allem die Festlegung, das AdW-Institut für Biochemie der Pflanzen (IBP) in Halle doch nicht als MPI, sondern als BLE zu empfehlen.³⁴⁶ Abteilungsleiter Josef Rembser vom BMFT bedauerte das; dazu erläuterte der Vorsitzende des Evaluierungsausschusses Kern, dass es in der dafür zuständigen AG um den Erhalt des Instituts als Ganzes ging. Hasenclever, der dieser Sitzung wie allen anderen Sitzungen des Ausschusses als Gast beiwohnte, machte wohl nicht zum ersten Mal klar, dass die MPG nicht alles übernehmen könne: »Eine Übernahme wäre wie eine Neugründung zu prüfen. Für diesen FSP bestehen andere Absichten.«³⁴⁷ Kern sagte, ein Institut von »überregionaler Bedeutung« wie das IBP sollte einem

344 Eitner re: Schreiben von Prof. Haerendel, MPI für Extraterrestrische Physik vom 11.06.1991, Bezug: Ihre (AL 5) Bitte vom 11.06.1991. BArch, B 196/103808.

345 Zur Umsetzung der an die Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages, 16. Januar 1992, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fot. 37–38.

346 Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12./13. Juni 1991 in Köln-Porz, o. D., Bl. 8. BArch, B 196/103808.

347 Ebendort. Hasenclever sagte dort nicht, welche Absichten gemeint waren; vielleicht war die Gründung eines MPI für molekulare Pflanzenphysiologie gemeint, die 1992 beschlossen wurde (siehe unten Abschnitt III.2.3.).

ungewissen Prozedere wie diesem nicht ausgesetzt werden, die Festlegung auf eine BLE sei eine Art »Fürsorgeentscheidung« gewesen. Kern meinte den Begriff »Fürsorge« wissenschaftspolitisch, doch im Verlauf der weiteren Beratung war zu erkennen, wie sich wissenschafts- und sozialpolitische Überlegungen zu vermischen begannen. Bei der Festlegung der Stellenzahl pro Einheit wurden Spannungen im Gremium hinsichtlich der Zielsetzung des Verfahrens gerade in dieser Hinsicht bemerkbar. So sagte Kern, dass es »nicht die Aufgabe der Arbeitsgruppen des WR sei, Übernahmequoten zu erarbeiten und sich mit den sozialen Aspekten des Evaluierungsprozesses auseinanderzusetzen.«³⁴⁸

In anderen in dieser Sitzung behandelten Fällen war die MPG zwar nicht in der Hauptsache involviert, doch spielte sie trotzdem eine Rolle. So wurde diskutiert, ob man »Potentiale« aus dem ZI Elektronenphysik an die bereits empfohlene Außenstelle des MPI für Plasmaphysik (IPP) in Berlin anbinden könne.³⁴⁹ Im Falle des ZI für Astrophysik – das am Höchsten bewertete Institut – fragte Walther, wieso dieses nicht einer Universität zugeschlagen würde.³⁵⁰ Als Gerhard Haerendel die Idee einer MPG-Projektgruppe einbrachte, artete das Gespräch in eine allgemeine Diskussion aus. An dieser Stelle meldete sich Hasenclever wieder, um klarzustellen, dass Astronomie und Astrophysik bereits in den ABL größtenteils an MPIs angesiedelt wären, weshalb die Mittel zur Realisierung des Vorschlags nur auf Kosten der ABL aufzubringen seien, und das sei »keinesfalls« bis zum Jahresende »zu bewältigen.«³⁵¹ Damit deutete er ein grundlegendes Problem an, das in der Folgezeit für die MPG akut werden sollte (siehe unten Abschnitt III.4.). Interessant ist, dass Hasenclever sich an dieser Stelle nicht grundsätzlich gegen eine derartige Querfinanzierung aussprach.

Ein genuin neues, anfangs unerwartetes Ergebnis dieses Mammutverfahrens war die Empfehlung zur Gründung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten mithilfe von »Potentialen« aus den geisteswissenschaftlichen AdW-Instituten. Die Entstehung dieser Empfehlung ist auf Vorschläge zur Reform und Neuorientierung der Forschung in den Geisteswissenschaften zurückzuführen, die in einer vom BMFT in Auftrag gegebenen Denkschrift im Mai 1990 vorgelegt wurden.³⁵² Zur Überwindung der nach wie vor individualisierten und

348 Ebendort. Das Thema »Fürsorge« war schon früher zur Sprache gekommen. In der März-Sitzung des Evaluierungsausschusses hatte Anke Brunn folgenden Textvorschlag zur Diskussion gestellt: »Die Vollversammlung des WR möge als Vorbemerkung zu den Evaluierungen beschließen: [...] Der WR erkennt und unterschätzt nicht die sozialpolitischen Härten, die im Gefolge seiner Empfehlungen an einigen Standorten entstehen können.« Und empfiehlt »speziell für diese Personengruppen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu entwickeln.« BMFT-Abteilungsleiter Josef Rembser schrieb dazu, »der Antrag wurde nicht verabschiedet, fand aber verständlicherweise die Unterstützung des WR«. AL 2 (Josef Rembser) Sitzung des WR für Akademien-Evaluierung am 12. und 13. 03. 1991, 14. 03. 1991. Ergebnisse, S. 4 und Anhang (Tischvorlage 11). BArch, B 196/103808.

349 Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12./13. Juni 1991 in Köln-Porz, o. D., Bl. 23. BArch, B 196/103808.

350 Ebenda, 16.

351 Ebendort.

352 Wolfgang Frühwald et al.: *Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1991 Kap. IV; vgl. auch Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991 d, 68, 188.

monodisziplinären Struktur der Forschung auf diesem Gebiet wurde darin unter vielem anderen die Gründung »geisteswissenschaftlicher Kollegs« empfohlen, allerdings »als institutionelle Zusammenführung von Graduiertenkolleg und Wissenschaftskolleg«, und zwar »als selbstständige, unbefristete Einheiten *innerhalb* einer Universität« mit Orientierung auf einen inter- bzw. zwischendisziplinären Forschungsschwerpunkt hin, dessen jeweilige Inhalte die Ausrichtung der den Kollegs angegliederten Gastprofessuren und Stipendien bestimmen sollte.³⁵³ Eigens sei hervorgehoben, dass zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieser Denkschrift noch nicht klar war, dass demnächst die deutsche Vereinigung stattfinden und dementsprechend Aufgaben der wissenschaftspolitischen Neuordnung zu lösen sein würden. Dieser wie die anderen Vorschläge der Arbeitsgruppe war in erster Linie westdeutschen Universitäten zugedacht. Intendiert war allerdings, »ein Konzept der Geisteswissenschaften zu entwickeln, das unter dem Dach der europäischen Einigung auch das Wissenschaftssystem der DDR mit einbezieht.«³⁵⁴

In einem kurzen Arbeitspapier, das am 15. Oktober, also nach den ersten Begehungen der geisteswissenschaftlichen Institute der AdW vom 8. bis zum 13. Oktober, verfasst wurde, führte der Historiker Jürgen Kocka, damals Mitglied des WR und Leiter der AG Geisteswissenschaften, solche Kollegs nicht explizit unter den insgesamt sechs angedachten Optionen zur Fortführung positiv evaluierter »Projekte, Arbeitsgruppen und Abteilungen« der geisteswissenschaftlichen AdW-Institute an, sprach aber von »einem neu zu gründenden außeruniversitären Institut, das [...] aus Teilen bisheriger Institute, aber auch aus westdeutschen Wissenschaftlern bestehen müsste, und in verschiedenartigen Beziehungen zur Universität/zu Universitäten stehen könnte«.³⁵⁵ Das schien auf eine Art Verbund und nicht auf eine Reihe kleinerer Einrichtungen hinzudeuten. In der zweiten Sitzung des Evaluierungsausschusses im März lag der Vorschlag der Gründung solcher, nunmehr geisteswissenschaftliche Kollegs genannten Einrichtungen vor. In einem Vermerk zur Vorbereitung der März-Sitzung des WR erwähnt sie ein BMFT-Mitarbeiter im Kontext der »Verlagerung der Forschungs-Kapazitäten aus Berlin«, wonach die Standorte solcher Kollegs nicht alle in Berlin sein sollten, weil Berlin einen Anteil von Artikel 91b GG-Stellen erhält, »der erheblich unter seiner AdW-Beteiligung liegt«.³⁵⁶

Erst in der oben genannten, vorletzten Sitzung des Evaluierungsausschusses im Juni kam es zur ausführlichen Diskussion und Begründung des Vorschlags einer Gründung von sieben, jetzt geisteswissenschaftliche Forschungszentren genannten Einrichtungen, und zwar für zeithistorische Studien, für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, zur Erforschung der europäischen Aufklärung, zur Erforschung des modernen Orients, für Allgemeine Sprachwis-

353 Frühwald et al., *Geisteswissenschaften*, 1991, 215, 217. Hervorhebung durch MGA.

354 Frühwald et al., *Geisteswissenschaften*, 1991, 207.

355 Jürgen Kocka, Zum Stand in der Arbeitsgruppe »Geisteswissenschaften« bei der Evaluierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, 15. 10. 1990, Bl. 1, BArch, B 138/56803.

356 Dr. Kminikowski, Vermerk. Vorbereitung der WR-Sitzung am 12./13. 03. 1991 hier: Verlagerung von Forschungskapazitäten aus Berlin, 11. 03. 1991, Bl. 2, B 138/56803.

senschaft, Sprachtypologie und sprachliche Universalienforschung, für Literaturforschung sowie für die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.³⁵⁷ Diese Zentren sollten »keine Fortführung bestehender Akademie-Institute oder einzelner ihrer Abteilungen« darstellen, sondern wurden »als ein neuartiges, auf die Dauer angelegtes Instrument der Förderung geisteswissenschaftlicher Forschung konzipiert.«³⁵⁸ Empfohlen werden sollten diese wegen ihrer potentiell überregionalen Bedeutung und ihrer interdisziplinären Themenstellungen, wegen der Verbindung von einer auf Dauer bestellten Leitung und über Gastprofessuren, Drittmittel und Stipendien beschäftigten MitarbeiterInnen sowie wegen der Chance einer »Durchmischung« von ForscherInnen aus Ost und West. Schließlich ging es darum, überhaupt zu verhindern, dass die Geisteswissenschaften zu den Verlierern der Einheit würden.³⁵⁹ In wohl bewusster Distanzierung vom ursprünglichen Vorschlag der AG von Frühwald und dessen Koautoren betonte man im Text der diesbezüglichen Stellungnahme des WR, dass es unrichtig sei, »die jeweiligen Zentren einzelnen Hochschulen [...] zuzuordnen«. Um ihre überregionale Wirksamkeit zu sichern, sollten die Zentren an, aber nicht notwendigerweise in Universitäten sein, auch wenn die jeweiligen LeiterInnen ordentliche ProfessorInnen sein sollten.³⁶⁰

Das innovative Potential dieses Vorschlags wurde offenbar im Evaluierungsausschuss erkannt, obwohl einige Ausschussmitglieder die Befürchtung äußerten, es könnten AdW-Institute in neuem Gewand fortbestehen. Kontrovers diskutiert wurde hingegen die Frage der Trägerschaft dieser neuen Einrichtungen, die zumindest für eine dreijährige Übergangszeit doch als Verbund zu organisieren sein sollten.³⁶¹ Hasenclever stellte fest, die MPG würde jede Empfehlung aufnehmen und »sorgfältig prüfen«, wies aber darauf hin, dass dem als Träger angedachten Minerva-Programm das Personal fehlte, hier als Trägerin zu fungieren. WR-Vorsitzender Dieter Simon stimmte dem zu. Später fügte Hasenclever hinzu, er habe »keine Legitimation« zur Annahme der Empfehlung durch die MPG. So wurde die »Autonomie« der MPG wieder einmal zum Konter im Rahmen der Verhandlungen. Wie es im Vermerk des BMFT zu dieser Sitzung hieß, »soll die primäre Empfehlung auf Übernahme durch die MPG abzielen, die sich allerdings insoweit völlig bedeckt gehalten hat. Für den Fall einer völligen oder teilweisen Absage der MPG bleibt die Möglichkeit einer AU (= außeruniversitären) Förderung (über Mittel des BMFT) zunächst im Raum.«³⁶²

357 Über die Zentren im Einzelnen vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 74–114.

358 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 118.

359 Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12./13. Juni 1991 in Köln-Porz, o. D., Bl. 31. BArch, B 196/10308. Vgl. vor allem zum letzten Punkt später Jürgen Kocka: Geisteswissenschaftliche Zentren: Die umstrittene Innovation. *Das Hochschulwesen* 42/3 (1994a), 122–124; Jürgen Kocka: *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995.

360 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 119. Unterstreichungen im Original.

361 Vgl. zum Folgenden Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. Vermerk über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12./13. Juni 1991 in Köln-Porz, o. D., Bl. 31–32. BArch, B 196/10308.

362 Kaye an Herrn Minister über Herrn Staatssekretär, Vermerk Evaluation der Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Sitzung des Evaluierungsausschusses am 12.–13.06.1991, 17.6.1991, 1–2. BArch, B 196/103808.

Im Text der Stellungnahme wurde daraus eine Kann-Bestimmung: Empfohlen wurde, die Zentren »für einen Zeitraum von zumindest drei Jahren an die MPG oder an die MINERVA-Gesellschaft für die Forschung anzugliedern, die zur Wahrnehmung dieser Aufgabe entsprechend ausgestattet werden müssten.« Während dieser Übergangszeit sollten die jeweiligen Perspektiven der Zentren »in einer oder mehreren Kommissionen der MPG erörtert« und bis spätestens 1994 sollte ein Votum der MPG »zur Institutionalisierung« vorgelegt werden.³⁶³ An dieser Stelle wurde die Perspektive der Gründung einer oder mehrerer MPIs auf der Basis dieser Zentren nicht explizit erwähnt. Doch in der Folge bekam Jürgen Kocka, der 1990 als Nachfolger von Rudolf Vierhaus zum Direktor am MPI für Geschichte in Göttingen berufen worden war und den Ruf nach längeren Verhandlungen abgelehnt hatte, mit der MPG wieder zu tun.

Dass sich die MPG mit der Betreuung dieser neuartigen Einrichtungen vielleicht Chancen eröffnet, aber auch Probleme eingehandelt hatte, wurde sehr bald deutlich. In einer EntschlieÙung des HRK-Plenums vom 4. November 1991 »Zur Neuordnung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern« warf man dem WR eine Falschdarstellung der oben zitierten Denkschrift von Frühwald und anderen vor, die explizit von geisteswissenschaftlichen Kollegs »innerhalb« der Universitäten gesprochen habe. Daher wies die HRK die Empfehlung zurück und forderte Bund und Länder auf, »die entsprechenden Struktur- und Finanzentscheidungen zugunsten der Hochschulen zu treffen.«³⁶⁴ Dass es sich aber nicht allein um einen Interessenskonflikt zwischen Allianzeinrichtungen handelte, hielt ein Zeitungsartikel zum Thema aus derselben Zeit fest. Die Universitäten beäugten solche MPG-Einrichtungen mit Argwohn, »[b]ei der MPG wiederum hält sich dem Vernehmen nach die Begeisterung über den geisteswissenschaftlichen Zuwachs in Grenzen, der manchem MPGLer als Fremdkörper gilt.«³⁶⁵

Nach dem Abschluss dieses Kraftakts ging es zunächst um die Zusammenfassung und Publikation der Empfehlungen (in insgesamt 10 Bänden) und danach um die brisante Aufgabe von deren Umsetzung. Ebenfalls umzusetzen war das nun aus der Taufe gehobene Wissenschaftlerintegrationsprogramm (WIP) im Rahmen des schon erwähnten Hochschulerneuerungsprogramms (HEP) des Bundes und der Länder, welches die Integration von AdW-ForscherInnen bewerkstelligen sollte, deren Arbeit bzw. Arbeitsgruppen positiv evaluiert worden waren, für die aber keine Unterbringung in eine außeruniversitäre Einrichtung, sondern eine Integration an den Hochschulen vorgesehen war. Zur Koordinierung dieser Aufgaben rief Hartmut Grübel vom BMFT, der als Leiter der für die Abwicklung der AdW-Angelegenheiten geschaffene KAI-AdW nach Berlin dienstzugeteilt worden war,³⁶⁶ eine »Umsetzungsdelegation« mit Repräsentanten aus allen Forschungsförderungseinrichtungen der Allianz, darunter auch der MPG,

363 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 119.

364 Zur Neuordnung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern. EntschlieÙung des 165. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz vom 04. 11. 1991, 3–4. Zitiert aus den Presseunterlagen der GV der MPG in München.

365 Eberhard Vogt: Träume um Stellen. Zentren für Geisteswissenschaftler der Ex-DDR? *Die Welt* (22. 11. 1991).

366 Vgl. hierzu Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Neuen Bundesländern e. V., Bähr und Nickel, *KAI*, 1995.

zusammen, die mehrere Sitzungen in Berlin abhielt. Das war eine heikle Aufgabe aus mehreren Gründen, nicht zuletzt aber deshalb, weil die Umsetzung der Empfehlungen des WR bis zum Ablauf der Dienstverträge der nunmehr als Angestellte beschäftigten AdW-MitarbeiterInnen, also bis zum 31. 12. 1991, geschehen sollten.

Im Rahmen einer Rundfrageaktion der KAI-AdW an alle Forschungsförderungsträger über den Stand der Umsetzung der WR-Empfehlungen teilte Hasenclever Grübel im August 1991 wie gebeten mit, »in welchen Fällen die MPG eine an sie gerichtete Empfehlung des WR möglicherweise nicht oder doch nicht bis zum Jahresende umsetzen kann.«³⁶⁷ Im beiliegenden Bericht wurde die Gründung einer »Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben« als Trägerin der GWZs und der vom WR empfohlenen beiden neuen MPIs für Mikrostrukturphysik und Kolloidchemie- und Grenzflächenforschung am 1. 1. 1992 in Aussicht gestellt (Näheres zu den beiden MPI-Gründungen siehe unten, Abschnitt III.3.2).

Die vorangekündigte Tochtergesellschaft wurde als Trägerin der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte (geisteswissenschaftliche Zentren, GWZs, wie sie vom WR genannt wurden) im September tatsächlich gegründet. Kurz danach bat Zacher die Mitglieder des Senats um Autorisierung der Gründung auf schriftlichem Wege, damit sie noch vor der Novembersitzung erledigt werden und die Anstellung der MitarbeiterInnen noch rechtzeitig vor dem Ende der bisherigen Dienstverträge erfolgen konnte.³⁶⁸ Juristisch betrachtet handelte es sich um ein Konstrukt analog zur MINERVA-Gesellschaft, das aber von dieser getrennt verwaltet werden konnte und wurde. Die Geschäftsführung wurde einem Mitarbeiter der GV, Wieland Keinath, übertragen. Durch diesen kreativen Umgang mit der institutionellen Ressource Autonomie wurden die GWZs zu Einrichtungen eigener Art, die zwar innerhalb der MPG bestanden, aber weder Institute noch Außenstellen von Instituten waren. Auf Englisch ausgedrückt waren die GWZs »in the MPG, but not of it«, was ihrem Status als befristet geförderten Einrichtungen entsprach.

Der Gründung gingen Absprachen mit dem BMFT voraus, in deren Verlauf sich Hasenclever versichern ließ, dass das »BMFT auf keinen Fall eine Bundesbeteiligung« anstrebt. Zeitweilig wurde überlegt, »ob diese Trägergesellschaft nicht auch für andere Wissenschaftler der neuen Bundesländer als vorläufiger Arbeitgeber in Betracht kommt«. Doch angesichts des eben genannten Termindrucks (Frist 31. 12. 1991) überwogen jedoch pragmatische Überlegungen: »Für den BMFT ist es praktisch gleichgültig, was später aus den Instituten [sic!] wird, für den BMFT zählt nur, dass die vom Wissenschaftsrat genannten bzw. zur Übernahme empfohlenen Wissenschaftler ab 1. Januar 1992 einen, sei es auch nur befristeten, Arbeitsvertrag haben.«³⁶⁹

367 Hasenclever an Grübel, 09. 08. 1991. Bestand KAI – AdW, Hochschulerneuerungsprogramm HEP Umsetzungsdelegation. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 895, fol. 138–140. Auch in: BArch B 138/194507.

368 Zacher an die Senatoren der MPG, 23. 10. 1991. Materialien der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fot. 17–19.

369 Hasenclever, Vermerk über mein Gespräch in der Abteilung 2 des BMFT (Strub, Knoerich. Zelle) am 8. August 1991 in Bonn, 13. 08. 1991, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1060.

Ergebnis dieses Umgangs mit der Ressource Zeit – der durch den EV erzwungenen, recht hemdsärmeligen Pragmatik, verbunden mit der Aufschiebung weitergehender Festlegungen bis zur Abgabe des oben genannten Votums durch die MPG – war eine andauernde Unklarheit bezüglich der Zukunft der GWZs (und damit auch der Arbeitsverhältnisse der MitarbeiterInnen), die erhebliche Schwierigkeiten nach sich ziehen sollte (siehe hierzu Abschnitt III.5.4.).

Den allgemeinen Standpunkt der MPG-Leitung zur Umsetzung der WR-Empfehlungen teilte Zacher den Senatoren der MPG am 23. Oktober, hier mit Bezug auf die GWZs, unmissverständlich mit:

[Die] unverzüglich aufgenommenen Beratungen im Kreis der Vizepräsidenten und der Sektionsvorsitzenden sowie in der »Ost-Kommission« der Geisteswissenschaftlichen Sektion [wegen der GWZs, MGA] führten übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Max-Planck-Gesellschaft sich diesem Auftrag nicht entziehen sollte. Sie sollte sich ihm vielmehr in einer Weise stellen, *die dem eigenen Ermessen* in der Gestaltung der Zentren und ihrer postulierten Verbundstruktur *Raum schafft*, der Gefahr vorzeitiger institutioneller Verfestigungen bei erkennbar unterschiedlichen Optionen entgegenwirkt und gleichwohl der unmittelbaren Verantwortung für die Weiterbeschäftigung qualifizierter Wissenschaftler gerecht werden kann.³⁷⁰

Diese Haltung verband sich mit einer bereits im August formulierten, weiteren Forderung der MPG, dass sie solche zusätzlichen Aufgaben aufgrund der Empfehlungen des WR zu übernehmen bereit sei, solange sie »ihre eigenen Planungen für Institutsgründungen [...] in gleicher Weise verfolgen und umsetzen« könne. Laut MPG-Jahresbericht 1991 wurde dieser Forderung durch einen Grundsatzbeschluss des Ausschusses Forschungs-Förderung der BLK vom 1. 10. 1991 entsprochen.³⁷¹ Wie zu zeigen sein wird, legte die MPG dieses Muster der Auftragserfüllung nach »eigenem Ermessen« ihrem gesamten Handeln in den NBL zugrunde.

Den Umgang der MPG mit »der unmittelbaren Verantwortung für die Weiterbeschäftigung qualifizierter Wissenschaftler« zeigt die Anstellung der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen der sieben GWZs. Diese verlief in großer Eile in den letzten drei Monaten des Jahres 1991. Formal zuständig hierfür war eine von Zacher einberufene »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften« in Zusammenarbeit mit der neu gegründeten Förderungsgesellschaft. Der Vorgang hatte für alle sieben Zentren formaliter die gleiche Struktur. Für jeden FSP wurde ein so genanntes »Beratergremium« eingesetzt, dessen Mitglieder ihrerseits diverse Beratungen einholten. Immer gab es verständlicherweise weitaus mehr Bewerber-

370 Zacher an die Senatoren der MPG, 23. Oktober 1991. Empfehlungen des Wissenschaftsrats. Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154. VP. Hervorhebung durch MGA.

371 Zacher an Dieter Breitenbach (Vorsitzender der BLK), 1. August 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, sowie Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1991*. München 1992, 25.

Innen als Stellen. Viele kamen von außerhalb der AdW-Institute, doch sollten und wurden entsprechend den WR-Empfehlungen meist positiv evaluierte AdW-MitarbeiterInnen bevorzugt. Die Beratergremien gingen mit ihrer Aufgabe aber unterschiedlich um. Während man beispielsweise im Falle des GWZ Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie bewusst darauf verzichtete, programmatisch vorzugehen, und sich vornehmlich nach den Qualifikationen der einzelnen BewerberInnen zu richten versuchte,³⁷² verfuhr das für das GWZ zeithistorische Studien zuständige Beratergremium zunächst nach den für diese Einrichtung in den Empfehlungen des WR vorgeschlagenen Themenbereichen und danach nach Personen.³⁷³ Wie weiter unten (Abschnitt III.4.3.1. sowie III.5.4.) zu zeigen sein wird, hatte dieses unterschiedliche Vorgehen Folgen für die Struktur der Arbeit in den Zentren und auch für deren Zukunft.

III. 2. 4. Zwischenfazit: Bilanzen und Reflexionen

Bei alledem handelte es sich um eine groß angelegte Mobilisierung institutioneller Ressourcen und Personenkonstellationen, um eine Neuverteilung institutioneller und personeller Ressourcen aus den AdW-Instituten zu bewerkstelligen, und zwar im Rahmen einer politisch festgelegten Verknappung der Ressource Zeit. Auch hier wie im bislang geschilderten Vorgehen der MPG ist der Versuch eines strukturkonservativen Vorgehens festzustellen, diesmal der bundesdeutschen Forschungs- und Forschungsförderungsträger wie auch des WR. Wie gezeigt wurde, gelang dies zwar im Großen und Ganzen, aber nicht ganz wie geplant; vielmehr entstand in nuce ein neuer institutioneller Akteur im Forschungsförderungssystem, nämlich die nunmehr zahlreicher gewordenen Einrichtungen der »Blauen Liste« (BLEs), aus deren Zusammenschluss die Gottfried Wilhelm Leibniz-Gemeinschaft 1996 hervorging.³⁷⁴

Auch die Mobilisierung personeller Ressourcen erfolgte nicht so wie anfangs intendiert. Vielmehr entstand ein im Verlauf des Verfahrens immer stärker werdendes Spannungsverhältnis zwischen wissenschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen, welches allerdings im Evaluierungsverfahren selbst vorprogrammiert war. Hier kamen diskursive Ressourcen ins Spiel, konkret die oben (Abschnitt III.1.2. und III.2.1.) schon erwähnte Rede davon, dass die Forschungseinrichtungen der DDR »überbesetzt« seien. Im Zuge einer scharfen Selektion unter den AdW-Einrichtungen, bei der wissenschaftliche Qualitätskriterien mit der »Einpassungsfähigkeit« der jeweiligen Einrichtungen ins bundesdeutsche System zusammenfielen, hatten tausende von WissenschaftlerInnen, die eigentlich von einer Übernahme ihrer Einrichtungen bei

372 Vgl. zusammenfassend Renate Mayntz, Jürgen Mittelstraß, Joachim Nettelbeck, Rudolf Vierhaus, Bericht des Beratungsgremiums für den Geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 138–140.

373 Fritz Scharpf, Günter Hockerts und Jürgen Kocka, Bericht des Beratergremiums für den Forschungsschwerpunkt »Zeithistorische Studien« (ergänzte Fassung 19.11.91). AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1060, fol. 277–287.

374 Als Zacher in der Senatssitzung am 8. März von dieser bereits vernehmbaren, zunehmenden »Tendenz, abweichend von den bisher praktizierten Formen der Forschungsförderung möglichst viele Einrichtungen in die »blaue Liste« aufzunehmen«, sprachen sich die langjährigen Senatoren Hess und Trautner gegen neue Forschungsförderungsträger aus. Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 8, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

positiver Beurteilung ausgegangen waren und daher auf eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit gehofft hatten, das Nachsehen. Die daraus entstandene Verbitterung der Betroffenen ist vielfach belegt.

Die Folgen der Evaluierungen des WR für die vorliegende Analyse lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen: Es handelte sich um einen vernetzten Prozess in dem Sinne, dass Mitglieder der MPG und die MPG-Leitung auf verschiedene Weise in diese institutionelle Auswahl eingebunden waren. Mehrere der selben MPG-Mitglieder waren auch an der personenorientierten Auswahl der AG-Leitungen beteiligt, wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde. So konnten etwas längerfristig gesehen mithilfe einer spezifischen, vernetzten Personenkonstellation mehrere, zum Teil neue Forschungsprogramme und ihre Koppelung an Universitäten ermöglicht werden. Infolge der Evaluierungen durch den WR kamen nun zwei weitere Sorten von institutionellen Ressourcen hinzu: vom WR als Fortsetzung positiv evaluierter AdW-Einrichtungen empfohlene MPIs und die neuen, explizit als Innovation empfohlenen GWZs. Die Möglichkeit »induzierter« MPI-Gründungen auf Anregung des WR hatte Zacher schon im Herbst antizipiert, den Vorschlag der GWZs hingegen nicht. In beiden Fällen nutzte die MPG-Leitung ihre Autonomie als institutionelle Ressource, um eine eigene Auswahl aus den Vorschlägen des WR zu treffen und, wenn auch zögernd, die Betreuung der GWZs zu übernehmen. Diese Einrichtungen wie die im vorigen Abschnitt besprochenen AGs lagen eigentlich quer zur von Zacher formulierten Unterscheidung zwischen »originären«, also aus der MPG kommenden, und »induzierten« Neugründungen, die ja auf MPIs bezogen waren. Wie die MPG mit der unerwarteten Komplexität umging, die aus alledem entstand, wird weiter unten an mehreren Stellen zu besprechen sein.

Lassen wir nun kurz die Prozessorientierung beiseite und versuchen wir die Ergebnisse der Evaluierungen des WR für die MPG zusammenzufassen, so kann dies auf zweierlei Art geschehen: Die Evaluierungen können einerseits institutionell als relativ bedeutender Zuwachs für die MPG verstanden werden, aber andererseits, fast umgekehrt, als relativ geringer personeller Ressourcengewinn, gemessen an der Gesamtzahl der Planstellen, die hier insgesamt zur Neuverteilung anstanden. Über den institutionellen Zuwachs legte die GV schon im Januar 1992 Rechenschaft ab; zum 1. 1. 1992 wurden gegründet:³⁷⁵

- zwei Max-Planck-Institute, nämlich ein MPI für Mikrostrukturphysik als Weiterführung des Instituts für Elektronenmikroskopie in Halle und ein MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung (Näheres hierzu siehe unten Abschnitt III.3.2);
- eine Tochtergesellschaft »zur Förderung wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH« zur Betreuung der sieben GWZs für drei Jahre; und
- zwei Außenstellen, ebenfalls »nicht auf Dauer angelegt« – eine Außenstelle des MPI für

375 Vgl. zum Folgenden: Zur Umsetzung der an die Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages, 16. Januar 1992. Redigierte Tonbandmitschrift und Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, Bl. 1–4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP; Vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1991, 1992*, 25.

Plasmaphysik (IPP) in Berlin zur Fortsetzung von Arbeiten des ZI Elektronenphysik der AdW und eine Außenstelle des MPI Extraterrestrische Physik in Berlin-Adlershof, in deren Rahmen ForscherInnen aus dem ZI für Kosmosforschung der AdW gefördert werden, »für die der Wissenschaftsrat zunächst eine Einbindung in AGs der Gesellschaft vorgesehen hatte.«

Obwohl der WR AGs der MPG nicht in ihre Empfehlungen aufnahmen, fügte man an dieser Stelle hinzu, dass unter den 28 eingerichteten AGs zwölf »mit entsprechenden Vorstellungen oder auch expliziten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zusammentrafen.«³⁷⁶ Darunter waren zwei AGs für Katalysforschung, die in Rostock eingerichtet wurden, und eine astrophysikalisch orientierte Arbeitsgruppe in Potsdam, die neben der in die »Blaue Liste« aufgenommenen Nachfolgeeinrichtung des ZI für Astrophysik anstatt der zunächst erwogenen Teilung des Instituts in eine Projektgruppe der Max-Planck-Gesellschaft und eine Landeseinrichtung geschaffen wurde. Bis Ende 1991 wurden also alles in allem – zählt man die sieben GWZs einzeln dazu – 40 Einrichtungen der MPG gegründet, von denen allerdings 38 befristet sein sollten. Davon waren elf in direkter Umsetzung der Empfehlungen des WR und 12 (der 28 AGs) standen damit in indirektem Zusammenhang. Nach der Anzahl der Einrichtungen lag das fast gleichauf mit den 35 BLEs (Einrichtungen der »Blauen Liste«) (28 Institute und sieben sonstige Einrichtungen), die infolge der WR-Empfehlungen vorgeschlagen wurden.³⁷⁷ Mehrere der BLEs waren allerdings größer als MPIs; eine davon, das Forschungszentrum Rossendorf, nahm mit 600 Stellen (137 für WissenschaftlerInnen) fast das Ausmaß einer GFE ein.

Wenden wir damit den Blick von Einrichtungen zum Personal und versuchen wir den Anteil der MPG an der Umverteilung der so genannten »Potentiale« der AdW-Institute anzugehen. Laut einer Angabe aus dem MPI für Gesellschaftsforschung (MPIGF) in Köln vom 8. November 1991 sahen die Empfehlungen des WR für die AdW-Einrichtungen künftig insgesamt 8.300 Stellen in der AUF sowie die Verlagerung von circa 1.700 Stellen an Hochschulen vor. Somit sollten »gemäß den Empfehlungen (des WR) 55,3 % der Stellen der AdW im außeruniversitären staatlich geförderten Forschungs-Sektor der neuen Länder erhalten bleiben.«³⁷⁸ In der dort zitierten allgemeinen Stellungnahme des WR vom Juli 1991 wurde eine Aufgliederung nach Sektoren der AUF vorgenommen; dort wurden für die MPG insgesamt 590 Planstellen (8,3 Prozent der eben genannten Gesamtzahl) angeführt (davon 355 für WissenschaftlerInnen).³⁷⁹

376 Ebenda, Bl. 4. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1991*, 1992, 26; dort heißt es nunmehr 11 von 27 statt 12 von 28 AGs – und zwar aus politischen Gründen (siehe unten Abschnitt III.3.1.).

377 Eigene Zählung aus: Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Allgemeiner Teil*, 1991a, 49–50.

378 MPI für Gesellschaftsforschung Köln, Übersicht zur Personalentwicklung der Forschungseinrichtungen der AdW der DDR 1989–1991, 08. 11. 1991. Erläuterungen, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 482. Wie Renate Mayntz später festhielt, war eine Reduzierung im Personal der AdW um mehr als 50 Prozent in der DDR selbst schon angedacht. Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 187.

379 Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Allgemeiner Teil*, 1991a, 50.

Bemerkenswert ist der hohe Anteil der GWZs mit 245 (35,5 Prozent) der Mitarbeiterstellen und 175 (49,3 Prozent, also fast der Hälfte) der der MPG zugedachten Wissenschaftlerstellen.

Eine von der GV im Juli erstellte Tabelle mit der Überschrift »Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezogen auf die MPG«³⁸⁰ (Abbildung 1) nimmt als Bezugsgröße nur die AdW-Institute, aus denen Stellen der MPG empfohlen wurden, und kommt auf insgesamt 4103 Stellen, davon 2169 WissenschaftlerInnen. Von diesen Stellen sollen nach den damaligen Planungen 590 (14,4 Prozent), davon 355 WissenschaftlerInnen (16,4 Prozent) zur Übernahme empfohlen worden sein. Hier war der Anteil der GWZs bei MitarbeiterInnen insgesamt höher (255 bzw. 43,3 Prozent) und bei WissenschaftlerInnen gleich (175 bzw. 49,3 Prozent). Anhand dieser Tabelle ist der relativ geringe Anteil der der MPG zugewiesenen Stellenzahlen gemessen an den Stellenzahlen der jeweiligen AdW-Institute deutlich abzulesen. Im zweiten Teil der Tabelle stehen erste, unvollständige Angaben über das Verhältnis einiger der AGs zu den AdW-Instituten, aus denen sie hervorgingen. Im Jahresbericht 1992 hieß es dazu, dass »mehr als die Hälfte (16 der 28 AGs)« Instituten der AdW entstammten, allerdings ohne Angaben von Stellenzahlen.³⁸¹

Wie oben und auch in den eben zitierten Rechenschaftsberichten festgehalten, wurden die tatsächlichen Gesamtzahlen am Ende höher. Laut des Haushaltsplans für 1992 wurden der MPG 675 neue Stellen für die Vorhaben in den neuen Ländern bewilligt. Da 1991 150 Stellen bewilligt worden waren, standen nunmehr »insgesamt 825 Stellen für die Aktivitäten in den neuen Bundesländern zur Verfügung«, wovon »20 Stellen – befristet bis 1996 – für die Generalverwaltung enthalten« waren.³⁸² Das waren noch immer weniger als zehn Prozent der Gesamtzahl. Wie auch immer man es misst, wusste man offenbar bereits im Juli 1991 um die relativ kleine Zahl der Stellen aus der AdW, welche die MPG im Vergleich zu anderen AUFES künftig zu verantworten hatten; dass selbst diese nicht alle mit AdW-MitarbeiterInnen besetzt wurden, wird weiter unten (Abschnitt III.3.2.) festzuhalten sein. Eine derart buchhalterische Bilanzierung soll keinesfalls über das große Ausmaß an menschlichen Enttäuschungen unter ostdeutschen WissenschaftlerInnen, die sich dahinter verbirgt, hinwegtäuschen.

Als eine Reflexion der Wandlungsprozesse mitten im Geschehen – kurz vor Bekanntgabe der Empfehlungen des WR –, aber auch in gewisser Hinsicht als ein Versuch, Elemente einer künftigen historischen Reflexion vorab festzulegen, kann die Rede Zachers bei der Festveranstaltung in Berlin im Juni 1991 mit dem Titel, »Die MPG im Prozess der deutschen Vereinigung«

380 Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezogen auf die MPG, 23.07.1991, Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23.10.1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1491, fol. 46. Die AGs, die Kosmosforschung und die Weierstraß-Institute wurden hier nicht mitgezählt.

381 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1991*, 1992, 20.

382 Feststellung des Haushalts-Plans für das Haushalts-Jahr 1992. Materialien der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, fot. 60, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP.

interpretiert werden.³⁸³ Gleich zu Beginn hob er die symbolische Bedeutung des Ortes stark hervor, zumal es sich um »das erste Treffen der MPG im wiedervereinigten Berlin« handelte.³⁸⁴ So rief er die Historie in Erinnerung und meinte damit nicht die Neugründung der MPG in Göttingen, sondern natürlich die Gründung der KWG in Berlin 1911. Von diesem Jahr aus betrachtet waren 80 Jahre verflossen, und er hob auch die (vermeintliche) Tradition hervor, die »Dezennien« immer in Berlin zu feiern. Nach ungewöhnlich ausführlichen Begrüßungen mehrerer hochrangiger TeilnehmerInnen setzte er sich ausführlich mit dem Vereinigungsprozess auseinander und auch hier begann er mit der (allerdings gerade geschehenen) Historie. Dabei betonte er das Fehlen von Kontakten am Anfang (ohne die Leopoldina zu erwähnen, mit der er tatsächlich weniger zu tun hatte) und wies auch darauf hin, dass die Frage, »in welcher Weise die beiden deutschen Staaten und ihre politischen, sozialen und kulturellen Systeme sich zueinander verhalten sollten, zunächst offen« blieb. »Sie blieb länger offen, als heute den meisten erinnerlich ist.«³⁸⁵ Jetzt erinnerte er daran: »Wir warnten vor einer Konvergenz«.

Daraufhin lobte Zacher die Konsensbildung und Mitarbeit, die dann folgte: »Wohl nie in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft engagierten sich so viele Wissenschaftler jenseits ihrer eigenen Forschung und so viele Mitarbeiter jenseits ihrer Alltagsarbeit für eine gemeinsame forschungspolitische Aufgabe.«³⁸⁶ Dabei ließ er die KollegInnen, die aus dem Osten kamen, nicht unerwähnt: »Nicht weniger war und ist die kollegiale Sorge für die Wissenschaft in den neuen Bundesländern eine treibende Kraft. Und viele freuten sich, endlich wieder einmal etwas für die alte Heimat tun zu können.«³⁸⁷ Daran schloss er eine Skizze des Programms der MPG in den NBL unter Hervorhebung des Institutsprinzips an, in drei Punkten: das informelle Kooperationsprogramm, die 16 bis dahin gegründeten AGs als Beitrag zur »Normalisierung der universitären Forschung« und die Institute bzw. Projektgruppen. Ahnungsvoll fügte er prospektiv hinzu: »Mit Wahrscheinlichkeit ist aber abzusehen, dass wir mehr Vorhaben beschließen können, als uns der Finanz- und Stellenrahmen jemals erlauben wird.«³⁸⁸

Brisanter wurde es, als Zacher danach auf die bisherigen Ergebnisse des Vereinigungsprozesses in den Wissenschaften zu sprechen kam. Sei die MPG angetreten, »die bewährten Grundsätze der Forschungsverfassung der Bundesrepublik« auch in den NBL zur Geltung zu bringen, »so zeigt sich nun, dass die Verhältnisse im vereinigten Deutschland eben diese Grundsätze zu verzerren drohen – zumindest die Relationen ihrer realen Relevanz.«³⁸⁹ Gemeint war einerseits die

383 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69.

384 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 64.

385 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 66.

386 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 66.

387 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 66.

388 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 66.

389 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 67. Zur Metapher einer »Forschungsverfassung« der Bundesrepublik vgl. Zacher, Herausforderung der Forschung, 1990, 63–68; besprochen oben im Abschnitt III.1.2. Angemerkt sei, dass dieser Ter-

München, 23.07.1991
T/fh

Empfehlungen
des Wissenschaftsrates,
bezogen auf die Max-Planck-Gesellschaft

AdW: Stand 1990		MPG: Stand Juli 1991	
Institute	Stellenzahl 1990 gesamt/davon Wissenschaftler	Institute Arbeitsgruppen	Stellenzahl gesamt/davon Wissenschaftler
Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie, Halle	178/90	MPI in Halle ¹⁾	100/60
Zentralinstitut für organische Chemie (ZIOC), Adlershof	758/297	MPI für Kolloid- und Grenzflächen- forschung ¹⁾	100/50
- Bereich Grenzflächenaktive Stoffe	93/43	- Adlershof o. Teltow -	
- Makromolekulare Chemie	164/77		
ZI für Physikal. Chemie (ZIPC), Adlershof	608/311		
- Bereich Adsorption	71/51		
Institut für Polymerenchemie "Erich Correns", Teltow-Seehof (IfP) (14 Abteilungen)	430/167		
ZI für Elektronenphysik, Berlin (ZIE)		Einrichtung für fusionsorientierte Plasmaphysik, Berlin (IPP Garching)	50/25
- Bereich Plasmaphysik	170/77		
ZI für Astrophysik (ZIAP), Potsdam	208/77	Projektgruppe Plasma-Astrophysik ²⁾ , Potsdam	45/20
- Astrophysikal. Observatorium, Potsdam			
- Sonnenobservatorium Einsteinturm, Potsdam	72/37		
- Observatorium für solare Radio- astronomie, Tremsdorf			
ZI für Organische Chemie (ZIOC)	67/23	Projektgruppe Komplexkatalyse ³⁾ , Rostock	40-50/ 20-25
- Bereich Komplex-Katalyse, Rostock			
Institut für deutsche Geschichte (IdG), Berlin	217/144		
Institut für Allgemeine Geschichte (IAG), Berlin	92/71		
ZI für Literaturgeschichte (ZIL), Berlin	203/146	Zentrum für zeithistorische Studien ⁴⁾ , Potsdam	35/25
ZI für Sprachwissenschaft (ZIS), Berlin	220/175	Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und -theorie ⁴⁾ , Berlin	35/25
ZI für Alte Geschichte und Archäologie, Berlin	185/129	Zentrum für die Erforschung der euro- päischen Aufklärung ⁴⁾ , Halle	35/25
ZI für Philosophie (ZiPh), Berlin	137/93	Zentrum zur Erforschung des modernen Orients ⁴⁾ , Berlin	35/25
Institut für Ästhetik und Kunstwissen- schaft (IÄK), Berlin	39/29	Zentrum für Allgemeine Sprachwissen- schaft ⁴⁾ , Berlin	35/25
Institut für zeitgeschichtliche Jugend- forschung, Berlin	11/8	Zentrum für Literaturforschung ⁴⁾ , Berlin	35/25
Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin	63/43	Zentrum für Geschichte und Kultur Ost- mitteleuropas ⁴⁾ , Leipzig	35/25
Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften (ITW), Berlin	103/75		
Einstein-Laboratorium für Theoretische Physik, Potsdam	14/6		
Einstein-Laboratorium für Theore- tische Physik, Potsdam	14/6	Einsetzung einer AG zur Konzipierung eines Albert-Einstein-Instituts für Gravitationsphysik ⁵⁾ (Vorarbeit von Prof. Ehlers)	.../...

* ZI für Sprachwissenschaft, Berlin	1 AG Bierwisch (kognitive Linguistik) .../6
* Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin	1 AG Peters (Agrargeschichte) 4/6
ZI für Mikrobiologie und experimentelle Therapie, Jena	1 AG Behnke (Molekulargenetik)
* Institut für Kosmosforschung, Berlin	2 AG (CPT-Kommission prüft z.Zt. 1 AG Goertz)
* Karl-Weierstraß-Institut für Mathematik, Berlin	4 AG (CPT-Kommission prüft z.Zt. Förderung für 2 AG)
* ZI für Optik und Spektroskopie, Berlin	1 AG Paul 11/7
* ZI für Elektronenphysik, Berlin	1 AG Zimmermann 10/5
ZI für Festkörperphysik und Werkstoffforschung, Dresden	1 AG Pompe
Zentralinstitut für Physikal. Chemie, Berlin	1 AG Sauer

***Explizite Empfehlung des Wissenschaftsrates**

- 1) Beratungsverfahren zur Gründung in einer Kommission der CPTS ist eingeleitet (nächste Sitzung: 16.8.1991)
- 2) zu prüfen durch CPTS-Kommission "neue Bundesländer" (nächste Sitzung: 2.9.1991) und durch Präsidentenkommission Astronomie/Astrophysik (nächste Sitzung: 6.9.1991)
- 3) zu prüfen durch CPTS-Kommission "neue Bundesländer" (nächste Sitzung: 2.9.1991)
- 4) zu prüfen durch GWS-Kommission "neue Bundesländer" (nächste Sitzung: 30.7.1991)

Anmerkung:

- (a) Unabhängig von den Empfehlungen des Wissenschaftsrates wird z.Zt. in Kommissionen der Sektionen über folgende "eigene" Neuvorhaben der MPG beraten:
 GWS: MPI Wirtschaftswissenschaften (1. Sitzung: 20.8.1991)
 CPTS: MPI Nichtlineare Dynamik (1. Sitzung evt. Ende September)
 BMS: MPI molekulare Pflanzenphysiologie (1. Sitzung: 18.7.1991)
 Projektgruppe Enzymologie der Peptidbindung (1. Sitzung evt. Ende September)
 MPI Infektionsbiologie (7. Sitzung: 5.12.1991)
- b) Unabhängig von den Empfehlungen des Wissenschaftsrates wird z.Zt. in den Kommissionen "neue Bundesländer" über insgesamt 9 AG-Anträge (BMS: 3/CPTS: 6) beraten; über einen weiteren AG-Antrag ist bereits positiv entschieden.
 Von den 10 Anträgen gelten 7 Anträge Wissenschaftlern aus Instituten der AdW.

Abb. 1 : Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezogen auf die MPG, 23. Juli 1991

Stärkung des BMFT in der »Vielfalt« der Kräfte und andererseits die Expansion der Institute der »Blauen Liste«. Ohne diesmal die Metapher einer »Forschungsverfassung« zu bemühen, ortete er hier – nicht völlig falsch (siehe oben Abschnitt III.2.2.) – eine Tendenz, »statt wissenschaftspolitischer Instrumente sozialpolitische Instrumente« einzusetzen, und fügte hinzu: »Die MPG muss vor den Gefahren einer – weil die Zeit drängt – ungenügend durchdachten Veränderung des Systems der Forschungsorganisationen warnen.«³⁹⁰

Am Ende dieser aufschlussreichen Rede kam Zacher wieder auf die Kostenfrage und auf den Widerspruch »zwischen dem Nötigen und dem Verfügbaren« zu sprechen: »Dabei zählt die

minus auch in den Empfehlungen der »Präsidentenkommission DDR« vom September 1990 aufgeschienen war. Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 26. 10. 1990, Anlage 1: Empfehlungen der Präsidentenkommission, Im September 1990, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391.

390 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 68.

Forschung zu den Verlierern. Am Deutlichsten wird dies am Bundeshaushalt,³⁹¹ der gerade vor dem Abschluss stand (siehe unten Abschnitt III.4.). Zumindest auf diesem Gebiet schien die deutsche Einheit jetzt nur durch Kürzungen im Westen erreichbar zu sein: »Auch in den Ländern hat die deutsche Einheit den Wind gegen die Forschung gedreht.«³⁹² So fand er den in die Gänge kommenden Ausbau in den NBL erfreulich, warnte jedoch davor, dass das Sonderprogramm Bau dabei unter die Räder komme. Zum Schluss sei »auf die heimtückische Gefahr hinzuweisen, die darin besteht, an der Forschung zu sparen. Das ist so leichtgetan. Aber die Vernachlässigung wird sich rächen.«³⁹³

Genau ein Jahr nach den Weichenstellungen vom Juni 1990 und noch bevor die Evaluierungen des WR abgeschlossen waren, hatte der MPG-Präsident mehrere der wesentlichsten Wandlungen und Dilemmata der Wissenschaftspolitik in der Folge der deutschen Vereinigung erfasst. In den nächsten Abschnitten werden diese und noch weitere zu besprechen sein.

III. 3. Phase 3: Umsetzung der Arbeitsgruppen und erste Institutsneugründungen in den NBL – mit unerwarteten Schwierigkeiten (1991–1992)

Im Folgenden sollen zunächst der Abschluss der AG-Gründungen im Jahre 1991 und einige der Probleme, die sich daraus ergaben, behandelt werden. Danach werden die ersten Gründungen neuer MPIs in den NBL besprochen. In dieser Phase wurde das eben erwähnte Thema des Umgangs mit unerwarteter Komplexität in mehreren Variationen durchgespielt. In einigen dieser Variationen konnte auf bereits vertraute Formate wie das bekannte Prozedere für Neuvorhaben der MPG zurückgegriffen werden, in anderen werden außergewöhnliche Mobilisierungen von Personenkonstellationen innerhalb und außerhalb der MPG und eine zum Teil recht flexible, gelegentlich improvisierte Handhabung institutioneller Praktiken als Ressourcen festzustellen sein.

III. 3. 1. Umsetzung und Weitergründung der Arbeitsgruppen

Bei der Bildung der AGs handelte es sich, wie oben (Abschnitt III.2.1.) ausgeführt, um ein Verfahren, bei dem Vorschläge auch nach Ablauf der zuerst gesetzten Frist möglich waren: Nachdem die Einrichtung der ersten 13 AGs auf Empfehlung aller Sektionen im März 1991 im Senat beschlossen wurde, kamen in der Folge weitere 15 hinzu, die ebenfalls von allen drei Sektionen vorgeschlagen wurden. Den Gründungsprozess erklärte man im November 1991 für »weitge-

391 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 68.

392 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 68.

393 Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69, 69.

hend abgeschlossen«. ³⁹⁴ Insgesamt wurden bis dahin 28 AGs beschlossen, aus weiter unten zu nennenden Gründen wurden es 27.

Die Umsetzung der AG-Gründungen dauerte aus mehreren Gründen jeweils ein Jahr oder mehr. Die Hochschulen waren wegen der oben erwähnten Fiktion, dass dort keine Grundlagenforschung vorhanden sei, aber auch aus anderen Gründen nicht unbedingt froh über diese Geschenke, ³⁹⁵ Raum- und Verwaltungsprobleme kamen hinzu. Im November 1991 gestand Zacher ein: »Die Installation der Gruppen habe sich als unerwartet schwierig erwiesen« wegen der Organisation von Räumlichkeiten und Verzögerungen der Kooperationen mit den Universitäten. 12 AGs seien geklärt, man hoffe, bald auch die anderen einrichten zu können. ³⁹⁶ Derartige Feststellungen kamen auch später vor, denn die Integrationsbedingungen verbesserten sich in den folgenden Jahren kaum. Vielmehr mussten die Hochschulen in dieser Zeit und darüber hinaus neben den genannten Raum- und Verwaltungsproblem auch mit schwerwiegenden Personalproblemen fertigwerden, etwa der politischen und wissenschaftlichen Evaluierung der bisherigen Professorenschaft, der Gründung und Besetzung neuer Professuren in mehreren, als politisch belastet definierten Fächern, einer Umstellung der Personalpläne auf westdeutsche Muster, die zu Massenentlassungen im Mittelbau führte, sowie mit einschneidenden Etatkürzungen, die Stelleneinsparungen nach sich zogen. ³⁹⁷

Einen ersten Einblick in die Umsetzungsproblematik geben die Gespräche Zachers mit Hochschulleitungen und MitarbeiterInnen der Ministerien in Jena und Erfurt am 27. und 28. März und in Halle am 7. April 1991. ³⁹⁸ In Jena waren neben dem Rektor Ernst Schmutzer (einem der führenden theoretischen Physiker der DDR) sogar der Minister Ulrich Fickel (FDP) mit seinem leitenden Mitarbeiter Klaus Bartholomé anwesend. ³⁹⁹ Interessanterweise mussten Bartholomé und Zacher gemeinsam den Minister in puncto Finanzierung darauf hinweisen, dass die AG-LeiterInnen ihren jeweiligen Bedarf nicht einzeln anmelden sollen, sondern der Betrag über die

394 Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154. VP, fot. 8–9.

395 Vgl. hierzu Dieter Simon: Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 1945 bis zur Gegenwart. Teil 1. Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck 1998a, 390–396.

396 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 14, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP.

397 Für einen Überblick siehe Ash, »Wie im Westen so auf Erden«?, 2010b, 45–55; für Einzelbeispiele siehe die im Teil I, Anm. 30 zitierte Literatur.

398 Präsident: Bericht über die von mir am 27. März geführten Gespräche in Jena beziehungsweise die am 28. März geführten Gespräche in Erfurt. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 40; Ders., Bericht über die am 7. April 1991 geführten Gespräche in Halle. 9. April 1991. Ebenda, fol. 42–47.

399 Zacher gab seine Eindrücke von diesen und den anderen beteiligten Personen freimütig zum Besten. Bartholomé sei beispielsweise »ein überaus erfreulich präziser, förderlicher, auf exakter Grundlage nach positiven Lösungen suchender Mann. Auf seine Beteiligung sollte bei allen künftigen Gesprächen möglichst geachtet werden.« Rektor Schmutzer sei hingegen »extrem auf den Vorteil der Universität Jena bedacht. Er versucht unablässig, maximal zu nehmen und minimal zu geben. Unter diesem Aspekt [sei er] mit größter Vorsicht zu behandeln!«, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

Max-Planck-Gesellschaft global einzusetzen war; die Zuteilung der Mittel an die Arbeitsgruppen war dann Sache der Max-Planck-Gesellschaft. »Minister Fickel ließ sich belehren.«⁴⁰⁰ Des Weiteren besprach man die Unterscheide im Einzelstatus der AG-LeiterInnen, die allgemeine Vereinbarungen hinsichtlich deren personeller Einstufung schwierig machten, die denkbaren Anstellungsmodelle (Anstellung an der Universität mit der MPG-Stellung als Nebenbeschäftigung oder MPG-Anstellung, mit der Lehre von der Universität separat beauftragt), die noch nicht adäquat gelöste Raumfrage und die noch ungeklärte Rolle der Fakultäten bei der akademischen Integration der AGs und AG-LeiterInnen.

Zentrale Knackpunkte waren aber die Klarstellung Zachers, dass die Befristung der AGs auf fünf Jahre ernst gemeint war und insbesondere seine damit einhergehende Forderung nach einer vertraglichen Festlegung der Integration der AGs bzw. ihres Personals a priori in die jeweiligen Universitäten. Wie Rektor Schmutzer umgehend klarmachte, verstieß Derartiges gegen die nunmehr einzuführende bundesdeutsche Anstellungspraxis. So habe ihm sein aus Gießen importierter Kanzler angeraten, keine Verträge mit einer Geltungsdauer über fünf Jahre zu vergeben. Damit erhielten die Verhandlungen eine von MPG-Seite wohl unerwartete West-West-Konfliktdimension. Dessen ungeachtet bestand Zacher darauf, »dass die Übernahmegarantien vorliegen müssten, *sonst ginge das Ganze zu Lasten der Max-Planck-Gesellschaft. Dieses Risiko könnten wir nicht nur nicht eingehen. Wir würden es auch nicht eingehen.*«⁴⁰¹ In Halle zeigten sich Rektor Günther Schilling (ein Agrarwissenschaftler, den Zacher als »gestandener« positiv einschätzte) und Hans-Albrecht Freye (FDP), Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (von Haus aus Biologe und zugleich Generalsekretär der Leopoldina) weitaus kooperationswilliger, doch der eben genannte Punkt war auch dort problematisch. Wie Zacher zu Recht anmerkte, sollte die MPG bei der Realisierung der AGs mit diesem Problem »immer wieder konfrontiert werden«.⁴⁰²

Vom Standpunkt der MPG-Innenpolitik aus betrachtet ist das bereits erwähnte Festhalten an der in der MPG üblichen Vorgehensweise für Neuvorhaben bei den AG-Gründungen hervorzuheben – trotz des politischen Drucks, hier zügiger voranzuschreiten. So schrieb Beatrice Fromm an die Präsidentenkommission im Mai 1991 wegen einer Besprechung der nächsten Verfahrensschritte für sieben Projektgruppen bzw. die AGs, dass »die Einleitung des für Neuvorhaben üblichen Beratungs- und Entscheidungsprozesses in den zuständigen Sektionen« bevorstünde. Ginge es gut, würde der Präsident die Sektionsvorsitzenden bitten, schon in den nächsten Sektionssitzungen (vor der Hauptversammlung) Kommissionen zu bilden und zu beauftragen, »da hier nicht nur von politischer Seite rasche Entscheidungen der MPG erwartet werden.«⁴⁰³

400 Ebenda, Bl. 7.

401 Präsident: Bericht über die von mir am 27. März geführten Gespräche in Jena beziehungsweise die am 28. März geführten Gespräche in Erfurt. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 40. Hervorhebung im Original.

402 Präsident: Bericht über die von mir am 7. April 1991 in Halle geführten Gespräche. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 47.

403 Fromm an die (Präsidenten)Kommission (Neue Bundesländer), 06.05.1991. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 55–56.

Auch dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Festhalten an gewohnten Praktiken innerhalb der MPG und dem politischen Druck zu schnellem Handeln sollte sich immer wieder und auch in anderen Kontexten und in unterschiedlichen Konstellationen ergeben.

Wie die administrative Betreuung der AGs zu handhaben sei, war gelegentlich auch Thema. Während seines Besuchs in Jena hatte Zacher

allgemein darüber aufgeklärt, dass diese über die Partnerinstitute verlaufe. Vor Ort müsse man freilich eine »Kopfstation« haben. Die Universitätsverwaltungen sollten dagegen in die Verwaltung der Max-Planck-Mittel *nicht einbezogen* werden. Das wurde *sehr positiv aufgenommen*. Niemand wünscht sich eine andere Lösung. Bei der Gestaltung der »Kopfstationen« bei den Arbeitsgruppen wird freilich noch Verwaltungshilfe nötig sein.⁴⁰⁴

Ende Juli 1991 schrieb Peter Hans Hofschneider (Direktor am MPI für Biochemie und bis Februar 1991 Vorsitzender des WR der MPG) an Hasenclever, das Thema sei »nicht unumstritten«. Seiner Meinung nach sollte nach einer nicht zu langen Ausbildungszeit die Verwaltung der AGs »vor Ort« und nicht mehr von München aus geschehen, denn das sei die Stärke der »Max-Planck-typischen« Verwaltung: »Dazu kommt, dass wir das Gefühl der Bevormundung, das sich hier und da einstellt, gar nicht erst aufkommen lassen wollen.«⁴⁰⁵ In seinem Vermerk dazu schrieb Hasenclever, dass nach Ziffer 9 der Musterregelung für die AGs vom 15. 11. 1990 die Einstellung der Verwaltungsleitung in Abstimmung mit dem westdeutschen Partnerinstitut geschehen sollte, weil westliche Verwaltungskennnisse nicht vorausgesetzt werden könnten, wobei natürlich auch Kräfte vor Ort (eine Stelle bis BAT Iva, Sekretariatskräfte und eine Schreibkraft) zu beschäftigen seien. Die Institutsbetreuung durch die MPG ergäbe sich aus der des Partnerinstituts, die jeweiligen Zuständigkeiten würden in der GV festgelegt.⁴⁰⁶

Ein anderes, überaus kniffliges Thema war die Frage nach der politischen Prüfung des vorgesehenen AG- und Institutspersonals. Ob eine Überprüfung auf Mitarbeit bei der SED oder dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR auch bei den AGs nötig sei, war anfangs unklar. Bereits sehr früh kam diese Frage hoch: So wurde in der Diskussion der Geisteswissenschaftlichen Sektion im Zusammenhang mit der Vorgabe, »dass die Leiter der AGs jedenfalls grundsätzlich aus der bisherigen DDR kommen müssten [...] auch das Problem der persönlichen Integrität bzw. politischen »Vorbelastung« der Leitungspersönlichkeit angesprochen.«⁴⁰⁷ Die Frage danach, wie dies zu prüfen sein solle, wurde hier jedoch noch nicht gestellt. Fromm schrieb im

404 Präsident: Bericht über die von mir am 27. März geführten Gespräche in Jena beziehungsweise die am 28. März geführten Gespräche in Erfurt. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 41. Hervorhebung im Original.

405 Hofschneider an Hasenclever, 30. 07. 1991. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 165. Handschriftlicher Vermerk: „Was geht denn da vor?“ Vermerk Hasenclever, 07. 08. 1991, Ebenda, fol. 162–163.

406 Vermerk Hasenclever, 07. 08. 1991. Ebendort, fol. 159–160.

407 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 10. 1990 in Köln, Bl. 11, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488.

Januar 1991 an Zacher, Hasenclever und Walther »persönlich« zum Thema der vorläufigen Formulierung der Grundsatz- und Querschnittsfragen und fragte auch danach, ob die Auswahl nicht allein nach wissenschaftlicher Qualifikation erfolgen sollte, und die »politische Vergangenheit« dagegen nur »bei rechtskräftiger Verurteilung wegen Menschenrechtsverletzungen oder bei Entlassung wegen früherer Stasi-Mitarbeit eine Rolle spielen dürfe?«⁴⁰⁸ Minister Riesenhuber und Zacher waren in dieser Frage im Allgemeinen anfangs der gleichen Meinung, dass ausschließlich wissenschaftliche Qualitätskriterien ausschlaggebend sein sollten. In einem dpa-Bericht im Dezember 1990 hatte es geheißen, Riesenhuber »halte nichts davon, allen Lebensläufen »inquisitorisch nachzugehen.«⁴⁰⁹ Einstweilen blieb es im Falle außeruniversitärer Einrichtungen wie den GWZs bei der Unterzeichnung einer freiwilligen Erklärung, man habe sich nicht bei der Staatssicherheit betätigt (wohin das führen konnte, wird im Abschnitt III.5.4. exemplarisch beleuchtet). Bei der Prüfung einer Funktionärstätigkeit bei der SED oder einer Mitarbeit bei der Stasi, wie sie an den Hochschulen in den NBL ab 1991 gesetzlich vorgeschrieben wurde,⁴¹⁰ half das jedoch nicht.

Die problematischen Folgen einer solchen Unterlassung wurden in einem Fall in Halle schon im Juni 1991 deutlich. In der Sitzung des VR berichtete Zacher, dass eine der AGs, die der dortigen Universität zugeordnet waren, »wahrscheinlich nicht zustande kommen werde«, weil der hierfür ausgewählte AG-Leiter »wegen seiner früheren Aktivität als Prorektor der Universität abberufen worden« sei und er deshalb »wohl nicht als Hochschullehrer neuen Rechts« berufen werden könne. »Unter diesen Umständen komme eine Förderung seiner Arbeiten seitens der Max-Planck-Gesellschaft nicht in Betracht.«⁴¹¹ Der VR sprach sich dafür aus, dem Betroffenen »diese Entscheidung schriftlich mitzuteilen und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.« In diesem Falle ging es nicht um den Vorwurf einer Stasi-Mitarbeit, sondern um die Neueinstellung eines von der Qualität seiner Arbeit her positiv empfohlenen Wissenschaftlers, der als Funktionär im bisherigen System gearbeitet hatte. Dies war wegen der stringenten hochschulrechtlichen Bestimmungen des Landes Sachsen-Anhalt offenbar nicht tragbar. In diesem Einzelfall konnte ein Nachfolger für den AG-Leiter gefunden werden.⁴¹² Es sollte aber nicht der letzte Fall dieser Art sein.

408 Fromm an Zacher, Hasenclever und Walther »persönlich«, 10.01.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482 AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, 179–181.

409 Forschungs-Umbau in Ex-DDR begonnen. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 49/90 (3.12.1990), 8–9, 9.

410 Zu den Hochschulerneuerungsgesetzen und der dort festgeschriebenen politischen Prüfung der Professorenschaft vgl. Ash, »Wie im Westen so auf Erden«, 2010b, 45–55.

411 Zum Folgenden vgl. Materialien der 153. Sitzung des Verwaltungsrats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153. VP. Eine Vorwarnung, dass der betreffende AG-Leiter »politisch belastet« sei, erhielt Zacher bei einem Empfang während seines Besuches in Halle vom Minister Sobetzko selbst; am Folgetag sagte der Betroffene AG-Leiter, dass er »abgewickelt« werde und im Juni womöglich ausscheiden muss, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 57, 482. Der AG-Leiter konnte später am Umweltforschungszentrum in Leipzig befristet untergebracht werden: Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10.03.1994 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161. VP, fol. 183.

412 Niederschrift der 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12.03.1991 in Stuttgart-Vaihingen, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP.

Ebenfalls im Juni hatte Albrecht Zeuner (Direktor am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht) in der Senatssitzung danach gefragt, ob sich die MPG »am Ergebnis der Ehrenverfahren nach den neuen Ländergesetzen orientiere und vor Installation der Gruppen gewährleistet sei, dass die Überprüfung der Leiter keine unangenehmen Überraschungen bringe.« Zacher erklärte dazu, womöglich sehr vereinfachend, dass dieser Punkt erledigt sei, wenn die Hochschulen die Bereitschaft zur Integration der Betreffenden bekunden«, räumte aber ein, dass in einem Falle »Erkenntnisse über eine Tätigkeit als informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit« vorlagen; die Einrichtung der AG werde daher bis zur Entscheidung des zuständigen Wissenschaftsministeriums vorerst »nicht weiterverfolgt.«⁴¹³

Das Thema blieb während dieser gesamten Phase problematisch: In der VR-Sitzung vom 12. März 1992 diskutierte man auf Wunsch von Hasenclever »die Frage, wie die Max-Planck-Gesellschaft bei Hinweisen auf eine Stasi-Vergangenheit von MitarbeiterInnen der Arbeitsgruppen verfahren solle« und

empfahl, ein flexibles, dem Einzelfall gerecht werdendes Vorgehen zu wählen – auch um langfristige Verstimmungen zu vermeiden. Es solle jeder Hinweis aufgegriffen werden, damit sich die Gesellschaft nicht dem Vorwurf aussetze, untätig geblieben zu sein. Jedoch sollten keine Maßnahmen ohne konkreten Anlass eingeleitet werden. Gegebenenfalls solle zunächst das Gespräch mit dem Arbeitsgruppenleiter – unter Einschaltung des Partnerinstituts – gesucht werden mit dem Ziel, eine Klärung herbeizuführen. In einem zweiten Schritt könne die zuständige Integritätskommission, sofern sie existiert, mit der Klärung des Sachverhalts beauftragt werden, andernfalls sei zu diesem Zweck ein entsprechendes Gremium einzurichten. Als letzte Möglichkeit solle die Max-Planck-Gesellschaft an das Land herantreten und um Amtshilfe bitten, möglicherweise unter Einschluss von Anfragen an die Gauck-Behörde.⁴¹⁴

Im Klartext hieß das, dass auch zu diesem Zeitpunkt noch immer keine Regelanfrage gewünscht oder vorgesehen war. Das hatte kurz danach auch Folgen. Im Vorfeld der Senatssitzung in Dresden im Juni 1992 wurde berichtet, dass bei zweien der in Aussicht genommenen Arbeitsgruppenleitern die zuständigen Landesministerien auf Grund von politischen Verstrickungen bzw. einer Mitarbeit bei der Staatssicherheit keine Möglichkeit einer Eingliederung in die Universität sahen. Deshalb konnte eine AG an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena nicht eingerichtet werden.; im anderen Fall fand man eine neue Leitung.⁴¹⁵ Dadurch reduzierte sich die Zahl der AGs von 28 auf 27. Trotzdem verblieb man bei einer pragmatischen »case by case«-Regelung.

413 Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, Bl. 15–16., AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP.

414 Niederschrift der 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12.03.1992 in München, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155. VP.

415 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 387. An der AG in Jena wollte man zunächst wegen der hohen Qualität der Gruppe und des Interesses der Universität festhalten. Vgl. Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 18. Dezember 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 20, fol. 6.

Unter anderem aufgrund solcher unerwarteten Vorkommnisse, aber auch wegen der oben genannten administrativen Probleme und der sehr zähen Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die AGs musste Zacher seine oben zitierte Beschreibung der Schwierigkeiten der AG-Gründungen ergänzen. In der Senatssitzung im November 1992 hieß es nunmehr:

Die Umsetzung dieser Gründungsbeschlüsse sei nicht immer einfach gewesen, da erstens die Fakultäten zunehmend ihre eigenen Vorstellungen bei der Besetzung der Leitungspositionen verwirklichen wollten, da es zweitens technische Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterbringung gegeben habe und drittens Probleme aufgrund der Überprüfungen der politischen Vergangenheit aufgetreten seien.⁴¹⁶

Auch dann war das Thema noch nicht aus der Welt. Im nächsten Jahr fiel ein weiterer AG-Leiter in Jena aufgrund früherer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit aus; in diesem Falle wurde der Betroffene nach Leuwen und der bisherige Mitarbeiter zum AG-Leiter berufen, obwohl er aus den ABL kam.⁴¹⁷

III. 3. 2. Die ersten Institutsneugründungen in den NBL

Eine genuine Chance für einen institutionellen wie epistemischen Ressourcenzuwachs und damit einen förmlichen Ausbruch aus der in der MPG so wahrgenommenen Stagnation der 1980er Jahre stellten die Institutsneugründungen dar. Ob sie als eine solche gleich erkannt wurden, ist nicht ganz klar. In den Empfehlungen der noch so genannten »Präsidentenkommission DDR« vom September 1990 und dem Rundschreiben Zachers an die Mitglieder der MPG im Oktober wurden diese kürzer und vager besprochen als die AGs. Zumindest angedacht war ein längerfristiges Engagement mittels der Gründung von Projektgruppen, »aus denen Max-Planck-Institute hervorgehen können« oder vielleicht unmittelbare MPI-Gründungen. Beides sollte allerdings nach den Prinzipien der MPG geschehen, insbesondere »nach Defiziten und Desideraten der Grundlagenforschung zu suchen« und Gebiete zu fördern, die bisher keine oder keine angemessene Förderung erfahren haben«.⁴¹⁸ Dabei sollten neben Vorschlägen aus der MPG selbst »gegebenenfalls auch Anregungen des WR zur Überführung von Instituten oder Institutsteilen der AdW in die Trägerschaft der MPG zu berücksichtigen sein«, wie sie aus der Eva-

416 Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP. Über die Erfolge, aber auch die Jahre später fortbestehenden Probleme der Umsetzung der AGs vgl. Helmut Eschrig: Der Erneuerungsprozess aus der Sicht der Max-Planck-Arbeitsgruppen. In: Gunnar Berg und Benno Parthier (Hg.): *Zur Situation der Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Neuen Ländern. Wissenschaftliches Symposium, gemeinsam veranstaltet von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 23. und 24. März 1994 in Halle (Saale)*, 1994, 147–151.

417 Zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1666, fol. 4–5.

418 Empfehlungen der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft zu Fragen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigung Deutschlands, September 1990. Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 26. 10. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, Anlage 1, fol. 5.

luierung der AdW hervorgehen.⁴¹⁹ Doch wie bereits erwähnt (Abschnitt III.2.2.) bestand Konsens darüber, dass auch diese Anregungen im Rahmen des üblichen Beratungs- und Entscheidungsverfahrens geprüft werden sollten. Vorgesehen war also auch hier wie im Falle der AGs eine Orientierung an gewohnten Vorgängen, welche jedoch nicht immer zu leisten war.

Der Vorgang selbst war auch in normalen Zeiten eine Art Bricolage, das heißt eine komplexe Zusammenfügung mehrerer Personenkonstellationen sowie institutioneller und diskursiver Komponenten: Anregungen einzelner oder mehrerer MPG-Mitglieder mit Begründungen; eingehende Beratungen innerhalb der Sektionen bzw. der von diesen eingesetzten Kommissionen; Tagungen oder sonstige Veranstaltungen, um den Stand der Forschung zum jeweiligen Thema in Erfahrung zu bringen und mögliche Leitungspersonlichkeiten kennen zu lernen; erneute Beratungen in den Kommissionen, gefolgt von der Einholung mehrerer Gutachten zu den daraufhin ausgewählten LeitungskandidatInnen; eine weitere Beratung und Abstimmung in der Sektion und last not least die eigentlichen Gründungs- und Berufungsbeschlüsse im Senat unter Einbindung unterschiedlicher diskursiver Überzeugungsstrategien. Informelle Ab- und Rücksprachen unter den Kommissionsmitgliedern sowie zwischen diesen und anderen MPG-Instanzen kamen hinzu. Prinzipiell sollten mögliche Kritikpunkte in den Kommissionen vorab durchdiskutiert werden, damit die letzten beiden Entscheidungsschritte glatt verliefen; aber auch dann waren Kritikpunkte an der Tagesordnung. Ein Scheitern war also bei jedem dieser Schritte prinzipiell möglich, was in der Zeit der deutschen Vereinigung auch mehrfach geschah (siehe Abschnitt III.4.3.2.4.). Wie sich zeigen wird, kamen Vorschläge, die man letztlich für chancenlos hielt, häufig gar nicht erst zur Entscheidung. An einem derart komplexen, zeitraubenden Gründungsverfahren auch in politischen Umbruchzeiten festzuhalten war selbst eine wissenschaftsinnenpolitische Entscheidung: Schließlich ging es um die konkrete Einlösung des Autonomieanspruchs der MPG. Gerade in dieser Phase des Geschehens wie auch später zeigte es sich, dass diese Position nicht ohne Änderungen oder Abstriche durchzuhalten war.

III. 3. 2. 1. Die ersten »induzierten« Neugründungen

In seinem Bericht über die Empfehlungen der »Präsidentenkommission DDR« in der Senatsitzung vom November 1990 hatte Zacher einen grundsätzlichen Punkt klargestellt: Die auch in der Öffentlichkeit formulierte Vorstellung mancher ostdeutscher WissenschaftlerInnen, dass die MPG Institute der AdW einfach übernehmen könnte, beruhe auf dem »Missverständnis«, dass die MPG wie in den osteuropäischen Wissenschaftsakademien »Forschung bei sich monopolartig konzentriere und kontrolliere«; demgegenüber sei die Kommission »von vorn herein darin einig gewesen, dass eine pauschale Übernahme der Akademie-Institute nicht in Betracht komme, sondern ggf. für einzelne Einrichtungen nach den für Neuvorhaben geltenden Kriterien geprüft werden müsse.«⁴²⁰ Schon damals unterschied Zacher in griffigen Worten zwischen

419 Ebendort. Vgl. fast wortgleich: Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 26. 10. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 3.

420 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP. Heinz Bethge, Ehrenpräsident der Leopoldina, meinte dazu in einem Vortrag am 18. Oktober 1990, mit Bezug auf die MPG:

»originären« Gründungen auf Initiative der MPG und »induzierten« Neugründungen aufgrund der Empfehlungen des WR.

Bei Letzteren hieß es im VR ebenfalls im November 1990 weiter: »[S]ofern der Wissenschaftsrat der Max-Planck-Gesellschaft die Übernahme von Forschungseinrichtungen empfehle«, wären auch diese Empfehlungen danach zu prüfen, »ob sie damit – wie bei originären Neugründungen – wissenschaftliches Neuland betreten.« Und zwar nicht allein in epistemischer Hinsicht, denn »angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen werde sie [die MPG, MGA] es sich nicht leisten können, an ihren Instituten schon vertretene Forschungsrichtungen zu duplizieren.«⁴²¹ Damit hatte Zacher zwei der schon seit Langem geltenden Qualitätskriterien für MPI-Neugründungen genannt. Zwei weitere Kriterien, namentlich das Subsidiaritätsprinzip und insbesondere das Vorhandensein möglicher Forscherpersönlichkeiten von internationalem Ruf auf dem jeweiligen Gebiet, also das Harnack-Prinzip, kamen ebenfalls immer wieder zur Sprache. Mit dem Wort »Übernahme« lernte man jedoch auch aus anderen Gründen recht bald vorsichtiger umzugehen. Wir beginnen mit den durch den WR »induzierten« Neugründungen, weil diese tatsächlich zuerst stattfanden – warum, das wird sogleich deutlich werden.

Als »induzierte« Neugründungen im engeren Sinne sind in dieser Phase das MPI für Mikrostrukturphysik in Halle, das aus Teilen mehrerer AdW-Institute hervorgegangene MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie die mit Personal aus AdW-Instituten gegründete Außenstelle des MPI für extraterrestrische Physik in Berlin-Adlershof (unter Fortführung von Teilen des AdW-Instituts für Kosmosforschung) und die Außenstelle des IPP in Berlin zu nennen.⁴²² Im Folgenden werden die Gründungen der beiden MPIs kurz besprochen. Das soll weniger in Form von ausführlichen Einzelfallstudien geschehen denn in Hinblick darauf, inwiefern sie im Rahmen dieser Analyse beispielhaft sind. Wie zu zeigen sein wird, lagen in beiden Fällen positive Empfehlungen des WR schon im März bzw. erst im Juli 1991 vor. Wie ging die MPG mit diesen Empfehlungen nun um? Zugespitzt formuliert stellt sich hier die Frage, ob oder inwiefern WissenschaftlerInnen, Forschungspraktiken oder Infrastruktur aus positiv evaluierten AdW-Einrichtungen als personelle oder auch epistemische Ressourcen mobilisiert bzw. zum Anlass genommen wurden, um eigene Konzepte und Vorstellungen aus der MPG zu realisieren.

»Dass ganz sicher kein Institut (der AdW) in die MPG hineinpasst, sagte ich schon. Gute Gruppen hüben könnten in eine Art Patenschaft von der MPG übernommen werden, wenn die Forschungsziele sich ergänzen.« Auch denkbar sei es, »wenn eine durchaus schon größere Abteilung gewissermaßen einmal zur Probe an einem MPG-Institut mitlaufen könnte.« Bethge, Zum deutschen Einigungsprozess, 1991, 205–216, 213.

421 Niederschrift der 151. Sitzung des Verwaltungsrats vom 14. 11. 1990 in München, Bl. 2–3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 151.VP.

422 Eine Liste der Empfehlungen des WR an die MPG wurde bereits am Ende des Abschnitt III.2.3. angeführt. Zur Außenstelle des IPP in Berlin siehe Abschnitt III.5.3. Die ebenfalls vom WR angeregte Gründung eines MPI für Gravitationsphysik wurde erst 1994 beschlossen, weshalb diese Neugründung im Abschnitt III.4.3. besprochen wird.

III. 3. 2. 1. 1. Das MPI für Mikrostrukturphysik⁴²³

Im Falle des Instituts für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie (IFE) der AdW in Halle – das einzige AdW-Institut, aus dem ein MPI wurde – liegt ein klares Beispiel der Bedeutung von Personenkonstellationen (wie sie in Abschnitt I.1. definiert wurden) und institutionellen Netzwerkverbindungen sowohl innerhalb der MPG als auch zwischen dieser und anderen Einrichtungen als Ressourcen vor uns. Beispielsweise war Herbert Walther, Direktor am MPI für Quantenoptik und Vorsitzender der »Präsidentenkommission DDR« bzw. »Neue Bundesländer«, wie bereits erwähnt (Abschnitt III.2.2.), mit dem Gründer des Instituts und langjährigen Präsidenten der Leopoldina, Heinz Bethge, kollegial und freundschaftlich verbunden. Außerdem saßen Walther und weitere Mitglieder der CPTS in der zuständigen AG des WR und hatten dadurch selbst Anteil an der Stellungnahme des WR. Seit Jahren war das IFE auch durch »besonders enge Beziehungen« mit dem MPI für Metallforschung in Stuttgart, dem MPI für Strömungsforschung in Göttingen und dem Fritz-Haber-Institut in Berlin verbunden.⁴²⁴ Das Institut und die Qualität seiner Forschung waren MPG-Mitgliedern also schon zu DDR-Zeiten bekannt. Der Nachfolger Bethges als Direktor, Johannes Heydenreich, wurde 1990 sogar auf Vorschlag des MPI für Metallforschung vom Senat zum auswärtigen Mitglied der MPG ernannt.

Die äußerst positive Stellungnahme des WR vom 13. März 1991 empfahl explizit, »das IFE *als ein Institut der Max-Planck-Gesellschaft weiterzuführen*«, sprach sich aber nicht für die Übernahme aller MitarbeiterInnen aus.⁴²⁵ Vielmehr empfahl man im Sinne des oben (Abschnitt III.2.3.) bereits hervorgehobenen strukturbetonten Vorgehens bei der Evaluierung des AdW-Instituts eine Orientierung an vergleichbaren MPIs und schätzte die »langfristig« zu erreichende Stellenzahl mit »etwa 100 Planstellen« ein, davon 60 für WissenschaftlerInnen; das bedeutete eine erhebliche Reduzierung gegenüber der bisherigen Mitarbeiterzahl von 178, davon 90 WissenschaftlerInnen.⁴²⁶ Dabei enthielt die Stellungnahme konkrete Hinweise darauf, wo gekürzt werden könnte – namentlich »im Infrastrukturbereich« –, man sprach sich aber gegen eine Reduzierung des technischen Personals aus.⁴²⁷ Somit nahm man eine differenzierte Bewertung personeller Ressourcen vor, hier der Fähigkeiten der Instrumentenbauer und -forscher. Über die Übernahme der Geräte am Institut schwieg man sich jedoch aus.

423 Eine Studie zur Gründungs- und Entwicklungsgeschichte dieses MPI von Thomas Steinhauser ist derzeit in Vorbereitung. Ihm danke ich für wertvolle Gespräche.

424 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Festkörperphysik*, 1991e, 5.

425 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Festkörperphysik*, 1991e, 16, 19. Hervorhebung durch MGA.

426 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Festkörperphysik*, 1991e, 18. Für die genauere Angabe siehe die Tabelle »Empfehlungen des Wissenschaftsrates, bezogen auf die Max-Planck-Gesellschaft«, 23. 07. 1991, Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1992 in Heidelberg, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1491.

427 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 18.

Die Forschungsgebiete und mehrere Fragestellungen des IFE waren in die Arbeit des bereits bestehenden MPG-Forschungsclusters Chemie, Physik und Materialforschung schon eingebunden. Nun ging es darum, diese Verlinkung mithilfe der Mobilisierung institutioneller Ressourcen genauer abzustimmen. Schon Anfang April, also sehr bald nach Bekanntgabe der Empfehlungen des WR zum IFE, initiierte Zacher eine komplexe Konsultation mit den Leitungen zweier, dem IFE nahestehender MPIs, dem für Metallforschung und dem Fritz-Haber-Institut. Anhand eines von der GV vorgelegten Fragenkatalogs erarbeiteten beide Institute ihre Stellungnahmen unter Rücksprache mit der Leitung des IFE. Die Ende April bzw. Anfang Mai in München eingelangten Stellungnahmen enthielten thematische Überlegungen, die klären sollten, dass und wie »Doppelarbeit« zu vermeiden sein könnte. Die Stellungnahme aus Stuttgart enthielt zudem Hinweise zur personellen Lage unter Einbeziehung des dortigen Betriebsrats; dabei hieß es, dass wegen der »ungünstigen Personalstruktur« des IFE »Härten« unvermeidbar sein würden.⁴²⁸ Währenddessen besuchte am 7. April Zacher selbst das IFE. Im Gespräch mit Heydenreich, Bethge und den AbteilungsleiterInnen des Instituts machte er deutlich, dass die MPG das IFE keinesfalls zur Gänze übernehmen konnte, und zwar allein deshalb, weil dann keine Stellen mehr für andere MPI-Gründungen verblieben. Dabei erläuterte er mehrere Optionen wie eine Umstrukturierung (einschließlich eventueller Entlassungen) vor der Übernahme als MPI oder die Gründung eines MPI in einem eher formalen Sinn und die schrittweise Übernahme von einzelnen Einheiten, was zum Teil »schmerzliche Reaktionen« und »Verständnisprobleme« hervorrief. Mit Verweis auf die Frage der Altersstruktur bat er schließlich um eine Liste der Stellen, die wegfallen könnten.⁴²⁹

In seinem Bericht am 5. Juni 1991 im VR über die Gründung des nunmehr MPI für Mikrostrukturphysik genannten Instituts sowie in der CPT-Sektionssitzung am selben Tage resümierte Zacher das Ergebnis dieser Konsultationen und legte die allgemeine Strategie der MPG hinsichtlich der »induzierten« Institutsneugründungen im Allgemeinen offen: Man wolle die »Anregung« des WR vom 13. März aufgreifen, die von der CPTS ebenfalls am 5. Juni befürwortet wurde, doch »[n]ach diesem Grundsatz werde man auch im vorliegenden Fall verfahren, um das neue Institut *nach den eigenen Vorstellungen* gestalten zu können.«⁴³⁰ In der CPTS-Sitzung sprach er noch konkreter von einer Prüfung der Frage, »ob und in welchem Umfang das vorhandene Potential für den Aufbau eines Max-Planck-Instituts geeignet erscheine«. Dabei betonte er »mit Nachdruck, dass sich die Gesellschaft nicht ohne weiteres zur Übernahme eines Instituts bereit erklären könne, weil sie darauf zu achten habe, dass Freiräume zu wissenschaftlicher Neuorientierung grundsätzlich garantiert seien. Die Fortschreibung des bisherigen Institutsprogramms könne auf keinen Fall Ziel

428 Zacher an Petzow, 05.04.1991; Zacher an Bradshaw, 10.04.1991; Bradshaw an Zacher 02.05.1991 mit Stellungnahme 29.04.1991; Petzow an Zacher 03.05.1991 mit Stellungnahme. Alles in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 95–120.

429 Zacher, Gespräch am IFE Halle, 7. April 1991, Bl. 10–11, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482. Zacher erwog intern sogar die Frage, ob das IFE als Abteilung des FHI oder des MPI für Metallforschung, oder ob es stattdessen in mehrere Abteilungen »gespalten« werden sollte, die dann jeweils dem einen oder dem anderen Institut zuzuordnen wären. Bl. 10, ebenda.

430 Niederschrift der 153. Sitzung des Verwaltungsrats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP. Hervorhebung durch MGA.

von Neugründungen sein.«⁴³¹ Sowohl der »Übernahmegedanke« als auch das »Prinzip der wissenschaftlichen Umwidmung« sollten hier bestimmend sein. Des Weiteren seien im Fall des Halenser Instituts die Altersstruktur und die bereits vorhandenen Arbeiten der MPIs in Stuttgart und Berlin zu berücksichtigen. Wie zu sehen sein wird, galten diese Vorgaben *mutatis mutandis* auch für den Umgang mit den späteren Empfehlungen des WR zur Kolloidchemie und Grenzflächenforschung, ohne dass man in diesem Fall zur Symbolik einer Namensänderung greifen musste, weil man kein Einzelinstitut vor sich hatte.

Das hieß allerdings nicht, dass auch das jeweilige inhaltliche Konzept innerhalb der MPG ohne ostdeutschen Input entwickelt wurde. Johannes Heydenreich, wie bereits erwähnt Direktor am IFE und seit 1990 auswärtiges Mitglied am MPI für Metallforschung in Stuttgart, war am Gründungskonzept des neuen MPI für Mikrostrukturphysik mit beteiligt. Was im Konzepttext von Heydenreich stammt, wird dort nicht explizit ausgewiesen, dessen Inhalt verdient es trotzdem, mit den vom WR so genannten »Vorstellungen des Instituts« verglichen zu werden.⁴³² Demnach sah sich das IFE »in der Lage, auch künftig aktuelle materialwissenschaftliche Fragestellungen aufzugreifen, deren Bearbeitung primär eine elektronenmikroskopische Experimentiertechnik erfordert.« Fragestellungen insbesondere zu niedrig-dimensionalen Systemen, Festkörperstrukturen im Nanometerbereich und mikrostrukturell konstruierten Werkstoffen sollten in diesem weitestgehend auf Kontinuität ausgerichteten Forschungsprogramm im Mittelpunkt stehen; methodische Arbeiten zur Elektronenmikroskopie und Geräteentwicklung wollte man weiterführen. Dabei sah man diese Arbeiten »als mögliche Ergänzung und tragfähige Kooperationsbasis« zu den MPIs in Stuttgart und Berlin.

Im nunmehr vorliegenden Konzept zur MPI-Gründung hieß es, dass »spezielle Aspekte des Gebiets« wie »die elektronischen Eigenschaften niedrigdimensionaler Halbleitersysteme, die Atomistik und das Verständnis der Eigenschaften innerer Grenzflächen und die mechanischen Eigenschaften dünner Metall- und Legierungsschichten« am MPI für Festkörperphysik bzw. am MPI für Metallforschung schon untersucht würden, aber ein weiter Teil des Gebiets noch offen sei: »Insbesondere fehlt es bis jetzt an einem die Stoffklassen übergreifenden Forschungsansatz auf der Basis der Korrelation zwischen Eigenschaften und Realstruktur (Defektstruktur), wie ihn gerade ein Max-Planck-Institut erbringen könnte.« Das IFE »zeichnete sich insbesondere durch Expertise in der Methodik der Elektronenmikroskopie und in der Phänomenologie der Strukturbildung dünner Schichten aus. Damit sind in Halle sehr gute Voraussetzungen für die Inangriffnahme der angesprochenen Probleme gegeben.« Der neue Konzepttext – der von der Planungsgruppe am 13. August 1991 (ausgerechnet am Jahrestag des Mauerbaus) vorgelegt und von der Kommission am 23. Oktober einstimmig und ohne Einschränkungen befürwortet wurde –, schloss mit einer bemerkenswert offenen Erklärung:

431 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05. 06. 1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 11 verso. Hervorhebung durch MGA.

432 Vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Festkörperphysik*, 1991e, 15. Konzepte aus dem IFE selbst lagen dem WR vor, sie waren aber für diese Studie nicht verfügbar.

Dieser Vorschlag für die Thematik des neuen MPI stützt sich auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates *und auf die Vorstellungen, die die Leitung und die Mitarbeiter des IFE erarbeitet hatten*, sowie auf Ratschläge angesehener Fachkollegen innerhalb und außerhalb der MPG. *Er greift wichtige Elemente aus der großen Tradition des IFE auf und versucht, sie zum Träger neuer Arbeitsrichtungen im Kontext der MPG zu machen.*⁴³³

In der Präsentation des Konzepts in der Sektionssitzung am 23. Oktober legte die Kommission besonderen Wert darauf, »dass das Forschungsprogramm zukunftssträchtigen Themen gewidmet ist, die die wissenschaftliche Spitzenstellung des künftigen Instituts gewährleisten können.«⁴³⁴ Ergänzend fügte Fischmeister hinzu: »Das Konzept sollte in gewisser Weise die Tradition des Hallenser Instituts aufnehmen, vor allem jedoch Linien zu wissenschaftlicher Neuorientierung vorgeben, aber auch eine thematische Abgrenzung gegenüber den fachlich unmittelbar benachbarten Max-Planck-Instituten vorsehen.« Demzufolge sollte das neue MPI, anders als das IFE, in drei Abteilungen gegliedert werden, zwei experimentelle und »eine eigenständige Theorie-Abteilung, [die] den Experimentatoren zwar Anregungen geben, jedoch nicht in deren Dienst stehen sollte. Diese drei Abteilungen sollten durch Neuberufungen besetzt werden«, wobei die Experimentatoren möglichst gleichzeitig berufen und die Leitung der theoretischen Abteilung später besetzt werden sollte; dem Kollegium sollte Heydenreich bis zu seiner Emeritierung in fünf Jahren ebenfalls angehören.⁴³⁵ Aus alledem ist ein nicht unkomplizierter Kurs zwischen Übernahme und Neuausrichtung im Sinne der Vorgaben Zachers zu ersehen, bei dem die Tendenz zu einer Neuausrichtung unter Mobilisierung eines Teiles des IFE-Personals überwog.

Diese wissenschaftliche Neuausrichtung wurde durch einen weiteren Faktor noch verstärkt, der in einem gewissen Sinne politisch oder zumindest politisch abgeleitet zu nennen ist, der aber auch MPG-innenpolitische Folgen zeitigte.⁴³⁶ In der Senatssitzung vom 6. Juni 1991 gab Zacher die Parole aus, die Empfehlung des WR »als Anregung zu einer Neugründung« und »*nicht als Betriebsübernahme*« zu betrachten. Eine Betriebsübernahme hätte nämlich arbeitsrechtliche Verpflichtungen zur Übernahme zumindest der vom WR empfohlenen Anzahl von MitarbeiterInnen mit unbefristeten Verträgen mit sich gebracht; darauf wollte man sich offenkundig nicht einlassen. Weil »rechtlich noch nicht abschließend geklärt« sei, was hier im Einzelnen zu geschehen habe, schlug Zacher dem Senat einen unkonventionellen Schritt vor: die Neugründung »im Grundsatz zu beschließen« und den Präsidenten »zu ermächtigen, die not-

433 Anlage: Ertl, Fischmeister, Heydenreich, Rühle: Konzept, 13.08.1991. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 116. Hervorhebung durch MGA.

434 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824, fol. 134.

435 Ebenda, Bl. 14. Hervorhebung durch MGA.

436 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, Bl. 16–17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP. Vgl. auch Materialien der 153. Sitzung des Verwaltungsrats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 3., AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP.

wendigen Maßnahmen zu ergreifen.« Eile war geboten wegen der schon erwähnten Frist zur Anstellung der AdW-MitarbeiterInnen am 31. 12. 1991. In der darauffolgenden Diskussion gab Hasenclever zu, die GV habe dieses arbeitsrechtliche Problem »relativ spät erkannt«. So werde nun darauf geachtet, dass nicht alle MitarbeiterInnen auf Dauer übernommen werden, sondern dass mehrere mit Zeitverträgen arbeiten. Während die CPT-Sektion ein Signal setzen wollte, »dass für die Mitarbeiter die Chance bestehe, in diesem Institut mitzuarbeiten«, hielt Zacher dem entgegen, dass eine Betriebsübernahme den neuen Direktoren jeglichen Spielraum nehmen würde.⁴³⁷ In der Folge konnte nach Rücksprache mit dem WR klargestellt werden, dass die Empfehlungen zum IFE die MPG nicht dazu verpflichten sollten, eine bestimmte Anzahl von MitarbeiterInnen sofort und unbefristet anzustellen, »sondern als Rahmenvorgaben für eine auf längere Sicht arbeitsfähige, der wissenschaftlichen Aufgabenstellung gemäß ausgestattete Forschungseinrichtung zu verstehen waren.«⁴³⁸

Am 2. September setzte Zacher neben Johannes Heydenreich Gerhard Ertl (Direktor am FHI), Hellmut Fischmeister und Manfred Rühle (Direktoren des Instituts für Werkstoffwissenschaft am MPI für Metallforschung) als kommissarische Leiter des MPI ein; in der VR-Sitzung am 21. November berichtete er, dass sie die Personalauswahl schon durchgeführt hätten.⁴³⁹ Das bedeutete, dass die Erstauswahl der MitarbeiterInnen am neuen MPI (wie auch am MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung, siehe unten) mithilfe einer Mobilisierung personeller Ressourcen aus der MPG selbst geschah, bevor die Berufung der neuen Direktoren überhaupt beschlossen wurde. Im Falle des Instituts in Halle nannte man das die »Gewinnung von Mitarbeitern aus dem Potential des ehemaligen Akademie-Instituts«. ⁴⁴⁰ Somit handelte es sich um einen höchst unkonventionellen, gar improvisatorischen Umgang mit der Ressource Personal und der Ressource institutioneller Praktiken infolge der politisch festgelegten Knappheit der Ressource Zeit. Die Zeitknappheit wurde hier nicht als Mittel eingesetzt, um die Evaluierung des WR zu umgehen, sondern um diese pragmatisch umzusetzen. In späteren Phasen erwies sich die Ressource Zeit als viel dehnbarer, allerdings aus anderen politischen Gründen (siehe Abschnitt III.5.4.).

Die Institutsgründung wurde daraufhin vom Senat gerade noch rechtzeitig am 21. November beschlossen, und zwar zusammen mit der Berufung von zwei neuen Direktoren: Ulrich M. Gösele (Durham, NC/USA) und Jürgen Kirschner (FU Berlin).⁴⁴¹ Auch hier waren Personenkonstellationen im Spiel, denn es handelte sich um Rückgriffe auf MPG-sozialisierte Forscher. Im

437 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05. 06. 1991 in Berlin, Bl. 20, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 12.

438 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP.

439 Niederschrift der 154. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP.

440 Materialien der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP.

441 Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 2–3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP.

Falle Göseles, der ab 1975 als Stipendiat und dann bis zu seiner Habilitation 1985 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPI für Metallforschung in Stuttgart gearbeitet hatte und im selben Jahr an die Duke University berufen worden war, scheint die Chance wahrgenommen worden zu sein, ihn nach Deutschland zurückzuholen. Man begründete den Vorschlag aber inhaltlich im Sinne der von Zacher im Juni formulierten Kriterien:

Mit der Berufung von Herrn Gösele würde das neu einzurichtende MPI für Mikrostrukturphysik in Halle einen hervorragenden Wissenschaftler erhalten, der sowohl die derzeit am Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie laufenden Forschungsarbeiten über Fehlstellen in Halbleitern theoretisch und experimentell *in neuer Form weiterführen* könnte, als auch für die neu aufzubauenden Forschungsarbeiten an Dünnschichtsystemen wichtige experimentelle und theoretische Impulse geben könnte.⁴⁴²

Kirschner hatte seine Dissertation 1971–1974 am MPI für Plasmaphysik in Garching angefertigt und es in den 1980er Jahren mit grundlegenden Arbeiten zur Wechselwirkung spin-polarisierter Elektronen mit Festkörperoberflächen und dünnen Schichten zu einer international führenden Stellung gebracht. Weil er mit Elektronenmikroskopie zu arbeiten verstand, meinte man, Kirschner »würde das auf einem der traditionsreichen Forschungsgebiete des Instituts in Halle vorhandene Potential in optimaler Weise nutzen und zu neuen, international herausragenden Entwicklungen führen können.«⁴⁴³

Neben Gösele und Kirschner sollte nunmehr Johannes Heydenreich ebenfalls zum Direktor am Institut berufen werden, weil er »zum einen eine Integrationsfigur für das Hallenser Institut darstelle« und zum anderen »seine ausgezeichneten Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Elektronenmikroskopie dem Aufbau des Instituts« bis zu seiner Emeritierung »in etwa vier Jahren zugutekommen« sollten; dies geschah aus formalen Gründen erst 1992.⁴⁴⁴ Die Berufung Heydenreichs war durchaus als Zeichen der Kontinuität gemeint, doch wie damals vermerkt wurde, verblieben ihm ohnehin nur noch wenige Jahre bis zu seiner Pensionierung. Er sollte der einzige MPI-Direktor in dieser Zeit bleiben, der in der ehemaligen DDR als Wissenschaftler tätig gewesen war. Sieht man von der kurzzeitigen Übernahme Heydenreichs ab, hielt sich die MPG also auch in diesem Punkt nicht an die Empfehlung des WR, das IFE

442 Laudatio Ulrich Gösele. Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP. Hervorhebung durch MGA.

443 Laudatio Jürgen Kirschner, ebenda, Bl. 1. Offenbar war Kirschner von Anfang an als künftiger Direktor im Spiel. Sein Name wurde von Bradshaw in seinem Begleitschreiben zur Stellungnahme des Fritz-Haber-Instituts im Mai genannt, aber in der Stellungnahme selbst mit Bedacht nicht genannt. Bradshaw an Zacher 05. 05. 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 101.

444 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, Bl. 30, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP. Auf Anfrage zur Situation Heydenreichs erklärte Fischmeister in der Sektionssitzung vom Oktober 1991, die Verzögerung seiner Berufung habe rein formale Gründe – bei seiner Ernennung zum auswärtigen Mitglied des MPI für Metallforschung seien Gutachten nicht eingeholt worden, dies müsste nun nachgeholt werden. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 15, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824.

»fortzuführen«. So wurde durch hauseigene institutionelle Prioritäten der Mobilisierung personeller Ressourcen aus den AdW-Instituten Grenzen gesetzt. Ob man auch die MitarbeiterInnen Heydenreichs übernahm oder weitere Mitglieder des früheren Direktoriums des IFE anstellte und inwiefern man hier von sozialen Gesichtspunkten sprechen kann, sind derzeit noch offene Fragen.

III. 3. 2. 1. 2. Das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung

Im Unterschied zum IFE handelte es sich im Falle der Gründung eines MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung nicht um ein bestehendes AdW-Institut, sondern um eine Neugründung unter Mobilisierung von Personal aus mehreren AdW-Instituten. Dieses war auch das einzige MPI, dessen Neugründung aus der Initiative eines ostdeutschen Wissenschaftlers hervorging. Die Initiative stammte von Burkhard Philipp, seit 1990 wieder Direktor am Institut für Polymerenchemie »Erich Correns« der AdW in Teltow-Seehof,⁴⁴⁵ der ein detailliertes Konzept an seinen Fachkollegen Gerhard Wegner, Direktor am MPI für Polymerforschung in Mainz und Vorsitzender der CPTS, schon im November 1990 schickte, also während des Evaluierungsverfahrens des WR. Wegner gab das Konzept an Hans Weidenmüller, den Vorsitzenden der »Präsidentenkommission DDR« – wie sie damals noch hieß – umgehend weiter. Im Begleitschreiben betonte Wegner, das Konzept »hebt nicht auf den Erhalt einer der Einrichtungen der ehemaligen AdW ab, auch nicht in Form einzelner Abteilungen, sondern schlägt den Aufbau eines Instituts mit einer neuen Zielsetzung vor«. Er vertrat die Auffassung, dass diese Anregung aus mehreren Gründen »eine sorgfältige Diskussion« verdiente:⁴⁴⁶

Die Kolloidchemie und die mit diesem Thema verbundene Erforschung der Physik und Chemie von Grenzflächen biologischer Art und von synthetischen Stoffen anorganischer und organischer Natur in Kontakt mit flüssigen Medien stellen in der Tat Arbeitsgebiete dar, die einerseits zukunftsweisend sind, andererseits in der alten Bundesrepublik fast ganz vernachlässigt wurden. Das Memorandum stellt richtig dar, dass ein Forschungsdefizit für diese Gebiete in Deutschland besteht. Im europäischen Ausland gibt es dagegen einige starke Zentren bzw. Schulen. Zugleich ist auf die große praktische Bedeutung der Ergebnisse der Kolloidforschung hinzuweisen.

Des Weiteren hieß es, weil es sich um ein genuin interdisziplinäres Gebiet handle, »in dem unter anderem Physikochemiker, Experimentalphysiker, Biochemiker und Theoretische Physiker zusammenarbeiten müssen, dürfte es schwer, wenn nicht unmöglich sein, das Forschungs-

445 Philipp war von 1969 bis 1981 Direktor am Institut gewesen, bis er aus politischen Gründen 1981 abgesetzt wurde; er soll auf Druck der MitarbeiterInnen 1990 wiedereingesetzt worden sein. Burkard Philipp. *Wikipedia*, 2017. https://de.wikipedia.org/wiki/Burkart_Philipp. Zuletzt aufgerufen am 16.04.2020.

446 Wegner an Weidenmüller, 20. 11. 1990. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 97 recto. Zum Folgenden vgl. ebenda, fol. 97 verso. Die Korrespondenz und das Konzept befinden sich auch in: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

defizit durch Einrichtungen an Hochschulen zu beheben«, und die MPG verfüge noch über kein Institut in diesem Bereich.

Mit diesen Ausführungen mobilisierte Wegner schon früh im Vereinigungsprozess diskursive Ressourcen, die in den Begründungen von MPI-Gründungen auch vorher bemüht worden waren und jetzt immer wieder bemüht werden sollten: der Hinweis auf Forschungsdefizite in der Bundesrepublik, also auf einen Bedarf, anderweitig etablierte Innovationen nachzuholen; das Subsidiaritätsprinzip und der Hinweis auf die potentielle praktische Bedeutung der vorgeschlagenen Grundlagenforschung. Noch fehlten die Namen potentieller Direktoren, also Repräsentanten des Harnack-Prinzips.

Die Präsidentenkommission »neue Bundesländer« befürwortete die Einsetzung einer Kommission und damit den Beginn eines Gründungsvorgangs durch die zuständige CPT-Sektion, hielt aber bereits im Vorfeld distanzierend fest, dass die im Memorandum Philipps« enthaltenen Vorstellungen »nicht als Wiedergabe der Meinung der Kommission zu verstehen« seien.⁴⁴⁷ Die Sektion setzte im Juni eine Kommission ein, der Philipp als Gast und ein Forscher aus dem ZI für Physikalische Chemie der AdW (H. Sonntag) als Mitglied angehörten – immerhin zwei ostdeutsche Wissenschaftler von insgesamt 19 Mitgliedern und Gästen.⁴⁴⁸ Kurz vor der ersten Kommissionssitzung im Juli 1991 trafen die Empfehlungen des WR vom 5. Juli für das Gebiet der Chemie mit einer Stellungnahme in genau diese Richtung ein, namentlich die Gründung eines MPI für Kolloidchemie und Grenzflächenforschung im Umfang von 100 Stellen, davon 50 für WissenschaftlerInnen, die aus den Bereichen Grenzflächenaktive Stoffe und Makromolekulare Chemie des Zentralinstituts für Organische Chemie (ZIOC), dem Bereich Kolloidchemie des Zentralinstituts für Physikalische Chemie (ZIPC) und »Potentialen des IfP in Teltow-Seehof« (Institut für Polymerenchemie Erich Correns) zu gewinnen sein sollten.⁴⁴⁹ Es sei kurz darauf hingewiesen, dass Gerhard Ertl vom Fritz-Haber-Institut Mitglied in der von der CPTS eingesetzten Kommission und auch in der für diese Empfehlung zuständigen AG des WR war. Insofern war also auch hier wie sonst auch eine Personalkonstellation im Spiel.

Im Konzepttext der Sektion vom 23. Oktober 1991 wich man allerdings vom ursprünglichen Vorschlag Burkhart Philipps im Sinne der oben zitierten Vorgaben Zachers ab.⁴⁵⁰ Philipp hatte, den Stärken der betreffenden AdW-Einrichtungen entsprechend, sechs empirisch ausgerichtete

447 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 15, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823.

448 Ebendort.

449 Wissenschaftsrat (Hg.): *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Chemie*. Köln 1992b, 121. Vgl. auch Abb. 1, S. 108.

450 Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23.10.1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824. Zum Vergleich: Memorandum zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung, ohne Autor (B. Philipp), o. D. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823, fol. 98 sowie Bl. 2–10, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

Abteilungen vorgeschlagen: disperse Systeme; Grenzflächen und Grenzschichten; lösliche Adsorptionsschichten; Mono- und Multischichten / Langmuir-Blodgett-Schichten (darin Nachweis und theoretische Beschreibung von Keimbildungs/-wachstums-Phänomenen); Struktur- und -wandlung; Tenside und Polyelektrolyte.⁴⁵¹ Demgegenüber schlug man im neuen Konzept vier Abteilungen vor: eine theoretische mit Schwerpunkt auf der »Theorie flüssiger assoziierender Mischungen (>complex fluids<) und ihrer Grenzflächen«, die im ursprünglichen Konzept nicht vorgesehen war, und drei empirische, eine für die Untersuchung der Struktur und Dynamik von Kolloiden mit physikalischen Methoden, eine für die »Untersuchung spezieller physikalischer Eigenschaften kolloider Systeme wie z. B. elektrische, optische und rheologische Eigenschaften« und eine für die »Synthese hochreiner Modellsubstanzen«, deren Leitung die anderen Abteilungen auch durch »präparative Arbeiten« unterstützen sollte.⁴⁵²

Insofern positionierte man das neue Konzept stärker im Sinne einer inter- oder gar transdisziplinären Ausrichtung im Cluster Chemie-Physik und weniger in Richtung der einzeldisziplinären chemischen Forschung. Kommissionsmitglied Hans-Wolfgang Spieß (Direktor am MPI für Polymerforschung in Mainz) gab in der Sektionssitzung an, dass »die Entscheidung um der wissenschaftlichen Flexibilität willen in Richtung fachübergreifender Struktur getroffen worden« sei.⁴⁵³ Die Kommission betonte jedoch, dass die inhaltlichen Aspekte nur einen Vorschlag darstellten, da die Forschungsagenden die künftigen DirektorInnen bestimmen sollen. Insbesondere war unklar, ob die verfügbaren Gerätschaften oder Methodenkenntnisse aus den AdW-Instituten, die Philipp in seinem Konzept besonders hervorgehoben hatte, mobilisiert werden sollten, oder lediglich eine Auswahl aus dem Personal der Einrichtungen getroffen werden und dieses für Agenden der neu zu berufenden DirektorInnen eingespannt werden sollte.

In personeller Hinsicht wurde man etwas konkreter: Die vom WR genannten 100 Stellen hielten die Kommission und auch die Sektion für geeignet; dabei sollte für jede Abteilung eine C4- und eine C3-Stelle geplant werden, die sich ergänzen sollten. »Um den künftigen Direktoren des Instituts Freiraum für eigene wissenschaftliche Pläne zu erhalten, ist ein Anteil von ca. 60 % der Planstellen für die unbefristete Besetzung vorgesehen.«⁴⁵⁴ Wegen der noch offenen Standortfrage sollten die bis zum Jahresende aus den AdW-Einrichtungen auszuwählenden

451 Memorandum, ebenda, fol. 101 recto und verso.

452 Anlage: Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung in einem der neuen Bundesländer. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 2–3, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824.

453 Niederschrift der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 18, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824.

454 Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 45–46, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824. In der Empfehlung der Kommission hieß es: »Es wird vorgeschlagen, die Planstellen so weit wie möglich mit qualifizierten Mitarbeitern der hierzu vorgesehenen AdW-Institute zu besetzen«, doch sollte für Berufungen »eine gewisse Anzahl von Planstellen frei verfügbar gehalten werden«. Anlage: Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung in einem der neuen Bundesländer. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 55, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1824.

MitarbeiterInnen zunächst an ihren bisherigen Standorten weiterarbeiten. So sollten die damit verbundenen physischen Ressourcen wie die ausgewählten MitarbeiterInnen temporär mobilisiert werden. Als Übergangszeit veranschlagte man zwei bis drei Jahre, weil ein Institutsneubau erforderlich sei. Für die Zwischenzeit wurde, wie im Falle des MPI für Mikrostrukturphysik in Halle (siehe oben), eine kommissarische Leitung eingesetzt, die aufgrund der oben erwähnten Zeitknappheit bis zum Auslauf der Verträge der AdW-MitarbeiterInnen eine erste Auswahl des Personals bis zum Jahresende vornehmen sollte. Neben den bereits genannten, Manfred Kahlweit (Direktor am MPI für biophysikalische Chemie) und Hans-Wolfgang Spiëß (Direktor am MPI für Polymerforschung), kam Karl Ludwig Kompa (Direktor am MPI für Quantenoptik) hinzu.⁴⁵⁵ In diesem Fall wurde also im Unterschied zum MPI für Mikrophysik bewusst ein offener Gründungsprozess angestoßen.

Dieser dauerte tatsächlich in etwa so lange, wie man sich damals vorgestellt hatte. Die Berufung der drei Direktoren Markus Antonietti (Kolloidchemie), Reinhard Lipowsky (Theorie) und Helmut Möhwald (Grenzflächenforschung) wurde im Oktober 1992 von der CPTS einstimmig empfohlen und am 20. November 1992 vom Senat beschlossen: Sie traten im Herbst 1993 an.⁴⁵⁶ Nach erheblichen Komplikationen bei der Standortsuche (eine Zeit lang bestand ein Angebot der MPG, das MPI in Rostock einzurichten, um die regionale Verteilung der MPIs in den NBL zu verbessern, das allerdings von den künftigen MitarbeiterInnen abgelehnt wurde; siehe Abschnitt III.4.2.) sowie Schwierigkeiten im schließlich siegreichen Angebot des Landes Brandenburg⁴⁵⁷ wurde ein Neubau im Rahmen eines 1994 lancierten »Max-Planck-Campuses« in Golm bei Potsdam errichtet, der aber erst 1999 bezogen wurde. Burkhardt Philipp hatte in seinem Konzepttext mehrere Westdeutsche und AusländerInnen als Beteiligte oder Kooperationspartner und Duzende potentielle MitarbeiterInnen aus mehreren AdW-Instituten aufgelistet. Welche von diesen tatsächlich übernommen oder als Kooperationspartner einbezogen wurden, geht aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor.

Nach alledem kann man im Falle der »induzierten« Institutsneugründungen von einer projektierten Mobilisierung ostdeutscher WissenschaftlerInnen und in einem begrenzten Ausmaß auch von einer Einbeziehung von Forschungsansätzen und -praktiken aus den jeweiligen AdW-Einrichtungen sprechen. Allerdings wurde das alles in ein MPG-konformes Format gebracht wie auch die Konzepttexte mit Bedacht flexibel genug formuliert wurden, um den vorgesehenen (bzw. im Falle der Kolloidforschung noch nicht vorgesehenen) Direktoren Spielraum zu las-

455 Niederschrift der 154. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154. VP. Die Zusammensetzung der kommissarischen Leitung wurde in einer Besprechung mit den Vizepräsidenten erarbeitet. Vgl. Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 10. Oktober 1991 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 20, fol. 26.

456 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 10. 1992 in Heidelberg, Bl. 23–25, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1827; Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04. 06. 1992 in Dresden, Bl. 26, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP.; Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1992*. München 1993, 35; Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1993*. München 1994, 107–108.

457 Zur Interessenbekundung Brandenburgs vgl. Hinrich Enderlein an Zacher, 15. 06. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 46–48; Manfred Stolpe an Zacher, 24. 02. 1993. Ebenda, fol. 50–51.

sen. Das lief auf eine Neuausrichtung der Arbeit der auszuwählenden ostdeutschen »Potentiale« durch von auswärts berufene MPI-Direktoren hinaus, in der neue Forschungsfragen erschlossen werden sollten. Im Unterschied zu Johannes Heydenreich wurde Burkhard Philipp (der zu diesem Zeitpunkt 66 Jahre alt war) nicht als Direktor des neuen MPI nominiert. Er arbeitete in der nach dem Gründungsbeschluss eingesetzten Berufungskommission mit und war auch danach am Institut beratend tätig.⁴⁵⁸ Führende WissenschaftlerInnen aus AdW-Instituten waren also zumindest an den beiden »induzierten« Neugründungen beteiligt.

Die MitarbeiterInnen des IFE und die aus den AdW-Instituten ausgewählten künftigen MitarbeiterInnen des MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung wurden aber nicht entlassen. Ihre Arbeitsverhältnisse waren wie die aller anderen AdW-MitarbeiterInnen am 31. 12. 1991 infolge der entsprechenden Bestimmung des § 38 EV ausgelaufen. Gerade deshalb wurde das Gründungsdatum beider MPIs mit dem 1. 1. 1992 festgelegt. Dies und die Entscheidung für eine Neugründung mit eigens formuliertem Konzept machte anscheinend die Bahn zumindest prinzipiell frei für eine »durchmischte« Auswahl, also MitarbeiterInnen aus den alten Einrichtungen und neuen aus dem Westen. Am MPI für Mikrostrukturphysik kam die große Mehrheit der circa 100 angestellten MitarbeiterInnen aus dem IFE, wie vom WR empfohlen. Gleichwohl musste vor Ort angesichts der starken personellen Reduzierung des Personalstands im Vergleich zu DDR-Zeiten der Eindruck entstanden sein, dass die MPG ihre eigenen Interessen auf Kosten einer international renommierten und zudem auch vom WR positiv evaluierten DDR-Einrichtung durchgesetzt habe. Ob die damaligen MitarbeiterInnen tatsächlich eine komplette Übernahme in Festanstellungen ohne Entlassungen erwarteten, obwohl Zacher der IFE-Leitung von vornherein signalisiert hatte, dass dies nicht möglich war, ist unklar.⁴⁵⁹

Im Falle des MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung war der Einschnitt noch viel tiefer. Von den circa 500 Wissenschaftlerstellen an den AdW-Einrichtungen, aus denen die »Potentiale« des neuen Instituts laut der Empfehlungen des WR gewonnen werden sollten, wurden wie oben erwähnt 50, also nur zehn Prozent, dem neuen MPI zugewiesen, von insgesamt 1300 Mitarbeiterstellen waren es 100, also noch weniger als 10 Prozent.⁴⁶⁰ Was mit den übrigen AdW-MitarbeiterInnen geschehen ist, harret einer Erforschung.⁴⁶¹

458 Vgl. hierzu Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung: Geschichte und Entwicklung. <https://www.mpikg.mpg.de/6826/history>. Zuletzt aufgerufen am 28. 04. 2020.

459 Für eine differenzierte, aber streckenweise herablassende Einschätzung der ostdeutschen MitarbeiterInnen am MPI für Mikrostrukturphysik von einem der neuen Direktoren vgl. Jürgen Kirschner: Go, Trabi, go. Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen – an einem Max-Planck-Institut in Halle. Ein experimentalphysikalischer Erfahrungsbericht. *Die Zeit* (17. 10. 1997). https://www.zeit.de/1997/43/Go_Trabi_go. Zuletzt aufgerufen am 29. 12. 2019.

460 Es handelte sich um die Bereiche Grenzflächenaktive Stoffe und Makromolekulare Chemie des ZIOC, den Bereich Kolloidchemie des ZIPC und das IfP in Teltow-Seehof. Vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Chemie*, 1992, 125. Die Zahlen basieren auf einer eigenen Berechnung aus der Tabelle »Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezogen auf die MPG«, 23. 07. 1991, abgelegt in: Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 10, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1491. Vgl. Abbildung, S. 108–109

461 Zur Analyse der chemischen Institute der AdW im Evaluierungsprozess vgl. Wolf, Steamroller, 1994, 189–232; Wolf, *Organisationsschicksale*, 1996.

Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern



Abb. 2: Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern. Stand: 11. Mai 1992. Ohne geisteswissenschaftliche Schwerpunkte.

Abbildung 2 stellt eine visuelle Bilanzierung des Entwicklungsstandes im Mai 1992, also nach den Gründungsbeschlüssen der AGs und der beiden »induzierten« Neugründungen dar, und zwar im Verhältnis zur Verteilung der MPG-Einrichtungen insgesamt, allerdings ohne die GWZs. Die Verteilung der AGs unter den NBL ist an den unterschiedlichen Zahlen ablesbar. Im Hinblick auf die Selbstdarstellung der MPG nach außen ist der Hinweis relevant, dass die Gründungen der AGs und MPIs im Text der Broschüre, der diese Grafik entnommen wurde, als »mittel- und langfristige Maßnahmen« beschrieben werden, während die seit 1990 laufenden Einzelkooperationen als »Soforthilfeprogramm« firmieren.⁴⁶² Die Unterscheidung zwischen einem »Sofortprogramm« (AGs + GWZs) und einem »langfristigen Programm« (MPIs) scheint zumindest für die Öffentlichkeitsarbeit der MPG erst 1993 maßgeblich geworden zu sein.

III. 3. 2. 2. MPG-eigene Initiativen: Die Vereinigung als Chance

Nun kommen wir zu den ersten Neugründungen, die aufgrund eigener Initiative der MPG-Mitglieder seit 1992 erfolgten. Schon im Juni 1990 hatte sich Hein Kötz, Direktor am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, in einer Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion für Neugründungen anstelle von Übernahmen ostdeutscher Einrichtungen ausgesprochen, »weil nur Neugründungen den gebotenen radikalen Schnitt ermöglichen.«⁴⁶³ Die oben erwähnten Empfehlungen der »Präsidentenkommission DDR« vom September 1990 brachte die Möglichkeit ins Spiel, Projektgruppen als Vorstufen zu MPIs oder MPIs direkt zu gründen, gab den AGs aber weitaus mehr Raum.⁴⁶⁴ Ähnlich verfuhr Zacher in seinen Rundbriefen an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG vom 26. Oktober und 16. November sowie in der Presseaussendung der MPG am 15. November.⁴⁶⁵ Gleichwohl bat er sie dort auch um Vorschläge für Projektgruppen und Institutsneugründungen, und zwar bis zum 30. November.⁴⁶⁶ Nicht nur die Notwendigkeit, die AG-Gründungen möglichst schnell in die Wege zu leiten, sondern auch ein struktureller Faktor war für das anfängliche Leisetreten mit verantwortlich: Wie Zacher in den genannten Rundbriefen und in der Senatssitzung vom 15. November klarstellte, setzte die Finanzierung von Institutsneugründungen als längerfristige Vorhaben den Beitritt der NBL zur RV Forschungsförderung voraus, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschehen war, während die AGs als befristete Vorhaben aus den bereits beantragten Mitteln des Bundes und der (westdeutschen) Länder zu finanzieren sein sollten.⁴⁶⁷

462 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *Zwischenbilanz neue Bundesländer*, 1993, 1.

463 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 20.06.1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1487.

464 Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 26.10.1990, Anlage 1: Empfehlungen der Präsidentenkommission, Im September 1990, Bl. 5–6, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391.

465 In der Presseaussendung ist von »Projektgruppen, unter bestimmten Voraussetzungen auch Institute[n]« die Rede. MPG-Presseinformation, 15.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 339.

466 Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 26.10.1990 und 16.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391.

467 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15.11.1990 in München, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP. In den Materialien zur Senatssitzung im März 1991 wurde später stattdessen die Erwartung formuliert, mit der Befürwortung

Interessant im Hinblick auf den Umgang mit institutionellen Praktiken als Ressourcen und die Innenpolitik der MPG ist die eigens eingeführte Verfahrensregelung für Neugründungsvorschläge, die Zacher in den Sektionen im Oktober als Anhang zu seinen beiden Rundschreiben an die Mitglieder mitschickte und in den VR- und Senatsitzungen im November 1990 erläuterte. Zur Beurteilung der eingegangenen Vorschläge sollten zentrale Sektionskommissionen eingerichtet werden, »um ein rasches Handeln zu ermöglichen«. ⁴⁶⁸ Während bei den AGs die Sektionskommissionen ihre Empfehlungen unmittelbar an den Senat weiterleiten konnten (was sie allerdings nicht immer taten), sollten die Vorschläge im Falle von Projektgruppen und MPIs zunächst an den Präsidenten mit Votum gehen, der das »Sortiment an Möglichkeiten [...] dann noch einmal durchgehen« sollte, »weil wir ja Schwerpunkte bilden müssen«. Im positiven Fall wollte der Präsident die Vorschläge dann an die Sektionen weiterleiten mit der Bitte, das übliche Verfahren für Neuvorhaben »mit größtmöglicher Beschleunigung« einzuleiten. ⁴⁶⁹

So kam es in diesem Zusammenhang zu einer Modifizierung der ansonsten vorherrschenden Orientierung an gewohnten Vorgangsweisen, die den Präsidenten als strategische Instanz stärkte, aber die Rolle der Sektionen als eigentliche Instanz für die Entwicklung von Neuvorhaben der MPG beibehielt. ⁴⁷⁰ Dies führte im Endeffekt zu einem verstärkten Einfluss derjenigen MPG-Mitglieder, die sich in mehreren dieser Gremien engagierten, was wiederum eine Neuverteilung der Zeitinvestitionen innerhalb der MPG mit sich brachte. Überhaupt mahnte man zur Eile: Die Hoffnung war, »bereits Anfang Februar den drei Sektionen und dem Senatsplanungsausschuss entscheidungsreife Konzepte vorstellen zu können, die dann dem Senat im März zur Beschlussfassung zugeleitet werden sollten.« ⁴⁷¹ Wie Zacher in der Senatsitzung im November resümierte: »Die Eilbedürftigkeit wird in den Sektionen so gesehen. Dieser Winter wird eine zentrale Bedeutung – eine Schwellenbedeutung – für die weitere Entwicklung der MPG haben.« ⁴⁷²

Ursprünglich dachte die Präsidentenkommission »in erster Linie an Projektgruppen, die bei Bewährung zu MPIs ausgebaut werden könnten«, wie Zacher dem Senat im November berichtete. ⁴⁷³ Es kam jedoch anders: Insgesamt wurden 23 (später hieß es: 25) Vorschläge eingereicht,

des MPG-Antrags zur Förderung der für 1991 vorgesehenen Vorhaben in den NBL durch die BLK am 4. März würden »zumindes­­t implizit auch für die mittelfristig geplante Gründung von PGs und MPIs [...] Perspektiven eröffnet werden.« Materialien der 127. Sitzung des Senats vom 08. 03. 1991 in Frankfurt am Main, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

468 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP.

469 Ebendort.

470 Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 16. 11. 1990, Anlage 3, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 370.

471 Zacher an die wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, 26. 10. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 358. Später ist realistischer von einer Behandlung der Vorschläge auch in den weiteren Senatsitzungen des Jahres 1991 die Rede.

472 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP; Stenographische Notizen der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 15, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP.

473 Niederschrift der 126. Sitzung des Senats vom 15. 11. 1990 in München, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126. SP.

von diesen wurden zunächst sieben (später hieß es: acht) zur weiteren Behandlung ausgewählt.⁴⁷⁴ Konkret handelte es sich um Gründungsvorschläge für MPIs und Projektgruppen zu den folgenden Themen: Wirtschaftswissenschaften, neuropsychologische Forschung (Projektgruppe), Infektionsbiologie, molekulare Pflanzenphysiologie; nichtlineare Dynamik; europäische Integration, Enzymologie der Peptidbindung (Projektgruppe); und theoretische Biologie.⁴⁷⁵ In der Folge wurden bis 1994 sieben MPIs gegründet, aber von diesen entstammten nur fünf – die ersten in der Liste angeführten – dieser Auswahl. Während die anderen drei der zunächst genannten Vorschläge (wie auch weitere, spätere Vorschläge) nicht realisiert wurden, kamen zwei andere, hier nicht genannte Neugründungen zu den Themen Wissenschaftsgeschichte und Gravitationsphysik zustande.

Auf alle diese Neugründungen im Detail einzugehen ist hier nicht möglich. Stattdessen sollen für die ersten vier Institutsneugründungen, die bis Ende 1992 im Senat beschlossen wurden, in diesem Abschnitt die durchaus unterschiedlichen Hintergründe, Allianzen und Ressourcenkonstellationen der Gründungsvorgänge kurz angedeutet werden, wie auch der jeweilige Bezug zum Prozess der deutschen Vereinigung herauszuarbeiten ist. Wie sich zeigen wird, war im Unterschied zu den »induzierten« Neugründungen die Bio-Medizinische Sektion (BMS) bei den Eigeninitiativen stärker involviert. Überhaupt kann die große Mehrheit der Neugründungsprojekte (sechs von acht MPIs sowie die Außenstellen des MPI für extraterrestrische Physik in Potsdam und des IPP in Berlin) als Weiterentwicklung bestehender Forschungscluster der MPG betrachtet werden. Eine von dieser Sektion vorgeschlagene Neugründung, die des MPI für Infektionsbiologie (Cluster Biomedizinische und klinische Forschung), wurde bereits vor der Vereinigung proponiert, aber erst jetzt realisiert. Die ebenfalls von der BMS vorgeschlagene Gründung eines MPI für molekulare Pflanzenphysiologie (Cluster Lebenswissenschaften) wurde erst infolge der Vereinigung initiiert, aber ebenfalls als strategische Ergänzung der Forschungsfelder bestehender MPIs verstanden. Die von der CPTS vorgeschlagene Gründung des MPI für Physik komplexer Systeme (Cluster Chemie, Physik, Metallforschung) wurde auch infolge der Vereinigung, jedoch zunächst unter dem oben genannten Titel »Nichtlineare Dynamik« als genuiner Vorstoß ins wissenschaftliche Neuland (jedenfalls für die MPG) initiiert. Die von der GWS vorgeschlagene Neugründung des MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme (anfangs MPI für Wirtschaftswissenschaften genannt, keinem der bestehenden Cluster zuzuordnen) wurde hingegen zwar nicht durch die Empfehlungen des WR, aber sehr wohl durch das Vereinigungsgeschehen mit explizit politischen und wissenschaftspolitischen Intentionen »induziert«.

474 Für die erste Liste vom Dezember 1990 vgl. 127. Sitzung des Senats am 8. März 1991 in München, Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 8 und Anlage 2, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP. Für die späteren Angaben vgl. Materialien der 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12.03.1991 in Stuttgart-Vaihingen, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155. VP. Unterlagen zum Auswahlverfahren im Einzelnen liegen derzeit nicht vor.

475 Planung der Max-Planck-Gesellschaft für die Gründung weiterer Institute und Projektgruppen in den Neuen Bundesländern. Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 40, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

In allen vier Fällen kann man von der Vereinigung als Opportunität in dem Sinne sprechen, dass das politische Geschehen Chancen bot, MPIs schneller zu gründen und unterzubringen als bis dahin je denkbar gewesen war, sofern man sie in den NBL oder im Ostteil Berlins anzusiedeln bereit war. Die drei weiteren Neugründungen dieser Zeit, die des MPI für Wissenschaftsgeschichte, des MPI für neuropsychologische Forschung und des Einstein-Instituts für Gravitationsphysik, wurden auch schon in dieser Phase initiiert, aber erst später in Phase 3 (1993–1994) beschlossen; sie werden daher weiter unten (Abschnitt III.4.3.) besprochen.

III. 3. 2. 2. 1. Das MPI für Infektionsbiologie

Die Idee eines MPI für Infektionsbiologie war von Thomas Trautner, Direktor am MPI für molekulare Genetik, schon im August 1988 vorgeschlagen und im Februar 1989 der BMS zur Stellungnahme übergeben worden. Noch im März 1990 sah man in der GV »einem längeren Diskussionsprozess« entgegen, aber beurteilte die Initiative als konstruktive Weiterentwicklung und Zusammenführung der an der infektionsbiologischen Grundlagenforschung beteiligten und in der Max-Planck-Gesellschaft »seit langem etablierten« Disziplinen – Molekularbiologie, Biochemie, Zellbiologie und Immunologie – »zu einem neuen, auf die Aufklärung der Biologie des Infektionsablaufes gerichteten Forschungsansatz[es]« und daher als »ein weiteres Element des kontinuierlichen Erneuerungsprozesses an den Instituten«. Dementsprechend beabsichtige die MPG, »das Vorhaben gegebenenfalls aus vorhandenen Ressourcen zu verwirklichen.«⁴⁷⁶ In der VR-Sitzung vertrat Hasenclever ebenfalls die Auffassung, dass die MPG diese Gründung »wohl aus eigenen Ressourcen durch Umschichtungen und Zusammenführung der auf diesem Gebiet schon laufenden Aktivitäten finanzieren müsse.«⁴⁷⁷

Im vorbereitenden Vermerk zur Senatssitzung im Juni 1990 wurde festgehalten, die Kommission habe die Neugründung »als seltene wissenschaftliche Chance begriffen, ein sowohl für die Grundlagenforschung als auch praktisch-medizinisch wichtiges Gebiet, das in Deutschland jahrzehntelang vernachlässigt worden sei, angemessen bearbeiten zu können.«⁴⁷⁸ So weit, so routinemäßig begann dieser Vorgang. Doch wie oben (Abschnitt III.1.2.) ausgeführt, erfolgten im Juni 1990 die Weichenstellungen der MPG zur Vereinigung im Wissenschaftsbereich, mit deren Folgen sich die Gesellschaft nun monatelang vorrangig befasste. Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen für dieses neue MPI durch den Senat kam es vermutlich deshalb erst im Juni 1992.⁴⁷⁹ Dabei wurden fachliche und wissenschaftspolitische Elemente miteinander ver-

476 Materialien der 149. Sitzung des Verwaltungsrats vom 14. 03. 1990 in Essen, Bl. 24, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 149. VP.

477 Bericht des Generalsekretärs, Niederschrift der 149. Sitzung des Verwaltungsrats vom 14. 03. 1990 in Essen, Bl. 5., AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 149. VP.

478 Vermerk (Fromm) zum TOP 1.2.1., Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, 05. 06. 1990, Niederschrift der 125. Sitzung des Senats vom 21. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 247.

479 Inzwischen war der vorgesehene Gründungsdirektor, Stefan H. E. Kaufmann, verständlicherweise ungeduldig geworden, zumal er einen Ruf an die Universität Düsseldorf und einen an das Zentrum für molekulare Biologie in Heidelberg wegen der bevorstehenden MPI-Berufung abgelehnt hatte. Mitchell G. Ash: Interview mit Stefan H. E. Kaufmann. Wien–Berlin (mit Zoom) 30. April 2020, DA GMPG, ID 601071; Stefan H. E. Kaufmann, persönliche Kommunikation an Mitchell G. Ash, 22. 06. 2020.

bunden. Bereits in der BMS-Sitzung im Februar hielt man fest, nachdem gefragt wurde, ob es sinnvoll sei, die Gründung mit nur einem Direktor vorzuschlagen, »oder ob es nicht sinnvoller sei, jetzt lediglich eine Gründungsempfehlung auszusprechen und vor einer Personalentscheidung die Finanzierung zu sichern«, dass dies doch »eine politische Entscheidung« sei: »Angesichts der bestehenden Option zur Aufnahme von Forschungsvorhaben in den neuen Bundesländern gelte es nun, das Projekt durch die treffenden Entscheidungen voran zu bringen.«⁴⁸⁰

Im Konzept, das dem Senat vorgelegt wurde, hielt man die gesundheitspolitische Relevanz des Themas gleich zu Beginn fest: Infektionskrankheiten machten weltweit 33 Prozent, in Entwicklungsländern sogar circa 45 Prozent der Todesursachen aus, solche Krankheiten seien aber auch in Industrieländern präsent.⁴⁸¹ Daran anschließend stellte man die Infektionsbiologie als multidisziplinäres Forschungsgebiet mit Implikationen für die biologische Grundlagenforschung und auch die klinische Arbeit dar, auf dem in Deutschland ein Defizit vorliege. Epistemischer Kern des Konzepts war nun die Betrachtung der Beziehung zwischen Wirt und Erreger als »komplexes Ökosystem«, »in dem unterschiedliche Faktoren in synergistischer und antagonistischer Weise interagieren.«⁴⁸² Um diese Faktoren im Zusammenhang miteinander untersuchen zu können, bedürfe es eines multidisziplinären Zugangs. Daher schlug man vier Abteilungen vor: Immunologie Molekulargenetik und Zellbiologie, Epidemiologie und Strukturchemie. Die klinische Forschung sollte durch Drittmittelprojekte abgedeckt werden, aber um Anregungen aus der Klinik aufnehmen und um einen Beitrag zur Etablierung des Forschungsgebietes leisten zu können, sollte das Institut »von Anfang an [...] in engem Kontakt mit Universitätsabteilungen und Kliniken stehen, um dort Interesse an dieser Disziplin zu wecken und zu vertiefen« und die Ausbildung des Nachwuchses zu fördern, der »später an Kliniken und Universitäten arbeiten« werde. Der Standort sollte Kliniknähe aufweisen, über Röntgenkristallographie und NMR-Geräte verfügen und Universitäten nahe sein, an denen Biologie und Medizin gut zusammenarbeiten. Alle diese Voraussetzungen seien in Berlin gegeben.⁴⁸³

Das Konzept war in hohem Maße auf den vorgeschlagenen Gründungsdirektor Stefan H. E. Kaufmann zugeschnitten, unter dessen Mitarbeit es auch entworfen wurde.⁴⁸⁴ Hier wie im Falle der Gründungsdirektoren des MPI für Mikrostrukturphysik griff man auf eine MPG-Personenkonstellation zurück, denn Kaufmann hatte von 1982 bis 1987 am MPI für Immunbiologie in Freiburg gearbeitet, bevor er zur Universität Ulm wechselte.⁴⁸⁵ In der Laudatio für Kaufmann

480 Zusammenfassende Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07.02.1992 in Heidelberg, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1661.

481 Vgl. zum Folgenden Anlage 1: Empfehlungen zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Infektionsbiologie, o. D. Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 1–2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

482 Ebenda, Bl. 6.

483 Ebenda, Bl. 9.

484 Materialien, Bl. 44. Zum Folgenden vgl. Laudatio Stefan H. E. Kaufmann, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 59–61, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

485 Im Interview beschrieb Kaufmann den Freiburger MPI-Direktor Klaus Eichmann als streng, aber gerecht Beurteilenden, der seine scharfen kritischen Fragen in Kolloquien als »eine Art Prüfung« handhabte; wer damit klug umgehen konn-

strich man das »Experimentalsystem« heraus, das er, beginnend mit seiner Habilitation, in einem Modell der Infektion und der Abwehr von fakultativ intrazellulären Erregern bei *Listeria monocytogenes* in der Maus aufgebaut und auf weitere Infektionskrankheiten wie Lepra und Tuberculose angewendet hatte. Danach hatte er humane Immunantworten auf Mykobakterien untersucht und diese wiederum mit denen der Maus verglichen. Mit alledem habe Kaufmann »einige ganz entscheidende Beiträge zum Verständnis der Immunbiologie fakultativ intrazellulärer Erreger geleistet.« In einer breiten Palette weiterer Studien habe er das Gebiet der Infektionsimmunologie in seiner ganzen Breite untersucht: Der »Name von Herrn Kaufmann ist demgemäß international synonym mit der deutschen Infektionsimmunologie.«⁴⁸⁶

In der Senatssitzung selbst setzte Klaus Hahlbrock, Direktor am MPI für Züchtungsforschung, traditionelle diskursive Ressourcen für MPI-Gründungen ein: Mit ihren beiden Neugründungsvorschlägen (zum MPI für Züchtungsforschung und zum MPI für molekulare Pflanzenphysiologie, siehe unten) habe sich die Sektion »auf Gebiete mit besonderem Nachhol- und Innovationsbedarf konzentriert, die zudem hohe gesellschaftliche Relevanz hätten«. In beiden Themenbereichen hatte die rasante Entwicklung der molekularbiologischen Forschung neue Zugangsmöglichkeiten zu Themen und damit inner- und interdisziplinäre Verbindungen ermöglicht, »die grundsätzlich neu und für die Max-Planck-Gesellschaft innovativ seien.« Benno Hess, Direktor am MPI für Ernährungsphysiologie in Dortmund und Ehrensensator, fügte ein Traditionsargument hinzu mit dem Hinweis darauf, »dass Deutschland das traditionelle Zentrum der Infektionsforschung gewesen sei, diese Forschung jedoch nach 1945 in vergleichbarer Intensität nicht mehr verfolgt worden sei. Er begrüße es deshalb sehr, dass diese Tradition mit ähnlicher Intensität wie in England und Frankreich wiederaufgenommen werde.«⁴⁸⁷

Doch inzwischen hatte sich das politische Umfeld gewandelt – die Finanzkrise der deutschen Vereinigung wie der MPG zeichnete sich schon ab, und die Gefahr eines Ost-West-Verteilungskampfes auch innerhalb der MPG wurde während der Diskussion dieser Initiative deutlich. Unmittelbar an dieser Diskussion der Gründungs- und Berufungsbeschlüsse entzündete sich laut Sitzungsprotokoll »eine Grundsatzdebatte« darüber, »ob sich die Max-Planck-Gesellschaft nicht unglaublich mache, wenn auf der einen Seite die schlechte finanzielle Lage beklagt und auf der anderen Seite die Gründung neuer Institute beschlossen werde.« Darauf wird im nächsten Kapitel (Abschnitt III.4.1.) näher einzugehen sein. An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt sich hier mithilfe eben dieser Institutsgründung deutlich positionierte: So zeigte er anhand dieses Beispiels auf, »dass auch die Länder, obwohl es für diese wahrlich problematisch geworden sei, einen Beitrag – sei es durch

te und sich nicht aus der Fassung bringen ließ, wurde als Kollege besonders anerkannt. Mitchell G. Ash: Interview mit Stefan H. E. Kaufmann. Wien-Berlin (mit Zoom), 30.04.2020, DA GMFG, ID 601071.

486 Laudatio Stefan H. E. Kaufmann, Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 61, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP. Im eben zitierten Interview betonte Kaufmann, dass er Erreger wie Antigene als »moving targets« untersucht habe; der Ausbau des »Experimentalsystems« basierte seiner Erinnerung nach auf »Serendipity«, nicht nur auf vorheriger Planung.

487 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 20–21, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

die Überlassung von Grundstücken oder durch Baumittel – zur Errichtung eines solchen Instituts leisten müssten, der aus dem eigenen Haushalt herauszuschneiden sei.«⁴⁸⁸

Die zweite Lesung zum Berufungsbeschluss Stefan Kaufmanns (wie auch Lothar Willmitzers als Direktor am MPI für molekulare Pflanzenphysiologie und Johannes Heydenreichs am MPI für Mikrostrukturphysik) fand in der folgenden Senatssitzung im Juni 1992 statt und fiel damit mit der Senatsempfehlung vom selben Tag zusammen, Institutsgründungen in den NBL generell »nur in Abhängigkeit von den zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten zu vollziehen.«⁴⁸⁹ Zacher ließ den Senat wissen, dass er Kaufmann und Willmitzer über die Lage informiert und deren Vorstellungen in die Planung einbezogen habe.⁴⁹⁰ Im November empfahl der VR, die Gründung des MPI für Infektionsbiologie (wie auch die des MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme, siehe unten) trotz der engen Finanzlage mit Priorität umzusetzen. Dem VR und dem Senat legte Zacher nahe, diese Empfehlung »unter vorläufigem Ausschluss der Standortfrage« umzusetzen, weil diese Frage noch Gegenstand der Verhandlungen mit den NBL-Regierungen sei (siehe Abschnitt III.4.2.). Die Infektionsbiologie sollte vorgezogen werden, weil es sich »um eine Aufgabe handele, deren Beratung noch vor und damit unabhängig von der deutschen Einigung begonnen worden sei und der ein besonders hohes Maß an wissenschaftlicher Wünschbarkeit zukomme.«⁴⁹¹

Die Gründung wurde nach Kaufmanns Annahme des Rufs 1993 offiziell vollzogen. Im folgenden Jahr wurde Thomas F. Meyer (Direktor und Leiter der Abteilung Infektionsbiologie am MPI für Biologie in Tübingen) zum Direktor am Institut und zum Leiter der Abteilung Molekularbiologie berufen. Senator Ehrhardt hatte das Interesse des Landes Berlin an diesem wie mehreren anderen MPIs schon im Mai 1992 kundgetan. Im Dezember machte ihm Zacher deutlich, dass ein Standort im Osten Berlins für die Förderung wichtig sei. Nach diesem Hinweis bemühte sich Senator Ehrhardt bzw. seine MitarbeiterInnen erfolgreich um einen Standort nahe der Charité; der Neubau wurde allerdings erst 1996 begonnen und 2000 bezogen, in der Zwischenzeit wurde das Institut in Räumen der Charité provisorisch untergebracht.⁴⁹² Damit rückte das Institut tatsächlich in die physische Nähe der großen Tradition der Infektionsforschung in Deutschland, die als diskursive Ressource in der Gründungsdiskussion eingesetzt worden war.

488 Ebenda, Bl. 21.

489 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP.

490 Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, Bl. 24, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP.

491 Niederschrift der 157. Sitzung des Verwaltungsrats vom 19.11.1992 in Stuttgart, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 157.VP.; Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 11, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

492 Ehrhardt an Zacher, 27.05.1992; Zacher an Ehrhardt, 07.12.1992; Ehrhardt an Zacher, 19.01.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fot. 201–205, fot. 215–217, fot. 206–208. 3 Mio. DM wurden im Haushalt für 1993 schon veranschlagt. Materialien der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 220 verso. Im Interview sagte Kaufmann, dass dieser Standort seiner Präferenz entsprach, obwohl es mehrere andere Möglichkeiten gegeben hat. Für die Verzögerungen des Baubeginns machte er die grundsätzliche Überforderung der Berliner Senatsbauverwaltung und dann große Schwierigkeiten am Baugrund verantwortlich. Mitchell G. Ash: Interview mit Stefan H. E. Kaufmann. Wien-Berlin (mit Zoom), 30.04.2020, DA GMPG, ID 601071.

III. 3. 2. 2. Das MPI für molekulare Pflanzenphysiologie

Der Vorschlag zur Gründung eines MPI für molekulare Pflanzenphysiologie wurde Ende 1990 von Heinz Saedler, Direktor am MPI für Züchtungsforschung, in Antwort auf den Aufruf Zachers vom 26. Oktober eingereicht und von der BMS »mit erster Priorität« empfohlen.⁴⁹³ Im Konzepttext legte Heinz Saedler das Hauptgewicht auf das zentrale MPG-Kriterium Innovativität, doch in diesem Falle verband man dieses indirekt mit einem wissenschaftspolitischen Thema, namentlich der seit Langem laufenden öffentlichen Debatte um die Gentechnik. Gerade solche Methoden sollten nunmehr zum Motor der Grundlagenforschung gewendet werden, im Einklang mit dem weltweiten Trend zur Molekularisierung der Lebenswissenschaften. So habe nach Saedler die rasante Entwicklung der Gentechnologie »eine große Wissenslücke im Bereich der biochemischen und molekularen Pflanzenphysiologie offenbart.« Diese schließen zu helfen sei entscheidend für die pharmazeutische Industrie angesichts der »zentralen Bedeutung von Pflanzen als Energiespender für alle Lebensformen der Erde, [...] ihrer Bedeutung für die menschliche und tierische Ernährung, und der Rolle von Pflanzen als Produzenten zahlreicher hoch- und niedermolekularer Inhaltsstoffe«. Nun sei es infolge der neuen molekularen Techniken möglich, »neue Ansätze zur Lösung langfristig anstehender Probleme der Pflanzenbiochemie und -physiologie zu etablieren.« Ziel des neuen MPI sollte sein, Gentechnik mit pflanzenphysiologischen und biochemischen Methoden zu verbinden und dadurch »Wasser-, Minerale- und Stoffflüsse und Wachstumsvorgänge an der intakten Pflanze zu analysieren.« Konkret sollte die Arbeit des neuen MPI auf die »Untersuchung der Biosynthese, Verteilung und Wirkung niedermolekularer Stoffe, sowie hochmolekularer Inhaltsstoffe mit Speicher- oder Strukturfunktion ausgerichtet sein.« In Deutschland sei dieses Forschungsfeld »nur wenig entwickelt«, weshalb sich durch die Fremdbesetzung von Lehrstühlen ein Defizit anbahne.

Als Direktor schlug Saedler Lothar Willmitzer vor, seit 1986 Direktor am Institut für Genbiologische Forschung in Berlin, mit dem er das Konzept offenkundig abgesprochen hatte und dessen internationalen Ruf als molekularer Pflanzenforscher er herausstrich. Es handelte sich dabei um eine recht naheliegende Mobilisierung personeller Ressourcen aus der MPG, zumal Willmitzer 1979–1985 als Mitarbeiter und 1985–1986 als Nachwuchsgruppenleiter am MPI für Züchtungsforschung tätig gewesen war.⁴⁹⁴ Auch hier wie im Falle des MPI für Infektionsbiologie ist die MPG-interne Strategie der Fortsetzung bzw. Ergänzung bereits etablierter Forschungsprogramme erkennbar. Der Schwerpunkt der Arbeiten Willmitzers hatte sich »immer mehr auf entwicklungsspezifische und metabolische Signale der Genaktivierung« verlagert, methodisch konsistent war jedoch die Nutzung von in-vitro veränderten Genen [...] sowie der anschlie-

493 Zum Folgenden vgl. Heinz Saeder, Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Molekulare Pflanzenphysiologie, o. D. Bl. 1–2, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482. Zur Prioritätsfestlegung vgl. Materialien der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Materialien zum TOP 2.2., Anlage 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

494 CV Lothar Willmitzer, Materialien der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07.02.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1661, fol. 79.

ßenden Analyse dieser veränderten Gene in transgenen Systemen« – eine Technologie, die »von Willmitzer zur Perfektion weiterentwickelt« wurde.⁴⁹⁵

Als Standort hätte Halle wegen »des dort existierenden wissenschaftlichen Potentials« im Bereich Pflanzenbiologie an der Universität und den zwei ehemaligen, fachnahen AdW-Instituten für Biochemie der Pflanzen in Halle und für Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gattersleben in Frage kommen können. Bevorzugt im Konzept wurde trotzdem Potsdam wegen des geplanten Aufbaus einer dortigen »Landesuniversität«, wegen der Nähe zu den Dahlemer Instituten und der leichteren Erreichbarkeit für internationale Gäste.

Anders und politischer stellte sich die Diskussion des Standorts in der Senatssitzung vom März 1991 dar. Inzwischen war Halle offenbar ausgeschieden, da der WR empfohlen hatte, die AdW-Institute für Biochemie der Pflanzen in Halle und für Kulturpflanzenforschung in Gattersleben als BLEs weiterzuführen.⁴⁹⁶ In seinem Plädoyer hob Sektionsvorsitzender Klaus Hahlbrock (Direktor am MPI für Züchtungsforschung) jetzt eher wissenschaftspolitische Argumente hervor, indem er betonte, dass es sich um »ein Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz handele, das mit neuen Methoden erschlossen und in Deutschland unbedingt in Angriff genommen werden müsse.« Regionalpolitisches fügte er an: Das neue MPI könne »die Brücke zwischen der Pflanzenbiochemie und -physiologie« darstellen und mit den beiden »Blaue Liste«-Instituten in Halle ein »grünes Dreieck« bilden.⁴⁹⁷ Der Vorschlag erntete Unterstützung im Senat aus Ost und West: Leopoldina-Präsident Parthier, vormals Abteilungsleiter am AdW-Institut für Biochemie der Pflanzen in Halle, »beglückwünschte die Max-Planck-Gesellschaft zu ihrem Berufungsvorschlag und unterstrich die Bedeutung des Vorhabens für die Bereiche »Ökologie« und »Umwelt««. Der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt »kündigte an, dass er diesem Vorschlag zustimmen werde, auch wenn wegen des Ausscheidens von Herrn Willmitzer aus dem Institut für Genbiologische Forschung in Berlin eine kritische Situation für diese Einrichtung entstehen werde.«⁴⁹⁸ Der Senatsbeschluss fiel wieder einstimmig (mit einer Enthaltung) aus. Die offizielle Gründung erfolgte am 1. 1. 1994.

Auch in diesem Fall stellten die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse erst einen vorläufigen Abschluss im Prozess der Zusammenstellung eines Ressourcenensembles dar, denn es ergaben sich Komplikationen bei der Standortsuche und auch bei der Besetzung weiterer Direktorenposten. 1994 entstand die Idee eines »Max-Planck-Campus« in Golm nahe Potsdam, an dem das Institut gemeinsam mit dem MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung und dem MPI für

495 Lebenslauf Lothar Willmitzer. Ebenda, Bl. 2.

496 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zu den Instituten des Forschungsbereichs Physik, zum Einstein-Laboratorium für Theoretische Physik und zum Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR*. Drs. 329/91. Düsseldorf 1991b, 110, 116; vgl. hierzu Klaus Müntz und Ulrich Wobus: *Das Institut Gattersleben und seine Geschichte. Genetik und Kulturpflanzenforschung in drei politischen Systemen*. Berlin: Springer Spektrum 2013.

497 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 23, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

498 Ebendort.

Gravitationsphysik untergebracht werden sollte.⁴⁹⁹ Das Großprojekt wurde realisiert, aber erst 1999 bezogen. Für die Zwischenzeit bot der Berliner Senator Ehrhardt die konstruktive Lösung an, dass das MPI Räume des IGF bis zur Fertigstellung des eigenen Neubaus benutzt.⁵⁰⁰ Arbeitsrechtliche Themen kamen auch hier zum Vorschein, obwohl es sich nicht um die Übernahme von »Potentialen« aus AdW-Einrichtungen handelte. Willmitzer wollte einige wissenschaftliche und mehrere nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen aus seinem alten Institut mitnehmen, doch wie ein Vermerk Wilhelm Krulls festhielt, wollten alle Beteiligten den Eindruck vermeiden, dass es sich »um eine Nachfolgeeinrichtung des Instituts für Genbiologie in Berlin handeln« könnte, denn »eine Betriebsübernahme komme nicht in Betracht«; gleichwohl liege die »Personalhoheit« in solchen Entscheidungen beim Direktor.⁵⁰¹ Last not least lehnte der 1993 berufene zweite Institutsdirektor Elmar Weiler den Ruf aus Sorgen um das »wissenschaftliche Umfeld« und auch deshalb ab, weil er »in Bochum mehr Planstellen zur Verfügung« hatte.⁵⁰² Damit zeigte sich, wohl kaum zum ersten oder zum letzten Male, dass das Prestige der MPG als immaterielle Ressource für die Gewinnung erstrangiger ForscherInnen nicht ausreichte, wenn andere materielle oder immaterielle Komponenten des Angebots für unzureichend gehalten wurden.

III. 3. 2. 2. 3. Das MPI für Physik komplexer Systeme

Wie am Beginn dieses Abschnitts erwähnt, war die Gründung des MPI für Physik komplexer Systeme (ursprünglich nichtlineare Dynamik) für die MPG ein Vorstoß in wissenschaftliches Neuland. Dieser geschah aber vorrangig mithilfe der Mobilisierung MPG-eigener personeller Ressourcen. Der Anstoß hierzu scheint zumindest indirekt von Zacher selbst gekommen zu sein. Im Anschluss an ein Referat von Ernst-August Müller, Direktor am MPI für Strömungsforschung in Göttingen, in Heidelberg Anfang Oktober 1990 über die Arbeit seiner Abteilung im Bereich der nichtlinearen dynamischen Systeme hatte Zacher diesen um eine Darstellung des Forschungsstands gebeten, die Müller ihm am 9. November schickte. Darin vertrat Müller die Auffassung, dass das Verhalten nichtlinearer dynamischer Systeme »eines der großen, noch ungelösten Probleme der Makrophysik« sei, mit Relevanz für das Wetter, biologische Systeme oder das ihm selbst naheliegende Thema der Turbulenz. Der hierfür notwendige Übergang von kleinen zu großen Zahlen dürfte »neue Gesetzmäßigkeiten« hervorbringen. »M. E. liegen auf diesem Gebiet die großen wissenschaftlichen Anforderungen der Zukunft.«⁵⁰³ Die Stellung-

499 Wilhelm Krull, Vermerk: Gespräch des Generalsekretärs mit Minister Enderlein, 10. 5. 1993, Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Düsseldorf, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161. VP, fot. 44-45. Vermerk für den Generalsekretär, hier: Geplanter Institutsneubau für das MPI für Gravitationsphysik in Golm bei Potsdam, 07. 03. 1994. Ebenda, fot. 41-42.

500 Ehrhardt an Zacher, 24. 2. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 60.

501 Wilhelm Krull, Vermerk: Gespräch des Generalsekretärs mit Minister Enderlein, 10. 5. 1993, Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Düsseldorf, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161. VP, fot. 44-45.

502 Materialien der 138. Sitzung des Senats vom 18. 11. 1994 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP, fol. 220; vgl. Max-Planck-Gesellschaft: *Jahresbericht 1994*. München 1994, 141.

503 Müller an Zacher, 09. 11. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482, fol. 392-395.

nahme gab Zacher daraufhin an Hans Weidenmüller, Vorsitzender der »Präsidentenkommission DDR« (wie sie damals noch hieß) »unter dem Vorbehalt meiner fachlichen Inkompetenz« mit der Frage weiter, »ob aus diesem Bereich etwas für die Neugründungen in der früheren DDR in Betracht kommen könnte.«⁵⁰⁴

Vermutlich aufgrund dieser Anregung verfasste Weidenmüller im November 1990 ein knappes Memorandum mit dem Vorschlag zur Gründung eines MPI für »Nichtlineare Dynamik«, aus dem diskursive Ressourcen für spätere Begründungstexte gewonnen wurden. So hob Weidenmüller als »das Charakteristikum des Themas« hervor, dass es inhaltlich wie methodisch Brücken schlägt zwischen »Teilgebieten der Physik, die bisher teilweise wenig miteinander zu tun zu haben schien[en].«⁵⁰⁵ Das Defizitargument fehlte nicht: In den USA gebe es Zentren an mehreren Standorten, die übergreifend arbeiteten, aber es »fehlt ein solches Zentrum in der Bundesrepublik und vielleicht in Europa.«⁵⁰⁶ Zur Umsetzung schlug Weidenmüller »ein reines Theorieinstitut« nach dem Modell des MPI für Mathematik in Bonn vor, mit einer kleinen Kerngruppe vor Ort und einem großen Gästeprogramm: »Ein solches Institut könnte relativ schnell entstehen und würde nicht die erheblichen Investitionen brauchen, die für experimentelle Institute nötig sind«, wobei eine »spätere Erweiterung« in diese Richtung »möglich und wünschenswert« wäre. Am Schluss nahm er eine Abgrenzung vor, die in der Folge immer wieder Thema werden sollte: »Fragestellungen aus den Biowissenschaften erfordern andere Kontakte, andere Personen, und liegen außerhalb des hier beschriebenen Vorschlags.«⁵⁰⁷

Allerdings verlief die Herstellung des Konsenses innerhalb der MPG in diesem Fall nicht so glatt wie bei den anderen Neugründungen.⁵⁰⁸ In der CPTS-Sitzung am 8. März 1991 wurde der Vorschlag »in Grundsatz begrüßt«, aber es wurden Bedenken erhoben, ob die Arbeit an »dieser zweifelsohne großartigen Theorie« ohne Integration experimenteller Vorstöße lebensfähig sei, ob alle wesentlichen Teilgebiete berücksichtigt werden könnten, wo der inhaltliche Unterschied zum Plan liege, am MPI für Strömungsforschung in diese Richtung zu arbeiten, sowie wer hier die Leitung übernehmen könnte. Last not least »hielten es auch die Befürworter für notwendig, das Sammelthema präziser zu definieren« und »von Anfang an Kohärenz anzustreben.« Weidenmüller machte deutlich, dass das Institut »als ein Kommunikationszentrum verstanden werden« sollte und stellte wieder klar, dass der Schwerpunkt im Bereich der Physik liegen sollte: »Der Bereich der Biologie sollte ausgeklammert bleiben.«

504 Zacher an Weidenmüller, 19. 11. 1990, ebenda, fol. 391.

505 Memorandum zur möglichen Neugründung eines Max-Planck-Instituts für Nichtlineare Dynamik in einem der neuen Bundesländer, o. D. Mit handschriftlichem Eintrag: »verfasst von Weidenmüller«. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823.

506 Ebenda, Bl. 2.

507 Ebenda, Bl. 3.

508 Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 15–16, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1823.

Beratungen in der Sektion wurden trotz der Kritik schon im März eingeleitet; dies wurde dem Senat unter dem Titel »Max-Planck-Institut für Nichtlineare Dynamik und Statistische Physik« berichtet.⁵⁰⁹ Es folgten Gespräche unter Mitgliedern der von der Sektion eingesetzten Kommission, die offenbar vor allem der Klärung der Leitungsfrage dienen sollten. Peter Fulde, damals Direktor am MPI für Festkörperforschung in Stuttgart, Mitglied der oben genannten zentralen Sektionskommission und nun auch dieser Sektionskommission, erinnerte sich später daran, dass Weidenmüller signalisierte, dass er selbst das neue Institut nicht leiten wollte. Daraufhin sprach man ein anderes Kommissionsmitglied an, den Marburger Professor Siegfried Grossmann: »Nach reiflicher Überlegung und mit nachvollziehbaren Argumenten« winkte Grossmann aber ebenfalls ab.⁵¹⁰ Schließlich bat man Fulde selbst, diese Aufgabe zu übernehmen. In seinen Erinnerungen heißt es dazu: »Es war bekannt, dass ich ursprünglich aus Ostdeutschland kam und dass ich den Aufbau einer leistungsstarken Wissenschaftslandschaft in den Neuen Bundesländern als gesamtdeutsche Pflicht ansah.«⁵¹¹ Nach Beratungen mit den genannten und weiteren Kommissionsmitgliedern sagte Fulde zu. Der Vorschlag im Memorandum Weidenmüllers, ein Gäste-Institut nach dem Modell des MPI für Mathematik in Bonn zu gründen, befürwortete er, ebenso wie den Ausschluss der Kern- und Teilchenphysik als Arbeitsgebiete des neuen Instituts, für die es MPIs bereits gab. Allerdings fand er die Bezeichnung Nichtlineare Dynamik »nicht angemessen« und schlug den Namen Physik komplexer Systeme vor: »Das war allgemein genug, und ließ entsprechend Spielraum für verschiedene Aktivitäten.«⁵¹² Vom Standpunkt der MPG-Innenpolitik mag zudem vom Vorteil gewesen sein, dass das Wort »Physik« im neuen Namen die von Anfang an beabsichtigte Abgrenzung vom damals noch aktuellen Vorschlag aus der BMS zur Gründung eines MPI für Theoretische Biologie deutlicher machte.

Doch selbst mit dieser Verknüpfung personeller und diskursiver Ressourcen war der innerinstitutionelle Konsens noch nicht erreicht.⁵¹³ So erhob Werner Reichardt (Direktor am MPI für biologische Kybernetik) in der Senatssitzung Ende März 1992 wieder den Einwand, dass es »Überlappungen« mit der vorgeschlagenen Neugründung im Bereich der theoretischen Biologie geben könnte. CPTS-Vorsitzender Wegner entgegnete dies mit dem Hinweis darauf, dass die damit befasste Kommission intersektionell sei und dass er in beiden Kommissionen saß. Zentraler waren jedoch wissenschaftspolitische Argumente: Während die Kritiker MPG-innenpolitisch argumentierten, dass angesichts der bereits sichtbaren Finanzknappheit der MPG »eine zusätzlich eingerichtete Abteilung« in einem der bestehenden MPIs im Westen den Zweck erfüllen könne, mobilisierten die Befürworter das wissenschaftspolitische Projekt, Neugrün-

509 Drehbuch der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

510 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 186. Mitchell G. Ash: Interview mit Peter Fulde. Dresden 28. Februar 2020, DA GMPG, ID 601061.

511 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 188.

512 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 189.

513 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 17–18, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

dungen in den NBL vorzunehmen, als Ressource zu ihren Gunsten. Das war das erste, sollte aber nicht das letzte Mal sein, dass es zu einer solchen Debatte kam. Andere Argumente wie den Hinweis auf »ein sehr qualifiziertes Potential auf dem Gebiet der theoretischen Physik« in den NBL, das dank einer Ausbildung in der ehemaligen Sowjetunion »von dieser Tradition viel einbringen könnte«, bemühte man später nicht mehr – vielleicht deshalb, weil von diesem Argument eine Verpflichtung zur Anstellung solcher Personen am Institut hätte abgeleitet werden können.

Eine weitere Dimension dieser vielschichtigen Gründungsgeschichte stellt die Festrede Hans Weidenmüllers bei der Hauptversammlung in Dresden im Juni mit dem Titel »Komplexe Systeme in der Physik« dar, die als eine Art öffentliche Werbung für dieses Thema verstanden werden kann.⁵¹⁴ Peter Fulde beschrieb sie im Nachhinein als »eine Art Vorankündigung« des Gründungsbeschlusses, obwohl »der künftige Standort« des Instituts »damals noch unklar war.«⁵¹⁵

Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen kam es allerdings erst im November. Im hierfür von der CPTS vorgelegten Konzept rekurrierte man auf das Memorandum Weidenmüllers und ergänzte dieses um einen wissenschaftspolitischen Aspekt.⁵¹⁶ Demnach seien komplexe Systeme »gekennzeichnet durch irreguläre Bewegungen in Zeit und Raum, wobei kleine Ursachen oft große Wirkungen zeigen«. Es handele sich »um einen wichtigen Themenbereich der theoretischen Physik, der weltweit eine große und wachsende Rolle spielt« und in dem »viele Gebiete der Physik und benachbarter Disziplinen integriert sind«. Auch hier bemühte man wieder den Defizitdiskurs: Einschlägige Untersuchungen würden in Deutschland von Theoriegruppen in verschiedenen Universitäten und auch in Max-Planck-Instituten durchgeführt, doch »im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten fehlt in Deutschland« ein starkes Zentrum für übergreifende und »auf theoretische Neuentwicklungen ausgerichtete« Arbeiten auf diesem Gebiet. Wissenschaftspolitisch betrachtet sei »die Offenheit des Instituts nach außen« vom Vorteil; so könnte das MPI »in besonderer Weise stimulierende Wirkung in der sich neu strukturierenden Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern entfalten.« Das Harnack-Prinzip war in diesem Fall einfach zu erfüllen, schließlich war Peter Fulde schon seit mehreren

514 Hans-Arwed Weidenmüller: Komplexe Systeme in der Physik. In: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1992*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1992, 23–33.

515 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 187. Der Vortragstext Weidenmüllers endete mit einer persönlichen Bemerkung, die hier nicht ohne Relevanz ist: »Dort, wo Sie sitzen, habe ich als Schüler vor über 40 Jahren manchen Abend verbracht. Damals war das Schauspielhaus Heimstatt sowohl der Oper als auch der Schauspielbühne und der Konzerte der Staatskapelle. Als Überlebende in einer brutal zerstörten Stadt, in der Schule mit den Betissen kommunistischer Doktrin gefüttert, habe ich hier eine andere Welt kennen und lieben gelernt. Es bewegt mich sehr, dass ich heute in dieser Stadt und von dieser Bühne zu Ihnen sprechen darf. Ich danke Ihnen.« Hans Weidenmüller, *Komplexe Systeme in der Physik*. Materialien zur 43. Ordentlichen Hauptversammlung in Dresden, 02.–05.06. 1992. AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 351.

516 Vgl. zum Folgenden Materialien zum TOP 3: Gründung eines Max-Planck-Instituts für Physik Komplexer Systeme und Berufung Peter Fuldés als Direktor am Institut, Materialien der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 161–163.

Jahren MPI-Direktor. Im Drehbuch zur Sitzung wies die GV darauf hin, dass deshalb für diesen Berufungsbeschluss nur eine Lesung nötig sei.⁵¹⁷

In der Senatssitzung selbst kamen alle institutionellen und diskursiven Ressourcen endlich zusammen, darunter der Verweis auf die einstimmige Empfehlung der Sektion am 16. Oktober 1992. Das von der Sektion vorgelegte Konzept betonte diesmal die Chance, »die Kluft [...] überbrücken, die heute noch zwischen der Theorie für kleine Moleküle (Quantenchemie) und der für ausgedehnte Strukturen (Festkörperphysik) besteht.«⁵¹⁸ Wissenschaftspolitisch wichtiger war wohl der bereits betonte Punkt, dass »[d]as Institut weit nach außen geöffnet sein« sollte. Der unbefristete Mitarbeiterstab sollte weniger als die Hälfte der Planstellen einnehmen, und bei MitarbeiterInnen wie DirektorInnen sollte »ein hohe[r] Grad an Aufgeschlossenheit gegenüber den vielfältigen, auch interdisziplinären Aspekten der Physik komplexer Systeme voraussetzen« sein. Experimentelle Arbeiten sollten aber nicht am Institut selbst, sondern in Zusammenarbeit mit Gruppen an den Universitäten verwirklicht werden, wobei »möglichst enge Wechselwirkungen zwischen Theoretischer Physik, Experimentalphysik und Mathematik [...] das Rückgrat des Instituts« bilden sollte.⁵¹⁹ Für den vorgeschlagenen Gründungsdirektor Peter Fulde warb man unter anderem mit seiner aktuellen Monographie »Electron Correlations in Molecules and Solids« (1991), ein Thema an der Grenze zwischen Festkörperphysik und Chemie, das ein »wesentlicher Teil des geplanten Arbeitsgebietes des neuen Instituts« sein sollte.⁵²⁰

Die Laudatio auf Peter Fulde hob die »außerordentliche Breite« seiner Forschungen sowie seine durch viele gemeinsame Publikationen dokumentierte Bereitschaft hervor, mit jüngeren ForscherInnen zusammenzuarbeiten, außerdem sein vielfältiges Engagement im Wissenschaftsbetrieb und insbesondere seine Persönlichkeit: »Seine gewinnende Art, seine Offenheit, Wärme und Fähigkeit, sich und andere zu begeistern, werden für die Aufbauphase und für die Verwirklichung der vorgesehenen Arbeitsweise des Instituts wesentlich sein.«⁵²¹ Dass er aus der ehemaligen DDR kam und während des Physikstudiums in den Westen gegangen war, stand ohnehin im vorliegenden Lebenslauf.⁵²²

In der Sitzung selbst mobilisierte Sektionsvorsitzender Wegner gezielt einen auf Nichtphysiker ausgerichteten Wissenschaftspopularisierungsdiskurs.⁵²³ So leitete er seine Begründung für

517 Drehbuch der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132. SP.

518 Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 55, S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132. SP.

519 Ebenda, Bl. 7.

520 Ebendort.

521 Laudatio Peter Fulde, Materialien der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP fot. 58–59.

522 Lebenslauf Peter Fulde. Ebenda, 60–61.

523 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 18–20, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP.

den Gründungsvorschlag mit einem Hinweis auf den Dresdener Festvortrag Weidenmüllers ein und brachte das weithin bekannte Beispiel von der Lawine, die, am Berg durch einen kleinen Stein ausgelöst, im Tal alles verschlingt, als Beispiel dafür, dass kleine Ursachen oft sehr große Wirkungen zeigten. Die theoretische Physik wolle erkennen, welche Gesetzmäßigkeiten solchen Phänomenen zugrunde lägen, die sich dem vertrauten, linearen Denken entzögen und nicht nur bei Naturkatastrophen aufträten, sondern in vielen Bereichen, unter anderem »bei der Photoanregung einzelner Atome oder Moleküle, im starken Laserlicht, in Neutronenstrahlen, als Turbulenzen in Strömungen, und bei Phänomenen im Kosmos« zu beobachten seien. Das bereits genannte Defizit gegenüber der USA wurde wieder einmal bemüht. Einleitend wies Zacher auf den im Juni für Neugründungen in den NBL beschlossenen Finanzierungsvorbehalt hin, was vielleicht für die Bevorzugung weniger teurer Neugründungen sprechen sollte.

Trotz alledem kam die schon mehrfach genannte MPG-interne Problematik jetzt noch einmal hoch: Benno Hess unterstützte den Vorschlag, wies aber zugleich »mit Nachdruck darauf hin, dass von der Thematik her ein Neuvorhaben zur Erforschung komplexer Systeme in der Biologie gleichermaßen zu begründen sei.«⁵²⁴ Wegner verwies in seiner Antwort darauf, dass Fulde auch an den Beratungen der Gründung eines MPI für theoretische Biologie beteiligt war. Abschließend verlieh Dieter Kind, Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, dem Ganzen doch noch eine positiv gemeinte politische Note:

Neben seiner hervorragenden fachlichen und menschlichen Qualifikation werde Herr Fulde, der nach dem Krieg zunächst an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin studiert habe, wie kaum ein anderer das Gespür für die besonderen Aufgaben eines neuen Max-Planck-Instituts in einem neuen Bundesland mitbringen.⁵²⁵

Die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse fielen wieder einstimmig, mit einer Enthaltung.

Die darauffolgende Standortsuche wurde verkompliziert durch die Finanzkrise der MPG und die bereits zu dieser Zeit laufenden Verhandlungen zwischen München und den NBL-Regierungen, in denen Standort- und Finanzierungsthemen miteinander verwoben waren (siehe Abschnitt III.4.2.). Fulde erinnerte sich daran, dass ihm der Wissenschaftsminister Thüringens die damals ungenutzten Dornberger Schlösser als Gästehaus anbot, sollte er sich für Jena entscheiden. Die Verkehrsanbindung sei dort damals aber »nicht optimal« gewesen.⁵²⁶ Hasenclever soll ihm Dresden wegen der »langen Tradition in Kunst und Kultur« nahegelegt haben, aber die Entscheidung für Dresden (und gegen Leipzig) fiel vor allem wegen der Kooperationschan-

524 Ebenda, Bl. 19. Manfred Eigen, Initiator des Vorschlags der Gründung eines MPI für theoretische Biologie, bedauerte auch später, dass sein Vorschlag mit dem Vorhaben Physik komplexer Systeme nicht miteinander koordiniert waren.

525 Ebenda, Bl. 19–20.

526 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 189; Mitchell G. Ash: Interview mit Peter Fulde. Dresden 28. Februar 2020, DA GMPG, ID 601061.

cen mit der dortigen TU »relativ klar aus.«⁵²⁷ Minister Hans Joachim Meyer setzte sich dafür im Juni mit einem Angebot zur teilweisen Deckung der voraussichtlichen Baukosten aus dem HEP und zur Unterstützung von »vollen Kooperationsrechten« mit der TU im Rahmen einer Honorar-Professur beherzt ein.⁵²⁸

Die Zustimmung der AG »DFG-MPG« der KMK kam dieses Mal sehr rasch, ebenfalls im Juni 1993; allerdings stimmte der Vertreter Thüringens »in der Erwartung zu«, »dass die Gründung dieses Instituts Bestandteil eines ausgewogenen Standortkonzepts der MPG sei«, diese Erwartung er jedoch noch nicht als erfüllt ansah.⁵²⁹ Die Berufung Fuldes wurde infolge der Finanzkrise erst im März 1993 ausgesprochen.⁵³⁰ Fulde nahm die Berufung am 1. Juni 1993 an – noch bevor der Standort Dresden mithilfe des Angebots von Minister Meyer besiegelt wurde – und trat bereits am 1. Juli als Direktor an.⁵³¹ Der Plan, bald einen zweiten Direktor zu berufen, erlitt einen herben Rückschlag durch den Unfalltod des dafür vorgesehenen Dieter Wintgen im August 1994. Daraufhin stimmte Zacher dem Vorschlag Fuldes zu, alle Kräfte in den Neubau zu stecken und auf selbständige Nachwuchsgruppen zu setzen.⁵³²

III. 3. 2. 2. 4. Das MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme

Die Gründungsgeschichte des MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme gleicht aus mehreren Gründen einer Odyssee. Sie begann als genuin politische Gründungsinitiative, allerdings weniger im Sinne eines Oktrois der ›hohen Politik‹ – wie zu zeigen sein wird, waren die PolitikerInnen im Senat eher skeptisch – denn als ein durch WissenschaftlerInnen der MPG selbst gestarteter Versuch der Durchsetzung eines politisch relevanten Programms mit wissenschaftspolitischen Mitteln.

Der erste Vorschlag in diese Richtung kam in der VR-Sitzung vom 21. Juni 1990 von Ernst-Joachim Mestmäcker (Direktor am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht in

527 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 190.

528 Meyer an Zacher, 8. 6. 1993. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrats vom 16. 06. 1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159. VP, fol. 85–87. Oben Absatz III.4.2.

529 Manfred Betz, Vermerk, Ausschuss Forschungsförderung, hier: Für die MPG wichtige Ergebnisse der Sitzung von 25. Mai 1993 in Potsdam, 26. 5. 1993. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrats vom 16. 06. 1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159. VP, fol. 210.

530 Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19. 03. 1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 36.

531 Fulde an Zacher, 1. 6. 1993, Vorlauf und Nachlauf der Sitzung der Chemisch-Physikalische-Technische Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 06. 1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829, fol. 71. Vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalische-Technische Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 06. 1993 in Trier, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829.; Materialien der 134. Sitzung des Senats vom 17. 06. 1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP, fol. 9; Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrats vom 16. 06. 1993 in Trier, Bl. 3–4, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159. VP.

532 Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 200–201; Mitchell G. Ash: Interview mit Peter Fulde. Dresden 28. Februar 2020, DA GMPG, ID 601061.

Hamburg), damals Vizepräsident der MPG, und zwar sobald die Möglichkeit solcher Initiativen in naher Zukunft von MPG-Präsidenten Staab erwähnt wurde. Seine »Anregung, an eine Initiative auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften zu denken«, wurde im Rahmen eines allgemeinen Meinungsaustauschs über solche Möglichkeiten laut Protokoll »positiv aufgenommen«. ⁵³³ Der Vorschlag stand im Dezember 1990 auf der Empfehlungsliste der zentralen Sektionskommission und wurde im darauffolgenden Bericht in der Senatssitzung im März 1991 mit Priorität genannt. ⁵³⁴ Helmut Schmidt meinte dazu, dass hier »ein erheblicher Nachholbedarf bestehe« und man »in Forschung und Lehre und in der politischen und unternehmerischen Praxis vor einem Vakuum« stehe, weshalb ein auf die Transformation von Wirtschaftssystemen ausgerichteter Institut rasch aufzubauen wäre. Doch ließ er skeptisch vernehmen, er sei »allerdings nicht überzeugt, dass dies als eine Aufgabe der MPG zu betrachten sei.« ⁵³⁵

Mitte 1991 brachte Mestmäcker einen »Vermerk zur Gründung eines MPI auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften« über seine Sektion ein, mit einer politiknahen Begründung, die dazu angetan schien, derartiger Skepsis zu begegnen: »Ein solches Institut würde der besonderen Lage in den Neuen Bundesländern und in Osteuropa in besonderer Weise Rechnung tragen«, aber auch breitere Relevanz für sich beanspruchen können. Es ginge nämlich sowohl um »den Übergang sozialistischer Planwirtschaften zu marktwirtschaftlichen Systemen« als auch um das Verhältnis der neuen Bundesrepublik wie auch der Länder Osteuropas zur Europäischen Gemeinschaft. ⁵³⁶ Fragen nach der Transformation und Integration von Wirtschaftssystemen seien »bislang nur unzulänglich erforscht«, aber von grundsätzlicher Bedeutung für die Theorie der Wirtschaftsordnungen sowie auch für das Verhältnis von Staat und Markt im Allgemeinen und hätten an »politische[r] Dringlichkeit gewonnen«. ⁵³⁷

Die im Juni 1991 von der Geisteswissenschaftlichen Sektion eingesetzte Prüfungskommission mit mehreren externen Mitgliedern empfahl die MPI-Gründung im Mai 1992; für den Bericht war Mestmäcker wieder federführend. ⁵³⁸ Dort hieß es, dass der Vorschlag, den Schwerpunkt auf

533 Niederschrift der 150. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 06. 1990 in Lübeck-Travemünde, Bl. 5–6, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150. VP.

534 Empfehlungen zur Einleitung von Beratungen über die Gründung von Projektgruppen und Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern, Materialien der 127. Sitzung des Senats vom 08. 03. 1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 23.

535 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08. 03. 1991 in Frankfurt am Main, Bl. 16, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

536 Ernst-Joachim Mestmäcker, Vermerk zur Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften, o. D., Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05. 06. 1991 in Berlin, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490.

537 Ebenda, Bl. 2 und 4.

538 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05. 06. 1991 in Berlin, Bl. 9, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490. Ernst-Joachim Mestmäcker, Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften. Drehbuch der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 13. 05. 1992 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 77–85.

die Transformationsforschung zu legen, »wichtige Einsichten in die institutionellen Bedingungen von Wirtschaftssystemen und in deren Bedeutung für den Wirtschaftsablauf« verspreche. Man gestand aber auch ein, »dass die Vorgabe dieses Themas mit einem hohen Risiko verbunden ist, weil es bisher kein konsistentes wirtschaftstheoretisches Konzept gibt, mit dem das Problem der Systemtransformation behandelt werden kann.«⁵³⁹ Entgegen dem naheliegenden Gedanken, gerade deshalb die Chancen der Interdisziplinarität zu nutzen und Ansätze aus anderen Sozialwissenschaften wie der Politikwissenschaft oder der empirischen Sozialforschung ins Konzept aufzunehmen, befürwortete die Kommission auf der Leitungsebene einen monodisziplinären Weg, der die Vielfalt der thematischen und theoretischen Zugänge innerhalb des Faches berücksichtigen sollte. Man berief sich dabei auf den »fruchtbaren Wettbewerb der Disziplinen« und meinte, dass es gerade bei der Vielfalt der interdisziplinären Bezüge geboten sei, »zunächst die Erkenntnismöglichkeiten der einzelnen Sozialwissenschaft anhand ihrer jeweils gesonderten Fragestellungen und Methoden zu erproben.«⁵⁴⁰ Ob bei dieser Strategie der bewussten Risikominimierung eine Erinnerung an die negative Erfahrung der MPG mit dem interdisziplinär ausgerichteten MPI für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg eine Rolle gespielt haben könnte,⁵⁴¹ geht aus der Empfehlung nicht hervor. Explizit mobilisiert wurden im Empfehlungsschreiben das MPG-innenpolitische Argument, dass es noch kein MPI auf diesem Gebiet gebe, und das Subsidiaritätsprinzip, denn die vorgeschlagene Forschung sei »weder an den Fakultäten noch an den großen empirisch arbeitenden Wirtschaftsinstituten« geschehen oder in Zukunft zu erwarten.⁵⁴²

Von zentraler Bedeutung für die Kommission und auch für das weitere Gründungsgeschehen war jedoch die wissenschafts- und allgemeinpolitische Bedeutung dieses Schritts. Die Gründung gerade eines solchen Max-Planck-Instituts in den neuen Bundesländern hielt die Kommission

*aus wissenschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Gründen für besonders dringlich. Die Wirtschaftswissenschaften müssen in den neuen Bundesländern aus den bekannten politischen Gründen im Wesentlichen neu aufgebaut werden. Das Max-Planck-Institut sollte dafür einen Kristallisationspunkt bilden und über die deutschen Grenzen hinaus in die mittel- und osteuropäischen Staaten hineinwirken.*⁵⁴³

539 Ebenda, fol. 80.

540 Ebenda, fol. 81.

541 Vgl. hierzu Ariane Leendertz: Ein gescheitertes Experiment – Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 243–262.

542 Drehbuch der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 13. 05. 1992 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 84.

543 Ebendort. Hervorhebung durch MGA.

Als Direktoren empfahlen die Kommission und anschließend die GWS-Sektion Alfred Schüller (Marburg), Experte für Ordnungstheorie mit Schwerpunkt sozialistische Wirtschaftsordnungen, Manfred Streit (Freiburg), Experte für Wirtschaftspolitik mit besonderer Betonung der Theorie der Institutionen und der Evolutionstheorie und Vertreter des informationstheoretischen Ansatzes Friedrich von Hayeks, sowie Hans-Werner Sinn (München), einen breit aufgestellten Experten für Finanzwissenschaft. Alle drei Herren hätten, so das Argument, schon über einschlägigen Fragen von unterschiedlichen Gesichtspunkten aus zu arbeiten begonnen. Dabei stach das Buch von Gerlinde und Hans-Werner Sinn, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung* (1991) hervor, die bis dahin und auch lange danach umfassendste und scharfsinnigste Analyse und Kritik der wirtschaftspolitischen Dimension der deutschen Vereinigung.⁵⁴⁴ Darin machten die beiden AutorInnen nicht den für die Währungsunion gewählten Umtauschkurs vom 1. Juli 1990, sondern eine zu schnelle Angleichung der Löhne und Fehler bei der Rückgabe bzw. der Privatisierung des DDR-Volkseigentums für den Kollaps der Wirtschaft der DDR verantwortlich. In seiner Laudatio auf Sinn führte dessen Doktorvater und Kommissionsmitglied Wilhelm Krelle aus, Sinns Arbeit zeuge »von genuinem wirtschaftspolitischen Interesse und tiefem Mitgefühl mit dem nicht leichten Schicksal der ostdeutschen Landsleute, die trotz aller Hilfen vom Westen zunächst ein Tal der Tränen durchqueren müssen.«⁵⁴⁵

MPG-innenpolitisch wichtig war, dass die Forschungsschwerpunkte der drei Wissenschaftler den drei Gebieten entsprachen, die Mestmäcker in seinem ersten Vermerk als Schwerpunkte des Instituts genannt hatte: Wirtschaftstheorie (hier: Ordnungstheorie), Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaften.⁵⁴⁶ Außergewöhnlich war die Aufforderung der Kommission an die drei Kollegen, selbst ein Konzept für die gemeinsame Arbeit zu entwerfen; das von ihnen vorgelegte Konzept für das MPI stellte eine Verbindung dieser Ansätze dar.⁵⁴⁷ Strategisch wichtiger war jedoch die Mobilisierung politischer und wissenschaftspolitischer Diskurselemente im Konzept, die in dieser Form bei keiner anderen MPI-Gründung in dieser Zeit vorkamen. Gleich zu Beginn hoben Schüller, Streit und Sinn den welthistorischen Moment hervor:⁵⁴⁸

544 Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn (Hg.): *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1991. Die starke Wirkung der Argumente des Buches waren selbst fast 20 Jahre später daran erkennbar, dass sie die Folie der abweichenden Deutung von Karl-Heinz Paqué: *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*. München: Carl Hanser Verlag 2009 abgaben.

545 Wilhelm Krelle, Laudatio Hans-Werner Sinn, Drehbuch der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 13.05.1992 in Köln, Bl. 5., AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493. Auf die Idee, Gerlinde Sinn, immerhin Erstautorin des Buches, als Direktorin mit zu berufen, oder die Argumentation des Buches auch ihr zuzuschreiben, scheint damals niemand gekommen zu sein.

546 Vgl. Mestmäcker, Vermerk zur Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften, o. D., Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 8, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490.

547 Zum Folgenden vgl. Schüller, Sinn und Streit, Max-Planck-Institut für wirtschaftswissenschaftliche Systemforschung (Transformation und Integration von Wirtschaftsordnungen). Drehbuch der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 13.05.1992 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 86–98.

548 Vgl. Ebenda, fol. 86.

Im Osten Europas ist die Manifestation einer politischen Ideologie zusammengebrochen, die für hunderte von Millionen von Menschen Armut und Unterdrückung bedeutet hat. Ein ehemals mächtiger Vielvölkerstaat ist dabei, in viele unabhängige Nationalstaaten zu zerfallen. Zugleich findet im Westen der gegenteilige Prozess statt. Die Völker Westeuropas sind auf dem Weg zu einer Staatengemeinschaft, in der sie fortschreitend Souveränitätsrechte aufgeben.

Die Sozialwissenschaft habe sich diesem doppelten Transformationsprozess zu stellen, doch gebe es »bei der Erklärung des Wandels und Wechsels von Wirtschaftssystemen erhebliche Theorie-defizite«, zu deren Behebung die Arbeit des MPI beitragen sollte.

Trotz des transnationalen Charakters dieser Transformationsprozesse wie der zu erwartenden »raum- und zeitübergreifende[n] Erkenntnisse« vertraten die Autoren aber nun die wissenschaftspatriotisch klingende Auffassung, dass »das Potential für die Füllung der Wissenslücke in Deutschland in hohem Maße vorhanden« sei wegen der hier vertretenen Traditionen ordnungstheoretischer und staatswirtschaftlicher Forschung; »Zusammen mit der geographischen und kulturellen Zentrallage Deutschlands könnten diese Traditionen einen Startvorteil bei der wissenschaftlichen Bewältigung der aktuellen systemtheoretischen Herausforderungen bedeuten«, womit man die Chance hätte, »eine internationale Spitzenposition im Bereich der Grundlagenforschung zu erreichen«. ⁵⁴⁹ Die damals international führenden wirtschaftstheoretischen Richtungen blieben dabei unerwähnt, weil für die Erklärung von Systemtransformationen »von der herkömmlichen Makroökonomik kaum eine empirisch fundierte Hilfestellung erwartet werden« könne. Die Wettbewerbstheorie »hat sich bislang auf Marktprozesse konzentriert« und deshalb über den Wettbewerb zwischen Wirtschafts- oder Regulierungssystemen »bislang keine generellen Erkenntnisse« erbracht. Auch sei »die alloкатive Analyse staatswirtschaftlicher Tätigkeit [...] bislang praktisch nur unter den Bedingungen eines gegebenen Ordnungsrahmens geleistet worden«. ⁵⁵⁰

Neben dieser für die MPG ungewöhnlichen Version des Defizitdiskurses fehlte der auch aus anderen MPI-Gründungen dieser Zeit bekannte regionalpolitische Aspekt nicht. Auch wenn »mit vergleichsweise großen Anlaufschwierigkeiten gerechnet werden muss«, spreche für einen Standort des MPI in den NBL »nicht nur die Nähe zu einem wichtigen Erfahrungsobjekt«, sondern auch die potentielle »Pilot- und Brückenfunktion« des Instituts für die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in den neuen Bundesländern und in Osteuropa. ⁵⁵¹ Insbesondere »die Universitäten der neuen Bundesländer könnten wesentliche Forschungsimpulse in einem Fach erfahren, dessen Entwicklung zu DDR-Zeiten wie kaum ein anderes durch die

549 Ebendort.

550 Ebenda, fol. 88–89.

551 Ebenda, fol. 87.

kommunistische Ideologie fehlgeleitet und behindert worden war.«⁵⁵² Auch solche Argumente stellten eine spezifische Wendung des üblichen Defizitdiskurses dar. Hier sollte kein Defizit der deutschen gegenüber der internationalen Spitzenforschung nachgeholt, sondern eines der ehemaligen DDR durch die Übertragung von etablierten Forschungstraditionen der ABL behoben werden. Gleichzeitig sollten gerade diese westdeutschen Traditionen eine Erweiterung erfahren, unter anderem durch die Berücksichtigung des traditionell unterschiedlichen Verständnisses der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft unter den beteiligten Vertragsparteien der Europäischen Gemeinschaft.⁵⁵³

Diese Gründungsempfehlung kann durchaus als Beispiel von Reflexivität als Ressource in dem Sinne gedeutet werden, dass zumindest in der Arbeit Sinns ein kritischer Umgang mit Entscheidungen sichtbar geworden war, an denen das eigene Fach Anteil hatte. Im Gründungsgeschehen explizit hervorgehoben wurde aber die Chance einer Mobilisierung wissenschaftlicher Ressourcen für allgemein- und wissenschaftspolitische Ziele. In der VR-Sitzung am 3. Juni 1992 hob Mestmäcker dementsprechend das eben genannte Argument der Kommission hervor, dass »die Gründung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften in den neuen Bundesländern *aus wissenschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Gründen* besonders dringlich« sei.⁵⁵⁴

In der darauffolgenden Senatssitzung kehrte Mestmäcker hingegen eher fachliche Überlegungen im Sinne des MPG-Kriteriums der Innovativität hervor, denn »die neoklassische Wohlfahrtsökonomie [sei] im Kern eine ›Wirtschaftswissenschaft ohne Institutionen‹, d. h., sie unterscheide makroökonomische Vorgänge, ohne dabei auf die institutionellen Bedingungen des Wirtschaftsprozesses explizit einzugehen.« Dieses grundlegende Manko sei nun durch den Zusammenbruch der Planwirtschaften in Osteuropa deutlich zutage getreten. »Zu erkennen, dass die öffentlichen Institutionen und ihre wirtschaftlichen Aufgaben bei der wissenschaftlichen Betrachtung zwar als bestehender Rahmen vorausgesetzt, aber nicht erforscht worden seien, sei von außerordentlicher Bedeutung.«⁵⁵⁵ Vom Verhältnis von Staat und Markt als zentrale Fragestellung der politischen Ökonomie war hier, im Unterschied zum ursprünglichen Vermerk Mestmäckers, nicht mehr die Rede.

In der sich anschließenden, kontroversen Debatte im Senat wurde eine allgemeinpolitische Auslegung der Fachpolitik sichtbar. So merkte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vordenker Peter Glotz kritisch an, dass es sich bei den zur Berufung vorgeschlagenen Herren »um einen Enkelschüler von [Friedrich von] Hayek, einen Enkelschüler von [Walter] Eucken

552 Ebendort.

553 Ebenda, fol. 97.

554 Materialien der 156. Sitzung des Verwaltungsrats vom 03.06.1992 in Dresden, Bl. 8, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 156. Hervorhebung durch MGA.

555 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, Bl. 20–21, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP.

und einen Schüler von [Herbert] Giersch« handelte und fragte, »ob es nicht schon genügend auf der neoliberalen Wirtschaftstheorie aufbauende Forschungsinstitute gebe und das vorgesehene Max-Planck-Institut nicht ein weiteres dieser Art werde.« In seiner Antwort blieb Mestmäcker auf der fach(politischen) Ebene und betonte, dass Hans-Werner Sinn als Schüler von Wilhelm Krelle »gerade ein Repräsentant derjenigen Richtung sei, die das hohe Risiko dieses Vorhabens betone«. (Dass ausgerechnet Krelle die Laudatio auf Sinn verfasst hatte, war den Materialien zu entnehmen). Des Weiteren argumentierte er, dass die von Schüller vertretene Ordnungstheorie Euckens »de facto der einzige theoretische Ansatz [sei], der historisch die Systemvergleiche und die Erfassung der verschiedenen Wirtschaftssysteme in ihrer Eigenart thematisiert« habe. Und Mestmäcker fuhr fort, dass dieser Ansatz und der informationstheoretische Ansatz von Hayek, den er »für einen der wichtigsten neuen Ansätze in der Ökonomie halte«, kaum miteinander gleichzusetzen seien. Das Votum des Senats war wieder einstimmig (mit einer Enthaltung). Es erfolgte jedoch – wie die oben erwähnten Gründungsbeschlüsse der MPIs für Infektionsbiologie und molekulare Pflanzenphysiologie – am Tage des Senatsbeschlusses, Neugründungen in den NBL erst nach Sicherstellung der Finanzierung umzusetzen (siehe unten Abschnitt III.4.1.).

Darauf folgte der Odyssee Kapitel zwei, die Standortsuche (zum Kontext siehe ausführlicher Abschnitt III.4.2.). Angebote kamen von mehreren der NBL. Der Standort Dresden, der von den drei zu berufenen Direktoren zunächst bevorzugt worden war, schied trotz der konstruktiven Bemühungen des Ministers Meyer durch eine negative Entscheidung des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf aus. Stattdessen erhielt Jena und damit auch das Land Thüringen sein erstes MPI, das am 1. September 1993 eröffnet wurde.⁵⁵⁶ In der Zwischenzeit hatten aber zwei der drei berufenen Direktoren, Schüller und Sinn, die Berufungen abgelehnt, Schüller aus persönlichen Gründen und Sinn, weil er zwar dank der Überzeugungsarbeit des ihm aus Münchener Tagen bekannten Kanzlers der dortigen Universität für Halle gewonnen wurde, Jena als Standort aber nicht für geeignet hielt.⁵⁵⁷ In seinem Bericht hierzu stellte Zacher diese Episode als »ein signifikantes Beispiel für das Spannungsverhältnis zwischen ›Harnack-Prinzip‹ und wissenschaftspolitisch gebotener Rücksichtnahme auf das Interesse an einer ausgewogenen regionalen Verteilung von Max-Planck-Instituten« dar.⁵⁵⁸ Nach alledem war das eben dargestellte Institutskonzept nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der 1994 berufene, neue zweite Direktor Ulrich

556 Zur Bewerbung Jenas gehörte unter anderem ein aufwendiges Neubaukonzept, das auf Kosten der Jenoptik erstellt wurde. Vgl. Vermerk Dr. Marsch, Betr. Gespräche des Präsidenten mit Dr. Bernhard Vogel, am 23.02.1993 in Erfurt: AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 99–101. Realisierungskonzept Mehrzweckgebäude, Max-Planck-Gesellschaft Institut für Wirtschaftswissenschaften Jena Stoystraße 3, 14. 12. 1992: Ebenda, fol. 168–183.

557 Vgl. hierzu ausführlich Hans-Werner Sinn: *Auf der Suche nach der Wahrheit. Autobiographie*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag 2018, 672. Dort heißt es, der zuständige Dekan habe ihm zunächst einen schönen Altbau in der Jenaer Innenstadt gezeigt, bei einem späteren Besuch jedoch ein anderes, schlechter gelegenes angepriesen, weil das erste, eine Klinik, doch nicht geräumt werden konnte. Die eben genannten Neubaupläne werden hier nicht erwähnt.

558 Zacher, Bericht des Präsidenten. Niederschrift der 134. Sitzung des Senats vom 17.06.1993 in Trier, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP.

Witt (Freiburg i. Br.) vertrat die evolutionäre Ökonomik, einen zweifelsohne innovativen, aber kaum auf direkte wirtschaftspolitische Relevanz zielenden Ansatz.⁵⁵⁹

III. 3. 3. Politisches Ost und West: Das Problem der politischen Personalprüfung in den NBL und die Frage des Sitzes der MPG

Wie bei den AGs stellte sich auch im Falle der Institutsneugründungen die Frage nach der politischen Prüfung des Personals, diesmal allerdings in der Öffentlichkeit. Im Herbst 1991 wurde in Sachsen-Anhalt das Thema Vergangenheitsprüfung akut, als zur Sprache kam, ob das Landesgesetz, welches eine verpflichtende Prüfung über die Gauck-Behörde bei der Besetzung von Stellen an den Hochschulen vorsah, für AUFs überhaupt gelten sollte.⁵⁶⁰ Das konnte in diesem Fall unter anderem mithilfe einer Intervention durch das BMFT abgewendet werden, das Thema war damit aber nicht aus der Welt. So äußerte Helmut Fischmeister, einer der drei übergangsweise eingesetzten Gründungsdirektoren des MPI für Mikrostrukturphysik, im Oktober Zacher gegenüber Bedenken gegen die Anstellung von MitarbeiterInnen, die als IM der Stasi registriert wurden. Er wünschte sich ein tiefer greifendes Studium der »Gauck-Akten« und zeigte Verständnis für den Wunsch nach Gleichbehandlung von universitären und AUF-Einrichtungen.⁵⁶¹

Daran anschließend entfaltete sich wie bei der Einrichtung der AGs eine längere Diskussion über das Prozedere solcher Personalprüfungen, an der diesmal auch der Gesamtbetriebsrat (GBR) beteiligt war. Dieser war prinzipiell bereit, die unten beschriebene, von der GV vorgeschlagene Vorgangsweise zu akzeptieren, bestand aber auf ein einheitliches Vorgehen und beschwerte sich insbesondere darüber, dass man die GWZ-MitarbeiterInnen als Angestellte einer Tochtergesellschaft für »irrelevant« erklären wollte.⁵⁶² So konnten institutionelle Praktiken zu Ressourcen im internen Machtkampf der MPG werden. Man sah das Problem aber auch vor Ort, denn jüngere WissenschaftlerInnen beschwerten sich (wie an den Hochschulen auch), dass SED-Funktionäre wieder anderswo hochkommen und dadurch die eigenen Chancen geringer würden. Erst im Herbst 1991 kristallisierte sich ein relativ einheitliches Vorgehen in dieser Hinsicht unter den NBL heraus.⁵⁶³

559 Zur Berufung Witts vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994*, 1994, 50.

560 Vermerk Marsch Betr. NBL – Entwurf eines Gesetzes für das Verfahren für Neugründungen auf-Einrichtungen im Lande Sachsen-Anhalt, 30. 09. 1991. AMPG, II. Abt, Rep. 1, Nr. 391, fol. 229–231.

561 Fischmeister, MPI für Mikrostrukturphysik (in Gründung) an Zacher, 16. 10. 1991. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 482.

562 Kleinschmidt an Hasenclever, 18. 11. 1991. AMPG, II. Abt, Rep. 57, Nr. 482(1), fol. 14–15.

563 Vgl. Treffen der Wissenschaftsminister der neuen Länder und Berlins mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie und dem Vorsitzender des WR 19. 9. 1991 in Dresden, TOP 7.6: Grundsätze für Einstellungen bei gemeinsam von Bund und Ländern geförderten neuen Forschungseinrichtungen im Berlin und den NBL. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 105–113.

Was die MPG betrifft, rief man wegen des eben genannten Dissenses mit dem GBR eine Einigungsstelle an. Die Umsetzung der von dieser Ende November beschlossenen »Betriebsvereinbarung« wurde Anfang Dezember 1991 von Hasenclever veranlasst – gerade noch rechtzeitig vor dem Vertragsbeginn der an den »induzierten« Neugründungen anzustellenden MitarbeiterInnen.⁵⁶⁴ Diese sah für Anstellungen in den NBL, inklusive jener der GWZ-MitarbeiterInnen, die Vorlage eines Fragebogens vor, auf dem die MitarbeiterInnen eine freiwillige Erklärung abgeben sollten, ob sie mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hatten oder nicht, und zur Kenntnis nehmen sollten, dass Falschangaben Sanktionen nach sich ziehen würden. Bei begründeten Vorwürfen gegen MitarbeiterInnen sollte eine »Integritätskommission« eingesetzt werden, der auch die betreffende Person anzuhören verpflichtet war. Die Überprüfung einer Mitarbeit bei der Stasi war damit keine Verpflichtung der MPG mehr. So wurde der »Wert« der so genannten »Wissenschafts-Potentiale« der ehemaligen DDR aus politischen Gründen neu bemessen. Die Siebung nach diesem Kriterium geschah in der Folge auf zwei Ebenen: die politische Prüfung, die entweder extern oder überhaupt nicht stattfand, und die fachliche Evaluierung entlang der Frage, wer »MPG-Qualität« aufweise.

Am Deutlichsten stellte sich das Problem beim GWZ (FSP) zeithistorische Studien, dessen zentrale Aufgabe die Erforschung der Geschichte der SBZ und der DDR sein sollte. Das hierfür zuständige Mitglied der Präsidentenkommission, Fritz W. Scharpf, riet nach »eingehender Beratung« mit den beiden anderen Gutachtern Hans Günter Hockerts (München) und Jürgen Kocka (Berlin) von einer Überprüfung ab.⁵⁶⁵ Niemand habe solche Kontakte angegeben, womit eine wissenschaftliche Eignung »nicht mehr unter politische[m] Vorbehalt« stünde. Zudem meldete er »verfassungsrechtliche Skrupel« wegen Ungleichbehandlung an; seiner Erfahrung nach befasse man sich bei solchen Vorgängen mit derartigen Fragen nach Überprüfung der wissenschaftlichen Qualifikationen im Westen nicht. (Die nicht allzu lange zurückliegende Zeit des »Radikalenerlasses« und der Regelnachfrage beim Verfassungsschutz erwähnte Scharpf in diesem Zusammenhang nicht.) Gegen Falschaussagen auf dem Fragebogen habe man immerhin »eine arbeitsrechtliche Handhabe«. Also wurde in diesem Fall eine solche Überprüfung bewusst unterlassen. Das sollte sich später rächen (siehe Abschnitt III.5.4.).

Ebenfalls eine Frage von Wissenschaft und Politik – genauer: der Wissenschaftsinnenpolitik –, die in dieser Phase zur Diskussion gestellt wurde, war die nach dem Sitz der MPG. Zacher begann damit schon am Anfang der Senatssitzung im Juni 1991, weil sie die erste im wiedervereinigten Berlin war. Wie er formulierte, muss »die MPG Klarheit darüber gewinnen [...], ob sie ihren Sitz nach Berlin verlegen will.« Hierzu habe »man intern schon Überlegungen angestellt«, aber der Gedanke sei »auch von außen an ihn herangetragen worden«. Weil die Entscheidung über die deutsche Hauptstadt selbst noch ausstehe, sei aber frühestens in der Herbst-

564 Vgl. zum Folgenden Hasenclever an die geschäftsführenden Direktoren und Verwaltungsleiter der Institute und Forschungsstellen der MPG – Rundschreiben 110/1991, 05.12.1991 und die Anlage: Betriebsvereinbarung vom 29.11.1991. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 101–103.

565 Vgl. zum Folgenden Scharpf an Weinert, 19.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 461–462.

sitzung »eine fundierte Diskussion« möglich.⁵⁶⁶ In den stenographischen Notizen zur Sitzung steht etwas deutlicher: Die Frage »liegt uns natürlich allen am Herzen, den einen mit Sorgen, den anderen mit Hoffnungen, den einen mit unpersönlichen Gesichtspunkten und den anderen mit ganz persönlichen Gesichtspunkten (vor allem unseren Mitarbeitern der GV).«⁵⁶⁷

In der Tat war dies eine Herausforderung erster Güte für das im Umgang mit der deutschen Vereinigung eingangs festgelegte Festhalten der MPG am Gewohnten. Schließlich gab es Beschlüsse des Senats und der HV aus dem Jahr 1952, die besagten, dass die Verlegung des Vereinssitzes und der GV der MPG von Berlin nach Göttingen nur ein Provisorium sei und der Sitz der MPG wieder nach Berlin zu verlegen sei, »wenn Berlin die Aufgaben der Bundeshauptstadt übernommen hat«; daran erinnerte Georg Melchers, emeritierter Direktor am MPI für Biologie, in einem Brief an Zacher, womit er sich als eine Art Institutionengedächtnis anbot.⁵⁶⁸ Prinzipiell hätte dies seinerzeit auch für die abermalige Verlegung der GV nach München gelten können. Allerdings standen diesem Ansinnen die handfesten Interessen der MitarbeiterInnen der GV in München entgegen. Das ausführliche juristische Gutachten des GV-Mitarbeiters Martin Steins bezog diesen, auch arbeitsrechtlich relevanten Aspekt mit ein.⁵⁶⁹ Die Diskussion wurde auch noch verkompliziert durch den Versuch Anke Brunns, Bonn ins Spiel zu bringen; dies ging mit den Bemühungen des Landes NRW einher, unter dem Schlagwort »Wissenschaftsstadt Bonn« möglichst viele Ministerien in Bonn zu halten, darunter auch das für die MPG zuständige BMFT.

Als eine Art Antwort auf alldies half die Bayrische Staatskanzlei der MPG buchstäblich aus der Patsche – mit dem Angebot eines wertvollen Grundstücks in der Nähe der Münchener Residenz und gleich gegenüber der Staatskanzlei, auf dem man einen Neubau für die GV errichten konnte. So zog die MPG in dieser Auseinandersetzung so etwas wie das große Los, und zwar fast ohne Zwang, denn es wurde kein ernsthaftes Angebot aus Bonn oder Berlin gelegt.⁵⁷⁰ Nach ausführlichen Diskussionen und monatelangem Hickhack fand man eine überaus kluge Lösung: Der Vereinssitz der MPG wurde von Göttingen nach Berlin verlegt, um das Bedürfnis nach einer verstärkten Vertretung der Gesellschaft dort zu befriedigen, während die GV in München blieb. Für die Spitze der MPG änderten sich die Reisewege damit vorerst nicht viel.

566 Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP.

567 Notizen der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP.

568 Melchers an Zacher, 26.02.1992. Materialien der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 13.05.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493. Melchers war außerdem »der Meinung, dass finanzielle Gesichtspunkte bei der Wichtigkeit der Wiedererlangung eines gesunden politischen und kulturellen Lebens von Berlin keine Rolle spielen dürften.«

569 Martin Steins, Sitzfrage der MPG 12.11.1991. Drehbuch der 129. Sitzung des Senats vom 22.11.1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP, fot. 5–22. Ders., Sitzfrage der MPG. Nachtrag zum Gutachten, 14.11.1991, Ebenda, fot. 22. Bereits in diesem Gutachten wird zwischen dem Sitz der MPG als Verein und dem der GV streng unterschieden und eine Verlegung des Vereinssitzes allein nach Berlin für möglich gehalten. Ebenda, fot. 20–21.

570 Michael Globig: Beschluss des Senats: Generalverwaltung bleibt in München. *MPG-Spiegel* 4/1992a, 17–19, hier: 17.

Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und in Berlin

STAND: 15. MÄRZ 1993

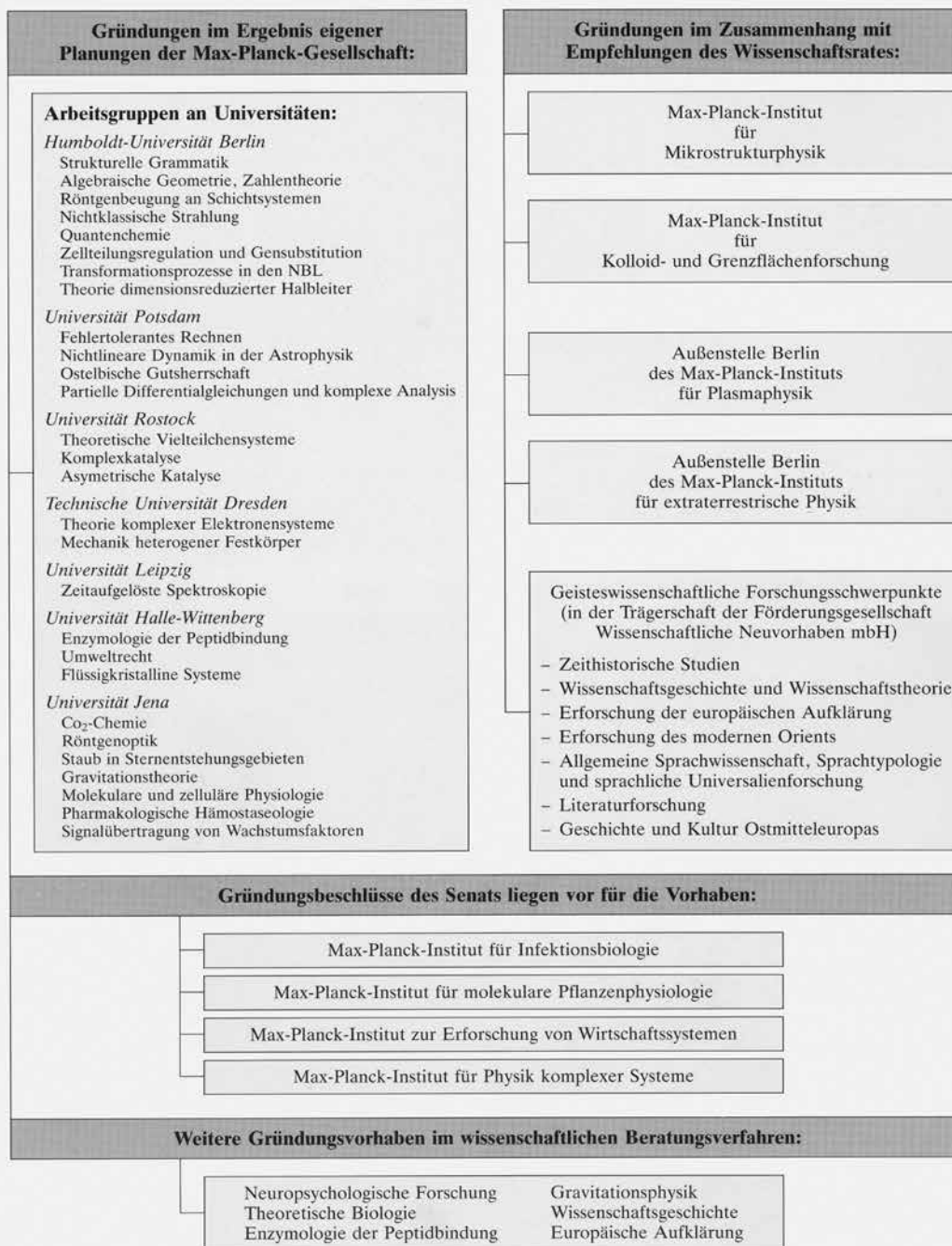


Abb. 3: Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und in Berlin. Stand: 15. März 1993. Mit geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten.

Die obenstehende Grafik (Abbildung 3) aus der bereits zitierten »Zwischenbilanz« der Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den NBL zeigt ein umfassendstes Bild der dortigen Situation im März 1993. Wie es in den beiden letzten Teilabschnitten eben geschehen ist, unterschied man dabei Einrichtungen, die aus den Empfehlungen des WR, und solche, die aus Eigeninitiativen der MPG entstanden waren. Erst später im selben Jahr, namentlich im Jahresbericht 1993, der 1994 erschien, wird die Unterscheidung zwischen einem »Sofortprogramm«, bestehend aus den befristeten AGs und den GWZs (ohne den »kleinen Grenzverkehr« der Einzelkooperationen), und einem »Langzeitprogramm« – den MPI-Neugründungen – erstmals zur Richtschnur der Selbstdarstellung der Tätigkeit der MPG in den NBL.⁵⁷¹

III. 3. 4.: Fazit

In der GV bzw. im Präsidium der MPG war man mit der außergewöhnlichen Mobilisierung personeller und institutioneller Ressourcen, die in dieser Phase – man könnte sie wohl »Gründerzeit« nennen – geschehen war, sehr zufrieden. Eine erste Rückschau in den Materialien zur VR-Sitzung im März 1992 ist im Rahmen dieser Analyse insbesondere wegen der Sprache, in der sie gehalten war, aufschlussreich:

Nimmt man das Potential der Arbeitsgruppen zusammen, entspricht es dem von drei oder auch vier Max-Planck-Instituten mittlerer Größe. Tatsächlich aber waren achtundzwanzig Gründungsprozesse, achtundzwanzig Berufungsverfahren und Verhandlungen über achtundzwanzig Kooperationsverträge mit Universitäten zum Erfolg zu führen; dass daneben noch zwei neue Max-Planck-Institute unter höchstem Zeitdruck errichtet, die Empfehlung des Wissenschaftsrates zu den geisteswissenschaftlichen Zentren umgesetzt und schließlich acht »originäre« Gründungsvorhaben in Kommissionen vorbereitet werden konnten, berechtigt zu der Feststellung, dass insbesondere die Wissenschaftler der Gesellschaft hier eine ganz außerordentliche Aufgabe mit einem persönlichen Einsatz bewältigt haben, den man nur als vorbildlich bezeichnen kann.⁵⁷²

Schon zu dieser Zeit und immer wieder danach sprach man auch in der Öffentlichkeit von der hohen Anzahl der Einrichtungsgründungen – wie oben berichtet, waren es mit den beiden Außenstellen insgesamt 40, wenn man die sieben GWZs einzeln dazuzählt. Keine Angaben wurden zu den Zahlen der angestellten bzw. übernommenen MitarbeiterInnen oder WissenschaftlerInnen aus AdW-Instituten gemacht, deren Gesamtzahl – anders als die Zahl der übernommenen Stellen – damals nicht erforscht wurde und bis heute unbekannt geblieben ist.

571 Vgl. hierzu Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 31.

572 Bericht zu TOP 2 – Förderungsmaßnahmen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. Materialien zur 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12.03.1992 in München, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP.

An dieser Stelle sei noch einmal an die wissenschaftshistorische Kernfrage dieser Analyse erinnert: ob die deutsche Vereinigung in dieser Phase wie auch später in erster Linie für die politisch notwendige Unterbringung positiv evaluierter ostdeutscher WissenschaftlerInnen, als Gelegenheit zur Durchsetzung von schon vor der Vereinigung bestehenden Vorstellungen, als Chance zur Realisierung genuin neuer Ansätze bzw. zum Nachholen anderweitig erfolgreicher Innovationen oder aber für alle diese Zwecke mobilisiert wurde. Für alle dieser Interpretationsmöglichkeiten gibt es Indizien, doch grosso modo ergibt sich eine geteilte Antwort. Im Falle der AGs und der GWZs ging es in der Tat auch um die Übernahme einer kleinen Anzahl positiv evaluierter ostdeutscher WissenschaftlerInnen, die ihrerseits von MPG-Mitgliedern (im Falle der GWZs unter Heranziehung externer BeraterInnen) aus einem viel größeren Pool der AdW-MitarbeiterInnen ausgewählt wurden; darüberhinaus ging es um die von den AG-Leitern ausgewählten MitarbeiterInnen und deren zumindest zeitweilige Integration an den Hochschulen der NBL. Das ließ sich mit Abstrichen – aus oben genannten politischen Gründen und kaum vermeidbaren Schwierigkeiten institutioneller und anderer Art – in der Tat positiv an; wie erfolgreich man am Ende der gesetzten Fünfjahresfrist gewesen war, wird am Schluss dieser Studie zu bilanzieren sein. Im Falle des längerfristigen Engagements der MPG, insbesondere der Institutsneugründungen, scheint hingegen nach den obigen Ausführungen klargeworden zu sein, dass die Übernahme ostdeutscher ForscherInnen bestenfalls in relativ begrenztem Umfang geschehen ist: im Kontext der vorrangig gesetzten Realisierung von Innovations- bzw. nachzuholenden Innovationschancen und mit nur einer Ausnahme (Johannes Heydenreich) unter westdeutscher Leitung. Die Ansätze, an die man anknüpfen wollte, kamen im Wesentlichen aus dem westlichen Ausland, vornehmlich aus den USA, aber auch aus dem westlichen Europa oder der alten Bundesrepublik, und sollten überwiegend in den NBL realisiert werden. Ein Ausbruch aus der in der MPG so wahrgenommenen institutionellen Stagnation der 1980er Jahre wie auch aus der zähen Fortsetzung bestehender Forschungsprogramme bahnte sich hier an, der allerdings erst am Ende des hier behandelten Zeitraums deutlich sichtbar werden sollte.

Man darf bei alledem nicht aus den Augen verlieren, dass gleichzeitig auch andere Themen behandelt wurden, beispielsweise EG-politische Themen und die Diskussion über ein Engagement der MPG im östlichen Europa. Durch diese Parallelverläufe war eine transnationale Dimension eigentlich schon immer präsent. In der Senatssitzung am 22. November 1991 wird die Frage nach der Gewichtung dieser Fragen bzw. den jeweiligen Prioritäten kurz aufgeworfen. Dort berichtete Zacher von einem gemeinsamen Treffen der Wissenschaftsorganisationen und einer für 1992 geplanten Informationsveranstaltung, »um das hiesige Wissenschafts-System als denkbare Modell für den Aufbau neuer Strukturen in den genannten Regionen« vorzustellen und eine mögliche Zusammenarbeit zu besprechen, und bat um Rat, ob sich die MPG wie bisher weiter engagieren sollte.⁵⁷³ Der anwesende Minister Riesenhuber »hielt es für richtig, dass die MPG ihre Ost-Europa-Arbeit nicht auf Mitteltransfer, sondern auf projektbezogene Zusammenarbeit ausrichten wolle« und wies darauf hin, dass die Humboldt-Stiftung und der

573 Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 1–2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP.

DAAD »weit umfangreichere Programme« auf diesem Gebiet hatten.⁵⁷⁴ Helmut Schmidt riet von einem zu starken Engagement in Osteuropa wegen der Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen ab und empfahl, sich auf die NBL zu konzentrieren. Daraufhin schloss Zacher die kurze Diskussion mit der Feststellung ab, dass das Engagement in Osteuropa trotz der Bedenken Schmidts fortgesetzt werde.⁵⁷⁵ Das Volumen dieses Engagements war ohnehin relativ gering – in etwa so hoch wie die ersten DDR-Kooperationen der Jahre 1989–1990, also circa zehn Prozent des Etats für die NBL und weniger als ein Prozent des Gesamtetats. Einen Monat später informierte Zacher Riesenhuber, dass selbst dieses Engagement mit Eigenmitteln der MPG nicht mehr aufrechtzuerhalten sei.⁵⁷⁶ Weshalb, ist Thema des folgenden Kapitels.

III. 4. Phase 4: Die Finanzkrise 1991/1992 und ihre Überwindung bis 1993

III. 4. 1. Die Finanzkrisen der deutschen Vereinigung und der MPG

Das Engagement der MPG in den NBL wurde erheblich verkompliziert durch den schweren Finanzierungseingpass auf Bundesebene, der sich schon 1991 anzudeuten begann und sich infolge des Konjunkturrückgangs ab 1992 vertiefte. Dessen Ursachen sind umstritten und sicherlich komplex, doch schon mit der Bekanntgabe des Haushaltsentwurfes der Bundesregierung für 1992 und der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes für 1992–1996 im Juli 1991 war deutlich geworden, dass die Wirkung des Vereinigungs-»Booms« im Osten »verpufft« war,⁵⁷⁷ und dass die deutsche Vereinigung doch nicht wie anfangs angenommen durch »eine Kombination aus Erträgen aus der Privatisierung des Vermögens (früher: ›Volkseigentum‹) der DDR [...] und den segensreichen Kräften eines zweiten ›Wirtschaftswunders‹« sowie des kurzfristig angelegten Fonds Deutsche Einheit zu begleichen sein würden.⁵⁷⁸

Andreas Rödder gesteht ein, dass »die deutsche Einheit mit fundamentalen Fehleinschätzungen auf allen Seiten in Angriff genommen wurde«: Grundsätzlich dabei war seiner Auffassung nach die Entscheidung, die Einheit in hohem Maße auf Kredit und damit auf Kosten künftiger Generationen auszugestalten und das »Ost-West-Problem« von vornherein als Unterproblem der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit im föderalen Sozialstaat statt als ein nationales Aufbauwerk zu betreiben, das neue Antworten erforderte, auch für die alte Bundesrepublik.«⁵⁷⁹

574 Ebenda, Bl. 3. Genau das schlug Zacher einen Monat später in einem Brief an Riesenhuber vor. Dort hieß es, das Osteuropa-Programm sei ohne zusätzliche Mittel nicht mehr möglich, weshalb er Projektförderung vorschlug.

575 Ebenda, Bl. 7.

576 Zacher an Riesenhuber, 13. 12. 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 79–82.

577 Die Chancen der Krise. *Der Spiegel* 36 (1993), 30–38.

578 Oliver Schwinn: *Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich 1997, 236, 8.

579 Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 363; zitiert nach Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2005, 544,

Von wirtschaftspolitischer Seite weist Karl-Heinz Paqué auf die Anfang der 90er Jahre verbreitete Fehlannahme hin, dass eine schnelle, flächendeckende Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur in den NBL eine wirtschaftliche Angleichung von Ost und West in relativ kurzer Zeit erreichen würde. Dies beruhte seiner Auffassung nach auf einer Überschätzung der Wertigkeit der produktiven Grundlagen der ostdeutschen Industrie, die aber gerade wegen der Weichenstellung für den schnellen Beitritt keine Zeit erhielt, ihre Produktpalette und Produktions- und Lieferketten neu zu denken und dadurch konkurrenzfähig zu werden.⁵⁸⁰ Oliver Schwinn sprach schon vor mehr als zwanzig Jahren von einer »schrittweisen Anpassung an die Realitäten« gegen vielfache Widerstände bis hin zum »Solidarpakt« vom März 1993.⁵⁸¹ Somit wurde eine politische Neubestimmung der Ressourcen Zeit und Geld nötig, deren Folgen für die Wissenschaftspolitik und daher für die Handlungsmöglichkeiten der MPG in beiden Teilen Deutschlands als Ergebnis zäher Verhandlungen zu begreifen sind.

Anzeichen eines bevorstehenden Verteilungskampfes auch in der Forschungspolitik des Bundes waren bereits im Sommer 1991 bei den Ressortverhandlungen zum Haushalt 1992 zu vernehmen.⁵⁸² Eine Glosse der FAZ verdeutlichte den Zusammenhang: Seitdem klar wurde, dass der Aufbau im Osten mehr Geld kostet und Umschichtungen im Haushalt deshalb nötig wurden, kämpften alle Beteiligten in den ABL um Besitzstände, darunter auch Forschungsminister Riesenhuber um sein Lieblingsprojekt einer multinationalen Zusammenarbeit in der Raumfahrtforschung.⁵⁸³ Zur Kürzung vorgesehen waren anscheinend die GFEs, die man schon in den 1980er Jahren wegen überschüssigen Wachstums und mangelnder Innovation im Visier hatte.⁵⁸⁴ In einem Brief entsprechenden Inhalts vom 12. Juli 1991 nennt der BMFT-Staatssekretär Gebhard Ziller als Ziel unter anderem »die Reduzierung der institutionalisierten Technologieförderung in den GFE mit dem Ziel stärkerer Dynamik, stärkeren Wettbewerbs und größerer Eigenverantwortung der Industrie in diesem Bereich«.⁵⁸⁵ Die dem Brief beigelegten »Forschungspolitischen Grundsätze« vom 17. Juni nannten als Ziel eine »Konzentration der GFE-

493. Als Beleg für diese These mag die Regierungserklärung Helmut Kohls vom 30.01.1991 gelten, in der er die Gleichstellung der Lebensbedingungen zur »absoluten Priorität« erklärte und zugleich eine Erhöhung der Staatsschulden und auch (gegen sein Wahlversprechen) der Steuereinnahmen in Aussicht stellte. Allerdings begründete er dies alles nicht mit den Kosten der Einheit, sondern mit den Kosten des Golfkrieges. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007b, 68.

580 Paqué, *Die Bilanz*, 2009; Kap. 1 und Abschnitt 2.1. Der letzte Punkt mag auch für die Wissenschaftspolitik gelten; auch wenn die AdW-Institute im Gegensatz zur Industrieforschung eine einjährige Galgenfrist erhielten, ging es wohl nicht darum, diese konkurrenzfähig werden zu lassen.

581 Vgl. hierzu im Einzelnen Schwinn, *Die Finanzierung*, 1997, Kapitel 2 und 4; sowie Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit*, 2007, und Gerhard A. Ritter: Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2009, 537–552.

582 Vgl. hierzu Hajo Keppner: Schwere Haushaltszeiten für den Forschungsminister angebrochen. *dpa Dienst für Kulturpolitik*, 22/1991, 5–6.

583 Pauschal. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02.07.1991).

584 Streit um knappes Forschungs-Geld – Großforschung soll sparen. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 27/91 (01.07.1991); Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMPG, ID 601048.

585 Ziller an Zacher, 12.07.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 167–168.

Aufgaben in der zukünftigen gesamtdeutschen Forschungslandschaft« und machte klar, dass damit sowohl die bevorstehenden Gründungen von GFEs in den NBL als auch die Anlegung »entsprechender Maßstäbe« in den ABL gemeint waren, »um eine »gleichgewichtige Forschungslandschaft« zu schaffen.⁵⁸⁶ Der Vorstoß sorgte für Irritationen; wie Walter Kröll von der Arbeitsgemeinschaft der GFEs an die Allianz-Präsidenten, also auch an Zacher, schrieb, wurden die Vorstände der GFEs vorab nicht konsultiert.⁵⁸⁷ Vermutlich infolge des kritischen Medienechos wurden Änderungen vorgenommen. Für das BMFT wurden im Entwurf des Bundeshaushalts statt ursprünglich 8,4 nunmehr 9,252 Milliarden DM vorgesehen, ein Plus von 9,7 Prozent gegenüber 1991.⁵⁸⁸ Die Mittel waren aber laut eines dpa-Berichtes nicht für die ABL, sondern die NBL vorgesehen.⁵⁸⁹ Es sei kurz darauf hingewiesen, dass es zu diesen Verlautbarungen kurz vor der Bekanntgabe der Ergebnisse der Evaluierung der AdW-Institute durch den WR gekommen war.

Das alles blieb der MPG nicht verborgen. Wie oben (Abschnitt III.2.) ausgeführt, war die Frage, wie ihr Engagement in den NBL zu finanzieren sei, von Anfang an Thema. Ob sich der 5x5-Beschluss vom Dezember 1989 halten würde, wurde mit Verweis auf die grundlegend neue politische Situation schon in der Senatsitzung im März 1990 in Frage gestellt. Dort wies Senatsmitglied Birgit Breuel (damals noch Finanzministerin Niedersachsens) darauf hin, dass die Steigerung der Personalkosten durch Tarifabschlüsse und die Inflation den Budgetzuwachs von 5 Prozent »fast abgeschmolzen« habe, sowie darauf, »welche Belastungen auf die öffentlichen Zuwendungsgeber aufgrund der Entwicklung in der DDR zukämen«, weshalb »kaum alle Wünsche und Ansprüche [zu] erfüllen« seien.⁵⁹⁰ In derselben Diskussion wies Staab auf die Fortsetzung des Prozesses der Schließung von Instituten und Abteilungen, um »Potential für neue Aufgaben zu gewinnen«, ohne jedoch zu sagen, welche Aufgaben er im Auge hatte.⁵⁹¹ In einem Papier zur mittelfristigen Finanzplanung der MPG 1990–1994 hieß es schon, dass in diesem Zeitraum 44 Berufungen allein in den ABL vorgesehen seien. Diese seien »auf lange Sicht« aus dem insgesamt verfügbaren »vorhandenen Potential« abzudecken, aber die Mittel müssten vorübergehend »aus dem kw-Programm bereitgestellt werden. Zusätzliche Personalausgaben sollen durch Berufungen längerfristig nicht entstehen.«⁵⁹²

Die Rede von einer Finanzierung der Expansion der MPG in die NBL durch eine Sonderfinanzierung des Bundes ohne Reduzierung der bestehenden Zuwendungen in den ABL hielt bis

586 Forschungspolitische Grundsätze zur Konzentration der GFE-Aufgaben in der zukünftigen gesamtdeutschen Forschungslandschaft, 17.06.1991. Ebenda, fol. 172. Unterstreichung im Original.

587 Walter Kröll an Zacher, 06.08.1991. Ebenda, fol. 166.

588 Der erste gesamtdeutsche Haushalt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13.03.1991).

589 Forschungs-Haushalt 1992: Sparen im Westen für Aufbau im Osten. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 29/91 (15.07.1991).

590 Niederschrift der 124. Sitzung des Senats vom 15.03.1990 in Essen, Bl. 15, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP.

591 Ebenda, Bl. 16.

592 Ebenda, Bl. 15. Unterstreichung im Original.

Anfang 1991 noch an. Bereits im März 1991 deutete sich aber eine gewisse Wende und damit die Möglichkeit von Verteilungskämpfen auch innerhalb der MPG an. So hatte der HRK-Präsident Erichsen in der Senatsitzung gewarnt, dass eine nominale fünfprozentige Steigerung im Etat

auch ein angemessenes reales Haushaltswachstum bringen müsse. Dieses Ziel sollte die Gesellschaft – auch publizistisch – weiterhin verfolgen. Sie müsse allerdings die inzwischen grundlegend veränderte Situation berücksichtigen, in der den Hochschulen der Zugriff auf ihre Etats drohe, um die Lasten in den ostdeutschen Bundesländer finanzieren zu können.⁵⁹³

Spätestens damit war die Spannung zwischen dem Engagement der MPG in den NBL und der immer enger werdenden Finanzlage in den ABL unübersehbar geworden.

Die Verzweigung der Wege hatte in der Tat bereits begonnen. Die von Hasenclever im März vorgelegte mittelfristige Finanzplanung 1991–1995 sah zwar noch keine formale Trennung des Haushalts zwischen ABL und NBL vor, aber doch »einen jahresdurchschnittlichen Anstieg der Zuwendungen von Bund und Ländern im bisherigen Förderungsgebiet von 5,8 v. H., real von 2 v. H.«, während die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Lohn- und Preisentwicklung einschließlich des Bedarfs für die Förderungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern 8,1 v. H. betragen sollte.⁵⁹⁴ Damit schien klarzuwerden, dass der 5x5-Beschluss von 1989 nunmehr nur für die ABL gelten sollte und real nur schwer zu halten sein würde, während die Ausgaben in den NBL dank der bewilligten Sondermittel des Bundes schneller steigern sollten. Die Haushaltspläne der folgenden Jahre wurden allesamt mit getrennten Angaben für die ABL und die NBL strukturiert.

Im Juni 1991 wies Zacher in der Sitzung des VR auf das »reale Nullwachstum des Bundesforschungshaushalts im Jahre 1992« hin. Zwar sah er zunächst einmal lediglich eine »zu erwartende Reduktion der Projektförderungsmittel«, warnte aber vorausschauend: »General sei zu befürchten, dass man in den kommenden Jahren bei den Forschungseinrichtungen in den alten Bundesländern wesentlich mehr einsparen müsse als für die Vorhaben in den neuen Bundesländern zusätzlich bereitgestellt werde.«⁵⁹⁵ Wenige Monate später, Ende 1991, stellte Hasenclever in einem internen Vermerk unverblümt fest:⁵⁹⁶ »Die Situation des Betriebs-Haushalts 1991 ist sehr kritisch«. Weil die Tarifsteigerungen über 5 Prozent hinauslaufen, bestehe eine Deckungs-

593 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 9, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP. Unterstreichungen im Original.

594 Punkt 3.2 der Tagesordnung: Mittelfristige Finanzplanung der Max-Planck-Gesellschaft für die Jahre 1991 bis 1995. 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP, fol. 229.

595 Niederschrift der 153. Sitzung des Verwaltungsrats vom 05.06.1991 in Berlin, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP.

596 Zum Folgenden vgl. Vermerk zum TOP 4: Bericht des Generalsekretärs, TOP 4.1 Vollzug des Haushalts 1991. Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft 1991, o. D., Drehbuch der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP, fol. 238–240.

lücke vor allem im Personal-Haushalt, die im Rahmen des Gesamt-Haushalts »nicht im vollen Umfang ausgeglichen werden« könne. Die AG »DFG/MPG« der BLK habe die Situation am 9. Oktober erörtert, als Ergebnis solle in der nächsten Sitzung des Ausschusses »Forschungsförderung« am 26. November die Erlaubnis »herbeigeführt werden«, »nicht-übertragbare Restmittel 1990« heranzuziehen und die »haushaltsrechtlichen Vorbehalte« des BMF und des BMFT dagegen fallen zu lassen. »Gegebenenfalls müssen auch Investitionsmittel zur Finanzierung der Personalmehrausgaben herangezogen werden.« Die Haushaltsmittel für die NBL können leider nicht zum Ausgleich dieses Defizits verwendet werden, obwohl zwei Drittel der bewilligten 30 Millionen DM infolge der Verzögerung beim Aufbau der AGs »zurückgemeldet werden« müssen.

Um das Dilemma auf den Punkt zu bringen: Es rächte sich der Beschluss im Vereinigungsjahr, getrennte West- und Osthaushalte zu führen, um die Budgets im Westen zu konservieren. Die Finanzkrise, die durch den 5x5-Beschluss von 1989 abgewendet werden sollte, schlug stattdessen voll ein. Zur Erinnerung sei angemerkt, dass die Haushaltsführung im öffentlichen Sektor zu jener Zeit nach den Grundsätzen der Kameralistik verlief: Bewilligte, aber nicht abberufene Mittel mussten entweder »zurückgemeldet« oder es musste jedes Jahr um Erlaubnis zur Weiterverwendung der nicht verbrauchten Gelder angesucht werden. Von Globalbudgets war nicht die Rede.

Wie im oben zitierten Vermerk Hasenclevers schon verdeutlicht wurde, war diese Krise nicht direkt auf die Ausgaben in den NBL zurückzuführen. Die Mittel für die Arbeit der MPG in den NBL betragen zu jener Zeit laut BLK-Beschluss nicht einmal 10 Prozent des Gesamtetats der MPG. Die am 4. November vom Ausschuss Bildungsplanung und Forschungsförderung der BLK für den Haushalt 1992 beschlossene Zuwendung von Bund und Ländern an die MPG betrug 1.151,7 Millionen DM; davon waren 1.038,5 Millionen DM den ABL und 98,15 Millionen DM den NBL zugeordnet.⁵⁹⁷

In seinem Bericht vor der CPTS am 23. Oktober 1991 sprach Zacher gezielt die Gefahr von Verteilungskämpfen innerhalb der MPG und die damit zusammenhängende Bedrohung des Zusammenhalts der Institution an. Eingangs hieß es: »Die Erfahrungshorizonte drifteten innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft in einer Weise auseinander, wie das wohl in der Geschichte der KaiserWilhelm/MaxPlanck-Gesellschaft noch nie der Fall gewesen sei. Es zeichneten sich schon entsprechende Dissoziationsschäden ab.«⁵⁹⁸ Am Schluß kam er darauf wieder

597 Vermerk Hasenclevers, Materialien zur 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP, fot. 56.

598 Anlage zum Protokoll über die Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats am 23. Oktober 1991 in Heidelberg. Bericht des Präsidenten, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1825, fot. 41. Im Gespräch mit den neu gewählten Vizepräsidenten im Dezember 1990 hielt Zacher schon fest, dass »es der MPG mehr oder minder an Visionen« fehle, »wie sich die Gesellschaft weiterentwickeln solle. Es herrsche zu sehr eine partikulare Sicht vor. Es fehle ein Automatismus für ein Aufgreifen wirklicher Neuentwicklungen.« Bernd Ebersold, Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 18. Dezember 1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 329, fol. 43.

zu sprechen, aber mit anderem Akzent: Durch »die politischen Entwicklungen des letzten Jahres« sei »auch innerhalb der MPG eine rege Perspektivendiskussion in Gang gekommen. Selten zuvor sei jedoch eine solchermaßen starke Einmischung durch die Politik zu beobachten gewesen.« Er

warnte eindringlich davor, die autonome Selbstbestimmung [der MPG, MGA] durch unmittelbares Herantreten an die Politik oder durch die Bildung voreiliger Koalitionen zu gefährden. Tendenzen zur partikularen Interessewahrnehmung, von denen er bereits zu Beginn gesprochen habe, müsse die Gesellschaft Einhalt gebieten, wolle sie auch in Zukunft die Erfolge aufweisen, die die Gesellschaft als Ganzes in ihrer Vergangenheit kennzeichneten.⁵⁹⁹

Bereits in der Senatssitzung im November 1991 entfaltete sich dementsprechend eine bemerkenswerte Diskussion mit prominenter Beteiligung über die Auslegung des 5x5-Beschlusses von 1989. Diese drehte sich um die Frage, ob mit fünf Prozent ein nominelles oder reales Budgetwachstum gemeint gewesen sei.⁶⁰⁰ Dies war nach den Vereinigungssitzungen 1990 das zweite Mal, dass im Senat der MPG sozusagen auf offener Bühne unter politischen Spitzenkräften in dieser Weise verhandelt wurde, was als Indiz des Ernstes und der noch bestehenden Offenheit der Lage gelten kann. Der ehemalige MPG-Präsident Staab vertrat nun die Auffassung, dass fünf Prozent nicht nominell gemeint gewesen sein könne. An der darauffolgenden Diskussion nahmen unter anderen Minister Riesenhuber und der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Peter Klemm, teil. Riesenhuber verwies auf die extrem angespannte Haushaltslage in allen Ressorts und hielt unverblümt fest: »Also 5 Prozent nominell wurde damals tatsächlich beschlossen. Nicht 5 Prozent real. Der FM [Finanzminister, MGA] steht auf dem alten Grundsatz, Mark ist Mark. Ich habe hier beim besten Willen keine Möglichkeit, daran etwas zu ändern.« Dabei erinnerte er daran, dass die GFEs sogar null Prozent nominal erhalten sollten. Das führe zu einem Stellenabbau, »von dem wir heute noch nicht wissen, wie er administrativ überhaupt bewältigt werden kann. Darüber führe ich Gespräche mit dem FM.« Fünf Prozent schützt zwar nicht vor der Inflation, »aber sie schützen Sie vor einer nominalen Plafondierung.«⁶⁰¹ Immerhin sei mit dem Finanzministerium (FM) vereinbart, »dass ab 1993 die Personalkostensteigerungen, die 3 % übersteigen, vom FM getrennt beigesteuert werden.« Nach einem Hinweis auf ein mögliches Vorpreschen der Länder und der Bitte an den Bund, selbst Vorreiter zu sein, gab Riesenhuber sich unwissend. Nach einer Korrektur seitens des DFG-Präsidenten Hubert Markl, der völlig zu Recht darauf hinwies, dass es damals lediglich 5 Prozent hieß, ohne Festlegung auf nominale oder reale Steigerung, ruderte Riesenhuber ein Stück weit zurück: »OK, wir hatten

599 Zacher, Bericht des Präsidenten, fot. 45.

600 Vgl. Stenographische Notizen zur 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 58–59, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP. Die folgenden Zitate erschienen nicht im gedruckten Protokoll.

601 Ebenda, Bl. 61.

die Hoffnung, dass ein kleiner realer Zuwachs daraus hervorgehen würde, [aber] niemand habe 5 % Realzuwachs erwartet.«⁶⁰²

Es blieb nicht aus, dass dieses Thema zum ersten Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung des Präsidentenkreises am 20. Januar 1992 wurde, und zwar noch vor der Besprechung der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in den NBL.⁶⁰³ Unter den Vorbereitungsunterlagen zur Sitzung befindet sich ein Vermerk, der in aller Schärfe »über das strukturelle Defizit im Haushalt der MPG« spricht.⁶⁰⁴

Dass die institutionelle Ressource Autonomie durch die Verknappung der Ressource Geld tangiert wurde, sprach man im Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung im Februar 1992 deutlich an. Im Vermerk dazu hieß es zu den potentiellen Folgen des »strukturellen Haushaltsdefizits« in den ABL, die MPG müsse »Spielraum für wissenschaftliche Erneuerung zunehmend im Rahmen eines stagnierenden Haushalts gewinnen«.⁶⁰⁵ Dabei sah der Ausschuss »in der Kraft der Schließungen [...] einerseits eine außergewöhnliche Stärke der Max-Planck-Gesellschaft«; klar war andererseits aber, dass »Schließungen in einer Größenordnung von 10 bis 15 Abteilungen [...] die Kraft überfordert« hätte »und selbst dann noch nichts für das eigentliche Ziel wissenschaftlicher Erneuerung gewonnen wäre.«⁶⁰⁶ Vielmehr sei die »Gefahr einer Erstarrung des Systems der gemeinsamen Finanzierung« gegeben mit der Folge, dass »ein primär auf die Wahrung von Besitzständen gerichtetes Denken der Länder es zusätzlich erschwert, einen solchen Spielraum überhaupt noch zu haben.«⁶⁰⁷ »Kontrovers diskutiert« wurde hingegen die Auffassung Klaus Pinkaus, dass die MPG »den Spielraum für innovative Entwicklungen im neuen Bundesgebiet« suchen sollte. In genau diese Richtung ging es aber schon: Immerhin standen zum 1. 1. 1992 für die NBL zwei MPIs (mit 200 Planstellen), zwei Außenstellen von MPIs (mit 70 Stellen), 28 AGs (mit 265 Stellen) sowie die unter Trägerschaft einer neuen Tochtergesellschaft gegründeten sieben GWZs (mit 170 Planstellen) im Haushalt.⁶⁰⁸

In diesem Zusammenhang kam das Thema der regionalen Verteilung neuer MPG-Einrichtungen in den NBL erneut und verschärft zur Sprache. Druck aus den Ländern wurde nicht zuletzt auch im besagten Ausschuss Forschungsförderung der BLK spürbar. In der Ausschusssitzung

602 Ebenda, Bl. 64.

603 Präsidenten-Kreis 20. 01. 1992, Tagesordnung, 23. 12. 1991. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fot. 16.

604 Manfred Betz, Vermerk zur Sitzung der AG DFG/MPG am 14. 01. 1992. Ebenda, fot. 33–35.

605 Beratungen in der 23. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungs-Politik und Forschungs-Planung vom 18. 02. 1992. Materialien zur 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12. 03. 1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP, fot. 7–9. Auch in: Drehbuch zur 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 393–394.

606 Berichtet nach: Materialien zur 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12. 03. 1992 in München, Bl. 2, AMPG, II., Abt., Rep. 61, Nr. 155. VP.

607 Ebenda, Bl. 3.

608 Drehbuch zur 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 393–394.

vom 19. Februar erklärten die Vertreter der NBL »sich außerstande«, zu Anforderungen für 1993 jetzt schon Stellung zu nehmen. Insbesondere Mecklenburg-Vorpommern und danach Brandenburg und Sachsen wünschten sich dort konkretere Informationen über geplante »Aktivitäten« der MPG in den jeweiligen NBL, während Hasenclever sich als Vertreter der MPG konkrete Angaben über »eigene wissenschaftliche Interessen« der Länder wünschte, wobei er »betonte, dass selbstverständlich auch strukturpolitische Erwägungen bei den Entscheidungen der MPG eine Rolle zu spielen hätten.«⁶⁰⁹

Die Schwierigkeiten vor Ort machten die Frage nach der regionalen Verteilung der MPG-Einrichtungen nicht gerade einfacher. Hasenclever hielt in einem Vermerk zur bevorstehenden Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung fest: »Insbesondere die Berufungsverhandlungen mit künftigen Direktoren des Instituts in Halle zeigten erneut sehr deutlich, dass der dem Haushalt 1992 zugrundeliegende Pauschalansatz den besonderen Verhältnissen in den neuen Ländern keinesfalls gerecht werde.«⁶¹⁰ In einem Bericht dazu hieß es: »Als außerordentlich schwieriges Problem hat sich wegen der in den neuen Ländern herrschenden extremen Wohnungsknappheit die Unterbringung von Direktoren, Mitarbeitern und Gästen erwiesen.« Dafür seien ergänzende Baumittel bei jeder Neubaumaßnahme sowie Pauschale für Gästehäuser und die Förderung des Wohnbaus notwendig:

Auch die Verteilung der Gruppen auf die Universitäten im neuen Bundesgebiet konnte naturgemäß keinem – etwa an regionalpolitischen Überlegungen orientierten – Schema folgen; zu berücksichtigen waren sowohl der gegenwärtige oder zukünftige Tätigkeitsort des vorgeschlagenen Leiters als auch die Bereitschaft der betroffenen Hochschulen, die Gruppen bei sich aufzunehmen.⁶¹¹

Die vermeintlich notwendige »Rückführung« der Grundlagenforschung an die Universitäten geriet ebenfalls mit dem dortigen Strukturwandel und Mittelkürzungen in Spannung. In einem Bericht zur Vorbereitung der Senatssitzung im März 1992 hieß es dazu, der Stand der Arbeitsgruppen sei »sehr befriedigend«, und zwar »trotz unausweichlicher Interferenzen mit der beginnenden Neustrukturierung der ostdeutschen Universitäten und dem dort gleichzeitig eingeleiteten Stellenabbau.«⁶¹²

Tatsächlich kam es in der Senatssitzung am 30. März 1992 zum offenen Dissens und zu einer Grundsatzdiskussion darüber, ob Innovation im Osten auf Kosten der ABL geschehe oder

609 Vermerk (Betz) 19.02.1992 zur Sitzung Ausschuss „Forschungsförderung“ der BLK 18. 2. 1992. Drehbuch zur 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 432.

610 Ebendort.

611 Materialien zu TOP 3: Mittelfristige Finanzplanung 1992–1996, 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 25, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

612 Bericht zum TOP 2 der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 416.

geschehen sollte. In seinem Bericht analysierte Zacher die grundsätzlichen Probleme eingehend. In der alten Bundesrepublik hätten auch die Bemühungen, Innovationsfähigkeit durch Kürzungen oder gar die Schließung von Abteilungen zu erreichen, auch zu »langjährigen Folgekosten« geführt, und neue Anforderungen aus Vorschriften des Umwelt-, Abfall-, Tierschutz- und Gentechnikrechts sowie neuer Sicherheitsmaßnahmen im Baubereich und erhöhte Betriebskosten waren in den letzten Jahren hinzugekommen. Die MPG habe nunmehr »alle Handlungsspielräume aufgezehrt [...] Es gebe so gut wie keine Personalmittelreserven mehr«, und Programme zur Erneuerung der Geräte müssten sistiert werden, was Folgen für die Durchführung von Berufungen gehabt habe. Der 5x5-Beschluss vom Dezember 1989 sollte dem abhelfen, tat es aber nicht: »Die Gesellschaft habe damals erwarten dürfen, daß dies ein reales Wachstum bedeuten werde, und daraufhin die drei Institute in Bremen (marine Mikrobiologie), Marburg (terrestrische Mikrobiologie) und Saarbrücken (Informatik) gegründet« und sich damit »selbst noch einmal überfordert.«⁶¹³

Der Erwartung, dass ein Aufbruch in den NBL die Finanzkrise kompensieren oder gar überwinden helfen möge, erteilte Zacher einen Dämpfer, denn die Entwicklungen dort hätten »ihre eigenen Schwierigkeiten.« Die Erfahrungen mit den ersten Neugründungen zeigten insbesondere der Politik, dass »der Investitionsbedarf weit über den Annahmen« liege – die Politik sei bisher davon ausgegangen, »dass Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern nur fortzuführen wären.« Solche Annahmen mögen »politisch sehr verführerisch« sein, aber sie berücksichtigen »nicht den dringenden Bedarf für die Anschaffung moderner Geräte, für eine Verbesserung der Infrastruktur und für die Sanierung der Bausubstanz, ganz abgesehen von der Notwendigkeit, Wohnraum bereitzustellen. Um jene Forschungslandschaft zu schaffen, die den vielen Bekundungen entsprechend zum Blühen gebracht werden sollte, seien Innovation und Renovierungen im großen Umfang nötig.« Die MPG sieht sich also »zu schmerzlichen Reduktionen« in den ABL genötigt und erhält »trotzdem für Einrichtungen in den neuen Ländern nicht die nötigen Mittel zu einem wirklich guten Aufbau. [...] Es drohe die Gefahr, dass die Forschung in Deutschland in ihrem Gesamtniveau – Ost wie West – abgesenkt werde.«⁶¹⁴

In der sich anschließenden Diskussion wies Anke Brunn darauf hin, dass die GFES und die DFG vor vergleichbaren Problemen stünden und dass im Haushalt des BMFT nach ihren Berechnungen etwa eine Milliarde DM fehlte; sie regte an, »eine größer angelegte Diskussion über den Stellenwert der Forschung in Deutschland für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zu führen.« FhG-Chef Syrbe hingegen meinte,

dass es keiner weiteren Analysen bedürfe. Allein der Vergleich des Jahres 1989 als dem letzten vor der deutschen Wiedervereinigung mit dem Jahr 1992 als jenem, in dem die Vereinigung finanztechnisch gesehen vollzogen worden sei, zeige, dass der Bundeshaushalt um

613 Vgl. Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, Bl. 5 bzw. 7, AMPG., II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

614 Ebenda, Bl. 7.

45 % und der Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie um 25 % gestiegen sei. Diese Differenz von 20 % entspreche dem fehlenden Betrag von 1 Milliarde DM und sei eine Folge der Prioritätensetzung der Bundesregierung.⁶¹⁵

Das rief den Staatssekretär im BMF, Peter Klemm auf den Plan, der sich erwartungsgemäß eine solche Prioritätendiskussion verbat: »Mit der Wiedervereinigung Deutschlands sei zwar ein Anstieg des Bundeshaushaltes in Höhe von 100 Milliarden DM verbunden gewesen. Man könne aber nicht einfach den Schluss ziehen, dass der Stellenwert der Wissenschaft gesunken sei, weil jetzt für sie nicht mehr der gleiche Prozentsatz gelte.« Es müssten nun einmal »die Grenzen der Belastbarkeit der deutschen Volkswirtschaft in die Betrachtungen einbezogen werden.« Spätestens hier wurde klar, dass dem Ressourcenwert der Einbindung solcher hohen Regierungsbeamten in den Senat Grenzen gesetzt waren.

Gegen die Aussage Klemms vertrat der ehemalige Forschungsminister und Ehrensensator Hans Leussink einen klassisch kontrazyklischen Standpunkt: Wenn es der Wirtschaft oder der Politik schlecht geht, sollte man doch in Forschung investieren. Die Ausführungen Klemms seien deshalb »nicht nachvollziehbar«. Anke Brunn wurde, auch an Klemm gerichtet, noch deutlicher:

Und gerade wenn Sie von der Seite des Bundesfinanzministers sprechen, dann ist Ihnen zuzugestehen, dass die Lage schwierig ist. Aber ich meine, wir müssten uns trotzdem überlegen – und das ist jetzt eine sehr generelle Frage –, wie Deutschland mit der Entwicklung der Vereinigung umgeht. Wenn wir jetzt in dieser kritischen Phase in zu starkem Maße im Bereich der Forschung mit den Investitionen in Höchst- und Spitzenqualifikationen zurückfallen, dann haben wir, meine ich, einen unserer großen Standortvorteile gefährdet.

Der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt sekundierte: Es müsse »neben der linearen Steigerung einen strukturellen Aufwuchs geben«, denn die »Verteilungskämpfe haben bereits begonnen.«⁶¹⁶

Ebenfalls im März 1992 nahm der Gesamtbetriebsrat Stellung, und zwar aus wohlverstandenen Eigeninteresse der Belegschaft im Westen: »Der Gesamtbetriebsrat erwartet eine klare Entscheidung des Senats der MPG, dass Beschlüsse zur Gründung von Instituten und Projektgruppen ausgesetzt werden, sofern die Finanzierungsträger nicht die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen.« Des Weiteren hieß es abschliessend: »Der Gesamtbetriebsrat hat

615 Ebenda, Bl. 8. Zum Folgenden ebenda, Bl. 8–9.

616 Materialien/redigierte Tonbandmitschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fot. 22–25; Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, Bl. 8–9, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 130.SP.

seinen Vorsitzenden beauftragt, künftigen Neugründungen nur zuzustimmen, wenn dadurch Arbeitsplätze in bestehenden Instituten nicht gefährdet werden.«⁶¹⁷

Zur Unterstreichung des Ernstes der Lage unternahm Zacher einen außergewöhnlichen Schritt: Am 14. Mai wandte er sich mit einem Rundbrief an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der ABL. Dort verwies er auf dieselben strukturellen Probleme, die er im Senatsbericht herausgestrichen hatte, sowie auf den realen Rückgang des Etats in den ABL für 1991 und voraussichtlich auch 1992, und schrieb von »der schweren und drängenden Sorge, dass Forschungsarbeiten in den alten Ländern funktionswidrig beeinträchtigt und eingeschränkt werden«, sogar »in ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrer Existenz bedroht sind, wenn die Zuwendungsgeber nicht in der Lage und bereit sind, zu helfen.« Dabei betonte er ausdrücklich, dass die drohenden Schäden weder durch Zuwendungen in den neuen Ländern auszugleichen noch durch bereits die beschlossenen »einschneidenden Einschränkungen« im Umgang mit Personalmitteln in den ABL abzuwenden seien. Vielmehr nannte er die Leistungsfähigkeit der MPG in den ABL »eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sie ihre Aufgaben in den neuen Bundesländern erfüllen kann.«⁶¹⁸ Konkret stellte er drei Forderungen: (1) die Zusage der Länder, sich der vorliegenden Zusage des Bundes anzuschließen, Tarifsteigerungen über 3 Prozent zusätzlich zur 5 Prozent-Steigerung des MPG-Haushalts für 1993 und 1994 zu bewilligen; (2) das bereits vorgelegte »Sonderprogramm Bau« für 1993–1997 in Höhe von circa 190 DM zu fördern; (3) die Stellen zu bewilligen, die die MPG für die 1990/1991 in den ABL gegründeten Institute benötigt. Darauf gab es vorerst keine Reaktion; es sollten noch weitere Rundbriefe folgen.

III. 4. 2. Die Reaktion der MPG-Leitung: Stopp der Umsetzung der Neugründungen in den NBL und (versuchte) Mobilisierung der ›hohen Politik‹

Im Vorfeld der Senatssitzung im Juni deutete sich ein Konsens an, und zwar zuungunsten der Initiativen in den neuen Ländern. In einem Rundschreiben an ausgewählte Senatsmitglieder bat Zacher »um zustimmende Kenntnisnahme«, dass Gründungs- und Berufungsbeschlüsse für MPIs in den neuen Ländern »vom Präsidenten der MPG nicht vollzogen werden, solange die Finanzierung nicht hinreichend geklärt ist. [...] Ausgenommen sind die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse für die MPIs Mikrostrukturphysik und Kolloid- und Grenzflächenforschung.«⁶¹⁹ Ein Vermerk Beatrice Fromms vor der Senatssitzung zum Stand der Umsetzung der Gründungsbeschlüsse in den NBL hatte die Lage in aller Deutlichkeit dargestellt: Zwar seien 10 MPI-Neugründungen angedacht (darunter die Institute für Wissenschaftsgeschichte und für die Erforschung der Aufklärung), mit den vorhandenen Mitteln seien aber nur zwei bis 1997

617 Kleinschmidt an Hasenclever, 31.03.1992; Stellungnahme des GBR vom 25.–26.03.1992. Drehbuch zur 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 131.SP, fol. 70–71.

618 Vgl. Zacher, Gemeinsamer Brief: an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der alten Länder und Berlin, 14.04.1992, Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, Bl. 1, 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 131.SP.

619 Ebenda, fot. 6. Der entsprechende Beschlussvorschlag wurde an »ausgewählte Leute«, darunter Staab, Frühwald, Leussink, Klemm und Ehrhardt vor der Senatssitzung verteilt.

realisierbar. Der Präsident habe sich erneut an den Bundeskanzler und die Regierungschefs, diesmal auch der neuen Länder, gewendet.⁶²⁰

Hintergründe dieses Einschnitts gehen aus dem Bericht Hasenclevers im Rahmen derselben Senatssitzung im Juni 1992 deutlich hervor.⁶²¹

Im Hinblick auf die neuen Bundesländer gebe es positive Signale bezüglich zusätzlicher Stellen. Völlig unklar sei jedoch, in welcher Höhe die finanzielle Unterstützung ausfallen werde. Herr Hasenclever rief in Erinnerung, dass der Haushalt zur Zeit aus zwei verschiedenen Finanzierungskreisen bestehe, die einen Ressourcentransfer aus den alten in die neuen Länder nicht zuließen. Der Bund übernehme für beide Finanzierungskreise einheitlich je 50 % und für die alten Länder brächten die bisherigen Vertragspartner der Rahmenvereinbarung nach Art. 91b GG die andere Hälfte auf. Für die neuen Länder bleibe abzuwarten, in welcher Höhe für 1993 und 1994 Mittel in Aussicht gestellt werden könnten. Die Möglichkeiten der Max-Planck-Gesellschaft, Kontinuität zu erreichen und ihrerseits den zu gewinnenden Wissenschaftlern Kontinuität garantieren zu können, würde insbesondere durch den Umstand erschwert, dass in die Periode des Aufbaus von Instituten die Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Ländern fallen werde, womit das große Problem verbunden sei, dass ab 1995 die neuen Länder auch die Einrichtungen der MPG in den alten Ländern mitfinanzieren müssten.

Im Klartext hieß das, dass es sowohl aus allgemeinpolitischen als auch aus haushaltstechnischen Gründen weiterhin angezeigt sei, »altes und neues Fördergebiet« getrennt zu betrachten, sonst wird »die Entwicklung nicht mehr steuerbar« wegen der »politisch zu verwirrende[n] Verrechnungsvorgänge«, also weil die Mittel aus verschiedenen Bundestöpfen stammten. MPG-innenpolitisch war diese Lösung geboten, um »auch innerhalb der Gesellschaft [zwischen] Wissenschaftsentwicklung und Verteilungskampf« zu unterscheiden.⁶²² Zacher machte klar, dass getrennte Haushalte auch deshalb notwendig seien, um das Engagement der MPG-Mitglieder in den NBL zu stärken, sonst kämen sie unter Umständen in die schiefe Lage, »Verteilungsentscheidungen gegen sich selbst« zu tätigen.

Im Juni kam es in der Senatssitzung zu einer ausführlichen Grundsatzdiskussion darüber, wie die MPG mit dieser doppelten Krisenlage umgehen solle. Die eigentlichen, MPG-innenpolitischen Hintergründe dieser Diskussion erläuterte Zacher mit bemerkenswerter Offenheit: Der Fall der Neugründung des MPI für Mikrostrukturphysik habe ihm klargemacht, »daß selbst die

620 Fromm, Vermerk zum TOP 1, Bericht des Präsidenten, hier: Stand der Umsetzung der Gründungsbeschlüsse in den Neuen Bundesländern. Drehbuch zur 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 132.SP, fol. 264–267. Was mit dem letzten Satz gemeint war, wird sogleich besprochen.

621 Bericht Hasenclevers zum Stand der Haushaltsplanung 1992. Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04. 06. 1992 in Dresden, Bl. 18–19, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 131.SP.

622 Notizen zur Vorbereitung des Berichtes des Präsidenten, Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 04. 06. 1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 379.

für eine ›Fortführung‹ [dieses Instituts, MGA] bewilligten Mittel nicht ausreichen, da es in Wirklichkeit auch hier um eine Erneuerung von Grund auf gehe.⁶²³ In Anbetracht dieser Erfahrungen habe er sich deshalb dazu entschlossen, den Vollzug der in der vorigen Senatsitzung am 13. März 1992 gefassten Gründungs- und Berufungsbeschlüsse »auszusetzen, bis die Finanzierung geklärt sei.« Gegen diesen Entschluss sprach sich Senator Ehrhardt aus, denn »es sei Aufgabe des Senats, sich um innovative Institutsgründungen zu bemühen.« Würde die MPG den Finanzierungsträgern signalisieren, »daß nichts geschehe, solange nicht das Geld zur Verfügung gestellt werde«, stünde sie sich nur selbst im Wege. Stattdessen schlug er vor, die gefassten Beschlüsse – natürlich nach Maßgabe der Finanzierungsmöglichkeiten – auch zu vollziehen und »die Finanzierung mit allen Mitteln zu erstreiten.«⁶²⁴

In der darauffolgenden Debatte malte Helmut Schmidt die Lage drastisch aus.⁶²⁵ Die »Riesenüberweisung« des Bundes an die NBL in Höhe von 180 Milliarden DM pro Jahr habe eine Krise der öffentlichen Haushalte herbeigeführt. Mittlerweile sei weit über die Hälfte der privaten Kapitalbildung in Deutschland von den öffentlichen Defiziten verschlungen. Diese Situation erfordere von allen im Westen Verzicht, und da müsse die Wissenschaft wohl dazugehören, denn die Neugründungen in den NBL seien zu priorisieren:

Alte Beschlüsse von vor 24 Monaten seien unter heute nicht mehr bestehenden finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen gefaßt worden und hätten bei der gegenwärtigen Finanzlage keinerlei Bedeutung mehr. (...) Man könne deshalb nicht von einer Krise der Wissenschaft, auch nicht von einer speziellen Krise der Max-Planck-Gesellschaft, reden, sondern es handele sich um eine hoffentlich und wahrscheinlich vorübergehende Krise der allgemeinen Finanzierbarkeit aller öffentlichen Aufgaben im vereinigten Deutschland.

Staatssekretär Klemm vom BMF bekräftigte diese Sicht mit dem Bericht, dass der Finanzplanungsrat sich am Abend vor der Senatsitzung auf das Ziel geeinigt hatte, »im Laufe der nächsten fünf Jahre die öffentliche Neuverschuldung pro Kopf zu halbieren. In diesem Rahmen würde der 5x5 %-Beschuß einschließlich einer ›3 %-plus-Regelung‹ für die Personalkosten bereits eine Privilegierung der Max-Planck-Gesellschaft darstellen.«⁶²⁶

Zum Abschluss der Debatte machte Zacher nochmals klar, daß man unbedingt zweigleisig fahren müsse:⁶²⁷ Will die MPG »ihren Leistungsstandard in den alten Ländern erhalten, müsste dort »für innovative Entwicklungen ein Potential von 5 bis 10 % freigemacht werden«, was nur

623 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 131.SP.

624 Ebenda, Bl. 5.

625 Vgl. zum Folgenden ebenda, Bl. 10.

626 Ebenda, Bl. 8.

627 Zum Folgenden vgl. ebenda, Bl. 12.

durch gezielte Schließungen möglich sei. Die Bereitschaft in der Gesellschaft, hier mitzutun, »sei sehr groß«, und der Verdacht müsse vermieden werden, »dass die Schwierigkeiten nur eine Konsequenz aus der Situation in den neuen Ländern seien.« An Ehrhardt gewandt erklärte er, »daß er bis zu seiner Abwahl ein Institut erst dann ins Werk setzen werde, wenn es auch wirklich finanziert werden könne.«

Schließlich akzeptierte der Senat die Argumente Zachers und beschloss, dem Präsidenten zu empfehlen, Institutsgründungen in den neuen Ländern »nur in Abhängigkeit von den zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten zu vollziehen«. ⁶²⁸ Ausgenommen wurden die Berufungen, die zur Gründung der MPIs für Mikrostrukturphysik und Kolloid- und Grenzflächenforschung notwendig wurden. Das hieß konkret, dass das nicht sonderlich teure MPI für Physik komplexer Systeme, aber sonst nur zwei der bislang drei vorgeschlagenen Neugründungen – das MPI für Infektionsbiologie und das MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme – zu diesem Zeitpunkt tatsächlich beschlossen wurden. ⁶²⁹ Des Weiteren nahm der Senat den oben besprochenen Brief vom 14. Mai an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der ABL »zustimmend zur Kenntnis« und empfahl dem Präsidenten, zugleich »alle Möglichkeiten für Einsparungen auszuschöpfen« und im Hinblick auf bevorstehende Emeritierungen oder Pensionierungen »verstärkt zu prüfen, ob eine Ergänzungsberufung erforderlich und im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Max-Planck-Gesellschaft zweckmäßig ist«. ⁶³⁰ Damit bestätigte der Senat das ohnehin geplante Vorgehen Zachers.

Zu einer öffentlichen Antwort der Politik auf diese Situation kam es in der Festversammlung in Dresden am selben Tag. In seiner Grußadresse stellte Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Rainer Ortleb »Kompensierungen« in Aussicht, damit die Tarifbeschlüsse den 5x5-Beschluss nicht »wieder aufzehren« und nannte DFG und MPG explizit. Außerdem befürwortete Ortleb zusätzliche Mittel für deren Aktivitäten in den NBL aus regionalpolitischen Gründen sowie die Verlängerung des WIP im HEP um ein zusätzliches Jahr (von 2 auf 3). ⁶³¹ Wie wirkungsvoll das alles sein würde, war unklar; für die MPG war Ortleb nicht zuständig und er kam nicht zu den Senatssitzungen.

Weitaus grundsätzlicher fiel die darauffolgende Rede Hans Zachers mit dem unscheinbaren Titel »Die Forschung lebt von der Pluralität« aus. ⁶³² Hier, nunmehr in einer der Landeshauptstädte der NBL, verfocht er noch einmal die Pluralität der Forschungs- und Forschungsförde-

628 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04. 06. 1992 in Dresden, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP.

629 Michael Globig: Senatssitzung in Stuttgart: MPG beschliesst Gründung eines MPI für Physik komplexer Systeme. *MPG-Spiegel* 6/1992c, 20. Zu diesen Neugründungen siehe oben, Abschnitt III.3.3.3.

630 Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04. 06. 1992 in Dresden, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 131.SP.

631 Rainer Ortleb: Chancen der Erneuerung von Wissenschaft und Forschung in Europa nutzen. Ansprache des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. *MPG-Spiegel* 4/1992, 60–62, 60, 62.

632 Hans F. Zacher: Die deutsche Forschung lebt von der Pluralität. Ansprache des Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1992, 63–69.

rungseinrichtungen als Grundlage der Autonomie der Wissenschaft in Deutschland und die MPG als »optimales System« für die Grundlagenforschung. Dass dieses Forschungssystem der Bundesrepublik durch die finanzielle Stagnation der letzten beiden Jahrzehnte »unversehens und versehens gefährdet« sei,⁶³³ hatte er früher schon behauptet. Hinzu kam jetzt der Hinweis darauf, dass die MPG in dieser Zeit trotzdem neun Institute gegründet habe, und dass der 5x5-Beschluss (den er »nach den Umständen als die Zusage realen Wachstums interpretieren« zu dürfen meinte) infolge der Tarifsteigerungen nur eine »Fortsetzung der Stagnation« gebracht habe.⁶³⁴

Dies alles war jetzt aber nur der Aufhänger für einen weiteren unkonventionellen Schritt. Gegen Ende der Rede versuchte Zacher in aller Öffentlichkeit mit der ›hohen Politik‹ ganz konkret um Geld zu verhandeln. Mit Bezug auf die ABL sprach er dabei von einem »Kompromiss«, den die MPG den Förderungsgebern »angeboten« habe: »Er besteht vor allem darin, die Finanzierungsträger zu bitten, ihr das Risiko, dass die Löhne über 3 % ansteigen, abzunehmen« (wie im oben erwähnten Brief vom 14. Mai bereits gefordert), mit einem Sonderprogramm Bau »über den Berg des Investmentstaus zu helfen und ihr die Stellen zu bewilligen, die sie für die drei neuen Institute in den ABL brauchte und braucht.«⁶³⁵ Mit Bezug auf die NBL weigerte er sich nun offen, die Expansion der MPG in den NBL über Kürzungen in den ABL zu finanzieren oder gar mit dem Bau neuer Institute in den NBL überhaupt zu beginnen, »ohne dass die notwendigen Mittel zuverlässig in Aussicht stehen.« Er steigerte sich sogar zur Behauptung, die Bundesregierung würde das Risiko auf sich nehmen, gegen den Einigungsvertrag zu verstoßen, wenn sie die Mittel für den Aufbau Ost im Wissenschaftsbereich nicht zur Verfügung stelle und es stattdessen bei »eine[r] strukturell gespaltene[n] Forschungslandschaft bleibt«.⁶³⁶ In den Ohren der anwesenden PolitikerInnen könnte das wie eine kaum verhohlene Drohung geklungen haben.

In der Folge dieser Auseinandersetzung entfaltete sich eine Korrespondenz zwischen den Senatoren Hans-Olaf Henkel, Vorsitzender der Geschäftsführung von IBM Deutschland, und Klaus Pinkau, die hinsichtlich der wissenschaftspolitischen Hintergründe aufschlussreich ist. Henkel sprach sich dabei gegen einen Finanzierungsvorbehalt aus, weil er die Aktivitäten in den NBL realisiert sehen wollte. Der Generalverwaltung solle deutlich gemacht werden, dass dies nötigenfalls durch Kürzungen anderswo zu geschehen habe.⁶³⁷ Pinkau antwortete, dass sich seine Meinung, dass es um Prioritäten der Bundesregierung geht, wohl durchgesetzt habe: Riesenhuber sei im Budget »gerade um den Ostteil eingebrochen«, während andere Ressorts um die-

633 Zacher, Die deutsche Forschung, 1992, 63–69, 65.

634 Zacher, Die deutsche Forschung, 1992, 63–69, 67.

635 Zacher, Die deutsche Forschung, 1992, 63–69, 68.

636 Zacher, Die deutsche Forschung, 1992, 63–69, 68.

637 Henkel an Pinkau 25.06.1992. Materialien zur 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 100–101.

sen aufgestockt wurden. Vom Standpunkt seines Instituts (gemeint war die Außenstelle des IPP in Berlin) könne er nur sagen, »dass wir jetzt dabei sind, sehr gute, sehr gesunde und zukunftsweisende Forschung zu zerstören.«⁶³⁸

Bereits Anfang Juni hatte Hasenclever in seinem Bericht in der geschlossenen Hauptversammlung auf genau diesen Umstand mit offenen Worten hingewiesen. Das BMFT sei demnach »der Bereich [...], in dessen Haushalt die Aufgaben in den NBL kaum Niederschlag gefunden haben.« Das Ressort weise überhaupt im Haushalt 1991 (neben dem AA und dem BKA) die niedrigste Zuwachsrate:

Das Besorgniserregende ist, dass sich diese Entscheidung auch auf die mittelfristige Finanzplanung auswirkt. [...] Offensichtlich soll dieses Ressort – nach dem derzeitigen Planungsstand – die Mittel, die für die erweiterten Ausgaben erforderlich wären, nicht zusätzlich erhalten, sondern im Förderbereich der westlichen BLs einsparen.

Die Forschung sei offenbar »im System der Lobby nicht ausreichend repräsentiert.«⁶³⁹

In der Senatssitzung hatte Zacher neben den anderen, bereits genannten Beschlüssen auch die Autorisierung erhalten, im Namen aller MPI-DirektorInnen und der Generalverwaltung einen zweiten gemeinsamen Brief, diesmal an den Bundeskanzler und die Regierungschefs aller Bundesländer zu schicken, in dem auf den Ernst der Lage hingewiesen und um längerfristige Planungssicherheit gebeten werden sollte, um neue Einrichtungen gründen zu können. Der Brief wurde nach weiteren Rücksprachen am 3. August abgeschickt.⁶⁴⁰

Zacher wandte sich nun an alle Bundesländer, obwohl es um die Situation der MPG in den NBL ging; denn in wenigen Jahren (konkret: 1995) sollten die NBL in den Finanzausgleich der Länder einbezogen werden, so dass der Bund und alle Länder dann »Verantwortung tragen« werden.⁶⁴¹ Er betonte eingangs die Initiativen der MPG in den NBL, die er hier zur Information summarisch beschrieb. Weil das »genuine Förderinstrument« der MPG das Institut sei, hieß es weiter, könne sie ihrem Zweck längerfristig nur durch Neugründungen gerecht werden. Ziel der MPG in den NBL sei es daher, »in überschaubarer Zeit zw. 10 und 15 Institute gründen zu können«, mit deren Planung man noch vor Jahresende 1990 begonnen habe.⁶⁴² Von »insgesamt 25 Gründungsvorschläge[n]« seien »unter Gesichtspunkten wissenschaftlicher und wissenschaftspolitischer Priorität zunächst acht Vorhaben ausgewählt« und dem Planungsprozess

638 Pinkau an Henkel, 14.07.1992. Ebenda, fol. 105–106.

639 Ergebnisprotokoll der 43. ordentlichen geschlossenen Hauptversammlung im Rahmen der Jahresversammlung am 4. Juni 1992. Anlage 2: TOP 3, Bericht des Generalsekretärs, Bl.1 AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 315.

640 Zum Folgenden vgl. Zacher, Gemeinsamer Brief an den Bundeskanzler und Regierungschefs, 3. August 1992, Niederschrift der 131. Sitzung des Senats vom 04.06.1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 43–48.

641 Ebenda, fol. 43.

642 Ebenda, fol. 44.

»zugeführt« worden. Hinzu käme ein Albert-Einstein-Institut für Gravitationsphysik auf Anregung des WR.⁶⁴³

Man habe gehofft, so fuhr Zacher fort, mit der Mehrzahl dieser Vorhaben schon 1993 beginnen zu können, doch »nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen über den Etat der Gesellschaft und für den Bereich der neuen Länder muss dies jedoch ausgeschlossen werden.«⁶⁴⁴ Die Deckungslücke von 45 Millionen DM möge durch »gerade noch verantwortliche[] Kürzungen im Budget der bestehenden Institute und die Aufschiebung von geplanten, aber noch nicht vom Senat beschlossene[] Gründungsvorhaben« kompensiert werden, doch verblieben dann noch immer 25 Millionen DM; für diese Mittel sei die MPG von den »Verhandlungspartnern« (gemeint war vermutlich die AG »DFG/MPG« in der BLK) auf »Sonderprogramme im Rahmen des HEP« verwiesen.⁶⁴⁵ Eine »Entscheidung von dieser Tragweite« könne man aber nur mit »Gewissheit« über die weitere Finanzierung des weiteren Aufbaus beschließen – man übernehme hier Verantwortung für die Lebensplanung von Menschen und es sei hier nichts gewünscht, was »in einem Torso endet«. »Die MPG muss deshalb Bund und Länder bitten, mit der Zustimmung zur Gründung der Institute auch Verantwortung für deren mittelfristige Entwicklung zu übernehmen.«⁶⁴⁶ Man bemerkt, dass Zacher an dieser Stelle ausnahmsweise mit der Rede von »Lebensplanungen« soziale Kriterien zu bemühen schien; die Aufmerksamkeit galt allerdings weniger der künftigen Übernahme von MitarbeiterInnen aus den NBL als den zu berufenen InstitutsdirektorInnen.

Konkret forderte Zacher einen »erst rascher, dann langsamer sich erweiternden Finanzierungskorridor, in dessen Grenzen Begrenzungen der Gesellschaft Handlungsspielraum gegeben würde, um Begonnenes konsistent weiterzuführen und auch auf heute im Detail noch nicht absehbare Erfordernisse flexibel reagieren zu können.« Gemeint waren »Zusagen über einen finanziellen Zuwachs in den kommenden Jahren, der dem Mittelbedarf für den Aufbau der vier neuen Institute [...] entspräche.« In Zahlen: für 1993 23,7 Millionen, für 1994 rund 80 Millionen DM und in den folgenden Jahren »dann nahezu konstant« 90 Millionen DM. Später im Text ist alternativ von einer Schließung der Deckungslücke für 1993 und einem rücklaufenden Zuwachs von 67 Millionen für 1994, 32 Millionen für 1995 und 29 Millionen DM für 1996 die Rede. Insgesamt forderte Zacher ab 1993 250 zusätzlichen Planstellen. Er hielt das für »keine unbillige Forderung«, obwohl ihm bewusst sei, dass dies über das »jährlichkeitsprinzip« hinausgehe.⁶⁴⁷

643 Ebenda, fol. 45. Zacher machte diese acht Vorhaben hier namhaft (vgl. oben Abschnitt III.3.2.2.), aber nur vier davon wurden tatsächlich realisiert: die bereits beschlossenen Neugründungen für Infektionsbiologie und die Erforschung der Wirtschaftssysteme sowie die später beschlossenen für Nichtlineare Dynamik und für Neuropsychologische Forschung.

644 Ebendort.

645 Ebenda, fol. 46.

646 Ebendort.

647 Ebenda, fol. 48.

Ab diesem Zeitpunkt war immer wieder von einem »Finanzkorridor« die Rede, den der Bund der MPG bis zur grundsätzlichen Klärung der allgemeinen Finanzlage gewähren sollte. Wegen der Abkehr von dem in der Haushaltsführung damals noch üblichen »Prinzip der Jährlichkeit« ging es um eine Art Ausnahmegenehmigung zu flexiblem Handeln, also um eine Verstärkung der institutionellen Ressource Autonomie. Da dies nur von der ›hohen Politik‹ gewährt werden konnte, kann man sagen, dass Zacher mit diesem Rundbrief hoch gepokert hatte, obwohl die genannten Summen einen geringen Anteil des Gesamtetats der MPG ausmachten. Darauf kam vorerst keine Antwort.

Im November 1992 sah die Situation etwas besser aus, allerdings nicht aus positiven Gründen. So konnte Hasenclever in der Senatssitzung berichten, dass der Haushalt 1992 ausgeglichen abgeschlossen werden konnte. Mit 1,4 Prozent Einsparung an allen MPIs sei es möglich gewesen, die Tariferhöhungen aufzufangen. Doch

[d]ie für die Aktivitäten in den neuen Bundesländern bewilligten Mittel in Höhe von 98,15 Mio. DM könnten wegen der Verzögerungen beim Aufbau der Arbeitsgruppen und der Institute nicht vollständig ausgegeben werden. Die insbesondere im Investitionsbereich anzutreffenden Schwierigkeiten glichen den aus der Wirtschaft bekannten Hemmnissen wie Unklarheit der Eigentumsverhältnisse oder Schwerfälligkeit der Behörden bei Genehmigungsverfahren. Die Max-Planck-Gesellschaft habe 15 Mio. DM zurückgemeldet, jedoch die Zuwendungsgeber zugleich gebeten, die 1992 nicht in Anspruch genommenen Mittel zur teilweisen Deckung der im Haushaltsjahr 1993 bestehenden Finanzierungslücke von 25 Mio. DM zur Verfügung zu stellen.⁶⁴⁸

Wie Hasenclever weiter berichtete, seien wegen Schwierigkeiten mit Grundstücken und der »Schwerfälligkeit« der Verwaltungen in den NBL Neugründungen dort ohne finanzielle Sicherheit nicht möglich. Das mag einer der Gründe für die Initiative Zachers gewesen sein; so verstanden ging es um die Erreichung eines Mindestmaßes an Planungssicherheit, um mit einer sehr fluiden Situation vor Ort umgehen zu können.

Mangels Antwort der Regierungschefs oder aus dem BKA sprach die MPG-Spitze im Finanzministerium, namentlich beim Staatssekretär Klemm am 7. Oktober 1992 vor.⁶⁴⁹ Als Kommentar zu den tatsächlichen Machtverhältnissen mag Klemms Aussage einzustufen sein, er sei »nicht darüber informiert, ob eine Antwort der Regierungschefs in Vorbereitung ist«, und erinnere sich an den Rundbrief »auch nur sehr roh.« Wie kaum anders zu erwarten, nahm er dann eine harte Haltung ein; das ging bis zur Mahnung, dass die Finanzplanungszahlen des Bundes »ernst genommen werden« müssten. Allerdings fügte er laut des nachträglichen Vermerks, der

648 Niederschrift der 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP.

649 Zum Folgenden vgl. Zacher, Vermerk über das Gespräch mit Staatssekretär Klemm im BMF vom 07. Oktober 1992, 12. 10. 1992. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 172–174.

diesmal von Zacher selbst verfasst wurde, hinzu, »er selbst mache sich das gegenüber der Max-Planck-Gesellschaft nur relativ zu eigen. Aber der Druck in dieser Richtung würde rapid wachsen.« Schließlich sei es »die allgemeine Tendenz [...], dass Aufbaumaßnahmen im Osten durch Abbau im Westen finanziert werden müssten.« Auf Zachers erneuten Hinweis auf das große Investmentdefizit in den ABL (»Wir müssten im Westen 10 bis 20 Arbeitsbereiche einsparen«) hin zeigte Klemm, der sich an die oben berichtete Diskussion im Senat sehr gut erinnerte, »durchaus Verständnis«; wie auch auf Zachers die Behauptung hin, er »könne die MPG nicht dahin steuern, im Westen noch mehr einzusparen, um dadurch Aufbau im Osten zu ermöglichen. (Wobei wir darin übereinstimmten, dass die Schließungen im Westen ohnedies nicht unmittelbar Mittel für den Aufbau im Osten freimachten.)« Klemm riet aber dazu, die anvisierten »Spielräume ernst zu nehmen.« Sehr hilfreich war dieser Hinweis nicht.

Einen Monat später, am 17. November 1992, kam die Antwort des Staatssekretärs im BKA, Anton Pfeiffer, der ebenfalls nicht sonderlich hilfreich gewesen zu sein scheint. Laut dem Vermerk dazu von GV-Mitarbeiter Andreas Trepte, der für die NBL und damit für die Vorbereitung dieser Gespräche zuständig war, hatte Pfeiffer lediglich auf den »angemessenen Finanzrahmen« verwiesen, den das Bundeskabinett für die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft gesetzt habe. Nach Trepte traf das aber allenfalls auf den Haushalt 1993 zu, in dem bei einer Anforderung von 187 Millionen DM 142 Millionen DM bewilligt worden waren. Die entstandene Deckungslücke konnte »allerdings 1993 eher nur durch Zufall« beziehungsweise durch Griffe wie die Übertragung von Resten aus dem Haushalt 1992 (15 Millionen DM), die Heranziehung von Sonderinvestitionsmitteln aus dem HEP (circa 7,2 Millionen DM) sowie durch Einsparungen und Umschichtungen (20 Millionen DM) geschlossen werden.⁶⁵⁰

Im selben Vermerk machte Trepte auch klar, warum solche relativ kleinen Summen derart problematisch werden konnten: Auch wenn die zu diesem Zeitpunkt noch bestehende 5 Millionen-Haushaltssperre wie erwartet aufgehoben werden sollte, klafft »zwischen den Plänen der Max-Planck-Gesellschaft für die neuen Länder und der mittelfristigen Finanzplanung des BMFT« noch 1993 und »noch deutlicher aber ab 1994 eine rasch kumulierende Deckungslücke«. Sie entstand, weil die Bemühungen der MPG, in den NBL

in doppelter Hinsicht Neues aufbauen zu wollen – neu für diese Bundesländer, neu für die deutsche Forschungslandschaft und das jeweilige Fachgebiet – im Haushalt des BMFT in **Konkurrenz mit den anderen**, bereits zum 1. 1. 1992 aus der Konkursmasse der Akademie der Wissenschaften entstandenen, lediglich im Sinne der Fortführung von Bestehendem zu finanzierenden außeruniversitären **Forschungseinrichtungen**

650 Andreas Trepte: Vermerk für den Präsidenten, Betr.: Ihr Gespräch am 10. Februar mit Herrn Anton Pfeiffer, Staatsminister beim Bundeskanzler sowie künftige Gespräche mit den Ministerpräsidenten der neuen Länder, 05.02.1993, Bl. 11, AMPG, Rep. 57, Nr. 573.

standen, welche zusammengenommen mehr als 6.000 Arbeitsplätze umfassten.⁶⁵¹

Der Brief Pfeiffers blieb vorerst unbeantwortet, weil sich die MPG-Leitung ohnehin zu einem neuen unkonventionellen Schritt entschlossen hatte. Am 16. November 1992 schickte Zacher aus München einen dritten Rundbrief, jetzt an die Regierungschefs der NBL, in dem er um Gespräche »auf höchster Ebene« bat mit dem Ziel, im Rahmen der für Dezember geplanten Konferenz der Ministerpräsidenten der NBL auf den Bundeskanzler einzuwirken.⁶⁵² Die Sachlage schilderte er in aller Drastik, jetzt konzentriert auf die NBL:

Acht Monate nach den Beschlüssen unseres Senats zur Gründung der Max-Planck-Institute für Infektionsbiologie und für molekulare Pflanzenphysiologie, deren Aufnahme in die institutionelle Förderung Bund und Länder inzwischen zugestimmt haben, sehen wir uns [...] noch immer außerstande, den in Aussicht genommenen Institutsdirektoren und den an einer Ansiedlung der Institute interessierten Ländern mitzuteilen, ob oder ob nicht und gegebenenfalls wann diese Gründungsbeschlüsse verwirklicht werden können.

Dies gelte auch für insgesamt sechs weitere geplante oder beschlossene Neugründungen. Zur Finanzierung sei man »bis heute als allein bekannte Vorgabe auf die mittelfristige Finanzplanung des Bundes verwiesen«; demnach würde sich

de[r] Spielraum der Max-Planck-Gesellschaft für Institutsgründungen im östlichen Teil Deutschlands auf ein wissenschaftspolitisch nicht zu rechtfertigendes Minimum reduzieren. Ohne erhebliche zusätzliche Mittel wäre bis zum Jahre 1997 unter den zehn Vorhaben lediglich an die Gründung von zwei Max-Planck-Instituten zu denken.

Damit wäre die MPG »außerstande, ihren Beitrag zur Einheit der Forschungslandschaft in Ost und West zu leisten.«⁶⁵³ Aber nicht nur »beträchtliche finanzielle Leistungen der Länder« über die in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes vorgesehenen Begrenzungen hinaus wären nötig; »geboten wäre zuallererst eine grundlegende Neubestimmung der Vorstellungen vor allem auch des Bundes von dem Handlungsspielraum, der der Max-Planck-Gesellschaft in den kommenden Jahren im Ostteil unseres Landes einzuräumen sei.«⁶⁵⁴

Es lag also der Versuch vor, die Landespolitiker der NBL als Alliierte im Kampf um das dortige Erweiterungsprogramm der MPGt zu mobilisieren, und zwar mit einer Intensität, die weit über die bisherigen Einbindungen von PolitikerInnen aus den NBL hinausging.

651 Ebenda, Bl. 2–3. Hervorhebung im Original.

652 Zacher an Bernhard Vogel, 16. 11. 1992, AMPG, II. Abt. Rep. 57, Nr. 573, fol. 121–124.

653 Ebenda, fol. 121.

654 Ebenda, fol. 123.

Die Gespräche fanden zwischen Ende Januar und Anfang März 1993 tatsächlich statt.⁶⁵⁵ Jedes Mal war der jeweilige Ministerpräsident und der/die zuständige MinisterIn anwesend, bis auf Mecklenburg-Vorpommern, wo die Leiterin der Staatskanzlei die Gesprächspartnerin war.⁶⁵⁶ Insofern war die beabsichtigte Mobilisierung gelungen. Die Reaktionen fielen jedoch ambivalent aus. Zwar versicherten die LändervertreterInnen ihr grundsätzliches Verständnis für das Anliegen der MPG und erklärten sich bereit, sich in der bevorstehenden Konferenz der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler in diesem Sinne einzusetzen. Wie Kurt Biedenkopf es bereits in seiner Antwort auf den Rundbrief Zachers formulierte, dieser

beschreibt das generelle Dilemma, auf das wir in allen Bereichen der mittel- und langfristigen Planung für die Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer stoßen. Ihren Brief werde ich zum Anlass nehmen, um beim nächsten Treffen der ostdeutschen Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler das Thema anzusprechen. Ich hoffe, dass wir den Entscheidungsprozess auf diese Weise beschleunigen können.⁶⁵⁷

Die Regierungschefs sahen sich jedoch nicht in der Lage, hier ohne zusätzliche Mittel, die wohl nur vom Bund kommen könnten, konkrete Handlungen zu setzen.

Im Vorfeld dieser Gespräche ergingen zwei Unterlagen an alle Ministerpräsidenten, die ebenfalls eine deutliche Sprache sprachen. Die erste war ein umfassendes Papier über »Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland« vom Januar 1993, das als Bericht an die BLK verfasst wurde.⁶⁵⁸ Darin hieß es wie im Rundbrief vom November:

Zwischen den auf der Grundlage präziser Bedarfsermittlungen erforderlichen Zuwendungsbeträgen und den von Bund und Ländern in Aussicht gestellten Zuschüssen klafft eine erhebliche, mittelfristig rasch kumulierende Deckungslücke. Die Max-Planck-Gesellschaft kann jedoch Entscheidungen von einer Tragweite, wie sie der Errichtung von auf Dauer angelegten Instituten zukommt, nur dann treffen, wenn Bund und Länder ihr die Gewissheit geben,

655 Die Ergebnisvermerke zu diesen Gesprächen werden hier in chronologischer Folge angeführt: Vermerk Hasenclever, Gespräch mit Ministerpräsident Münch am 20. Januar 1993 in Magdeburg, 22. 01. 1993. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 426–427; Vermerk Hasenclever an Präsidenten und Stabsreferat B., Gespräch mit der Leiterin der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 29. Januar 1993, 01. 02. 1993, Ebenda, fol. 362–365; Vermerk, Hasenclever an Stabsreferat B und den Präsidenten: Gespräch mit Ministerpräsident Biedenkopf am 16. Februar 1993 in Dresden. Ebenda, fol. 270–271; Vermerk Dr. Marsch, Gespräche des Präsidenten mit dem Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, Herrn Dr. Bernhard Vogel, am 23. 02. 1993 in Erfurt. Ebenda, fol. 101–103; Vermerk Trepte, Gespräch mit Enderlein und Stolpe, 10. 03. 1993, Ebenda, fol. 22–23.

656 Vermerk Hasenclever, 29. 01. 1993, ebenda. Die Gesprächsatmosphäre sei »erleichtert« worden durch die Bekanntschaft Zachers und der Gesprächspartnerin aus der gemeinsamen Studienzeit in München.

657 Biedenkopf an Zacher, 30. 11. 1992. Ebenda, fol. 309–310.

658 Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 224–231; mehrfach in diesem Ordner abgelegt, weil als Anlage mit dem Vorbereitungskonvolut zu jedem MP-Gespräch mitgesandt.

dass mit der Gründung der neuen Forschungseinrichtungen auch deren Aufbau in den jeweils erforderlichen Größenordnungen ermöglicht wird.

Es ging darum, »die politischen wie finanziellen Voraussetzungen für eine mittelfristige Entwicklungsplanung der Max-Planck-Gesellschaft zu schaffen, in deren Rahmen der Aufbau der Institute sichergestellt wäre.«⁶⁵⁹

Präziser und auch drastischer beschrieb das zweite Begleitpapier mit dem Titel »Planungsrahmen für Institutsgründungen der Max-Planck-Gesellschaft im östlichen Teil Deutschlands« am 9. Februar die Situation.⁶⁶⁰ Dabei brachte das Papier einen weiteren, möglicherweise politisch-strategisch entscheidenden Faktor ins Spiel. Zielsetzung der MPG seit 1990 sei es, »eine im Ergebnis proportional ausgeglichene Präsenz der Gesellschaft im westlichen und im östlichen Teil der Republik« zu schaffen, »mit der Transferleistungen der neuen Länder für die im Bereich der alten Länder zu finanzierenden Max-Planck-Institute ausgeschlossen würden.«⁶⁶¹

Drei Optionen gebe es nun: (1) Einhaltung des ursprünglichen Rahmenplans mit Zielerreichung 1997; (2) »mittelfristig eine Abflachung der erforderlichen Steigerungsraten« im Sinne eines »minimalen Finanzkorridors $3 \times 20\% + 1 \times 5\%$ für die bestehenden, beschlossenen und gegenwärtig geplanten Einrichtungen« der MPG. Konkret würde dies Verschiebungen des Gründungszeitpunktes und Streckungen der Aufbaupläne bei der Mehrzahl der Vorhaben, den vorläufigen Verzicht auf die Veranschlagung von Baumaßnahmen für drei Institute und Mittel für Gästehäuser sowie die Herausnahme der Gewi-Zentren, sofern sie nicht als MPIs fortgeführt werden, bedeuten. Daneben müsste ein »Sonderprogramm Bau« für die neuen Länder eingeführt werden. (3) Als dritte Option würde man sich mit dem zwangsläufigen Bedarf für bestehende Einrichtungen und für Institutsgründungen, zu denen die MPG sich bereits verpflichtet hatte, begnügen. Doch wenn das Ziel einer gleichmäßigen Forschungslandschaft in NBL und ABL erreicht werden sollte, müsse der Etat ab 1998 noch schneller steigen. Wähle man Option (3), wäre die MPG mit nur sechs Instituten in den NBL »weit unterproportional repräsentiert«.⁶⁶² An vier Instituten würde zudem eigentlich nur Potential der AdW fortgeführt, »Innovation im strengen Sinn« sei nur bei der Infektionsbiologie und der Erforschung der Wirtschaftssysteme gegeben. Was die letzte Option bedeuten würde, stand ungeschminkt am Schluss des Papiers: »Bleibe es bei einer Anpassung der Steigerungsraten lediglich an den aufgezeig-

659 »Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland«. Januar 1993. Bl. 5–6, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573.

660 Planungsrahmen für Institutsgründungen der Max-Planck-Gesellschaft im östlichen Teil Deutschlands, 9. Februar 1993. Ebenda, fol. 327–340 et seq. Auch dieses Dokument wurde als Anlage mit dem Vorbereitungskonvolut zu jedem MP-Gespräch mitgesandt.

661 Ebenda, fol. 327. Hervorhebung MGA.

662 Ebenda, fol. 329.

ten zwangsläufigen Bedarf, müßte die Max-Planck-Gesellschaft ihr Aufbauprogramm in den neuen Ländern abbrechen.«⁶⁶³

Zum allgemeinpolitischen Kontext dieser Aktion konnte Andreas Trepte bereits Anfang Februar Optimistisches melden:

Die Mobilisierung dieser (zusätzlichen) Mittel für die neuen Länder wie die Umschichtung innerhalb des für die alten Länder bestimmten Teils des Bundeshaushalts waren Gegenstand des Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder am 17. Dezember 1992, in dessen Ergebnis der Haushalt 1993 die Zustimmung auch der Regierungen der ostdeutschen Länder erhielt und den Bundesrat passieren konnte. Diese zusätzlichen Mittel für die neuen Länder sollen neben den Einsparungen und Umschichtungen im Gesamthaushalt 1993 Bestandteil des Nachtragshaushaltes 1993ff. sein, über den derzeit verhandelt wird. Nach Presseangaben ging es für die neuen Länder um eine Größenordnung von zusätzlichen 6–8 Md. DM, die für die beschleunigte Herstellung eines einheitlichen Deutschlands bestimmt sein sollen. Mittlerweile hat sich dieser Betrag auf lediglich 1,5 Md. DM eingependelt.⁶⁶⁴

Einen noch weitergehenden Aspekt des allgemeinpolitischen Kontexts bildeten die im März bevorstehenden Verhandlungen zum Solidarpakt von Bund und Ländern. In einem Interview Anfang Februar meinte Kurt Biedenkopf dazu: »Wenn wir scheitern, dann ist es die Abdankung der politischen Klasse.«⁶⁶⁵ Andreas Trepte war sich auch dieses Konnexes bewusst. In einem Vermerk am 5. Februar schrieb er:

Am 11./12. März sitzen die SPD-Ministerpräsidenten mit den Ministerpräsidenten der Regierungsparteien und dem Kanzler am »Runden Tisch« und werden über den Solidarpakt und damit auch über die Haushaltsschwerpunkte 1994 mitbestimmen. Deshalb könnten Gespräche mit Vertretern der SPD (mit den Ministerpräsidenten der Länder) durchaus sinnvoll sein.⁶⁶⁶

Am Ende seines Gesprächs mit Zacher gab der regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), »dem Präsidenten den Rat, in seine Gespräche die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg miteinzubeziehen, da diese in der Bundesländer-Konferenz einen nicht zu vernachlässigenden meinungsbildenden Faktor darstellten.«⁶⁶⁷

663 Ebenda, fol. 340. Hervorhebung im Original.

664 Andreas Trepte, Vermerk an den Präsidenten und den Generalsekretär, 15.02.1993, Bl. 10, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573.

665 Albert Funk: »Wenn wir scheitern, ist das die Abdankung der politischen Klasse«. Biedenkopf drängt zur Eile beim Solidarpakt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02.02.1993), 3.

666 Andreas Trepte, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 05. Februar 1993, Bl. 11, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573.

667 Edmund Marsch, Vermerk, Betr: Gespräch des Präsidenten mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen, am 22.02.1993 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 186.

Während die MPG-Leitung die Regierungschefs der NBL und Berlins als Ressourcen im Kampf um den »Finanzkorridor« zu mobilisieren trachtete, verliefen parallel dazu und zum Teil auch verwickelt damit überaus komplexe Verhandlungen in allen NBL um die Standortsuche für die bereits beschlossenen Institutsneugründungen. Konkret ging es um die Suche nach optimalen finanziellen, aber auch räumlichen Ressourcen und institutionellen Anbindungen um, wie es immer wieder hieß, ein möglichst positives »Umfeld« für die bereits beschlossenen MPIs zu schaffen. Das begann bereits Mitte 1992, also vor den beiden genannten Rundbriefen, verlief aber umso intensiver danach.

Dieser Aspekt der Suche nach wissenschaftspolitischen Allianzen erwies sich als ein klassisches Geben und Nehmen, das zuweilen recht krasse Formen annahm. Die GV und das Präsidium der MPG verstanden sich durchaus darauf, die Länder gegeneinander auszuspielen. Die Details von alledem wären eine eigene Studie wert, aber zwei zentrale Punkte sollen an dieser Stelle betont werden: Erstens wurde Interesse an bestimmten Instituten, vor allem den weniger kostspieligen wie Wirtschaftswissenschaften, theoretische Biologie (die damals noch im Spiel war) oder nichtlineare Dynamik bzw. Physik komplexer Systeme von vielen, bisweilen sogar allen der NBL vorgebracht.⁶⁶⁸ Zweitens waren in dieser überaus fluiden Situation die Durchsetzungsstärken und -schwächen der Minister im internen Spiel der jeweiligen Landesregierungen sowie nicht zuletzt die Bereitschaft der jeweiligen Ministerpräsidenten mitzubieten, offenbar verschieden. Als Beispiele sollen hier die Länder Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen kurz besprochen werden.

Im Falle des Landes Sachsen war die Haltung des Wissenschaftsministers Hans Joachim Meyer, der, wie oben erwähnt, regelmäßig an den MPG-Senatssitzungen als Gast teilnahm, sonnenklar. Wiederholt, sogar ein wenig penetrant, brachte er schon im Frühjahr 1992 und danach immer wieder sein starkes Interesse an mehreren MPIs sowie am Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, einem der GWZs, zum Ausdruck.⁶⁶⁹ Im November 1992 berichtete er Zacher von positiven Ergebnissen der Verhandlungen mit dem BMFT: Im Rahmen des Art. 8 Abs. 3 des HEP seien für die MPG bis 1996 6 Millionen DM für Bau, Geräte und Sanierungsmaßnahmen »reserviert worden«. Er betonte noch einmal sein »nachdrückliches Interesse an Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft im Freistaat Sachsen« und hoffte auf baldige persönliche Verhandlungen.⁶⁷⁰

Vor allem – aber nicht allein – galt sein Interesse dem Institut für die Erforschung der Wirtschaftssysteme, dem er Neubauplätze an verschiedenen Orten in Leipzig zunächst auf dem

668 Andreas Trepte legte sogar eine Übersichtstabelle an, damit man sich im Gestrüpp der Angebote zurechtfinden konnte. Tabelle: Optionen für Standorte der gegründeten Max-Planck-Institute, Stand: 06. 11. 1992. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 406.

669 Nichtlineare Dynamik: Meyer an Zacher, 07.04. 1992; Kolloid- und Grenzflächenforschung am selben Tage. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 2–25; Ebenda, fol. 288–293.

670 Meyer an Zacher, 16. 11. 1992. Materialien zur 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 132.SP, fol. 58–59.

Messegelände und danach auf dem Gelände der ehemaligen Sporthochschule anbot.⁶⁷¹ Die Unterstützung seines Regierungschefs Kurt Biedenkopf schien zumindest anfangs sicher.⁶⁷² Assistent wurde ihm dabei und auch bei anderen Werbungen um MPIs vom Leipziger Rektor Cornelius Weiss.⁶⁷³ Spätere Briefe von Meyer belegen ebenfalls sein starkes Interesse und ein noch geradlinigeres Vorgehen bei der Gründung des MPI Physik komplexer Systeme in Dresden; Räume an der TU Dresden wurden offenbar mithilfe seiner Intervention ohne Umstände bereitgestellt.⁶⁷⁴ Ebenfalls erfolgreich bemühte er sich um das MPI für neuropsychologische Forschung.⁶⁷⁵ Eine für den Minister wie für die MPG-Leitung überraschende Enttäuschung war die Ablehnung des Instituts für die Erforschung der Wirtschaftssysteme durch Ministerpräsident Biedenkopf selbst im Gespräch am 16. Februar 1993, obwohl dieser sich früher dafür ausgesprochen hatte. Nach dem Vermerk Hasenclevers »hat wohl der Besuch der von uns in Aussicht genommenen Kandidaten bei Herrn Biedenkopf persönlich und seinen Beratern Zweifel geweckt, ob ein solches Institut mit diesem Konzept und mit den vorgesehenen Wissenschaftlern große Erfolgchancen habe.«⁶⁷⁶ Das Institut wurde in der Folge in Jena angesiedelt (siehe unten sowie Abschnitt III.3.2.2.).

Ebenfalls überraschend, weil in den Gremienprotokollen der MPG unerwähnt, ist der Versuch, das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung in Mecklenburg-Vorpommern unterzubringen. Der Vorstoß kam vom MPG-Generalsekretär Hasenclever im August 1992.⁶⁷⁷ Wie er offenlegte, war dieser Schritt motiviert durch den Wunsch, wenigstens ein MPI in jedem der NBL anzusiedeln und damit der Kritik an der ungleichen Verteilung der MPG- Institutsneugründungen im Osten entgegenzuwirken. Nach einer Mitteilung Franz Emanuel Weinerts an Zacher brachte die zuständige Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur Jugend und Sport, Steffie Schnoor, bei der Eröffnungsfeier für zwei MPI-AGs an der Universität Rostock im Dezember 1992 die Hoffnung zum Ausdruck, das Land möge bald ein »richtiges« MPI beherbergen.⁶⁷⁸ Im selben Gespräch betrieb sie ein eigenes Verteilungsspiel, in dem sie versuchte, Greifswald

671 Meyer an Zacher, 07.04.1992 und 26.05.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 281–287.

672 Biedenkopf an Zacher, 30.11.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 312–313.

673 Weiss an Zacher, 17.02.1992, 23.04.1992 und 17.06.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 296–303.

674 Post (Kanzler der TU Dresden) an Zacher, 18.05.1992. Ebenda, fol. 304.

675 Meyer an Zacher, 01.02.1993. Ebenda, fol. 309–310. Damals waren neben Leipzig auch Magdeburg, Jena und Rostock/Greifswald im Gespräch. Vgl. Trepte, Vermerk für den Präsidenten und den Generalsekretär, Betr.: Ihr Gespräch mit dem Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Herrn Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, am 16. Februar 1993 in Dresden, 12.02.1993. Ebenda, fol. 272–279. Zur Gründungsgeschichte dieses MPI siehe unten, Abschnitt III.4.3.

676 Vermerk, Hasenclever an Stabsreferat B und den Präsidenten: Gespräch mit Ministerpräsident Biedenkopf am 16. Februar 1993 in Dresden, 17.02.1993. Ebenda, fol. 271.

677 Dr. Deppe, Vermerk, Arbeitsgruppen Dr. Rosenthal und Dr. Selke in Rostock, 19.8.1992. Ebenda, fol. 385–391.

678 Franz Weinert, Aktennotiz an Zacher, 03.12.1992. Ebenda, fol. 399–400. Es sei miterwähnt, dass die Eröffnungsfeier selbst und die damit zusammenhängenden Bemühungen um die Berufung der beiden AG-Leiter erst dann zustande kamen, als diese sich mit ihrer Behandlung vor Ort unzufrieden zeigten und auswärtige Angebote vorlagen. Zu den Hintergründen vgl. Dr. Deppe, Vermerk Arbeitsgruppen Dr. Rosenthal und Dr. Selke in Rostock, 19.08.1992. Ebenda, fol. 122–128.

gegenüber Rostock als Standort zu stärken, doch der anwesende Rostocker Rektor Gerhard Maes – Senatsmitglied der MPG – hatte sich mit dem Gründungsdirektor Kahlweit und mit Edmund Marsch in der GV abgesprochen und setzte sich für eine Ansiedlung des MPI an seiner Universität ein.

Staatssekretär Thomas de Maizière – ein Vetter des letzten Ministerpräsidenten der DDR – hatte schon an Rektor Maes geschrieben, dass er Mühe haben würde, den Finanzminister zu überzeugen.⁶⁷⁹ Premierminister Berndt Seite schien ebenfalls diese Haltung einzunehmen, als er sich endlich selbst kurz nach der Begegnung zwischen Ministerin Schnoor und Weinert in einem Brief an Maes zu Wort meldete.⁶⁸⁰ Seine Position sollte sich im folgenden Jahr in Bezug auf die Ansiedlung einer Außenstelle des Instituts für Plasmaphysik (IPP) in Greifswald ändern (siehe unten Abschnitt III.5.3.). Zacher hatte seinerseits in einem Brief an Schnoor von Anfang an Druck zu machen versucht durch einen pointierten Hinweis auf das konkurrierende Angebot aus Brandenburg, einen Standort nahe Potsdam bereitzustellen.⁶⁸¹ Im selben Brief hielt er fest, dass die vom Land Mecklenburg-Vorpommern für die MPG reservierten Mittel des Hochschulneuerungsprogramms in Höhe von 2,8 Millionen DM »in keinem Verhältnis zu den Dimensionen« stehe, »die ergänzende[] Finanzierungshilfen für ein dort anzusiedelndes Max-Planck-Institut erreichen müssten.«⁶⁸² In einem Vermerk aus der GV zur strukturellen Lage des Landes hieß es ergänzend dazu:

Offensichtlich besteht eine gewaltige Diskrepanz zwischen den für die Hochschulen – nach den vom Land aufgestellten Strukturplänen – notwendigen jährlichen Investitions- und Betriebskostenzuschüssen und den dafür vorgesehenen Haushaltsansätzen des Kultusministeriums. Damit liegen die Möglichkeiten des Landes, im Bereich der außeruniversitären Einrichtungen noch Zugeständnisse machen zu können, wohl auf der Hand.⁶⁸³

Durch die zögerliche Haltung der Landesregierung, namentlich des Finanzministeriums, versandete die Angelegenheit; schließlich scheiterte der Vorstoß »sowohl am Sozialwiderstand des Personals wie auch an anzuerkennenden Argumenten der leitenden Wissenschaftler«, wie Zacher in seiner Sitzung mit der Leiterin der Staatskanzlei am 29. Januar 1993 berichtete.⁶⁸⁴ Nach einem expliziten Hinweis Zachers darauf, dass die Ansiedlung von zwei der ersten drei Neugründungen in Berlin regionalpolitisch kaum vertretbar sei, verzichtete auch Senator Ehr-

679 De Maiziere an Maes, (Datum unleserlich); De Maiziere an Hasenclever, 01. 10. 1992. Ebenda, fol. 394–395.

680 Bernd Seite an Maes, 04. 12. 1992, weitergereicht an Hasenclever. Ebenda, fol. 397.

681 Zacher an Schnoor, 22. 01. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 121–124; Auch AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fot. 158–159.

682 Ebendort, fol. 159.

683 Trepte, Ergänzende Bemerkungen zu meinem Vermerk vom 26. Januar 1993, 27. 01. 1993. Ebenda, fol. 407–408.

684 Hasenclever, Vermerk an den Präsidenten, 01. 02. 1993. Ebenda, fol. 364. Im Vermerk hieß es dazu: »Diese Information wurde mit Bedauern, aber offensichtlich auch mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung entgegengenommen.«

hardt auf seine schon im Februar 1992 vorgebrachte Werbung um dieses Institut zugunsten des MPI für Infektionsbiologie.⁶⁸⁵ Das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung blieb zunächst auf drei Standorte verteilt und bezog 1999 einen Neubau in Golm bei Potsdam.

Vergleichbar lief das Spiel zwischen Zacher und dem thüringischen Minister Ulrich Fickel ab. Dieser meldete schon im Juni 1992 sein Interesse am wirtschaftswissenschaftlichen Institut⁶⁸⁶ und ergänzte dies bald danach mit Interessenbekundungen für die Institute für theoretische Biologie und nichtlineare Dynamik; alle drei Institute sollten in Jena angesiedelt werden. Zudem hielt er es für denkbar, das MPI für die Erforschung der europäischen Aufklärung in Verbindung mit der Neugründung der Universität Erfurt anzusiedeln.⁶⁸⁷ Zacher antwortete am 21. Dezember 1992 mit Hinweisen auf die nach wie vor unsichere Finanzlage sowie auf die Konkurrenz aus Sachsen und Sachsen-Anhalt – mit Standortangeboten von insgesamt vier Universitätsstädten für das wirtschaftswissenschaftliche Institut. Was die anderen Einrichtungen betraf, hielt Zacher ebenfalls fest, dass die Finanzierung noch immer nicht gesichert sei, bat aber um ein konkretes Standortangebot für das Institut für theoretische Biologie.⁶⁸⁸ Erst nach dem Angebot eines Grundstücks für einen Institutsneubau in Jena im Januar und der oben erwähnten Ablehnung Biedenkopfs in Sachsen im Februar 1993 kam Fickels Angebot für das wirtschaftswissenschaftliche Institut zum Zug.⁶⁸⁹ Obwohl zwei der drei Gründungsdirektoren ihre Berufung ablehnten – einer davon gerade wegen der Entscheidung für Jena (siehe oben Abschnitt III.3.2.2.4.) –, wurde das Institut trotzdem unter der Leitung Manfred Streits am 1. September 1993 in Jena eröffnet.

Mitten in diese Zeit fiel ein für dieses Politikfeld bedeutender Amtswechsel: Im Zuge einer Regierungsumbildung in Bonn schied Heinz Riesenhuber nach 11 Amtsjahren aus dem Kabinett. Er wurde am 21. Januar 1993 durch Matthias Wissmann ersetzt, der bis dahin zehn Jahre lang wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und durch großes Interesse für die Forschungspolitik noch nicht aufgefallen war. Er blieb nur fünf Monate im Amt, doch waren es für die MPG wichtige Monate.

Im Vorfeld der folgenden Senatssitzung am 11. Februar 1993 führte Zacher ein erstes, kurzes Gespräch mit dem neuen Forschungsminister, aus dem sich zunächst ein offener Dissens ergab.⁶⁹⁰ Nachdem Zacher die oben berichteten Vorschläge der MPG zur Bildung eines Finanz-

685 Ehrhardt an Zacher, 05.02.1992, 27.05.1992; Zacher an Ehrhardt, 07.12.1992. Ebenda, fol. 196–202, 213–218. Siehe oben, Abschnitt III.2.2.

686 Fickel an Zacher, 29.06.1992. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 573, fol. 110–111.

687 Fickel an Zacher, 12.08.1992. Ebenda, fol. 114–118.

688 Zacher an Fickel, 21.12.1992. Ebenda, fol. 126–129

689 Fickel an Zacher, 27.01.1993. Ebenda, Fickel, fol. 119–120.

690 Zum Folgenden vgl. Zacher, Vermerk, Betr.: Gespräch mit Minister Wissmann am 11. Februar 1993, 15.02.1992 [sic!]. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 14–15.

korridors vorlegte, stellte Wissmann ein »Gegenkonzept« vor, aus dem die GWZs ab 1995 »ersatzlos herausgerechnet« wurden. Laut dem nachträglichen Vermerk Zachers fragte der Minister dann, ob man mit den verbleibenden Beträgen leben könne, denn diese

lägen doch nahe bei unserem Minimalprogramm. Ich musste demgegenüber erklären, dass unser Minimalprogramm eben ein unter größten Härten und Risiken errechnetes Minimalprogramm ist, das weitere Abstriche nicht mehr zulasse. Hier blieb es bei einem offenen DisSENS. Der Minister wies ferner darauf hin, sein Hause habe ihm notiert, die Max-Planck-Gesellschaft zur »zügigen« Klärung der Standorte zu drängen. Darauf habe ich dem Minister das Gebotene geantwortet.

Gemeint war wohl ein Hinweis auf den Grundsatzbeschluss des Senats vom November, dass die ausgewogene regionale Verteilung der zu gründenden MPIs erst am Ende des Gründungsprogramms festzustellen sein würde. »Das fand sein Verständnis und das Verständnis von Herrn Staatssekretär Ziller, aber das Haus hat offenbar nichts verstanden.«

In der darauffolgenden Senatssitzung im März kam es wieder einmal zu offenen Verhandlungen mit der »hohen Politik«. So berichtete Zacher, dass der oben erwähnte Brief vom vergangenen August an die Bundes- und Länderregierenden »mit der Bitte um einen gesicherten Finanzierungsrahmen [...] ohne klärende Antwort geblieben sei«. (Vielleicht sollte das heißen, dass auch die Antwort Pfeiffers vom 17. November für ihn nicht »klärend« war.) Eine mittelfristige Planung biete »Perspektiven lediglich für die Finanzierung von dreieinhalb Instituten – einschließlich der beiden vom Wissenschaftsrat induzierten Gründungen«. Das waren die MPIs für Mikrostrukturphysik und für Kolloid- und Grenzflächenforschung; als drittes wurde die Gründung eines MPI für Wirtschaftswissenschaften unter »Finanzierungsvorbehalt« beschlossen. Mit den vorgesehenen Direktoren seien laut Bericht Zachers Vorgespräche geführt, aber noch keine Berufungen ausgesprochen worden. Er habe inzwischen im BKA, beim BMFT und in Gesprächen mit den Ministerpräsidenten der NBL und dem regierenden Bürgermeister von Berlin die Politik der MPG »dargelegt und begründet«. An den anwesenden Minister Wissmann richtete er nun die Bitte, »möglichst bald die finanziellen Spielräume zu benennen, in deren Rahmen die MPG ihre Gründungsvorhaben verwirklichen könne.«⁶⁹¹ In der Diskussion antwortete Wissmann, dass »harte Prioritätsentscheidungen notwendig« seien. Zwar würde er sich für eine »Erweiterung« des Korridors einsetzen, viel sei aber nicht zu erwarten. Zacher betonte, dass angesichts der seit 1972 bestehenden realen Stagnation im MPG-Haushalt »ernsthafte Reduktionen im Westen unausweichlich« seien.⁶⁹²

In der Bedarfsvorausschau für 1994 bis 1997 wurden im Idealfall »angemessene« Mittel für die Realisierung aller 12 (damaligen) Vorhaben der MPG ausgewiesen, doch sei damit »noch keine

691 Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19. 03. 1993 in Frankfurt am Main, Bl. 4–5, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP.

692 Ebenda, Bl. 10.

adäquate Ausbreitung der MPG in den neuen Ländern verbunden«. Mit dem Stichjahr 1996 – also mit dem Ende der getrennten Haushaltsführung und dem Beginn eines gemeinsamen Bundeshaushalts – solle ein Förderungsbetrag erreicht werden, der verhindere, dass es zu einem »Ost-West-Transfer« kommt, sonst sei eine »inadäquate Repräsentanz« der MPG in den NBL »unvermeidlich«. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes lasse einen »Finanzkorridor 3 x 20 % + 1 x 5 % als »Kompromisslinie für die Jahre 1994–1997« denkbar erscheinen, aber nur mit »Einschränkung auf das Notwendigste«. ⁶⁹³

Das Grundsatzproblem des strukturellen Defizits im MPG-Haushalt in den ABL blieb bei alledem nach wie vor bestehen. So hatte es im Vorfeld des Haushaltsberichtes in der Senatsitzung vom November 1992 geheißen:

Im Laufe der Haushaltsverhandlungen hat sich gezeigt, dass sich Bund und Länder lediglich darauf einigen konnten, der Max-Planck-Gesellschaft zusätzliche Mittel für eine über 3 % hinausgehende Tarifsteigerung im Jahr 1993 zuzusagen. Einem entsprechenden Vorschlag des Bundes haben die Regierungschefs der Länder am 4. September 1992 zugestimmt. Die Vorsorge in Höhe von weiteren 2 % der tarifrelevanten Ausgaben sind im Haushalt der Max-Planck-Gesellschaft zu veranschlagen – diese Mittel sind vorläufig gesperrt –, nochmals ein Prozent wird von den Zuwendungsgebern zentral vorgehalten. *Das Sonderprogramm Ost und das Sonderprogramm Bau wurden von Bund und Ländern abgelehnt.* Bezüglich der Maßnahmen im Sonderprogramm Bau ist die Max-Planck-Gesellschaft gebeten worden, mit den hauptsächlich betroffenen Ländern über Lösungsmöglichkeiten zu verhandeln und im Januar 1993 hierüber einen Bericht vorzulegen. ⁶⁹⁴

Jedenfalls fällt auf, dass just dann, als der Engpass der Bundesfinanzierung mittels so genannter »Konsolidierungs«-Maßnahmen überwunden werden sollte, ein so genanntes »Konsolidierungsprogramm« für die MPIs in den ABL entworfen wurde. Es ging dabei im Wesentlichen um Abteilungsschließungen, aber gelegentlich auch um mehr. Von »Konsolidierungen« war bereits früher die Rede gewesen, schon 1991 hatte Zacher Prioritätensetzungen, sogar Abteilungsschließungen in den ABL in den Raum gestellt (siehe oben Abschnitt III.2.). Nun wurden die Strukturwandlungen, die schon in den 1980er Jahren angesichts der schon damals sichtbaren Emeritierungswelle angedacht waren, aufgrund exogener Faktoren tatsächlich realisiert. So konnte in diesem Fall die Bundespolitik als Ressource zur Durchsetzung von seit Langem anerkannten wissenschaftsinnenpolitischen Notwendigkeiten mobilisiert werden.

Während die eben beschriebenen Verhandlungen in den NBL liefen, begann man mit einer grundlegenden Reform zur Flexibilisierung des Berufungsvorganges: »Mit Beschluss des Wissen-

693 Bericht des Präsidenten, Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19.03.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 11.

694 Feststellung des Haushalts-Plans 1993, Materialien zur 132. Sitzung des Senats vom 20.11.1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP. Hervorhebung durch MGA.

schaftlichen Rates vom 4. Februar 1993 sei das Vorschlagsrecht der Institute modifiziert worden, so dass nunmehr Berufungsvorschläge gemeinsam mit einer Kommission erarbeitet und Nominierungs- und Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden könnten.«⁶⁹⁵ (Weiteres hierzu siehe Abschnitt III.5.1.).

Anfang März schrieb Zacher nun direkt an einen westdeutschen Landesregierungschef, und zwar an den bayrischen Ministerpräsidenten Max Streibl. Dort erinnerte er an den Rundbrief vom August sowie auch an den bevorstehenden Eintritt der NBL in den Finanzausgleich und legte nun auch ihm das Konzept eines »minimalen Finanzkorridors« vor, welches »mit nicht unbedenklichen Einschränkungen und Verzögerungen die Verwirklichung der Planungen der Max-Planck-Gesellschaft gerade noch ermöglichen« würde – zusätzliche Hilfen aus Bundesmitteln für die NBL und »eventuelle Sonderprogramme« vorausgesetzt. Nun signalisierte Zacher das Neue: Das BMFT habe seine »generelle Bereitschaft erklärt, »die derzeitige Finanzplanung des Bundes im Sinne etwa des »Minimalen Finanzkorridors« zu überarbeiten.« Deshalb braucht es jetzt Unterstützung auch aus den ABL:

Die Gefahr, dass die Max-Planck-Gesellschaft Mittel, die ihr gegenwärtig für die neuen Länder zur Verfügung stehen, nicht abfließen lassen kann, weil es an den notwendigen Zukunftsperspektiven fehlt, wächst von Monat zu Monat. Diese Gewissheit zu erlangen, war bereits das Anliegen meines Briefes vom 3. August 1992. Es wäre dringend notwendig, dass der Ungewissheit nunmehr ein Ende bereitet wird.⁶⁹⁶

Wie oben erwähnt, geschah das alles zur Zeit der abschließenden Verhandlungen zum »Solidarpakt von Bund und Ländern.« Als Teil dieses Pakets wurde eine nochmalige Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit um 3,704 Milliarden DM als Übergangslösung für 1993 und um 10,7 Milliarden DM für 1994 bis zur Aufnahme der NBL in den so genannten »horizontalen« Länderfinanzausgleich 1995 beschlossen.⁶⁹⁷ Für die NBL bedeutete dies »eine deutlich verbesserte Finanzausstattung«. Damit schien der Rahmen für den von der MPG unter anderem geforderten »Finanzkorridor« gegeben und eine Beteiligung der NBL an der Finanzierung der MPIs denkbar zu sein.

695 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rats vom 04.02.1993 in Heidelberg, Bl. 22–23, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1981.

696 Zacher an Max Streibel, 02.03.1993. Materialien zur 158. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18.03.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 54–56.

697 Schwinn, *Die Finanzierung*, 1997, 171–172, Tabelle 4.13.

III. 4. 3. Die Überwindung der Krise im März 1993 und die letzten 1991 angestoßenen Institutsneugründungen in den NBL

III. 4. 3. 1. Die Überwindung der Krise im März 1993

In der Tat scheint die Großoffensive der MPG-Leitung in den NBL Wirkung gezeigt zu haben. Beatrice Fromm schrieb Mitte März in einem Vermerk zur Vorbereitung der VR-Sitzung, Gespräche mit Staatsminister Pfeiffer im BKA und mit Minister Wissmann

haben ihrerseits dazu beigetragen, dass der BMFT bereits eine Revision seiner mittelfristigen Planungsansätze für die MPG vorgenommen hat. Nach heutigem Kenntnisstand liegen diese Planungsansätze deutlich über denen der bisherigen Finanzplanung des BMFT. [...] Nach Informationen aus dem BMFT hat Minister Wissmann diese neuen Planungsansätze akzeptiert und wird sie in den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister so vertreten.⁶⁹⁸

Nunmehr waren ihrer Meinung nach die Forderungen der NBL nach einem Standortkonzept »zu akzeptieren«, schließlich müssen sie »bei den Dispositionen über die Haushalte den Finanzierungsbedarf für bei ihnen angesiedelte Max-Planck-Institute kennen und berücksichtigen.«⁶⁹⁹ Der bisherige Standpunkt der MPG, die regionale Verteilung ihrer Standorte erst am Ende ihres Ausbauprogramms in den NBL festzustellen, müsste man »zumindest modifizieren«. Daher legte Fromm einen Plan vor, der vorsah, für die MPIs, für die Gründungsverfahren bereits eingeleitet wurden oder einzuleiten waren, mit den jeweiligen Beschlüssen gleichzeitig eine Standortbestimmung vorzunehmen. Im Klartext schlug Fromm wieder einmal ein Geben und Nehmen vor; wollte der Bund nun der MPG stark entgegenkommen, sollte diese sich ebenso bewegen. Wie weiter unten zu zeigen sein wird, wurde dieser Plan so nicht angenommen.

In seinem ersten umfassenden Bericht über die MPG in den NBL schrieb Andreas Trepte im *MPG-Spiegel* davon, dass ein Teil der Gründungsbeschlüsse vom November 1992 umgesetzt werden sollten trotz fehlender Zusage der Zuwendungsgeber. Dort war auch von »Signalen« einer Anhebung der Ausgaben des BMFT in den NBL ab 1994 und später auch davon die Rede, dass man im Frühjahr 1993 »hinreichende Anhaltspunkte [hatte], anzunehmen«, dass man mit den Neugründungen weitermachen könne.⁷⁰⁰ So wurde Licht am Ende des Tunnels sichtbar, nachdem man »wegen der fehlenden Planungssicherheit etwa ein Jahr verloren« hatte, wie Hasenclever in der Sitzung des Verwaltungsrates im Juni 1993 festhielt.⁷⁰¹ Allerdings handelte man

698 Vermerk (fm = Fromm) für die Präsidiumssitzung am 17. März. Umsetzung von Gründungsbeschlüssen für Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern und Standortfestlegungen, 16.03.1993. Materialien zur 158. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18.03.1993 in Frankfurt am Main, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP.

699 Ebenda, Bl. 2.

700 Andreas Trepte: Auf dem Weg zu einer einheitlichen Forschungslandschaft. *MPG-Spiegel* 5/1993, 31–38, 36.

701 TOP 6: Haushalts-Angelegenheiten, hier: Zur Reduzierung der Bedarfsanmeldung für die NBL. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrats vom 16.06.1993 in Trier, Bl. 2, AMPG, 2. Abt., Rep. 61, Nr. 159.

noch immer in noch nicht ganz klarem Rahmen: Seitdem die MPG »eine zumindest informelle Planungssicherheit durch politische Erklärungen« in der letzten Senatsitzung erhalten habe, so Hasenclever, »verhalte sich die MPG so, als ob ihr der erforderliche Finanzrahmen auch formell bereits zugesagt worden sei.«⁷⁰²

Doch auch dieser Kompromiss ging nicht ohne Reibereien ab. Wie in einem Vermerk in den Materialien zur selben VR-Sitzung über die Sitzung der AG »DFG/MPG« des Ausschusses Forschungsförderung der BLK bezüglich der Genehmigung der Finanzierung des MPI für die Physik komplexer Systeme berichtet wurde, gab der Vertreter Thüringens (Dieter Breitenbach) zu Protokoll, sein Land stimme der Förderung dieses MPI »in der Erwartung zu, dass die Gründung dieses Instituts Bestandteil eines ausgewogenen Standortkonzepts« der MPG sei. Das Fehlen eines solchen »gefährde eine Beteiligung des Landes Thüringen an der gemeinsamen Finanzierung der MPG.« Der Vertreter Mecklenburg-Vorpommerns habe dem beigepflichtet. Hasenclever fand diese Bemerkung »unverständlich«, zumal ein vorheriges Gespräch mit seinem Amtskollegen, dem Thüringer Staatssekretär Färber, »ausführlich und harmonisch« verlaufen sei.⁷⁰³ Dies war ein Vorbote einer vielschichtigen Standort-Debatte, die nach dem Amtsantritt Paul Krügers als Leiter des BMFT im Mai 1993 angestoßen werden und nicht auf regionalpolitische Belange begrenzt bleiben sollte (siehe die detaillierte Analyse im folgenden Kapitel Abschnitt III.5.1. und III.5.2.).

III. 4. 3. 2. Die letzten 1991 angestoßenen Institutsneugründungen in den NBL

Die wichtigste unmittelbare Folge der Überwindung der Krise für die MPG war die Umsetzung der letzten der 1991 angestoßenen MPI-Neugründungen. Hierzu gehörte der Abschluss der oben (Abschnitt III.2.3.) behandelten Gründungsvorgänge der MPIs für Erforschung der Wirtschaftssysteme, molekulare Pflanzenphysiologie, Infektionsbiologie und Physik komplexer Systeme im Jahre 1993. An dieser Stelle sollen nun die Gründungsvorgänge für das MPI für Wissenschaftsgeschichte, das MPI für neuropsychologische Forschung und das Einstein-Institut für Gravitationsforschung im Vordergrund stehen, weil die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse für diese Institute in direkter Verbindung mit oder gleich nach der Überwindung der Finanzkrise stattfanden. Wie zu zeigen sein wird, ging auch in diesen Fällen wie in den bereits beschriebenen Gründungsvorgängen eine Art institutionelle Bricolage – eine komplexe Zusammenfügung von Personenkonstellation, institutionellen Praktiken und diskursiven Überzeugungstaktiken – vor sich, mit fallspezifischen Varianten. Die Analysen erfolgen in der Reihenfolge der Gründungs- und Berufungsbeschlüsse.

702 Ebendort.

703 Manfred Betz, Vermerk, Ausschuss Forschungsförderung, hier: Für die MPG wichtige Ergebnisse der Sitzung von 25. Mai 1993 in Potsdam, 26.05.1993. Materialien der 159. Sitzung des Verwaltungsrats vom 16.06.1993 in Trier, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP.

III. 4. 3. 2. 1. Das MPI für Wissenschaftsgeschichte

Die Gründung des MPI für Wissenschaftsgeschichte war die einzige Neugründung in dieser Zeit, die mit der Betreuung der GWZs durch die MPG zusammenhing. Im Unterschied zu den beiden oben (Abschnitt III.2.2.) behandelten »induzierten«, auf der Grundlage der Empfehlungen des WR 1991 beschlossenen Neugründungen fand diese erst 1993 statt und sie wurde auch nicht direkt vom WR empfohlen. Stattdessen handelte es sich institutionsgeschichtlich gesprochen um eine durch die Empfehlungen des WR indirekt induzierte Neugründung. Die Gründung des GWZ (damals Forschungsschwerpunkt) Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte wurde dabei zum Anlass genommen, ein neues MPI aus eigener Initiative zu schaffen. Das geschah wie im Falle der anderen Neugründungen durch eine Mobilisierung MPG-interner wie -externer Personenkonstellationen, aber auch auf der Grundlage eines Konzepts, das wie alle anderen Neugründungskonzepte unter anderem mit einem Nachholbedarf für die deutsche Wissenschaftslandschaft argumentierte. Bei näherem Hinsehen erweist sich diese Neugründung jedoch als etwas Anderes als eine nachgeholte Innovation.

Wie der Vorsitzende der GWS Fritz Scharpf im Februar berichtete, kam der Anlass bald nach den Empfehlungen des WR, als Zacher an die GWS die Frage richtete, ob sich aus den nunmehr »vorläufig eingerichteten«, von der »Gesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH« betreuten GWZs neue MPIs ergäben.⁷⁰⁴ Die im Januar eigens hierfür eingerichtete Kommission »Neue Initiativen in geisteswissenschaftlichen Themenbereichen« habe, so Scharpf weiter, vor einer besonderen »Begründungslast« gestanden: neben den üblichen Kriterien für MPI-Neugründungen sei »das Kriterium der Subsidiarität nicht nur gegenüber den Universitäten, sondern auch gegenüber den lockerer organisierten Zentren« zu beachten. Im Bewusstsein dessen empfahl die Kommission, sich auf zwei Möglichkeiten einzuschränken: europäische Aufklärungsforschung und Wissenschaftsgeschichte. Für beide Themen setzte die Sektion daraufhin Kommissionen ein, für die anderen GWZs wurde »die Organisation in universitätsnahen Forschungszentren für angemessen gehalten.«⁷⁰⁵ Der anwesende Präsident Zacher stimmte der Auswahl zu, meinte aber, die Wissenschaftsgeschichte stelle einen »nicht unriskanten Ansatz dar. Insbesondere dürfe Wissenschaftsgeschichte nicht als Wissenschaftstheorie, im Sinne einer Forschungsethik, missverstanden werden.«⁷⁰⁶ In einer Zeit, in der Gentechnologie und Tierschutz im Vordergrund der öffentlichen Wissenschaftskritik standen, war die wissenschaftspolitische Bedeutung dieses Hinweises klar.

Die Entscheidung, sich auf die Wissenschaftsgeschichte allein zu konzentrieren und die Wissenschaftstheorie von vornherein außen vor zu lassen, hatte allerdings andere, eher wissenschaftsinnenpolitische Gründe. Sie scheint auf eine kurze Themenskizze von Renate Mayntz,

704 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07.02.1992 in Heidelberg, Bl. 3–4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1492.

705 Ebenda, Bl. 3.

706 Ebenda, Bl. 6.

Direktorin am MPI für Gesellschaftsforschung, zurückgegangen zu sein.⁷⁰⁷ Wie bei anderen Neugründungen erwies sich dieser Text als eine ergiebige Quelle diskursiver Ressourcen für die spätere konzeptionelle und Überzeugungsarbeit. Nach der Auffassung von Renate Mayntz lag die Innovationschance hier nicht bei einer normativ orientierten Wissenschaftstheorie, die an den Universitäten schon reichlich vorhanden sei, und auch nicht bei einer positivistischen, biographisch orientierten Wissenschaftsgeschichte, sondern beim Versuch, der Entstehung und Rezeption wissenschaftlicher Grundbegriffe empirisch nachzugehen. Zusammen mit der »stärker gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung«, wie sie an ihrem eigenen MPI betrieben werde, könnte ein wissenschaftshistorisches MPI »das empirische Fundament für eine Theorie der Wissenschaftsentwicklung« erarbeiten.⁷⁰⁸

Diese Anregung handelte aber nicht allein mit diskursiven Ressourcen, sondern stellte eine Mobilisierung personeller und konzeptioneller Ressourcen aus dem GWZ für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte in den Raum. Wie Mayntz feststellte, war die Wissenschaftsgeschichte in der früheren DDR im Unterschied zur alten Bundesrepublik »stark vertreten«, beispielsweise am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der AdW.⁷⁰⁹ Den Wert dieser »Potentiale« stellte sie aber gleich wieder in Frage, denn diese Entwicklung sei »aus ideologischen Gründen behindert« worden, was zur »Neigung vieler Wissenschaftshistoriker« geführt habe, »sich in die geschützten Nischen biographischer und editorischer Arbeiten zurückzuziehen.«⁷¹⁰ Trotzdem biete »das vorhandene Potential an Wissenschaftsforschern [...] die Chance, eine Forschungsstätte neu aufzubauen, in der Wissenschaftsgeschichte systematisch, und das heißt angeleitet von theoretischen Fragestellungen betrieben wird.« Mehrere der Arbeitsvorhaben des GWZ würden ihrer Meinung nach »ohne Weiteres in eine derartige Institutskonzeption passen«. Mayntz brachte ihren Anstoß auf den Punkt mit der Idee eines »*wissenschaftshistorische[n] Forschungsprogramms in theoretischer Absicht*«. ⁷¹¹ Diese Formulierung sollte zentrale Bedeutung im Gründungsprozess erlangen.

In der Senatssitzung im März hob GWS-Vorsitzender Scharpf (wie Mayntz Direktor am MPI für Gesellschaftsforschung) unter möglichen MPI-Gründungen im Bereich der Geisteswissenschaften insbesondere die Wissenschaftsgeschichte hervor, wohl auf der Basis der Themenskizze seiner Kollegin und zum Teil mit den gleichen Worten: So ginge es hierbei darum, »tiefere theoretische Ansätze« zu fördern, um eine »Erklärung wissenschaftlicher Fortschritte«

707 Renate Mayntz, Zentrum für Wissenschaftsgeschichte. Themenskizze, o. D. Materialien der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07.02.1992 in Heidelberg, Bl. 3–4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1492.

708 Ebenda, Bl. 1.

709 Mayntz hatte an der Evaluierung des AdW-Instituts teilgenommen. Mitchell G. Ash: Interview mit Renate Mayntz. Köln 24. Juni 2018, DA GMPG, ID 601064.

710 Mayntz, Themenskizze, Bl. 1. Diesen Eindruck kann der Autor aus seiner Zeit als Gastforscher am GWZ bestätigen. Nach dem verordneten Marxismus-Leninismus, so sagten einige MitarbeiterInnen mit historischem Schwerpunkt, habe man – wie schon damals – jetzt erst recht genug von der Theorie.

711 Ebenda, Bl. 2. Hervorhebung durch MGA.

statt einer »normativen Wissenschaftstheorie« fortzusetzen, wie sie an den Universitäten ohnehin betrieben werde. Dabei verwies auch er auf »sehr qualifizierte Forschergruppen« aus der ehemaligen DDR und damit auf die Möglichkeit, »Potentiale« aus dem Osten einzubinden.⁷¹² Die negative Erfahrung der MPG mit dem bewusst normativ ausgerichteten MPI für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg blieb zwar unerwähnt, mag aber für Veteranen im Senat als eine Art Kontrastfolie im Hintergrund eine Rolle gespielt haben.

Akten aus den Sitzungen der von der GWS eingesetzten, zunächst als Prüfkommision agierenden Kommission geben einen seltenen Einblick in die Mobilisierung von Personenkonstellationen und Sachkenntnissen in diesem Fall. Unter der Leitung des Vorsitzenden Otto Gerhard Oexle (Direktor am MPI für Geschichte) waren VertreterInnen aller drei Sektionen der MPG dabei. Ein impulsgebendes Mitglied neben Renate Mayntz selbst war der Psychologe Wolfgang Edelstein, Direktor am MPI für Bildungsforschung und ein Experte auf dem Gebiet der kognitiven Entwicklung. Bereits in der ersten Kommissionssitzung Ende März 1992 wurde eine gewisse Richtung angegeben.⁷¹³ Oexle zeigte sich dort über die wesentlichsten Werke der neuesten anglo-amerikanischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung bestens informiert und nannte diese unter dem Vorzeichen »kulturwissenschaftlich-historische[r] Erforschung von Naturwissenschaft« als Beispiele eines zweiten neben einem problemhistorischen Zugang. Schon zu Beginn legte er als Ergebnis vorheriger Beratungen fest, dass es um einen kulturwissenschaftlichen Zugang und nicht um Ideengeschichte oder Biographie gehen sollte. Renate Mayntz berichtete, dass sie sich vom Physiker und Wissenschaftshistoriker Jürgen Renn, damals als Mitherausgeber im großen Editionsprojekt »The Collected Papers of Albert Einstein« tätig, über Richtungen »einer integrierten Wissenschaftsgeschichte und -theorie in den USA« habe informieren lassen.⁷¹⁴

Nach zwei Kommissionssitzungen berichtete Oexle der GWS, dass »keine Wissenschaftsethik oder Wissenschaftsphilosophie« angestrebt werden sollte, sondern »ein systematisch angeleiteter, Natur- und Kulturwissenschaften integrierender Forschungsansatz [...], der bislang in der BRD nicht vorhanden sei«; für die Leitung eines solchen MPI kämen wohl nur »ausländische Wissenschaftler« in Frage.⁷¹⁵ Mögliche Fragestellungen formulierte Oexle klar: »Wie wird lokale Wissenschaft zu universaler Wissenschaft? Wie vollzieht sich die Ausdifferenzierung einzelner Wissenschaften? Wie vollziehen sich Übergänge an »Entwicklungsknoten«, beispielsweise von Determinismus zu Probabilität? Wie verhält sich die kulturelle Bedingtheit der Wis-

712 Materialien und Niederschrift der Sitzung des Senats vom 30.03.1992 in München, Bl. 18, AMPG, II. Abt., Nr. 130. SP.

713 Vgl. zum Folgenden Kommission »Wissenschaftsgeschichte«. Ergebnisse der ersten Sitzung am 31. März 1992 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 322–328.

714 Ebenda, fol. 325–326.

715 TOP 5 – Kommission für Wissenschaftsgeschichte, Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 13.05.1992 in Köln, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493.

senschaft zur Universalität ihrer Ansprüche?«⁷¹⁶ Der Hinweis auf Probabilität sollte zukunftsweisend werden. Bei dieser Sitzung wurde der wissenschaftshistorisch profilierte Philosoph Lorenz Krüger (Göttingen), der auf genau diesem Themenfeld Einschlägiges publiziert hatte, in seiner Eigenschaft als kommissarischer Leiter des GWZ Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte als auswärtiges Mitglied in die Kommission aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Kommissionsarbeit wurden, wie bei MPI-Gründungen üblich, mehrere in- und ausländische Experten einbezogen, acht aus dem Ausland (vier aus den USA, drei aus dem europäischen Ausland und einer aus Israel), aber auch acht aus Deutschland.⁷¹⁷ Alle erhielten dieselben Fragen von Oexle vorab zugeschickt, zu denen sie Stellung nehmen sollten: ob die Gründung eines MPI notwendig sei, welche Fragestellungen an einem solchen Institut behandelt werden sollten, und ob es qualifizierte Wissenschaftler gebe, die für Leitungspositionen in einem solchen MPI in Frage kämen und zur Verfügung stünden. Dabei betonte Oexle stets, dass die Entscheidung darüber, ob die Gründung eines MPI empfohlen werden sollte, noch offen sei, aber bis November getroffen werden müsste.⁷¹⁸ Neben der Vorstellung individueller Ansätze, die wohl auch als Vorstellungen möglicher Leitungspersonlichkeiten gedacht waren, kam Institutionelles dementsprechend auch zur Sprache. Beispielsweise setzten sich Wolf Lepenies (Berlin), Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin und Yehuda Elkana (Jerusalem), Permanent Fellow ebendort, für die MPI-Lösung ein, weil nur diese ihrer Meinung nach den nötigen »Anschub und Legitimation« geben und dadurch einen »sehr viel größeren wissenschaftspolitischen Effekt« erzielen würde.⁷¹⁹ Diese Position hatte Gewicht wegen des vorangegangenen, starken Engagements des Wissenschaftskollegs auf diesem Gebiet durch die gezielte Berufung jüngerer WissenschaftshistorikerInnen als Fellows seit den 1980er Jahren sowie wegen der Verwaltung des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Walter-Rathenau-Programms zur Unterstützung der internationalen Einbindung jüngerer ForscherInnen auf diesem Gebiet.

Parallel zu den Beratungen dieser Kommission stellte man am GWZ Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie Überlegungen zur Zukunft an.⁷²⁰ Nach einer Aufforderung Weinerts

716 Ebendort.

717 Otto Gerhard Oexle: Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, 19. Januar 1993. Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.03.1993 in Frankfurt am Main, Bl. 1–2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP.

718 Vgl. zum Folgenden Kommission »Wissenschaftsgeschichte«. Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung am 27.08.1992 in Frankfurt am Main, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892.

719 Ebenda, Bl. 7–8. Im Interview (Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn. Wien–Berlin (mit Zoom) 2. Juni 2020, DA GMPG, ID 601067) berichtet Jürgen Renn, dass ihm Kommissionsmitglieder gesagt hätten, dass Elkana sich stärker für eine MPI-Gründung einsetzte, während Lepenies sich skeptischer verhielt. Tatsächlich hielt Lepenies laut Ergebnisprotokoll grundsätzlich zwar beides – ein Max-Planck-Institut oder ein Zentrum – »für möglich«, doch kam es seiner Meinung nach für das Forschungsgebiet »auf das ›symbolische Gewicht‹ eines Max-Planck-Institutes an«. Ebenda, Bl. 7.

720 Zum Forschungsprofil und zur personellen Zusammensetzung dieses GWZ siehe Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München: Walter Biering 1992, 38–48.

vom 4. Mai ließ der eben genannte kommissarische Leiter des GWZ, der Philosophie- und Wissenschaftshistoriker Lorenz Krüger, ausführliche »Überlegungen zur Gründung eines Instituts für Wissenschaftsgeschichte« zusammenstellen.⁷²¹ In diesem Text ist auch – wie in der eingangs zitierten Skizze von Renate Mayntz – von einer »Wissenschaftsgeschichte in theoretischer Absicht« die Rede; gemeint scheint jedoch etwas Anderes gewesen zu sein als das, was der Kommission vorschwebte.

Ziel eines solchen Instituts sei es demnach, »zu einem kulturwissenschaftlich und gesamthistorisch verankerten Verständnis der Entwicklung und Gegenwart der neuzeitlichen Wissenschaften beizutragen«.⁷²² Traditionelle Themen sollten natürlich nicht ausgespart werden,

sie würden jedoch ihre Pointe und Originalität darin erlangen, dass sie – disziplinenübergreifend und geläufige Gegensätze wie den zwischen internen und externen Faktoren der Wissenschaftsentwicklung überbrückend – Entstehung und Entfaltung wissenschaftlicher Methoden, Beweisstandards und Erklärungs- bzw. Erkenntnisideale zum Gegenstand machen.

Als mögliche Themenbereiche wurden vier genannt: (1) Bedingungen der Autorität und die Autonomie der Wissenschaft; (2) Begriffe und Reichweite wissenschaftlicher Rationalität und Objektivität; (3) Verhältnis von Wissenschaften und Weltauffassung; und (4) Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, genauer: gesellschaftliche Bedingungen des effektiven Funktionierens von Wissenschaft. Gemeinsame Klammer von alledem sollte die Frage nach »Vorbedingungen und Folgen der Wissenschaften als handlungsleitender und weltorientierender Systeme von Überzeugungen « sein.⁷²³

Nach alledem scheint diese anfangs recht heterogene Gruppe sich bemüht zu haben, etwas näher zusammenzukommen. Unklar ist, ob dieses Konzept in die Beratungen der von der GWS eingesetzten Kommission jemals einbezogen wurde. Laut Auskunft eines von ihnen wurden die damaligen FSP-MitarbeiterInnen in die Konzeptentwicklung des künftigen MPI nicht einbezogen.⁷²⁴ So liefen die Arbeit der »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften« und jene der von der GWS eingesetzten Kommission nebeneinander her.

721 Lorenz Krüger, »Überlegungen zur Gründung eines Instituts für Wissenschaftsgeschichte« z. Hd. Der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft, in Antwort auf den Brief ihres Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Franz E. Weinert, vom 4. Mai 1992, o. D., Bl. 16–30, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1060. Auch in: Bl. 303–317, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892. Wie Krüger explizit angab, basierten diese Überlegungen auf Beratungen mit den FSP-Mitgliedern, er selbst sei jedoch für die Endredaktion »allein verantwortlich«.

722 Ebenda, Bl. 26.

723 Ebenda, Bl. 29–30.

724 Vgl. Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Hoffmann. Berlin 28. Februar 2020, DA GMPG, ID 601062. Dass FSP-Mitglieder in diese Beratungen nicht einbezogen wurden, bestätigt der damalige stellvertretende Leiter des FSP Hans-Peter Krüger; persönliche Mitteilung an Mitchell G. Ash, 01.07.2020.

Die Einschätzung dieses Konzepts von Renate Mayntz im Oktober 1992 war zurückhaltend.⁷²⁵ So beschrieb sie die Arbeit am FSP als »bislang bestenfalls in loser Verbindung zueinander entwickelte[] Bemühungen«, zu deren Integration »verschiedene Disziplinengeschichten und theoretische Analysen der Wissenschaft zusammengeführt werden« müssten.⁷²⁶ Das im Konzeptpapier genannte Ziel ließe sich in der Tat nur durch interdisziplinäre Kooperation erreichen, aber die derzeit am FSP vorhandenen »Kompetenzen« seien unterschiedlich verteilt: »Die ersteren sind dabei vornehmlich, aber nicht ausschließlich institutionengeschichtlich orientiert«, während sich die zweite Gruppe unter anderem »mit Erkenntnisproblemen und -prozessen verschiedener Disziplinen und mit kommunikationstheoretischen Ansätzen der Wissenschaftsforschung« beschäftigt.⁷²⁷ Die Botschaft schien klar zu sein: Eine Integration derart disparater Ansätze war kaum zu erwarten, darüber hinaus liefen gerade die Arbeiten am FSP im Bereich der Wissenschaftsgeschichte der allgemeinen Zielsetzung des Konzepts zuwider. So rächte sich die Entscheidung des »Beratergremiums« Ende 1991, bei der Auswahl personell und nicht programmorientiert vorzugehen. Als institutionelle Optionen nannte Mayntz unter anderem die auch vom WR erwähnte Möglichkeit einer institutionellen Integration mit dem existierenden Berliner Verbund für Wissenschaftsgeschichte, »der ein internationales Netz von Wissenschaftsforschern aufgebaut hat, eine Sommerakademie durchführt und Träger des Rathenau-Stipendienprogramms ist.«⁷²⁸ Von einem MPI war hier ebenso wenig die Rede wie im eigenen Konzept der FSP-MitarbeiterInnen.

Wie im Falle des MPI für neuropsychologische Forschung (siehe unten Abschnitt III.4.3.2.2.) scheint auch hier der Gründungsvorgang zumindest teilweise durch die Finanzkrise der MPG aufgehalten worden zu sein. Aus der GV hieß es im November 1992 dazu, es seien 10 Neugründungen angedacht (darunter Wissenschaftsgeschichte und Aufklärungsforschung), mit den vorhandenen Mitteln aber nur zwei bis 1997 realisierbar.⁷²⁹ Doch die Kommissionsarbeit ging bis Januar 1993 kontinuierlich weiter. Ihre Gründungs- und Berufungsempfehlungen wurden von der GWS im Februar 1993 einstimmig befürwortet, womit die wesentlichsten diskursiven und institutionellen Ressourcen beisammen waren. Unmittelbar nach Empfang der weiter oben in diesem Abschnitt genannten »positiven Signale« aus den Verhandlungen mit dem BMFT im März 1993, das heißt, sobald die finanziellen Ressourcen verfügbar zu sein schienen, konnten also die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse im Senat auf die Tagesordnung der nächsten Senatssitzung gesetzt werden.

725 Renate Mayntz, Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte, 26. 10. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1060, fot. 7–12. Das Papier wurde zunächst als Tischvorlage für eine Kommissionssitzung am 15. 10. 1992 vorgelegt; Ebenda, fot. 10–14.

726 Ebenda, Bl. 3.

727 Ebenda, Bl. 4–5.

728 Ebenda, Bl. 7.

729 Beatrice Fromm, Vermerk zu TOP 1, Bericht d. Präsidenten, hier: Stand der Umsetzung der Gründungsbeschlüsse in den NBL. Drehbuch zur 132. Sitzung des Senats vom 20. 11. 1992 in Herrenberg b. Stuttgart, Bl. 10–13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 132.SP.

Die wesentlichsten diskursiven Ressourcen auf dieser Etappe kamen aus dem kurzen Vorspann in den Materialien für die Senatssitzung sowie aus dem ausführlichen Kommissionsbericht.⁷³⁰ Das Programm einer »Wissenschaftsgeschichte in theoretischer Absicht« wurde aus der Anregung von Renate Mayntz beibehalten – unter dem Titel »Historische Epistemologie«.⁷³¹ Was darunter zu verstehen sein sollte, wurde allerdings unterschiedlich dargestellt: An einer Stelle des Berichts definierte man »historische Epistemologie« als »eine thematisch integrierte, an systematischen Fragestellungen orientierte und theoretisch angeleitete Wissenschaftsgeschichte«, die »Wissenschaft als ein Teilsystem von Kultur begreift und darin einen wesentlichen Beitrag zur Wissenschaftsforschung im Ganzen leistet.«⁷³² Später hieß es aber auch, die »Historische Epistemologie befasst sich mit der Geschichte fundamentaler kognitiver Prozesse des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns« anhand fundamentaler Kategorien wie »Experiment«, »Beweis«, »Kausalität«, »Objektivität« und Denkformen wie »Determinismus« und »Probabilismus«.⁷³³ Der Hinweis auf »kognitive Prozesse« verriet die Handschrift des Kognitionsforschers Edelstein und war auch geprägt durch die im Rahmen seiner Abteilung des MPI für Bildungsforschung durch Peter Damerow betriebenen, wissenshistorisch ausgerichteten Forschungen zum Zusammenhang zwischen Kultur und Kognition.⁷³⁴ Diese Forschungen sollten sich für das zukünftige Institut als strategisch bedeutsam erweisen, da sie über den von anderen Teilen der Kommission betonten kulturhistorischen Ansatz, wie er in den angelsächsischen Ländern bereits etabliert war, hinauswiesen. Ebenso wichtig war der weitere Hinweis darauf, dass dieser Ansatz »eine Vielzahl von transdisziplinären Einzelprojekten« erlaube. Das Konzept grenzte man von der Ideengeschichte und Biographik einerseits und der seinerzeit »im Ausland« (gemeint waren die USA und Großbritannien) dominanten, sozialwissenschaftlich orientierten »kontextualistischen« Tendenz andererseits bewusst ab. Befürwortet wurde hier explizit ein kulturwissenschaftlicher Ansatz, und zwar zum ersten Mal innerhalb der MPG außerhalb der Geschichte oder der Kunstgeschichte.

Auch hier wie bei anderen Gründungsvorgängen pflegte man einen Defizitdiskurs, aber diesmal wurde er anders und vielschichtiger aufgezo- gen, und zwar auf drei Ebenen. Im Unterschied zur Behauptung eines Defizits der Forschung in Deutschland gegenüber dem Ausland (vornehmlich der USA) wurde hier ein Defizit auch international geortet, und zwar sowohl episte-

730 Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.03.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 133.SP, fot. 60–62; Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission (zit. Anm. 717).

731 In der Kommissionssitzung stellte Oexle diese Wendung als das am Besten geeignete »integrierende Konzept für das geplante Institut« dar. Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 3. Februar 1993 in Heidelberg, Protokoll. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 03.02.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1496, fol. 15. Die Bezeichnung scheint aus der Kommissionsarbeit hervorgegangen zu sein und war jedenfalls bis dahin von den drei vorzuschlagenden DirektorInnen als Bezeichnung des jeweils eigenen Ansatzes nicht verwendet worden.

732 Materialien zur Senatssitzung, hier: fot. 61. Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission, ebenda, fot. 64.

733 Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission, Bl. 6, ebenda, fol. 84.

734 Vgl. Jürgen Renn und Matthias Schemmel (Hg.): *Culture and Cognition. Essays in Honor of Peter Damerow*. Berlin: Max Planck Institute for the History of Science 2019. Mit Dank an Jürgen Renn für diesen Hinweis.

misch als auch institutionell. Im Berichts- und Empfehlungstext der Kommission hieß es, »das Fehlen einer umfassend ausgelegten Historischen Epistemologie« könne »als ein entscheidendes, wenn nicht sogar als das entscheidende theoretische Defizit gegenwärtiger Wissenschaftsgeschichte angesehen werden«. ⁷³⁵ Institutionell betrachtet habe das Fach nicht nur in Deutschland, sondern »auch international gesehen [eine] eher geringe« Repräsentanz. In Deutschland sei die Wissenschaftsgeschichte (mit Ausnahme des Instituts für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte an der TU Berlin) monodisziplinär ausgerichtet und meist mit jeweils nur einem Lehrstuhl vertreten, der einem Fachbereich zugeordnet werde, was die Arbeit an inter- oder transdisziplinären Fragestellungen erschwere. ⁷³⁶ Weil am neuen MPI stattdessen ein transdisziplinäres Forschungsprogramm über mehrere Jahre verwirklicht werden sollte, das nicht auf ein Wissenschaftsgebiet begrenzt bleiben sollte, steuerte man hier nicht ein bloßes Nachholen bereits anderweitig etablierter Strukturen oder Ansätze an, sondern etwas Neues. Im Kontrast zur bewusst einzeldisziplinären Ausrichtung der beiden MPIs für Physik komplexer Systeme und zur Erforschung von Wirtschaftssystemen wurde in diesem Fall ein transdisziplinärer Ansatz als Desiderat der internationalen und nicht nur der deutschen Forschung gutgeheißen.

Gerade dadurch sollte das MPI »ein wirkliches ›Gravitationszentrum‹ der internationalen wissenschaftsgeschichtlichen Forschung« werden und eine dauerhafte »Integration verschiedener Fachwissenschaften und die Kooperation von Forschern unterschiedlicher fachlicher Provenienz« ermöglichen. ⁷³⁷ Alle drei vorzuschlagenden DirektorInnen sollten deshalb gleichzeitig berufen werden, um »den nötigen Impuls zu geben«. Als starkes Positivum wurde das wissenschaftliche Umfeld Berlins hervorgehoben, mit einschlägigen Archiven und Bibliotheken, dem bereits bestehenden Verbund für Wissenschaftsgeschichte, den universitären Lehrstühlen für Wissenschafts- und Technikgeschichte an der TU Berlin, für Medizingeschichte an der FU Berlin und neuerdings auch für Wissenschaftsgeschichte an der Geschichtsfakultät der Humboldt-Universität sowie dem Wissenschaftskolleg und dessen oben erwähntem Engagement für eine Internationalisierung der wissenschaftshistorischen Forschung.

Die Liste der drei vorgeschlagenen DirektorInnen war bewusst abgestimmt im Sinne des vorgesehenen Forschungsprogramms. ⁷³⁸ Der Philosophie- und Wissenschaftshistoriker Lorenz Krüger wurde genannt wegen seiner Expertise in beiden Feldern, belegt durch Publikationen zur von ihm so genannten »Probabilistischen Revolution« sowie wegen seiner »effizienten wie taktvollen« Leitung des GWZ; damit sei er »im Inland konkurrenzlos«. ⁷³⁹ Lorraine Daston

735 Bericht und Empfehlungen, Bl. 6, fol. 84.

736 Ebenda, Bl. 4, fol. 82.

737 Materialien zur Senatssitzung, hier: Ebenda, fol. 60.

738 Zum Folgenden siehe auch die Lebensläufe und Publikationsverzeichnisse von Lorraine Daston, Lorenz Krüger und Jürgen Renn, in: Materialien zur Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des wissenschaftlichen Rates am 02.03.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1496, Bl. 35–51 (Daston), 52–59 (Krüger), 60–69 (Renn).

739 Bericht und Empfehlungen, Bl. 10.

schlug man vor wegen ihrer preisgekrönten Arbeiten zur Geschichte der Wahrscheinlichkeitstheorie in der Aufklärung, ihrer Arbeiten mit Krüger und Gerd Gigerenzer zur Geschichte des Übergangs vom Determinismus zu Probabilismus in den Naturwissenschaften sowie ihres neueren, mit Peter Galison publizierten Entwurfes zu einer Geschichte der »Objektivität«; das alles sei exemplarisch dafür, was unter »Historische Epistemologie« gemeint sei. Eines der Gutachten zählte Daston »zu den begabtesten Wissenschaftshistorikern der jüngeren Generation [...], wenn sie nicht sogar an deren Spitze zu setzen ist.«⁷⁴⁰ Jürgen Renn schlug man als ausgebildeten Physiker und Philosophen, als Experten für Einstein und Galileo, als Autor neuerer Schriften über den Übergang zur neuzeitlichen Wissenschaft und als Vertreter einer »kognitivistischen« Richtung vor,⁷⁴¹ die ins Gesamtkonzept gut passe, sowie als Pionier der Einführung neuer Technologien in die wissenschaftshistorische Quellenarbeit. Ein Gutachten meinte, er sei »still very young«, aber »one of the new stars«; »die MPG wird sich später einmal glücklich schätzen, sich so frühzeitig für diesen Wissenschaftler entschieden zu haben.«⁷⁴² Dass niemand von den drei Vorgeschlagenen bis dahin den Terminus »Historische Epistemologie« explizit zur Bezeichnung des jeweils eigenen Forschungsansatzes verwendet hatte, tat offenbar nichts zu Sache.⁷⁴³

Alles in allem stellte das Konzept eine gekonnte Synthese aller in der Kommission vertretenen Richtungen dar, zugespitzt auf die Fähigkeiten und Präferenzen der drei nominierten DirektorInnen, die zudem aus verschiedenen Generationen stammten. Obwohl dieses Konzept zu einem gewichtigen Teil auf ihre eigene Forschung bezogen war, gibt Lorraine Daston im Interview an, von der Nachricht, dass sie berufen werden sollte, völlig überrascht, sogar »wie von Donner gerührt« gewesen zu sein.⁷⁴⁴ Für Jürgen Renn war es eine Chance, vor dem Hintergrund eines in der Frage der Nutzung der sich abzeichnenden Potentiale der Digital Humanities uneinigten Einstein-Papers-Projektes eigene Forschungsprogramme in dieser Richtung mit mehreren MitarbeiterInnen zu realisieren.⁷⁴⁵

Die Überzeugungsarbeit im Senat setzte ausschließlich auf fachpolitische Argumente, mit explizitem Verweis auf die drei traditionellen MPI-Gründungskriterien Innovativität, Subsidiarität und Harnack-Prinzip und unter Einbeziehung des oben erwähnten modifizierten Subsidiarität

740 Ebenda, Bl. 8, fol. 86.

741 Renn hatte Edelstein während seiner Arbeit als Leiter einer ihm vom Berliner Senat bewilligten »Albert-Einstein-Forschungsstelle« näher kennengelernt, die am MPI für Bildungsforschung angesiedelt wurde, an der seine langjährigen Weggefährten Peter Damerow und Wolfgang Lefebvre ebenfalls mitarbeiteten.

742 Bericht und Empfehlungen, Bl. 10.

743 Jürgen Renn tat dies allerdings kurz danach in seiner ersten Publikation als MPI-Direktor; vgl. Jürgen Renn: *Historical Epistemology and Interdisciplinarity*. Preprint 2. Berlin: Max-Planck-Institute for the History of Science 1994.

744 »I was thunderstruck!« Mitchell G. Ash: Interview mit Lorraine Daston. Berlin 29. Februar 2020, DA GMFG, ID 601063.

745 Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn. Wien–Berlin (mit Zoom) 02. Juni 2020, DA GMFG, ID 601067.

diaritätsprinzips.⁷⁴⁶ Das politisch relevante Element war die Verheißung, einige MitarbeiterInnen aus dem GWZ Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte zu übernehmen (siehe unten). Auffallend in Hinblick auf das Harnack-Prinzip war, dass man mit zwei der drei Direktorenvorschläge auf Jüngere setzte. Desto stärker betonte man das geradezu hymnische Lob der GutachterInnen. Kritik kam in der Sitzung selbst nur aus einer fachpolitischen Richtung: Benno Hess fragte, wieso man keine geeignete Person aus der Biologie finden könnte, und Franz Emanuel Weinert verwies auf ähnliche Kritik im Vorfeld. In Reaktion darauf schlug Zacher vor, bei den Berufungsverhandlungen schon festzulegen, dass die nächste Berufung zum Direktor am Institut aus der Biologie kommen sollte.⁷⁴⁷ So kam es dann auch (siehe unten). Die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse erfolgten einstimmig.

Im November berichtete Zacher, dass das MPI zum 1. März 1994 mit dem Antritt Jürgen Renns gegründet werden sollte.⁷⁴⁸ Lorraine Daston trat am 1. 9. 1994 nebenamtlich, am 1. 7. 1995 hauptamtlich an.⁷⁴⁹ Die von Weinert und Wolfgang Prinz unterstützte Berufung ihres Mannes Gerd Gigerenzer zum Direktor am MPI für psychologische Forschung in München wurde am selben Tag wie die ihre vom Senat beschlossen. Die Frage, wie »die Belastung aus der räumlichen Trennung für das Forscherehepaar in zumutbaren Grenzen zu halten« sei, schnitt Zacher in einem Senatsbericht an.⁷⁵⁰ Später wurde Gigerenzer auf Betreiben von Paul Baltes zum Direktor am MPI für Bildungsforschung berufen, womit beide in Berlin beziehungsweise von dort aus wirken konnten.

Die Bedarfsplanung für den Aufbau des Instituts wurde schon im März 1993 begonnen. In einem Vermerk dazu liest man, dass bei entsprechender Bedarfsplanung »der Aufbaubeginn dieses MPI sogar auf 1994 vorgezogen werden« könne.⁷⁵¹ In den Materialien zur Senatssitzung vom Juni 1993 hieß es, die Stellen für dieses wie auch für andere in Planung befindliche Institute sollten bereits jetzt für 1994 veranschlagt werden, um »schnellstmögliche Umsetzung zu

746 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19. 03. 1993 in Frankfurt am Main, Bl. 21–24, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP. Für die Zustimmung des VR zur Empfehlung der Sektion vgl. Niederschrift zur 158. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 03. 1993 in Frankfurt am Main, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP.

747 Ebenda, Bl. 24. In der GWS-Sitzung war diese Frage auch zur Sprache gebracht worden. Darauf hatte Alfred Gierer (Direktor am MPI für Entwicklungsbiologie) geantwortet, dass die Kommission dies »ausführlich geprüft« habe, sie »sei aber zu der Auffassung gelangt, dass die von ihr vorgeschlagene »Gründungsmannschaft« zum jetzigen Zeitpunkt ein Optimum darstelle«. Die baldige Emeritierung von Lorenz Krüger biete ohnehin »in absehbarer Zeit die Möglichkeit zur Umorientierung des Instituts«. Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 03. 02. 1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1496, fol. 16.

748 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 15, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP; Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993, 1994*, 27–28; Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994, 1994*, 160.

749 Gastl (GV) an Scharpf, 17. 05. 1994. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 08. 06. 1994 in Göttingen, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1500a. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994, 1994*, 169.

750 Niederschrift der 134. Sitzung des Senats vom 17. 06. 1993 in Trier, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP.

751 Beatrice Fromm, Vermerk für die Präsidiumssitzung am 17. März. Umsetzung von Gründungsbeschlüssen für Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern und Standortfestlegungen, 16. März 1993, Materialien zur 158. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 03. 1993 in Frankfurt am Main, Bl. 3, 5, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP.

gewährleisten, d. h. ggf. durch Umschichtungen auch mit dem Institut für Wissenschaftsgeschichte bereits 1994 beginnen zu können.«⁷⁵² Damit wurde der Zusammenhang dieses Gründungsgeschehens mit der Überwindung des Finanzierungsengpasses der MPG und auch mit dem nunmehr verstärkten politischen Druck deutlich, die Gründungen von MPIs in den NBL beschleunigt umzusetzen (Näheres hierzu im Abschnitt III.5.1.).

Die Standortsuche wurde ebenfalls durch regionalpolitische Erwägungen geleitet. Wie oben erwähnt wurde Berlin unter anderem wegen des wissenschaftlichen Umfelds an erster Stelle genannt,⁷⁵³ doch wie im Falle des MPI für Infektionsbiologie musste das Institut in Ostberlin stehen. Nach einer längeren Suche konnten Räume in der Botschaft der Tschechischen Republik in der Wilhelmstraße im Bezirk Mitte gemietet werden, die nach Auszug der Slowaken infolge der Trennung der Tschechoslowakei frei geworden waren.⁷⁵⁴ Der Autor dieser Analyse, der sich in dieser Zeit in Berlin aufhielt, kann aus eigenem Erleben berichten, dass in der deutschen Fachwelt der Ansatz einer »Historischen Epistemologie« anfangs nicht verstanden und das Programm einer Wissenschaftsgeschichte »in theoretischer Absicht« mit Befremden aufgenommen wurde. Wie Jürgen Renn im Interview berichtet, kam es sogar zu polemischen Angriffen in der Presse, weil die MPG mit dieser eher »philosophischen« Neugründung die moralische Verpflichtung zur Erforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus versäumt habe.⁷⁵⁵ Die Annäherung zwischen dem neuen MPI und der universitär etablierten Wissenschafts-, Technik- und Medizingeschichte in Berlin dauerte länger an.⁷⁵⁶

Kommen wir zum ursprünglichen Vorstoß für diese Gründungsinitiative zurück, namentlich zur Mobilisierung personeller Ressourcen aus den NBL. Mit dem Gründungsbeschluss im März 1993 wurde die Frage nach dem Verhältnis des MPI zum GWZ Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie erst recht brisant, und zwar aus wissenschaftspolitischen und sozialen Gründen. Wie oben berichtet, hatten die MitarbeiterInnen des GWZ bereits im Mai 1992 ein eigenes Konzept für ein »Institut für Wissenschaftsgeschichte« zusammengestellt. Im Kommissionsbericht wurde diese Einrichtung jedoch lediglich wegen der Möglichkeit einer Übernahme »eines Teils« seines Personals erwähnt, die »nach Auffassung der Kommission wünschenswert und sachlich sinnvoll« wäre.⁷⁵⁷ Wie Krüger an Zacher im Juni 1993 schrieb, ging es jetzt darum, ob zwei derart ähnlich ausgerichtete Institute politisch akzeptiert würden und

752 Materialien zur 134. Sitzung des Senats vom 17.06.1993 in Trier, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP.

753 Otto Gerhard Oexle: Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, 19. Januar 1993. Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.03.1993 in Frankfurt am Main, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP.

754 Mitchell G. Ash: Interview mit Lorraine Daston. Berlin 29. Februar 2020, DA GMPG, ID 601063.

755 Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn. Wien–Berlin (mit Zoom) 2. Juni 2020, DA GMPG, ID 601067.

756 Mitchell G. Ash: Interview mit Lorraine Daston. Berlin 29. Februar 2020, DA GMPG, ID 601063.

757 Otto Gerhard Oexle: Bericht und Empfehlungen der Sektionskommission für die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, 19. Januar 1993. Materialien zur 133. Sitzung des Senats vom 19.03.1993 in Frankfurt am Main, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP.

wie der Eindruck einer Verdoppelung vermieden werden könnte.⁷⁵⁸ Als eine Art Ausweg sprach er die Frage einer teilweisen personellen Übernahme an und meinte, dass er und die anderen designierten DirektorInnen nicht der Auffassung seien, dass dies der Arbeit des MPI im Wege stehen könnte, obwohl einige MitarbeiterInnen aufgrund ihrer Arbeitsschwerpunkte eher an anderen Stellen besser aufgehoben wären.

Diese Überlegungen verliefen aber offenbar wieder einmal ohne Einbeziehung der FSP-MitarbeiterInnen. Zehn Monate später, im April 1994, schrieb Wolfgang Küttler, Geschichtsphilosoph und Betriebsrat am FSP, an Zacher, dass die Gründung des MPI »erhebliche Unruhe« im FSP hervorgerufen habe. Über einen Zusammenhang oder gar eine Anbindung oder Integration der MitarbeiterInnen »ist uns nichts bekannt«; von der Stellenausschreibung habe man aus der Zeitung erfahren. Die Abkoppelung des FSP von der MPI-Gründung stehe im Widerspruch zu den Empfehlungen des WR und der FSP drohe so »in eine Sackgasse zu geraten«, wodurch die MitarbeiterInnen sich schlechter behandelt sahen als die der anderen FSPs.⁷⁵⁹

Schließlich wurden aus diesem GWZ (FSP) immerhin sieben von 15 MitarbeiterInnen am neuen MPI übernommen.⁷⁶⁰ Fünf von ihnen kamen in der Abteilung von Jürgen Renn unter, zwei in der Abteilung von Lorraine Daston.⁷⁶¹ Jürgen Renn setzte sich dafür ein, möglichst viele KollegInnen aus der ehemaligen DDR in das neue Institut einzubeziehen, war sich aber bewusst, dass es dabei eine institutionelle Vorzugsbehandlung der Angehörigen der DDR-Akademie gegenüber Universitätsangehörigen aus der ehemaligen DDR gab. Mit der Einbeziehung dieser ForscherInnen verband er die Hoffnung auf ein Traditionen aus dem Osten und Westen integrierendes Arbeitsprogramm, die sich jedoch nur teilweise erfüllen ließ.⁷⁶² Drei weitere FSP-MitarbeiterInnen wurden ab 1996 von Hans-Peter Krüger, der 1994 nach Potsdam berufen wurde und zum Nachfolger Lorenz Krügers als kommissarischer Leiter des FSP geworden war, als MitarbeiterInnen einer Arbeitsgruppe »Wissenschaftskulturen im Kommunikationsprozess (20. Jh.)« mithilfe einer fünfjährigen Förderung der MPG an das Institut für Philosophie der Universität Potsdam angebunden.⁷⁶³ Insofern wurde einem der ursprünglichen Anliegen hinter der GWZ-Gründung Genüge getan. Eine politische Verpflichtung, diese »Potentiale« zu

758 Krüger an Zacher, 05.06.1993, betr.: Beziehung des zu gründenden MPI Wissenschaftsgeschichte zum bestehenden Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie; Krüger an Weinert, 05.06.1993. Beides in: AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 262–264.

759 Wolfgang Küttler an Zacher, 12.04.1994. Bl. 68–70, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893.

760 Tabelle 1: Mitarbeiter am FSP WG und WT von 1992–1995. Privatbesitz Dieter Hoffmann.

761 Renn sah sich zur Übernahme verpflichtet, obwohl er wusste, dass die Übernommenen sehr eigenständig agieren und sich nicht unbedingt an das Programm seiner Abteilung halten würden. Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn. Wien–Berlin (mit Zoom) 2. Juni 2020, DA GMPG, ID 601067.

762 Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Renn. Wien–Berlin (mit Zoom) 2. Juni 2020, DA GMPG, ID 601067; Jürgen Renn, persönliche Mitteilung an Mitchell G. Ash, 27.06.2020.

763 Vgl. hierzu: Hans-Peter Krüger an Weinert, 26.06.1995. Bl. 61–63, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893; Weinert an Hasenclever, 29.06.1995, Bl. 66–67 (59–60); Rolf Mintzner an Hasenclever, 30.08.1995, ebenda, Bl. 55; Hans-Peter Krüger, persönliche Mitteilung an Mitchell G. Ash, 01.07.2020.

»retten«, bestand zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht mehr, aber die Übernahme dieser ForscherInnen an das MPI beziehungsweise an die Universität Potsdam war gleichwohl eine politische Entscheidung.

Für die nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen war der Ausgang weniger glimpflich, obwohl sich der für die NBL zuständige Vertreter des GBR Dirk Hartung für sie einsetzte.⁷⁶⁴ Wieland Keinath wies jedoch darauf hin, dass insgesamt 17 nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen an den GWZs nicht weiter beschäftigt werden konnten – dieses GWZ stellte also keinen Einzelfall dar. Auf die weiteren MPG-Einrichtungen im Berliner Raum habe man hingewiesen, aber »die Förderungsgesellschaft/MPG wäre überfordert, für alle diese Fälle für Beschäftigungen zu sorgen.«⁷⁶⁵

Bedauerlicherweise musste diese Neugründung ohne Lorenz Krüger geschehen. Wie er Zacher am 30. August 1994 schrieb, wäre er dem Ruf gerne gefolgt, insbesondere wegen der Chance einer Zusammenarbeit mit Lorraine Daston und Jürgen Renn. Aber eine neue Diagnose der Ärzte lasse »nichts mehr zu entscheiden«; infolge seiner schweren Krankheit sei der Ruf nun »hinfällig geworden«.⁷⁶⁶ Er verstarb kurz darauf am 29. September.⁷⁶⁷ Im folgenden Jahr wurde mit Hans-Jörg Rheinberger (damals am Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte in Lübeck tätig), ein auf die Geschichte der Lebenswissenschaften spezialisierter Forscher, der auch während der Beratungen der Kommission vorgetragen hatte, als Direktor am Institut berufen, womit den oben erwähnten Bedenken wegen des Fehlens dieses Wissensgebietes Rechnung getragen wurde. Die programmatische Ausrichtung des Instituts blieb insofern prinzipiell aufrecht, als mit Rheinberger wieder ein Vertreter einer historischen Epistemologie ans Institut kam, wenngleich er diesen Terminus damals noch nicht verwendete und seine Arbeit sich eher auf die Tradition von Gaston Bachelard und Georges Canguilhem bezog.

III. 4. 3. 2. 2. Das MPI für neuropsychologische Forschung

Der Vorschlag einer Projektgruppe im Bereich der Neuropsychologie stand schon auf der ersten Vorschlagsliste für Neugründungen in der Folge des Rundschreibens von Zacher im Dezember 1990.⁷⁶⁸ Initiator war Wolfgang Prinz, neuerdings Direktor am MPI für psychologische Forschung in München, der das Projekt engagiert vorantrieb. Relativ früh machte er einen Vorstoß

764 Vgl. hierzu Dirk Hartung an Barbara Bludau, 03. 11. 1995, Bl. 47–48, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893; Antje Binas an Bludau, 13. 11. 1995, ebenda, Bl. 51–53.

765 Keinath, Notiz für Frau Dr. Bludau, 29. 11. 1995; Schreiben des Betriebsrats des Forschungsschwerpunkts Wissenschaftsgeschichte und -theorie vom 13. 11. 1995. Ergänzend zur Notiz vom 15. 11. 1995, ebenda, Bl. 55–56 (49–50).

766 Krüger an Zacher, 30. 08. 1994, Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fot. 17–18.

767 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994*, 1994, 160.

768 Materialien der 127. Sitzung des Senats vom 08. 03. 1991 in München und Anlage 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127. SP, fot. 8–12. Vgl. auch Materialien der 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12. 03. 1992 in München, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP.

zu einem MPI-Vorschlag, der allerdings nicht sogleich realisiert wurde. Zwei Schwierigkeiten trugen zur Verzögerung bei: die Justierung einer außergewöhnlichen, aber nicht einmaligen, interdisziplinären Personenkonstellation, die sich der Thematik entsprechend aus zwei Sektionen, der BMS und der GWS zusammensetzte, und die politisch verursachte Finanzkrise der MPG. Im Folgenden wird diese Institutsneugründung als Beispiel sowohl der Problematik als auch des Erfolges, Interdisziplinarität innerhalb der MPG selbst als nachzuholende Innovation durchzusetzen, zu behandeln sein.

Die erste Schwierigkeit zeigte sich bereits in der GWS-Sitzung im Juni 1991.⁷⁶⁹ Dort teilte Prinz den Vorschlag mit, der mit drei Abteilungen bereits Gestalt angenommen hatte. Dort machte er auch schon klar, dass ein Klinikzugang für die Arbeit des künftigen Instituts »unbedingt nötig« sei und dass als Standorte in den NBL deshalb Magdeburg und Leipzig in Frage kämen. Zum weiteren Vorgehen stand zunächst im Protokoll: »Der Vorschlag werde voraussichtlich im Herbst entweder der Biologisch-Medizinischen, wahrscheinlich aber der Geisteswissenschaftlichen Sektion zur Einleitung des Beratungsverfahrens vorgelegt werden können.« Dazu wies Paul Baltes (Direktor am MPI für Bildungsforschung) darauf hin, dass nicht nur dieses Mal Themen vorkommen würden, »die sich der herkömmlichen Abgrenzung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften entzögen«, weshalb »grundsätzlich das Selbstverständnis der Geisteswissenschaftlichen Sektion und insbesondere der nicht-stimmberichtigte Status ihrer Gäste zu überdenken wäre.« Vor der folgenden GWS-Sitzung brachte Prinz einen Änderungswunsch zum Protokoll ein, in dem es nunmehr heißen sollte: »Der Vorschlag werde voraussichtlich im Herbst gleichzeitig der Biologisch-Medizinischen Sektion und der Geisteswissenschaftlichen Sektion zur Beratung, ggfs. zur Einleitung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens, vorgelegt werden können.«⁷⁷⁰ Damit ist die innerinstitutionelle Gratwanderung, die hier zu absolvieren war, angedeutet.

Die Lösung dieses Problems bestand in einer von beiden Sektionen beschickten, gemeinsamen Kommission, die im Oktober 1991 eingerichtet wurde.⁷⁷¹ Der Vorschlag wurde fortan von einer Allianz getragen, der neben Prinz zwei Kollegen aus der BMS, Willem J. M. Levelt (Direktor am MPI für Psycholinguistik) und Wolf Singer (Direktor am MPI für Hirnforschung) angehörten. Der Beratungsstand wurde in der Senatssitzung Ende März 1992 kurz vorgestellt. Kontext war die beginnende Verschärfung der Diskussion um die regionale Verteilung der MPIs in den NBL, wobei Zacher »die Bedeutung der Finanzierbarkeit, eines geeigneten Standortes und die Erfül-

769 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05. 06. 1991 in Berlin, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490.

770 Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 23. 10. 1991 in Heidelberg, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1491. Hervorhebung durch MGA.

771 Ebenda, fot. 20–23. Votum fot. 20. (BMS 21. Oktober) Baltes hielt es in der Diskussion für »außerordentlich wichtig zu gewährleisten, dass die geplante Projektgruppe in beiden Sektionen ihren Sitz habe«. Willem Levelt nannte das MPI für Psycholinguistik als Beispiel gut funktionierender intersektioneller Zusammenarbeit. Ebenda, fot.

lung des Harnack-Prinzips als Voraussetzung konkreter Beschlüsse« hervorhob.⁷⁷² In derselben Sitzung stellte Klaus Hahlbrock (BMS) das Neuvorhaben wieder als »MPI oder Projektgruppe« kurz vor und betonte dabei dessen Verortung »an der Nahtstelle« zwischen den beiden Sektionen: Das Konzept sollte »die neuen Möglichkeiten der biologischen Erforschung des Gehirns mit der Untersuchung psychischer Wahrnehmungsmechanismen zusammenführen«. Nach seiner Darstellung wurde zu dieser Zeit noch »nach Wegen gesucht, auf denen man so nah wie möglich an klinische Phänomene herankomme, gleichzeitig aber die Grundlagenforschung nicht zu weit verlasse.«⁷⁷³ Damit wurde ein Thema – die Rolle der klinischen Forschung an MPIs – tangiert, das auch anderweitig für die MPG relevant war, unter anderem auch im Falle des MPI für Infektionsbiologie. Die anzustrebende Form der Interdisziplinarität war offenbar noch nicht ausdiskutiert und geeignete Leitungspersonen waren auch noch nicht gefunden worden. In den Materialien zur vorangegangenen VR-Sitzung war der Vorschlag wohl irrtümlich bereits zu diesem Zeitpunkt als »entscheidungsreif« eingestuft worden.⁷⁷⁴

Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen kam es aber erst im November 1993, also mehrere Monate nach der Überwindung der Finanzkrise. Was genau zur Verzögerung führte, geht aus den Unterlagen nicht eindeutig hervor. Aus dem Kommissionsbericht ist aber zu entnehmen, dass man viel Zeit (zwei von sieben Sitzungen) mit Anhörungen der Repräsentanten von fünf möglichen Institutsstandorten in den NBL (neben Leipzig waren es Greifswald, Jena, Magdeburg und Rostock) verbrachte.⁷⁷⁵ Hinzu kam eine weitere Sitzung mit einer Subkommission, die im Auftrag der Kommission im August 1993 Gespräche in Leipzig durchführte.⁷⁷⁶ Ein Zusammenhang bestand also mit der im vorigen Abschnitt geschilderten Konkurrenz um MPIs in den NBL sowie mit der am Anfang dieses Abschnitts beschriebenen Anregung, Gründungsbeschlüsse aufgrund der Wünsche der NBL fortan mit konkreten Standortempfehlungen zu versehen.

Als es dann endlich so weit war, wurde wieder einmal ein kreativer Umgang mit institutionellen Praktiken gepflegt, und zwar nochmals aus wissenschaftspolitischen Gründen. Bericht und Empfehlungen der Kommission lagen am 27. bzw. am 28. Oktober 1993, also erst sechs bzw. sieben Tage nach den planmäßigen Terminen der GWS- und BMS-Sitzungen vor.⁷⁷⁷ Im Protokoll

772 Materialien/Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 30.03.1992 in München, Bl. 13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

773 Ebenda, Bl. 15.

774 Materialien der 155. Sitzung des Verwaltungsrats vom 12.03.1992 in München, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP.

775 Materialien der 160. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18.11.1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fot. 64. Details dieser Vorbringungen scheinen nicht protokolliert worden zu sein.

776 BMS und GWS: Bericht und Empfehlungen der gemeinsamen Kommission beider Sektionen zur Gründung eines MPI für neuropsychologische Forschung, 27.10.1993. Niederschrift der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18.10.1993 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 53–66.

777 BMS und GWS: Bericht und Empfehlungen, ebenda. Diese Fassung nennt keine Autoren. Im Folgenden wird aus der Fassung mit dem Datum 28. Oktober zitiert, die in den Materialien zur Senatssitzung vorlag: Willem J. M. Levelt,

der GWS-Sitzung vom 18. Oktober hieß es, die gemeinsame Kommission habe sich im August »im Wesentlichen auf ein Gründungskonzept für das Institut und auf zwei Direktoren verständigt«. Weil in der Zwischenzeit sämtliche Gutachten zu diesen beiden Personen unerwartet schnell vorgelegt wurden und »übereinstimmend positiv« ausfielen, sollten die Gründungs- und Berufungsempfehlungen dem Senat »im Sinne eines raschen Vollzugs von Neugründungen in den neuen Bundesländern« schon im November (also ohne Vorschlag zur Leitung der vorgesehenen dritten Abteilung) vorgelegt werden. Daraufhin gab Prinz »anstelle des vorgesehenen Routineberichts eine detaillierte Stellungnahme ab«; die Empfehlungen wurden später im schriftlichen Verfahren, also ohne Sondersitzung durchgezogen.⁷⁷⁸

In der BMS-Sitzung am selben Tag fasste Prinz (als Gast) die Ergebnisse der Kommission noch einmal zusammen. Diesmal betonte er die Kooperationsbereitschaft der Universität Leipzig und deren Medizinischer Fakultät, insbesondere die Bereitstellung einer neuropsychologischen Tagesklinik, einer möglichst engen Anbindung des Leiters der neurologischen Abteilung an die Fakultät sowie eines Hauses in der Nähe des Universitätsklinikums, das als Institutsgebäude in Frage kam.⁷⁷⁹ Im Ergebnis wurde festgehalten, dass es »[a]ngesichts der bekannten Rahmenbedingungen« zu begrüßen wäre, das Projekt mithilfe eines »beschleunigten Verfahrens« dem Senat noch im November zur Beschlussfassung vorlegen zu können. Gemeint war damit der seit dem Amtsantritt des neuen, aus den NBL stammenden Wissenschaftsministers Paul Krüger stark gestiegene Druck, MPIs in den NBL möglichst bald zu gründen (siehe ausführlicher Abschnitt III.5.1.). Daraufhin beschloss die BMS, »vorbehältlich des positiven Votums der Kommission« eine Sondersitzung am 3. November abzuhalten. Diese fand auch statt, ging aber nicht problemlos über die Bühne.⁷⁸⁰ Bedenken kamen unter anderem wegen des im Mittelpunkt des Konzeptes stehenden Einsatzes bildgebender Untersuchungs- und Diagnostikverfahren auf, weil der vorgeschlagene Standort über diese Technik noch nicht ausreichend verfüge und die beiden vorgeschlagenen Leitungspersonen »nicht durch breite experimentelle Erfahrungen mit diesen Techniken ausgewiesen« seien. Zudem sorgte man sich um den Status der neuropsychologischen Tagesklinik und die Gefahr der Übernahme langfristiger Verpflichtungen durch die MPG. Prinz versicherte, dass die Erstellung einer entsprechenden Infrastruktur (darunter ein NMR-Gerät für das MPI selbst und ein PET-Zentrum an der Universität) geplant sei und dass die Tagesklinik »nicht vom Institut, sondern nach Möglichkeit in der Trägerschaft der Univer-

Wolfgang Prinz und Wolf Singer, Bericht und Empfehlungen der gemeinsamen Kommission zur Gründung eines MPI für neuropsychologische Forschung, 28. 10. 1993. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 251–252. In beiden Fassungen wurde der ursprüngliche Vorschlag einer Projektgruppe Ende 1990 nicht mehr erwähnt und den Beginn der Beratungen mit der Einsetzung der gemeinsamen Kommission im Oktober 1991 datiert.

778 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, Bl. 7–8, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498.

779 Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1666.

780 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom am 03. 11. 1993 in Heidelberg, Bl. 6–7, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1667.

sität betrieben«, aber einem der Institutsdirektoren die ärztliche Verantwortung übertragen werden solle. Er mahnte nochmals zur Eile wegen der »bekannten Hintergründe«; Trautner sekundierte mit dem Hinweis, dass es wichtig sei, in den NBL »neue, bisher nicht vorhandene Entwicklungen einzuleiten«. Die Empfehlungen wurden positiv beschieden, aber mit drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen; gegen die Berufung des für die neurologische Abteilung vorgesehenen Direktors stimmten sogar sieben Personen. Ein Rest Unzufriedenheit scheint zurückgeblieben zu sein.

Aus dem Kommissionsbericht sowie den anderen Materialien zur Senatssitzung kann entnommen werden, welche diskursive Überzeugungsstrategien zur Durchsetzung dieses Gründungsvorhabens verwendet wurden.⁷⁸¹ Die Neuropsychologie wurde dort als »eine noch junge, inzwischen aber bereits wohletablierte Disziplin im Bereich des Übergangsfeldes zwischen Neurowissenschaften und Verhaltenswissenschaften« dargestellt, die bestrebt sei, »Aufschlüsse darüber zu gewinnen, welche psychologisch beschreibbaren Leistungen durch welche neurobiologisch beschreibbaren Strukturen und Prozesse im Gehirn realisiert werden.«⁷⁸² Im Zentrum der Arbeit stehe dabei die klinische Neuropsychologie, die »Zusammenhängen zwischen pathologischen Veränderungen im Gehirn – verursacht etwa durch Schlaganfälle, Tumore oder chirurgisch bzw. unfallbedingte Läsionen – und den damit verbundenen Veränderungen im Verhalten und Erleben« nachgehe. Sie verfolge »sowohl theoretische als auch praktische Ziele«, darunter auf der praktischen Seite Lern- und Trainingsverfahren zur Restauration geschädigter Funktionen.⁷⁸³

Die Entscheidung, eine interdisziplinäre MPI-Gründung auf diesem Feld jetzt vorzunehmen, begründete man mit einer gegenseitigen Annäherung der Neurologie, der klinischen Neuropsychologie und der experimentellen Kognitionspsychologie, die man neuerdings »Kognitive Neuropsychologie« zu nennen begonnen habe. Diese Annäherung sei auf »erhebliche Fortschritte in der Entwicklung bildgebender diagnostischer Verfahren« (ERP, MEG, CT, PET) zurückzuführen, die es gestatten würden, »jedenfalls zum Teil auch die Aktivität ausgesuchter Hirnstrukturen während der Bearbeitung bestimmter Aufgaben *in Echtzeit* zu verfolgen« und damit »die biologische Seite des neuro-psychologischen Zusammenhangs wesentlich präziser und vor allem wesentlich funktionsgerechter zu erfassen.«⁷⁸⁴ Aufseiten der Psychologie sei es mithilfe moderner bildgebender Verfahren ebenfalls möglich geworden, »kognitive Prozesse und deren korrelierende Hirnaktivitäten *in Echtzeit* am gesunden Gehirn zu beobachten« und damit »Modelle des Zusammenhangs von Verhalten und Gehirn, die auf der Basis von geschädigten Hirnstrukturen entstanden sind, am gesunden Gehirn zu evaluieren.« Dadurch eröffne

781 Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 29–31.

782 Ebenda, Bl. 3.

783 Kommissionsbericht, Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

784 Ebenda, Bl. 5. Hervorhebung durch MAG.

sich die Chance, »experimentelle und klinische Forschung so eng und so produktiv miteinander zu verbinden, wie dies bisher noch in keinem anderen Bereich der Psychologie erreicht werden konnte.«⁷⁸⁵ Man setzte also nicht allein auf den gemeinsamen Gebrauch neuester Geräte und Techniken durch zwei Disziplinen, sondern auch und vor allem auf die Behauptung, dass der lang gehegte Traum, das Gehirn bei der Arbeit unmittelbar beobachten zu können, endlich in Erfüllung gegangen sei.⁷⁸⁶

Das Thema größten Kalibers in diesem diskursiven Feld – das Leib-Seele-Problem – wurde auch in diesem Kontext bemüht. Wie es im Kommissionsbericht dazu hieß, schienen derartige »Prinzipienfragen«, die sich bislang »nicht durch empirische Untersuchungen, sondern nur durch vorempirische Setzungen entscheiden« ließen, nunmehr empirisch zugänglich zu werden. »Dass sich dies nun ändert, ist nicht zuletzt der Neuropsychologie zu verdanken.«⁷⁸⁷ So lebte das positivistische Grundmotiv der Entstehungsgeschichte der experimentellen Psychologie – der Anspruch, philosophische Ewigkeitsprobleme empirisch zu lösen – nach hundert Jahren wieder auf, ausgerechnet anlässlich einer MPI-Gründung in Leipzig, wo das erste Laboratorium für experimentelle Psychologie gegründet worden war.

Auch hier wie bei allen anderen MPI-Gründungsvorschlägen in dieser Zeit fehlte der Defizitdiskurs nicht. So seien die eben beschriebenen, neueren Entwicklungen der Neurologie und der kognitiven Neuropsychologie der letzten 15 bis 20 Jahre »an Deutschland bisher weitgehend vorbeigegangen«, unter anderem weil die beiden Disziplinen an unterschiedlichen Fakultäten angesiedelt waren.⁷⁸⁸ Hinzukam, dass sich in Deutschland im Unterschied zur Situation im Ausland Neurologie und Psychologie wegen der Dominanz der klinischen und sozialwissenschaftlichen Psychologie im Fach »eher voneinander weg als aufeinander zu entwickelt« hätten. Wissenschaftspolitisch betrachtet käme also der MPI-Gründung eine zweifache Wirkung zu: Kurzfristig würde »ein Forschungsinstitut in einem hochgradig virulenten und innovativen Arbeitsbereich errichtet« werden; danach könnte dieses Institut die Forschungsk Kooperation zwischen Medizin und Psychologie »modellartig« vorführen und mit seinem wissenschaftlichen Nachwuchs dazu beitragen, »das Fach langfristig auch an den Hochschulen zu verankern.«⁷⁸⁹

Ein weiteres institutions- wie personalpolitisches Argument war, dass »angesichts der weiterreichenden und tiefgreifenden Vereinbarungen«, die für die Arbeit im klinischen Zusammen-

785 Ebendort. Hervorhebung durch MGA.

786 Für eine kritische Historisierung dieser Hoffnung siehe Michael I. Hagner: *Mind Reading, Brain Mirror, Neuroimaging: Insight into the Brain or the Mind?* In: Mitchell G. Ash und Thomas Sturm (Hg.): *Psychology's Territories. Historical and Contemporary Perspectives from Different Disciplines*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates 2007, 287–303.

787 Kommissionsbericht, Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

788 Ebendort. Dass dies in den USA auch so war und Kooperationen trotzdem stattfinden konnten, blieb hier unerwähnt.

789 Ebenda, Bl. 6–7.

hang zu treffen seien, keine Projektgruppe, sondern eine MPI-Gründung gerechtfertigt sei; außerdem sei nur unter dieser Voraussetzung ein »hochqualifizierter Neurologe mit breitem klinischen Hintergrund« für die Institutsleitung zu gewinnen.⁷⁹⁰ Als Entscheidungskriterium für die Standortempfehlung hob man dem Berichtstext entsprechend die »Verfügbarkeit moderner bildgebender Verfahren« und »den Zugang zu forschungsrelevanten Patienten« hervor. Deshalb schlug man Leipzig vor, wo eine medizinische Fakultät und ein »ausgebautes Psychologisches Institut« vorhanden seien und »mit einer funktionstüchtigen Infrastruktur und ebenso mit der nötigen Kooperationsbereitschaft vonseiten der Universität zu rechnen ist.«⁷⁹¹ Damit war eines der drei von Zacher im Vorjahr betonten Kriterien für die Neugründungen in den NBL zumindest im Ansatz erfüllt.

Zur Erfüllung des Harnack-Prinzips sollten der Neurologe Detlev Yves von Cramon und die Neuropsychologin Angela D. Friederici zur Berufung vorgeschlagen werden. Durch ihre sich ergänzenden Arbeitsschwerpunkte in der zerebralen Organisation von Gedächtnisfunktionen einerseits und Sprachfunktionen andererseits werde sich »die angestrebte Komplementarität von Neurologie und Psychologie auf besonders günstige Weise realisieren« lassen.⁷⁹² Für Friederici, seit 1991 C4-Professorin für allgemeine Psychologie an der FU Berlin, die ihre bisherige Laufbahn diesem Forschungsgebiet gewidmet hatte, war diese Berufung auch im Rückblick »ein Traum«.⁷⁹³ Die beiden kannten sich von Tagungen, hatten aber noch nicht zusammengearbeitet. Nachdem sie im Laufe der Beratungen einbezogen wurden, trafen sie sich zu intensiven Gesprächen, um die Chancen einer Zusammenarbeit auszuloten. Wie Angela Friederici dies im Interview schildert, machte von Cramon ihr sofort klar, dass die Zusammenarbeit nur auf der Basis gemeinsamer Kenntnisse der Hirnanatomie zu leisten sei – »das war ein richtiges Tutorium, aus dem ich viel gelernt habe.«⁷⁹⁴

Beide Forscher hatten schon an MPIs gearbeitet. Von Cramon war zwischen 1968 und 1984 in verschiedenen Funktionen am Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München tätig, zuletzt als Leiter der neuropsychologischen Abteilung (1979–1984); seitdem war er Leiter der neuropsychologischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses München-Bogenhausen.⁷⁹⁵ Er war also ein Grundlagenforscher, der im klinischen Zusammenhang arbeitete. Wie es in der Laudatio hieß, verstehe er es, »seine hervorragende Kenntnis neurobiologischer Erklärungsansätze und Theorien für Hypothesen über die funktionelle Organisation des menschlichen Gehirns frucht-

790 Ebenda, Bl. 10.

791 Ebenda, Bl. 9.

792 Ebenda, Bl. 10–11.

793 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici. Leipzig 26. Februar 2020, DA GMPG, ID 601060.

794 Ebenda.

795 Laudatio Detlev Yves von Cramon. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 265–270.

bar zu machen.«⁷⁹⁶ Eine Zusammenarbeit mit PsychologInnen war durch gemeinsame Publikationen belegt. Seine internationale Reputation lag jedoch in seinen weltweit anerkannten Kenntnissen der Neuroanatomie begründet, »insbesondere was die Vernetzung von Hirnarealen und ihre vaskuläre Versorgung angeht.« Dieses Spezialwissen stelle für die Forschung des Instituts nach der Auffassung der Kommission *ein besonders wertvolles Kapital* dar.«⁷⁹⁷

Auch im Falle Angela Friedericis lag ein MPG-Hintergrund vor.⁷⁹⁸ Zwischen 1974 und 1987 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Rheinischen Landeslinik für Sprachgestörte in Bonn und am Max-Planck-Institut für Psycholinguistik in Nijmegen tätig.⁷⁹⁹ Darüber hinaus hatte sie neben ihren vielfältigen internationalen Kontakten gemeinsam mit Wolf Singer ein DFG-Projekt über »Kognitive Entwicklung bei Neugeborenen. Psychologie und Neurologie der Sprachentwicklung« im Rahmen des DFG-SP-Programms »Kognition und Gehirn« 1988 bewilligt bekommen.⁸⁰⁰ Ihr zentrales Forschungsthema war damals und blieb fortan die Funktionsanalyse von Prozessen des Sprachverstehens unter Einbeziehung klinischer und experimenteller Methoden. Ein Gutachter nannte sie »an internationally respected researcher and theoretician« und »a leader in the application of modern real-time processing techniques in the examination of fundamental questions in the neuropsychology of language and cognition.«⁸⁰¹ Ihr jüngstes Projekt zur Echtzeit-Analyse der Verarbeitung von syntaktischer, lexikalischer und morphologischer Information im Satzzusammenhang hielt die Kommission für »bahnbrechend«. Die Spannweite ihrer wissenschaftlichen Kompetenzen, »die von philologischen Fächern über die Linguistik und die experimentelle Kognitionspsychologie bis hin in die experimentellen Neurowissenschaften reicht«, sei »ein beeindruckendes Zeugnis ihrer disziplinären Offenheit und ihrer intellektuellen Produktivität.«⁸⁰²

Die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse im Senat fielen am 19. November 1993.⁸⁰³ In der kurzen Präsentation und Diskussion vor der Abstimmung kam ein neues, wissenschaftspolitisch relevantes Überzeugungselement zum Ressourcenensemble hinzu. Nach einem kurzen Resümee der bereits zitierten Unterlagen wies Uli Schwarz (Direktor am MPI für Entwicklungsbiologie) darauf hin, dass aufgrund der Fortschritte in der Entwicklung bildgebender diagnos-

796 Ebenda, Bl. 2–3.

797 Ebenda, Bl. 3. Hervorhebung durch MGA.

798 Vgl. zum Folgenden Laudatio Angela D. Friederici. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 272–274.

799 Dabei meinte sie selbst im Interview, dass sie dort »weitgehend alleine« gearbeitet hätte. Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici. Leipzig 26. Februar 2020, DA GMFG, ID 601060.

800 Lebenslauf Angela D. Friederici. Materialien der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

801 Ebenda, Bl. 3.

802 Ebendort.

803 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 22, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

tischer Verfahren die Aktivitäten des Gehirns jetzt »nicht-invasiv und ›online‹, also z. B. während der Bearbeitung von Aufgaben – beobachtet werden« könnten. »So biete sich die Möglichkeit zu *ethisch verantwortbaren* Untersuchungen von Zusammenhängen zwischen mentalen Vorgängen und ihren hirnbioologischen Grundlagen.«⁸⁰⁴ Die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse erfolgten einstimmig, anders als in den Sektionen.

Wie oben (Abschnitt III.4.2.) berichtet, war dieses MPI eine Zeit lang zu einer Art Konter im Auktionshandeln um MPIs in den NBL geworden. Rostock hatte ja auch eine Klinik anzubieten und war zeitweilig im Spiel.⁸⁰⁵ Wie bereits erwähnt war Leipzig aber von den InitiatorInnen von vornherein favorisiert worden und sie erhielten Unterstützung von Minister Meyer und Rektor Weiss, die mehrfach konkrete Angebote unterbreiteten. Zu diesem Ressourcenensemble gehörten ostdeutsche WissenschaftlerInnen jedoch kaum. Angela Friederici erinnert sich an einen Mitarbeiter aus den NBL, der wegen seiner Kompetenz im Umgang mit NMR- und anderen Geräten angestellt wurde.⁸⁰⁶

III. 4. 3. 2. 3. Das MPI für Gravitationsphysik

Die Gründung des MPI für Gravitationsphysik war die letzte MPI-Neugründung, die im Zeitraum dieser Analyse beschlossen wurde, obwohl sie eigentlich eine der ersten hätte sein sollen. Auf der im November 1991 von der GV zusammengetragenen Liste der Empfehlungen des WR stand »die Federführung bei der Entwicklung von Vorschlägen für Konzept, Trägerschaft und Ausstattung eines künftigen Albert-Einstein-Instituts für Gravitationsphysik in Potsdam.«⁸⁰⁷ Auf der Grundlage welcher AdW-Bestände oder »Potentiale« das geschehen sollte, darüber fanden sich weder dort noch in der entsprechenden Stellungnahme des WR Hinweise. In der Stellungnahme war lediglich von der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu diesem Zweck und vom Raum Berlin-Potsdam die Rede.⁸⁰⁸

Der Name Einstein stiftete dabei zeitweilig Verwirrung, denn es gab auch ein nach ihm genanntes »Laboratorium für theoretische Physik« der AdW in Potsdam-Babelsberg unter der Leitung von Hans-Jürgen Treder, des prominentesten Physikers der ehemaligen DDR. Aufgabe dieses 1982 gegründeten Zentrums war es, das Erbe Einsteins (darunter sein ehemaliges Sommerhaus in Caputh nahe Potsdam) zu pflegen, aber auch darüber hinaus »neben der rein mathematischen Bearbeitung der physikalischen Aufgaben die Grundprinzipien der Theorien im Ein-

804 Ebendort. Hervorhebung durch MGA.

805 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici. Leipzig 26. Februar 2020, DA GMPG, ID 601060.

806 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici. Leipzig 26. Februar 2020, DA GMPG, ID 601060.

807 Materialien der 154. Sitzung des Verwaltungsrats vom 21. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154. VP.

808 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Physik*, 1991b, 88.

steinschen Sinne zu reflektieren und den aus ihnen erwachsenden epistemologischen Fragen nachzugehen.«⁸⁰⁹ Der WR hatte jedoch die Schließung des Zentrums empfohlen, weil dieses

von der fachlichen Zusammensetzung und Größe her nicht die Voraussetzungen erfüllt, zu den komplexen Problemen der Gravitationstheorie, der modernen Kosmologie und der Vereinigung der Allgemeinen Relativitätstheorie mit der Quantentheorie sowie den damit verbundenen wissenschaftstheoretischen und wissenschaftshistorischen Fragestellungen in der gebotenen Breite beizutragen.⁸¹⁰

Empfohlen wurde faktisch die Trennung der beiden Hauptteile des Arbeitsprogramms; der wissenschafts- und erkenntnistheoretische Teil wurde dem GWZ für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte anempfohlen. Im Falle der theoretisch-physikalischen Aufgaben erblickte der WR jedoch »eine Lücke im Spektrum der deutschen Forschungseinrichtungen«. Weil die »geometrische Deutung physikalischer Grundgesetze« als aktuelle Forschungsaufgabe in der Bundesrepublik Deutschland »institutionell schwach vertreten« sei, empfahl der WR hierfür die Gründung eines Einstein-Instituts für Gravitationsphysik, »das der physikalischen und mathematischen Erforschung der Gravitation im weitesten Sinne gewidmet ist.«⁸¹¹

Auch hier war eine Personenkonstellation, genauer: eine Person im Spiel. Jürgen Ehlers, seit 1971 Direktor am MPI für Physik und Astrophysik, seit 1991 im selben Amt am Institut für Astrophysik in Garching und ein international anerkannter Experte für die allgemeine Relativitätstheorie, war Mitglied der für Physik zuständigen AG des WR. Er hatte sich für die Einrichtung der MPG-AG »Gravitationstheorie« in Jena unter der Leitung Gernot Neugebauers bereits Ende 1990 eingesetzt. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Institut mit dieser Ausrichtung von vornherein seine Idee war. Im Kreis der Vizepräsidenten der MPG hielt man im Dezember 1991 fest, dass Ehlers eine Lösung in Richtung eines MPI wollte und darin »bestärkt« werden sollte. Der seit dem Sommer bestehende Plan des brandenburgischen Ministers Enderlein, eine eigene Gründungskommission einzusetzen, sollte deshalb »abgeblockt« werden.⁸¹² Anfang 1992 übernahm Ehlers die im oben zitierten Vermerk genannte Federführung im Auftrag Zachers (siehe unten). Allerdings sollten in diesem Falle weder »Potentiale« aus dem kleinen Einstein-Laboratorium noch die Pflege des Sommerhauses von Einstein in Caputh, sondern lediglich ein Teil

809 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Physik*, 1991b, 79.

810 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Physik*, 1991b, 223. Vgl. Mechthild Küpper: Kant, Einstein und die Evaluierer. Das Einstein-Laboratorium in Babelsberg und seine letzte Tagung. *Der Tagesspiegel* (31.08.1991).

811 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Physik*, 1991b, 87. Nach Hubert Gönner (Göttingen) legten er und Friedrich Hehl (Köln) ein von ihnen im Februar 1991 entwickeltes Konzept für ein »International Einstein Center« dem WR bereits im April vor, das in der schwachen Situation der universitären Forschung im Bereich der Relativitätstheorie ebenfalls Abhilfe schaffen sollte. Elemente aus diesem Konzept sollen in die WR-Empfehlung aufgenommen worden sein. Die Initiative gewann die Unterstützung des israelischen Physiker Yuval Ne'eman, damals Wissenschaftsminister, zerschlug sich aber wegen unterschiedlichen Prioritäten der Beteiligten und aus finanziellen Gründen. Hubert Goenner: Some Remarks on the Early History of the Albert Einstein Institute. Berlin 2016, 3–5.

812 Notizen über die Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 18. Dezember 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 20, fol. 7–8.

von dessen theoretischer Aufgabe und vor allem das wertvollste Element, der symbolträchtige Name Einsteins als Ressource mobilisiert werden.

In den Materialien zur CPTS-Sitzung vom 7. Februar 1992 wurde berichtet, der Präsident habe Ehlers gebeten, »mit einer kleinen Gruppe externer Sachverständiger sich dieser Aufgabe anzunehmen.«⁸¹³ Diese Gruppe leitete der Sektion im September ein positives Memorandum in englischer Sprache zu, die im Oktober eine Kommission unter dem Vorsitz des Sektionsvorsitzenden Wegner einsetzte.⁸¹⁴ Als Begleitschreiben verfasste Ehlers einen kurzen Gründungsvorschlag, in dem es hieß, nach übereinstimmender Meinung der Arbeitsgruppe sei eine MPI-Gründung »die optimale Lösung, und wohl die einzige, die die Möglichkeit böte, ein ›Center of Excellence‹ mit langfristiger Zukunftsperspektive zu schaffen«. Die Gruppe stelle deshalb diesen Antrag, dem der Präsident bereits zugestimmt habe.⁸¹⁵

In dem Memorandum fällt neben dem Defizitdiskurs auf, dass die Historie als diskursive Ressource bemüht wurde. Was den Defizitdiskurs betrifft, hielt man fest, dass es in der bisherigen Bundesrepublik nur fünf Dauerstellen im Bereich der Gravitationsphysik – darunter nur eine Professur – gegeben habe. In der ehemaligen DDR sei die Lage mit einer Professur und fünf gleichrangigen Stellen am eben geschlossenen Einstein-Laboratorium vergleichbar gewesen. Jetzt gäbe es eine AG der MPG, die für fünf Jahre eingerichtet sei, und vier Stellen am BL-Institut für Astrophysik in Potsdam: »This state of affairs is deplorable not only from the point of view of research in physics, but also from the point of view of physics teaching at universities.«⁸¹⁶ Im Kontrast dazu werde dieser Forschungsbereich außerhalb Deutschlands aktiv unterstützt: Allein im Jahre 1991 habe die NSF 59 Projekte unter dem Titel »gravitational physics« gefördert, mit 87 PIs an 37 Universitäten und Forschungsinstituten in den USA. Was das Argument der Historie betrifft, sei es laut Memorandum »not surprising«, dass deutsche Forscher nicht vertreten seien. Obwohl die Gravitationsforschung von Einstein geschaffen wurde, »work in this field was essentially abolished after 1933.« Demnach biete »The re-unification of Germany and the ensuing reorganisation of science [...] the – presumably for the foreseeable future *unique* – opportunity to correct a serious deficit in basic research in this country.«⁸¹⁷

813 Fromm, Vorlage für Herrn Wegner zur Sitzung am 07. 02. 1992 in Heidelberg, 03. 02. 1992. Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 07. 02. 1992 in Heidelberg, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1825.

814 Ehlers, Gründungsvorschlag; Antrag auf Gründung eines MPI für Gravitationsphysik. Vorgeschichte; Memorandum on the Founding of an »Albert-Einstein-Institute für Gravitationsphysik«. Alles in: Materialien der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 10. 1992 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1827, fol. 93–100. Zur Gruppe gehörten neben Ehlers selbst Thibault Damour (Institut des Hautes Etudes Scientifiques, Bures-sur-Yvette); Ernst Schmutzer (Rektor der Universität Jena und Vertreter der theoretischen Physik, der in der »Präsidentenkommission DDR« als Gast mitgewirkt hatte) und Norbert Straumann (Institut für Theoretische Physik ETH Zürich).

815 Ehlers, Gründungsvorschlag. Laut »Vorgeschichte« wurden die Empfehlungen Zacher schon im Juni »während der HV 1992 in Dresden übergeben«.

816 Memorandum on the Founding of an »Albert-Einstein-Institute für Gravitationsphysik«. Bl. 3, ebenda.

817 Ebenda, Bl. 4. Hervorhebung im Original.

Des Weiteren betonte man im Memorandum, dass es sich lediglich um ein »theoretical institute« mit circa 16 »fixed positions for scientists« und ebenso viele für »visiting scientists« handeln sollte. Die Arbeitsthemen sollten auf »[o]bservation-oriented classical general relativity; gravitation and quantum theory; physical foundations and mathematical problems of classical GR; cosmology, astro-particle physics« konzentriert sein. Um die Aufgabe dieses MPI von dem für Astrophysik in Garching deutlich zu unterscheiden, hieß es weiter: »The research should mainly concentrate on *basic physics*, not on astrophysical phenomenology.«⁸¹⁸

Für den Standort Potsdam führte die Gruppe das künftige wissenschaftliche Umfeld an. Ein MPI dort wäre in der Lage, gemeinsame Aktivitäten mit dem »newly founded Institute for Astrophysik« dort zu organisieren und damit »increase the cultural activity and potential of the state of Brandenburg«. Auch in dieser Hinsicht bemühte man (vielleicht etwas angestrengt) die Historie, denn es war »in the Berlin-Potsdam area that Einstein served as first Director of the Kaiser-Wilhelm-Institute for Physics (1917) and created the final version of General Relativity«. Gegen alle lokalpatriotische Überlegungen sollten die unbefristeten Stellen jedoch »open, without discrimination or bias, to scientists of all nationalities« sein. Das Institut sollte »as a German-based international institute« angesehen werden.⁸¹⁹

Alledem folgte lange wenig, vielleicht wegen des bereits besprochenen Stopps für Neugründungen in den NBL bis zur Klärung der Finanzierung, möglicherweise auch wegen unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der »Garchinger Familie« von MPIs.⁸²⁰ Zu dieser Klärung gehörte anscheinend die Herbeiführung einer Entscheidung zur Frage, wo das Institutsgebäude sich befinden und wer den Neubau bezahlen sollte. Im Mai 1993 hielt man in einem Vermerk fest, dass »alle Beteiligten [...] eine Ansiedlung dieses Instituts auf dem Telegraphenberg für wünschenswert« hielten. Das Land erklärte sich sogar bereit, »ein Grundstück bzw. gegebenenfalls ein Gebäude zur Verfügung zu stellen«, angedacht war ein »Wissenschaftspark Albert Einstein«. ⁸²¹ Allerdings hieß es auch, dass »einzelne Mitglieder der zuständigen Gründungskommission den Standort Babelsberg (und damit die Nähe zum neuen Blaue-Liste-Institut im Bereich der Astrophysik) bevorzugen würden.«⁸²² Der Plan zerschlug sich wegen der Expansion des Instituts für Geophysik (des heutigen Instituts für Klimafolgenforschung) auf dem Telegraphenberg. 1994 entstand die Idee eines »Max-Planck-Campus« in Golm nahe Potsdam, an dem das Institut für Gravitationsphysik gemeinsam mit dem MPI Kolloid- und Grenzflächenfor-

818 Ebenda, Bl. 4–5. Hervorhebung im Original.

819 Ebenda, Bl. 5.

820 Goenner spekuliert in diese Richtung, allerdings ohne Belege: »The internal discussions within the Max-Planck-Society were lengthy and less than unanimous.« Goenner, *Some Remarks*, 2016, 7.

821 Wilhelm Krull, Vermerk: Gespräch zwischen Generalsekretär Dr. Hasenclever und Minister Enderlein am 10. Mai 1993, Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

822 Wilhelm Krull, Vermerk zum MPI Gravitationsphysik in Potsdam 07.03.1994. Ebenda, Bl. 2.

schung und dem MPI für molekulare Pflanzenphysiologie untergebracht werden sollte.⁸²³ Doch zunächst musste sowohl im Landeshaushalt als auch in der Haushaltsplanung der MPG die mit dem Land Brandenburg getroffene Abmachung übereinstimmend fixiert werden, dass das Land im Falle der Institutsgründung die Finanzierung des Institutsgebäudes übernimmt.⁸²⁴ Interessant an alledem ist, dass man jetzt offenbar versuchte, solche Ressourcenmobilisierungen schon vor dem Gründungsbeschluss im Senat und nicht wie in früheren Phasen erst im Nachhinein festzulegen.

Doch der wichtigste Grund für die Verzögerung hatte mit der Erfüllung des Harnack-Prinzips zu tun. Laut des späteren Berichts der von der Sektion eingesetzten Kommission wurde zu diesem Zweck ein internationales Symposium über »Developments and Trends in Gravitational Physics« von 21. bis 22. September 1993 in Garching abgehalten. Anschließend wurde das Programm festgelegt und ein Begutachtungsverfahren eingeleitet. Anfang Februar 1994 lag das positive Ergebnis der 15 Stellungnahmen vor (alle bis auf zwei aus dem Ausland), in dem von »ausgezeichnet gewählten« Forschungsschwerpunkten die Rede war, zudem stünden herausragende Forscherpersönlichkeiten zur Verfügung.⁸²⁵ In einem kurzen Bericht in der Senatsitzung vom März 1994 wurde jedoch festgehalten, die Gründung eines MPI für Gravitationsphysik mache zwar Fortschritte, aber es sei »zur Zeit schwierig [...], für die Leitung eines solchen Instituts geeignete Persönlichkeiten zu finden.«⁸²⁶ Hinzu kam, dass Ehlers selbst bereits drei Jahre vor der Emeritierung stand und wohl nicht nach Potsdam ziehen würde. Dazu merkte man hoffnungsfroh in den Materialien zur VR-Sitzung zur selben Zeit an, »sein internationaler Ruf dürfte aber während der Aufbauphase bei der Gewinnung von Gastforschern vom Nutzen sein.«⁸²⁷

Zu den Gründungs- und Berufungsbeschlüssen kam es dann endlich im Juni 1994.⁸²⁸ Neben der Reputation von Jürgen Ehlers mobilisierte man im Berichts- und Empfehlungstext hochtra-

823 Wilhelm Krull, Vermerk für den Generalsekretär, hier: Hier. Geplanter Institutsneubau für das MPI für Gravitationsphysik in Golm bei Potsdam, 07.03.1994. Ebenda, fot. 384–386.

824 Niederschrift der 160. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1993 in München, 18. November 1993. Bl. 10, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP. In den mittelfristigen Haushaltsplan 1994–1998 sollte an der betreffenden Stelle für das MPI für Gravitationsphysik eine Fußnote mit folgendem Text eingefügt werden: »Die MPG erwartet, dass die Baumaßnahme vom Sitzland Brandenburg finanziert wird.« Niederschrift der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10.03.1994 in Stuttgart, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP; Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 22, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP. Hervorhebung im Original.

825 Entwurf, Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 08.06.1994 in Göttingen, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1832.

826 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

827 Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10.03.1994 in Stuttgart, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP.

828 Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 9–13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP. Im Protokoll hieß es, dass das Institut in Jena sei; vermutlich lag eine Verwechslung mit der in Jena angesiedelten AG Gravitationsphysik vor. Im *MPG-Jahresbericht* 1994, 33–34, steht als Ortsangabe »im Raum Potsdam«, weil der genaue Standort noch immer nicht feststand.

bende diskursive Ressourcen. Es sollte nunmehr um nichts Geringeres gehen als die Mitarbeit an einem einheitlichen physikalischen Weltbild.⁸²⁹

Man ging dabei vom Basiswissen über das Fehlen einer einheitlichen physikalischen Theorie aus. Das so genannte Standardmodell vereinige den Elektromagnetismus mit den starken und schwachen Wechselwirkungen, berücksichtige die Gravitation aber nicht. Einsteins allgemeine Relativitätstheorie verknüpfe ihrerseits die Gravitation mit den beiden Wechselwirkungen. Diese Theorie sei »mit zum Teil hoher Genauigkeit bestätigt« worden, wofür Hulse und Taylor eben mit dem Physiknobelpreis 1993 ausgezeichnet worden waren. »Als wichtiger nächster Schritt in der experimentellen Erforschung der Gravitation bahnt sich der direkte Nachweis von Gravitationswellen und damit der Beginn einer Gravitationswellen-Astrophysik an.« Es habe sich allerdings »als sehr schwierig erwiesen, die Allgemeine Relativitätstheorie mit der Quantentheorie zu verbinden.«⁸³⁰ Weil die Gravitation »im atomaren und subatomaren Bereich unnachweisbar schwach« erscheint, hätte sich die Forschung im Rahmen des Standardmodells und der Quantenwelt unabhängig voneinander entwickelt. Die anstehende Aufgabe in dieser Hinsicht sei es, durch die Entwicklung einer Quantengravitationstheorie die beiden Teile der physikalischen Welt zusammenzubringen.⁸³¹ Aufgabe des vorgeschlagenen MPI sollte es sein, alle diese Aufgaben in Verbindung miteinander anzugehen.

Wieder durfte der Defizitdiskurs nicht fehlen, allerdings zog man diesen jetzt anders auf als im früheren Memorandum, und zwar ohne Vergleich der beiden deutschen Staaten: Derzeit gäbe es laut Kommissionsbericht »keine zentrale Einrichtung in der Bundesrepublik, die sich gezielt diesen Forschungsthemen widmet.«⁸³² Wegen der fehlenden »kritischen Masse« sei ein solches Vorhaben weder an einer Universität noch durch einen Forschungsverbund oder einen SFB realisierbar. Deshalb empfahl die Kommission »nachdrücklich« die Gründung eines MPI und schloss sich der Anregung des WR an, das Institut in den NBL anzusiedeln; ein Standort in Universitätsnähe würde zur Stärkung der Grundlagenforschung in den NBL beizutragen.⁸³³

Schwerpunkt der Institutsarbeit sollte »die weitere Ausgestaltung der Allgemeinen Relativitätstheorie in theoretisch-physikalischer Hinsicht einschließlich der mathematischen Methoden;

829 Zum Folgenden vgl. Entwurf, Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1832, fot. 18–27, sowie die endgültige Fassung: Anlage 1: Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162, fot. 40–49.

830 Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP; Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, Bl. 2, AMPG, Rep. 61, Nr. 162.VP.

831 Anlage 1: Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162, fot. 40.

832 Ebenda, fot. 41.

833 Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 2–3, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP.

die Vereinigung der Relativitätstheorie mit der Quantentheorie und die damit einhergehende Verknüpfung mit der Elementarteilchenphysik; die beobachtungsorientierte Gravitationstheorie, insbesondere die Physik der Gravitationswellen, in Verbindung mit numerischer Relativitätstheorie« sein. Dementsprechend sollte das MPI über drei Abteilungen verfügen: 1. »Physikalische Grundlagen und mathematische Methoden der Allgemeinen Relativitätstheorie« (Ehlers); 2. Quantentheorie und Gravitation (Aufgabe des noch zu berufenden 3. Direktors); 3. Beobachtungsorientierte Gravitationstheorie (Schutz).⁸³⁴

Auf die Forschungsrichtung des neu rekrutierten Direktors Frederick Schutz dürfte die Aufgabe der dritten Abteilung, »die Beteiligung an der Planung bzw. Auswertung neuer Experimente zur Gravitation, sei es im Labor oder im Weltraum«, zurückzuführen sein.⁸³⁵ Dabei sollte es um die Theorie der Gravitationswellen anhand von Beobachtungen in Grenzbereichen gehen, in denen man deren Auswirkung am ehesten beobachten und modellieren zu können meinte, beispielsweise Supernovae, Doppelsternsysteme, insbesondere solche mit kompakten Komponenten wie Neutronensternen, Schwarzen Löchern oder Weißen Zwergen in den Endstadien ihrer Entwicklung.⁸³⁶ Auffallend ist, dass ein direkter Nachweis der Existenz von Gravitationswellen, der die Beteiligung an einem Großprojekt mit internationaler Beteiligung und einem entsprechend dimensionierten Detektor erfordert hätte, nicht zum Ziel erklärt wurde. Stattdessen sollte wie im Falle des MPI für komplexe physikalische Systeme die theoretische Arbeit in den Vordergrund gestellt werden und eine spätere Ergänzung durch eine experimentelle Abteilung »nicht ausgeschlossen sein«.⁸³⁷

Die große Historie scheint hingegen ihren Ressourcenwert mittlerweile eingebüßt zu haben. In der Vorlage für die entscheidende Senatsitzung schrieb man den »Gesichtspunkten der Tradition – Albert Einstein begründete die Allgemeine Relativitätstheorie in Berlin – nur eine nachgeordnete Bedeutung« zu.⁸³⁸ Viel wichtiger sollte das wissenschaftliche Umfeld – die Nähe der drei großen Berliner Universitäten und der neuen Universität Potsdam sowie des ebendort angesiedelten Instituts für Astrophysik (»Blaue Liste«) sein. Last not least wies man jetzt auch auf einen außergewöhnlichen Ressourcengewinn hin: Die Zustimmung der BLK vorbehaltlich des Senatsbeschlusses lag schon seit Oktober 1993 vor.

834 Vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994*, 1994, 34.

835 Entwurf, Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o.D., Bl. 6. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1832, fot. 23.

836 Vgl. ausführlicher zum Forschungsprogramm dieser Abteilung ebenda, fot. 25.

837 Ebenda, fot. 21. Später (2002) wurde tatsächlich eine solche Abteilung eingerichtet, allerdings in Hannover. Zu den längerfristigen Hintergründen dieser Entscheidung siehe Luisa Bonolis und Juan-Andres Leon: *Gravitational-Wave Research as an Emerging Field in the Max Planck Society. The Long Roots of GEO600 and of the Albert Einstein Institute*. Unveröffentlichtes Manuskript, 2020.

838 Materialien für die Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft am 9. Juni 1994 in Göttingen. Betr.: Punkt 3.3 der Tagesordnung, Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. In: Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162, fot. 36–39, hier: fot. 39.

Zur Erfüllung des Harnack-Prinzips empfahl die Kommission neben Ehlers selbst Bernard Frederick Schutz »einstimmig« als Gründungsdirektor.⁸³⁹ Für die Berufung Ehlers' war wie im Falle der Berufung Peter Fuldés am MPI für Physik komplexer Systeme nur eine Lesung nötig, da auch er bereits Mitglied der MPG war. Schutz war ein amerikanischer Physiker, der als Post-doc bei Stephen Hawking und dann an der Yale University gearbeitet hatte und seit 1974 am University College of Wales in Cardiff lehrte.⁸⁴⁰ Ein kurzer MPG-Konnex war durch einen Gastaufenthalt am MPI für Astrophysik 1981 zustande gekommen. Seine Forschungsschwerpunkte – Instabilitäten und Schwingungen von Sternen und Schwarzen Löchern, insbesondere die Dynamik astrophysikalischer Wellen, die Gravitationswellen erzeugen, besonderes während der Endstadien von Doppelsternsystemen aus Neutronensternen – waren in der Tat einschlägig. Die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse erfolgten einstimmig. In der folgenden Senatsitzung berichtete Zacher, dass das Institutsgebäude tatsächlich in Golm stehen sollte.⁸⁴¹ Bezogen wurde der »Max-Planck-Campus« allerdings, wie oben berichtet, erst 1999.⁸⁴²

III. 4. 3. 2. 4. Nicht realisierte Neuvorhaben

Wie eingangs dargelegt, geht es in dieser Studie um die Neuverhandlung der Möglichkeiten wissenschaftlicher Forschung in politischen Umbruchzeiten. Eine Möglichkeit, diese Perspektive zu schärfen, besteht darin, nicht allein die erfolgreichen MPI-Neugründungen, wie sie in den bisherigen Unterabschnitten besprochen wurden, sondern auch jene Neuvorhaben, die nicht realisiert wurden, wenigstens kurz in den Blick zu nehmen. Es gibt derer zwei: theoretische Biologie und die Erforschung der europäischen Aufklärung. Beide Projekte wurden auch in öffentlichen Darstellungen und Berichten der MPG jahrelang als geplante MPI-Gründungen geführt und dann fallen gelassen. Diese Beispiele zeigen, dass es, wie bereits festgehalten (Abschnitt III.3.2.), im komplexen Gründungsverfahren der MPG mehrere Stellen gab, an denen ein Neuvorhaben scheitern konnte. In den beiden vorliegenden Fällen fehlte es an einem oder mehreren der immer wieder betonten MPG-internen Kriterien für eine MPI-Gründung. Damit wurden MPG-innenpolitische Grenzen der ansonsten erfolgreichen Expansionsstrategie der MPG in den NBL sichtbar. Im Folgenden wird zunächst das Vorhaben theoretische Biologie und danach das der Aufklärungsforschung kurz besprochen.

839 Entwurf, Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D., Bl. 5. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1832, fot. 22; Anlage 1: Empfehlung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik. Bericht der Kommission, o. D. Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162.VP, fot. 44.

840 Laudatio Bernhard Schutz. Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 288–289.

841 Niederschrift der 138. Sitzung des Senats vom 18.11.1994 in Frankfurt am Main, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP. Die 2. Lesung der Berufung von Bernhard Schutz fand in derselben Sitzung statt; vgl. TOP 6.2.3., Bl. 18, ebenda.

842 Vgl. Max Planck Institute for Gravitational Physics (Albert Einstein Institute): History. <https://www.aei.mpg.de/90053/1-History>. Zuletzt aufgerufen am 24.05.2020.

Der Vorschlag der Gründung eines MPI für theoretische Biologie stand auf der Empfehlungsliste der BMS bereits Ende 1990, allerdings mit zweiter Priorität.⁸⁴³ Initiator des Vorschlags war Manfred Eigen, Direktor am MPI für physikalische Chemie und Spektroskopie und Chemie-nobelpreisträger. Im Gespräch mit den Vizepräsidenten skizzierte Zacher im Juli 1991 die Pläne Eigens, seine Arbeiten zur molekularen Evolution im Rahmen eines neuen MPI in den NBL fortzusetzen. Ein Problem damit sei die Zuordnung zu einer Sektion, da Eigen das Vorhaben nicht in der fachlich zuständigen BMS, sondern in der eigenen CPTS ansiedeln wollte. Thomas Trautner stufte das Thema als »Max-Planck-gemäß«, aber konzeptionell noch nicht ausgereift ein und hatte Vorbehalte gegen potentielle Anwendungen im biotechnologischen Bereich. Konsens fand der Vorschlag, das Projekt an der BMS mit »Diskussionsverbindungen zur CPT-Sektion« anzusiedeln.⁸⁴⁴

Eine gemeinsame Kommission der beiden Sektionen wurde tatsächlich unter der Leitung des Stellvertretenden BMS-Vorsitzenden Klaus Hahlbrock eingerichtet. Dieser berichtete im März 1993, dass die Kommission nach mehreren Sitzungen im Dezember 1992 ein Symposium zum Thema ausgerichtet habe, um einen Überblick über »das Reservoir an berufbaren Wissenschaftlern« zu gewinnen. Das Symposium sei erfolgreich gewesen, insofern schien sich eine Mobilisierung institutioneller Praktiken und Personenkonstellationen anzubahnen wie im Falle des ebenfalls intersektionell angesiedelten MPI für neuropsychologische Forschung (Abschnitt III.4.3.2.2.). Auch konzeptionell wurde das Vorhaben weiterentwickelt: Die Schwerpunkte sollten nun Neurobiologie, Evolutions- und Entwicklungsbiologie und molekulare Dynamik sein. Es sei »ein konkretes Konzept jedoch bisher noch nicht vorbereitet worden.« Dabei ließ man im Unklaren, wer für die Erstellung eines solchen Konzepts außer Eigen selbst einstehen sollte. Ein weiteres Thema war die mögliche Vernetzung dieses Vorhabens mit der Arbeit des MPI für Physik komplexer Systeme, das kurz vor der Gründung stand, dessen Konzept aber, wie bereits gezeigt, von Anfang an von biologischen Fragestellungen getrennt gehalten wurde (siehe Abschnitt III.3.2.2.3.). Der anwesende Peter Fulde meinte, er sei »für jede Zusammenarbeit offen« trotz der »recht deutlichen« Unterschiede in der wissenschaftlichen Fragestellung zwischen seinem MPI und diesem Projekt.⁸⁴⁵

In der Juni-Sitzung der CPTS wurde berichtet, dass noch immer kein konkretes Forschungskonzept vorliege. Stattdessen informierte der anwesende Manfred Eigen die KollegInnen mündlich über das Grundkonzept:⁸⁴⁶ Derzeit mache die Molekularbiologie einen »Paradigmenwechsel«

843 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Anlage 2, Bl. 12, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

844 Bernd Ebersold, Besprechung über den Institutsgründungsvorschlag »Theoretische Biologie« von Prof. Eigen, Göttingen vom 26. Juli 1991, 29.07.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 330, fol. 25–26.

845 Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats am 02.03.1993, Bl. 27–28, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1828.

846 Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des wissenschaftlichen Rats am 16.06.1993 in Heidelberg, Bl. 17–18. AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1829.

durch und benötige »die Einbeziehung der Theorie« um weiterzukommen. Fundamentale Fragen wie die Entstehung genetischer Information oder Unterschiede zwischen belebten und unbelebten Systemen stünden zur Debatte. Die vorzusehenden Arbeitsbereiche seien nunmehr die folgenden:

molekulare Informationsverarbeitung – Ursprung und Evolution des Lebens auf molekularer Ebene; Entwicklungsbiologie, Differenzierung, Morphogenese; Neuronale Netzwerke, Parallel-Verarbeitung von Information; Mathematische Methoden des Informationsvergleichs, topologische Methoden.

Als geeigneter Standort käme »in Anbetracht der politischen Vorgaben für Institutsgründungen« Jena in Betracht. Auf die Frage, ob jetzt der richtige Zeitpunkt für diesen Vorstoß sei, zumal es noch keinen Lehrstuhl auf diesem Gebiet in Deutschland gäbe, antwortete Eigen, es sollte »Anliegen der MPG sein, hier die Pionierleistung zu erbringen«, zumal geeignete Personen für die Leitung vorhanden seien. Auf die Frage nach der Einbeziehung experimenteller Komponenten sagte er ferner, es sei »gar keine Frage, dass die Nähe zum Experiment angestrebt werden müsse« – wie genau, sollte vom Umfeld abhängig sein. Der Sektionsvorsitzende Gerhard Wegner machte jedoch nach alledem klar, dass die Sektion sich erst dann mit diesem Thema wieder befassen werde, wenn ein Konzept vorliege.

Das Projekt wurde in den Materialien zur Senatssitzung im November 1993 zum Stand des Aufbaus in den NBL unter der Rubrik »Weitere Planungen« als etwas präsentiert, mit dem »Ende 1994, spätestens im Laufe des Jahres 1995 begonnen werden könnte.«⁸⁴⁷ Als mögliche Standorte wurden wegen der regionalen Verteilung Rostock und Jena genannt, von wo aus tatsächlich Interesse bekundet worden war (siehe Abschnitt III.4.2.). Das Vorhaben wurde im Jahresbericht 1993 unter »Beratung weiterer Gründungsvorhaben« erwähnt,⁸⁴⁸ im Jahresbericht 1994 aber nicht mehr. Stattdessen wurde die oben genannte große Liste von Vorschlägen aus allen Sektionen angeführt; darauf stand die theoretische Biologie nicht. Ob es zu einem Negativbeschluss der Sektion kam oder man das Projekt mangels ausgearbeiteten Konzepts leise fallen ließ, ist noch unklar. Was in diesem Falle anscheinend fehlte, war die fokussierte institutionelle Arbeit, die es gekostet hätte, den theoretisch brillanten Vorstoß Manfred Eigens mit einem ausgearbeiteten Konzept sowie einem durchargumentierten Personalvorschlag zu untermauern.

Parallel zu alledem verliefen die Beratungen innerhalb der GWS, die zur Gründung des MPI für Wissenschaftsgeschichte führten, aber auch die Aufklärungsforschung zum Gegenstand hatten. Wie bereits berichtet (Abschnitt III.4.3.2.1.), wurde im Januar 1992 eine Kommission der GWS eingesetzt, um auszuloten, welche der eben gegründeten GWZs als chancenreich für eine MPI-Gründung in Frage kämen. Neben der Wissenschaftsgeschichte wurde der FSP Aufklä-

847 Niederschrift der 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, Bl. 21–22, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP.

848 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993, 1994*, 30.

rungsforschung als Kandidat für ein Gründungsverfahren empfohlen. Die im Februar eingerichtete Kommission sandte im Juni positive Signale sowohl an die Sektion als auch an den Senat.⁸⁴⁹ Eine leitende Rolle spielte hier wieder einmal Ernst-Joachim Mestmäcker, der zur gleichen Zeit die Gründung des MPI für die Erforschung der Wirtschaftssysteme erfolgreich vorantrieb. Ein erstes Konzept legte aber Michael Stolleis, Direktor am MPI für Rechtsgeschichte, in der GWS-Sitzung im Mai vor. Mit auswärtigen ExpertInnen übereinstimmend schlug er vor, abweichend von der Empfehlung des WR »Pietismus« durch »Aufklärungstheologie« zu ersetzen und damit die enge Anbindung an die bestehende, positiv evaluierte Pietismusforschung in Halle etwas zu lockern.⁸⁵⁰ »Allgemeine Übereinstimmung« bestand des Weiteren darin, dass die voridealistische Philosophie vernachlässigt werde; gerade in diesem Feld dürften die MitarbeiterInnen des GWZ (FSP) »Erforschung der europäischen Aufklärung« eine »angemessene Beschäftigung finden.«⁸⁵¹ Auf dieser Basis schien die Kommission weiterarbeiten zu wollen.

Bis März 1993 hatte sich die Situation offenbar geändert. In der Sitzung des VR berichtete Weinert, dass die Beratungen der Kommission »stagnierten und es fraglich sei, ob eine Empfehlung zustande kommen werde.«⁸⁵² Hinter dieser Feststellung standen komplizierte Überlegungen zum inter- bzw. multidisziplinären Konzept sowie zur geeigneten Leitungspersönlichkeit. Darüber berichtete Mestmäcker ausführlich in der Oktobersitzung der GWS.⁸⁵³ Nach insgesamt sieben Sitzungen sei die Kommission »zu der Überzeugung gelangt, dass an einem solchen Institut Forscher aus den Disziplinen Religionswissenschaften, Philosophie und Wissenschaftssoziologie vertreten sein müssten, wobei der Schwerpunkt im Bereich Philosophie liegen sollte.« Gerade in diesem Bereich habe es sich jedoch als schwierig erwiesen, eine für die Leitung geeignete Persönlichkeit zu finden. Als Alternative erwog die Kommission »die Besetzung der zentralen Direktorenstelle mit einem Kulturhistoriker«; aber der französische Wissenschaftler, den man für »besonders geeignet« hielt, hatte diese ihm angebotene Aufgabe nicht angenommen. Weil diese Absage das angedachte Institutskonzept in Frage gestellt habe, beschloss die Kommission, »sich gegen die Gründung eines Instituts für Aufklärungsforschung auszusprechen«. Zwar gäbe es geeignete Personen für die Gründung eines Instituts mit literaturwissenschaftlichem Schwerpunkt, aber dies würde eine grundsätzliche Änderung des ursprünglichen Konzepts bedeuten. Nach der Auffassung der Kommission sei ein solcher Ansatz »im Rahmen eines Zentrums wesentlich besser zu verfolgen«. Zur Gründung eines Forschungszentrums europäische Aufklärung in Potsdam kam es 1996 tatsächlich, das allerdings 2007 wieder geschlossen wurde.

849 Drehbuch der 131. Sitzung des Senats vom 04. 06. 1992 in Dresden, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fot. 29.

850 Zur WR-Empfehlung vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 87–90.

851 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats am 13.05. 1992 in Heidelberg, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493.

852 Stand des Aufbaus von Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, September 1993. Materialien der 135. Sitzung des Senats am 19. November 1993 in München, Bl. 7–8, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

853 Vgl. zum Folgenden Protokoll der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats am 18. Oktober 1993 in Heidelberg, Bl. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498.

Damit war das Projekt eines MPI für Aufklärungsforschung am Ende. Das Ergebnis wurde im Senat aber erst im November 1993 verkündet, und zwar mit der Begründung, dass »keine geeigneten Persönlichkeiten für die Leitung des Instituts gewinnbar seien.«⁸⁵⁴ Tatsächlich war das Projekt nicht allein am Harnack-Prinzip, sondern an der fehlenden Verknüpfung eines ambitionierten multidisziplinären Konzepts und einer dafür geeigneten Leitung gescheitert. Die Idee eines Instituts mit mehreren Abteilungen und DirektorInnen scheint in diesem Fall – im Unterschied zum MPI für Wissenschaftsgeschichte – nicht erwogen worden zu sein.

In diesen beiden Fällen sind Grenzen der ansonsten erfolgreichen Expansionsstrategie der MPG in den NBL zu erkennen, die im Bereich der MPG-Innenpolitik lagen. Wie oben (Abschnitt III.3.2.) festgestellt, ging und geht es heute noch bei MPI-Neugründungen um die Realisierung des Autonomieanspruchs der Institution. Der offen gegenüber allen politischen Instanzen vorgetragene Wunsch der MPG-Leitung, dass die MPG selbst bestimme, wie die Chancen einer Expansion in die NBL zu nutzen seien und wie sie mit den Empfehlungen des WR umgehen wollte, trug das Risiko des Scheiterns bereits in sich. In Fällen wie diesen kam es gar nicht erst zu den politisch bedingten Schwierigkeiten im Umgang mit den Ressourcen Geld oder Infrastruktur, die im Rahmen der beschlossenen MPI-Gründungen eine wichtige Rolle spielten.

III. 4. 4. Fazit

Als Ergebnis der in diesem Kapitel besprochenen Institutsneugründungen ist für die vorliegende Analyse dreierlei festzuhalten:

(1) Das Timing der letzten Neugründungsbeschlüsse hing zu einem gewichtigen Teil, aber nicht in allen Fällen zur Gänze mit der Finanzkrise der MPG, dafür sehr wohl mit den damit verbundenen Verhandlungen um Standorte in den NBL zusammen.

(2) Was die Mobilisierung personeller Ressourcen angeht, sollten zwei der Neugründungen von Direktoren (mit)geleitet werden, die schon MPG-Mitglieder waren. In diesen Fällen erleichterte deren Engagement die Gründungen sicherlich auch vom Prozedere her. Ganz allgemein hatten auffallend viele der vorgeschlagenen GründungsdirektorInnen bereits an Einrichtungen der MPG gearbeitet; solche Verbindungen dürften als Zeichen der Zugehörigkeit zu deren Gunsten mobilisierbar gewesen sein. Unter den »originären« MPI-Neugründungen wurden nach bisherigen Kenntnissen ostdeutsche WissenschaftlerInnen in bemerkenswerter Zahl nur am MPI für Wissenschaftsgeschichte aufgenommen.

(3) Die diskursiven Ressourcen, die zur Durchsetzung dieser Neugründungen verwendet wurden, wurden weitestgehend, aber keinesfalls ausschließlich aus bereits bestehenden disziplinären Beständen entnommen. Strategische Wendungen aus der Wissenschaftspolitik, aber auch

854 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 16, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

Anleihen aus der allgemeinen Politik und der Wissenschaftsgeschichte kamen zuweilen auch vor. Auffallend ist, dass bei allen der in dieser Studie behandelten MPI-Gründungen aus eigener Initiative ein Defizitdiskurs bemüht wurde. In fast allen Fällen ging es um eine nachzuholende Innovation, das heißt um ein ›Hinaufziehen‹ der in Deutschland bislang zurückgebliebenen oder mangelhaft institutionalisierten Forschung im jeweiligen Gebiet zur internationalen Spitzenforschung. Im Falle des MPI für Wissenschaftsgeschichte ging es jedoch um die Durchsetzung eines Forschungsprogramms und einer Institutsstruktur, die auf diesem Forschungsgebiet nicht nur in Deutschland Neuigkeitswert beanspruchen konnten.

Als Fazit der Phase vier können für die vorliegende Analyse zwei Aussagen festgehalten werden:

- (1) Die intensivierten Bemühungen um Knüpfung von Allianzen mit den Regierungen der NBL zeitigten einen gewissen Erfolg, denn sie trugen wesentlich zur Überwindung der Finanzkrise bei.
- (2) Die Gründungs- und Berufungsbeschlüsse im Senat stellten keine Abschlüsse, sondern vielmehr Anfänge des eigentlichen Gründungsgeschehens dar. Das Hin und Her um die Festlegung der Standorte der MPIs in den NBL und die überaus schwierigen Verhandlungen um die faktische Etablierung der Neugründungen (Interimsquartiere, Baugrund und Neubauten, Anstellung des Personals, Verhältnis zu den Universitäten) ging weiter. Bei alledem waren Verhandlungen mit der Politik vor Ort oder in den Landeshauptstädten notwendig, um Grundsätzliches ging es jedoch selten oder gar nicht mehr. Die wenigen Absagen von Berufungen, zu denen es kam und die nicht auf Krankheit oder Tod zurückzuführen waren, waren allerdings schon Indizien dafür, dass nicht alle Beteiligten in der Ausweitung der Tätigkeit der MPG in die NBL eine einmalige Chance für sich sehen wollten.

In der nächsten und letzten Phase dieser Geschichte ging es aber keinesfalls allein um derartige ›Mühen der Ebene‹. Vielmehr nahm, wie zu zeigen sein wird, der Streit darüber, was hier überhaupt als ›Wissenschaft‹ und was als ›Politik‹ zu gelten habe, neue Formen an.

III. 5. Phase 5: 1993–1995 – Mühen der Ebene? Nicht ganz!

III. 5. 1. »Konsolidierung« West, Gründungswelle Ost – die Verzweigung der Wege wird unter dem Druck der ›hohen Politik‹ formalisiert

Spätestens in dieser Phase wird die Verzweigung der Wege, die sich schon 1991 anzudeuten und 1992 anzubahnen begonnen hatte – eine Institutsgründungswelle in den NBL und ein »Konsolidierungsprogramm« in den ABL –, zum Teil des Planungsprozesses und damit der Innenpolitik der MPG. Das bedeutete aber keinesfalls eine Abkoppelung der MPG von der ›hohen Politik‹, denn die Gründungswelle wurde vom Bund über den Solidarpakt und das damit verbundene politische Großprojekt »Aufschwung Ost« ermöglicht, während eine Konsolidierung in den ABL im Kontext des »Konsolidierungsprogramms« der Bundesregierung unausweichlich geworden war. Man könnte dies eine Art doppelte Normalisierung nennen, wenn sie nicht unter direktem politischen Druck forciert worden wäre.

Wissenschafts- und forschungspolitisch standen in Deutschland die zweite Jahreshälfte 1993 und das Jahr 1994 im Zeichen des im Mai 1993 angetretenen neuen Bundesministers für Forschung und Technologie Paul Krüger, der aus Mecklenburg-Vorpommern kam und somit der erste Ostdeutsche in diesem Amt war. Als Weggefährte seines Landsmanns Günther Krause in der Ost-CDU in den Bundestag gekommen, wurde er nun ironischerweise gerade wegen des erzwungenen Abgangs desselben ins Kabinett geholt. Eine zentrale Stoßrichtung seiner Politik, die Forderung nach einer verstärkten Wirtschaftsnähe der Forschung im Kontext der Debatte um den »Standort Deutschland« zu jener Zeit, wird im nächsten Abschnitt (III.5.2.) genauer beleuchtet. Seine Rolle in dieser Phase der MPG-Geschichte war jedoch nicht auf dieses eine Thema beschränkt, denn Krüger agierte auch als Anwalt der NBL und insbesondere seines Heimatlandes. In seiner Rede bei der Festversammlung im Juni 1993, also erst einen Monat nach seinem Amtsantritt, forderte Krüger die MPG unmissverständlich dazu auf, »den zügigen Aufbau weiterer Institute« in den NBL voranzutreiben; er tat dies ausgerechnet in Trier, im tiefsten Westen der Republik.⁸⁵⁵

Bei dieser öffentlichen Forderung blieb es nicht. Im Oktober berichteten Hasenclever, GWS-Vorsitzender Scharpf und MPG-Vizepräsident Weinert den Sektionen übereinstimmend davon, dass – in den Worten Weinerts – »aus dem Kreis des Präsidiums«, »die Max-Planck-Gesellschaft [...] starkem Druck von Seiten des BMFT und der Öffentlichkeit ausgesetzt [sei], Institutsgründungen in den neuen Bundesländern zügig voranzutreiben. Für die Notwendigkeit einer gründlichen Planung werde kaum Verständnis aufgebracht.«⁸⁵⁶ Vor der BMS gab Hasenclever

855 Paul Krüger: Leistungsfähigkeit und Vielfalt der Forschungslandschaft Deutschland. Ansprache des Bundesministers für Forschung und Technologie. *MPG-Spiegel* 4/1993, 74–79, 78. Näheres zum Inhalt dieser Rede und ihrer Rezeption wird im folgenden Abschnitt ausgeführt.

856 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, Bl. 4–5, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498. Ähnlich Scharpf, Ebenda, Bl. 4.

seine Eindrücke von einer allgemeinen Klimaveränderung in Bonn wieder, die für die MPG nach dem Wechsel in der Leitung des BMFT spürbar geworden sei. Der MPG werde ein ungenügendes Engagement bei der Schaffung einer einheitlichen Forschungslandschaft mit den neuen Ländern vorgehalten, wobei als Maßstab hierfür in erster Linie die Zahl der Institutsneugründungen, nicht jedoch die anderen Aktivitäten wie die Einrichtung von Arbeitsgruppen an Universitäten oder Schaffung geisteswissenschaftlicher Zentren gelte.⁸⁵⁷

In seiner Rede vor dem wissenschaftlichen Rat im Februar 1994 mit dem bezeichnenden Titel »Bewährungsprobe für unser Forschungssystem« erklärte Zacher das strukturelle Missverständnis, das der Haltung Krügers und anderer seiner Auffassung nach zugrunde lag.⁸⁵⁸ Demnach wollten der Bund und vor allem die NBL vorab schon ein klares »Standortkonzept« sehen, damit MPIs als »Kristallisationskerne« von »Standorten« fungieren könnten. Diese Forderung schränke aber den Handlungsspielraum der MPG über Gebühr ein; sie bestehe darauf, die Standorte »ihrer« Institute mit ihren jeweiligen Verhandlungspartnern (darunter: den vorgesehenen DirektorInnen) selbst festzulegen. Die faire regionale Verteilung in den NBL sollte sich deshalb erst am Ende der Neugründungsreihe feststellen lassen. Ganz unverantwortlich für dieses vermeintliche – womöglich eher politisch gewollte – Missverständnis war die MPG nicht, schließlich hatte man doch schon 1990 von den AGs als »Kristallisationskernen« für die Wiederbelebung der Grundlagenforschung an den Universitäten gesprochen (siehe oben Abschnitt III.2.1.). So zeigte es sich, wie diskursive Ressourcen in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen verschiedene Bedeutungen erlangen könnten.

Die Aussichten in den ABL waren nach Hasenclever aus anderen Gründen knapp an der Krise vorbeigeschrammt. So habe es wegen der weiterhin krisenhaften Haushaltslage des Bundes in Frage gestanden, ob der 5x5-Beschluss von 1989 weiterhin gelten solle. Im Sommer sei »nach einer dramatischen Phase von Gesprächen und Verhandlungen mit den Zuwendungsgebern die drohende Rücknahme des 5x5-Beschlusses von der MPG abgewendet« und ein Zuwachs entlang des Beschlusses für 1994 und 1995 gewährt worden, allerdings unter der Voraussetzung, dass das MPI für Kohlenforschung aus dem allgemeinen Haushalt der MPG und ohne die bislang gewährte Zusatzförderung finanziert wird.⁸⁵⁹ Vor der GWS ergänzte er, dass auf die ABL-Institute eine 1,25-prozentige Stellenreduktion für beide Budgetjahre zukomme, »nachdem die globale 1 %ige Kürzung auf die neuen Bundesländer nicht angewandt« wurde.⁸⁶⁰

857 Niederschrift der Sitzung der Biologisch-Medizinischen Sektion vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, Bl. 8–9, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1666.

858 Hans F. Zacher: Bewährungsprobe für unser Forschungssystem. *MPG-Spiegel* 2/1994a, 52–61, 52, 61.

859 Ebendort. Vgl. Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 26, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP. Vielleicht war Hasenclever zu diesem Schritt deshalb bereit, weil der MPG-Haushalt für 1993 nur aufgrund von unerwarteten Lizeinahmen aus eben diesem Institut ausgeglichen bilanzieren konnte. Ebenda, Bl. 25, ebenda

860 Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18. 10. 1993 in Heidelberg, Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498.

Im Folgenden werden die weitreichenden Folgen dieses veränderten Klimas für die MPG zunächst für die ABL und danach für die NBL getrennt behandelt, um die Verzweigung und Formalisierung der Wege der MPG in beiden Teilen Deutschlands in aller Deutlichkeit aufzuzeigen.

Bereits im März 1991 hatte Zacher darauf hingewiesen, dass es angesichts der seit Jahrzehnten andauernden, grundsätzlichen Struktur- und Finanzierungsprobleme der Institute in der bisherigen Bundesrepublik »unumgänglich« werde, »die zukünftige Politik der MPG neu zu überdenken«. Konkret schlug er vor, das Problem »durch stärkere Konzentration zu lösen, das heißt Forschungseinrichtungen aufzugeben, um Innovation zu ermöglichen«. Bei MPIs mit mehreren anstehenden Berufungen infolge der bevorstehenden Emeritierungswelle regte er an, Stammkommissionen zu bilden, um Perspektiven zu entwickeln und dabei zu prüfen, »wie viele Nachfolgeberufungen sich ein Institut überhaupt leisten könne.«⁸⁶¹ Wie oben (Abschnitt III.4.1.) berichtet, versuchte Hasenclever dem strukturellen Defizit im Haushaltsteil für die ABL vorerst mit konventionellen Maßnahmen beizukommen: interne Umschichtungen, Anträge an die Zuwendungsgeber, nicht besetzte Stellen oder nicht ausgegebene Sachmittel im Haushaltsplan des jeweiligen Folgejahres anmelden zu dürfen, und schließlich 1992 eine allgemeine Stellenkürzung für jedes MPI um 1,4 Prozent. Wie der eben zitierte Bericht belegt, stellte er eine etwas geringere Kürzung auch für 1994 in Aussicht, doch langsam wurde es klar, dass es so nicht weitergehen konnte.

Nun begann man die Weichen in Richtung einer gezielten Steuerung zu stellen. 1993 zog man für die MPG in den ABL ein neues Planungsverfahren ein, das eine frühzeitige Bedarfsmeldung für Ergänzungsberufungen und eine Einigung in den Sektionen nach den folgenden Grundsätzen vorsah: für jede Berufung eine Nicht-Nachfolge; Prioritätensetzungen unter den Vorschlägen für neue Initiativen; und Abteilungsschließungen im Falle von Emeritierungen ohne Nachfolge.⁸⁶² Das Ganze sollte als konsultatives Vorgehen gehandhabt werden, das eine frühzeitige Abstimmung mit den Institutsleitungen und eine verstärkte zentrale Steuerung miteinander verbinden sollte – »eine Vorgangsweise, die den Konsens mit den betroffenen Instituten sucht und zu Akzeptanz möglichst auch dort führt, wo schmerzhaftes Opfer gefordert werden müssen«, um »Schaden für das Binnenverhältnis der Institute« nach Möglichkeit zu vermeiden.⁸⁶³ Dieses Verfahren kam dem sehr nahe, was heute an deutschen und amerikanischen Universitäten Entwicklungsplanung genannt wird.

861 Niederschrift der 127. Sitzung des Senats vom 08.03.1991 in Frankfurt am Main, Bl. 5–6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP.

862 Zacher, Bewährungsprobe, 1994a, 52–61; Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 37–38. Im *MPG-Jahresbericht* lautete die Zielvorgabe, bis zum Ende des Jahrzehnts »nur für jeweils drei von vier anstehenden Emeritierungen eine Ergänzungsberufung« vorzusehen. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 37.

863 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 37.

Das Konzept wurde in der Senatssitzung im März 1994 unter der Rubrik »Zur Entwicklung der Max-Planck-Institute im Förderungsbereich der alten Bundesländer – Konzepte und Verfahren zur Konzentration von Ressourcen« vorgestellt.⁸⁶⁴ Im Protokoll der Sitzung hieß es:

Präsidium und Generalverwaltung seien zu der Überzeugung gekommen, dass eine langfristige wirksame Korrektur der Haushaltsstruktur nicht über schematische Einsparungsmaßnahmen zu erreichen sei, zumal ein solches Vorgehen nur Widerstandskräfte vermehrt hätte. Da der Ansatzpunkt für wesentliche Veränderungen im Berufungsgeschehen liege, finde nunmehr bei jedem Berufungsvorschlag eine komparative Ressourcenprüfung mit dem Ziel statt, festzustellen, welche Konsequenzen der Einsatz der für die vorgeschlagene Berufung notwendigen Mittel für die Gesellschaft im Ganzen hätte.⁸⁶⁵

In derselben Sitzung wurden erste Ergebnisse des neuen Programms berichtet. In der Zwischenzeit seien 24 solcher Verfahren durchgeführt und die daraus resultierenden Einsparungsmaßnahmen mit dem jeweiligen Institut erörtert worden. In 15 Fällen sei Konsens erzielt worden, in den übrigen werde noch diskutiert. In eineinhalb Jahren habe die Max-Planck-Gesellschaft auf diese Weise mehr als 20 Abteilungen zur Disposition gestellt. Die Lage des Apparatfonds habe sich im Zuge des Konzentrationsprogramms entspannt.⁸⁶⁶ Vom Standpunkt einer Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik könnte von einer Internalisierung der Haushaltskonsolidierungspolitik der Bundesregierung im Kleinen die Rede sein. Dass dies kaum ohne Widerstände vor sich gehen konnte, zeigt der mehrjährige Kampf um die Zukunft des Gmelin-Instituts für anorganische Chemie und Grenzgebiete in Frankfurt am Main, der zahlreiche Stellungnahmen des GBR nach sich zog und ungemein viel Platz in den Senatssitzungen und deren Protokollen einnahm.⁸⁶⁷

Dass für die MPG weiterhin Grundsätzliches im Spiel war, zeigt der Bericht Hasenclevers vom März 1994 über die mittelfristige Haushaltsplanung für 1994–1998. Dort hieß es, die Lage in den ABL sei nach wie vor betrüblich, weil keine Unterstützung in den Ressorts für eine Rückkehr zur Beschlusslage von 1989 vorhanden sei; dafür sei in den NBL eine echte Bedarfsplanung möglich. Bei einer Einhaltung derselben »werde das politische Ziel einer einheitlichen Forschungslandschaft erreicht und sichergestellt werden, dass im Zuge eines Finanzausgleichs

864 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 20, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

865 Ebenda, Bl. 20–21.

866 Ebenda, Bl. 20; vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 39.

867 Vgl. zum Beispiel Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 19–26, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP; Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP. Die Einstellung des vom Institut betreuten Gmelin-Handbuchs der anorganischen Chemie und die Schließung des Instituts wurde 1996 in erster Lesung und dann 1997 vom Senat endgültig beschlossen, nachdem eine Fusion mit der Firma FIZ Chemie gescheitert war. Niederschrift der 142. Sitzung des Senats vom 15.03.1996 in Berlin, Bl. 17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP; Niederschrift der 147. Sitzung des Senats vom 14.11.1997 in München, Bl. 8, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr.147.SP.

nicht auf Dauer Beiträge aus den neuen und zur Zeit noch ärmeren Ländern in die alten Länder fließen müssten.«⁸⁶⁸ In der folgenden Senatssitzung im Juni in Göttingen wurde er deutlicher: Während die Durchführung des Haushalts 1994 in Höhe von 154 Millionen DM »für die neuen Bundesländer keine Schwierigkeiten« bereite, bestünden Probleme »allerdings nach wie vor mit dem Haushalt für die alten Bundesländer.«⁸⁶⁹ An dieser Stelle zitierte Hasenclever den Forschungsminister dahingehend, dass er »seinen Haushalt um 250 Mio. DM kürzen müsse«, stellte aber auch fest, »dass aus seiner Sicht die Geschäftsgrundlage für die Verabredung zwischen den Ministerpräsidenten der alten Länder und dem Bundeskanzler vom Dezember 1989 durch die Wiedervereinigung Deutschlands entfallen sei.«⁸⁷⁰ Dass eine solche Bemerkung fiel, obwohl der Kampf um den 5x5-Beschluss zumindest für die Zeit bis 1995 gewonnen zu sein schien, musste aufhorchen lassen; was Krüger gemeint haben mochte, führte Hasenclever an dieser Stelle jedoch nicht aus. Möglicherweise sollte der im Vorjahr einmal aufgebaute Druck aufrechterhalten bleiben, nunmehr mit Bezug auf die bevorstehende Neugestaltung des Finanzausgleichs der Länder unter Einbeziehung der NBL. Mit »Mühen der Ebene« kann diese Lage wohl kaum umschrieben werden.

In den NBL liefen die Dinge nach der Bewilligung des »Finanzkorridors« und dem eben geschilderten Druck von oben völlig anders. Wie Zacher mit Stolz berichtete, waren zwischen 1991 und 1994 insgesamt neun Gründungsbeschlüsse für Institute und Außenstellen der MPG in den NBL im Senat verabschiedet worden; so viele Institutsneugründungen waren in der alten Bundesrepublik zwischen 1972 und 1990 beschlossen worden.⁸⁷¹ Doch mit der Überwindung der Finanzkrise während der kurzen Amtszeit von Matthias Wissmann und erst recht nach dem Wechsel zu Paul Krüger wurde nun eine völlig neue Gangart eingeschlagen. Auf Aufforderung des Präsidiums erarbeiteten die Sektionen im Laufe des Jahres 1993 in einem beschleunigten Verfahren Vorschläge für Institutsneugründungen. Wie Weinert in der schon erwähnten GWS-Sitzung vom Oktober betonte: »Im Vordergrund könne dabei nicht die Verfolgung einzelner interessanter Institutsprojekte stehen, man müsse vielmehr von der Festlegung eines längerfristigen Rahmens für die Max-Planck-Gesellschaft ausgehen.«⁸⁷²

Das Auswahlverfahren verlief strukturiert, aber nicht so wie beim »Konsolidierungsprogramm« im Westen. Wie es in einem späteren Vorbereitungspapier hieß, wurden »zunächst zehn Sektionskommissionen und zusätzlich eine Präsidentenkommission mit gezielten Beratungen zu den ausgewählten Themen und Themenkomplexen beauftragt, um weitere

868 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 21–22, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

869 Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 16–17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP.

870 Ebendort.

871 MPG Jahresbericht 1994, 37; Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994*, 1994, 37

872 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 18.10.1993 in Heidelberg, Bl. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498.

Gründungsvorhaben zu prüfen und zu definieren.«⁸⁷³ Die Sektionen gingen dabei zügig und konzentriert vor; in den Sektionsprotokollen ist gelegentlich von »informellen Perspektivdiskussionen« vor oder nach den Kommissionssitzungen die Rede.⁸⁷⁴ Erste Absprachen von alledem in den Sektionen fanden im Herbst 1993 in denselben Sitzungen statt, in denen die Gründung des MPI für neuropsychologische Forschung mithilfe institutioneller Improvisationen beschleunigt wurde (wie im Abschnitt III.3.3.2. berichtet), und zwar unter Verweis auf die »bekannten Rahmenbedingungen«, sprich: auf den politischen Imperativ, mit MPI-Neugründungen in den NBL möglichst schnell voranzukommen.

Die Antwort der MPG auf diese Herausforderung der ›hohen Politik‹ war der im November verabschiedete Grundsatzbeschluss im Senat mit der sehr ehrgeizigen Zielsetzung, »bis zum Ende des Jahrzehnts in den neuen Ländern voraussichtlich 18 – je nach Größe der einzelnen Institute zwischen 15 und 20 – Institute zu errichten.«⁸⁷⁵ Gänzlich neu war dieser Plan nicht; im bereits zitierten Vermerk vom 16. Januar 1992 zur Umsetzung der Empfehlungen des WR (Abschnitt III.2.3.) wurde angedacht, »im Ergebnis eigener Planungen mittelfristig bis zu acht, längerfristig bis zu fünfzehn Max-Planck-Institute und Projektgruppen im neuen Bundesgebiet gründen zu können.«⁸⁷⁶ Im nunmehr formalisierten Beschluss des Expansionsplans wurden die fünf bis dahin gegründeten MPIs mitgezählt, 1994/1995 sollten sieben und von 1996 bis 1998 weitere sechs Institute hinzukommen. Ebenso wichtig wie die Zielsetzung waren jedoch die potentiellen Einschränkungen im Beschlusstext. Genauso wie in der ersten Phase der deutschen Vereinigung wollte man davon ausgehen, dass die Neugründungen nicht aus den vorhandenen, sondern mit zusätzlichen Mitteln finanziert würden. Außerdem hielt der Senat unmissverständlich fest, dass die befristeten AGs, Außenstellen und GWZs zwar immerhin bis 1998 – also für länger als die ursprünglich vorgesehenen fünf bzw. drei Jahre – gefördert werden dürfen, aber spätestens bis dahin »in neue institutionelle Zusammenhänge überführt« werden müssen, wobei eine Überführung in MPIs für diese Einrichtungen »grundsätzlich nicht vorgesehen« sei.

In Zachers einleitender Stellungnahme hierzu in der Senatssitzung spielte die regionale Verteilung der MPG-Einrichtungen in den NBL eine zentrale Rolle. Bei diesem ambitionierten Plan sei die Frage angebracht, »ob eine solche Vergrößerung der Max-Planck-Gesellschaft nicht ihr

873 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fot. 11–12. Die Präsidentenkommission befasste sich mit dem Bereich Ethnologie/Anthropologie.

874 Vgl. zum Beispiel das Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 16. 06. 1993 in Trier, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1497. Der Terminus »Perspektivdiskussionen« weckt Assoziationen zum Prozess der »Perspektivplanung« in der ehemaligen DDR, der aber weitaus umfangreicher war und daher unvergleichlich umständlicher verlief.

875 Vgl. zum Folgenden Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 21, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP; vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 33.

876 Vgl. zur Umsetzung der an die Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages, 16. Januar 1992. Materialien der 130. Sitzung des Senats vom 13. 03. 1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fot. 36.

Wesen zu sehr verändere«. Gleichwohl betonte Zacher das Ziel, »in den neuen Ländern so vertreten zu sein, wie es das sie tragende Gemeinwesen von ihr erwarte.« Die MPG habe zwar »Bedenken, letztlich aber keine Wahl hinsichtlich des von ihr definierten Globalziels.«⁸⁷⁷ Dies traf für die regionale Verteilung der Institute ebenfalls zu. Im Senatsbeschluss war explizit vom Streben nach »einer ausgewogenen Verteilung ihrer Institute auf die neuen Länder« die Rede, aber nach wie vor auch davon, »dass dieser Zustand erst als Ergebnis der gesamten Entwicklung erreicht werden kann«. In der Zeit bis dahin würden »immer wieder auch Ungleichgewichte in der regionalen Verteilung« vorkommen; dafür bitte die MPG »die daran interessierten politischen Kräfte« um Verständnis und »vertrauensvolle Zusammenarbeit.«⁸⁷⁸ Wie es im Jahresbericht mit bemerkenswerter Offenheit hieß, werde daher bis zum Ende des Jahrzehnts »jede einzelne Neugründung wie eine Bevorzugung des gerade betroffenen Landes wirken.«⁸⁷⁹ Hinsichtlich der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik war das ein klares Signal, dass die MPG zwar auf das Wort des »sie tragenden Gemeinwesens« hören wollte, aber trotz allen Reibereien auf dem bereits gefassten Grundsatzbeschluss vom November 1992 beharren und die eigenen Spielräume maximieren wollte.

Die Diskussion dieses Beschlusses im Senat war von positiven Stellungnahmen aus den NBL, namentlich von Bernhard Vogel aus Thüringen und dem sächsischen Minister Hans Joachim Meyer, dominiert. Bemerkenswert war der Beitrag des Berliner Senators Ehrhardt, der die Politik der MPG, »Expansion in den neuen Ländern, Konzentration in den alten Ländern« endgültig klargestellt sah und in der Ausbauplanung »eine Befreiung aus der im Juni 1992 vorgenommenen Selbstfesselung« erblickte. Der MPG legte er jetzt wie auch damals eine selbstbewusste Haltung gegenüber der Politik nahe: »[M]an dürfe sich nicht selbst vorschreiben, sich nur dann zu bewegen, wenn die finanzielle Seite gesichert ist. Umgekehrt zu verfahren, sei wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch richtig«, denn dadurch werde notwendige Infrastruktur in den NBL geschaffen. Dies sei »auch finanztaktisch und politisch richtig, weil es die Geldgeber motiviere«, zusätzliche Mittel zu bewilligen.⁸⁸⁰ Das deckte sich mit dem Argument Zachers, dass die Probleme »mit einem finanziellen Transfer von West nach Ost« innerhalb der MPG »nicht zu lösen« seien, »weil im Westen ohnehin Kapazität eingespart werden müsse« und die administrative Handhabung des Transfers zu einer nicht verantwortbaren Verzögerung des Aufbaus in den NBL führen würde.⁸⁸¹

Auf der Grundlage dieses Grundsatzbeschlusses und der vorangegangenen Perspektivendiskussionen lagen im März 1994 insgesamt 18 neue Vorschläge und Änderungen bestehender Vorha-

877 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

878 Ebenda, Bl. 21.

879 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993, 1994*, 29.

880 Ebenda, Bl. 27.

881 Ebenda, Bl. 26.

ben vor; für weitere sieben Institutskonzepte hatten sich noch keine Kommission gebildet. Nach Sektionen handelte es sich um die folgenden Projekte:⁸⁸²

Projekte der BMS: Zellbiologie (drei Institute, je eines für Genetik, für molekulare Zellbiologie und für Faltung und gezielten Abbau von Makromolekülen); molekulare Pathologie und Seneszenzforschung; Biologie und Anthropologie (sektionsübergreifend); chemische Kommunikation in Ökosystemen;

Projekte der CPTS: Geophysik/Geologie; Mathematik: theoretische Analysis; angewandte Optik; Erforschung des Sonnensystems/Laborastrophysik (zum Beispiel Physik des interstellaren Mediums); atmosphärische Kreisläufe;

Projekte der GWS: Demographische Forschung; Ethnologie; Recht der Gemeinschaftsgüter (vormals Umweltrecht).

Ausführliche Konzepte lagen für diese Vorschläge noch nicht vor. Die zuständigen MitarbeiterInnen der GV wiesen auch darauf hin, »dass die Zahl der Gründungsvorschläge aus den Sektionen »deutlich höher liegt als die der aus heutiger Sicht tatsächlich in Aussicht zu nehmenden Institutsgründungen. Das Risiko des Scheiterns einzelner Projekte ist damit von vornherein in die Überlegungen einbezogen.« Andererseits wollte man das Verfahren auch für spätere, vielversprechende Vorschläge offen halten.⁸⁸³ Jedenfalls war die einmalige Größenordnung dieses ehrgeizigen Planungsvorhabens für alle Beteiligten klar. Das enorme Arbeitspensum, das diese Gründungswelle nach sich ziehen musste, wurde in einem späteren Vermerk lapidar erfasst: »Natürlich ist der Weg dieser Beratungen vor allem mit Terminproblemen gepflastert.«⁸⁸⁴

Dabei sollten die Gründungsvorgänge formaliter wie in der alten Bundesrepublik verlaufen, was die Reihenfolge der Schritte betraf, aber mit flexibleren Rahmenvorgaben, häufigerem Verzicht auf Mikroplanung und weniger umständlicher Bearbeitung. Die Probleme waren nun die bekannten, oben schon genannten – Schwierigkeiten bei der Standortsuche und Verzögerungen beim Genehmigungsverfahren in der BLK, beim Erwerb von Grundstücken oder Neubauten. Auch arbeitsrechtliche Fragen kamen vor, obwohl es sich jetzt nicht mehr um die Übernahme von ForscherInnen aus der früheren DDR handelte wie im Falle des MPI für molekulare Pflanzenphysiologie (siehe Abschnitt III.2.2.2.).

882 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP. Vgl. die Materialien zum TOP 3.2 derselben Senatssitzung, fol. 14–34. Vgl. (mit kleinen Abweichungen der Projektbezeichnungen) *MPG-Jahresbericht* 1994, 37–38. Für Angaben darüber, welche dieser Vorschläge tatsächlich realisiert wurden und welche nicht, siehe den Ausblick unten, Abschnitt IV.3. sowie Abbildung 7.

883 Betr. Punkt 3.2. der Tagesordnung. Planungen für weitere Gründungsvorhaben der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins – Themen und Konzepte. Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP; Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10.03.1994 in Stuttgart, Bl. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP.

884 Vermerk: Stand der Beratungen der Neuvorhaben-Kommissionen. Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 202.

Spezifisch für die NBL – und ein Novum in der bisherigen Geschichte der MPG überhaupt – war es, dass all diese Schritte nunmehr in regelmäßigem Dialog mit den zuständigen RessortleiterInnen der NBL erfolgten. Die vorangegangenen Gespräche von 1993 (siehe Abschnitt III.4.) setzte man nun am 3. und 4. April in München fort. Dort wurden die Minister unter anderem über die eben beschriebenen Zukunftspläne für MPI-Gründungen in den NBL und insbesondere über den Wunsch der MPG informiert, »ihre Planungen in Offenheit gegenüber den Ländern zu entwerfen und in Zusammenarbeit mit ihnen zu verwirklichen«, sowie über die »gemeinsame[n] Bemühungen um eine angemessene Gestaltung der Standortbedingungen«.⁸⁸⁵ Hans Joachim Meyer sprach hier wohlwollend von der Chance einer »Identität stiftenden Kooperation.«⁸⁸⁶ Mit alledem sollte die Knüpfung von Allianzen mit der Politik in den NBL fortan nicht mehr reaktiv, sondern auf Initiative der MPG und systematischer vorgenommen werden.

Dass die Ressource Geld für dieses Unterfangen nicht länger fehlen sollte, schien nunmehr klar geworden zu sein. Im Jahresbericht der MPG für 1994 hieß es unter der Rubrik »Allgemeiner Haushalt – Neue Bundesländer«, dass sich die Zuwendungen für die bereits bestehenden MPG-Einrichtungen sowie die bis dahin beschlossenen MPI-Neugründungen in den NBL für 1995 auf 201,9 Millionen DM belaufen würden – eine Steigerung von satten 31 Prozent gegenüber der Summe für 1994 (gegenüber einer Steigerung der Anteilsfinanzierung für die ABL um 8,1 Prozent). Bund und Länder hatten demnach die Anforderung der MPG »in vollem Umfang« erfüllt.⁸⁸⁷

Haben wir also eine Phase der Mühen der Ebene bzw. einer verzweigten Normalisierung der institutionellen Arbeit der MPG auf einer neuen Ebene vor uns? Nicht ganz! Vielmehr kam es in mehreren Fällen während dieser Phase zu Spannungen oder gar Konflikten, in deren Zusammenhang die MPG mit der ›hohen Politik‹ auch direkt auf Bundesebene zu tun bekam. Die »Standortdebatte« wurde unter direkter Beteiligung der Staatsspitze in enger Verbindung mit einem zuständigen Minister aus den NBL losgetreten; im Falle der Gründung der Außenstelle des IPP in Greifswald und der Krise der geisteswissenschaftlichen Forschungszentren (GWZs) waren das Bundeskanzleramt (BKA) und andere politische Akteure zumindest kurzzeitig involviert. In allen drei Fällen standen die Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit der Positionierung der MPG in den NBL, wenngleich der Bezug im ersten Falle eher ein indirekter war. Wie in den folgen drei Abschnitten zu zeigen sein wird, waren jedoch die jeweiligen Wechsel-

885 Andreas Trepte, Vermerk zum Arbeitstreffen mit den Wissenschaftsministern der neuen Länder am 7. und 8. April 1994 in München. Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP; sowie derselbe in: Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162.VP; vgl. Andreas Trepte: Auf Einladung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft kamen die Wissenschaftsminister der neuen Länder sowie der Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin am 7. und 8. April 1994 zu einem Arbeitstreffen nach München. *MPG-Spiegel* 3/1994a, 43.

886 Hans Joachim Meyer: Für eine Identität stiftende Kooperation. Interview Hans-Joachim Meyer. *MPG-Spiegel* 3/1994, 39–44.

887 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994*, 1994, 68.

wirkungen von Wissenschaft und Politik sowie zum Teil auch die Zusammensetzung der jeweiligen Player unterschiedlich.

III. 5. 2. Die »Standort Deutschland« – Debatte erreicht die MPG

Die Spannung zwischen Wirtschafts- und Wissenschafts- bzw. Forschungspolitik war natürlich kein neues Thema, sondern eine Konstante in der neueren deutschen Geschichte insgesamt. In einem diesbezüglichen Bericht im MPG-Jahresbericht hieß es, dass man gegenüber dem Begriff »Standort Deutschland« »inzwischen leicht eine gewisse Müdigkeit verspüren mag«. ⁸⁸⁸ Heinz Riesenhuber hatte das Thema schon 1991 in seiner Ansprache vor der Festversammlung in Berlin angesprochen. Des Weiteren hatte das BMFT bereits 1992 ein Paper zum Thema »Industriestandort und Grundlagenforschung« publiziert. ⁸⁸⁹ Das Thema und die Frage nach dem Bezug der Grundlagenforschung zur Industrie wurde aber infolge der Konjunkturkrise nach dem kurzen Vereinigungsboom akut.

Dabei handelte es sich nicht um einen regionalen oder nationalen, sondern um einen internationalen Trend. Wie Wilhelm Krull in einer amerikanischen Fachzeitschrift feststellte, war der Anteil der marktorientierten Forschung an den Forschungsausgaben der alten Bundesrepublik insgesamt zwischen 1982 und 1992 tatsächlich gesunken, von 40 auf 27,5 Prozent, während der Anteil der Grundlagenforschung im selben Zeitraum gestiegen war. Nun übten die Interessenvertretungen der Industrie zunehmend Druck in Richtung einer Umkehrung des Trends aus. »Not least the current crisis« habe die Debatte über »how to improve the translation of scientific knowledge into technological innovations, and, finally, into marketable products« gestärkt. Hartmut Weule, Chef der F u E-Abteilung bei Daimler-Benz, habe sogar argumentiert, »that we should seriously consider giving up doing basic research in those areas where only Japanese companies can make use of the results (like in large sectors of microelectronics and information technology)«. Herbert Henzler, Chef des deutschen Büros von McKinsey, habe nach neuen Qualitätskriterien gerufen: Nicht mehr Nobelpreise, Publikationszahlen oder Zitationsindices, sondern die tatsächliche Nützlichkeit der Forschungsergebnisse für Industrie und Gesellschaft sollten ausschlaggebend sein. ⁸⁹⁰

Im Kontext der deutschen Vereinigung erhielt das Thema jetzt zusätzlichen Antrieb, mit Fokus auf den Einsatz der technischen Industrien zur Ankurbelung der Konjunktur in den NBL, aber auch auf eine längerfristige Umstellung der deutschen Wirtschaft insgesamt angesichts der Globalisierung und der japanischen Herausforderung. Der besondere Bezug auf die NBL lag

888 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 52.

889 Bundesministerium für Forschung und Technologie: Der Industriestandort Deutschland braucht eine leistungsstarke und umfassende Grundlagenforschung. *MPG-Spiegel* 3/1992, 23–25.

890 Wilhelm Krull: Beyond Unification: German Science and Technology Policy in Transition. Science and Technology Policy. Manuskript, 1994, 5–6. Mit Dank an Wilhelm Krull für die freundliche Überlassung eines Exemplars.

wegen des schlagartigen Niedergangs der Industrieforschung der DDR ohnehin nahe.⁸⁹¹ Hier sollte im Unterschied zu den ABL bewusst eine kontrazyklische Politik betrieben werden, denn eine Forcierung der »Standort Deutschland«-Debatte konnte auch als Chance für den Osten gesehen werden. Wie Thomas Hanke in einem Artikel in der *Zeit* zum Jahresanfang 1993 vorausahnte: »Die Diskussion über den Standort Deutschland wird mit neuer Heftigkeit und veränderten Fronten geführt werden. Die im Zeichen der Liberalisierung angetretene Bundesregierung schwenkt um zu massiven Staatseingriffen, um im Osten zu retten, was zu retten ist.«⁸⁹²

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung spielte Minister Paul Krüger, der als Befürworter einer verstärkten »Standort«-Politik im Allgemeinen, einer Fokussierung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung auf die Technik und die Bedürfnisse der Industrie sowie nicht zuletzt der Förderung seines Heimatlandes auftrat. Von der Ausbildung her Ingenieur, lag es für ihn nahe, eine verstärkte Ausrichtung der Förderung auf anwendungsorientierte Forschung zu forcieren.⁸⁹³ Seine Amtsübernahme im Mai 1993 stellte nicht den Beginn dieser Auseinandersetzung dar, sie brachte aber sicherlich eine Zuspitzung der Situation wie auch einen auf dieser Ebene erstmaligen direkten Konnex mit den NBL mit sich.⁸⁹⁴ Seine Ausgangsposition in der Bundesregierung war allerdings nicht sonderlich stark: Wie ein Artikel über ihn in der *Zeit* vom November 1993 betonte, sei »am Budget des BMFT ›seit Jahren rücksichtslos gespart‹ worden; gemessen an den Steigerungsraten der anderen Ministerien über die letzten Jahre würden diesem »noch 3 Mrd. Mark« fehlen, zuletzt sei es nur um einen Inflationsausgleich erhöht worden. Doch nun habe sein Ministerium »plötzlich Konjunktur«.⁸⁹⁵

891 Vgl. hierzu schon Ziegler, Ein Stück Zukunft vertan, 1993, 689–702.

892 Thomas Hanke: Auf rascher Talfahrt. Zum Jahreswechsel steckt die deutsche Wirtschaft im Tief. Nur das Ausland und die Bundesbank können jetzt helfen. *Die Zeit* 01 (01. 01. 1993). <https://www.zeit.de/1993/01/auf-rasche-talfahrt>. Zuletzt aufgerufen am 25. 12. 2019.

893 BMFT Pressemitteilung, 09. 11. 1993: »F & E-intensive Branchen waren Wachstumsmotor der 80er Jahre...« Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 252–256. BMFT-Bericht: »Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Bundesregierung. Zur Intensivierung des Dialogs zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat zu Forschung, Technologie und Innovation«, 22.02.94. Ebenda, fol. 263–269.

894 Interessanterweise schrieb Krüger an Riesenhuber schon 1991 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern zum Thema Regionalisierung der Forschung, »mit dem Ziel einer Homogenisierung der Forschungslandschaft in den NBL«. Dort kritisierte er, dass »die Zurückhaltung des WR, konkrete Empfehlungen für die Umsetzung bzw. Neuansiedlung von FE in den NBL zu geben, einen wirkungsvollen Ausgleich der entstandenen Forschungsdisproportionen behindert« habe und beschwerte sich über die Behandlung von AdW-Einrichtungen in seinem Land. Krüger an Riesenhuber 14. 06. 1991. BArch B 196/103808.

895 Joachim Fritz-Vannahme: Knapp bei Kasse. Paul Krüger, Minister für Forschung und Technologie, ist nicht zu beneiden. *Die Zeit* 45 (05. 11. 1993). <https://www.zeit.de/1993/45/knapp-bei-kasse/komplettansicht>. Zuletzt aufgerufen am 30. 12. 2019. Diese Behauptung war überzogen, denn der Etat des BMFT stieg 1991 und auch 1992 an, wenngleich nicht annähernd so stark wie der des BMBW. Vgl. zum Beispiel: Der erste gesamtdeutsche Haushalt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. 03. 1991).

Vielversprechend wirkte der erste Auftritt Krügers bei der Festversammlung der MPG in Trier im Juni 1993 allerdings nicht.⁸⁹⁶ Immerhin war im Titel der Ansprache von der »Leistungsfähigkeit und Vielfalt der Forschungslandschaft Deutschland« die Rede – so, als wären ihm die Reden Zachers zu diesem Thema wenigstens den Titeln nach bekannt. Krüger begann auch mit einer höflichen Verbeugung an seine Gastgeber: Die MPG habe »wie ihre Vorgängerin, die KWG, die Wissenschaftslandschaft in Deutschland entschieden geprägt. Viele Fortschritte in Forschung und Technologie sind ohne die Max-Planck-Gesellschaft nicht denkbar.«⁸⁹⁷ Während andere jetzt von »centers of excellence« redeten, habe Deutschland bereits ein solches. Aber die jahrzehntelange Behauptung der Einzigartigkeit der MPG sei nach Krüger »angesichts der Aufgaben im Zuge der Vereinigung Deutschlands in neuem Licht zu sehen.«⁸⁹⁸ Weil Forschung »Teil der Gesellschaft« sei und die Forschung »ihre wesentlichen Impulse« aus der Gesellschaft erhalte, so Krüger, sei es in Zeiten der gegenwärtigen Konjunkturkrise und gerade dort, »wo Wissenschaft mit hohem Einsatz öffentlicher Mittel gefördert wird«, gerechtfertigt zu fragen, »inwieweit neues Wissen und neue Technologien in konkrete Produkte und Verfahren umgesetzt werden können, die der Gesellschaft und der Gemeinwohl dienen.« Natürlich solle nicht jedes Forschungsprojekt nach seinem unmittelbaren Nutzen abgefragt werden, seiner Auffassung nach könnten aber »die Ergebnisse der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung [...] rascher für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar gemacht werden.«⁸⁹⁹ Des Weiteren forderte er, dass die Wissenschaft von sich aus eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Industrie suchen sollte und dass die Hochschulen interdisziplinären »innovationsträchtigen Bereichen« »frühzeitig eine Chance geben« sollten.⁹⁰⁰ Dass solche Forderungen auch heutzutage wieder einmal laut geworden sind, dürfte bekannt sein.

Im eben zitierten Zeitungsartikel vom November 1993 charakterisierte man diesen Auftritt als »gescheitert«; dieser Eindruck wurde auch innerhalb der MPG geteilt.⁹⁰¹ Auf die Kritik, er habe – wie ihm nach diesen weiteren »missverständlichen Bemerkungen« über die Budgets der großen FE nachgesagt wurde – »mit der hochgerühmten Grundlagenforschung eigentlich wenig im Sinn«, antwortete Krüger salopp: »Ach, stimmt doch gar nicht. Ich will doch nur, dass der Grundlagenforschung aus der angewandten Forschung auch einmal ein Anstoß gegeben wird und gesagt, ›Freunde, da und dort gibt es Erkenntnislücken. Ansonsten gilt für mich, dass Grundlagenforscher Freiheit brauchen.« Er wolle aber schon »›Verkrustungen« und ›Subventionsbestände« im westdeutschen Forschungsbetrieb« angehen.⁹⁰² Dass Krüger für sein Handeln

896 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79.

897 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 74.

898 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 74.

899 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 75.

900 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 76.

901 Hoffmann und Peschel sprechen von »einer total verpatzten Rede, was zum Teil daran lag, dass er seine Konzeptzettel alle vertauscht hatte«, Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016, 187.

902 Zitiert nach Fritz-Vannahme, Knapp bei Kasse, 05. 11. 1993.

wohl nur ein kurzes Zeitfenster bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 1994 hatte, schien ihm von Anfang an bewusst gewesen zu sein.

Mit alledem war die »Standort Deutschland«-Debatte auch für die MPG akut geworden. Zachers eigene Grußadresse in Trier, die er eigentlich vor der Ansprache Krügers hielt, klang so, als hätte er die Ausführungen Krügers schon gelesen. Dort bezeichnete er »die Forderung nach Produktnähe« als Gefahr für die Grundlagenforschung und hielt dem entgegen: »Forschung ist Selbstzweck und Mittel zum Zweck«; den vollen Dienst an den Menschen und der Gesellschaft könne sie »nur in dieser polaren Ganzheit leisten. Wird Forschung nur noch als Mittel zum Zweck betrieben, so wird sie auch diesen Dienst immer weniger leisten können.«⁹⁰³ Krüger entgegnete in der eigenen Rede, »dass meines Erachtens Grundlagenforschung und angewandte Forschung nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander gegenseitig bedingen«; außerdem könne die Grundlagenforschung selbst »ohne neue Technik auf vielen Gebieten kaum Fortschritte erzielen.«⁹⁰⁴

Gegen Ende des Jahres nahm Zacher in seinem Beitrag zum 9. forschungspolitischen Gespräch der BLK unter Beteiligung der zuständigen Minister der Bundesländer, der Präsidenten der Forschungsförderungsorganisationen und des Ministers Krüger die gleiche Haltung ein.⁹⁰⁵ In seinem Vermerk dazu hielt Zacher die positiven Worte des Ministers und die an sich positive Beurteilung des Engagements der MPG in den NBL durch die anderen Beteiligten fest. Zwei zukunftsbezogene Punkte des Gesprächs waren für ihn dabei zentral: erstens die Fortsetzung des Königsteiner Schlüssels bzw. dessen Geltung nunmehr auch für die NBL und zweitens die weitere Gültigkeit auch der Sonderregelung für die MPG. Beides wurden von der AG »DFG/MPG« empfohlen, um zu verhindern, dass die NBL nach dem Eintritt in den Länderausgleich zu »Nettozahlern« werden. Zweitens widersprach er hier wie schon in der Festversammlung der Forderung nach einem »Standort«-Kriterium für Institutsneugründungen bei gleichzeitiger Festlegung der wissenschaftlichen Qualität als Hauptkriterium, weil man damit von wirtschafts- und nicht wissenschaftspolitischen Kriterien ausgehe. Nach wie vor wolle die MPG das Kriterium der Qualität an erster Stelle berücksichtigt wissen.⁹⁰⁶

Genau dieser Zielkonflikt zwischen der Förderung exzellenter Wissenschaft als alleinigem Ziel der MPG und den vielfältigen Erwartungen anderer Sektoren war Kernthema des Berichts von

903 Hans F. Zacher: Herausforderungen und Antworten. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4/1993a, 79–85, 84.

904 Krüger, Leistungsfähigkeit und Vielfalt, 1993, 74–79, 76.

905 Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Bundesländern, 13. Dezember 1993. Protokoll, Korrekturfassung. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 587, fol. 36 recto und verso. Ein Exemplar des publizierten Gesprächs liegt leider nicht vor. Zu Paul Krüger siehe unten, Absatz III.5.1.

906 Zacher nahm dabei Bezug auf die vorab geschickte »Hintergrundinformation« zum Gespräch. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Zu TOP 14 der Sitzung am 13. Oktober 1993. Neuntes forschungspolitisches Gespräch. »Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Ländern«, 13. Dezember 1993. Hintergrundinformation, Bl. 49, 53, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 587.

Zacher in der Senatssitzung im November gewesen, in dem er sich aufs allgemeinpolitische Parkett wagte.⁹⁰⁷ Dort charakterisierte er die industriepolitische Situation »als eine Angebotskrise, in der die Wirtschaft nicht mehr wisse, was sie der Welt anbieten solle, was diese aufnehmen wolle und was diese auch zahlen könne.« Diese Krise werde als »Innovationskrise« dargestellt, wobei unklar sei, ob eine solche tatsächlich vorliege. Zeitgleich reduziere man die Ausgaben für angewandte Forschung und »erwartet, dass die Grundlagenforschung reduziert oder zumindest programmorientiert auf »gemeinsam beschlossene und arbeitsteilig zu verwirklichende« Ziele ausgerichtet werde«, was tendenziell zu einer »Reduktion der industriellen Forschung bei gleichzeitiger »Einberufung der Grundlagenforschung als Landsturm« führe. Dass daraus für das Überleben der Wirtschaft wenig zu holen sei, zeige der geringe Anteil des Haushalts der MPG von 1,8 Prozent an den Gesamtausgaben für F u E in Deutschland.⁹⁰⁸

Weitaus schärfer und mit Termini, die direkt aus der Politik kamen, fiel die Warnung Zachers davor aus, »das marktwirtschaftliche oder doch quasi-marktwirtschaftliche Zusammenspiel aufzuheben, Demokratie durch Diktatur und Markt durch Dirigismus zu ersetzen«, beispielsweise durch einen »Technologierat«, der in autoritärer kollektiver Zwecksetzung die marktanaloge Vielfalt der Forschung eindämmen würde.« Seiner Meinung nach wäre das »eine Gefahr für die Zukunft von Wissenschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.«⁹⁰⁹ Die Verständigung zwischen den beiden Bereichen müsse wie bisher »über Personen stattfinden«. Die frühere Rede von einer »Forschungsverfassung« ersetzte Zacher an dieser Stelle mit einer leicht gewandelten Marktmetaphorik und der Befürwortung des aus den Sitzungen der Allianz vertrauten Regiments der kollegialen Absprachen.

Doch damit hatte die Auseinandersetzung erst angefangen. In seiner Rede vor dem wissenschaftlichen Rat im Februar 1994 sprach Zacher nun von einer »Bewährungsprobe für unser Forschungssystem«.⁹¹⁰ Dort behandelte er zunächst das oben umrissene »Konzentrationsprogramm« der MPG in den ABL, um dann von den gesellschaftlichen Herausforderungen an die Wissenschaft zu sprechen, die er hier in aller Schärfe erstmals als eine »gesellschaftliche Krise« beschrieb.⁹¹¹ Unter dieser Rubrik kam er auf die »Standortdebatte« und die Forderung nach Produktnähe der Grundlagenforschung kritisch zu sprechen. Gegen Ende verknüpfte er

907 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 3–4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP.

908 Vgl. hierzu Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993, 1994*, 52: »Über diese Quantität muss man sich im Klaren sein, wenn man ersichtlich fordert, gerade Einsparungen bei diesen Budgets seien geeignet, das wirtschaftliche Überleben zu sichern.« Dort wurde auch das hinlänglich bekannte Argument der Umwegrentabilität bemüht: »Grundlagenforschung ist wohl etwas vom »Rentabelsten«, was ein Forschungssystem anlegen kann.« Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993, 1994*, 53.

909 Niederschrift der 135. Sitzung des Senats vom 19. 11. 1993 in München, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP. Hervorhebung im Original.

910 Zacher, *Bewährungsprobe*, 1994a, 52–61.

911 Zacher, *Bewährungsprobe*, 1994a, 52–61, 58; vgl. Hans F. Zacher: *Forschung in der Krise der Gesellschaft. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. MPG-Spiegel 4/1994b*, 81–89. 1994b.

das Thema mit seinem eigenen Interesse am Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit, indem er von einem Wunsch der »Öffentlichkeit« nach »Patenten« sprach.⁹¹²

Just in diesem Monat, am 22. Februar, kam es zur Gründung einer Einrichtung jener Art, vor der Zacher im November gewarnt hatte, namentlich eines »Rats für Forschung, Technologie und Innovation« unter der persönlichen Leitung des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Die Kopplung von Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik hatte es also zur Chefsache geschafft. Anfang März unterrichtete der Staatsminister im BKA Anton Pfeiffer Zacher von diesem Schritt und betonte, das neue Gremium sei »zusätzlich zu den Dialoggremien der Ressorts« gedacht.⁹¹³ Er lud Zacher nicht etwa zur Teilnahme ein, sondern forderte ihn ausdrücklich dazu auf. Schon zwei Tage später, am 3. März, lagen ausführliche Vermerke aus der GV von Wilhelm Krull »zum Themenkomplex ›Standortdebatte«, neue Anforderungen an eine Forschungs- und Technologiepolitik sowie zu ersten Ergebnissen der Umfrage zur Problemlösungskompetenz in der MPG«⁹¹⁴ und eine von Michael Globig vom Pressereferat zusammengestellte Liste ausgewählter »Beispiele für Beratungs-, Anwendungs- und Vorsorgekompetenz als Ergebnis der Grundlagenforschung in Max-Planck-Instituten«⁹¹⁵ auf dem Tisch des Präsidenten.

In diesem Kontext war es verständlich, dass die erste Senatssitzung des Jahres am 11. März 1994 voll im Zeichen der »Standort Deutschland«-Debatte stand. Es fügte sich, dass sie im Hauptquartier von Daimler-Benz nahe Stuttgart stattfand. Zacher verzichtete sogar auf einen allgemeinen Bericht, um mit einem eigenen Referat mit dem Titel »Grundlagenforschung in Kooperation mit der Industrie« die Diskussion auf das Thema zu lenken.⁹¹⁶ Es war der seltene Fall einer direkten Begegnung zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in den Gremien der MPG in dieser Zeit, bei der die NBL nicht im Mittelpunkt standen.

912 Zacher, Bewährungsprobe, 1994a, 52–61, 61.

913 Pfeiffer an Karl-Heinz Hoffmann (Vorsitzender des WR), 1. 3. 1994. Dort hieß es weiter, die Zusammensetzung des Gremiums sei noch zu entscheiden. Pfeiffer bat Hoffmann »für ein weiteres Gespräch beim Bundeskanzler« den 21. 04. 1994 »vorzumerken«. Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Stuttgart-Vaihingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 149–153. Vgl. die Presseerklärung Krügers, ebenda, fol. 158–159; »Technologieirat beschlossen«, Handelsblatt 25, 26. 2. 94, ebenda, fol. 154; Presseerklärung der Bundesregierung 73/94, 24. 2. 1994, ebenda, fol. 158–159; Tabellen: Aktionsprogramm der Regierung, 22. 2. 1994, ebenda, fol. 167–168.

914 Krull an Zacher, Vermerk zum Themenkomplex Standortdebatte, neue Anforderungen an eine Forschungs- und Technologiepolitik sowie zu ersten Ergebnissen der Umfrage zur Problemlösungskompetenz in der MPG. Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 247–250; vgl. Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Stuttgart-Vaihingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161. VP, fol. 144–147.

915 Michael Globig, Vermerk und Auswertung: »Ausgewählte Beispiele für Beratungs-, Anwendungs- und Vorsorgekompetenz der Grundlagenforschung in MPIs«, 03. 03. 1994. Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Stuttgart-Vaihingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161. VP, fol. 170–174. Diese Liste enthielt Beispiele aus allen drei Sektionen, darunter rechtswissenschaftliche und medizinische Beratungsleistungen, die mit der Industrie oder der wirtschaftsnahen Forschung wenig zu tun hatten.

916 Für die Diskussion vgl. Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 2–11, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP. Die Stellungnahme Zachers, »Grundlagenforschung und Kooperation mit der Industrie«, wurde auf Wunsch von Kurt Biedenkopf und dem Gastgeber Edzard Reuter als Anlage 1 der Protokollniederschrift gesondert publiziert. Ebenda, Bl. 42–53.

Nachdem Zacher seine ausführliche Stellungnahme vorgetragen hatte, bemühte sich der anwesende Minister Krüger um Klarstellung. So erkannte er »die hervorragenden Leistungen der Grundlagenforschung, insbesondere de[n] Beitrag der Max-Planck-Gesellschaft« an, meinte jedoch, dass »erhebliche Defizite in der Umsetzung von Erkenntnissen« bestünden. Sein eigentliches Anliegen sei es, diese »Umsetzung zu verbessern, ohne dabei die Forschung in ihrer Freiheit zu beeinträchtigen.« Er plädierte für »die stärkere, wohl differenzierte Durchdringung der Bereiche ›Forschung‹ und ›Anwendung‹«; dies »bedeute nicht gegenseitige Gängelung und Bevormundung, sondern solle mehr gegenseitiges Verständnis und mehr gegenseitige Befruchtung bringen.«⁹¹⁷ Als Beispiel einer erfolgreichen Umsetzung nannte er das IPP in Garching, mit dessen Direktor Klaus Pinkau er ohnehin im Gespräch war (siehe unten Abschnitt III.5.2.). Interessanterweise gab er hier bekannt, dass er »kein Verfechter« des nunmehr ins Leben gerufenen Technologierates sei, der im Rahmen der Stuttgarter Gespräche »Wirtschaft 2000« gefordert worden sei; er habe sich aber »dafür eingesetzt, dass dieses Gremium beim BK angesiedelt werde, weil er diesem die Kompetenz zumesse, über Grundsatzfragen und Rahmenbedingungen nachzudenken und daraus entstehende Lösungsansätze umzusetzen.«⁹¹⁸

Edzard Reuter, damals Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, in dessen Haus, wie oben erwähnt, das Gespräch stattfand, wies darauf hin, dass besonders in solchen Zeiten »die öffentlich finanzierte Forschung in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in den westeuropäischen Partnerländern unter einem gewaltigen Legitimationsdruck stehe.«⁹¹⁹ Dieser wohlbekannte Punkt leitete in eine lange Diskussion der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik über. Kurt Biedenkopf merkte dabei an, dass es bisher »keine inhaltlich in die Tiefe gehende Kommunikation zwischen Vertretern der Grundlagenforschung und der politischen Klasse« gebe, worunter er nicht allein SpitzenpolitikerInnen, sondern unter anderem auch leitende VertreterInnen der Medien verstanden wissen wollte. Klaus Pinkau wies abschließend darauf hin, dass auch nachdem besser kommuniziert werde »das Defizit an Umsetzung von Forschungsergebnissen bestehen« bliebe und schlug vor, es ForscherInnen leichter zu machen, Unternehmen zu gründen.⁹²⁰ Ein konkretes politisches Ergebnis dieser inhaltlich interessanten Diskussion, die offenkundige Kontinuitäten zu heutigen Debatten aufweist, war allerdings nicht auf Anhieb vernehmbar.

Es ging hier um nichts weniger als die diskursive Wertigkeit des Topos »Grundlagenforschung«, also um den Kern der Ideologie, neutraler: des Selbstbildes der MPG insgesamt und damit auch um den Autonomieanspruch der Institution.⁹²¹ Wie die oben erwähnten Zusammen-

917 Ebenda, Bl. 2.

918 Ebenda, Bl. 3–4.

919 Ebenda, Bl. 5.

920 Ebenda, Bl. 9.

921 Zur Bedeutung der Selbstzuschreibung »Grundlagenforschung« in der frühen Geschichte der MPG vgl. Carola Sachse: Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss

stellungen der GV-MitarbeiterInnen für den Präsidenten zeigten, bestanden Insidern längst bekannte, reale Verbindungen von MPIs und der Industrie, und zwar nicht nur über das einschlägige MPI für Kohlenforschung. Die Deindustrialisierung der ehemaligen DDR durch die beschleunigte Privatisierung der so genannten volkseigenen Betriebe hätte möglicherweise Chancen zur Forcierung einer engeren Verbindung von Grundlagenforschung und marktorientierten Anwendungen im Osten bringen können – also eine Reindustrialisierung auf neuer Grundlage. So mag sich das Minister Krüger gedacht haben, oder sich gedacht haben können. In der Praxis war es seit der Vereinigung zu einer verstärkten Förderung anwendungsorientierter Forschung, vor allem über die neuen FhG-Institute, ohnehin schon gekommen.⁹²²

Was dies alles mit der Positionierung der MPG in den NBL zu tun hatte, ist Gegenstand des nächsten Fallbeispiels.

III. 5. 3. Die Gründung des IPP-Teilinstituts in Greifswald: Transnationale und regionale Dimensionen

Auf diese Gründungsgeschichte soll hier ausführlicher eingegangen werden, weil sie die Verzahnung regionalpolitischer, nationaler und transnationaler Dimensionen in Verbindung mit der Positionierung der MPG in den NBL sehr anschaulich werden lässt. Anhand dieses Beispiels wird die Bevorzugung der NBL als Ressource im wissenschaftspolitischen Spiel sichtbar. Zudem hing die Idee der Gründung einer Außenstelle des IPP in Greifswald mit der »Standort«-Debatte direkt zusammen und wies über den Minister auch einen personellen Konnex mit den NBL auf, auch wenn hier keine direkte Anbindung der Grundlagenforschung an die Bedürfnisse der Industrie gegeben war.

Eine zentrale Rolle in dieser Episode kam weniger einem institutionellen »Akteur« als vielmehr wieder einmal einer Person zu. Denn es war Klaus Pinkau, seit 1981 wissenschaftlicher Direktor des IPP und seit 1991 Vorsitzender des WR der MPG, der es verstand, die sich neu formierende europäische Forschungspolitik (die ja auch regionale Standorte berücksichtigen wollte) und den Druck aus dem BMFT in Richtung einer Umverteilung der Neugründungen der MPG in den NBL in Richtung Mecklenburg-Vorpommern mit den Interessen seines Instituts an der Finanzierung eines neuen Forschungsreaktors mit bemerkenswertem Geschick zusammenzubringen. Die europäische Dimension des Projekts war schon dadurch gegeben, dass das IPP seit den 1960er Jahren von EURATOM gefördert worden war; die Bewegung hin zu einer europäischen Forschungspolitik in den 1990er Jahren tat ein Übriges dazu. Pinkau berichtete in der Novembersitzung des Verwaltungsrats, dass der Ausbau der Fusionsforschung im Zusammenhang mit dem 4. Rahmenprogramm der EU mit einer »angemessenen« Beteiligung der

das Erkennen vorausgehen». Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Aufl. Berlin: Edition Open Access 2015, 243–268.

922 Vgl. hierzu Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt: Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999, 480.

NBL über die projektierte Außenstelle in Greifswald vonstatten gehen sollte. Die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion habe in diesem Sinne am 19. Oktober eine Kommission eingesetzt.⁹²³ Zacher konnte dieser Initiative wohl schwer widerstehen, verhiess sie doch eine gewichtige Kompensierung für seine eigenen, nicht erfolgreichen Versuche, das deutsche Forschungsförderungswesen Brüssel schmackhaft zu machen.⁹²⁴

Das IPP war am Vereinigungsgeschehen bereits durch die Gründung einer Außenstelle in Berlin beteiligt.⁹²⁵ Nun trat Klaus Pinkau in den Gremien der MPG für etwas Neues ein: Eine neue Forschungsreaktoranlage des Typs Stellarator mit dem Namen Wendelstein 7-X (kurz W-7-X), der als Nachfolger des damals in Garching laufenden Reaktors des Typs Tokamak vorgesehen war, sollte nicht mehr dort, sondern in Lubin nahe Greifswald gebaut und dort eine neue Außenstelle (später Teilinstitut) des IPP um diesen herum eingerichtet werden. Wissenschaftlich gesehen handelte es sich um zwei Wege zum Traum eines kontrollierten Fusionsexperiments. Der Vorteil des Stellarators war unter anderem, dass mit dieser Technik ein nahezu kontinuierlicher Betrieb des Reaktors gewährleistet war, während der Tokamak mit Pulsen arbeitete. In internationaler Perspektive ging es darum, die Position Deutschlands in der Konkurrenz um die westeuropäische Beteiligung am Projekt eines internationalen Thermonuklearen Reaktors (ITER) zu stärken. Im Kontext der Wissenschaftspolitik in der deutschen Vereinigung bedeutete dieser Vorschlag einen Quantensprung, handelte es sich doch um nichts weniger als die Verlegung eines bereits projektierten Großgeräts und damit eines der Kernbestandteile des Garchinger Forschungsprogramms in die NBL.

Der Anstoß kam aber kurz nach der Berufung Paul Krügers als Minister im Mai 1993 von diesem selbst. Im Bericht des MPG-Präsidenten an den Verwaltungsrat am 16. Juni 1993 hieß es, in seinem ersten Gespräch mit Krüger »sei der Max-Planck-Gesellschaft nachdrücklich nahegelegt worden, bei künftigen Einrichtungen primär an die regionale Verteilung – und hier insbesondere an das Land Mecklenburg-Vorpommern – zu denken. So habe der Minister zum Beispiel vorgeschlagen, eine weitere Außenstelle des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald einzurichten.«⁹²⁶

Damit sollte also ein Zusammenhang zwischen der standortfokussierten Politik Krügers, die wir bereits kennengelernt haben, und der Strategie der MPG in den NBL schon zu Beginn seiner Amtszeit hergestellt werden, und zwar ohne Nachweis direkten wirtschaftlichen Nutzens, der im Falle der Fusionsforschung wohl kaum behauptet werden konnte. Möglicherweise genügte dem Minister ein großtechnisches Gerät der Sonderklasse als politisches Zeichen für sein Land

923 Materialien der 160. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1993 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 437.

924 Vgl. hierzu Sachse, Die MPG.

925 Michael Globig: MPG-Vorträge in den neuen Bundesländern. Arbeitsgruppen im Ostteil Berlins eingeweiht. *MPG-Spiegel* 4/1992b, 35–37, 36–37.

926 Niederschrift der 159. Sitzung des Verwaltungsrats vom 16. 06. 1993 in Trier, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP.

und den Osten insgesamt, dessen Aufbau ja von sich aus für neue Arbeitsplätze sorgen müsste. Die Aussicht auf erhebliche Fördermittel der EU waren wohl auch verlockend (siehe unten). Dass oder wie Klaus Pinkau diesen Plan dem Minister zugesteckt hatte – wie vermutet werden kann –, ist den vorliegenden Quellen nicht direkt zu entnehmen. Klar war jedoch, dass die Unterstützung Krügers allein nicht ausreichen würde, um ein solches Vorhaben durchzusetzen. So begann ein komplexes forschungspolitisches Spiel mit mehreren Beteiligten, in dem die politische Symbolik eines Großprojekts steckte und der Wendelstein 7-X zu einem Konter wurde.

Offenbar war eine Vernetzung von europäischer und deutscher Forschungspolitik ein wesentlicher Aspekt des ministerialen Vorstoßes. In seinem aufschlussreichen Vermerk für den MPG-Präsidenten vom 6. Oktober 1993 schrieb Wilhelm Krull über die Motivation Krügers Folgendes:

Der Bundesforschungsminister hat sich dafür ausgesprochen, den W-7-X als eine Alternative für Mecklenburg-Vorpommern fest einzuplanen, falls dieses Bundesland als Standort für ITER nicht in Betracht kommt [...] Minister Krüger wird bereits Herbst dieses Jahres die europäischen Sondierungen für ein europäisches Fusionsprogramm aufnehmen, um im Frühjahr 1994 zu ersten Beschlüssen zu kommen. Er möchte möglichst alle Entscheidungen während der deutschen EG-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte 1994 fällen.⁹²⁷

Derselbe Vermerk verdeutlichte aber auch andere, forschungsinnenpolitisch wichtige Aspekte. So hielt Krull fest, dass das Vorhaben Personaltransfers in großem Stil mit sich bringen musste: Pinkau habe im September schon Gespräche mit dem Bundesminister und dem bayerischen Ministerpräsidenten geführt, letzterer habe eine Verlagerung von Kapazitäten nach Greifswald »akzeptiert«.⁹²⁸ Allerdings hieß es dort auch, dass für das IPP »die Errichtung eines Arbeitsbereichs in Greifswald nur denkbar« sei, »wenn zugleich die Gesamtpersonalkapazität des Instituts um circa 100 erhöht wird. Dies bedeutet, dass der im Zusammenhang mit der Überprüfung der Großforschungseinrichtungen gefasste »Deckelungsbeschluss« für das IPP aufgehoben werden müsste.«⁹²⁹

Dass dies alles Folgen für die bis dahin stabile Verteilung der Forschungsförderung in diesem finanziell gewichtigen Feld haben musste, war im Vermerk Krulls auch Thema. Dort hieß es dazu: »Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Aufbau eines Fusionsstandortes Greifswald

927 Wilhelm Krull, Vermerk für den Präsidenten. Materialien zur 160. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1993 in München, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP.

928 Ebendort. In einem späteren Vermerk Krulls heißt es, dass »knapp ein Viertel der derzeit rund 840 Planstellen dem Standort Garching verlorengehen« könnte. Wilhelm Krull, Notiz für den Präsidenten zur Vorbereitung des Gesprächs mit Minister Zehetmair, 24. 02. 1994. Materialien zur Niederschrift des 136. Sitzung des Senats am 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 43, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

929 Ebenda, Bl. 2.

langfristig mit negativen Konsequenzen für Jülich verbunden ist.« Das eigene Konzeptpapier des IPP zum Projekt, das Krull vorlag, ging auf diesen Aspekt besonders ein und hob hervor,

dass der Aufbau eines zusätzlichen Fusions-Forschungsstandorts Greifswald in der gegenwärtigen Phase der Fusionsforschung nicht von innen heraus zu begründen ist. *Er muss politisch gewollt sein*, um die zusätzlichen Kosten- und Personalprobleme zu rechtfertigen. Ein Anknüpfungspunkt und Rechtfertigungsgrund ergibt sich aus der möglichen Qualifikation des Standortes Lubmin für D.-T.-Fusionsexperimente. Er verlangt, dass Teile der Fusionsforschung aus den alten Bundesländern dorthin transferiert werden, ohne den hohen Stand der Forschung zu schädigen.⁹³⁰

Auch das Kuratorium des IPP war sich über die forschungsstrategischen, sprich: verteilungspolitischen Implikationen im Klaren. In seiner Stellungnahme vom 18. November 1993 empfahl es, »bei den künftigen Entwicklungen, um die Ressourcen in der Fusionsforschung zu bündeln, nicht mehr als drei Standorte in Deutschland vorzusehen.« Zwar empfahl das Gremium, »den eingeschlagenen Weg weiterzugehen«, man wollte die Entwicklungen aber »nicht zuletzt auch in der Sorge um die Lebensfähigkeit des bestehenden Instituts in Garching aufmerksam beobachten. Eine politische Klärung sollte so rasch wie möglich herbeigeführt werden.«⁹³¹ Dass ein derart weitgehender, forschungspolitisch brisanter Vorstoß überhaupt geschehen konnte und dass Pinkau in diesem Zusammenhang unabhängig von der MPG-Leitung Gespräche mit Minister Krüger und auch im BKA zustande bringen konnte, spricht dafür, dass dieses Großprojekt nicht allein aus finanziellen, sondern auch aus Gründen der politischen Symbolik Aufmerksamkeit auf sich zog. Ein Zeichen des Interesses des Forschungsministers für dieses Vorhaben war sein Besuch am IPP in Garching am 16. Dezember 1993.⁹³²

1994 steuerte man im Sinne der politischen Intentionen des Ministers relativ zügig auf eine Entscheidung im MPG-Senat zu. In einem Brief an Zacher vom 22. Februar gab ihm Pinkau ausführlichen Rat darüber, wie das Ganze politisch einzufädeln sei.⁹³³ Wenn eine »Grundsatzentscheidung« im Juni geschehen soll, dann wäre diese durch »eine erste Diskussion« in der März-sitzung gründlich vorzubereiten:

Angesichts der Tatsache, dass manche interessierte Partei im Sitzungsraum anwesend sein wird (Bundesforschungsminister Krüger, der bayerische Staatsminister Zehetmair, Prof.

930 Ebenda, Bl. 2–3. Hervorhebung durch MGA.

931 Beschluss des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik. Sitzung vom 05. 11. 1993. Betr.: W-7-X, 10. 11. 1993. Materialien der 160. Sitzung des Verwaltungsrats vom 18. 11. 1993 in München, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP.

932 Isami: Bundesforschungsminister besucht IPP. *MPG-Spiegel* 1/1994, 26.

933 Zum Folgenden vgl. Pinkau an Zacher, 22. 2. 1994. Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Stuttgart-Vaihingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 215–221. Ebenfalls in den Materialien zur Senatssitzung am selben Tage: Materialien der 136. Sitzung des Senats vom 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 325–329.

Treusch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der GFE), schien mir eine gründliche Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes erforderlich zu sein

– dann könnte der Beschluss im Juni »als Routine« durchgehen. Wenn Zacher das auch so sehe und den von Pinkau verbreiteten »Sprechzettel« verwenden möge, dann wäre es »wahrscheinlich richtig, wenn Sie vorher beim Bundesminister Dr. Krüger nachfragen und möglicherweise auch Herrn Staatsminister Zehetmair einweihen würden.«

Mit »Sprechzettel« meinte Pinkau ein mitgeschicktes Statement, in dem von einem zweistufigen Verfahren und einer eventuellen Beteiligung der EG in Höhe von 45 Prozent der Gesamtkosten die Rede war. Diesem lag wiederum eine Karte der physikalischen Institute in Greifswald und ein Bauplan des Teilinstituts bei.⁹³⁴ Mit der Beisteuerung dieser Unterlagen übernahm Pinkau sogar einen Teil der Aufgabe der GV, die normalerweise für die Vorbereitung solcher Gesprächsvorlagen zuständig war.

In der Senatssitzung selbst stellte Pinkau die europäische Dimension des Projekts, welche dieses überhaupt erst möglich werden ließ, zum ersten Mal ausführlich dar und machte auch unmissverständlich klar, warum das Projekt gerade jetzt zur Diskussion anstand.⁹³⁵ Voraussetzung dafür, dass das IPP innerhalb des 4. europäischen Rahmenprogramms eine Förderung in Höhe von 230 Millionen DM für dieses Großexperiment (Gesamtvolumen etwa 500 Millionen) erhalte, sei es, dass der Bund sich mit 55 Prozent daran beteilige. Minister Krüger »habe seine Bereitschaft signalisiert, diese Zusage zu geben, wenn der Stellarator in Greifswald erreicht werde. Das IPP sei von der Wichtigkeit dieses Projekts so überzeugt, dass mindestens zwei seiner Direktoren und eine Zahl von Mitarbeitern bereit seien, nach Greifswald zu gehen.« Das zweistufige Genehmigungsverfahren auf europäischer Ebene geben den zeitlichen Rahmen vor. Die grundsätzliche Entscheidung einer Aufnahme in die europäische Förderung sei am 22./23. März (zwei Wochen nach der bevorstehenden Senatssitzung) zu erwarten. Der zweite Schritt beinhalte »die detaillierte Kostenprüfung«; bis zu deren Beginn im Mai müsse »die prinzipielle Finanzierungszusage des Bundes vorliegen.« Auch in diesem Fall kam also die Ressource Zeit, genauer: eine selbst für vereinigungspolitisch erprobte Leute ungewöhnliche Knappheit derselben zum Tragen. Auf die regionalpolitische Dimension vergaß Pinkau nicht: So habe das IPP »bereits mit dem Ministerpräsidenten, der Kultusministerin und dem Oppositionsführer in Mecklenburg-Vorpommern über die Realisierung des Projekts beraten.«

In der sich anschließenden Diskussion spielte Europa allerdings keine Rolle. Vielmehr blieben die Beteiligten, darunter Minister Krüger, die als Präsidentin der BLK amtierende Marianne Tidick und der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt, bei der innerdeutschen Standortdebatte mit allgemeinpolitischem Einschlag. Dabei agierte Krüger offen als Anwalt Mecklenburg-

934 Ebenda.

935 Zum Folgenden vgl. Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11. 03. 1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 15, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

Vorpommerns und nicht des Bundes.⁹³⁶ Die Bundesfinanzierung für den Aufbau der MPIs in den NBL sei nun »gesichert« und er freue sich über das Engagement Pinkaus, »zumal es in den neuen Ländern erhebliche Defizite in der Großgerätforschung gebe.«⁹³⁷ Auf die Frage Ehrhardts, was nun mit der Außenstelle des IPP in Berlin geschehen sollte, antwortete er, dass er nichts gegen eine Verlegung nach Greifswald hätte, weil »das Land Mecklenburg-Vorpommern aufgrund zentralistischer Entscheidungen des SED-Staats bei der Zuteilung von Forschungsstandorten stark benachteiligt worden« sei, weshalb ein Beschluss der Föderalismus-Kommission, »– vereinfacht gesagt – Forschungseinrichtungen nach Möglichkeit von Berlin nach Mecklenburg-Vorpommern zu verlagern«, gerechtfertigt sei. Daraufhin wagte Tidick die Aussage, dass die Benachteiligung des Nachbarlandes ebenso »unstrittig« sei wie die ihres eigenen Landes Schleswig-Holstein vor der Vereinigung. Wohl stichhaltiger war ihre Frage danach, »ob ein so hohes und zur Hälfte national zu finanzierendes Projekt angesichts der andernorts vorhandenen Infrastruktur [...] vertretbar sei.« Pinkau schlug sich tapfer und entgegnete, dass es sich nicht um Infrastruktur, sondern um »Projektkosten für ein im europäischen Verbund sehr hoch bewertetes Projekt handele.« In der Vergangenheit habe sich der Bund auf das Qualitätsurteil der Europäer verlassen können.

Das Kalkül Pinkaus, mit dieser Diskussion im Vorfeld politischen Dampf abzulassen, ging auf. Gleichwohl überließ er nichts dem Zufall; die entscheidende Senatssitzung im Juni wurde von Garching aus gründlich vorbereitet. Dort fokussierte man insbesondere die finanzielle Seite. Wie ein Mitarbeiter des IPP an Hasenclever im April schrieb:

Der BMFT beabsichtigt, mit seinem Finanzierungsanteil den Ausgaberrahmen einzuhalten, den er schon seit Jahren für die Fusionsforschung eingesetzt hat, nämlich 200 MDM/a. Dies soll u. a. durch Rückführung der Zuwendungen bei KFA Jülich erreicht werden, aber auch unser Institut wird zugunsten der Außenstelle Greifswald Haushaltsmittel verlieren.⁹³⁸

Die Kosten für den Bau des Stellarator-Experiments in Greifswald wurden mit 120 Millionen DM geschätzt, die von 1995 bis 2002 zu stemmen seien; die 45 Prozent-Beteiligung Deutschlands sollte zwischen dem Bund und dem Land Mecklenburg-Vorpommern zum für GFes gewohnten Verhältnis von 90:10 aufzubringen sein. Man verhehlte nicht, dass Personalkosten durch Transfers aus Garching entstehen würden, meinte aber, diese weitgehend in Garching intern abdecken zu können. In einem Folgeschreiben mahnte man die Einbringung klarer Kostangaben in die Senatssitzung an, »weil sich wegen des Streits von Bund und Ländern über den 5 %-Beschluss [gemeint war die Fortsetzung des 5x5-Beschlusses von 1989 über 1995 hinaus,

936 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, Bl. 15–17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP.

937 Ebenda, Bl. 16.

938 Dr. E. J. Meusel an Hasenclever, 11.04.1994, Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 264–266.

MGA] Widerstände gegen ein neues Großprojekt in der Senatssitzung aufbauen könnten, denen man durch eine abgesicherte Unterlage vorbeugen möchte.«⁹³⁹

Im April kam die Zusage des Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns Berndt Seite. Hier nahm er eine völlig andere Haltung ein als vor zwei Jahren, als es um die Ansiedlung von MPIs in seinem Land gehen sollte (siehe Abschnitt IV.2). Nun hoffte er, »dass die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Max-Planck-Institutes [sic!] in Greifswald zügig geschaffen werden können« und versprach, sich bei seinem Landsmann (und Parteifreund) Minister Krüger »dafür persönlich« einzusetzen.⁹⁴⁰ Im Juni, kurz vor der Senatssitzung, traf die Zusage Krügers ein, die allerdings mit Bedingungen versehen war. Die Infrastrukturkosten (120 Millionen DM über 6 Jahre) sollten nicht vom Bund, sondern vom Land getragen werden, aber die Landesbeteiligung sollte 10 Prozent insgesamt nicht übersteigen. Nun hoffte er, dass der Senatsbeschluss möglich sein werde, wies aber darauf hin, dass der eigentliche Baubeschluss erst dann erfolgen könne, »wenn die entsprechenden Zusagen seitens der EU und des Landes Mecklenburg-Vorpommern gesichert sind. Dies wird, so ist zu hoffen, 1995 der Fall sein.«⁹⁴¹ Offen blieb, woher die in Aussicht gestellten Bundesmittel eigentlich kommen sollten.⁹⁴²

Im Vorfeld zu dieser Senatssitzung unternahm Pinkau einen weiteren außergewöhnlichen Schritt: In einer langen Mitteilung an Zacher vom 10. Mai, die er mit »Tableau für den Präsidenten: Konsequenzen der W-7-X-Entscheidung« überschrieb, buchstabierte er Schritt für Schritt die Hintergründe des Projekts und alle politischen Dimensionen seiner Förderung – forschungspolitische Aspekte, internationale Auswirkungen und »nationale Erfordernisse« – aus, um Zacher gründlich zu informieren und vor Fragen aus dem Senat zu warnen. Zwar konnte Pinkau dabei auf technische Details nicht komplett verzichten, aber er ging offensichtlich davon aus, dass er mit Zacher, Hasenclever und den zuständigen GV-MitarbeiterInnen mit LeserInnen zu tun hatte, die keine NaturwissenschaftlerInnen waren. Das Dokument verkörperte eine Art Wissenschaftskommunikation außerhalb der Öffentlichkeit mit sehr kleinen Sender- und Empfängerzahlen. Der wichtigste Punkt stand aber am Schluss: »Fällt dieser Beschluss jetzt, so haben das Greifswalder Institute und das Projekt W 7-X eine sehr hohe Verwirklichungschance, auch bei veränderter politischer Lage. Fällt er jetzt nicht, würde das ein sehr schwerer Schaden für das (weltweite) Fusionsprogramm sein.«⁹⁴³

939 Meusel an Krull, 04.05.1994. Ebenda, fol. 263.

940 Berndt Seite an Zacher, 14.04.1994, Vgl. Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 261.

941 Krüger an Zacher, 26.05.1994, Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162. VP, fol. 140–141.

942 Andere Unklarheiten im Detail bemühte sich Edmund Marsch in Korrespondenz mit MitarbeiterInnen des Ministeriums zu klären. Marsch, Vermerk zum TOP 3.2 Senat: Gründung eines Teilinstituts des Garching Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald, 1.6.1994, Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162. VP, fol. 107–108, sowie Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 249–250.

943 Pinkau an Zacher, Tableau für den Präsidenten: Konsequenzen der W 7-X-Entscheidung, 10.05.1994, Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162. VP, fol. 14–21, hier:

Im Sinne eines gekonnten Umgangs mit tradierten institutionellen Praktiken war der Beratungsvermerk von Martin Steins, Mitarbeiter der GV, dazu zu begreifen, wie der bevorstehende Gründungsbeschluss einzuordnen sein sollte. Der Vorgang sei prinzipiell analog zur Gründung einer Abteilung, doch diese Einrichtung sei wohl zu groß und wichtig dafür. Er schlug daher vor, den Satzungsteil § 13.1 in Anspruch zu nehmen, der besagt, dass der Senat Angelegenheiten der MPG regeln kann, »die nicht explizit durch die Satzung der Hauptversammlung vorbehalten sind«, und empfahl nachdrücklich, keine Satzungsdiskussion in der Sitzung aufkommen zu lassen. Zacher nahm diesen Rat selbstverständlich an.⁹⁴⁴

Unmittelbar vor der Senatssitzung am 7. Juni 1994 traf die Finanzierungszusage der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns ein, woraufhin der VR dem Senat die Gründung des Teilinstituts empfahl, diesmal »vorbehältlich der Sicherstellung der Finanzierung durch nationale und europäische Zuwendungsgeber.«⁹⁴⁵

Die Senatssitzung selbst verlief wieder unkonventionell; Zacher verzichtete noch einmal auf einen allgemeinen Bericht, um der Diskussion des Projekts Raum zu geben. Die vorangegangene Debatte im März hatte jedoch – neben den Finanzierungszusagen des BMFT und Mecklenburg-Vorpommerns – ihre Wirkung getan: Das Vorhaben wurde nicht mit Kritik bedacht – wie das im Falle der geisteswissenschaftlichen Forschungszentren in derselben Sitzung der Fall war (siehe unten Abschnitt III.5.4.) –, sondern allseits begrüßt. Die Möglichkeit von Schließungen im Westen oder Kürzungen im Budget der GFE Jülich wurde dabei explizit zur Kenntnis genommen. Marianne Tidick wiederholte ihre Bedenken aus der vorigen Sitzung und enthielt sich der Stimme. Der Gründungsbeschluss fiel dann fast einstimmig, mit der einen Enthaltung.⁹⁴⁶ Der Rahmenvertrag zwischen der MPG und dem Land Mecklenburg-Vorpommern wurde kurz danach am 19. Juli 1994 unterzeichnet.

Aufmerksame LeserInnen dieser Analyse werden antizipiert haben, dass damit die Angelegenheit keinesfalls zu Ende war; schließlich waren (und sind) die Gründungsbeschlüsse des MPG-Senats niemals das Ende, sondern markierten erst den eigentlichen Anfang des Gründungsprozesses. Mit dem Abtritt des Ministers Krüger im November 1994 war dem Vorhaben ein wichtiger Alliiertes verlorengegangen und das Projekt lief danach in der Tat nicht so glatt weiter. Einige wenige Hinweise sollen die politischen Probleme, die in der Folge auftauchten, verdeutlichen.

fol. 21. Ebenfalls in: Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 26–33, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 59–68.

944 Vermerk Martin Steins an den Präsidenten, 18. 5. 1994. Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162. VP, fol. 113–114.. Ebenfalls Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 26–33, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP.

945 Niederschrift der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162. VP.

946 Niederschrift der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, Bl. 9–13, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP. Siehe auch den Beschlusstext am Ende der Niederschrift.

So berichtete Pinkau in der Senatssitzung am 11. November 1995, dass die Finanzierung des Greifswalder Teilinstituts »in eine Krise« geraten sei, weil der Nachfolger Krügers, Jürgen Rüttgers, in einem Interview mit der NZZ die Zusage des Bundes in Frage gestellt habe. Pinkau erläuterte die komplexen Verhandlungen und berichtete, dass die europäische Finanzierung gesichert und das Land Mecklenburg-Vorpommern in Vorleistung des Bundes gegangen sei. Im Rahmen der sich anschließenden, sehr offenen Diskussion regte der Berliner Senator Ehrhardt ein Gespräch aller Beteiligten beim Bundesminister an.⁹⁴⁷

Laut eines vorbereitenden Vermerks aus der GV zu diesem Thema lagen die Gründe der zögerlichen Haltung des Bundes zum einen im zurückgehenden amerikanischen Engagement im ITER-Programm und zum anderen in einer

Protokollnotiz von acht EU-Mitgliedsstaaten (darunter Frankreich) zum W 7-X-Mitfinanzierungsbeschluss des Europäischen Rates. In dieser Notiz wird auf niederländische Initiative angeregt, neben der Überprüfung des Projektes auf Wirtschaftlichkeit einen Vergleich zu den Kosten durch andere Methoden der Energiegewinnung (gemeint ist u. a. der Schnelle Brüter) anzustellen.⁹⁴⁸

Hinzu kamen Verwicklungen mit der IPP-Außenstelle in Berlin, die sich schon früher angebahnt hatten. Dem dortigen, aus Garching eingesetzten Leiter Gerd Fussmann, der an die HU Berlin berufen werden sollte, widerstrebt die Verlegung der Außenstelle nach Greifswald, weil damit seiner Meinung nach die Arbeit der Einrichtung »um Jahre zurückgeworfen« wäre, zumal schon Kooperationen mit Berliner Einrichtungen begonnen worden waren.⁹⁴⁹ Zugleich gab es offenbar Widerstände gegen die Integration einer großen Gruppe von FusionsforscherInnen an der HU. Senator Ehrhardt setzte sich unter anderem deshalb (entgegen der Position Pinkaus) für ein »An-Institut« ein und betonte, dass eine Förderung des Landes Berlin nur für diese Lösung zu haben sein würde.⁹⁵⁰ Am 16. 11. 1995 erklärte sich der VR bereit, den Vorschlag Pinkaus zur Zukunft der Außenstelle zu unterstützen, wenn diese Lösung »die Entwicklung des IPP an den Standorten Garching und Greifswald nicht in Frage stellt«, nicht mehr als 30 Stellen umfasst und »sowohl gesellschaftsrechtlich wie auch arbeitsrechtlich sichergestellt« sei, dass die Einrichtung spätestens 2007 – also mit der Emeritierung Fussmanns – »zuverlässig endet.«⁹⁵¹ Hier kam die betriebswirtschaftliche Expertise des VR zur Geltung.

947 Niederschrift der 141. Sitzung des Senats vom 17. 11. 1995 in München, Bl. 15–17, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP.

948 Christine Gieraths, Vermerk für den Herrn Präsidenten betreffend der finanziellen Situation der IPP-Außenstelle Greifswald, 13. 11. 1995, Materialien der 141. Sitzung des Senats vom 17. 11. 1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 227.

949 Wilhelm Krull, Vermerk zur Berufung Gerd Fussmanns, 22. 06. 1993, Materialien der 141. Sitzung des Senats vom 17. 11. 1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 269–270.

950 Pinkau an Zacher, 14. 11. 1995. Ebenda, fol. 213–214; Ehrhardt an Pinkau 09. 11. 95, ebenda, fol. 215–216.

951 VR-Beschluss am 16. 11. 1995. Ebenda, fol. 211.

Neben den europäischen, nationalen und Berliner Dimensionen kamen nun auch noch Schwierigkeiten bei der Ausführung der Aufbaupläne vor Ort zum Tragen. In einem Vermerk zum so genannten Haushalt B (also zum eigenen, getrennten Haushalt des Garching Instituts) hieß es dazu: »Während das Institut von einem Baubeginn im Frühjahr 1996 ausgeht, rechnet der Bund damit, dass aufgrund der Terminvorgaben ein Baubeginn erst im Laufe der zweiten Jahreshälfte realisiert werden kann.« Des Weiteren hieß es:

Mit einem Zuschuss von insgesamt 119 Mio. DM konnte sich das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik nicht einverstanden erklären, da in der Konsequenz zu befürchten wäre, dass der Aufbau in Greifswald – entgegen früherer Zusagen – zu Lasten des Stamminstituts in Garching durchgeführt werden müsste.⁹⁵²

Weitere Details würden hier zu weit führen. Dass der Sellarator einen bedeutenden Fortschritt auf diesem Forschungsgebiet markiert, ist unbestritten. Dessen Neubau wurde jedoch erst 2000 übergeben und der Wendelstein AS erst 2002 stillgelegt, um dem Wendelstein 7-X Platz zu machen, doch auf der Webseite des IPP liest man, dass das Teilinstitut 1994 »eröffnet« wurde. Zum 25. Gründungsjubiläum 2019 wurde das Gründungsdatum mit dem Datum des oben genannten Rahmenvertrags zwischen der MPG und dem Land Mecklenburg-Vorpommern angegeben.⁹⁵³

III. 5. 4. Die Krise der geisteswissenschaftlichen Zentren und die Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien⁹⁵⁴

Wie oben (Abschnitt III.2.2.) ausgeführt, wurde die Gründung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungszentren vom WR 1991 auf Vorschlag der von Jürgen Kocka geleiteten AG Geisteswissenschaften als wissenschaftspolitische Innovation empfohlen. Dass diese Empfehlung von der Rektorenkonferenz, aber auch anderen Akteuren sofort in Frage gestellt wurde, ist ebenfalls schon oben berichtet worden. Die Frage der institutionellen Zuordnung dieser Zentren war von Anfang an schwierig. Eine Betreuung durch die MPG wurde bereits während der Evaluierung angedacht; statt der Eingliederung in das bestehende Minerva-Programm wurde

952 Vermerk zum Haushalt B (o. D.), Materialien der 141. Sitzung des Senats vom 17. 11. 1995 in München, Bl. 4–5, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP.

953 pro-physik.de: 25 Jahre IPP Greifswald. Weltweit größter Stellarator Wendelstein 7-X demonstriert in Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeit des Fusionsdauerbetriebs, 26. 07. 2019. <https://www.pro-physik.de/nachrichten/25-jahre-ipp-greifswald>. Zuletzt aufgerufen am 06. 02. 2020; Max-Planck-Institut für Plasmaphysik: Geschichte des IPP. <https://www.ipp.mpg.de/9982/geschichte>. Zuletzt aufgerufen am 06. 02. 2020; Isabella Milch: Fusionsanlage Wendelstein 7-AS stillgelegt – Bilanz einer Erfolgsgeschichte. *Max-Planck-Institut für Plasmaphysik*, 5. 8. 2002. https://www.ipp.mpg.de/ippcms/de/presse/archiv/06_02_pi. Zuletzt aufgerufen am 6. 2. 2020.

954 Die Bezeichnung »Geisteswissenschaftliche Forschungszentren« (GWZs) wurde für diese Einrichtungen in den Empfehlungen des Wissenschaftsrat 1991 gebraucht. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991. In anderen Unterlagen – auch solchen der MPG und der Einrichtungen selbst – wurden sie »Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte« genannt. Der Einfachheit halber – und auch deshalb, weil noch eine dritte Bezeichnung als »Kollegs« in die Diskussion gebracht wurde – wird im Folgenden die Bezeichnung »Zentren« und das Kürzel GWZs weitestgehend beibehalten.

wie berichtet die Gründung einer eigenen Tochtergesellschaft, die »Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben mbH« nach dem Vorbild der Trägerin des Minerva-Programms beschlossen (siehe Abschnitt III.2.2.3.). Die Betreuung der Zentren – oder Forschungsschwerpunkte, wie sie innerhalb der MPG genannt wurden – wurde Wieland Keinath, einem Mitarbeiter der GV, übertragen, dessen Verwaltungskompetenz und gradliniger Arbeitsstil später allseits gelobt wurden.⁹⁵⁵ Die Zentren bzw. Forschungsschwerpunkte wurden zunächst provisorisch an Standorten im Osten Berlins (teilweise in den Räumen früherer Zentralinstitute der AdW in der Prenzlauer Promenade) untergebracht; in der Folge kam es zu Übersiedelungen an Standorte in Berlin Mitte und in Brandenburg.⁹⁵⁶

Die unterschiedlichen Gründungsgeschichten der einzelnen Zentren bzw. Forschungsschwerpunkte können hier nicht alle behandelt werden. Stattdessen wird die überaus kontroverse Auseinandersetzung um die Zentren und ihre Zukunft innerhalb der MPG als Beispiel dafür besprochen, wie die deutsche Vereinigung – entgegen der anfänglichen Erwartungen mehrerer der leitenden bundesdeutschen Beteiligten – zu einer Herausforderung wurde für das »bewährte« (O-Ton Heinz Riesenhuber) bundesrepublikanische Hochschul- und Wissenschaftssystem und auch für die MPG als Teil dieses Systems. Es ging hier um einen konfliktreichen Umgang mit institutionellen Ressourcen, genauer: um die Frage, inwiefern die MPG willens und in der Lage gewesen war, diese auch für sie nicht einfache zu handhabende strukturelle Herausforderung als Chance wahrzunehmen, rückwirkenden Einfluss auf die Wissenschaftspolitik zu gewinnen und dadurch nicht nur als reaktive Größe in diesem Politikbereich zu agieren. Dabei geht es aber auch um die Frage, inwiefern die ausgewählten MitarbeiterInnen der AdW, um deren Erhalt für die Wissenschaft es ursprünglich ging, ungewollt zu Kontern in diesem wissenschaftspolitischen Spiel wurden.⁹⁵⁷ Im zweiten Teil des Abschnitts soll das Zentrum (der Forschungsschwerpunkt) zeithistorische Studien nicht *pars pro toto*, sondern als Beispiel für eine Zuspitzung des Kampfes um diese Innovation betrachtet werden, die sich innerinstitutionell, aber auch in der Öffentlichkeit abspielte und deshalb für eine kurze Zeit die Aufmerksamkeit des BKA auf sich zog. Wie zu zeigen sein wird, stand in diesem Moment die Zukunft des ganzen Programms auf dem Spiel. Daran anschließend soll das zähe Ringen mit mehreren Beteiligten um die endgültige Festlegung der Zukunft der GWZs beziehungsweise ihrer Folgeeinrichtungen skizziert werden.

Die Empfehlungen des WR sahen für die GWZs eine Befristung bis Ende 1994 vor. Nur deshalb war die naturwissenschaftlich dominierte MPG überhaupt bereit, die Betreuung dieses Fremd-

955 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici. Leipzig 26. Februar 2020, DA GMPG, ID 601060; Mitchell G. Ash: Interview mit Jürgen Kocka. Berlin 4. April 2019, DA GMPG, ID 601053.

956 Für Informationen hierzu vgl. Wieland Keinath: Entstehungsgeschichte der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte. In: Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München: Walter Biering GmbH, 1992, 9–14, hier: 12.

957 Ein klares Beispiel hierfür, der Forschungsschwerpunkt bzw. das Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, wurde bereits im Zusammenhang mit der Gründungsgeschichte des MPI für Wissenschaftsgeschichte (Abschnitt III.4.3.2.1.) kurz besprochen.

körpers anzunehmen. Schon die Verwaltung über eine Tochtergesellschaft signalisierte, dass im Gegensatz zu den anderen Programmen der MPG in den ersten Vereinigungsjahren das Institutsprinzip in diesem Falle keine zentrale Rolle spielen sollte. Obwohl der Gedanke, dass aus den Zentren vielleicht MPG-Einrichtungen hervorgehen könnten, in den Empfehlungen des WR nicht prinzipiell ausgeschlossen worden war, hatte die GWS im Februar 1992, wie oben (Abschnitt III.4.3.2.1.) berichtet, beschlossen, diese Möglichkeit nur für die Erforschung der europäischen Aufklärung und für die Wissenschaftsgeschichte zu prüfen. Damit lagen die GWZs anfangs quer zur sonst für das Handeln der MPG grundlegenden Unterscheidung zwischen »originären« und »induzierten« Institutsneugründungen. Im März 1993 wurde die Gründung eines MPI für Wissenschaftsgeschichte tatsächlich beschlossen, weshalb das Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie nicht fortgeführt wurde. Ab 1994 blieben also von den ursprünglichen sieben nur mehr sechs GWZs übrig.

Über die Betreuung der GWZs hinaus hatte der WR der MPG die Aufgabe übertragen, »die weitere konzeptionelle Ausgestaltung der Zentren und ihre institutionelle Entwicklungsperspektive in einer oder mehreren ihrer Kommissionen« erörtern zu lassen und »ein Votum zur Institutionalisierung [...] bis spätestens Mitte 1994« vorzulegen.⁹⁵⁸ Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde die »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften« unter dem Vorsitz des damaligen Vizepräsidenten Franz Emanuel Weinert (Direktor am MPI für psychologische Forschung in München) eingesetzt, welche die Gründung der GWZs und die Besetzung der dazugehörigen Stellen bereits beaufsichtigt hatte. Die vom WR gesetzte Dreijahresfrist hatte sich aber »angesichts des – nicht nur politischen – Erwartungsdrucks als untragbar lang erwiesen«, weshalb sich die Kommission zum Ziel setzte, ihre Empfehlungen noch im selben Jahr abzugeben, damit der WR eine Stellungnahme zur Zukunft der Zentren Mitte 1993 vorlegen könne.⁹⁵⁹

Nachdem Weinert die Stellungnahme der Kommission jedoch erst im März 1993 kurz vor der Senatssitzung übergab, berichtete Zacher darüber zunächst mündlich. Damit kam diese Angelegenheit mitten in der Finanzkrise der MPG zur Sprache (siehe Abschnitt III.4.1.). In diesem Kontext kam es in der Senatssitzung wieder einmal zu einem harten Schlagabtausch mit prominenter Beteiligung, diesmal über die GWZs. Dabei ging es unter anderem auch um die wissenschaftspolitische Grundsatzfrage des Engagements der MPG in den NBL als Innovationschance. In seinem Bericht betonte Zacher, dass seine Idealplanung die Zentren miteinschloss, »nicht weil die Gesellschaft die Zentren behalten wolle, sondern weil sie das Risiko nicht eingehen könne, dass am Ende für die Zentren keine Mittel zur Verfügung stünden.« Es gäbe seitens der anderen Wissenschaftsträger »zwar Vorbehalte, für die Grundsätze aber eine breite Zustimmung«, sowohl der Typus »Forschungskolleg« als auch eine möglichst enge Bindung an

958 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 119.

959 Bericht zu TOP 2: Förderungsmaßnahmen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. TOP 2.1 Stand der Entwicklung. Beratungsziel: Unterrichtung des Senats im Sinne einer Zwischenbilanz über die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Drehbuch der 130. Sitzung des Senats vom 13.03.1992 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 130.SP, fol. 419.

die Universitäten würden befürwortet. Ob dies in Form von »In- oder An-Institute« geschehe, hielt er für eine »Begriffs- und weniger für eine Sachfrage.«⁹⁶⁰ Die darauffolgende Diskussion zeigte, dass mehr als begriffliche Nuancen im Spiel waren.

So warf Helmut Schmidt scharf ein, dass angesichts der realen 40-prozentigen Arbeitslosenrate in den NBL und Verhältnissen, die mit jenen, die zur Wahl Adolf Hitlers geführt hatten, vergleichbar seien, solche Einrichtungen nicht gerade dringend seien.⁹⁶¹ Die anderen Stellungnahmen fielen weniger grundsätzlich aus, sondern kreisten um das Für und Wider einer Angliederung der Zentren an die Universitäten, die eine Struktur-, aber auch eine Finanzierungsfrage war. Während der sächsische Minister Meyer sich gegen eine »Abwanderung der Forschung aus den Universitäten« aussprach,⁹⁶² verwies Senator Ehrhardt auf eine gemeinsame Presseerklärung der Ministerien für Forschung und Technologie und für Bildung und Wissenschaft vom 2. März 1993, welche eine Integration der geisteswissenschaftlichen Forschung in die Hochschulen befürwortete. Diese Position stünde nach Ehrhardt im Widerspruch zur innovativen Intention des WR, die GWZs »als Ergänzung der Forschungs-Struktur in Deutschland zu empfehlen«, der Vorschlag »käme einer Vernichtung dieser Idee gleich.« Die Hochschulen seien mit der Integration von 1900 Leuten aus dem HEP und WIP Programmen »überfordert« und der Bund schiebe die Finanzierung der Zentren den Ländern zu. Daher komme es zur Beunruhigung an den Zentren, weil unklar sei, wie es nach 1995 weitergehe. »Auf keinen Fall dürfe die innovative Idee des Wissenschaftsrates durch den Versuch einer nicht finanzierbaren uneingeschränkten Integration in die Hochschulen vernichtet werden.«⁹⁶³ Dagegen hielt HRK-Präsident Erichsen (wie er es seit 1991 stets getan hatte) die Zentren für eine gegen die Universitäten gerichtete Initiative und warf Ehrhardt und Meyer vor, allein finanzpolitisch zu argumentieren.

Als Vertreter des MPG-Denkens in dieser Debatte trat neben Zacher selbst der ehemalige MPG-Präsident und nunmehrige Ehrensensator Reimar Lüst auf. Dieser verwies darauf, dass eine Hochschulferne, wenn diese zementiert wäre, dazu führen könnte, »dass diese Einrichtungen nicht mehr geschlossen werden könnten.« Wie Zacher sprach sich auch Lüst für ein Modell ähnlich der von der DFG geförderten SFBs aus, weil diese zeitlich begrenzt seien. Den NBL sollte bei deren Finanzproblemen geholfen werden, doch dürfe »keine Festschreibung von Dauereinrichtungen in Kauf genommen werden, die dem Wissenschaftssystem der Bundesrepublik langfristig nicht zuträglich seien. Der überwiegende Teil der Grundlagenforschung sei auch in Zukunft an den Hochschulen zu leisten.«⁹⁶⁴

960 Niederschrift der 133. Sitzung des Senats vom 19.03.1993 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 18.

961 Ebenda, fol. 13–14.

962 Ebenda, fol. 19.

963 Ebenda, fol. 20.

964 Ebenda, fol. 21.

Als Reaktion auf die scharfe Kritik an dem vorgelegten Entwurf nahm sich die Kommission eine Überarbeitung ihrer Empfehlungen vor. Die der GWS-Sektion am 24. Mai 1993 und dem Senat im Juni vorgelegte, überarbeitete Fassung nahm von ihrem ersten Vorschlag jedoch nichts zurück, sondern legte eine weitere Alternative vor.⁹⁶⁵ Nach dieser sollte »keine eigene Institution geschaffen, sondern auf eine konventionelle Organisationsform zurückgegriffen werden [...] (>An-Institute< bzw. >Inter-Institute<)<, wobei »in der Wahl der Rechtsform [...] relativ große Freiheit bestehen« sollte. Was die Finanzierung betrifft, »sollte jedem Forschungskolleg eine vom Sitzland oder durch Gemeinschaftsfinanzierung aufzubringende Grundausstattung in Höhe von etwa 40 % des Gesamtetats zur Verfügung gestellt werden«. Eine

möglichst bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu lokalisierende Ergänzungsausstattung sei von den Kollegs – anders als bei den Blaue-Liste-Instituten – in Konkurrenz mit den jeweils anderen einzuwerben, um von Anfang an – und nicht erst bei einer Evaluation nach zehn Jahren – die wissenschaftliche Bewährung eines Kollegs beobachten zu können.

Weil genügend freie Wissenschaftlerstellen für möglichst viele qualifizierte Gäste da sein sollten, würden nicht alle der derzeit an den GWZs beschäftigten WissenschaftlerInnen aus der ehemaligen AdW bleiben können. Für diese seien kw-Stellen vorzusehen, »um die Zentren nicht in das Dilemma zu bringen, zwischen sozialer und wissenschaftlicher Fürsorge auf der einen und einer auf den Wechsel unter den Wissenschaftlern aufbauenden Programmatik auf der anderen Seite entscheiden zu müssen.« Dieser Vorschlag kam dem tatsächlich realisierten Modell recht nahe.

Das Für und Wider aller Optionen wurde im Senat noch einmal eingehend, jetzt vornehmlich von Ehrhardt, Erichsen und Weinert diskutiert, wobei die Kritik an die Vereinslösung überwog. Dabei zeigte sich Erichsen offener gegenüber den Zentren als früher, zumal eine An-Institut-Lösung in Reichweite zu sein schien. Danach entschied sich Zacher, die von Weinert vorgelegte Fassung der Empfehlungen der Präsidentenkommission an den WR ohne Änderungen und auch ohne die in der Diskussion vorgetragenen, kritischen Stellungnahmen gegen die Vereinslösung weiterzuleiten, »da die Auseinandersetzung über die gesamten Empfehlungen der Präsidentenkommission – bestehend aus Grundlinien und zwei Modellen – vor den Wissenschaftsrat gehöre.«⁹⁶⁶

In einem Gespräch mit Weinert und Keinath am 26. April und auch in einer späteren Stellungnahme im Oktober begrüßten die kommissarischen LeiterInnen aller sechs GWZs die prinzipiellen Empfehlungen der Präsidentenkommission »nachdrücklich«, weil »Forschungseinrichtungen neuer Art sollen eingerichtet werden«. Damit trete die ursprüngliche Rolle der Zentren als »Auffanginstitution« für positiv evaluierte ForscherInnen aus den AdW-Instituten »hinter

965 Vgl. zum Folgenden die Ausführungen von Weinert, Niederschrift der 134. Sitzung des Senats vom 17. 06. 1993 in Trier, Bl. 7–8, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP.

966 Ebenda Bl. 16.

der langfristigen Zielsetzung zurück, die institutionellen Grundlagen der geisteswissenschaftlichen Forschung in Deutschland zu verbessern.« Konkret sprachen sie sich für »einen festen Kern« unbefristeter Mitarbeiterstellen (»mindestens ein Drittel«), »selbständige [...] unabhängige Haushalte« und vor allem eine »langfristige Existenz« von »zumindest 12–15 Jahren« sowie die Anstellung zumindest eines hauptamtlichen Leiters als »unabdingbare« Bedingungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Zentren aus. Unter den beiden im Kommissionsbericht formulierten Optionen sei ein gemeinsamer Verein der Institutionalisierung als »An-Institute« der Universitäten »eindeutig vorzuziehen«, weil diese Lösung die Zusammenarbeit der Zentren untereinander begünstige, dem »überregionalen Auftrag« der Zentren entspreche und ihre »überlokale Wirkung« fördere.⁹⁶⁷

Nach dem Erhalt der Empfehlungen aus der MPG setzte der WR wie üblich eine AG ein, aber die »Empfehlungen zur Förderung der Geisteswissenschaftlichen Zentren« erschienen erst mehr als ein Jahr später.⁹⁶⁸ Mit der Verschiebung im zeitlichen Verlauf kam die Fungibilität der Ressource Zeit wieder ins Spiel, denn die Dienstverträge der GWZ-MitarbeiterInnen sollten Ende 1994 enden. Zur Krise kam es im März 1994, als unklar zu werden begann, ob der WR noch in diesem Jahr zu einer endgültigen Stellungnahme finden würde. In seiner Sitzung im März nannte der VR dies »eine Zumutung« und stellte die Möglichkeit von Verhandlungen einer Verlängerung der Betreuung durch die MPG um ein Jahr in Aussicht. Das sollte aber nur geschehen, »wenn tatsächlich nötig«, und nur mit Einverständnis der DFG und der HRK: Dabei müsste von Seiten des Wissenschaftsrates bestätigt werden, dass zum einen »eine dauernde Förderung geisteswissenschaftlicher Forschungszentren *nicht* als Aufgabe der Max-Planck-Gesellschaft gesehen werde«, die bestehende Betreuung gleichwohl eines breiteren institutionellen Rahmens bedürfe, vom WR »eine Frist für den endgültigen Beschluss festgelegt« werde und den GWZs eine Perspektive zu geben sei.⁹⁶⁹ Damit stellte man klar, dass diese Initiative in andere Hände gelegt werden und die MPG als institutionelle Ressourcenkonstellation wie bisher erhalten bleiben sollte, während für die personellen Ressourcen, sprich: die MitarbeiterInnen der GWZs ein Mindestmaß an sozialer Verantwortung gezeigt, aber keine Übernahme durch die MPG vorgesehen werden sollte. Das Angebot einer Verlängerung der Betreuung der GWZs bis Ende 1995 wurde tatsächlich formalisiert und von der BLK im April 1994 angenommen.⁹⁷⁰

Im späteren Frühjahr 1994 schien die Angelegenheit voranzukommen. So berichtete Keinath an Zacher im Mai, dass es zu einer »gemeinsamen Position« der DFG, der HRK und der MPG gekommen sei, die intern mit Weinert, Krull und Beatrice Fromm abgestimmt sei, und die er

967 Stellungnahme der Kommissarischen Leiter zu den Empfehlungen der Präsidentenkommission vom 24. Mai 1993, 05. 10. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 380–383. Vgl. Wieland Keinath, Vermerk für den Präsidenten: Gespräch mit den kommissarischen Leitern der Forschungsschwerpunkte am 26. 04. 1993, 22. 04. 1993 [sic!]. Ebenda, fol. 50–60.

968 Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zu den geisteswissenschaftlichen Forschungszentren*. Köln 1994.

969 Materialien der 161. Sitzung des Verwaltungsrats vom 10. 03. 1994 in Stuttgart-Vaihingen, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161. VP. Hervorhebung im Original.

970 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1994*, 1994, 32.

nun bitte, in einem Schreiben an die Wissenschaftsorganisationen umsetzen zu dürfen.⁹⁷¹ Worin diese Position bestand, formulierte der Vorsitzende des WR, der Münchener Zoologe Gerhard Neuweiler, in einem Brief an Zacher am selben Tag, ebenfalls nach Absprache mit Weinert und Krull – aber auch nachdem er in einer ausführlichen Diskussion mit dem DFG-Präsidenten Frühwald von dessen Bereitschaft erfuhr, den GWZs durch ein »neues Förderinstrument« zu helfen. Die Arbeitsgruppe Geisteswissenschaften des WR hatte sich demnach wie folgt geeinigt:

[W]ir wollen die Einrichtung über die sechs bestehenden, z.Z. von der Max-Planck-Gesellschaft betreuten Institutionen hinaus als allgemeines Förderinstrument etablieren. Die Geisteswissenschaftlichen Zentren sollen entweder von einer oder mehreren Universitäten, mit oder ohne zusätzliche außeruniversitäre Einrichtungen gegründet werden, wobei die Grundausstattung (etwa ein Drittel des gesamten Finanzaufkommens) vom Land beziehungsweise den Universitäten aufgebracht werden müssen. Die Ergänzungsausstattung soll nach den üblichen Evaluierungsverfahren der DFG in einem SFB ähnlichen Verfahren vergeben werden. Mit diesem Ergebnis könnten wir vermutlich den Durchbruch geschafft haben. Vom Bund werden freilich bis zur Stunde keinerlei Finanzierungsmöglichkeiten angeboten.⁹⁷²

Mitten in diese langwierigen Verhandlungen platzte der Skandal um das GWZ (den Forschungsschwerpunkt) zeithistorische Studien in Potsdam. Wie sogleich zu zeigen sein wird, ist die Geschichte dieser Einrichtung in verschiedener Hinsicht einmalig (und auch einmalig brisant). Gleichwohl mag sie als Beispiel für die spezifische Verflechtung institutioneller und politisch-diskursiver Ressourcen, die hier zum Tragen kam, relevant sein. Wie oben schon angedeutet wurde und nun zu belegen ist, erregte der Fall politische Aufmerksamkeit an höchster Stelle, was die Fortsetzung der GWZs insgesamt eine Zeit lang zu bedrohen schien.

Das Zentrum (FSP) zeithistorische Studien wurde seit seiner Gründung von Jürgen Kocka selbst kommissarisch geleitet, der dessen Konzept, wie es in die Empfehlungen des WR übernommen wurde, maßgeblich entworfen hatte. Wie berichtet (Abschnitt III.2.3.) hatte er als »Berater« der Präsidentenkommission auch Anteil an der Auswahl der MitarbeiterInnen des Zentrums. Die »Utopie«, wie er das Konzept später nannte, war es, einen Ort zu schaffen, an dem ost- und westdeutsche HistorikerInnen und auch zeithistorisch arbeitende ForscherInnen aus anderen Disziplinen mit ausländischen Gästen zusammenarbeiten oder zumindest ins Gespräch kommen könnten.⁹⁷³ Die institutionellen Ressourcen der GWZs und damit indirekt der MPG sollten zur

971 Keinath an den Herrn Präsidenten, 06.05.1994. Materialien der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162. VP, fol. 96. Keinath hatte eine tabellarische Aufstellung der jeweiligen Positionen zum Vergleich unternommen. Ebenda, fol. 98–103.

972 Neuweiler an Zacher, 06.05.1994, Materialien der 137. Sitzung des Senats vom 09.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 230–231. Nebenbei sei angemerkt, dass sich alle Beteiligten, einschließlich Neuweiler und Frühwald, in München befanden, was die genannten Absprachen womöglich erleichtert hat.

973 Vgl. Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Geisteswissenschaften*, 1991d, 75–82; Forschungsschwerpunkt zeithistorische Studien. In: *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*, 36, hier: 17–18, 24–25. Zur

Realisierung dieses innovativen Konzepts mobilisiert werden. Die personellen Ressourcen, sprich: MitarbeiterInnen wurden überwiegend, wenn nicht zur Gänze aus den geisteswissenschaftlichen Instituten der abgewickelten AdW rekrutiert; darunter waren HistorikerInnen, aber auch Wirtschafts- und Technikhistoriker, eine Soziologin sowie auch KulturwissenschaftlerInnen. Die projektierte »Durchmischung« ließ sich erst langsam an; auf westdeutscher Seite gesellte sich Kocka bald Christoph Kleßmann zu, damals einer der führenden bundesdeutschen Experten zur Geschichte der DDR, der 1992 zum Professor in Potsdam berufen wurde. Unter den ausländischen GastwissenschaftlerInnen waren renommierte Historiker wie Konrad Jarausch und Charles Maier aus den USA.⁹⁷⁴ Die Übersiedlung nach Potsdam wurde vom brandenburgischen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur Hinrich Enderlein tatkräftig unterstützt, der um die neugegründete Universität Potsdam außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter auch Einrichtungen der MPG (siehe auch Abschnitt III.2.2., III.4.3.3.), ansiedeln wollte.

Im Unterschied zu den anderen GWZs war der FSP zeithistorische Studien von Anfang an kontrovers wegen der außerordentlich heftigen Konkurrenz um die Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR, die schon vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten losgetreten wurde.⁹⁷⁵ Dabei ging es niemals allein um Ideen und Forschungsansätze, also um diskursive Ressourcen, sondern auch um institutionelle Vormachtstellung und Fördermittel sowie auch um personelle Ressourcen, sprich: um die Frage, wer über solche Themen eigentlich arbeiten sollte. Anfangs verzahnte sich die Auseinandersetzung mit Kritik am Evaluierungsverfahren. Wie der ostdeutsche Zeithistoriker Fritz Klein in einem offenen Brief an Minister Riesenhuber unter anderem schrieb, sei das Zentrum über die Köpfe der evaluierten ostdeutschen HistorikerInnen hinweg konzipiert worden.⁹⁷⁶ Jürgen Kocka erwiderte Klein sozusagen postwendend in derselben Zeitung: Er sah »keinen besonderen Grund«, Angehörige der AdW-Institute in die Konzipierung der Zentren einzubinden, wie Klein gefordert hat, unter anderem eben deshalb, weil auch ForscherInnen aus dem Westen in diesen mitarbeiten sollten.⁹⁷⁷

Bezeichnung »Utopie« siehe Krijn Thijs: Geschichte im Umbruch. Lebenserfahrung und Historiker-Begegnungen nach 1989. In: Franka Maubach und Christina Morina (Hg.): *Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 386–448, hier: 445; zur Idee des FSP als Begegnungsort unterschiedlicher Erfahrungen vgl. Thijs, Geschichte im Umbruch, 2016, 386–448, hier: 434. Zur öffentlichen Darstellung des Konzepts vgl. Karl-Heinz Janßen: Experten für Diktaturvergleich. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Studien arbeitet an der Geschichte der DDR. *Die Zeit* 26 (25.06.1993).

974 Der Autor dieses Preprints, damals Professor an der University of Iowa, war 1992 als Gastforscher kurz am Zentrum tätig.

975 Vgl. hierzu unter vielen anderen schon Christoph Kleßmann und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39 (1996), 3–14.

976 Fritz Klein: Die evaluierten Historiker melden Widerspruch an. *Der Tagesspiegel* (08.09.1991), 13.

977 Jürgen Kocka: Ein Gutachter erwidert den Evaluierten. Jürgen Kocka zur Begutachtung der geisteswissenschaftlichen Institute der Akademie der Wissenschaften. *Der Tagesspiegel* (12.09.1991), 22.

Potentiell bedrohlicher für das Zentrum war die institutionelle Konkurrenz, namentlich vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München, an dem bereits über die Geschichte der SBZ und der DDR gearbeitet wurde. Schon vor der Gründung des Potsdamer Zentrums, im August 1991, erreichte die MPG die Nachricht vom BMFT, dass der derzeitige Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, Horst Möller, wegen einer Berufung zum Direktor des IfZ verhandelt und zur Bedingung einer Rufannahme erklärt haben soll, »dass es kein zweites Institut für Zeitgeschichte« in Deutschland gebe. Hasenclever meinte, dass Möller unbedingt angehört werden sollte, bemühte sich aber gleichzeitig um Klarstellung in Bonn: »Ich habe versichert, dass die Max-Planck-Gesellschaft keinen Ehrgeiz habe, als MPI eine solche Institution zu gründen.«⁹⁷⁸ Nach seinem Amtsantritt in München wandte sich Möller im Mai 1992 direkt an Zacher mit der Bitte um einen Terminvorschlag, »um nicht noch mehr Zeit verstreichen zu lassen«. Ob ein Treffen damals zustande kam, ist unklar, jedenfalls war man sich in der GV einig, dass Weinert als Vorsitzender der »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften« und nicht Zacher das Gespräch führen sollte, weil Zacher »sich nicht in Gefahr begeben sollte.«⁹⁷⁹ Als Kocka im Juli Weinert über die Arbeit des Zentrums berichtete, betonte er, dass Kooperationen mit Zentren für DDR-Forschung in Mannheim und Erlangen schon eingeleitet würden: Mit dem IfZ in München, an dem die Geschichte der SBZ und der DDR »eine gewisse Rolle spielt« sei eine Kooperation »weiterhin angestrebt«.⁹⁸⁰ Man blieb vorerst auf Distanz; eine Außenstelle des IfZ in Potsdam wurde erst 1993 gegründet.

Trotz dieser Spannungen und der langwierigen Raumsuche war bis 1994 die Produktivität des Konzepts durch einschlägige Publikationen deutlich geworden. Der erste Band der vom Zentrum herausgegebenen Reihe »Zeithistorische Studien«, ein von Kocka betreuter Sammelband mit dem Titel »Historische DDR-Forschung« (1993), zeigte den multidisziplinären Zugang programmatisch auf.⁹⁸¹ Hinzu kamen unter anderem Beiträge von MitarbeiterInnen des Zentrums zum Sammelband »Sozialgeschichte der DDR« (1994).⁹⁸² Mit der Vorstellung einer »durchherrschten Gesellschaft« versuchte Kocka in seinem kurzen Beitrag zu diesem Band eine Alternative zum wertbeladenen Begriff des »Unrechtsstaates« einzuführen und damit zu einer Sozialgeschichte der DDR beizutragen, welche die scheinbare Stabilität der Diktatur nicht allein durch die Anwesenheit sowjetischer Truppen und die Allgegenwart der Stasi zu erklären trachtete.⁹⁸³ Das Konzept des GWZ schien aufzugehen. In einem positiven Zeitungsbericht über die

978 Hasenclever, Vermerk über mein Gespräch in der Abteilung 2 des BMFT (Strub, Knoerich, Zelle) am 8. August 1991 in Bonn, 13.08.1991, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1060.

979 Horst Möller an Zacher, 20.05.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fol. 44–445, sowie die handschriftliche Notiz von Beatrice Fromm, 23/5 darauf.

980 Kocka an Weinert, 06.07.1992, ebenda, fol. 395–396.

981 Jürgen Kocka (Hg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin: Akademie Verlag 1993c.

982 Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR*. Stuttgart: Klett-Cotta 1994.

983 Jürgen Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR*. Stuttgart: Klett-Cotta 1994, 547–553. Vgl. hierzu auch Richard Bessel und Ralph Jessen (Hg.): *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1996.

Arbeitsatmosphäre am Zentrum hieß es: »Mit Macht beginnt die Kollektivwerdung einer bunt-scheckigen Gruppe«; das koste zwar eine Menge Zeit neben der eigentlichen Forschungsarbeit, aber es sei für Kocka »ein Herzensanliegen«, dass die MitarbeiterInnen sich regelmäßig treffen und zu einer Gruppe werden.⁹⁸⁴

Doch gerade der eben beschriebene Rekrutierungsmodus wurde bald zur Angriffsfläche. Ein Hauptkritiker war der »Unabhängige Historikerverband« (UHV), der schon 1990 gegründet und von MitarbeiterInnen der AdW geleitet wurde, die in der DDR-Zeit während ihres Studiums relegiert oder behindert worden waren. Diese riefen nun zum Angriff auf alle Maßnahmen zur Neustrukturierung des Faches in den NBL, die auf eine Einbindung ehemals etablierter ostdeutscher KollegInnen setzten. So begannen sie einen Kampf um institutionelle und personelle Ressourcen mit (fach)politischen Mitteln, aber auch um epistemische Positionen.⁹⁸⁵ In der aufgeheizten Atmosphäre dieser Jahre konnten sie sich medialer Aufmerksamkeit sicher sein. Die inhaltliche Auseinandersetzung wurde in den Medien, aber nicht nur dort, zu einer Besitzstandsdebatte entlang der Frage stilisiert, wem die DDR-Geschichte »gehöre«. Vom Standpunkt des UHV sollten moralische Kriterien mitentscheiden, wer DDR-Geschichte schreiben darf, was auf eine Bevorzugung ehemals relegierter ForscherInnen wie sie selbst hinauslaufen sollte. An diesem Ressourcenkampf waren mehrere Parteien beteiligt: Mit großer Vorsicht kann man von »kritischen« Ostdeutschen im UHV auf der einen und »liberalen« Westdeutschen wie Kocka auf der anderen Seite sprechen. Allerdings arbeiteten einige UHV-Mitglieder am Lehrstuhl Heinrich August Winklers an der HU mit und es gab auch andere Ost-West-Allianzen, beispielsweise das 1991 von den UHV-Mitgliedern Stefan Wolle und Armin Mitter zusammen mit PolitikwissenschaftlerInnen der FU ins Leben gerufene »Berliner Institut für Zeitgeschichte«, aus dem die »Forschungsstelle SED-Staat« an der FU Berlin hervorging.⁹⁸⁶

Der UHV machte den Potsdamer Forschungsschwerpunkt wegen der Beteiligung bekannter DDR-HistorikerInnen zur Zielscheibe der Polemik und ging durchaus moralisierend gegen einzelne Personen vor. Titel in der FAZ wie »Inquisitoren auf der Faultierfarm« oder »Der Bielefelder Weg« machten die Zielrichtung schon deutlich.⁹⁸⁷ Der zweitgenannte Titel sollte die Bielefelder Schule der Sozialgeschichte, die von Kocka mitgeprägt wurde, mit der ehemals

984 Mechthild Küpper: DDR-Zeitgeschichte mit Potsdamer Adresse. Noch sind die geisteswissenschaftlichen Zentren Provisorien / Wie eine Forschergruppe entsteht. *Der Tagesspiegel* (28.03.1993).

985 Zur Analyse dieser geschichtspolitischen Auseinandersetzung vgl. schon Mitchell G. Ash: Geschichtskulturen, Geschichtswissenschaft und der ostdeutsche Historikerstreit. *Geschichte und Gesellschaft* 24/2 (1998), 283–304; sowie neuerdings Thijs, *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 434–448, und Krijn Thijs: Der Unabhängige Historikerverband und die Vereinigung der deutschen Geschichtswissenschaften 1990. In: Matthias Berg et al. (Hg.): *Die versammelte Zukunft. Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000*. Göttingen: Wallstein Verlag 2018, 653–680.

986 Thijs, *Der Unabhängige*, 2018, 653–680, 674. Erst 1994 kam die Potsdamer Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte in München zu dieser Konstellation hinzu, deren Mitglieder sich an der öffentlichen Debatte nicht so stark beteiligten.

987 Armin Mitter und Stefan Wolle: Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (10.08.1993); Armin Mitter und Stefan Wolle: Inquisitoren auf der Faultierfarm. Gestern Bielefeld und Ost-Berlin, heute Potsdam. Wie flexibel dürfen Historiker sein? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (09.09.1993).

orthodoxen Parteilinie in der Kulturpolitik («Bitterfelder Weg» genannt) verbinden – die Anspielung mag vielleicht damals leichter zu verstehen gewesen sein als heute. Kocka trat ebenfalls in der FAZ für das GWZ-Konzept ein und wehrte sich vehement gegen den Vorwurf seitens des UHV, es wären hier bereits in der Vorwendezeit entstandene »Seilschaften« zwischen westdeutschen HistorikerInnen und ehemals etablierten DDR-WissenschaftlerInnen im Spiel.⁹⁸⁸ Schließlich versuchte er seinerseits auf Liberalität zu setzen, in dem er – gegen den Rat des eigenen Fachbeirats – die führenden Mitglieder des UHV zu einer Podiumsdiskussion zum Thema »Die SED und die Historiker« am 8. Dezember 1993 nach Potsdam einlud. Die streckenweise tumultartig verlaufene Veranstaltung brachte trotz der Beteiligung ausländischer Gäste keine Entspannung, sondern zeigte die Fronten in aller Härte auf.⁹⁸⁹

Nach den Angriffen des UHV sah der konservative Bonner Ordinarius Konrad Repgen die Zeit für einen Querschuss gekommen, den er bezeichnenderweise in der Zeitung des Bundes »Freiheit der Wissenschaft« im März 1994 abgab.⁹⁹⁰ Dort referierte er die Angriffe von Mitter und Wolle gegen Kocka und das GWZ und meinte, dass die Vorwürfe wegen Ost-West-»Seilschaften« durch »eine unabhängige Instanz« untersucht werden sollten; träfen sie nicht zu, dann stünde den Betroffenen »öffentliche Genugtuung« zu. Aber vielleicht sei dies unnötig, schrieb er weiter, weil es sich frage, ob eine Einrichtung wie diese, für die »1991 einiges sprechen mochte, überhaupt noch in die wissenschaftspolitische Landschaft von 1994 passt.« Schließlich gäbe es ja schon das IfZ, das ein überzeugendes Forschungsprogramm auf diesem Gebiet besitze und eine Außenstelle in Potsdam schon eingerichtet habe, sowie die Lehrstühle für Zeitgeschichte, die Graduiertenkollegs schaffen und mit anderen Fächern zusammenarbeiten könnten. Damit verband Repgen eine innerdisziplinäre mit einer wissenschaftspolitischen Stellungnahme, die im Sinne des HRK Partei ergriff.

Als der Mitarbeiter am Zentrum Olaf Groehler, ehemaliger Vizedirektor des Zentralinstituts für Geschichte der AdW und ein auch im Westen geschätzter Historiker, im Juli 1994 durch eine Flugblattaktion auf einer öffentlichen Tagung über Widerstand im Nationalsozialismus und nach 1945 im Potsdamer Landtag als IM des MfS seit den 1950er Jahren enttarnt wurde,⁹⁹¹ erreichte diese Kampagne einen Höhepunkt, und zwar just in dem Moment, als es anscheinend,

988 Jürgen Kocka: Auch Wissenschaftler können lernen. Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam. Eine Entgegnung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (25.08.1993), 31; Jürgen Kocka: Infamer Seilschafts-Vorwurf. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02.10.1993), 2. Auch MitarbeiterInnen des GWZ meldeten sich zu Wort, unter anderem mit Erfahrungsberichten über die Kompromisse, die zu einer Historikerexistenz in der DDR gehörten. Vgl. Peter Hübner: Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (08.09.1993), 36.

989 Der Autor dieser Zeilen saß auf diesem Podium zwischen Wolle und Mitter und kam sich dabei vor wie der neutrale Körper zwischen zwei Polen eines vollgeladenen Stromkraftwerks.

990 Konrad Repgen: Wer soll unsere Zeitgeschichte erforschen? *Freiheit der Wissenschaft* 1 (1994), 13–14.

991 Zum Text des Flugblatts vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Dr. Armin Mitter, Dr. Stefan Wolle. Erklärung. Potsdam, den 24. Juni 1994. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 892, fot. 94. Vgl. Martin Sabrow: Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989. In: Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht (Hg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*. München: C. H. Beck 2003, 114–137, 135; Thijs, *Der Unabhängige*, 2018, 653–680, 678. Der Autor dieser Zeilen war Zeuge dieser Flugblattaktion.

wie oben berichtet, zu einem Durchbruch zugunsten der Empfehlung des WR für die Zentren insgesamt gekommen zu sein schien. Die Nachricht kam sofort in die Tagespresse.⁹⁹²

Mit dieser Zuspitzung kam ein Thema zum Tragen, das schon zu Beginn der Tätigkeit der MPG in den NBL diskutiert worden war, nämlich das Fehlen einer systematischen, verpflichtenden Überprüfung der ostdeutschen GWZ-MitarbeiterInnen auf etwaige leitende Positionen in der SED oder Stasi-Mitarbeit. Weil die MitarbeiterInnen des Potsdamer Zentrums befristete Angestellte einer GmbH waren, gab es keine Pflichtnachfrage bei der Gauck-Behörde, wie sie für Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst bestand; der oben (Abschnitt III.3.2.2.) erwähnten Betriebsvereinbarung zufolge mussten sie lediglich mit ihrer Unterschrift attestieren, dass sie nicht für das MfS zusammengearbeitet hatten und dass sie sich bewusst seien, dass eine Falschaussage Folgen nach sich ziehen könnte.⁹⁹³ Jürgen Kocka kam seinem auf Anfrage in einem Zeitungsartikel, also öffentlich abgegebenen Versprechen nach, beim Nachweis der Richtigkeit der Vorwürfe arbeitsrechtliche Konsequenzen folgen zu lassen. Nachdem Groehler ihm in einem Gespräch eine Mitarbeit bei dem MfS ab 1957 und damit eine Falschaussage auf dem von ihm abgegebenen Fragebogen gestanden hatte, wurde er gemäß des im Dezember 1991 festgelegten Prozedere mitsamt Anhörung des Betroffenen, Integritätsausschuss und Benachrichtigung des Betriebsrats »aus wichtigem Grund« gekündigt.⁹⁹⁴ Kocka nannte die notwendige Entlassung Groehlers eine seiner schwersten Niederlagen im Vereinigungsgeschehen.⁹⁹⁵

Dass die Kontroverse bis in die ›hohe Politik‹ rezipiert wurde, belegt ein Aktenbestand des BKA aus dieser Zeit. Die Akte wurde angelegt wegen einer Anfrage des Philosophen Lothar Kreiser, Philosophieprofessor in Leipzig und Mitglied des WR, ob die Zukunft der geisteswissenschaftlichen FSP gesichert oder gefährdet sei. Beim BKA lag zu dieser Zeit auch ein Brief der Bundestagsabgeordneten Dorothee Wilms (CDU) an Staatsminister Anton Pfeiffer mit einem »Exposé zur politischen Notwendigkeit einer weiteren Auseinandersetzung mit Ursache, Struktur und Folgen der SED-Diktatur« vor.⁹⁹⁶ In dem Brief äußerte sich Wilms wohlwollend über das oben genannte neue Forschungszentrum zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur. So verzahnte sich der Kampf um Ressourcen für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit der Debatte um die Zukunft der Förderung der GWZs.

In einem späteren Vermerk Ende Oktober 1994 wurde der Konnex konkret. Dort erläuterte der zuständige Ministerialrat Heidorn vom BKA die »haushälterischen Vorbehalte« des BMF gegen die im Sommer erreichte und dem WR zur Stellungnahme übergebene Lösung. Nach Auffas-

992 Manfred Robers, Stasi-IM und Stolpe-Mitarbeiter warb um West-Historiker. *Die Welt am Sonntag*, 10.07.1994, BArch, B 136/101527, Bl. 112.

993 In einem Brief an Weinert vom 24.03.1994 sprach Kocka von einer »freiwilligen« Anfrage bei der Gauck-Behörde. Vgl. Thijs, *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 443.

994 Zum Kündigungsvorgang vgl. AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893, fot. 87–93.

995 Thijs, *Geschichte im Umbruch*, 2016, 386–448, 444.

996 Willms an Pfeiffer 11.07.1994. BArch, B136/101527.

sung des BMF sollte diese Initiative in den Geisteswissenschaften nicht zum Präzedenzfall für eine Bundesfinanzierung auf Dauer werden (dies ähnelte der oben zitierten Argumentation von Reimar Lüst). Das BMFT unterstützte aber den WR, »hier eine neue Spalte der Bund-Länder-Förderung zu erhalten«, auf die man solche Zentren im Westen »später umstellen könnte«. Staatsminister Pfeiffer, Bundestagsabgeordnete Wilms und WissenschaftlerInnen aus der Enquete-Kommission hingegen »sympathisieren mit der Haltung des BMF, insbesondere weil das Potsdamer Zentrum zeithistorische Studien in seiner wissenschaftlichen Ausrichtung und in seiner personellen Besetzung problematisch erscheint.« Zweck eines Gesprächs könnte sein, »eine separate Lösung« für Potsdam zu finden, die »eine Mindestsicherheit gibt, dass keine einseitige ideologische Ausrichtung erfolgt«, aber die anderen fünf Zentren in der vom WR empfohlenen oder einer anderen Konfiguration von Bund und Ländern zu fördern.⁹⁹⁷ Dieser Vorschlag scheint zwar nicht aufgegriffen worden zu sein, aber dass er überhaupt erwogen wurde zeigt, wie schwierig diese Situation zu werden drohte.

Auch nachdem sich die Kontroverse um das Potsdamer Zentrum nach der Entlassung Groehlers etwas gelegt hatte, ging die wissenschaftspolitische Diskussion weiter. Im Zuge der Erarbeitung eines Antwortschreibens an Lothar Kreiser im August erhielt MR Heidorn im BKA von Harmut Grübel im BMFT eine klare Zusammenfassung der ziemlich vertrackten Verhandlungslage.⁹⁹⁸ Demnach war das Thema eigentlich bis November vertagt. Bis dahin sei bei der DFG zu klären, ob man das vorgeschlagene Förderinstrument »allgemein für tragfähig und im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für finanzierbar hält« und zustimmt, mit dem von der AG des WR vorgeschlagenen neuen Modus zu fördern – nicht mehr 50:50 Bund-Länder-Finanzierung, sondern Universitäten als Träger einer von bis zu 1/3 (= 10 DauermitarbeiterInnen) Grundausstattung durch das jeweilige Sitzland und bis zu 2/3 durch »Projekt-mittel, die bei der DFG einzuwerben sind«. Wie oben berichtet, bestätigte Grübel, dass das BMF eine weitere Förderung der GWZs ab 1995 ablehnte, weil diese »reine Ländersache« seien. Staatssekretär Ziller sei aber bereit, sich wieder für eine Weiterförderung einzusetzen, wenn die DFG zu einem positiven Ergebnis kommt. Das BMFT sei jedoch wie die HRK für eine möglichst enge Anbindung der Geisteswissenschaften an die Unis und der Bund habe schon mit einer 50:50-Finanzierung seit 1992 »einen wichtigen Beitrag geleistet.« Das BMBW hielt dagegen, dass kein neues Förderinstrument im Bereich der Geisteswissenschaften nötig sei.

Im September schrieb Frühwald an den neuen WR-Vorsitzenden Karl-Heinz Hoffmann, dass der Bestand der Schwerpunkte nun bedauerlicherweise »nicht mehr gesichert« sei, doch sei eine »mehrjährige Übergangsförderung« ohnehin nötig. Hasenclever habe in der BLK-Sitzung am 31.5. schon erklärt, »dass die Forschungs-Schwerpunkte aufgelöst werden müssen, wenn eine Zukunftsperspektive in Gestalt einer institutionellen Lösung nicht bis Anfang 1995 gefunden wird.« Ohne eine Bund-Länder-Finanzierung der Übergangszeit sei die Frage an die

997 Heidorn an Frau Gruppenleiterin 33, 28. 10. 1994. Zur Unterrichtung. Ebenda, Bl. 131–132.

998 Vgl. zum Folgenden Grübel an MR Heidorn, 02. 08. 1994. Ebenda, Bl. 58–59.

DFG nun »gegenstandslos«. Die DFG habe schon Anträge aus den Zentren gefördert; Gutachten hätten aber ergeben, dass »längerfristig angelegte, interdisziplinäre und kooperative kulturwissenschaftliche Forschungsvorhaben im Sinne des Empfehlungsentwurfs nur dann sinnvoll konzipiert und gefördert werden können, wenn eine institutionelle Basis für eine längere Zeit gesichert ist.« Der SFB-Modus stehe den Zentren auch offen, aber der Wettbewerb um diese sei sehr intensiv und ein »Vorrang« für die GWZs (bzw. FSPs) sei nicht möglich. Wie Frühwald noch einmal herausstrich, geht es hier jedoch um »die Einführung eines neuen Förder-Instruments sui generis für die Geisteswissenschaften«; die Mittel dafür können nicht aus dem SFB-Topf »abgespalten werden«. Für die Initiative sei er gern zu haben, aber nur mit zusätzlich bewilligten Mitteln; eine Beurteilung würde dann nach den Richtlinien für SFBs erfolgen.⁹⁹⁹ Wieder einmal war man der Sache nach prinzipiell für eine innovative Neugestaltung der institutionellen Ressourcenkonstellation, aber nicht bereit, dafür finanzielle Ressourcen aus dem eigenen Etat bereitzustellen.

Franz Emanuel Weinert berichtete nun in der Novembersitzung des Senats, dass die neue Perspektive für die GWZs von der wissenschaftlichen Kommission des WR befürwortet wurde. Eine entsprechende Empfehlung wurde aber in der Sitzung des WR-Plenums von 6.–8. Juli 1994 nicht beschlossen, weil die Finanzierung »strittig geblieben« sei. Der Präsident habe in Gesprächen mit der HRK, der DFG, dem WR und anderen stark auf eine Lösung »hingewirkt« und dabei betont, dass »ein zusätzliches Förderinstrument für die Geisteswissenschaften in Deutschland gebraucht werde, und dass dieses eine finanzielle und eine institutionelle Komponente habe«. Der WR solle das neue Konzept am 11. November empfehlen. Weinert betonte, dass die MPG auch über Ende 1995 hinaus »zu jeder Hilfe« bei der Etablierung der Zentren bereit sei. WR-Vorsitzender Hoffmann bestätigte, dass alle Wissenschaftsorganisationen »an einem Strang gezogen hätten«. Die BLK habe die benötigten Mittel noch nicht bewilligt, aber der Bund habe nun doch eine entsprechende Förderung in Aussicht gestellt. Weinert gab sich zuversichtlich, dass eine Lösung noch im Laufe des Jahres 1995 gefunden werde und bemühte sich um eine möglichst rasche Gründung der Zentren, damit diese bei der DFG antragsfähig würden. Er hoffte, »dass Bund und Länder sich in ähnlich unkonventioneller Weise wie 1990 und 1991 bei der Gründung von Instituten verständigen könnten.«¹⁰⁰⁰

Tatsächlich kam es am 11. November 1994 zu den entsprechenden Empfehlungen des WR.¹⁰⁰¹ In einem zusammenfassenden Vermerk hieß es dazu: Der WR empfehle das neue Instrument der DFG bundesweit, also nicht als Sonderinstrument für die GWZs oder die NBL. Dass der DFG zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt werden, trage das BMF aber nicht mit, solle aber in einer Fußnote angemerkt werden. Trotzdem: »Für die bestehenden sechs FSP in den NBL konnte die

999 Frühwald an Hoffman, 30.09.1994. Ebenda, Bl. 128–129, Antwort auf: Hoffmann an Frühwald, 24.08.1994. Ebenda, Bl. 126–127.

1000 Niederschrift der 138. Sitzung des Senats vom 18. 11. 1994 in Frankfurt am Main, Bl. 4–6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP.

1001 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme Forschungszentren*, 1994.

Linie des BMFT durchgesetzt werden; die Länder gründen »möglichst noch 1995« die sechs Zentren. Die Länder finanzieren den Kern (ca. 1/3), einschl. Investitionen, Gästehäuser, und kw-Stellen« für MitarbeiterInnen. Für den DFG-Teil habe der Staatssekretär Ziller zugesagt, »sich beim BMF um eine zeitlich befristete und degressive Anschubfinanzierung für die DFG zu bemühen.« Aber »eine Fortführung der derzeitigen MPG-Finanzierung der bestehenden sechs FSP über den 31. 12. 1995 hinaus hat St [Staatssekretär Ziller, MGA] abgelehnt«. Die Finanzierung des bundesweiten Modells solle in der BLK erörtert werden, Ziller würde eine Beteiligung der Länder an der Anschubfinanzierung dort nochmals aufgreifen.¹⁰⁰²

Ein Vermerk zur Vorbereitung der Senatsitzung der MPG im selben Monat November deutete die Schwierigkeiten an, die noch bevorstanden: Der Präsident erörterte die verzwickte Beratungslage (siehe die eben zitierte Mitteilung Hartmut Grübels). Die Länder willigten ein, für die Grundausrüstung ab 1996 zu sorgen, aber nicht für alle MitarbeiterInnen, der Bund sagte dies auch nicht zu. Anträge sollen bis zum 15. Mai an die DFG gestellt werden, um den Drittmittelanteil ab 1996 sicherzustellen. Ein neuer »Gründungsbeirat« habe am 23. Mai und 12. Juni unter der Leitung Weinerts getagt:

Dabei zeigte sich, dass es weiterhin großer Anstrengungen der Sitzländer, der beteiligten Universitäten, der Forschungsschwerpunkte und der begleitenden Fürsorge der Wissenschaftsorganisationen bedarf, wenn das angestrebte Ziel, einen innovativen Ansatz zur Förderung der Geisteswissenschaften zu etablieren, in den kommenden Jahren erreicht werden soll.¹⁰⁰³

Nicht ganz grundlos äußerten sich die kommissarischen GWZ-Leiter im Gespräch mit Keinath Ende November skeptisch darüber, ob die DFG ihren Teil des Plans realisieren würde. Es drohte die Entlassung mehrerer FSP-MitarbeiterInnen in die Arbeitslosigkeit und eine Einschränkung der Innovationschancen.¹⁰⁰⁴

Auch in diesem Fall wie in dem des IPP-Teilinstituts in Greifswald brachte der nunmehr erreichte Kompromiss die Angelegenheit nicht gleich zu Ende. Anfang Februar 1995 waren die GWZs noch immer nicht formell gegründet, weil die Länder im Unterschied zur oben beschriebenen Haltung des BMF die Angelegenheit als »Altlast des § 38 EV« und daher als Angelegen-

1002 Hocks an Herrn Staatssekretär, 14. 11. 1994: Vermerk zur Sitzung des Wissenschaftsrats am 09.–11. 1994. Zusammenfassung der Ergebnisse. BArch, B 136/101527 (w.o.), Bl. 136–137. Unterstreichung durch den Empfänger.

1003 Entwicklungen in den Neuen Bundesländer, hier 4.1.: Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren vom 11. November 1994. Unterrichtung des Senats, Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22. 06. 1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 11 verso – 12 verso und fol. 205–206.

1004 Keinath, Vermerk: Gespräch mit den kommissarischen Leitern der Forschungsschwerpunkte am 25. 11. 1994, 28. 11. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 893, fol. 1–2. Bei diesem Gespräch vertrat nunmehr Konrad Jarauschk statt Kocka den FSP zeithistorische Forschung.

heit des Bundes betrachten wollten.¹⁰⁰⁵ In derselben Besprechung der Allianz, dem BMBWFT und den Ländern, in denen die Zentren gegründet werden sollten, erklärte sich die DFG nunmehr »bereit, Anträge auf leistungsbezogene ›Ergänzungsausstattung‹ entgegenzunehmen. Wissenschaftliche Qualität vorausgesetzt, erfolgt die Förderung ab 1. 1. 1996 für zunächst 2 Jahre«. Nach positiver Begutachtung stellte die DFG jetzt sogar »eine längerfristige Projektförderung bis zu 12 Jahren in Aussicht.« Das BMBWFT erklärte sich seinerseits bereit, sich um eine »degressive Anschubfinanzierung« zu bemühen. Die Mittel für diese längerfristige Förderung durch die DFG wären ab 1996 im BMBWFT-Haushalt »außerhalb des DFG-Titels anzubringen.«¹⁰⁰⁶

Frühwald führte am 23. März 1995 in der BBAW mit mehreren Beteiligten ein Gespräch zum Thema, welches die nun endlich gefundene Lösung offenbar weiterbrachte.¹⁰⁰⁷ In einem Vermerk an Anton Pfeiffer am 5. April hieß es jetzt, das BMBWFT werde versuchen, die Anschubfinanzierung im Rahmen einer Nachfolgeregelung des 5x5-Beschlusses zu sichern. »Nur wenn dies scheitert, soll auf die außerhalb des DFG-Titels veranschlagten Mittel zurückgegriffen werden. [...] Die Gründung der GWZ ist dank des besonderen Einsatzes von Prof. Frühwald auf gutem Wege.« Der Gründungsbeirat sei auch seine Initiative. Allerdings wurde auch einschränkend angemerkt: »Im Hinblick auf die ansonsten sehr hohen Qualitätsansprüche der DFG dürfte diese zumindest bei einigen Förderanträgen aus den GWZ ›gezwungen‹ sein, Zugeständnisse zu machen, um das Projekt GWZ nicht vorzeitig scheitern zu lassen.«¹⁰⁰⁸

Bekanntlich kam es nicht zu einem neuen bundesweiten Förderungsmodell für die Geisteswissenschaften – das mühsam verhandelte Modell der Mischfinanzierung blieb vorerst eine Sonderlösung für die GWZs. Später kam es tatsächlich zu den angestrebten Neugründungen der einzelnen Zentren, aber in unterschiedlichen Modi je nach Sitzland. Zur »Umgründung« des Zentrums zeithistorische Studien kam es laut dessen Webseite 1996, aber immerhin nach dem eben skizzierten Mischfinanzierungsmodell und mit einer Laufzeit von zunächst 12 Jahren.¹⁰⁰⁹ Die mittelfristige Haushaltsplanung der MPG für 1995–1998 sah entgegen der ursprünglichen Planung nun doch weiterhin Bedarf für die GWZs vor.

Als kurzes Zwischenfazit der Überlegungen in diesem Abschnitt sei festgehalten, dass keine der drei eben dargestellten krisenhaften Problemsituationen bis 1995 endgültig gelöst wurden.

1005 Philipps an Steiner-Hoffmann, 03.02.1995. BArch, B 136/101527, Bl. 138.

1006 Vorschlag zu Gesprächsführung. Ergebnis der Besprechung an der HRK am 03.02.1995 zwischen der Allianz, dem BMBWFT und den Zentren-Ländern. Ebenda, Bl. 145–147, 146.

1007 Schneider, Aktennotiz über die wesentlichsten Ergebnisse der Besprechung über die GWZ am 24. März 1995 in der BBAW. Ebenda, Bl. 148.

1008 Steiner-Hoffmann an Pfeiffer, 05.04.1995: Vermerk über den Sachstand zum Thema GWZ. Ebenda, Bl. 157, 158. Unterstreichung im Original.

1009 Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam: Geschichte, 10.06.2015. <https://zzf-potsdam.de/de/institut/geschichte>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2020.

Trotzdem scheint es nach dem Abgang Paul Krügers im November 1994 und dem Einzug des (sich selbst so titulierenden) »Zukunftsministers« Jürgen Rüttgers in das nunmehr zusammengeführte Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft Forschung und Technologie weniger krisenhaft weiterzugehen. Die Frage, ob das Verhältnis der MPG zur ›hohen Politik‹ nun glücklich geregelt war oder sich dieses lediglich innerhalb der nunmehr üblichen Bahnen der neuen Bundesrepublik zu bewegen begann, muss anderweitig besprochen werden.

III. 5. 5. Exkurs: Reflexivität oder Begleitforschung?

Am Ende der in diesem Beitrag entworfenen Phasenlehre soll nun eine weitere Betrachtungsebene kurz angesprochen werden – der Einsatz diskursiver Ressourcen zur Formulierung bzw. zur Bewusstwerdung des Geschehens im Verlauf desselben. Die wissenschaftliche Reflexion über die deutsche Vereinigung begann wie die politische Reflexion sofort während der Ereignisse selbst und wurde zu einer ständigen Begleiterscheinung des Prozesses. Dies gilt selbstredend auch für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Neben den vielen, oft interessengetriebenen Polemiken wurde wissenschaftliche Reflexion häufig als Instrument der Kritik eingesetzt, später kamen zahlreiche Beispiele hinzu, in denen die eigene Erinnerung als Hilfe zur Ehrenrettung der Wissenschaft in der DDR zum Einsatz kam.¹⁰¹⁰ Gab es ausschließlich solche Wege, so darf gefragt werden, oder können wir im vorliegenden Falle von der Entstehung genuin neuer wissenschaftlicher Ansätze durch eine Reflexion der eigenen Erfahrung sprechen?

Beispiele eines solchen Wissenschaftswandels durch Reflexivität gibt es aus anderen politischen Umbruchzeiten zur Genüge; man denke nur an die großen Vertriebenen der Nazizeit (wie Theodor W. Adorno, Kurt Lewin, Hannah Arendt, Marie Jahoda und viele mehr), die das Nachdenken über die eigene politische und rassistische Verfolgung sowie die all dem zugrundeliegende, von außen erzwungene Identitätszuschreibung als JüdInnen zum Anlass nahmen, neue Ansätze zur Erforschung des Antisemitismus, des Autoritarismus und der totalitären Herrschaft zu entwickeln.¹⁰¹¹ In einer Podiumsdiskussion in der Berliner Kulturbrauerei, bei der der Autor dieses Beitrags zugegen war, sprach Reinhart Koselleck über den florentinischen Denker Francesco Guicciardini als Beispiel eines solchen Erkenntnisgewinns durch Reflexion des eigenen Exils in der Frühen Neuzeit. Als Jens Reich dann fragte, ob er den Bezug zur trostlosen Gegenwart, der jetzt im Raum schwebte, intendiert habe – schließlich sei wenig von einer solchen gewinnbringenden Reflexion in der Ex-DDR zu verspüren –, antwortete er, dass er nicht sagen wollte, dass man durchs Exil glücklich werden muss.

Kommen wir nun auf die Geschichte der deutschen Vereinigung zurück und betrachten wir eine spezifische Variante dieser Reflexion näher: den Einsatz methodischer Ressourcen aus der

¹⁰¹⁰ Vgl. hierzu unter vielen anderen Klein, *Drinnen und draußen*, 2000.

¹⁰¹¹ Vgl. Ash, *Learning from Persecution*, 2005, 271–294 und die dort zitierte Literatur.

jeweils eigenen Disziplin zur Analyse des Geschehens. Das Gros solcher Beispiele kommt – vielleicht naheliegenderweise – aus den Sozialwissenschaften und der Philosophie. Namen ostdeutscher Forscher wie der Soziologe Wolfgang Engler und der Philosoph Hans-Peter Krüger mögen für andere stehen;¹⁰¹² Krüger war, wie oben erwähnt (Abschnitt III.4.3.2.1.), zeitweilig Mitarbeiter und dann kommissarischer Leiter am FSP Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie. Historische, sogar wissenschaftshistorische Reflexionen gab es auch recht früh, zum Beispiel das kurze Schlusskapitel im Überblicksband Gerhard A. Ritters über die Geschichte der Großforschung in Deutschland, in dem er die Folgen der Vereinigung für diesen Sektor bereits 1992 zu behandeln wagte.¹⁰¹³ Sozialwissenschaftliche Reflexionen des Umbruchs im Verlauf des Prozesses gab es zuhauf. Als Beispiel seien die Beiträge des Soziologen Wolfgang Schluchter genannt, die zum Teil durch eigene Gastaufenthalte in den NBL informiert waren.¹⁰¹⁴ Die Beispiele ließen sich stark vermehren; eine systematische wissenschaftshistorische Untersuchung solcher Reflexionsleistungen fehlt bislang.

Die MPG unternahm mehrere Initiativen in Richtung einer Reflexion der durch den Fall des Kommunismus in Gang gesetzten Prozesse, beginnend mit der 1991 eingerichteten AG »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« unter der Leitung Helmut Wiesenthals an der Humboldt-Universität Berlin. Diese Initiativen waren Teil der rapide entstandenen Konjunktur der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, die sich bekanntlich auf die gesamte mittel- und osteuropäische Region erstreckte und bald den Beinamen »Transitologie« erhielt. Das ganze Genre, zu dem auch die zahlreichen Studien zum so genannten »Wertewandel« Ost und West zählen, könnte man als Beispiel für die Selbstbeobachtung einer Gesellschaft im Sinne Niklas Luhmanns verstehen, doch nach Luhmann ist eine derartige Selbstbeobachtung keine gesonderte Tätigkeit der Wissenschaften, sondern konstitutiv für das Soziale schlechthin.¹⁰¹⁵ Stattdessen ging es wohl zuallermeist um Beispiele einer an »social problems« orientierten Begleitforschung, von der Luhmann wenig hielt, weil er darin keine grundlegenden Beiträge zu einer allgemeinen Gesellschaftstheorie sah. Eine systematisch erforschte Selbstreflexion der Tätigkeit der MPG in den NBL scheint weder damals noch später vorgelegt worden zu sein.

Im Folgenden sollen zwei Beispiele unterschiedlichen Zuschnitts aus der MPG zu dieser Zeit kurz besprochen werden, bei denen Aspekte der gegenwärtigen Wissenschaftspolitik und auch die Position der MPG tatsächlich erwähnt (allerdings nicht reflexiv erforscht) wurden: die Ansätze Hans F. Zachers zu einer Analyse der gesellschaftlichen Stellung der Forschung und die umfangreichen Arbeiten aus dem MPI für Gesellschaftsforschung in diesem Bereich.

1012 Hans-Peter Krüger: *Demission der Helden. Kritiken von innen 1983–1992*. Berlin: Aufbau Taschenbuch 1992; Wolfgang Engler: *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1995.

1013 Gerhard A. Ritter: *Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick*. München: C. H. Beck 1992.

1014 Wolfgang Schluchter: *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1996.

1015 Niklas Luhmann: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1984.

Die Reden Zachers vor Gremien der MPG während seiner Amtszeit enthalten unter vielem ande-
ren auch weitreichende Reflexionen von der eben genannten Sorte, die in früheren Abschnit-
ten dieser Studie besprochen worden sind.¹⁰¹⁶ An dieser Stelle sollen zwei andere Texte Zachers
aus den Jahren 1991 und 1993 herangezogen werden, die nicht aus repräsentativen Anlässen der
MPG zustande kamen. Wie zu sehen sein wird, bezog sich der chronologisch erste dieser Texte
trotz des Erscheinungsdatums weitestgehend auf die alte Bundesrepublik bzw. die ABL, während
der zweite Text das Vereinigungsgeschehen direkt, wenngleich sehr kurz, ansprach. Gemein-
same Klammer der beiden Texte ist die vielleicht überraschende Tatsache, dass Zacher als liberal-
konservativer Denker Wissenschaft als gesellschaftliche Tätigkeit genau so beschreibt wie die
damalige und heutige Wissenschaftsforschung, die sich selbst jedoch eher mitte-links verortet.

Im Aufsatz »Forschung in einer demokratischen Gesellschaft« (1991) beschrieb Zacher wissen-
schaftliche Arbeit als individuell, aber »a priori« auch sozial, weil sie im Austausch zwischen
mehreren geschieht, aber auch, »weil sie gesellschaftliche Ressourcen verbraucht« und »Güter
gefährden, beschädigen oder zerstören kann, an denen der Gesellschaft etwas liegt, und weil
sie mit Werten in Konflikt geraten kann, die der Gesellschaft wichtig sind.«¹⁰¹⁷ Dem folgte eine
vereinfachte Darstellung der möglichen Beziehungen von Gesellschaft, Politik und Recht zur
Wissenschaft mit drei Optionen: Ermöglichung, Indienstnahme oder Begrenzung bis hin zum
Verbot. In der Demokratie wird die Forschung »der Vielfalt der Meinungen und Interessen« aus-
gesetzt; dies führe zu einer Verschiebung der Gewichte unter den drei Optionen: »Mehr und
mehr aber verlangen die Wähler von der Politik, dass die Forschung für ganz bestimmte Zwecke
eingegrenzt werde. Und die Politik entdeckte die Indienstnahme der Forschung als eine Mög-
lichkeit, die Wähler für sich zu interessieren.«¹⁰¹⁸ In jüngster Zeit »traten aus der Masse der
Wähler immer mehr auch die Gruppen hervor, die Forschung verhindern oder begrenzen wol-
len – aus Sorge um die Güter oder Werte«; die Tierschutzbewegung zitierte Zacher als das auf-
fälligste Beispiel dafür. Bei alledem habe das Recht dem Rechtswissenschaftlers Zacher zufolge
»erstaunlich begrenzte Bedeutung«: Zwischen dem im GG verbrieften Grundrecht der For-
schungsfreiheit auf der einen und dem Verbot der Forschung an Embryonen auf der anderen
Seite »liegt das weite Feld, in dem die realen Möglichkeiten der Forschung« von der Ressourcen-
verteilung abhängig seien; »in diesem Feld können gesellschaftliche Kräfte ebenso entschei-
dend sein wie politische«.¹⁰¹⁹

In dieser »diffusen« Situation sei es nun nach Zacher die »besondere Verantwortung« der Wis-
senschaftlerInnen, sich selbst in die gesellschaftliche Debatte über Forschung einzubringen.
Der Ausbreitung und Differenzierung der Verhältnisse auf allen Ebenen entspreche demnach

1016 Siehe zum Beispiel Zacher, Herausforderung der Forschung, 1990a, 63–68; Zacher, MPG im Prozeß, 1991b, 62–69; Zacher,
Die deutsche Forschung, 1992, 63–69; Zacher, Bewährungsprobe, 1994a, 52–61; Zacher, Forschung in der Krise, 1994b,
81–89.

1017 Hans F. Zacher: Forschung in einer demokratischen Gesellschaft. *Naturwissenschaften* 78 (1991c), 433–436, 433.

1018 Zacher, Forschung in einer demokratischen Gesellschaft, 1991c, 433–436, 434.

1019 Zacher, Forschung in einer demokratischen Gesellschaft, 1991c, 433–436, 434.

»eine Ausbreitung und Differenzierung auch der Verantwortung der Forschung dafür«, dass diese Entwicklungen »den richtigen Weg nehmen.«¹⁰²⁰ Tatsächlich war seit den 1970er und 1980er Jahren vermehrt eine Verantwortung der Wissenschaft gefordert worden, was mit einer Vervielfältigung dessen einherging, was mit dem Wort »Verantwortung« überhaupt gemeint war: Der Terminus selbst war zur diskursiven Ressource im Kampf um die Wissenschaft geworden.¹⁰²¹ In dieser Gemengelage unterschied sich die Stellungnahme Zachers deutlich von verbreiteten Wehklagen der Zeit über einen »Vertrauensverlust« der Wissenschaft, die von heutigem Standpunkt aus durchaus als Ausdruck einer Nostalgie für die verloren gegangene, unhinterfragte Machtstellung der Wissenschaftselite lesbar sind.

Im Text »Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen« (1993), der aus einem Vortrag vor der Juristischen Studiengesellschaft in Karlsruhe hervorging, setzte Zacher diese Argumentationslinie fort und ergänzte sie unter anderem um Ausführungen über die Folgen der deutschen Vereinigung, die im Zusammenhang der vorliegenden Analyse nicht ohne Interesse sind. Auch hier begann Zacher mit der Feststellung, dass Forschung eine soziale Tätigkeit sei; an dieser Stelle zitierte er sogar grundlegende Texte von Luhmann und andere einschlägige Werke zum Thema. Hier sprach Zacher aber weniger von der Verantwortung der WissenschaftlerInnen zur Beteiligung an der Debatte um die Forschungsfreiheit als von einer »doppelte[n] Verantwortung« des Staates, »dass Forschung um ihrer selbst willen möglich ist« und auch, dass sie »den Zwecken des Gemeinwesens dient.«¹⁰²² Dabei sei die durch die bundesstaatliche Gesamtverantwortung (und eben nicht durch das Grundgesetz allein) garantierte Autonomie als Prinzip der Forschungsorganisation in der Bundesrepublik hochzuhalten, weil sie der »Optimierung der Forschung« diene.¹⁰²³ Insofern ging er über seine bereits bei Veranstaltungen der MPG formulierten Positionen nicht hinaus. Und auch hier wie in der Debatte mit Minister Krüger in Trier nahm er gegen eine versuchte Steuerung der Grundlagenforschung durch den Staat Stellung: Die »historische Erfahrung« zeige, dass freie Forschung »maximale Erträge mit dem Wohlbefinden der Freiheit verbindet.«¹⁰²⁴ Freilich habe auf die Verwirklichung der Forschungsfreiheit »niemand ein Monopol.«¹⁰²⁵

Erst gegen Ende des Textes kam Zacher auf die deutsche Vereinigung wie auch auf die Forschungspolitik der Europäischen Gemeinschaft zu sprechen. Dort gestand er sogar ein, dass die Wissenschaftspolitik durch die Aufgaben der Vereinigung ein Stück weit überfordert wurde: »In der Realität hat sich freilich erwiesen, dass zu viel auf einmal zu bewältigen war.«¹⁰²⁶ Hinzu

1020 Zacher, *Forschung in einer demokratischen Gesellschaft*, 1991c, 433–436, 435.

1021 Vgl. hierzu Ash, *Wissenschaft und Verantwortung*, 2008, 311–344, insbesondere Teil III.

1022 Hans F. Zacher: *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*. Heidelberg: C. F. Müller Juristischer Verlag 1993b, 16.

1023 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 11, 15.

1024 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 33.

1025 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 37.

1026 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 41.

kam, »dass der Forschungshaushalt im Wechsel vom Haushalt der alten Bundesrepublik zum Haushalt des vereinigten Deutschlands zunächst zu den großen Verlierern gehörte«, während die NBL ihren Anteil zur Gemeinschaftsfinanzierung noch nicht leisten konnten. Auch 1993 bleibe noch offen, »wo die Mittel herkommen sollen, eine einheitliche Forschungslandschaft dadurch herzustellen, dass in den NBL Forschungseinrichtungen von gleicher Dichte und gleichem Niveau geschaffen werden wie in der alten Bundesrepublik.«¹⁰²⁷ Das alles war auch aus der oben erwähnten Debatte mit Minister Krüger und anderen öffentlichen Stellungnahmen Zachers schon bekannt.

Neu und überaus spannend war hingegen eine andere Feststellung: »Dass wir eine ›neue Republik‹ auch auf dem Gebiet der Forschung haben werden, das zeigt sich auch an den Verfassungen der neuen Länder – jedenfalls an den Verfassungsberatungen.«¹⁰²⁸ Zwar bekennen sich alle grundsätzlich zur Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre, doch »liegt ein auffälliger Nachdruck auf den Vorbehalten gegenüber der Forschung«. Als Beispiel zitierte er die Verfassung des Landes Brandenburg, in der es hieß, »<Forschungen unterliegen gesetzlichen Beschränkungen wenn sie geeignet sind, die Menschenwürde zu verletzen oder die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.«¹⁰²⁹ Die Verfassung Sachsen-Anhalts formuliere ähnlich, während andere Verfassungen der NBL im Rahmen des Art. 5 Abs. 3 GG blieben. Diesen Hinweis sucht man in den anderen Stellungnahmen Zachers aus dieser Zeit vergebens. Dabei blieb es dann auch; eine weitere Mobilisierung der diskursiven Ressourcen des Juristen Zacher, beispielsweise durch eine Anknüpfung an seine früheren Ausführungen über die »Forschungsverfassung« der Bundesrepublik, wäre an dieser Stelle denkbar gewesen, sie geschah jedoch nicht.

Gehen wir nun zu Untersuchungen des Vereinigungsprozesses in den Wissenschaften aus der MPG über. Ein prominentes Beispiel dafür, das für das vorliegende Thema zentrale Bedeutung hat, sind die bereits am Anfang dieser Studie (Teil II und Abschnitt III.1.) zitierten Analysen des Vereinigungsprozesses aus dem MPI für Gesellschaftsforschung (MPIGF). Das Institut wurde 1984 infolge einer von Ariane Leendertz so genannten »Politik der Entpolitisierung« gegründet.¹⁰³⁰ Gemeint ist wohl Entideologisierung, denn jetzt sollte nach der Schließung des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg eine Umorientierung von großen Entwürfen zur Umgestaltung der sozialen Welt hin zur genauen Analyse der institutionellen Verhältnisse in bestimmten Politikbereichen stattfinden, also von Wissenschaft als Zielgeberin der ›hohen Politik‹ hin zu »policy« als Gegenstand der Forschung, ohne dass am Institut selbst »policy studies« betrieben werden sollten. Wie Leendertz schreibt,

1027 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 42.

1028 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 42.

1029 Zacher, *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*, 1993b, 42–43.

1030 Ariane Leendertz: Die Politik der Entpolitisierung. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: Edition Open Access 2015, 287–306.

sollte die Arbeit am MPI »an Elementen der gesellschaftlichen Binnenstruktur ansetzen, und zwar an solchen, die Einblicke in die internen Systemdynamiken ermöglichten«. Dabei sollte das längerfristige Ziel weniger die Überprüfung von aus der allgemeinen Gesellschaftstheorie gewonnenen Hypothesen als eine »empirisch fundierte Gesellschaftstheorie« sein.¹⁰³¹

Das Timing des Engagements dieses MPI in diesem Themenfeld hätte kaum präzisiert sein können. Ausgerechnet in der Senatssitzung vom 15. März 1990 präsentierte Renate Mayntz, Direktorin am Institut, einen Bericht über die dortige Arbeit, der vom anwesenden Minister Riesenhuber »sehr dankbar« aufgenommen wurde: »Denn – wie Sie sagen – es gibt hier wenig Forschung über die Forschung.«¹⁰³² Riesenhuber wünschte sich dabei eine »Durchdringung der Instrumente«; Mayntz betonte aber, dass die Institutsarbeit »reine Grundlagenforschung« sei und wies den Vorschlag des Präsidenten Syrbe der FhG für eine Vergleichsstudie der Forschungssysteme BRD-DDR mit der Bemerkung ab, die Aufgabe wäre reizvoll, doch fehle es an Personal.¹⁰³³ Im Juli 1990, nach dem »Kamingespräch« und dem Amtsantritt Zachers, schenken ihm Mayntz und ihr Mit-Direktor Fritz Scharpf das Buch »Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem« mit folgender Widmung: »Lieber Herr Z., selbst wenn Sie kaum etwas oder unmittelbar Nützliches daraus lernen mögen, könnte dies Buch aus unserer Werkstatt Sie interessieren, befasst es sich doch mit (einem Teil) der Welt, in der Sie jetzt als MPG-Präsident agieren.«¹⁰³⁴ Das Buch stammte von zwei Mitarbeitern am Institut, Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank, und stellte eine grundlegende soziologische Analyse des Forschungssystems der alten Bundesrepublik dar.¹⁰³⁵

Sowohl der Auftritt von Renate Mayntz im Senat als auch das Buchgeschenk an Zacher waren von heute aus betrachtet klare Akte der Positionierung des MPIFG im Vereinigungsprozess, obwohl der Bezug darauf in diesen Zusammenhängen nicht oder nur sehr verklausuliert artikuliert wurde. Während das MPIFG als geeignete Instanz zur forschenden Reflexion der Wissenschaftspolitik überhaupt und damit implizit auch des Vereinigungsprozesses auf diesem Gebiet präsentiert wurde, erhielt Zacher von der Leitung eben dieses MPI gleich zu Beginn der Arbeit der »Präsidentenkommission DDR« – in dem Mayntz auch Mitglied war – ein Instrument zur reflektierten Handhabung des bevorstehenden Engagements der MPG in eben diesem Vereinigungsprozess. Zacher zeigte sich am 27. Juli in seinem Dankesbrief an Mayntz und Scharpf für das Buchgeschenk erkenntlich: »In einer Zeit, in der ich noch mehr und grundsätz-

1031 Leendertz, *Die Politik der Entpolitisierung*, 2015, 287–306, 303.

1032 Notizen der 124. Sitzung des Senats vom 15.03.1990 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP, fol. 427.

1033 Ebenda, Bl. 12.

1034 Mayntz und Scharpf an Zacher, o.D., AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 41.

1035 Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990.

licher über die Probleme des Forschungssystems nachzudenken habe, ist es mir eine sehr willkommene Hilfe«. ¹⁰³⁶

Über umfangreiche konzeptionelle, methodologische, personelle wie materielle Ressourcen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Vereinigungsprozess verfügte das Kölner MPI von Anfang an. Nun lag die einmalige Gelegenheit vor, von dieser Grundlage ausgehend das Forschungssystem der ehemaligen DDR und insbesondere die AdW in Augenschein zu nehmen und den Umgang dieses Institutionenkomplexes mit dem Mauerfall und dem Ende der DDR sowie mit der Evaluierung durch den WR zu untersuchen. Das Unternehmen leitete Renate Mayntz selbst, mit der Unterstützung mehrerer MitarbeiterInnen am Institut, darunter Uwe Schimank und der Doktorand Hans-Georg Wolf. Mittlerweile war sie selbst, wie oben berichtet, als Mitglied der »Präsidentenkommission DDR« und später in vielen weiteren Gremien eine derjenigen, die am aktivsten an der Arbeit der MPG im Vereinigungsprozess beteiligt waren.

Der Ressourcenerwerb für dieses Projekt ging weit über die hauseigenen Möglichkeiten des Instituts hinaus. Schon Anfang September 1990 – also noch kurz vor dem Vollzug der deutschen Einheit und gleichzeitig mit dem Beginn der Evaluierung der AdW-Institute durch den WR – schrieb Mayntz an den AdW-Präsidenten Horst Klinkmann, machte ihm ihr »derzeitiges Interesse für den derzeitigen Umstrukturierungsprozess der AdW« bekannt und bat ihn um ein Zwei-Stunden-Gespräch sowie um »alle Unterlagen [...], die Sie mir in Sachen Umstrukturierung der AdW zugänglich machen können und wollen.« ¹⁰³⁷ Daraufhin ließ Klinkmann eine Sammlung aller Dokumentationen im Hause seit dem 2. Juli – dem ersten Tag des »Kamin-gesprächs« – zusammenstellen und Mayntz zuschicken. Ein weiterer Brief Klinkmanns vom 11. November deutet darauf hin, dass die Kooperation in freundschaftlicher Atmosphäre weiterging. ¹⁰³⁸ Die Zusammenarbeit mit dem WR lief offenbar noch intensiver. Wie Dieter Simon im Interview berichtet, wollte Mayntz »überall sein, an jeder Sitzung als Beobachterin teilnehmen; das ging natürlich nicht.« ¹⁰³⁹ Eine umfangreiche Dokumentensammlung von dort und anderen Einrichtungen entstand, eine Datenbank zu den AdW-Instituten und deren Konzepten für die WR-Evaluierung wurde angelegt und Interviews mit Beteiligten wurden während der zu analysierenden Vorgänge geführt. Unterlagen aus dem WR selbst wie auch des BMFT, die sonst niemandem außerhalb dieser Einrichtungen zugänglich waren, kamen hinzu. ¹⁰⁴⁰ Was aus dieser umfangreichen Ressourcenmobilisierung resultierte, kann an dieser Stelle nur kurz resümiert werden.

1036 Zacher an Mayntz und Scharpf, 27.07.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 41.

1037 Mayntz an Klinkmann 03.09.1990. ABBAW, VA 15688.

1038 Klinkmann an Mayntz, 24.10.1990, 11.11.1990. ABBAW, VA 15688.

1039 Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMFG, ID 601048.

1040 Eine Liste der in der Datenbank erfassten AdW-Institute steht bei Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 12–13. Der Inhalt der Dokumentensammlung wird im Band leider nicht im Einzelnen bibliographisch erfasst, obwohl er mit Hinweisen auf diese durchsetzt ist.

Es handelte sich dabei um eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Prozess vom Standpunkt des von Mayntz auch anderweitig vertretenen »akteurzentrierten Institutionalismus«.¹⁰⁴¹ Demnach wurden Institutionen zumindest metaphorisch wie Individuen gehandhabt, ohne ihnen Subjektivität zuzuschreiben. Einzelpersonen kommen zwar vor, aber fast immer nur als Funktionsträger ihrer jeweiligen Einrichtungen. Vom »Forschungssystem« ist zwar immer wieder die Rede, der Ansatz war jedoch alles andere als eine bloße Anwendung der Systemtheorie Luhmanns. Zentrales Spannungsmoment im vorliegenden Fall war es, dass die grundsätzliche Stabilität des sozialen Teilsystems der Forschung und Forschungsförderung der alten Bundesrepublik nach dem Mauerfall nicht ohne Weiteres voraussetzen zu sein schien. So genügte es nicht, danach zu fragen, wie die institutionellen »Akteure« im System miteinander umgingen, wie die Stabilität des sozialen Teilsystems hergestellt und aufrechterhalten wurde oder wie die Arbeit innerhalb des Bestehenden zu »optimieren« sei, wie Hohn und Schimank es getan hatten und eine Zeit lang anscheinend auch weiterhin tun wollten.¹⁰⁴² Vielmehr schien das Teilsystem selbst jedenfalls eine Zeit lang durch die politischen Auseinandersetzungen zur deutschen Vereinigung zur Disposition zu stehen. Für die empirische Gesellschaftsforschung bot der Vereinigungsprozess also die große Chance, sowohl den »policy process« im Umgang mit dieser Herausforderung als auch die Umsetzung der erreichten Antworten darauf zu analysieren.

1992 legte Mayntz einen ersten kurzen Ergebnisbericht vor, der zunächst einmal die Zeit vom Mauerfall bis zum EV in den Fokus nahm.¹⁰⁴³ Der Bericht fiel durchaus im Sinne der oben genannten Institutslinie aus. Auch im Bereich der Wissenschaftspolitik sei während der deutschen Vereinigung ein gezielter Institutionenwandel geschehen, der »steuerungstheoretische Fragen« aufwerfe.¹⁰⁴⁴ Das alte System der Forschung der alten Bundesrepublik habe »einen variablen, aber teilweise sehr hohen Grad staatlich konzederter Selbstorganisation« aufgewiesen, »ein strategisches Gleichgewicht ist jedoch etwas anderes als ein institutioneller Konsens«.¹⁰⁴⁵ Die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten stellte für dieses Teilsystem eine große Herausforderung dar. Ein radikaler Wandel war ohnehin angezeigt, denn mit der AdW der DDR lag ein »systemfremdes Element« vor, dessen Erhalt oder Auflösung zur Debatte stand. Die zentrale Frage der Studie lautete daher, ob der Prozess zu Innovationen oder zum Erhalt des Status quo geführt habe.

1041 Vgl. hierzu Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1995, 39–72.

1042 Uwe Schimank: Etablierte Praxis und Adressatenmodell. Institutionelle Determinanten staatlicher Forschungssteuerung. *Forum Wissenschaft* 1/8 (1991), 51–56. Dieser Aufsatz erschien zwar wie mehrere Texte der ostdeutschen Reformer in der Zeitschrift *Forum Wissenschaft*, erwähnt die deutsche Vereinigung aber mit keinem Wort.

1043 Mayntz, Die außeruniversitäre Forschung, 1992, 64–82.

1044 Mayntz, Die außeruniversitäre Forschung, 1992, 64–82, 64.

1045 Mayntz, Die außeruniversitäre Forschung, 1992, 64–82, 66.

Mayntz analysierte den »policy process« hier nach dem in der amerikanischen Politikwissenschaft damals aktuellen Modell des »agenda setting«, und zwar in drei Phasen entlang der politischen Ereignisgeschichte. Die Phasenaufteilung erwies sich als Vorteil, denn erst nachdem die erste Phase, in der die Frage nach einer »Kompatibilität« der beiden Forschungssysteme noch zur Diskussion stand, ergebnislos verlaufen war, nahmen die bundesdeutschen Akteure, allen voran das BMFT, im Juni 1990 eine von Mayntz so genannte »Aufgleichungsperspektive« ein; demnach habe erst diese Perspektive die AdW zum »Problem« werden lassen. Dabei hätten sich unter den Akteuren nur der WR und das BMFT gezielt mit »Fragen des institutionellen Wandels« befasst. Das von Mayntz so genannte »Verhandlungssystem« war daher in der ersten Phase »exekutivlastig und relativ klein«. ¹⁰⁴⁶ Eine grundsätzliche Asymmetrie ergab sich aber dadurch, dass die AdW von Januar bis Juni 1990 in hohem Maße mit sich selbst beschäftigt war und sich dadurch weitestgehend aus dem Spiel nahm, während das MFT der DDR für sie eigentlich nicht zuständig war und ohnehin unter der Leitung eines SPD-Mitglieds stand, dessen Partei im Bundestag in der Opposition war und daher als Alliiertes im Verhandlungssystem auschied.

Überraschend für damalige LeserInnen mag ein zentraler Befund dieses Aufsatzes gewesen sein, nämlich dass noch im Juni 1990 drei Optionen für die »Lösung« des »Problems« der AdW offenstanden: Erhaltung, Transformation (Übernahme von AdW-Instituten durch oder Übergabe von Teilen derselben an BRD-Einrichtungen) oder Auflösung. Allerdings schied die Erhaltungsoption (wie auch in der vorliegenden Studie gezeigt wurde) aus verfassungsrechtlichen Gründen aus – worüber sich die ostdeutschen Beteiligten offenbar nicht ganz im Klaren waren –, aber auch deshalb, weil die AdW-Leitung »politisch kompromittiert« schien. Somit stellte sich die Frage, »wie sich ein Abbau ohne Zerstörung und ein Bewahren ohne die Perpetuierung alter Strukturen und eine kompromittierte Funktionselite bewerkstelligen« ließe. Schließlich fiel die Entscheidung für die Auflösung aus einem recht einfachen Grund: Eine Transformation der AdW und eine Übernahme mehrerer ihrer Einrichtungen hätte Neuverhandlungen der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung von 1975 nach sich gezogen, der FhG wie der MPG einen »neuen Konkurrenten beschert« und damit das etablierte Muster der institutionellen Arbeitsteilung »gestört«. ¹⁰⁴⁷ In der Folge dieser Verhandlungen und der nunmehr von allen bundesdeutschen Akteuren gemeinsam getragenen Entscheidung zur Auflösung der AdW sei die seit den 1980er Jahren etablierte Arbeitsteilung unter den wissenschaftspolitischen Akteuren der Bundesrepublik erstmals »normativ bejaht« worden. ¹⁰⁴⁸

In der sehr kurzen Besprechung der darauffolgenden Phase der Umsetzung des EV fiel eine interessante Bemerkung zur Rolle der MPG. Diese verhielt sich nach Mayntz wie alle anderen bundesdeutschen Beteiligten »identitätskonform« im Sinne ihrer Rolle im bisherigen System.

1046 Mayntz, Die außeruniversitäre Forschung, 1992, 64–82, 70, 72.

1047 Mayntz, Die außeruniversitäre Forschung, 1992, 64–82, 75.

1048 Mayntz, Die außeruniversitäre Forschung, 1992, 64–82, 76.

Zwar erhielt die MPG durch die Entscheidung zur Auflösung der AdW enorme Wachstumschancen »auf dem Präsentierteller« serviert, zeigte sich aber weniger am Wachstum als an der Bewahrung ihrer Autonomie interessiert, denn sie wollte alles »nach eigenen Plänen und Verfahren entwickelt« haben.¹⁰⁴⁹ Die vorliegende historische Analyse bestätigt diesen Befund anhand der internen Quellen nachdrücklich (siehe oben insbesondere Abschnitt III.2.3.).

Die zwei Jahre später vorgelegte Monographie »Deutsche Forschung im Einigungsprozess« (1994) behandelte nunmehr den Transformationsprozess insgesamt bis hin zur Umsetzung der Empfehlungen des WR. Sie wird als klare und sehr detaillierte Übersichtsdarstellung und Analyse bis heute mit Recht zitiert. Im selben Jahr erschienen ein von Mayntz herausgegebener Sammelband über die Universitäten im Transformationsprozess¹⁰⁵⁰ sowie ein von den MPIGF-Mitarbeitern Andreas Stucke und Uwe Schimank betreuter Band auf Englisch mit dem bestehenden Titel »Coping with Trouble«.¹⁰⁵¹ Dieser enthielt neben Studien aus anderen Ländern auch Kapitel von Mayntz zum Ende der AdW und von Hans-Georg Wolf über die chemischen AdW-Institute.¹⁰⁵² An dieser Stelle soll lediglich die Monographie von Mayntz (1994) kurz besprochen werden, und zwar mit Blick vor allem auf jene Aspekte der Analyse, die für die vorliegende Studie am relevantesten erscheinen. Es sind derer sechs:

(1) Im Hinblick auf die Fragestellung der Studie behielt Mayntz die Institutslinie des »policy process research« weiterhin bei; es sollte darum gehen, ob der Transformationsprozess der AdW geplant oder planbar war oder ob es sich um »leaning by doing« gehandelt habe.¹⁰⁵³ Des Weiteren ging es um die Frage, ob der Prozess im Endeffekt als »Lösung eines Systemproblems« oder als ein »garbage can process«, sprich: eine nicht intendierte Folge von nicht steuerbaren Vorgängen zu begreifen sei.¹⁰⁵⁴

(2) Im Hinblick auf die Methodik der Studie gab Mayntz offen zu, dass diese »nicht von Hypothesen geleitet« war. Das »zwingt« zu einem »gewissen Eklektizismus« hinsichtlich der Einzeldeutungen und zu einem idiographischen Vorgehen, mithin zu einer Annäherung an die Geschichtswissenschaft.¹⁰⁵⁵ Die eben genannten, im ersten Kapitel der Studie getätigten Fingerzeige auf politikwissenschaftliche Ansätze zum »policy process« spielten im weiteren

1049 Mayntz, *Die außeruniversitäre Forschung*, 1992, 64–82, 77.

1050 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a.

1051 Schimank und Stucke, *Coping with Trouble*, 1994.

1052 Schimank und Stucke, *Coping with Trouble*, 1994. Wolf beschrieb seinen Beitrag als Skizze seiner zwei Jahre später abgeschlossenen Dissertation über die Strategien der AdW-Institute im Bereich der Chemie. Hans-Georg Wolf an Krull, 29.07.1993; Krull an Schimank, 20.09.1994; Krull an Mayntz, 20.09.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 469.

1053 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 17.

1054 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 20.

1055 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 23–24.

Verlauf der Studie bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Was den Quellenzugang betraf, gestand Mayntz eine gewisse »West-Bias« ein, wie eine Historikerin es auch getan hätte.¹⁰⁵⁶

(3) Dementsprechend wurde die Analyse nunmehr in fünf (statt der 1992 genannten drei) Phasen aufgerollt. Zunächst kamen drei Phasen bis zum EV, wie im früheren Text, und danach folgten zwei weiteren Phasen mit den Evaluierungen des WR und der Umsetzung der Empfehlungen. Die Behandlung des Ganzen als Prozess erlaubte Mayntz, den Faktor Zeit, die damit verbundenen Verschiebungen und radikalen Wandlungen der politischen Verhältnisse und die sich aus alledem ergebenden Kontingenzmomente in die Analyse einzubauen anstatt diese als Störungen zu behandeln und über sie hinwegzugehen.

(4) Soziologisch interessant war der Umgang mit dem Begriff des »Verhandlungssystems« – verstanden als die jeweilige Zusammensetzung der Akteure –, der jetzt zum Aufhänger der ganzen Analyse wurde, zumindest für die Zeit bis zur Verabschiedung der WR-Empfehlungen im Juli 1991. Für die Phase der Umsetzung der WR-Empfehlungen danach schien der Begriff nicht mehr nötig zu sein, denn hier hielt die KAI e. V. das Heft in der Hand. Verhandelt wurde schon, aber nicht mehr über Grundsätzliches und auch nicht unter einer Gruppe mehrerer gleichgewichtiger »Akteure«. Das Neue dabei war, dass es eigentlich um verschiedene Verhandlungssysteme mit unterschiedlichen Zusammensetzungen der Akteure in den Phasen vor und nach dem EV ging. Zudem verschoben sich die Einflussmöglichkeiten der jeweiligen »Akteure« während der einzelnen Phasen. So nahm sich die AdW zwischen Januar und Juni 1990 wegen ihrer internen Machtkämpfe selbst aus dem Spiel: Sie wurde erst Ende Juni mit der »amtsführenden« Bestätigung der neuen Leitung just in dem Moment handlungsfähig, »als sich das ›Window of Opportunity‹ für sie bereits wieder schloß«.¹⁰⁵⁷ Daraufhin kam es wegen der unterschiedlichen Eigeninteressen der Beteiligten zu keiner Solidargemeinschaft und deshalb keinen Kampfmaßnahmen um den Erhalt der AdW, sondern eher zu einer »Lähmung«.¹⁰⁵⁸

Nach Mayntz übernahm das BMFT ab Mai und Juni 1990 die führende Position im Verhandlungssystem bis hin zum EV, und zwar gegenüber der west- und auch der ostdeutschen »Akteure«; in der Phase danach wurde der WR zum »zentralen Akteur« in einem neuen »Verhandlungssystem«.¹⁰⁵⁹ Die Entscheidung dafür, dem WR die Organisation der Begutachtung der AdW-Institute zu übertragen, war im Juli 1990 überraschend ohne Dissens gefällt worden (wie in der vorliegenden Studie gezeigt wurde, fädelt sie die Geschäftsstelle des WR selbst über das MFT ein, siehe Kapitel II). Aber die Evaluierungen selbst und vor allem die Entscheidungen über die Empfehlungen bzw. die Zuteilung von Struktureinheiten verliefen nicht rei-

1056 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 29.

1057 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 78.

1058 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 80.

1059 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 133.

bungslos.¹⁰⁶⁰ Die West-Ost-Asymmetrie war in dieser Phase naheliegender Weise noch stärker als zuvor. Die AdW-Institute waren zwar über ihre jeweiligen Konzepte präsent, sollten aber selbst begutachtet werden und saßen daher nicht am Verhandlungstisch.

Die Phase der Umsetzung der WR-Empfehlungen verlief nach Mayntz relativ problemlos und auch ohne neu ausgebildetes »Verhandlungssystem«. Die Empfehlungen des WR erlangten trotz Widerständen – in den Worten der FAZ – »nahezu Gesetzeskraft«, weil alle Adressaten »an ihrem Zustandekommen beteiligt waren«.¹⁰⁶¹ Immerhin bezog Mayntz die öffentlichen Reaktionen der Betroffenen in dieser Phase sowie in der Phase der Umsetzung der WR-Empfehlungen kurz ein.

(5) In Hinblick auf die Darstellung der Ergebnisse dieses Transformationsprozesses verfuhr Mayntz differenziert. In ihrer Analyse der Erreichung des ursprünglich gesetzten Zieles »Erhalt« trennte sie zwischen Personen und Instituten. Was die Personen, genauer: Stellen betraf, soll in etwa die Hälfte der Kapazitäten der AdW vom Juli 1990 erhalten geblieben sein; das entsprach dem schon damals von der AdW selbst entworfenen Reformkonzept.¹⁰⁶² In Hinblick auf die AdW-Institute ergab sich indessen ein Mix aus einigen wenigen Übernahmen, Übernahmen von Institutsteilen, neuen Zusammensetzungen von Institutsteilen und Auflösung. Circa 32 AdW-Einheiten wollten die Einheit erhalten, circa die Hälfte bekam sie empfohlen; was davon realisiert wurde, blieb unklar.

Das Gesamtergebnis nannte Mayntz in einer Überschrift »Umriss einer neuen Forschungslandschaft«.¹⁰⁶³ Wenig später ist etwas weniger hochtrabend von »einem eher inkrementalistischen Konstruktionsverfahren« die Rede, weil ein Zielkonzept für die zu realisierende Gesamtstruktur gefehlt habe.¹⁰⁶⁴ Man wollte zwar »keinesfalls eine Kopie« des bundesdeutschen Forschungssystems erstellen, aber »nur ein Teil der Veränderungen lässt sich [...] als gewollte Innovation bezeichnen« – schließlich war Innovation »kein eigenständiges Ziel des Wissenschaftsrats«.¹⁰⁶⁵ Gleichwohl kam es zu einem starken Strukturwandel, namentlich zur Vermehrung der »Blaue Liste«-Einrichtungen, die Mayntz als »ein[en] von niemandem intendierten, emergenten Effekt« deutete.¹⁰⁶⁶ Hinzu kamen andere, punktuelle Wandlungen, zum Beispiel die Gründung des Max-Delbrück-Centrums für molekulare Medizin in Berlin-Buch als eine neue Art von GFE, die Forcierung der Umwelt- und Ökosystemforschung (die ohnehin auf der Agenda des Ministeriums stand), die Chemie-Zentren, die neuen Wissenschaftsparks auf

1060 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 168–176.

1061 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 218.

1062 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 188; vgl. diese Studie in Abschnitt III.2.2.4.

1063 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 185.

1064 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 196.

1065 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 207.

1066 Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 205.

dem Telegraphenberg und in Berlin-Adlershof sowie die geisteswissenschaftlichen Forschungszentren und die »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den NBL«. ¹⁰⁶⁷ Wie Mayntz betonte, waren mehrere dieser innovativen Versuche allerdings als Zwischenlösungen gedacht.

Angemerkt sei, dass Mayntz die MPG im Mix als »deutlich unterrepräsentiert« beschrieb, weil diese »sich bei Übernahmen aus der bestehenden Akademieforschung gezielt zurückgehalten« habe, um eigene Gründungsinitiativen verfolgen zu können. ¹⁰⁶⁸ Insofern exemplifizierte auch dieses Beispiel den allgemeinen Befund: Hinter dem »Imperativ der institutionellen Angleichung« spiegelte die »Feinstruktur« des neuen AUF-Sektors in den NBL »(1) die Intentionen bestimmter handlungsfähiger korporativer Akteure, (2) Unterschiede in der Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Interessen und (3) den gemeinsamen Wunsch aller Beteiligten wider, *machbare* Lösungen zu finden.« ¹⁰⁶⁹

(6) Zum Abschluss hielt Mayntz fest, dass es sich bei alledem doch nicht um einen »garbage can process«, aber ebenso wenig um einen planbaren Vorgang gehandelt habe. Das Gesamtergebnis sei »relativ anspruchslos (konservativ)« gewesen, weil »dezidierte Advokaten institutioneller Innovation« fehlten. ¹⁰⁷⁰ Am Ende also konstatierte Mayntz »einen Fall relativ erfolgreicher Steuerung«, obwohl das Endergebnis so nicht im Voraus geplant und »in jeder Phase von einem anders strukturierten Akteursystem getragen wurde«. ¹⁰⁷¹ Schließlich zeigten die ordnungspolitischen Vorgaben der Vereinigung und die Status quo-Wünsche der Akteure »in die gleiche Richtung«; ¹⁰⁷² Spielräume, die es gab, wurden teilweise, aber nicht zur Gänze ausgenutzt.

Kann diese Studie als Beispiel einer Wissenschaftswandlung durch Reflexivität begriffen werden? Oder handelt es sich nicht vielmehr um einen opportunen Zugriff zur Untermauerung und Weiterentwicklung eines bereits vorliegenden Ansatzes? Eine erste Antwort wird hier auf zwei Ebenen versucht, zunächst methodisch und dann epistemisch. Methodisch relevant ist die Einbindung von Mayntz selbst in das Geschehen, als Mitglied der »Präsidentenkommission DDR« und mehrerer weiterer Kommissionen, insbesondere der Geisteswissenschaftlichen Sektion sowie als Beteiligte im Evaluierungsverfahren des WR auf dem Gebiet der Wissenschaftsforschung. Hinzu kam die Verwobenheit der Analysierenden mit den handelnden Akteuren durch Interviews sowie ihre kollegialen Verbindungen mit weiteren Akteuren wie Wilhelm

¹⁰⁶⁷ Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 208–209.

¹⁰⁶⁸ Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 202, 204.

¹⁰⁶⁹ Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a. Hervorhebung im Original.

¹⁰⁷⁰ Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 273. Der Einsatz Jürgen Kockas für die Geisteswissenschaftlichen Forschungszentren blieb an dieser Stelle unerwähnt.

¹⁰⁷¹ Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 272.

¹⁰⁷² Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 278.

Krull, die sie ihrerseits als Beitragsautoren für andere Sammelbände aus ihrem Institut einbezog.

In ihren Arbeiten über die AdW bezog Mayntz sich selbst gelegentlich als »teilnehmenden Beobachter« ein,¹⁰⁷³ ohne viele Worte über die Vor- und Nachteile einer solchen Rolle zu verlieren. Im Interview sieht sie sich durchaus in der Lage, die Analyse eines Prozesses von der Beteiligung der eigenen Person am selben Vorgang zu trennen; »Ich sah darin kein moralisches Problem, und sehe auch heute keines.« Auch sah und sieht sie in dieser doppelten Rolle kein methodisches Problem; schließlich sei sie als Chemikerin ausgebildet worden und habe »trennen gelernt«.¹⁰⁷⁴ Um Reflexivität handelte es sich demnach nicht, sondern im Gegenteil um eine bewusste Vermeidung derselben aus methodologischer Überzeugung.

Damit ergibt sich eine Antwort auf der epistemischen Ebene, wie sie auch schon angedeutet wurde: In diesem Fall wurden die Forschungschancen, die der Vereinigungsprozess auch für die empirische Wissenschaftsforschung bot, im großen Stil wahrgenommen. Mithilfe einer Mobilisierung der finanziellen und personellen Ressourcen des MPIFG, darunter nicht zuletzt der Selbstmobilisierung der Mit-Direktorin des Instituts als privilegierte Akteurin mitsamt der methodischen Flexibilität, die ihr dank ihrer Stellung zu Gebote stand, konnten Ergebnisse erarbeitet werden, die Wesentliches zum Verständnis des Vereinigungsprozesses in der Wissenschaftspolitik und auch zur Stärkung des am Institut ohnehin verfolgten Ansatzes eines »akteurzentrierten Institutionalismus« beitrugen.

Nicht ganz uninteressant mag dabei der Hinweis darauf sein, was die beiden in diesem Abschnitt hauptsächlich besprochenen Individuen Hans Zacher und Renate Mayntz außer der oben genannten, kurzfristig geschmiedeten und für beide Beteiligten gewinnbringenden Allianz verbindet: Beide dachten und handelten institutionalistisch in dem Sinne, dass sie ›die Forschung‹ weitgehend mit ihren Trägerinstitutionen gleichsetzten. Von einer Analyse von Forschungspraktiken oder sonstigen epistemischen Gehalten – von dem also, was solche Institutionen ermöglichen sollen – war nicht die Rede.

1073 Beispielsweise Mayntz, *Die außeruniversitäre Forschung*, 1992, 64–82, 76.

1074 Mitchell G. Ash: Interview mit Renate Mayntz. Köln 23. September 2018, DA GMPG, ID 601064.

Teil IV. Schluss

In diesem Schaubild (Abbildung 4) präsentierte die MPG eine Bilanz ihrer Tätigkeit in den NBL bis 1995. Die im Jahresbericht 1993 eingeführte Unterscheidung zwischen einem »Sofortprogramm« (ohne die kurzfristigen Kooperationen von 1990 bis 1992) und einem »Langzeitprogramm« (im Wesentlichen aus MPI-Gründungen bestehend) wird hier als strukturierendes Prinzip der Selbstdarstellung beibehalten. Neu war, dass man die MPG nun mit Instituten oder Teilinstituten in allen der NBL präsent zeigt. Zudem werden hier mehrere der in den Jahren 1993 bis 1994 projektierten, aber noch nicht beschlossenen Institutsneugründungen ebenfalls angeführt (siehe oben Abschnitt III.5.1. sowie den Ausblick Abschnitt IV.3.).

Die Aktivitäten der MPG in der hier besprochenen Zeit stellen – im breiteren Kontext gesehen – einen relativ kleinen Ausschnitt im überaus komplexen Vereinigungsgeschehen in den Wissenschaften dar, und zwar selbst dann, wenn der Blick allein auf die AUFES beschränkt bleibt. Nach einer umfassenden Zusammenstellung der BLK aus dem Jahr 1993 (Stichtag 1. Juni) gab es insgesamt 134 AUFES in den NBL, davon waren 34 Einrichtungen der MPG. Allerdings gab es ebenfalls 34 Einrichtungen der »Blauen Liste« und es war weitaus mehr Personal an diesen sowie an den wenigen GFES angestellt als an den vielen kleinen AGs der MPG.¹⁰⁷⁵ Diese einschränkende Aussage trifft auch für die Situation innerhalb der MPG zu. Die Ausgaben für ihre Aktivitäten in den NBL machten 1991 circa 10 Prozent des Gesamthaushaltes der MPG aus (siehe oben Abschnitt III.2.). In den ersten Jahren mussten sogar, wie bereits dargelegt (Abschnitt III.3.), bereitgestellte Gelder zurückgemeldet werden, weil die zu fördernden Stellen noch nicht besetzt werden konnten. Bis 1994 hatte sich das Bild trotz gestiegener Etats wenig geändert: Im Bericht zum Vollzug des Haushaltes 1994 für die Senatssitzung vom Juni 1995 hieß es, laut BLK-Beschluss vom September 1994 wurden Förderungen des Bundes und der Länder für die MPG in Höhe von 1.202.218.600 DM für die ABL und 201.909.900 DM für die Vorhaben in den NBL bewilligt; der Anteil der NBL betrug damit sogar etwas weniger als 10 Prozent.¹⁰⁷⁶

Trotzdem darf die Bedeutung der im Vorangegangenen analysierten Prozesse sowohl für die Geschichte der Wissenschaftswandlungen in dieser Umbruchszeit als auch für die Geschichte der MPG nicht geringgeschätzt werden. Zum ersteren: Die MPG entfaltete in dieser Zeit eine bemerkenswerte Eigentätigkeit, sobald die Option einer »Konvergenz« der beiden Forschungssysteme vom Tisch war. Natürlich galt das auch für die anderen Forschungs- und Forschungsförderungsträger der bisherigen Bundesrepublik.¹⁰⁷⁷ Der Unterschied lag in der Vielfältigkeit des Engagements der MPG: Anstatt darauf zu setzen, vertraute Formate in den NBL sofort ein-

1075 Eigene Zählung aus Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Geschäftsstelle: *Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Allgemeine Informationen, Haushalt, Personal. Ergebnisse der Umfrage der BLK zum Stand des Aufbaus von FE in den neuen Ländern zum Stichtag 1. 6. 1993.* Bearbeitet von Petra Hartmann, Ekkehard Mochmann, Bernd Reutershausen, Ralf Uher, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln. Bonn 1993.

1076 Materialien der 140. Sitzung des Senats vom 22. 06. 1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 128–130.

1077 Vgl. Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999.

Forschungsförderung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins seit 1991 Stand: 1. Januar 1996	
Aufbau von befristeten Einrichtungen (Sofortprogramm)*	Aufbau von Instituten (Langzeitprogramm)
Arbeitsgruppen an Universitäten	Bestehende Institute
<p><i>Humboldt-Universität Berlin</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Algebraische Geometrie und Zahlentheorie - Strukturelle Grammatik - Theorie dimensionsreduzierter Halbleiter - Quantenchemie - Röntgenbeugung an Schichtsystemen - Nichtklassische Strahlung - Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern - Zellteilungsregulation und Gensubstitution <p><i>Universität Potsdam</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Partielle Differentialgleichungen und komplexe Analysis - Nichtlineare Dynamik - Ostelbische Gutsherrschaft als sozialgeschichtliches Phänomen - Fehlertolerantes Rechnen <p><i>Universität Rostock</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Asymmetrische Katalyse - Komplexkatalyse - Theoretische Vielteilchenphysik <p><i>Technische Universität Dresden</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Theorie komplexer und korrelierter Elektronensysteme - Mechanik heterogener Festkörper <p><i>Universität Leipzig</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Zeitaufgelöste Spektroskopie <p><i>Universität Halle-Wittenberg</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Flüssigkristalline Systeme - Enzymologie der Peptidbindung <p><i>Universität Jena</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Molekulare und zelluläre Biophysik - CO₂-Chemie - Gravitationstheorie - Pharmakologische Hämostaseologie - Röntgenoptik - Staub in Sternentstehungsgebieten - Molekulare Zellbiologie 	<p>Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik Halle/Sachsen-Anhalt</p> <p>Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung Golm/Brandenburg</p> <p>Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme Dresden/Sachsen</p> <p>Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen Jena/Thüringen</p> <p>Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie Berlin</p> <p>Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie Golm/Brandenburg</p> <p>Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin</p> <p>Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung Leipzig/Sachsen</p> <p>Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik Golm/Brandenburg</p>
	Institute in Gründung
	<p>Max-Planck-Institut für chemische Physik fester Stoffe Dresden/Sachsen</p> <p>Teilinstitut des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften Leipzig/Sachsen</p> <p>Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock/Mecklenburg-Vorpommern</p>
Außenstellen	Vorhaben im wissenschaftlichen Beratungsverfahren
<ul style="list-style-type: none"> - Außenstelle Berlin des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik - Außenstelle Berlin des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik 	<ul style="list-style-type: none"> - Anthropologie - chemische Kommunikation in Ökosystemen - Dynamik komplexer technischer Systeme - Ethnologie - Genetik, molekulare Zellbiologie, Faltung und gezielter Abbau von Makromolekülen - Laborastrophysik - Interstellare Materie - Optik - Studium globaler biogeochemischer Kreisläufe

* Die sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte - von 1992 bis 1995 von der "Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH", einer Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft, eingerichtet und betreut - wurden zum 1. Januar 1996 in neue Trägervereine übergeführt.

Abb. 4: Forschungsförderung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins. Stand: 1. Januar 1996

zupflanzen, wie die FhG es tat, oder lediglich Außenstellen bestehender Einrichtungen zu gründen, entschied sich die MPG anfangs für befristete, aber institutionell gesehen innovative Initiativen, um sich danach und parallel dazu auf die Gründung neuer MPIs beziehungsweise Außenstellen bestehender MPIs zu konzentrieren. Sowohl bei den befristeten Einrichtungen als auch bei den Institutsgründungen handelte es sich sowohl um vom WR infolge der Evaluierung der AdW-Institute empfohlene, an die MPG herangetragene als auch um eigene Initiativen. Dass diese komplexe Strategie nicht ohne Schwierigkeiten realisiert wurde, dürfte aus den vorangegangenen Ausführungen klar geworden sein. Unerwartete Feedbackeffekte bis hin zu zahlreichen Abteilungsschließungen und einer Neugestaltung der Berufungsvorgänge in den ABL, die vielfach zu inhaltlichen Neuorientierungen führten, blieben nicht aus.¹⁰⁷⁸ Am Ende dieses Zeitraumes war die MPG trotz ihrer Bemühungen um Beibehaltung gewohnter institutioneller Praktiken eine andere Gesellschaft geworden.

Zum Abschluss sollen die Ergebnisse dieser Analyse vom Blickwinkel des in der Einleitung skizzierten Ansatzes zusammengefasst werden, und zwar zunächst im Allgemeinen hinsichtlich der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik im vorliegenden Fall und dann etwas präziser nach den eingangs genannten Ressourcentypen.

IV. 1. Zur Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik am Beispiel der MPG

Die Frage danach, inwiefern und in welchem Sinne eine Wechselwirkung von Wissenschaft und Politik in diesem Fall feststellbar ist, ist nicht einfach zu beantworten. Auf den ersten Blick liegt eher eine radikale Asymmetrie vor: Das Spiel der ›hohen Politik‹, genauer: die deutsche Vereinigung überhaupt in ihrem improvisierten Charakter scheint fast zur Gänze ohne Rücksichtnahme auf oder Einflussnahme aus der Wissenschaft als Institution oder als Diskurs abgelaufen zu sein. Das Angebot einer Wirtschafts- und Sozialunion wurde im Februar 1990 sogar unter Missachtung der geballten bundesdeutschen Wirtschaftsexpertise unterbreitet und die weiteren darauffolgenden politischen Entscheidungen zur Beschleunigung der Vereinigung als Beitritt (siehe Teil II) scheinen ohne Input der organisierten Wissenschaft gefallen zu sein. Auch nach dem Vollzug der staatlichen Vereinigung legten die Wissenschaftsorganisationen ein grundsätzlich reaktives Verhalten an den Tag, und zwar selbst dann, als es 1994 im Rahmen der »Standort Deutschland-Debatte« forschungspolitische Fragen bis zum Bundeskanzler selbst geschafft zu haben schienen (siehe Abschnitt III.5.2.).

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn wir von ›politics‹ als ›hohe Politik‹ zur ›policy‹, also zur Politik als staatlichem Handeln wechseln. Der Vorstoß der DFG im Januar 1990, Anträge aus der DDR unter Federführung bundesdeutscher WissenschaftlerInnen zuzulassen (Teil II), wurde mit dem BMFT und sogar mit Minister Heinz Riesenhuber selbst zumindest punktuell koordiniert.

¹⁰⁷⁸ Vgl. hierzu ausführlich: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1995*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995, 31–55.

niert. Der Versuch, einen »brain drain« der ForscherInnen aus der DDR zu vermeiden, der diesen Schritt motivierte, war eine wissenschaftspolitische Variante der allgemeinpolitischen Linie der Bundesregierung, die den Slogan »Gebt uns die DM, oder wir kommen zu ihr!« mit dem Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion beantwortete. Während der Vorbereitungen der Ressortverhandlungen im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit kam es nachgewiesenermaßen zu intensiven Interaktionen zwischen den MinisterInnen und den leitenden BeamtInnen der zuständigen BMFT und MFT sowie zwischen diesen und den Leitungen der von diesen Ministerien geförderten Einrichtungen. Das »Husarenstück« (O-Ton Zacher) des Ministers Riesenhuber bei der Pressekonferenz zum »Kamingespräch« am 3. Juli 1990, der den Anstoß zur Auflösung der AdW und zu der Erweiterung des bundesdeutschen Forschungs- und Forschungsförderungssystems auf das so genannte »Beitrittsgebiet« geben sollte, ist mit den vermeintlichen ostdeutschen VerhandlungspartnerInnen aber nachweislich nicht abgesprochen worden. Die dort ausgesprochene Bitte beider Staatsminister um eine Evaluierung der AdW-Institute durch den WR wurde im Vorfeld vom WR selbst geschickt eingefädelt. Den Weichenstellungen in diese Richtung im späten Juni 1990 ging ein zähes Ringen um Konsens unter den Mitgliedern der Allianz und auch zwischen diesen und Minister Riesenhuber voraus, wie am Beispiel der MPG (Abschnitt III.1.2.) gezeigt wurde.

Nach der Unterzeichnung des EV, nach dem formalen Vollzug der deutschen Vereinigung im Bereich der Wissenschaftspolitik durch den Abschluss der zweiten Bund-Länder-Vereinbarung (»Möllemann II«) am 2. Oktober 1990 und nach der Ausweitung der Gültigkeit der RV Forschungsförderung auf die NBL im Dezember kam es zu überaus verzwickten, vielschichtigen Verhandlungen zwischen Wissenschaft und Politik um die faktische Ausgestaltung dieser Vereinbarungen, sprich: um die Realisierung der zahlreichen Initiativen in diesem »policy«-Bereich, die sich in mehreren Phasen entfalteten. Wie sich diese Verhandlungen mit welchen Beteiligten in unterschiedlichen konkreten Kontexten gestalteten und umgestalteten, habe ich im vorliegenden Beitrag am Beispiel der MPG entlang fünf überlappender Phasen nachzuzeichnen versucht (Teil III).

War die deutsche Vereinigung, nachdem sie vollzogen wurde, für die MPG eine disruptive Episode, nach deren »Bewältigung« man zur alten Tagesordnung überging, oder doch eine Chance für Neues? Nach dem oben Gesagten (Teil III) fällt die Antwort auf diese Frage deutlich aus: Die Expansion der MPG in den 1990er Jahren fand fast ausschließlich in den NBL statt, und zwar in einem Ausmaß und einer Geschwindigkeit, die in den 1980er Jahren für unvorstellbar gehalten worden wären. Es sei daran erinnert, dass man in der Amtszeit Heinz Staabs stolz darauf war, trotz budgetärer Stagnation drei neue MPIs gegründet zu haben. In der darauffolgenden Amtszeit Zachers fielen allein bis 1994 inklusive der beiden Außenstellen insgesamt zehn Gründungsbeschlüsse; 1995 kamen zwei weitere hinzu, das MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften in Leipzig und das MPI für chemische Physik fester Stoffe in Dresden (siehe Ausblick, Abschnitt IV.3.).

Vom Standpunkt der Frage nach einer Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik aus sieht es so aus, als hätte die MPG die allgemeine Politik, hier: den auch in anderen Politikberei-

chen (>policy areas<) vorhandenen politischen Willen zum Projekt »Aufbau Ost« im großen Stil als Ressource für das eigene Handeln mobilisiert. Der Weg dorthin war allerdings weder einfach noch geradlinig und es kam dazu erst nach einem spannungsreichen Austausch (der im Senat der MPG gelegentlich zum Schlagabtausch wurde) und eingehenden Gesprächen mit VertreterInnen des Bundes und der NBL, die bis dahin trotz ihrer Bekenntnisse zur Bedeutung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung andere Prioritäten gesetzt hatten. Wie gezeigt werden konnte (Abschnitt III.5.1.), kam es aber zu einer Beschleunigung der ohnehin begonnenen Initiativen der MPG sowie zu einer stark vermehrten, in allen Sektionen gezielt organisierten Konzipierung neuer Institutsgründungen in den NBL im Jahre 1993 erst auf direkten Druck der Politik, namentlich des BMFT und des neuen Ministers Paul Krüger selbst, der aus Mecklenburg-Vorpommern stammte und sich in dieser Angelegenheit als Anwalt der NBL agierte. Somit muss die spektakuläre Expansion der MPG in die NBL zumindest ab dieser Zeit als Ergebnis einer Beziehung dargestellt werden, die auf beidseitigen Interessen beruhte.

Trotz der nachträglichen Darstellung eines bereits im Herbst 1990 beschlossenen Zweistufenplans mit Sofort- und Langzeitprogrammen ist aber nicht nachgewiesen, dass das Präsidium oder die GV der MPG eine derart gezielte Mobilisierung der »hohen Politik« als Ressource für eigenes strategisches Handeln bereits 1990 klar ins Auge gefasst und ihr Handeln von vornherein darauf ausgerichtet hätte. Vielmehr ist anfänglich eher ein pragmatisches Vorgehen zu konstatieren anhand einer eigens getätigten Auswahl unter den von der Politik gesetzten Möglichkeiten, verbunden mit gezielt gestarteten Eigeninitiativen. Dabei versuchte man den Anspruch auf Autonomie vor allem dadurch aufrechtzuerhalten, dass man an den gewohnten und für bewährt gehaltenen Gründungs- und Berufungsprozedere der MPG mit der Begründung festhielt, nur so könnten die Qualitätsstandards einer Einrichtung der Spitzenforschung gesichert werden. In konkreten Fällen war eine gewisse Flexibilität in der Handhabung dieser institutionellen Praktiken durchaus möglich, vor allem dann, wenn die politische Lage schnelle Beschlüsse erforderlich erscheinen liess. Trotzdem galt die (natürlich nicht so ausgesprochene) Devise: alles möglich, nur keine Satzungsänderung! Die kleinere FhG konnte Institute schneller gründen und erwies sich zumindest anfangs aufgrund ihrer schlankeren Entscheidungsfindungsstrukturen als wendiger, betrieb ihre Initiativen aber auch im Rahmen ihrer bestehenden Satzung.¹⁰⁷⁹

Nach dem Vollzug der staatlichen Einheit erhielten die für Forschung zuständigen MinisterInnen der NBL Handlungsspielräume struktureller Natur: durch die eben erwähnte Ausdehnung des Geltungsbereichs der HV Forschungsförderung, finanziell durch die vorläufige Aufhebung des Finanzausgleichs der Bundesländer und die ihnen zugewiesenen Bundesmittel aus dem Fonds Deutsche Einheit sowie durch die damit zusammenhängenden BLK-Beschlüsse. So kam die Ressource Geld zur Entfaltung. Mithilfe massiver Transferleistungen aus dem Bundeshaushalt eröffneten sich damit Chancen für Innovationen durch die MPG. Diese Chancen wurden

1079 Vgl. hierzu nochmals Trischler und vom Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 196–203.

vorerst durch die Gründung der AGs an den Universitäten (Phase 1) und danach durch die Annahme der an die MPG vom WR herangetragene Betreuung der GWZs (Phase 2) genutzt. Diese institutionellen Innovationen wurden aber bewusst befristet, während die längerfristig bedeutenderen Institutsgründungen (beginnend ebenfalls in Phase 2) eher im inhaltlichen als im institutionellen Sinne zumindest nachholend innovativ sein sollten. Was die Befristung der institutionell innovativen AGs und GWZs betrifft, erwies sich die Ressource Zeit in der Folge als dehnbarer, als sie Ende 1991 infolge der Bestimmungen des EV im Falle der ersten Institutsgründungen sein durfte. Im Falle der Gründungen der beiden vom WR empfohlenen MPIs und auch der Töchtergesellschaft »zur Förderung wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH« als Trägerin der GWZs improvisierte man aus arbeitsrechtlichen Gründen gewisse Modifizierungen der in der MPG gewöhnlichen Gründungs- und Berufungsvorgänge, um die Gründungen pünktlich zum 1. 1. 1992 zu vollziehen und damit jeden Anschein einer Übernahme früherer AdW-Institute vermeiden zu können. Später wurde die Ressource Zeit fungibler; so konnte sowohl die Förderung der AGs als auch die Betreuung der GWZs vielleicht widerwillig, aber doch über die ursprünglich vorgesehenen Fristen hinaus – im Falle der AGs sogar bis in die späten 1990er Jahre hinein – verlängert werden.

Was die Ressource Geld betrifft, ist auch eine Verschiebung zu beobachten. Dass eine derartige Mobilisierung der ›hohen Politik‹ in den NBL nur mit Sondermitteln zu bewerkstelligen sei und daher ohne Rückwirkung auf den westlichen Teil der MPG bleiben möge, war eine explizit formulierte und dann lange gehegte Wunschvorstellung der MPG-Leitung, die, wie gezeigt wurde, auch andere institutionelle Akteure der Wissenschaftspolitik zunächst vor sich hertrugen. Es kam bald anders, denn neben der Expansion der MPG in die NBL, die nach überaus zähen Verhandlungen trotz der Finanzkrise des Bundes gelang (siehe Abschnitt III.3.2. und III.4.) kam es zum so genannten »Konsolidierungsprogramm« der MPG in den ABL. Die 1991 bundespolitisch beschlossene Trennung der Haushalte Ost und West blieb auch in der MPG bis 1995 aufrecht, weshalb von einer direkten Kompensierung der Erweiterung in den NBL durch Kürzungen in den ABL keine Rede sein kann; genauso wurde das alles aber in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Nomen war hier Omen. Dass der Name dieses MPG-Programms gleich lautete wie das parallel eingeleitete Budgetverschlinkungsprogramm im Bundeshaushalt war wohl kein Zufall, auch wenn innerhalb der MPG bereits 1990 von einer »Konsolidierung« die Rede war. Auch in den ABL wurde also die ›hohe Politik‹, hier: die zunächst durch den Konjunkturunbruch 1991–1992 und danach durch die Wende zum Neoliberalismus bedingten Haushaltskürzungen des Bundes von der MPG-Leitung als Hebel mobilisiert, um interne Strukturreformen durchzusetzen, deren Notwendigkeit vor der Vereinigung im Allgemeinen schon erkannt worden waren.

Im Kontext der Finanzkrise des Bundes ab 1992, die auch einen Engpass im Haushalt der MPG mit sich brachte, hatte die MPG-Leitung mit insgesamt drei Rundbriefen an die Regierungschefs zunächst des Bundes und der ABL, dann an alle Regierungschefs und schließlich an die Regierungschefs und Minister der NBL versucht, der Beziehungsgeschichte von Wissenschaft und Politik eine neue Form zu geben (siehe Abschnitt III.4.). Politisch wirksam wurde erst der dritte Rundbrief, weil diesem eine gezielte Offensive mit direkten Gesprächen zwischen der MPG-Leitung und den Regierungsspitzen der NBL folgte. Erst mit dieser Lobbyaktion, die sich

mit anderen Verhandlungen zwischen der MPG-Leitung und der Politik um Standorte der ersten MPIs verzahnte, um nicht zu sagen: verknäuelte, scheint die Sache der MPG ins Rollen gekommen zu sein. Dies wurde nicht zuletzt begünstigt durch den gezielten Hinweis der MPG-Seite auf die herannahende Einbeziehung der NBL in den Finanzausgleich und die dadurch gegebene Gefahr von Ost-West-Transfers, die es zu vermeiden galt. Offenbar hatten die Bewilligung eines »Finanzkorridors« für die nächsten zwei Jahre und die damit einhergehende Neuberechnung der Fördersummen des BMFT der MPG die Umsetzung der zum Teil bereits im Senat beschlossenen Institutsgründungen in den NBL tatsächlich ermöglicht. Die hierfür gewährte Ausnahme vom »Jährlichkeitsprinzip« der Haushaltsführung war keine unbedeutende Leistung im noch bestehenden Zeitalter der Kameralistik.

Fragen wir also, wo »Politik« in diesem Fall zu verorten war (wie in Teil I geschehen), dann lautet die Antwort wohl: fast zur Gänze im Bereich der »Policy«. Gelegentlich spielte Politik jedoch als politische Gesinnung oder Werterhaltung in diesem Prozess eine Rolle, zum Beispiel bei den Weichenstellungen im Juni 1990, als direkte Verweise auf Kerneigenschaften des SED-Staates als Argumente gegen eine »Konvergenz« der Wissenschaftssysteme mobilisiert wurden (Abschnitt III.1.2.), sowie im Falle der Kontroverse um das Zentrum zeithistorische Studien in Potsdam 1993–1994, als es darum zu gehen schien, wer die Geschichte der DDR schreiben soll und darf (Abschnitt III.5.4.). Ansonsten herrschte Wissenschaftspolitik in Wechselwirkung mit anderen Politikbereichen wie der Wirtschaftspolitik vor, hier zugespitzt im Rahmen der »Standardortdebatte« (Abschnitt III.5.2.). Die ebenfalls vorhandene Spannung zwischen Wissenschafts- und Sozialpolitik (Stichworte Arbeitsplatzzerhalt und Mitbestimmung) nahm im Vereinigungsprozess im Rahmen der Evaluierungen des WR und für die MPG bei der Unterbringung positiv evaluierter AdW-MitarbeiterInnen eine ungewöhnliche Form an (siehe Abschnitt III.2.2.). Die allgemeine Politik spielte hier eine wichtige Rolle, als es um die politische Überprüfung der MitarbeiterInnen der MPG-Einrichtungen in den NBL ging. Trotz Einspruchs des GBR wurde eine Regelung auch für die außeruniversitären Einrichtungen der MPG durchgesetzt, die sich aber von der gesetzlich geregelten Pflichtprüfung an den Universitäten wesentlich unterschied. Im Handeln der MPG in den NBL spielten sozialpolitische Erwägungen der konventionellen Sorte anscheinend eine nachgeordnete Rolle, als es um die Übernahme von AdW-MitarbeiterInnen an neu gegründete MPIs in den NBL ging; in den Vordergrund rückte diese Dimension, als die Zukunft der GWZs auf dem Spiel stand (siehe Abschnitt III.4.3.2.1. und III.5.4.).

Kommen wir nun zur Frage nach dem Verhältnis von Struktur- und Ereignisgeschichte im vorliegenden Fall. Dass zwischen diesen beiden Dimensionen kein notwendiger Gegensatz bestand, weil konkrete Verknüpfungen vorliegen, dürfte nach all dem Gesagten klar sein. Allerdings gilt dies nicht für alle Dimensionen der Strukturgeschichte. Gar viele der akuten Strukturfragen der 1980er Jahre – vor allem die Nachwuchs-, Stipendiaten- und vor allem die Frauenfrage – wurden durch die Vereinigungszeit hindurch vorerst mitgeschleppt und intern nicht gelöst. Bezüglich der Frauenfrage änderte sich dies erst, nachdem mit der Verabschiedung des

Frauenförderungsgesetzes 1994 konkrete Maßnahmen zur Realisierung des Gleichstellungsgebotes Gesetzeskraft erlangt hatten und die MPG sich deshalb zum Handeln gezwungen sah.¹⁰⁸⁰

Ein Spannungsmoment im Verhältnis von Struktur- und Ereignisgeschichte ist im Bereich der institutionellen Praktiken der MPG festzustellen. Von einem bewussten Festhalten an gewohnten institutionellen Praktiken trotz starken politischen Drucks ist oben vielfach die Rede gewesen. Innovative institutionelle Lösungen wie die AGs an den Universitäten und die GWZs wurden zwar sehr wohl entwickelt und auch weitgehend realisiert, aber eher im Osten als im Westen. Dort waren sie jedoch befristet, wie stets betont wurde; und sie blieben es auch, nachdem sich die ursprünglichen Fristen nicht halten ließen. Damit wurde eine sehr alte Tradition im deutschen Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb bewusst fortgesetzt: So wurde epistemisch oder institutionell Innovatives vorerst am Rande oder wie hier mit Befristung eingerichtet, um das Bestehende, hier: die bestehenden Strukturen der MPG möglichst unverändert aufrechtzuerhalten und Neues in den NBL nach bewährtem Muster einzurichten. Doch wie ebenfalls gezeigt wurde, kam es im Falle der MPG bei der deutschen Vereinigung in einem gewissen Sinne anders: Während die Institutsstrukturen und die Vorrechte der DirektorInnen gleichblieben, wandelten sich die Planungsverfahren der MPG in den NBL und auch in den ABL in Hinblick auf die Nachbesetzung von Direktorenstellen grundlegend, wenngleich auf unterschiedlichen Wegen. Und schließlich kam es 1994 zu einer Änderung der Arbeitsteilung an der Spitze der MPG, die als eine direkte Folge der Überlastung des Präsidenten im Vereinigungsprozess dargestellt wurde.

Das für solche Prozesse häufig gebrauchte Schlagwort »Pfadabhängigkeit« blendet im vorliegenden Fall das wesentliche Faktum aus, dass es sich keineswegs um eine unbewusste Fortsetzung gewohnter Wege analog zum physikalischen Trägheitsgesetz handelte – man fragt ja einen sich fortbewegenden Körper auch nicht, ob er weiterhin in dieselbe Richtung fliegen will oder nicht –, sondern vielmehr um ein vollkommen bewusstes Festhalten an bestehenden Strukturen und dann um eine intendierte Reform der internen Prozedere. Ein Beispiel für das bewusste Festhalten am Gewohnten auch außerhalb der MPG ist der Verzicht auf die vom Wissenschaftsrat Anfang Juli 1990 in Aussicht gestellte flächendeckende Evaluierung der Forschungseinrichtungen und Hochschulen der bisherigen Bundesrepublik. Wie Dieter Simon es im Interview in der ihm eigenen Art sagte: »Als wir dem Minister sagten, nachdem die Evaluierung im Osten zu Ende war, dass es nun an der Zeit für eine Evaluierung im Westen wäre, hat er gesagt, ›das lassen wir nun mal«. ¹⁰⁸¹ In Bezug auf die Hochschulen hat Wolfgang Schluchter Ähnliches festgestellt. ¹⁰⁸² Einem derartigen Verhalten ist mit dem Terminus »Pfadabhängigkeit« nicht beizukommen. Trotzdem kam es zu einer verbreiteten und verschärften Evaluierung von Forschungseinrichtungen, nicht zuletzt auch in der MPG, in den späteren 1990er Jahren

¹⁰⁸⁰ Vgl. hierzu detailliert Birgit Kolboske: *Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen*. Berlin 2018.

¹⁰⁸¹ Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMFG, ID 601048.

¹⁰⁸² Schluchter, *Neubeginn durch Anpassung*, 1996.

aufgrund eines abermaligen Konsolidierungsprogramms der Bundesregierung (siehe Abschnitt IV.3.).

IV. 2. Wandlung einer Ressourcenkonstellation nach Ressourcentypen

Kommen wir nun zu genaueren Schlussfolgerungen entlang der eingangs genannten Ressourcentypen Personal, Institutionen und diskursive Ressourcen.

IV. 2. 1. Personal und Personenkonstellationen

Die Ergebnisse in diesem Bereich sind vielschichtiger, als die vielen Polemiken der damaligen und späteren Zeit gegen einen »Anschluss« oder eine »Abwicklung« der DDR-Wissenschaft oder gar einer »Übernahme« der DDR suggerieren.¹⁰⁸³ Wie zu zeigen sein wird, ging es hier zwar schon – aber nicht allein – darum, wer als WissenschaftlerIn weiterhin tätig sein darf, sondern auch um Personenkonstellationen, die als Ressourcen für eine Einbindung der ›hohen Politik‹ und eine Vernetzung der Wissenschaftspolitik mobilisierbar waren. Im Folgenden wird versucht, Wandlungen solcher Ressourcenkonstellationen auf mehreren Ebenen aufzuzeigen. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, wie diese Wandlungen mit Wandlungen des Ressourcentyps Institutionen zusammenhängen.

Wenn wir mit den Personenkonstellationen und dort auf der oberen Etage beginnen, haben wir eine Gruppe vor uns, die bis auf die Bundesminister bemerkenswert stabil blieb, und zwar die Vertretungen der ›hohen Politik‹ und der Wirtschaft im Senat der MPG: hohe Beamte der Bundesregierung, darunter natürlich der jeweils zuständige Forschungsminister (Heinz Riesenhuber, Matthias Wissmann, Paul Krüger und zuletzt Jürgen Rüttgers), die alle relativ häufig anwesend waren; der Staatssekretär im BMF (Peter Klemm bis zu seinem Ausscheiden 1994, dann ersetzt durch Manfred Overhaus); die Ministerpräsidenten der Länder, von denen einige (wie Kurt Biedenkopf aus Sachsen und Bernhard Vogel aus Thüringen) häufiger dabei waren als andere (wie Johannes Rau aus Nordrhein-Westfalen); die jeweils zuständigen MinisterInnen der Länder, von denen wiederum einige (wie Manfred Ehrhardt oder die ständigen Gäste Anke Brunn und Hans Joachim Meyer) auch häufiger da waren als andere (wie Marianne Tidick in ihrer Eigenschaft als KMK-Präsidentin oder der bayrische Kultusminister Heinz Zehetmair, der einmal wegen der Verhandlungen zum Verbleib der GV in München kam). Aus alledem ergibt sich das Bild einer starken Asymmetrie, denn außer Meyer und dem kurzzeitigen BMFT-Chef Krüger, dessen zentrale Rolle im Versuch einer wirtschaftsorientierten Umsteuerung der Forschungspolitik sowie einer Beschleunigung der MPI-Gründungen in den NBL oben (Abschnitt III.5.1. und III.5.3.) behandelt wurde, kamen alle Politiker von Format im MPG-Senat, auch die

¹⁰⁸³ Vgl. zum Beispiel Reinhard Myritz: *Streitsache: »Abwicklung« in Ostdeutschland*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft 1991; sowie neuerdings Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: C. H. Beck 2019, 319.

aus den NBL, aus dem Westen. Das galt natürlich auch für Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, der als Ehrensensator an mehreren Debatten aktiv und meinungsstark teilnahm.

Nicht zuletzt zu nennen ist die große Gruppe der Wirtschaftschefs wie Eberhard von Kuenheim bis 1993 Vorstandsvorsitzender, danach Vorsitzender des Aufsichtsrates von BMW und ab 1993 Vizepräsident der MPG, Herbert Grünewald, Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Bayer AG, und Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz. Dass die zuletzt genannte Gruppe zur Gänze aus dem Westen kam, versteht sich fast von selbst; aus den NBL kam nur Lothar Späth, vormals Ministerpräsident Baden-Württembergs, der in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Jenoptik bis 1993 im Senat saß und auch relativ häufig aktiv an den Sitzungen teilnahm. Hervorzuheben ist das ebenfalls dauerhafte Engagement von Personen aus der Wirtschaft wie von Kuenheim, Wolfgang Schieren, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Allianz AG, oder Wolfgang Röller, Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank und Schatzmeister der MPG im Verwaltungsrat der MPG; ihre betriebswirtschaftliche Expertise war in Sachen GWZs und zur Unterstützung des Konsolidierungsprogramms wichtig. Zwei weitere in der MPG engagierte Herren aus der Wirtschaft, Alfred Herrhausen, seit 1978 Senatsmitglied, seit 1981 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 1984 Schatzmeister der MPG, und Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, Präsident der Treuhand-Anstalt und seit 1984 Senatsmitglied, mussten wegen ihrer Ermordung durch Terrorakte 1990 respektive 1991 in Trauer verabschiedet werden.¹⁰⁸⁴

Dass mehrere Landesregierungschefs, LandesministerInnen, MinisterInnen oder andere hohe Ministerialbeamte der Bundesregierung sowie einige Spitzen der Wirtschaft Senatsmitglieder waren, scheint auf eine Bemühung der MPG-Leitung hinzudeuten, die KWG-Tradition der Einbindung solcher Kräfte fortzuführen. Faktisch setzte sich der Senat der MPG durch eine Verbindung aus von öffentlichen Körperschaften entsandten und von den MPG-Mitgliedern aus deren Mitte gewählten Personen zusammen; insofern spiegelte er die korporatistische Realverfassung der alten wie der neuen Bundesrepublik wider. Damit waren VertreterInnen der ›hohen Politik‹, der Wirtschaft und auch der Gewerkschaften innerhalb der MPG präsent. Wie in diesem Beitrag gezeigt werden konnte, kam es während der Senatssitzungen tatsächlich mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen PolitikerInnen und Wirtschaftsgrößen, als es um das Engagement der MPG in den NBL ging. Gelegentlich nahmen sich diese fast wie Regierungsverhandlungen in der jeweiligen Sache aus. Manchmal führte dies zu leichten Modifizierungen öffentlicher Positionen, manchmal eher zu deren Bekräftigung. Spätestens in solchen Fällen wird deutlich, wie wenig sinnvoll es ist, die Bereiche ›der‹ Politik und ›der‹ Wissenschaft für getrennte, einander »wesensfremde« Sphären zu halten. Allerdings sind die an solchen Beziehungen beteiligten WissenschaftlerInnen keine »line researchers«, sondern als MPI-Direktor-

1084 Zu Herrhausen vgl. Niederschrift der 124. Sitzung des Senats vom 15.03.1990 in München, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 124.SP; zu Rohwedder vgl. Niederschrift der 128. Sitzung des Senats vom 06.06.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 37.

Innen und zuweilen auch als Multifunktionäre in den Gremien der MPG selbst Machthaber im jeweils eigenen Bereich.

Aus dem engeren Feld der Hochschul- und Wissenschaftspolitik sind vor allem die Leiter der Einrichtungen der Allianz zu nennen, die als ständige Gäste im Senat tätig waren, von denen neben dem WR-Vorsitzenden Dieter Simon insbesondere Max Syrbe von der FhG (bis zu seiner Ausscheidung 1993), Harald zur Hausen und Joachim Treusch, nacheinander Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der GFes, und Hans-Uwe Erichsen, langjähriger Präsident der HRK, als aktive Diskussionsbeteiligte hervorzuheben sind. Eine Besonderheit in dieser Gruppe stellt das Verhältnis Zachers mit Dieter Simon dar. Beide waren als Juristen und MPI-Direktoren Mitglieder der GWS der MPG und dadurch in mehrfacher Hinsicht Kollegen. Sie sind auch die einzigen Allianz-Chefs, die Briefe mit persönlicher Note austauschten.¹⁰⁸⁵

Andere westdeutsche Amtsträger wie Gotthard Schettler, Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, hatten offenbar einen geringeren Ressourcenwert. Sein Werben für eine Akademie-Union 1990 wurde in der Allianz abgewiesen, seine scharfe politische Kritik an Horst Klinkmann im Juli 1990 ignoriert.¹⁰⁸⁶ Ebenso erfolglos wandte er sich Ende Juli an Dieter Simon mit der Bitte um Beteiligung der Akademien der Wissenschaften an den Evaluierungen der AdW-Institute durch den WR.¹⁰⁸⁷ Klinkmann selbst war wegen seiner Stellung als AdW-Präsident eine Zeit lang Gesprächspartner und hatte im Bemühen um die Zukunft der AdW im Sommer und Herbst 1990 IPP-Direktor Klaus Pinkau, wie oben berichtet (siehe Abschnitt III.1.2.), als Alliierten rekrutieren können, erhielt aber in der MPG schließlich keine Mitsprache.

Andere Ostdeutsche durften hingegen in untergeordneten, aber zuweilen nützlichen Funktionen mitagieren, beispielsweise Benno Parthier als Vizepräsident und dann Präsident der Leopoldina, der Sprachwissenschaftler Manfred Bierwisch und der Mathematiker und Rostocker Rektor Gerhard Maes. Bierwisch und Parthier spielten eine wesentliche Rolle während der Weichenstellung zur Vereinigung als öffentliche, bewusst kritische Informanten über das Wissenschaftssystem der DDR und auch als Berater hinter den Kulissen. Bierwisch wurde AG-Leiter (siehe Abschnitt III.2.1.) und nahm an den Sitzungen der Geisteswissenschaftlichen Sektion als Gast teil. Parthier und Maes wurden auf Vorschlag Zachers zu Senatsmitgliedern gewählt (Parthier als ständiger Gast und Maes als reguläres Mitglied ab 1993), meldeten sich aber in den Sitzungen fast nie zu Wort; Maes tat dies erst in der Diskussion um die Gründung des MPI für

1085 Vgl. Zacher an Simon, 07.09.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 41: »Auch wenn ich Gefahr laufe, Ihnen damit die eigene Freude an Ihrem Artikel zu verderben: Ihre Stellungnahme zur Wissenschaft in der DDR, die Sie in der FAZ veröffentlicht haben, hat mich von Herzen gefreut. Ich möchte Ihnen persönlich dafür danken. Über die treffende Analyse in der Sache hinaus waren natürlich auch Ihre Formulierungen einmal mehr ein besonderes Lesevergnügen.« Von sachlichen Differenzen hinter den Kulissen spricht Simon im Interview, 5.3.2019, Mitchell G. Ash: Interview mit Dieter Simon. Berlin 5. März 2019, DA GMPG, ID 601048.

1086 Vgl. zum Letzteren Schettler an Zacher, 10.07.1990; Zacher an Schettler, 26.07.1990. Rep. 57, Nr. 41/1.

1087 Schettler an Simon, 25.07.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 904, fol. 184–185. Schettler schrieb hier etwas ganz Anderes über Klinkmann als in seinen früheren Briefen an Zacher (q. v.).

demographische Forschung in Rostock. Wie Zacher selbst schrieb (siehe Abschnitt III.1.2.), war für diese Auswahl unter den Ostdeutschen sein »persönlicher Eindruck« ausschlaggebend, daher ist es wohl berechtigt, solche Personen nicht allein als Vertreter ihrer Institutionen, sondern auch als personelle Ressourcen zu begreifen. Die besondere Rolle von Parthiers Vorgänger als Präsident der Leopoldina Heinz Bethge im Vorfeld der Vereinigung wurde oben (Abschnitt III.1.) eigens hervorgehoben. Als Ehrenpräsident der Leopoldina führte er mit Zacher einen immer wieder aufgenommenen Briefwechsel über die Lage der Naturwissenschaften in den NBL, der hier leider nur unzureichend zitiert wurde.¹⁰⁸⁸

Zum Thema »Personenkonstellationen als Ressourcen« gehört ohne Zweifel die Selbstmobilisierung vieler MPI-DirektorInnen und Mitglieder in der Gremienarbeit, insbesondere die der Sektionskommissionen und der Kommissionen für Neuvorhaben. Wie Zacher einmal festhielt, sich selbst nicht ohne Grund mit einbeziehend: »Alle Ämter in der Max-Planck-Gesellschaft haben in diesen Jahren den Charakter einer außerordentlichen Last angenommen.«¹⁰⁸⁹ Neben dem Vorsitzenden des WR der MPG Klaus Pinkau, der an Sitzungen mehrerer Gremien teilnahm und wie berichtet (Abschnitt III.5.3.) auch in Sachen IPP außerordentlich aktiv war, sind unter vielen anderen bereits oben genannten Beispielen aus der BMS Herbert Walther, Vorsitzender der »Präsidentenkommission DDR/Neue Bundesländer«, Gerhard Wegner aus der CPTS, Uli Schwarz und Klaus Hahlbrock zu erwähnen sowie aus der GWS Franz Emanuel Weinert, Vizepräsident und Vorsitzender der »Präsidentenkommission Geisteswissenschaften«, Fritz Scharpf, Ernst-Joachim Mestmäcker, Renate Mayntz und später Paul Baltes, stellvertretender Vorsitzender und ab 1994 Vorsitzender des WR der MPG.

Zahlen zu Gesamtumfang und Verteilung dieses Gremium-Engagements unter den wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG liegen nicht vor; vielleicht genügen an dieser Stelle zwei Fingerzeige. Erstens ist ein Brief Zachers an die beiden Sektionsvorsitzenden Fritz Scharpf und Gerhard Wegner vom 21. 6. 1991 anzuführen, in dem er sie auf die bevorstehenden letzten Empfehlungen des WR bei der Evaluierung der AdW-Institute hinwies, die im Plenum am 5. Juli verabschiedet werden sollten (siehe Abschnitt III.2.2). Darin vermutete Zacher, dass es zu Empfehlungen kommen würde, mit denen sich zumindest ihre beiden Sektionen befassen werden müssen. Er bat die Kollegen jetzt schon darum, die für die Fördermaßnahmen der MPG in den NBL zuständigen Kommissionen zu Sondersitzungen zusammenrufen zu lassen und gab an, sich um einen Termin für ein »gemeinsames Vorgespräch« bemühen zu wollen: »Für die zusätzliche Arbeitslast« bat er »einmal mehr um Verständnis. Sie lässt sich leider nur auf wenige Schultern verteilen.«¹⁰⁹⁰ Ein zweiter Fingerzeig kommt aus der späteren Phase der koordinier-

1088 Siehe unter anderem den Briefwechsel Zacher mit Bethge, Februar–April 1990. AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 483; Zacher an Bethge, 31.05.1991; Bethge an Zacher, 27.04.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484; Zacher an Bethge, 10.04.1991; Bethge an Zacher, 05.04.1991 und 22.05.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 484.

1089 Zacher, Herausforderungen und Antworten, 1993, 79–85, 85.

1090 Zacher an Wegner und Scharpf, 21.06.1991. Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats vom 05.06.1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490, fot. 81–82.

ten Neugründungsarbeit. Ein Vermerk aus dem Juni 1994 spricht von »rund 90 beteiligten Wissenschaftler[n] aus der MPG selbst und zusätzlich eine[r] noch nicht abschätzbare[n] Zahl internationaler Experten«, die an dieser Aufgabe mitarbeiten würden.¹⁰⁹¹ Eine ähnliche Größenordnung mag erst recht für die Anfangsphase, insbesondere für die Arbeit an den ersten AG-Gründungen 1990–1991, vermutet werden.

Zum Thema Personenkonstellationen gehören wohl auch die MitarbeiterInnen der GV der MPG. Die Rolle der beiden GV-MitarbeiterInnen Beatrice Fromm und Andreas Trepte, die für die Tätigkeit der MPG in den NBL zuständig waren, ist schon mehrfach hervorgehoben worden. Entgegen der Hoffnungen – und der Haushaltsanmeldungen – des ersten Vereinigungsjahres erfuhr das Personal der GV der MPG zunächst keine Ergänzung. Damit mussten dieselben Leute ihre bisherige Arbeit und auch die Aufbauarbeit der MPG in den NBL – eine »Explosion unserer Geschäfte«, ¹⁰⁹² wie Zacher sie einmal nannte, – tragen. Im November 1991 wurden »nach langwierigen Verhandlungen« mit den Zuwendungsgebern und dem bayrischen obersten Rechnungshof 20 zusätzliche Planstellen für die GV bewilligt, sie waren allerdings nur bis 1996 befristet.¹⁰⁹³ Allen voran stand natürlich MPG-Generalsekretär Wolfgang Hasenclever, der wie Zacher bei jeder Senats- und VR-Sitzung berichten musste und der bei dessen Gesprächen mit PolitikerInnen in den NBL fast immer mit beteiligt war. Hasenclevers Ressourcenwert ist daran erkennbar, dass der MPG-Verwaltungsrat im Juni 1994 seine Amtszeit (zunächst wegen einer schweren Krankheit Zachers im Sommer 1993 und dann wegen Schwierigkeiten bei der Regelung seiner eigenen Nachfolge) über das Pensionsantrittsdatum hinaus bis zum 31. Oktober 1995 verlängerte.¹⁰⁹⁴

Dies alles – die Gremienarbeit und deren Unterstützung durch die GV – erfolgte nicht anstatt, sondern neben der bis dahin normalen Instituts- und Forschungsarbeit, wobei zu vermuten ist, dass zumindest einige der Hauptakteure ihre Tätigkeit zeitweilig größtenteils auf die Tätigkeit der MPG in den NBL umstellten. Vermutlich handelte es sich um eine Selbstausswahl aus den ohnehin stark beanspruchten höheren MPG-Funktionären. Die Anzahl der Beteiligten, die Menge der Sitzungen und die Beschleunigung der Festlegungen (samt Terminzwängen) erlangte hier im Vergleich zum »normalen« Tempo der Institutsarbeit eine völlig neue Qualität. Dass selbst dieses Tempo für manche Landes- oder BundespolitikerInnen zu langsam war, weil die MPG auf die Einhaltung der eigenen Prozedere bestand, erzeugte immer wieder Spannungen – dies gehört allerdings in den Bereich der Mobilisierung institutioneller Ressourcen.

1091 Niederschrift der 162. Sitzung des Verwaltungsrats vom 08.06.1994 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162.VP, fot. 26.

1092 Notizen der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fol. 603.

1093 Ebenda, fol. 18. Niederschrift der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fot. 9; Materialien der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 129.SP, fot. 60.

1094 Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.06.1995 in Potsdam, Bl. 14, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP. Vgl. Zacher an die Senatoren der MPG, 09.03.1995, Bl. 13–14. Materialien der 139. Sitzung des Senats am 24.03.1995 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP.

Natürlich war das alles kein einmaliges Phänomen der MPG; vielmehr arbeitete eine durchaus vergleichbare Anzahl bundesdeutscher und auch ostdeutscher Hochschulangehöriger in den zahlreichen Evaluierungs-, Struktur- und Berufungskommissionen wie auch als GastprofessorInnen in den NBL mit. Es scheint eher die Frage zu sein, wer aus den ABL da *nicht* mitgemischt hat. Einzelne ostdeutsche KollegInnen wirkten in MPI-Kommissionen als Gäste mit, wie zum Beispiel der Jenaer Physiker Ernst Schmutzer im Falle des MPI für Gravitationsphysik (siehe Abschnitt III.4.3.2.3.). Bei der Gremienarbeit innerhalb der MPG handelte es sich jedoch wohlgerne um bereits wohlbestallte DirektorInnen und sonstige wissenschaftliche Mitglieder der MPG. Wie oben im Falle der interimistischen Leitungen der beiden ersten MPIs in den NBL festgehalten wurde (Abschnitt III.3.2.), entschieden solche Beteiligte auch mit darüber, welche ostdeutschen WissenschaftlerInnen weiterbeschäftigt wurden und welche nicht.

Damit sind wir endlich beim Personal im engeren Sinne und bei den Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens angelangt. In früheren vergleichenden Studien habe ich vorgeschlagen, zwischen ›politischen‹ Entfernungen im strengen Sinne und politisch *verursachten* Entlassungen – Entfernungen infolge hochschul- und wissenschaftspolitischer Maßnahmen ohne Ansehen der Person – zu unterscheiden. Für den personellen Aderlass an den Hochschulen der DDR greift diese Unterscheidung relativ genau. Während die Anzahl der wegen Funktionärstätigkeit für die SED oder Stasi-Mitarbeit entlassenen Personen selten mehr als 10 Prozent betrug, mussten zahlreiche Angehörige des unbefristeten Mittelbaus wegen der fraglosen Übernahme westdeutscher Personalpläne trotz positiver Evaluierung ihrer Arbeit entlassen werden, weil es keine Stellen für sie gab.¹⁰⁹⁵ Die Entlassungen an den Akademieinstituten gehören zu den politisch verursachten; die Entlassungsrate war allein quantitativ gemessen keinesfalls so hoch wie an den Hochschulen, aber das minderte den Schmerz und die Wut der nicht Übernommenen freilich nicht. Und selbst die ab 1991 erfolgten Anstellungen waren mehrheitlich befristet.

Wichtig im Kontext der vorliegenden Studie sind die Entscheidungen zur Aufnahme der LeiterInnen und des Personals der von der MPG geförderten AGs an den Universitäten. Die MPG war als Verein keine staatliche Instanz und war deshalb für politische Überprüfungen formalrechtlich nicht zuständig. Wie gezeigt wurde (Abschnitt III.2.), wollte sie auch mit solchen Entscheidungen möglichst wenig zu tun bekommen. An den Hochschulen waren für diese Personalentscheidungen aber nicht allein wissenschaftliche Qualitätskriterien, sondern auch die inzwischen landesrechtlich fixierten politischen Prüfungskriterien gültig. In der Folge kam es in einzelnen Fällen zur Ablehnung der vorgesehenen AG-LeiterInnen durch universitäre Kommissionen aufgrund politischer Kriterien. Bekannt sind bislang drei Fälle von ursprünglich 28 AG-LeiterInnen, also etwas mehr als 10 Prozent; insofern scheinen die Ergebnisse für die AGs der MPG mit denen für die Hochschulen im Allgemeinen übereinzustimmen. In einem Fall

1095 Siehe hierzu Mitchell G. Ash: Hochschulelitenwechsel in vergleichender Perspektive: 1918, 1933/38, 1945, 1989/90. In: Jens Blecher und Jürgen John (Hg.): »Hochschulumbau Ost«. *Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, im Erscheinen.

hatte dies weitergehende institutionelle Folgen. Wie berichtet (Abschnitt III.3.1.) konnte in einem Fall die AG nicht weitergeführt werden; in den beiden anderen Fällen wurden die betroffenen AG-Leiter anderweitig untergebracht bzw. ins Ausland berufen und die AGs unter neuer Leitung weitergeführt.

Wesentlich für den Umgang mit personellen Ressourcen seitens der MPG in den NBL war die Auseinandersetzung um die Frage, inwiefern und wie viele »Potentiale« aus den Instituten der DDR-Akademie über welche institutionellen Formate im Osten gehalten werden könnten oder sollten. Gemessen am oben angedeuteten Gesamtergebnis war der quantitative Anteil der MPG mit circa 800 von 8.000–10.000 vorerst nicht entlassenen WissenschaftlerInnen der AdW nicht sonderlich hoch. Allerdings waren nicht alle WissenschaftlerInnen, die an den AGs, PGs, neuen MPIs oder GWZs angestellt wurden, ehemalige MitarbeiterInnen der AdW oder gar Ostdeutsche gewesen. Eine stichhaltige Beantwortung der Frage danach, inwiefern die gewünschte »Durchmischung« in den Einrichtungen der MPG in den NBL tatsächlich gelang, harret noch der Forschung.

Etwas mehr konnten wir prinzipiell über die Folgen des Vereinigungsgeschehens für die Personalstruktur der MPG selbst erfahren. Abbildung 5 zeigt die Entwicklung der Anzahl der StipendiatInnen an MPG-Einrichtungen von 1983 bis 1992, Abbildung 6 die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten, darunter auch der WissenschaftlerInnen, an Einrichtungen der MPG von 1983 bis 1994. Wie zu ersehen ist, stieg ab 1990 insbesondere die Anzahl der StipendiatInnen sprunghaft und die der WissenschaftlerInnen merklich an; in den entsprechenden Jahresberichten der MPG wird dieser Anstieg explizit der Ausweitung der Förderungsmaßnahmen der MPG in den NBL zugeschrieben.¹⁰⁹⁶ Ein genauer Nachweis dieser Zuschreibung steht aber noch aus; schließlich machte die Gesamtzahl der in den NBL beschäftigten MitarbeiterInnen einen geringfügigen Anteil der Gesamtzahl aus und damals wie heute war Stelle nicht gleich Stelle. Eine Angabe aus 1993 (Stand 1. 1. 1993) verdeutlicht diesen Punkt. Zu dieser Zeit waren von insgesamt 323 in den NBL beschäftigten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen 77 unbefristet und 246 befristet angestellt; der Zeitvertragsanteil betrug somit 77,1 Prozent, während dieser für die ABL 56,5 Prozent betrug.¹⁰⁹⁷ Diese Diskrepanz hing mit dem hohen Anteil befristeter Stellen an den AGs und den GWZs und der noch kleinen Anzahl der MPIs in den NBL zusammen. Dass die Debatte um die personalpolitischen Hauptthemen der 1980er Jahre, die Nachwuchs- und Frauenförderung, auch in den 1990er Jahren, wie bereits gesagt, kontinuierlich weiterlief, dürfte kein Zufall gewesen sein. Ob die bestehenden Personalprobleme der ABL in den folgenden Jahren in die NBL exportiert wurden oder die kurzfristigen Ansätze in den NBL eine verstärkende Feedbackwirkung hatten, wäre noch zu klären.

¹⁰⁹⁶ Zu den Stipendiaten: Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1992*, 1993, 47. Zu den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen: Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1992*, 1993, 46 bzw. Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1993*, 1994, 60.

¹⁰⁹⁷ Bericht über die Zeitvertragspraxis in den Instituten und Forschungsstellen der Max-Planck-Gesellschaft für die Zeit vom 01. 10. 1990 bis 30. 06. 1993. Materialien der 140. Sitzung des Senats vom 22. 06. 1995 in Potsdam, Bl. 9, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP.

Entwicklung der Stipendiatenzahlen 1983–1992

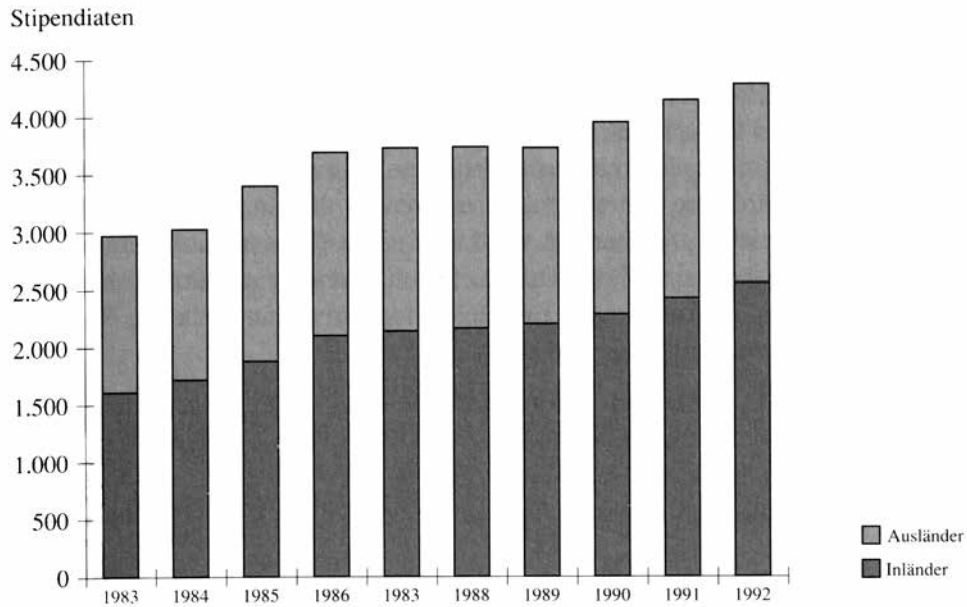


Abb. 5: Entwicklung der Stipendiatenzahlen der MPG 1983–1992. Stichtag 1. Januar 1993

Beschäftigte in der Max-Planck-Gesellschaft 1985–1994*

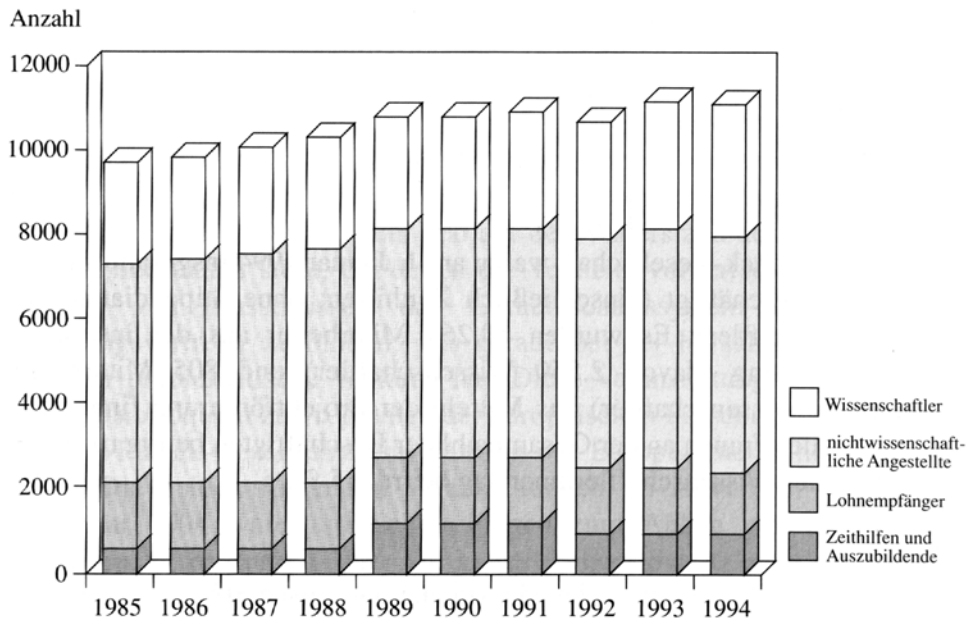


Abb. 6: Beschäftigte der Max-Planck-Gesellschaft 1985–1994. Stichtag 1. Januar 1994

Eine für diese Studie zentrale Frage in Hinblick auf personelle Ressourcen wurde unter dem Stichwort »Durchmischung« bereits mehrfach thematisiert. Damit wurde schon damals immer wieder ein politisches Desiderat im Rahmen des »Elitenwechsels« bezeichnet. Kam diese »Durchmischung« im vorliegenden Fall zustande? Im oben besprochenen Fall des Zentrums zeithistorische Studien (Abschnitt III.5.4.) kam diese erst relativ spät zustande, obwohl eine solche »Durchmischung« Teil des Zentrumskonzepts war. Eine solche Ost-West-»Durchmischung« war im Falle der AGs eigentlich nicht angestrebt, denn die LeiterInnen der AGs sollten nach Möglichkeit aus den NBL kommen, wie oben berichtet (Abschnitt III.2.1.). Mit einer Ausnahme war das anfangs auch der Fall; später übernahm ein weiterer Forscher aus dem Westen eine AG-Leitung in Jena, als Ersatz für den ursprünglichen AG-Leiter, der aus politischen Gründen keine Anstellung an der Hochschule erhalten hatte. In der Senatssitzung vom November 1994 fragte der damalige Vorsitzende des WR der MPG Karl-Heinz Hoffmann, »ob die Betroffenen alle aus den AdW-Instituten stammen«. In ihrer Antwort blieben Zacher und Hasenclever im Allgemeinen und stellten fest, dass die MPG die LeiterInnen und diese dann die MitarbeiterInnen ausgesucht hätten, wobei auf »Durchmischung« »große[r] Wert gelegt« worden sei.¹⁰⁹⁸ Dazu kamen jedoch weder damals noch später konkrete Zahlenangaben.

Solche gibt es gleichwohl für die Berufungen von AG-LeiterInnen auf Professuren an die jeweils aufnehmenden Universitäten, die sich jedoch nur verzögert anließen. Bis Juni 1994 waren zwar schon 23 der nunmehr 27 AG-LeiterInnen an die jeweiligen Universitäten berufen worden, aber erst fünf hatte ihren Ruf angenommen.¹⁰⁹⁹ Im November desselben Jahres sagte Hasenclever in der Senatssitzung: »Bis auf wenige Ausnahmen seien alle Leiter der nunmehr 27 Arbeitsgruppen auf C4- oder C3-Positionen in die Universitäten integriert.«¹¹⁰⁰ Im Falle der AG-MitarbeiterInnen gab er sich aber (wegen des oben genannten personalpolitischen Kahlschlags im Mittelbaubereich der Universitäten) weniger optimistisch. So deutet sich in diesem Bereich ein begrenzter Personentransfer, aber kaum eine »Durchmischung« an. Die Aufarbeitung der Aufstiegs- wie der abgebrochenen Forscherbiographien, die sich aus alledem ergaben, stellt wiederum ein Desiderat der Forschung dar.

Die Leitungen der GWZs waren im Gegensatz zu den AG-Leitungen allesamt mit Westdeutschen besetzt, allerdings wurden ostdeutsche WissenschaftlerInnen punktuell in die Beiräte einbezogen. Bei den Institutsgründungen fiel die Asymmetrie ebenso deutlich aus, wie oben berichtet: Von den ersten MPI-DirektorInnen war nur einer aus den NBL, nämlich Johannes

1098 Niederschrift der 138. Sitzung des Senats vom 18. 11. 1994 in Frankfurt am Main, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP.

1099 Andreas Trepte, Vermerk: Stand der Berufungsverfahren der Leiter der MPG-Arbeitsgruppen an den Universitäten der Neuen Bundesländer und Berlins, o. D. Materialien zur 45. Hauptversammlung in Göttingen, 09. 06. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 63, Nr. 362.

1100 Niederschrift der 138. Sitzung des Senats am 18. November 1994 in Frankfurt am Main, Bl. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP. Einer der zuerst auf eine Professur berufenen AG-Leiter war Joachim Sauer, der bald nach seinem Dienstantritt 1993 in die Struktur- und Berufungskommission des Fachbereichs Chemie an der Humboldt-Universität aufgenommen wurde. Seine positiven Intergrationserfahrungen schildert er in: Joachim Sauer: Der zerrissene Osten und die gelungene Wiedervereinigung. *Nachrichten aus der Chemie* 59/2011, 36–39, sowie im Interview mit Mitchell G. Ash (29. 04. 2020).

Heydenreich, der vier Jahre bis zu seiner Pensionierung Direktor am MPI für Mikrostrukturphysik war. Ein weiterer Ostdeutscher, der Biochemiker Gunter S. Fischer, seit 1992 Leiter der AG »Enzymologie der Peptidbindung« in Halle, wurde im selben Jahr zum Professor für molekulare Biochemie an der dortigen Universität ernannt, erhielt im folgenden Jahr den Leibniz-Preis der DFG und leitete seit 1997 die Max-Planck-Forschungsstelle für Enzymologie der Proteinfaltung; das ist immerhin ein Fall, in dem aus einer AG eine Max-Planck-Einrichtung unter ostdeutscher Leitung wurde.¹¹⁰¹ Andere wie Peter Fulde, Direktor am MPI für Physik komplexer Systeme, wurden zumindest teilweise in der DDR ausgebildet und gingen in jungen Jahren in die BRD.¹¹⁰² Bei den Mitarbeiterzahlen dürfte die Lage anders ausgesehen haben; wie oben erwähnt (Abschnitt III.2.2.), kam das Gros der ersten MitarbeiterInnen des MPI für Mikrostrukturphysik aus dem Vorgängerinstitut. Als ein weiteres Indiz könnte das MPI für Wissenschaftsgeschichte als Beispiel herangezogen werden. Dort war in der ersten Zeit nach der Gründung unter den GründungsdirektorInnen niemand aus dem Osten, dafür aber sieben wissenschaftliche MitarbeiterInnen, die aus dem GWZ Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie übernommen wurden, sowie mehrere Verwaltungsangestellte (siehe Abschnitt III.4.3.2.1.). Dass an den anderen neuen MPIs in den NBL nur vereinzelt WissenschaftlerInnen aus dem Osten beschäftigt waren, wird von mehreren Interviewten bestätigt,¹¹⁰³ doch auch hier kann wie bei den AGs mangels eingehender Detailarbeit derzeit noch keine genaue Aussage getroffen werden. Immer wieder wurde deutlich gemacht, dass die Übernahmen aus bestehenden AdW-Instituten, sofern sie überhaupt geschahen, nach wissenschaftlichen Qualitätskriterien und nicht aus sozialen Gesichtspunkten erfolgt waren.

Dieser Punkt führt zu einer weiteren, epistemischen Bedeutungsebene der Rede von Personal als Ressource: Mit Bezug auf die Institutsgründungen ließ sich durchaus die Frage stellen, ob ostdeutsches Personal zur Realisierung westdeutscher bzw. internationaler Forschungsprogramme eingesetzt wurde oder ob es eher eine Alibifunktion erfüllte. Aus den hier kurz dargestellten Beispielen (Abschnitt III.2.1.) ist zunächst einmal ein gemischter Befund abzuleiten: Von den beiden aufgrund der Empfehlungen des WR gegründeten MPIs stammt eines der vorgelegten Konzepte, nämlich jenes für das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung, ursprünglich aus der Feder eines ehemaligen AdW-Direktors, Burkhard Philipp. Sein Konzept wurde aber während des Gründungsvorgangs stark modifiziert, wie oben gezeigt wurde (siehe Abschnitt III.2.1.2.); zu den interimistischen Institutsdirektoren wurde er nicht ernannt. Der etwas jüngere Johannes Heydenreich wurde als Mitautor des Konzeptes für das MPI für Mikrostrukturphysik angeführt, doch sein Beitrag ist aus den vorliegenden Unterlagen bestenfalls indirekt zu ersehen. Die Gründungskonzepte der damals so genannten »originären« Eigeninitiativen aus der MPG wurden vermutlich ohne ostdeutsche Beteiligung entworfen, doch man-

1101 Laut GMPG-Personendatei.

1102 Zu Fulde vgl. Hoffmann und Peschel, *Peter Fulde*, 2016.

1103 Mitchell G. Ash: Interview mit Angela D. Friederici. Leipzig 26. Februar 2020, DA GMPG, ID 601060; Stefan H. E. Kaufmann, persönliche Mitteilung. 04. Mai 2020.

gels Einzelfallstudien für alle MPI-Gründungen handelt es sich auch hier wieder einmal um eine offene Frage.

IV.2.2. Institutionen

Auch bezüglich des Ressourcentyps Institutionen ist eine vielschichtige Betrachtung nötig. Was die Gesamtlandschaft der NBL betrifft, ist diese kaum als »kolonisiertes« Gebiet »des Westens« zu beschreiben. Entgegen diesem bis heute andauernden, pauschalierenden Diskurs fand keine lineare Ausdehnung der MPG in die NBL statt. Vielmehr fügten sich neue MPIs, aber auch andere, teilweise bislang unbekannte Organisationsformen in eine vielfältige, neu strukturierte Forschungslandschaft ein. Insbesondere die bereits im Zuge der Evaluierung des WR früh erkannte, aber offenbar nicht aufzuhaltende Ausweitung der Institute der »Blauen Liste« führte zur Schaffung eines neuen forschungspolitischen Akteurs, der sich 1996 den Namen Gottfried Wilhelm Leibniz-Gesellschaft gab und in diesem Format von niemandem vorhergesehen worden war. Hinzu kamen die neuen Universitäten in Erfurt und Frankfurt/Oder und andere neue oder statuserhöhte Hochschulen. Trotz des hier mehrfach hervorgehobenen strukturkonservativen Vorgehens der MPG trug sie gleichwohl zum grundlegenden Wandel der institutionellen Forschungslandschaft in den NBL durch Innovationen auf der Meso-Ebene bei, wenngleich diese befristet blieben. Wir können die AGs wie die GWZs, die von vornherein als temporäre Maßnahmen intendiert waren, wie die Gründung der Universität »Viadrina« in Frankfurt/Oder sowie mehrere weitere Neugründungen außerhalb der MPG als Innovationen am Rande beschreiben.¹¹⁰⁴ Dies gilt auch für die später mehrheitlich als An-Institute der Universitäten gegründeten GWZs, auch wenn das Bestehen auf den universitären Charakter eine Teilrücknahme des ursprünglichen Konzeptes bedeutete.

Dass das Hauptgewicht zunächst auf die AGs und danach auf die GWZs fiel, lag am Umgang mit der Ressource Zeit; sie ließen sich schneller, wenngleich keinesfalls einfach, realisieren. Neugründungen von MPIs gab es in den ersten Jahren wenige. Die erste Gründungswelle wurde trotz vorliegender Beschlüsse im Senat ein Jahr lang durch die Finanzkrise gehemmt und mehrere Gründungsinitiativen wurden aus verschiedenen Gründen nicht realisiert (siehe Abschnitt III.4.3.2.4.). Nachdem die Finanzkrise im Frühjahr und Sommer 1993 ausgestanden zu sein schien, kam es ab 1994/95, wie oben berichtet (Abschnitt III.5.1.) nicht zuletzt aufgrund politischen Drucks zu einer regelrechten Gründungswelle, die bis 1998 anhielt. Parallel dazu kam es infolge des »Konsolidierungsprogramms« zu einer Reihe von Abteilungs- und 1997 zu vier Institutsschließungen in den ABL (siehe Ausblick, Abschnitt IV.3. unten). Im Kontext gesehen handelte es sich um eine Neugestaltung institutioneller Ressourcen wegen der Verknappung der Ressource Geld in den ABL, auch wenn viele Abteilungs- und Institutsschließungen möglicherweise infolge des Generationswechsels ohnehin geschehen wären. Formaliter wurde ein direkter Ressourcenaustausch zwischen den ABL und den NBL durch die noch immer getrennte

¹¹⁰⁴ Ash, »Wie im Westen so auf Erden«?, 2010b, 45–55, 53. Ähnlich sieht es Mayntz, *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*, 1994a, 208–209.

Haushaltsführung behindert, doch das erhöhte nur den Druck auf die MPI-Haushalte in den ABL. Ab 1994 kam es dann im Fall des IPP-Teilinstituts in Greifswald zu einem direkten, massiven Stellentransfer (siehe Abschnitt III.5.3.).

Was die MPG insgesamt betrifft, war und blieb die diskursive Behauptung und auch die faktische Bewahrung der Ressource institutionelle Autonomie eine Kernfrage. Fragen wir danach, ob diese vergrößert oder vermindert wurde, fällt die Antwort wieder einmal differenziert aus: Der Umgang mit den Ergebnissen der Evaluierung des WR war in dieser Hinsicht bezeichnend. Dieter Simon stellte seinerzeit fest, die »MPG handelt autonom« (siehe Abschnitt III.2.2.); das bedeutete, dass sie ihre Entscheidungen, ob und wie sie Empfehlungen des WR annimmt oder umsetzt, im eigenen Rhythmus der Gremiensitzungen treffen wollte. Sie entging dem politischen Druck in Richtung einer regionalen Verteilung ihrer Einrichtungen jedoch ebenso wenig wie die anderen wissenschaftspolitischen Akteure. Landkartenskizzen, die dem Nachweis einer angemessenen regionalen Verteilung der MPG-Einrichtungen in den NBL dienen sollten, waren in den Jahresberichten und Jahrbüchern der MPG immer wieder präsent. Ob und wann ein MPI tatsächlich an der geplanten Stelle verwirklicht wurde, entschieden aber nicht allein der bemerkenswerte Einsatz von Landespolitikern wie Hans Joachim Meyer in Sachsen, sondern auch lokale Faktoren wie unklare Eigentumsverhältnisse oder Baugenehmigungen mit.

Noch nicht genau geklärt ist die Frage, wie viele Neugründungen in den NBL Realisierungen früherer Initiativen waren wie das MPI für Infektionsbiologie, wie viele zumindest teilweise Übernahmen von Instituten der AdW wie das MPI für Mikrostrukturphysik und wie viele genuine Neuintiativen darstellten. Beispiele aller drei Typen von Institutsgründungen wurden oben (Abschnitt III.2.2.) genannt. Dabei wandelten sich die Standortbestimmungen und damit auch die Entscheidungskriterien aus politischen Gründen. Ursprünglich hieß es, es sollten nur MPG-Kriterien der »Exzellenz« für Gründungsbeschlüsse ausschlaggebend sein, aber schon Ende 1991 wurde klar, dass dem Druck zu einer von der Politik zunehmend eindringlich gewünschten regionalen Verteilung kaum standzuhalten sein würde. In der Senatsitzung im November dieses Jahres zeigte Zacher eine Reihe von Grafiken, deren Blattfolge belegen sollte, »dass wir uns etwas Mühe gegeben haben, unsere Aktivitäten in den NL zu verteilen«; daraufhin zeigte er eine Blattfolge nach Sektionen und nach Ländern, »damit Sie sehen, wir haben hier auch immer ein gewisses Bewusstsein, dass wir alle Länder berücksichtigen sollten. Bisher ist das noch nicht ganz gelungen.«¹¹⁰⁵ Allerdings spielten auch in den ABL solche regionalen Verteilungskriterien seit geraumer Zeit eine Rolle, weshalb man in dieser Hinsicht tatsächlich von einem Export westdeutscher Probleme in den Osten bzw. von einer »Normalisierung« in den NBL sprechen kann.

Zu den institutionellen Ressourcen gehörten Forschungsinstrumente und Apparate wie auch Bauten. Die apparative Ausstattung der AdW-Institute wurde nicht komplett entwertet – am

1105 Notizen der 129. Sitzung des Senats vom 22. 11. 1991 in Düsseldorf, Bl. 31, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 129.SP.

IFE in Halle erachtete der WR die dortigen Elektronenmikroskope und andere Geräte sogar für erhaltenswert –, doch für die neu gegründeten MPIs erwiesen sich Neukäufe moderner Forschungsgeräte und weitgehende Renovierungen der Institutsgebäude oder Neubauten immer wieder als notwendig; hinzu kam das häufige Fehlen einer geeigneten Infrastruktur an den jeweiligen Standorten. Auf die Schwierigkeiten, die einer zügigen Implementierung von Institutsneugründungen trotz verstärktem Druck aus der Politik im Wege standen, »von Grundstücksfragen und Fragen der Bau-, Raum- und Verkehrsplanung bis hin zu Problemen der Hochschulentwicklung«, wies Zacher immer wieder hin.¹¹⁰⁶ Das mehrfach geforderte »Sonderprogramm Bau« für die neuen MPIs wurde jedoch von der BLK vorerst abgelehnt (siehe Abschnitt III.3.).

Im Rahmen der Mobilisierung des Ressourcentyps Institutionen sind auch Veränderungen innerhalb der MPG, hier insbesondere Wandlungen von Verfahren und anderen institutionellen Praktiken Thema. Schließlich hatten solche interne Reformen Bedeutung für die Frage, ob und wie diese Strukturen und Praktiken als Ressourcen für den Aufbau in den NBL mobilisierbar seien. Vom strukturkonservativen Vorgehen, das heißt einem Festhalten an hergebrachten, zuweilen umständlichen Verfahren, aber auch von deren überraschend flexibler Handhabung unter Zeitdruck war bereits mehrfach die Rede. Ist eine Mobilisierung institutioneller Ressourcen in einem solchen Ausmaß nur dann möglich, wenn sich die internen Arbeitspraktiken möglichst gleichbleiben? Oder kam es infolge der deutschen Vereinigung doch zu tiefgreifenderen Wandlungen der internen Verhältnisse der MPG?

Dass dies doch der Fall war, darauf deutet erstens die verstärkte Einbindung des Präsidenten in die Auswahl der AGs sowie der weiterzuführenden MPI-Gründungsinitiativen Ende 1990 hin, zweitens die Einführung neuer Konsultationsverfahren zusätzlich zu den bis dahin üblichen Kommissions- und Sektionssitzungen im Rahmen des »Konsolidierungsprogramms« 1993–1994 und last not least drittens die führende Rolle der MPG-Leitung bei Anstoß und Organisation der zweiten Welle von MPI-Gründungen ab 1993. Alles das zusammengenommen bedeutete eine beachtliche Stärkung der MPG-Leitung als strategische Instanz, die ohne den Druck der politischen Ereignisse womöglich nicht oder kaum so schnell durchzusetzen gewesen wäre. Diese Stärkung der Zentrale führte allerdings sehr bald zu einer Überlastung des Präsidiums, konkret des Präsidenten selbst, weshalb es 1994 zu einer Neuverteilung der Verantwortung innerhalb der MPG-Leitung kam, die unter anderem die Rolle des Generalsekretärs/der Generalsekretärin verstärkte und eine häufigere Vertretung des Präsidenten bei bestimmten Amtsgeschäften erlaubte. Diese Reform wurde als direkte Folge der Erfahrung der Vereinigung verstanden (siehe unten Abschnitt IV.4.), doch trotz alledem wurde keine Statutenreform für notwendig gehalten.

¹¹⁰⁶ Vgl. zum Beispiel Zacher, *Bewährungsprobe*, 1994a, 52–61, 56; hier ist relativ zurückhaltend von »sehr unterschiedlichen Meinungen« zwischen MPG, »Politik und Bürokratien« zu der Bedeutung dieser Schwierigkeiten die Rede.

Das implizite Motto: alles soweit wie möglich wie gehabt, scheint auch für die Rolle des Gesamtbetriebsrates (GBR) zuzutreffen. Mitglieder des GBR waren schon früh in den NBL präsent.¹¹⁰⁷ Trotzdem war und blieb das Übergewicht der West-Institute und deren Anliegen in diesem Gremium offenkundig. GBR-Vorsitzender Kleinschmidt gehörte zu den ersten Befürwortern des Senatsbeschlusses vom 30. Juni 1992, der die Umsetzung der Gründungs- und Berufungsbeschlüsse in den NBL mit einem harten Finanzierungsvorbehalt versah. Das geschah explizit im Interesse des Erhalts der Arbeitsplätze im Westen (siehe Abschnitt III.4.1.). Über Belange der ostdeutschen Einrichtungen äußerte sich Kleinschmidt im Untersuchungszeitraum nur zweimal: 1991, als es um die Gleichbehandlung im Rahmen der Regelung der politischen Überprüfung der MitarbeiterInnen ging, und im März 1994 mit Bezug auf die von Zacher in den Raum gestellte Verlagerung der MitarbeiterInnen der IPP-Außenstelle Berlin nach Greifswald.¹¹⁰⁸ Eine Vertretung der Interessen der befristeten MitarbeiterInnen der AGs und der GWZs im GBR scheint erst dann Thema geworden zu sein, als die Verträge der nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen am FSP Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie ausliefen und es um deren Weiterbeschäftigung ging (siehe Abschnitt III.4.3.2.1.). Ob und wann eine Vertretung der InstitutsmitarbeiterInnen in den NBL im GBR begann, wer diese VertreterInnen waren und ob diese Vertretung so schwach ausfiel wie im Senat, bleibt noch zu klären.

Eine weitere offene Forschungsfrage ist jene, ob und inwiefern dies alles auf der epistemischen Ebene Wirkungen zeitigte.¹¹⁰⁹ Die vorliegenden Clusteranalysen des GMPG-Projekts, die sich über 1990 hinausbewegen, erwähnen die deutsche Vereinigung bestenfalls im Vorbeigehen.¹¹¹⁰ Das mag daran liegen, dass sich die Cluster allesamt Jahrzehnte vor diesem Ereignis zu bilden begonnen hatten und folglich weitestgehend aus MPIs in den ABL bestanden. Wie oben gezeigt wurde, können jedoch die meisten, wenn nicht alle MPI-Gründungen in den NBL in dieser Zeit – sechs von acht MPIs und beide Außenstellen – durchaus als Weiterentwicklungen bestehender Cluster begriffen werden. Wie zu zeigen sein wird, gilt Ähnliches ebenfalls für die MPI-Gründungen ab 1995 (siehe Abschnitt IV.3.). Dennoch bedarf es noch genauerer Nachforschung um zu klären, welche Entwicklungen der MPG-Cluster ab 1990 als Folgen der Vereinigung zu sehen sind und welche nicht.

1107 Vgl. hierzu Dirk Hartung: Max-Planck-Gesellschaft und neue Bundesländer. Wir bauen auf – abwickeln tun die anderen. *Erziehung und Wissenschaft* 43/9 (1991), 23–25.

1108 Niederschrift der 136. Sitzung des Senats vom 11.03.1994 in Stuttgart-Möhringen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136. SP, fot. 24.

1109 Für einen zeitgenössischen Überblick über die Erweiterungen des Forschungsprofils der MPG infolge der Expansion in die NBL zu dieser Zeit vgl. Entwicklung des Forschungsspektrums der Max-Planck-Gesellschaft 1990–1994. *MPG-Jahrbuch* 1994, 88–101.

1110 Eine erfreuliche Ausnahme mit Bezug auf das Cluster Erdsystemforschung und die Gründung des MPI für Biogeochemie ist die eben erschienene Studie von Gregor Lax: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000*. Berlin 2020, Abschnitt 3.2.3–3.2.4, 70–84.

IV. 2. 3. Diskursive Ressourcen

Interessant mag hier sein, dass der Terminus »Ressourcen« eine häufig gebrauchte Akteurskategorie war, deren Bedeutung im Wesentlichen – wenngleich keinesfalls ausschließlich – auf Finanzmittel begrenzt blieb. Allen Beteiligten war aber klar, dass Bauten, Infrastruktur und auch das »wissenschaftliche Umfeld«, wie man andere infrastrukturelle und »weiche« kulturelle Faktoren nannte, ebenfalls relevante Ressourcen darstellten. Im Folgenden wird jedoch von diskursiven Ressourcen im eingangs (Teil I) formulierten Sinne die Rede sein: ideologisch begründete Auf- oder Entwertungen von Wissenschaften oder Wissenschaftstypen, die Mobilisierung von Keywords wie »Autonomie« in (wissenschafts)politischen Kontexten, aber auch immer wiederkehrende Begründungsformeln im Zusammenhang von institutionellen Entscheidungsfindungen wie zum Beispiel der Neugründungen von MPIs, denen wissenschaftsinnenpolitische Bedeutung zukam.

Hier steht an erster Stelle unweigerlich der Hans Zacher zugeschriebene »Wüsten«-Spruch vom 21. Juni 1990. Die kränkenden Folgen der FAZ-Meldung und deren Verbreitung, genauer: der Verbreitung des Aufmachers der Meldung, für viele ostdeutsche ForscherInnen sind kaum zu leugnen. Dazu gesellten sich weitere entwertende Formeln wie die oben zitierte *Spiegel*-Überschrift »Im Mittelmaß Weltspitze«, die im Unterschied zur – hier in ihrer Begrenzung auf die Geistes- und Sozialwissenschaften korrekt zitierten – Formulierung Zachers auf die Akademie der Wissenschaften insgesamt gemünzt war und von keinem Geringeren als Jürgen Kuczynski stammte.¹¹¹¹ Wie ebenfalls oben (Abschnitt III.1.) erwähnt, wurde die Wüsten-Metapher bereits im Januar 1990, und zwar in der DDR, in einer Stellungnahme einer Gruppe junger ForscherInnen der eben gegründeten Gewerkschaft Wissenschaft verwendet; dort war von einer »Verwüstung« der Forschung an der AdW die Rede.¹¹¹² Doch blieb der »Wüsten«-Spruch trotz aller folgenden Bemühungen um Differenzierung und Korrektur am MPG-Präsidenten hängen, weil es zur damals im Vorfeld der Vereinigung ohnehin in vollem Gang befindlichen Umwertung der Werte zuungunsten der DDR-Wissenschaft passte. Seine Wirkung setzte sich aber auch nach der Vereinigung – sogar bis heute – vor allem deshalb fort, weil es vom MPG-Präsidenten stammte und daher perfekt in das Klagelied der Verlierer gegen »den Westen« sowie zur kritischen Haltung anderer gegen das bundesrepublikanische Establishment passte.

Ähnliches gilt für die Abwicklung der vermeintlich ideologisch korrumpierten Geistes- und Sozialwissenschaften, die an den Hochschulen der NBL in den letzten Wochen des Jahres 1990 vollzogen, aber bereits in der schon zitierten Stellungnahme des WR vom Juli 1990 vorbereitet wurde. Ein Jahr später wurde diese vereinfachende Einschätzung der Geisteswissenschaften vom WR selbst jedoch differenziert, um die Gründung der GWZs als Innovation plausibel werden zu lassen. Noch später, in der oben (Abschnitt III.5.4.) besprochenen, öffentlichen Ausein-

1111 »Im Mittelmaß Weltspitze«, 1990, 136–137, 139–141.

1112 Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Grundsätze des Neuen Forum, 1990, 40–41.

andersetzung um die DDR-Geschichte kam die vereinfachende Zuschreibung zumindest einer Geisteswissenschaft zur Staatsideologie jedoch wieder zum Tragen. Die Rolle der MPG in dieser Sache scheint in der Rückschau ambivalent gewesen zu sein. Über die GWZs und die Gründung einiger weniger neuer MPIs mit geisteswissenschaftlicher Ausrichtung wurden innovative Möglichkeiten geschaffen, die nicht *tout court* als »Verwestlichung« zu beschreiben sind. Trotz der sofortigen, jedenfalls teilweisen Rücknahme pauschaler Behauptungen blieb aber die Aussonderung bestimmter – nicht aller – Geistes- und Sozialwissenschaften für den Diskurs der Vereinigung im Wissenschaftsbereich prägend. Wie der in Abschnitt III.4.5. besprochene Fall des Zentrums zeithistorische Studien zeigt, könnte manches, was danach geschah, als Kompensierungsmaßnahme interpretiert werden, um den »Wert« der zu rettenden »Potentiale« als kulturelles Humankapital doch noch zu halten bzw. überhaupt erst herzustellen. In der öffentlichen Wahrnehmung blieb die pauschale Zuschreibung und deren delegitimierende Wirkung trotzdem hängen.

Vergleichbares gilt für die nachträglichen Geschichtskonstruktionen des Vereinigungsgeschehens, die schon recht früh zu erscheinen begannen. Im Falle der MPG ist zwar von einer Unterscheidung zwischen kurzfristigen und längerfristig zu realisierenden Programmen schon beiläufig in den Akten aus dem Juni 1990 die Rede, im Jahresbericht 1990 ist jedoch noch nicht festgehalten, dass eine solche Unterscheidung vom Senat beschlossen worden wäre. In der Senatssitzung vom November 1990 sprach Zacher vielmehr von drei Stufen – dem kurzfristigen Kooperationsprogramm zwischen MPIs und AdW-Einrichtungen (»kleiner Grenzverkehr« genannt), den AGs und danach den Projektgruppen- und Institutsgründungen (siehe Abschnitt III.2.1.). Dieser Dreistufenplan wurde vom Senat nicht beschlossen, sondern zustimmend zur Kenntnis genommen. Von den GWZs konnte damals noch keine Rede sein, da diese erst ein Jahr später in die Welt gesetzt wurden. Erst 1993 wurden die Bezeichnungen »Sofortprogramm« (bestehend nunmehr aus den AGs und den GWZs, ohne Kooperationen) und »Langfristiges Programm« (MPI-Gründungen) bestimmend für die Selbstdarstellung der Tätigkeit der MPG in den NBL nach außen. Es hieß fortan, dass dieser Plan es war, der bereits im Herbst 1990 beschlossen wurde; damit wurde in die Öffentlichkeit das Bild eines frühzeitig festgelegten Expansionsplans der MPG in den NBL projiziert, der Schritt für Schritt realisiert würde. Das war eine attraktive und auch nicht ganz falsche, aber vereinfachende Erzählung, die ohne die vielen tatsächlich erfolgten Improvisationen und kreativen Verfahrensschritte auskam, die in der vorliegenden Studie rekonstruiert worden sind.

Geschichtskonstruktionen anderer Art, namentlich Bezugnahmen auf die große Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, sind jedoch in den Sitzungsprotokollen und veröffentlichten Texten der MPG in dieser Zeit häufig zu lesen. Das begann mit der Festversammlung in Berlin im Juni 1991 (siehe oben Abschnitt III.2.). Sowohl vom Präsidenten als auch von VertreterInnen der »hohen Politik« wurde immer wieder mit positiver Konnotation und ohne Erwähnung der vielfachen nationalsozialistischen Verstrickungen dieser Gesellschaft auf die KWG verwiesen, um die jeweils eigenen Positionen zu stützen. Der Direktor des MPI für Geschichte in Göttingen Otto Gerhard Oexle deutete in seiner Festrede am 8. Juni 1994 in Göttingen eine leise Abwendung von diesem gängigen Motiv an, indem er über die Entstehung der MPG in Göttingen

sprach. Erst Ende der 1990er Jahre wurde unter der Leitung des neuen MPG-Präsidenten Hubert Markl die notwendige Auseinandersetzung mit der Rolle der KWG im Nationalsozialismus forciert. Dieser Teil der Geschichte der KWG-MPG blieb während der ersten Jahre der Vereinigung innerhalb der MPG bis auf vereinzelte Gedenkveranstaltungen historisch unflektiert. Mit der Initiative Markls wurden neue Prioritäten gesetzt, die sich im Einklang mit den nunmehr gewendeten vergangenheitspolitischen Imperativen der Bundesrepublik zu befinden schienen.¹¹¹³

Auf einer anderen, eher wissenschaftsinnenpolitischen Ebene konnten gewisse Formulierungen als diskursive Tools im Kontext der Überzeugungsarbeit mobilisiert werden, die bei der Gründung der neuen Einrichtungen der MPG in den NBL zu leisten war. Den Rahmen solcher diskursiven Überzeugungsstrategien und Werkzeuge gab stets der lang tradierte, von Zacher von Beginn an hervorgehobene Kriterienkatalog ab: Innovativität, Subsidiarität, Harnack-Prinzip. Bemerkenswert dabei ist, dass man pragmatisch genug war, nicht immer auf die Erfüllung aller Kriterien auf einmal zu bestehen; so wurden zum Beispiel Neugründungsbeschlüsse mit der Berufung auf einen oder zwei Direktorenposten verknüpft, um das Konzept erst einmal durchzusetzen und damit das politische Projekt der MPI-Neugründungen in den NBL voranzutreiben. Beachtlich in diskursiver Hinsicht ist das Geschick, mit dem die jeweiligen Wortführer von Neugründungen in den verschiedenen Gremien (Sektion und Senat) jene unterschiedlichen Elemente oder Formulierungen in den Konzepttexten auffanden, mit denen sie die jeweiligen AdressatInnen ansprechen konnten – die eigenen KollegInnen einerseits und die aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wie aus den anderen Sektionen der MPG kommenden SenatorInnen andererseits. Gerade die Reibereien, zu denen es in den Gremien gelegentlich kam, wie auch die mehr oder weniger schlagfertigen Antworten der Wortführer auf Kritik belegen die Wichtigkeit einer klug angelegten Mobilisierung diskursiver Ressourcen.

Am interessantesten mag es für eine wissenshistorische Perspektive auf die Geschichte der MPG sein, dass unter dem Stichwort Innovativität bei Weitem am häufigsten ein *Diskurs der nachzuholenden Innovation* zu beobachten ist. Sehr selten behaupteten die Wortführer von MPG-Neugründungen, dass die Grundideen eines Neuvorhabens noch nie da gewesen wären; fast immer hieß es vielmehr, dass die deutsche Vereinigung die Chance böte, neuen Ansätzen, die in anderen Ländern – vornehmlich in den USA – bereits etabliert waren, auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Eine Ausnahme, die diese Regel bestätigt, ist die Gründung des MPI für Wissenschaftsgeschichte: Seine programmatisch transdisziplinäre Ausrichtung (Stichwort »historische Epistemologie«) und seine Organisationsform stellten im internationalen Zusammenhang tatsächlich etwas Neues dar. Doch auch in diesem Fall argumentierten die Wortführer der Neugründung, dass in dem neuen MPI Ansätze aufgenommen und neu gewendet werden sollten, die in den USA und in Großbritannien bereits vertreten waren.

1113 Dass dies nicht ohne Ambivalenzen geschah, zeigt Carola Sachse: Was bedeutet »Entschuldigung«? Die Überlebenden medizinischer NS-Verbrechen und die Max-Planck-Gesellschaft. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 34/3 (2011), 224–241.

Von ganz zentraler Bedeutung bei der Mobilisierung diskursiver Ressourcen ist in allgemeinhistorischer Hinsicht der fortwährende Gebrauch technokratischer Kategorien, die Rede von Strukturen und »Potentialen«. Dies ist natürlich keine Eigentümlichkeit der deutschen Vereinigung und auch nicht allein der Wissenschaftspolitik. Allerdings liegen dieser Redeweise hier zwei miteinander verzahnte lang andauernde Prozesse von fundamentaler Bedeutung zugrunde. *Erstens* verkörpert diese Sprechweise einen Grundzug der Geschichte der Modernität überhaupt, namentlich eine Wandlung der Wissenschaften selbst in institutionalisierte, in Deutschland staatlich alimentierte Betriebe. Im Laufe dieser Wandlung und vor allem seit der ungeheuren Expansion der Forschung und der Forschungsförderung seit 1960 scheint es immer selbstverständlicher zu werden, von der Wissenschaft (genauer: von der Ermöglichung von Wissenschaft) so zu reden, als ginge es um Verwaltungsvorgänge. Die von Hans Zacher in seinen ersten Reden nach der Vereinigung verwendete Metapher einer »Forschungsverfassung« (siehe oben Abschnitt III.1.2.) stellte so betrachtet eine juristisch gewendete Variante dieses institutionalistischen Redens dar.

Zweitens liegt hier ein besonders einschlägiges Beispiel eines weiteren Grundzuges der Geschichte der Modernität vor, nämlich die von Jürgen Habermas vor Jahrzehnten diagnostizierte Rede vom Sachzwang. Diese Rede konstruiert Politik als »policy« und versteht sie nicht mehr allein als Ausdruck ideologischer Gesinnungen, sondern auch und zunehmend in erster Linie als administrativ zu bewältigende sachliche Notwendigkeiten. Dass eine eigene Variante dieser Rede für den bundesdeutschen Sozialstaat schon lange vor der Vereinigung konstitutiv geworden war und bis heute geblieben ist, dürfte bekannt sein. Die zunehmende Bürokratisierung und die damit einhergehende Verrechtlichung der hier behandelten Vorgänge im Einzelnen bildet nur einen Teil dieses Komplexes; wie von alledem gesprochen wird, stellt einen anderen Teil desselben dar. Die Rede vom Sachzwang war für die BeamtInnen des BMFT völlig normal; dass alle Beteiligten sie übernahmen, war hingegen keinesfalls selbstverständlich.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Rede von wissenschaftlich arbeitenden Menschen als »Potentialen« mitsamt der Rede von einer »Rettung« solcher »Potentiale« für die Wissenschaft durch positive Evaluierungen sowie die damit verbundene Behauptung, die Institute der AdW (wie im Übrigen auch die Universitäten der DDR) seien »überbesetzt« gewesen. Dieser diskursive Komplex wurde oben (Abschnitt III.2.2.) als Ausdruck einer damals kaum reflektierten, auf bundesdeutsche Vorstellungen von effizienter Wissensproduktion gerichteten Denkweise eingehend besprochen. Dabei war die Rede von »Potentialen« nicht, wie manchmal vermutet wurde, eine Eigentümlichkeit der Ostdeutschen, sondern sie stand, wie bereits festgestellt, von vornherein auch in den westdeutschen Planungspapieren. Dies spricht für eine Art diskursive Konvergenz, deren Ursprünge weiter zurückliegen und eigens zu erforschen wären.

Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehört die gar nicht technokratisch klingende Rede vom drohenden Verlust des »Vertrauens« in die Wissenschaft. Als Symptome dieses Vertrauensverlustes führten Zacher und auch andere hohe Funktionäre der deutschen Wissenschaft beispielsweise immer wieder die Gentechnikdebatte an, die Kontroverse über Tierexperimente, aber auch die Diskussion über das scheinbar gestörte Verhältnis von Wissenschaft und Öffent-

lichkeit mitten in der deutschen Vereinigungszeit. Auch diese Rede kann als kultureller Code verstanden werden, und zwar für den drohenden Verlust der uneingeschränkten Entscheidungsfreiheit der hohen Forschungslenker wie der Ordinarien an den Universitäten oder eben auch der DirektorInnen der Max-Planck-Institute. Wie oben gezeigt (Abschnitt III.5.5.), positionierte sich Zacher Anfang der 1990er Jahre doch etwas anders, indem er von einer »Verantwortung« von WissenschaftlerInnen in der Demokratie sprach, sich in die öffentliche Debatte um die Wissenschaft einzubringen.

Damit kommen wir last not least zum Stichwort »Autonomie«, das als diskursive Ressource im Vereinigungsgeschehen eine prominente Rolle spielte. Im unmittelbaren Vorfeld der deutschen Vereinigung, namentlich während der Weichenstellungen im Juni 1990, war »Autonomie« für Zacher – und natürlich nicht nur für ihn, sondern auch für seine ostdeutschen Mitstreiter Benno Parthier und Manfred Bierwisch – gerade das, was der Wissenschaft in der DDR gefehlt hatte und nun im Osten des vereinigten Deutschlands wiederherzustellen sei. In dieser Verwendung erhielt das Keyword »Autonomie« nicht nur wissenschaftspolitische, sondern damit verschränkt eine genuin politische Bedeutung.

Dabei blieb es aber nicht. In seinen öffentlichen Reden der frühen Vereinigungszeit mobilisierte Zacher dieses Keyword als diskursive Ressource in drei verschiedenen, miteinander eng verknüpften Bedeutungen: *erstens* als kultureller Code für die Wissenschaftsfreiheit, die zwar verfassungsrechtlich nur Individuen vorbehalten ist, die Zacher aber auch für Einrichtungen wie die MPG als Ort zweckfreier Forschung eigens ermöglicht sehen wollte; *zweitens* als praktisches Ergebnis der von Zacher so genannten »Forschungsverfassung«, welche die Pluralität der eigenständigen, jedoch von Bundesmitteln geförderten Forschungsträger und damit auch die Existenz der MPG sicherte; *drittens* und mit alledem zusammenhängend als diskursive Abwehrwaffe gegen Versuche einer Lenkung der Grundlagenforschung durch die Bedürfnisse der Wirtschaft. Natürlich setzte die Realisierung der »Autonomie« in allen diesen Bedeutungen die Bereitschaft der Regierungen des Bundes und der Länder voraus, die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitzustellen und die gewünschten Spielräume zu gewähren. Zacher war sich wie alle anderen Führungsfunktionäre im bundesdeutschen System bewusst, dass die von ihm derart hochgehaltene »Autonomie« einer zweckfreien Grundlagenforschung und damit der MPG überhaupt keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis kontinuierlicher Verhandlungen war, die er zuweilen auch in der Öffentlichkeit zu führen bereit war. Solche Keywords schweben aber nicht im luftleeren Raum. Nicht allein auf den Erhalt bzw. die Behauptung von »Autonomie« in der Öffentlichkeit oder in der wissenschaftsinnenpolitischen Diskussion kam es an, sondern auch und vor allem auf den konkreten Gebrauch solcher von den Zuwendungsgebern zugestandenen Freiräumen innerhalb der Institution; so sind diskursive und institutionelle Ressourcen nur analytisch, aber nicht realiter voneinander zu trennen.

IV. 3. Ausblick

Wie oben (Abschnitt III.5.1.) berichtet, wurden im Sommer und im Herbst 1993 insgesamt 12 Neuvorhaben der MPG angestoßen, und in allen Sektionen. Mit diesem völlig präzedenzlosen Vorgehen bekam die Expansion der MPG in die NBL einen kräftigen Schub, mit dem eine gleichwertige Präsenz der Gesellschaft dort wie in den ABL bis 1997, spätestens bis zum Ende des Jahrzehnts, erreicht werden sollte. In dem folgenden kurzen Ausblick kann es schon aus Platzgründen nicht darum gehen, die darauffolgenden Gründungsprozesse detailliert zu analysieren, wie dies im Falle der vorangegangenen geschehen ist. Ebenso wenig können an dieser Stelle die politische Situation der späten 1990er Jahre als Kontext für diese Neugründungen oder die weiteren wissenschaftspolitischen Entwicklungen dieser Zeit nachgezeichnet werden. Stattdessen wird in aller Kürze der Frage nachgegangen, wie viele der 1993 projektierten Initiativen tatsächlich realisiert wurden. Darüber hinaus soll die bereits zitierte damalige Aussage aus der GV, wonach einige dieser Initiative womöglich scheitern würden und man auch Spielräume für weitere Initiativen freilassen möge, ernst genommen und die gescheiterten wie die weiteren, damals noch nicht geplanten Institutsneugründungen wenigstens genannt werden.

Wie aus einer 2003 publizierten Broschüre des Referats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der MPG, die mit dem Titel »Gelungener Aufbau« unmissverständlich als Erfolgsbilanz präsentiert wurde, hervorgeht, waren seit 1991 insgesamt 18 Einrichtungen der MPG gegründet worden, von denen zwei 1995, also im letzten Amtsjahr Hans F. Zachers, und weitere acht bis 1998, also in der Amtszeit seines Nachfolgers Hubert Markl realisiert worden waren.¹¹¹⁴ Bezieht man die letzten beiden Neugründungen der Amtszeit Zachers (siehe unten) mit ein, standen von den nunmehr 10 Neugründungen sieben auf der oben (Abschnitt III.5.1.) angeführten Liste der Initiative aus dem Jahr 1993. Folglich wurde etwas mehr als die Hälfte der damaligen Neugründungsvorschläge realisiert, wenngleich mit inzwischen leicht modifizierten Namen (siehe hierzu Abbildung 7).

¹¹¹⁴ Vgl. zum Folgenden die Informationen in: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München 2003.

ABB. 7

**1993–1994 PROJEKTIERTE UND AB 1995 REALISIERTE GRÜNDUNGEN
VON EINRICHTUNGEN DER MPG NACH SEKTIONEN**

Projektiert 1993–1994	Davon 1995 bis 2002 beschlossen (Standort, Gründungsdatum)	Nach 2002 beschlossen (Standort, Gründungsdatum)	Weitere Gründungen (Standort, Gründungsdatum)
BMS			
Zellbiologie (1) Genetik			
Zellbiologie (2) Molekulare Zellbiologie	Molekulare Zellbiologie und Genetik (Dresden, 1997)		
Zellbiologie (3) Faltung und gezielter Abbau von Makromolekülen			Forschungsstelle Enzymologie der Proteinfaltung (Halle, 1996)
Molekulare Pathologie und Seneszenzforschung		MPI für Biologie des Alterns (Köln, 2008)	
Biologie und Anthropologie (sektionsübergreifend mit GWS)	Evolutionäre Anthropologie (Leipzig, 1997) (sektionsübergreifend mit GWS)		
CPTS			
Chemische Kommunikation in Ökosystemen	Chemische Ökologie (Jena, 1996)		Chemische Physik fester Stoffe (Dresden, 1995)
Atmosphärische Kreisläufe	Biogeochemie (Jena, 1997)		Dynamik komplexer technischer Systeme (Magdeburg, 1996)
Mathematik – Theoretische Analysis	Mathematik in den Naturwissenschaften (Leipzig, 1995)		
Erforschung des Sonnensystems/ Laborastrophysik	Umstellung des MPI für Aeronomie in Katlenburg-Lindau 1997	MPI für Sonnensystemforschung (2004, seit 2014 in Göttingen)	
Angewandte Optik		MPI für Physik des Lichts (Erlangen, 2004)	
Geophysik/Geologie			
GWS			
Demografische Forschung	Demografische Forschung (Rostock, 1996)		
Ethnologie (s. o. Anthropologie)	Ethnologische Forschung (Halle, 1998)		
Recht der Gemeinschaftsgüter (vormals Umweltrecht)	Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter (Bonn, 1996)	MPI Recht der Gemeinschaftsgüter (Bonn, 2007)	

Im Einzelnen waren diese nach Gründungsjahren die folgenden:

1995 wurde die Gründung des MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften (Leipzig) beschlossen. Diese Gründung erfolgte aufgrund einer Empfehlung des AG-Leiters Bert-Wolfgang Schulze (Universität Potsdam, ehemals Karl-Weierstraß-Institut der AdW). Aufgabe des Instituts sollte es sein, einerseits »naturwissenschaftliche Fragestellungen in die Mathematik zu integrieren« sowie andererseits den »Dialog zwischen Mathematikern und Naturwissenschaftlern gezielt« zu fördern.¹¹¹⁵ Gründungsdirektor war Eberhard Zeidler aus Leipzig, womit das MPI zum zweiten mit ostdeutscher Leitung wurde. Neben Zeidler wirkten Jürgen Jost (Bochum) und Stefan Müller (Zürich) als Direktoren mit.

1996 wurde die Gründung der MPIs für chemische Ökologie (Jena) und demografische Forschung (Rostock) beschlossen. Ziel des Instituts für chemische Ökologie war »die Analyse der funktionalen Basis evolutiver Prozesse, die zur Entstehung, Erhaltung und Veränderung von Ökosystemen und Organismen führen«. Diese Fragestellung sollte mithilfe des interdisziplinären Ansatzes von Ökologie, Biochemie, Populationsgenetik und analytischer und organischer Chemie am Beispiel der Wechselwirkung von Pflanzen mit ihren Schädlingen untersucht werden.¹¹¹⁶ Direktoren waren Wilhelm Boland (Bonn), Ian Baldwin (Buffalo), Jonathan Gershenzon (Pullman, Washington) und Thomas Mitchell-Olds (Missoula, Montana).

Die Gründung des MPI für demografische Forschung ging auf einen Vorschlag von Karl Ulrich Mayer (MPIB Berlin) zurück. Der Arbeitsschwerpunkt des Instituts sollte Grundlagenforschung zu Bevölkerungsprozessen der Fertilität, der Mortalität und der Migration sein; dabei sollten formale Aspekte der Populationstheorie mit sozialwissenschaftlichen Methoden verbunden werden. Konkret sollten »soziale und biologische Determinanten ansteigender Lebenserwartungen und zunehmender Langlebigkeit« sowie das Verhältnis von »Fertilität und Milieudynamik im heutigen Europa« und historische Zusammenhänge von Bevölkerungsprozessen untersucht werden.¹¹¹⁷ Gründungsdirektor war James Vaupel (Odense).

1997 wurden drei Institutsgründungen beschlossen: die des MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik (Dresden), des MPI für evolutionäre Anthropologie (Leipzig) und des MPI für Biogeochemie (Jena). Ziel des MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik sollte es sein, »zu verstehen, wie grundlegende zelluläre Mechanismen, die in einzelligen Modellsystemen entschlüsselt worden sind, in mehrzelligen Organismen so modifiziert werden, dass verschiedene

1115 Stand des Aufbaus und weitere Planung von Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Jahresbericht 1995*. München 1995, 25–36, 29.

1116 Max-Planck-Institut für chemische Ökologie Jena. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 325–333, 325.

1117 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Stand des Aufbaus, 1995, 25–36, 30–31; Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1997*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 673.

Zelltypen entstehen, und wie sich diese zu Geweben organisieren.«¹¹¹⁸ Dabei sollten die Chancen der bevorstehenden DNA-Sequenzierungstechniken genutzt werden. Gründungsdirektoren waren Wieland Huttner (Heidelberg), Anthony Hyman (Cambridge/Heidelberg), Kai Simons (Heidelberg) und Marino Zerial (EMBL Heidelberg).

Das MPI für evolutionäre Anthropologie nahm sich kein geringeres Themenfeld als »die Geschichte der Menschheit« vor; diese sollte mithilfe vergleichender Analysen der »Verschiedenheit von Genen, Kulturen, kognitiven Fähigkeiten, Sprachen und sozialen Systemen vergangener und gegenwärtiger menschlicher Populationen sowie von Gruppen von Menschen nahe verwandten Primaten« untersucht werden.¹¹¹⁹ Die Leiter der vier Abteilungen kamen aus drei verschiedenen Ländern: Christophe Boesch, Basel (Primatenforschung); Bernard Comrie, Los Angeles (Linguistik); Svante Pääbo, München (evolutionäre Genetik); und Michael Tomasello, Atlanta (Entwicklungspsychologie und vergleichende Psychologie).

Das Ziel der Arbeit am MPI für Biogeochemie war nicht weniger ehrgeizig als das des MPI für evolutionäre Anthropologie, denn in jenem ging es um die »Erforschung von langfristigen Wechselwirkungen zwischen Biosphäre, Atmosphäre, Geosphäre und den Ozeanen.«¹¹²⁰ Ziele waren

die Quantifizierung der Rolle dieser Wechselwirkungen für die Steuerung des Klimas der Erde in einer Zeit zunehmender anthropogener Einflüsse, die Entwicklung eines quantitativen und prädiktiven Verständnisses der Regulation von Prozessen im Ökosystemen und deren biochemischen Kreisläufen unter sich ändernden klimatischen Bedingungen und die Untersuchung der Rückkoppelungsmechanismen zwischen der [...] Erdoberfläche mit ihrer Vegetationsbedeckung und der Zusammensetzung der Atmosphäre.¹¹²¹

Gründungsdirektoren waren I. Colin Prentice (Lund), David Schimel (Boulder) und Ernst-Detlef Schulze (Bayreuth).

Schließlich wurde 1998 das MPI für ethnologische Forschung (Halle/Saale) gegründet, welches wie das für evolutionäre Anthropologie aus den Beratungen einer von Zacher eingesetzten Präsidentenkommission Anthropologie (später: Anthropologie und Ethnologie) hervorgegangen war. Das Themenfeld des MPI war die vergleichende Untersuchung zur friedlichen und gewalt-

1118 Max-Planck-Institut für molekulare Zellbiologie und Genetik Dresden. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 407–408, 407.

1119 Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie Leipzig. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 755–766, 755.

1120 Max-Planck-Institut für Biogeochemie Jena. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 455–463, 456.

1121 Ebendort. Vgl. hierzu jetzt Gregor Lax: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000*. Berlin 2020, Abschnitt 3.2.3–3.2.4, 70–84.

samen Interaktion zwischen Ethnien und Staaten sowie zu Eigentumsbeziehungen in Afrika und Eurasien. Im Mittelpunkt standen »Prozesse der sozialen Identifikation [...] im engen Zusammenhang mit Fragen der Ressourcennutzung und Eigentumsverhältnisse«; bemerkenswert dabei war die schon früh aufgestellte, gegenwartspolitisch relevante These, dass »aktuelle Konfliktlagen in den postsozialistischen Ländern ebenso wie in der postkolonialen Welt [...] nur durch gleichzeitige Betrachtung beider Perspektiven erklärbar« seien.¹¹²² Gründungsdirektoren waren Christopher Hann (Kent/Berlin) und Günther Schlee (Bielefeld).

Drei weitere Neugründungen dieser Zeit erfolgten unabhängig vom Anstoß des Jahres 1993. Das MPI für chemische Physik fester Stoffe (Dresden), gegründet 1995, stand wohl deshalb nicht auf den Listen von 1993, weil der Gründungsprozess schon begonnen hatte. Die Anregung hierzu kam wieder von einem ostdeutschen Wissenschaftler, dem AG-Leiter Helmut Eschrig (Dresden). Das neue Institut sollte »die Synthese und Analytik neuer Festkörper mit der experimentellen Erfassung ihrer Eigenschaften unter Anwendung der Methoden der Chemie und der Physik« vereinen. Man wollte neue »intermetallische Verbindungen« untersuchen, bei denen neuartige Formen von Magnetismus, Supraleitung, Halbleiterrückenbildung und Metall-Halbleiter-Übergängen auftreten.¹¹²³ Eine zweite weitere Einrichtung, die Forschungsstelle Enzymologie der Proteinfaltung in Halle, gegründet 1996, war schon seit 1990 als Projektgruppe und mögliches MPI unter dem Namen Enzymologie der Peptidbindung geführt worden (siehe oben Abschnitt III.2.1.). Deren Leiter Gunter S. Fischer hatte man am MPI für Biochemie in Martinsried schon damals als international anerkannten Forscher geschätzt. Nach der Pensionierung Johannes Heydenreichs am MPI für Mikrostrukturphysik waren diese MPG-Forschungsstelle und das oben erwähnten MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften die einzigen MPG-Einrichtungen, die in dieser Zeit unter ostdeutscher Leitung waren. Als dritte, 1993 noch nicht vorgeschlagene Neugründung kam das MPI für Dynamik komplexer technischer Systeme in Magdeburg 1996 hinzu. Es handelte sich um das erste MPI in den Ingenieurwissenschaften. Schwerpunkt der Arbeit an diesem MPI sollte unter anderem Netzwerktheorie für verfahrenstechnische und biologische Prozesse sein.¹¹²⁴ Gründungsdirektor war Ernst Dieter Gilles, Professor für Verfahrenstechnik in Stuttgart, der zunächst nur gastweise in Magdeburg amtierte.

Die Aufnahme des MPI zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern (ehemals Umweltrecht), dessen Gründung 1993 vorgeschlagen worden war, in die institutionelle Forschungsförderung wurde durch die AG »DFG-MPG« der BLK 1995 aus noch ungeklärten Gründen verschoben.¹¹²⁵

1122 Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung Halle/Saale. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2000*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2000, 789–799.

1123 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Stand des Aufbaus, 1995, 25–36, 27.

1124 Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme Magdeburg. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, 453–454.

1125 Ergänzender Bericht zu TOP 4.2, Feststellung des Haushalts, 17. 11. 1995. Materialien der 141. Sitzung des Senats am 17. 11. 1995 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fot. 11–12.

Die Einrichtung wurde daraufhin als Projektgruppe 1996 in Bonn, also nicht in den NBL gegründet; die Gründung als MPI erfolgte erst 2007 ebendort. Wie der Abbildung 7 zu entnehmen ist, fanden auch andere Gründungen von MPI-Einrichtungen in den ABL statt. Darunter waren drei der 12 Vorschläge von 1993, die vorerst nicht oder erst in späteren Jahren realisiert wurden: die MPIs für molekulare Pathologie und Seneszenzforschung (gegründet als MPI für Biologie des Alterns in Köln 2008), für angewandte Optik (gegründet als MPI für die Physik des Lichts in Erlangen 2004) und für die Erforschung des Sonnensystems (zunächst als Umstellung des MPI für Aeronomie in Katlinburg-Lindau, dann neu gegründet 2004). Der Vorschlag eines MPI für Geophysik/Geologie scheint in dieser Form nicht realisiert worden zu sein. Somit stehen insgesamt sieben Institutsgründungen, die aus den Vorschlägen von 1993 realisiert wurden, drei erst später realisierten, einer nicht realisierten, einer verschobenen und drei Neugründungen gegenüber, die auf der Vorschlagsliste von 1993 nicht standen. Alles in allem ergibt sich also zu einem gewichtigen Teil – aber keinesfalls allein – das Bild einer rapiden, geradlinigen Realisierung der 1993 formulierten Prioritäten.

Summa summarum kam es aber zu einer beachtlichen Erweiterung des Forschungsprofils der MPG in dieser Zeit, und zwar in allen drei Sektionen. Auch hier kann, wie in der Zeit von 1990 bis 1995, in mehreren Fällen, wenn nicht in allen, eine Weiterentwicklung der bestehenden thematischen Cluster beobachtet werden. Wie bisher mussten bei diesen Gründungsvorgängen mehrere Ressourcentypen miteinander in Einklang gebracht werden; darauf im Detail einzugehen muss einer späteren Studie vorbehalten bleiben. Doch lässt sich an dieser Stelle immerhin festhalten, dass der Anstoß aus der Politik von 1993 offenbar binnen kurzer Zeit Früchte trug. Wie bereits 1993 von der MPG-Leitung angeregt wurde, hatte man sich weitgehend von der Verfolgung einzelner, zum Teil länger zurückliegender Projekte verabschiedet zugunsten eines strategischen Projekts der gesamten MPG. Die regionale Verteilung dieser Neugründungen durfte jedoch nicht unbedingt im Sinne des damaligen Anstoßgebers Paul Krüger ausgefallen sein, denn nur eines der von 1995 bis 1998 neugegründeten MPIs, das für demografische Forschung, wurde in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Dafür waren die Standorte von vier, also fast der Hälfte der Institutsneugründungen der zweiten Welle, in Sachsen, zwei in Sachsen-Anhalt und zwei in Thüringen. Interessanterweise wurde für keine der Neugründungen ab 1995 ein Standort im Osten Berlins gewählt.

Zur Bedeutung von alledem für die Geschichte der MPG sei an dieser Stelle nur noch so viel gesagt: Im Begleittext zur eingangs zitierten Broschüre schrieb Peter Gruss, Hubert Markls Nachfolger als MPG-Präsident, dass während der Präsidentschaft Markls »das Problem der Parallelität von Ressourcendruck [in den ABL, MGA] und Erneuerungschancen [in den NBL, MGA] kumulierte«. ¹¹²⁶ In der Tat schlug in dieser Zeit die seit den 1980er Jahren vorhergesehene Emeritierungswelle voll ein: Zwei Drittel aller MPI-DirektorInnen wurden in der Amtszeit Markls

1126 Peter Gruss: Vorwort. Der Aufbau in den neuen Bundesländern – die Max-Planck-Gesellschaft zieht erfolgreich Bilanz. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München 2003, 2–4, 3.

von 1996 bis 2002 neu berufen, davon 44 in den NBL.¹¹²⁷ Deshalb genügten Abteilungsschließungen und Umwidmungen Stellen Gruss zufolge »nicht mehr, um den Finanzrahmen mit den Anforderungen der Institute in Einklang zu bringen«; tatsächlich wurden in der Präsidentschaft Markls vier Institute geschlossen.¹¹²⁸ Außer dem seit Jahren schon umkämpften Gmelin-Institut waren es das MPI für Biologie in Tübingen, das MPI für Verhaltensphysiologie in Seewesen und das MPI für Zellbiologie in Ladenburg b. Heidelberg; alle Beschlüsse fielen im November 1997.¹¹²⁹ Diese aufsehenerregende Aktion war das öffentlichkeitswirksame Gesicht eines von Markl selbst in einer Rede vor der Hauptversammlung im selben Jahr so genannten »Sparkurs[es] der harten Hand«, zu der sich die MPG-Leitung infolge eines verschärften »föderalen Konsolidierungsprogramms« gezwungen sah.¹¹³⁰ Darauf folgte eine Wende zur flächendeckenden Evaluierung der MPG-Einrichtungen.¹¹³¹ Inwiefern die Abteilungsschließungen in der Amtszeit Zachers von der Stellenzahl her mit den Einsparungen seines Nachfolgers vergleichbar waren, bleibt eine offene Forschungsfrage.

Mit dem weiteren Hinweis darauf, dass in der gesamten Zeit von 1991 bis 2003 insgesamt 57 der 66 geplanten Direktorenstellen in den NBL besetzt wurden, konnte Gruss den Ausbau der MPG in den NBL nunmehr für abgeschlossen erklären.¹¹³² Die Verzweigung der Wege, die sich bereits 1991 abzuzeichnen begann und während der Finanzkrise 1992–1993 sichtbar geworden war, beschleunigte sich 1993 und setzte sich ab 1995 weiterhin fort, allerdings mit gewissen Akzentverschiebungen. Eine davon wird im folgenden Abschnitt kurz anzusprechen sein.

IV. 4. Abschließende Bemerkungen

Mehrere Wechsel Ende des Jahres 1994 und im Jahre 1995 markierten den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der MPG. Es begann auf Regierungsebene im November 1994 mit dem bereits erwähnten Wechsel im Ministeramt von Paul Krüger zu Jürgen Rüttgers und der Bildung des aus den früheren Bildungs- und Forschungsministerien zusammengeschlossenen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Ab März 1995

1127 Gruss, *Der Aufbau*, 2003, 2–4, 4.

1128 Gruss, *Der Aufbau*, 2003, 2–4, 4.

1129 Vgl. etwa Niederschrift der 147. Sitzung des Senats am 14. November 1997 in München, Bl. 68, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP.

1130 Ebenda, Bl. 6. Vgl. Hubert Markl: *Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft: Innovation und Evaluation*. Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. Hubert Markl bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 4. Juni 1997 in Bremen. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1997*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 13–36, 33.

1131 Vgl. hierzu Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, 35–40. Ob die Evaluierungen der AdW-Institute durch den WR 1990–1991 hierfür als Präzedenzfall dienlich gewesen ist, bleibt zu klären.

1132 Gruss, *Der Aufbau*, 2003, 2–4, 4.

wurde Rüttgers MPG-Senatsmitglied.¹¹³³ Die Reihe setzte sich innerhalb der MPG fort mit der im Juni 1995 im Senat bekannt gegebenen Neustrukturierung der MPG-Leitung, einer »Entlastung der Spitze«, die man vor allem infolge der Expansion der MPG in die NBL für notwendig hielt.¹¹³⁴ Daran schloss sich die Pensionierung des langjährigen Generalsekretärs Wolfgang Hasenclever und im November 1995 der Dienstantritt seiner Nachfolgerin Barbara Bludau an, ehemals für Sicherheit zuständige Staatsrätin in Innenressort des Landes Hamburg. Das Timing dieses Amtswechsels war passend, weil just zu jener Zeit die bis dahin zwischen den ABL und den NBL getrennte Haushaltsführung der MPG zu Ende ging.

Wohl am wichtigsten von alledem war die Wahl Hubert Markls zum MPG-Präsidenten im Sommer 1995, die den Beginn einer neuen Ära in verschiedener Hinsicht signalisierte.¹¹³⁵ Einerseits stellte diese Wahl eine Rückkehr zur Leitung der MPG durch einen Naturwissenschaftler und damit eine Abkehr vom »Experiment« der Präsidentschaft eines Geisteswissenschaftlers – so sagte das damals niemand, aber seither ist auch niemand aus den Geisteswissenschaften mehr PräsidentIn der MPG geworden. Man betrat damit aber auch insofern Neuland, als Markl der erste Präsident war, der kein Mitglied der MPG gewesen war. Man war sich der Neuheit dieses Schrittes jedenfalls bewusst und nahm sich diese Wahl mit besonderer Sorgfalt vor. Weil Markl zur gleichen Zeit zum Rektor der Universität Konstanz gewählt worden war, zog man den Wahlvorgang sogar um mehrere Wochen vor; er trat daraufhin von der Rektorwahl zurück. Dass man ihn als MPG-Senatsmitglied von 1986 bis 1991 und aus seiner Zeit als DFG-Präsident während der deutschen Vereinigung kannte, war sicherlich nicht von Nachteil, sondern begründete vielmehr seine Glaubwürdigkeit als führungsstarke, im öffentlichen Auftreten erfahrene Leitfigur. In seiner kurzen Ansprache zur Wahlannahme am 17. November 1995 machte Markl selbst auf die genannten Neuheiten aufmerksam und fügte hinzu, dass es »nicht seine Absicht« sei,

seinen Vorgängern so ähnlich wie möglich zu werden. [...] Damit die Max-Planck-Gesellschaft in diesem Sinn, als eine der weltweit leistungsfähigsten Einrichtungen für Spitzenforschung, die alte bleibe, werde allerdings nicht alles beim Alten bleiben können – nur das Ziel, dem die Gesellschaft verpflichtet sei, dürfe sich nicht ändern.¹¹³⁶

Nach dem Einschnitt, den diese vielfachen Veränderungen innerhalb der MPG markieren, darf das Vorangegangene noch einmal kurz zusammengefasst werden. Der Ausbau des bundesdeut-

1133 Zacher dankte Rüttgers in der Sitzung dafür, dem Senat anzugehören. Niederschrift der 139. Sitzung des Senats vom 24.03.1995 in Berlin, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP.

1134 Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.06.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fot. 9–13, sowie Materialien der 140. Sitzung des Senats vom 22.06.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fot. 45–47. Zum Terminus »Entlastung der Spitze« vgl. Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats der MPG am 03.02.1994 in Heidelberg, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1499, fot. 10.

1135 Zur Schilderung des außergewöhnlichen Wahlgangs vgl. Niederschrift der 140. Sitzung des Senats vom 22.06.1995 in Potsdam, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 5 verso – 8 verso.

1136 Niederschrift der 141. Sitzung des Senats vom 17.11.1995 in München, Bl. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP.

schen Wissenschaftssystem in Folge der deutschen Vereinigung brachte eine Reihe unerwarteter Wandlungen dieser Ressourcenkonstellation insgesamt mit sich. Für die MPG stellte die Vereinigung eine einmalige Chance dar, aus der Stagnation der 1980er Jahre durch einen Aufbruch in den NBL auszubrechen. Die Chance wurde durch eine Mobilisierung aller der eingangs genannten und eben nochmals besprochenen Ressourcentypen ergriffen – Personen, Institutionen und Diskurse. Zunächst erfolgte eine innovative, allerdings befristete Erweiterung ihres institutionellen Spektrums und danach die Gründung mehrerer neuer MPIs in den NBL, die anfangs durch Empfehlungen des WR an sie herangetragen, dann zunehmend durch eigene, von ihren Sektionen ausgewählte oder vom Präsidenten angeregte Vorschläge weitergeführt wurde. Dies alles führte nicht nur zu einer geographischen Ausweitung, sondern auch zu einer Erweiterung des Forschungsspektrums der MPG. Am Ende des hier untersuchten Zeitraumes standen auch noch – wie schon erwähnt – strukturelle Reformen innerhalb der MPG selbst, die man infolge der Expansion in die NBL und der daraus resultierenden Überlastung des Präsidenten für notwendig hielt. Noch einmal sei festgehalten: Die MPG war 1995 in verschiedener Hinsicht eine andere Institution geworden, als sie es 1990 gewesen ist.

Parallel zu diesen fast zur Gänze unvorhersehbaren, vereinigungsbedingten Wandlungen der Ressourcenkonstellation MPG liefen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit viele der brisanten wissenschaftspolitischen Themen weiter wie die Gentechnik- und Tierschutzdebatten, die bereits seit Langem in der alten Bundesrepublik präsent gewesen waren.¹¹³⁷ Diese Kontinuitäten mögen neben den weiter aktuellen, institutionspolitischen Themen des Generationswechsels und der Frauenförderung Belege dafür sein, dass die MPG die grundsätzlichen Probleme, die schon in den 1980er Jahren erkannt worden waren, trotz aller vereinigungsbedingten Wandelung nicht aussparen konnte.

Ebenso wenig auszusparen war das grundsätzlichste Thema der 1980er Jahre überhaupt: die Innovationskraft und -fähigkeit der MPG. Im Februar 1991, mitten im Vereinigungsgeschehen, stand dieses Thema weiterhin im Raum. Damals hielt Zacher vor dem wissenschaftlichen Rat der MPG fest:

Wir haben viele »kleine Innovationen« und zu wenig »große Innovation« [...]. Mitunter – ja nur zu oft – fehlt uns auch die Flexibilität zur »kleinen Innovation«. Das ist dann der Fall, wenn alte Arbeitsgebiete sich in Mitarbeiterstäben verfestigen, die mit einer innovativen Neuberufung nicht vereinbar sind.¹¹³⁸

1137 Siehe zum Beispiel das Programm des Ringberg-Symposiums »Forscher und Forschungspolitik«, 13.–15. Mai 1991. Drehbuch der 128. Sitzung des Senats vom 06. 06. 1991 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 128.SP, fol. 11–13.

1138 Zacher, Rede des Präsidenten vor dem Wissenschaftlichen Rat, Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rats vom 08. 02. 1991 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1979, fol. 26–27. Hans F. Zacher: Verantwortung für die Flexibilität der MPG. Auszug aus dem Bericht des Präsidenten der MPG vor dem Wissenschaftlichen Rat. Über Prioritätensetzung zur Innovation. *MPG-Spiegel* 2/1991, 27–29, 29.

Um die finanziellen Spielräume dafür zu gewinnen, diese Innovationskraft und Flexibilität überhaupt wiederherstellen zu können, hatte Zacher eine Politik der »Konsolidierung« in den ABL – im Wesentlichen bestehend aus Abteilungsschließungen infolge der Emeritierung der jeweiligen MPI-DirektorInnen – schon einzuleiten begonnen, bevor dieser Schritt durch die Finanzkrise des Bundes forciert wurde. Doch parallel dazu betrieb die MPG eine bis dahin noch nie dagewesene Erweiterung derselben Institutsstrukturen in die NBL, deren Verfestigung schon der Vorgänger Zachers Heinz Staab beklagt hatte.

Die wissenschaftspolitische Verpflichtung, welche die MPG mit dem Anspruch einging, eine einheitliche Wissenschaftslandschaft im vereinigten Deutschland schaffen zu helfen, indem sie in den NBL im selben Umfang vertreten sein wollte wie in den ABL, brachte, wie wir gesehen haben, viele Chancen mit sich. Dass die Realisierung dieses politischen Projekts einen Preis in Bezug auf die Innovationsfähigkeit der MPG selbst haben könnte, hat Jürgen Renn neuerdings angedeutet. Seiner Meinung nach fiel das innerhalb der MPG mitentwickelte Projekt eines Gravitationswellendetektors der strategischen Entscheidung zum Opfer, in den NBL auf breiter Front »den Anschluss an [die] internationale Spitzenforschung« herzustellen.¹¹³⁹ Tatsächlich scheint die Entscheidung, die Beteiligung von MPG-ForscherInnen an einer internationalen Kooperation zum Aufbau eines großdimensionierten Gravitationswellendetektors nicht zu fördern, Anfang der 1990er Jahre gefallen zu sein.¹¹⁴⁰ In diesem Licht betrachtet scheint das Engagement der MPG in den NBL eine bewusste Bevorzugung mehrerer kleiner dimensionierter, mehrheitlich nachholender Innovationen im Osten gegenüber einem spektakulären Grundlagenprojekt im Westen mit sich gebracht zu haben. Ob dieses Junktim tatsächlich bestand, bedarf einer genaueren Prüfung.

Darüber hinaus sei nach Renn durch die »Einbettung in den politischen Prozess« der deutschen Vereinigung die MPG »in ihren Entscheidungsprozessen schwerfälliger und von äußeren Bedingungen abhängiger geworden. Das Risiko, auch in Zukunft Chancen auf grundlegende Entdeckungen zu verpassen [...] war damit gestiegen.«¹¹⁴¹ Die überaus komplexen Verhandlungen der MPG-Spitze mit der »hohen Politik«, hier: den Premierministern und den für Wissenschaft zuständigen MinisterInnen der NBL sowie den Ministern und Spitzenbeamten im BMFT und BMF während der Finanzkrise 1992–1993 mögen für diese provokante These sprechen. Dagegen sprechen aber die alles andere als schwerfälligen Entscheidungsvorgänge, die zur Auswahl der AGs und AG-Leitungen sowie der ersten MPI-Gründungsvorhaben 1990–1991 führten, der überaus flexible, recht eigenständige Umgang der MPG-Leitung mit den Empfehlungen des WR 1991–1992 oder die zügige Zusammenstellung zahlreicher Gründungsvorschläge 1993–1994, die eine zweite Welle der MPI-Gründungen in den NBL zur Folge hatte. Schwerfällig oder zumindest recht umständlich dürften hingegen die Verhandlungen innerhalb der MPG über

1139 Jürgen Renn: Die MPG und die Entdeckung der Gravitationswellen – verpasste Chancen und was man aus ihnen lernen kann. Unveröffentlichtes Manuskript, 2020, 10.

1140 Vgl. Bonolis und Leon, *Gravitational-Wave Research*, 2020, 51–53.

1141 Renn, *Die MPG und die Entdeckung*, 2020, 10.

Abteilungsschließungen und Sozialpläne infolge des »Konsolidierungsprogramms« in den ABL gewesen sein.

Thema dieser Studie war es, die Wandlungen der MPG als Institution im Kontext der deutschen Vereinigung herauszuarbeiten. Die Erweiterungschancen in den NBL, welche die Leitung und die Mitglieder der MPG im Kontext der deutschen Vereinigung beherzt ergriffen, wurden in der Tat erst durch das politische Ereignis der deutschen Vereinigung eröffnet. Wie in dieser Studie anhand zahlreicher Beispiele gezeigt werden konnte, hing die Realisierung dieser Möglichkeiten von Verhandlungen der MPG-Leitung und anderer wissenschaftlicher Mitglieder der MPG mit verschiedenen politischen und wissenschaftspolitischen Instanzen ab, aber auch von deren Geschick im Umgang mit den internen Strukturen und Praktiken, also von den innenpolitischen Verhältnissen der MPG selbst. Insofern stellt diese Geschichte ein herausragendes Beispiel dafür dar, was die These, dass Wissenschaft und Politik Ressourcen für einander sind, konkret bedeuten kann.

V. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ABL	Alte (bisherige) Bundesländer
AdW	Akademie der Wissenschaften (der DDR)
AG	Arbeitsgruppe der MPG sowie der Evaluierungen des WR
AGF	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AUF	Außeruniversitäre Forschung
AUFE	Außeruniversitäre Forschungseinrichtung
BBAW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
BKA	Bundeskanzleramt
BLE	»Blaue Liste«-Einrichtung
BLK	Bund-Länder-Kommission
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMBWFT	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMI	Bundesministerium des Innern
BMS	Biologisch-Medizinische Sektion (der MPG)
BRD	Bundesrepublik Deutschland (alt)
CPTS	Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion (der MPG)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
FSP	Forschungsschwerpunkt
FU	Freie Universität Berlin
F u E	Forschung und Entwicklung
GBR	Gesamtbetriebsrat (der MPG)
GFE	Großforschungseinrichtung
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GV	Generalverwaltung (der MPG)
GWS	Geistes- und Sozialwissenschaftliche Sektion (der MPG)
GWZ	Geisteswissenschaftliches (Forschungs-)Zentrum
HU	Humboldt-Universität zu Berlin
IFE	Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie der AdW in Halle
IBP	Institut für Biochemie der Pflanzen der AdW in Halle
IPP	Institut für Plasmaphysik (der MPG)
ITER	International Thermonuclear Reactor
KAI-AdW	Koordinierungs- und Abwicklungsstelle der Institute und Einrichtungen der AdW (1991–1992)
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

MBW	Ministerium für Bildung und Wissenschaft (der DDR)
MFT	Ministerium für Forschung und Technologie (der DDR)
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
MPIB	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
NBL	Neue Bundesländer
RV	Rahmenvereinbarung Forschungsförderung
SZ	Süddeutsche Zeitung
UHV	Unabhängiger Historikerverband
VR	Verwaltungsrat (der MPG)
WR	Wissenschaftsrat
WR-MPG	Wissenschaftlicher Rat der Max-Planck-Gesellschaft
WTZ-Abkommen	Abkommen für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (zwischen der BRD und der DDR), 1987
ZI	Zentralinstitut (der AdW)

VI. Quellen- und Literaturverzeichnis

VI.1. Archivalien

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (AMPG)

- II. Abt., Rep. 1, Präsidium, Nr. 254, 391/1-2, 469, 610, 646, 754, 892/1-2, 893, 895/1-2, 903-905
- II. Abt., Rep. 1a-bc (Vizepräsidentenkreis)
- II. Abt., Rep. 57 (Präsidenten), Nr. 41, 41/1, 146, 482/1-4, 483/1-6, 484/1-4, 570/1-2, 573/1-2, 581, 587/1-2, 609/1, 610/1-2, 646/1-2
- II. Abt., Rep. 60 (Senat), Nr. 127-143SP
- II. Abt., Rep. 61 (Verwaltungsrat), Nr. 149.VP-166.VP
- II. Abt., Rep. 62 (Wissenschaftlicher Rat), 1990-1995
- II. Abt., Rep. 62 (Sektionen): CPTSP 1990-1995; BMSP 1990-1995; GWSP 1990-1995, Nr. 752
- II. Abt., Rep. 63 (Hauptversammlung): Nr. 314, 315-316, 349-353, 362-365
- II. Abt., Rep. 66, Nr. 377
- II. Abt., Rep. 70, Nr. 17, 23, 25, 26, 573
- II. Abt., Rep. 150, Nr. 26, 34/2

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin (ABBAW)

VA (Verwaltungsarchiv), 15688, 16287

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BArch)

Amt des Ministerpräsidenten der DDR

DC20, Bd. 6559 17410

Ministerium für Bildung / Bildung und Wissenschaft der DDR

DR4, Bd. 10, 175

Ministerium für Forschung und Technologie der DDR
DF4, Bd. 32165, 32204, 32265–32267, 32367

Bundesarchiv Koblenz (BArch)

Bundeskanzleramt

B 136/101527, 331–27001–Ge11 Bd.5

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

B 138/ 48266, Bd. 3–4, 56723, Bd. 3–4, 56803, Bd. 1–2, 65720, Bd. 2, 71585, Bd. 1, 94507, Bd. 3

Bundesministerium für Forschung und Technologie

B 196/96252, 103807–103808

VI.2. Zeitzeugeninterviews (Interviewer: Mitchell G. Ash)

Lorraine J. Daston, Interview in Berlin, 29. Februar 2020

Angela D. Friederici, Interview in Leipzig, 26. Februar 2020

Beatrice Fromm, Interview in Berlin, 17. Juli 2018

Peter Fulde, Interview in Dresden, 28. Februar 2020

Hartmut Grübel, Gespräch in Berlin, 20. Februar 2019

Dieter Hoffmann, Interview in Berlin, 28. Februar 2020

Stefan H. E. Kaufmann, Interview Wien-Berlin (via Zoom), 30. April 2020

Horst Klinkmann, Interview in Rostock, 13. September 2019

Jürgen Kocka, Interview in Berlin, 4. April 2019

Wilhelm Krull, Interview in Hannover, 15. März 2019

Josef Lange, Interview in Berlin, 1. April 2019

Renate Mayntz, Interview in Köln, 23. September 2018

Jürgen Renn, Interview Wien-Berlin (via Zoom), 2. Juni 2020

Joachim Sauer, Interview Wien-Berlin (via Zoom), 29. April 2020

Dieter Simon, Interview in Berlin, 5. März 2019

VI.3. Gedruckte Quellen 1989–1995

Bethge, Heinz (Hg.): *Mitteilungen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. Reihe 3, Jahrgang 35, 1989*. Halle an der Saale: Kreuz Verlag 1992.

Bundesminister für Forschung und Technologie: *Umgestaltung der Forschungsstrukturen in den neuen Bundesländern kommt voran – erstes Treffen des Bundesforschungsministers mit den Ressortchefs der neuen Länder in Bonn*. Pressemitteilung 129/90, 1990.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: *Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Allgemeine Informationen, Haushalt, Personal. Ergebnisse der Umfrage der BLK zum Stand des Aufbaus von FE in den neuen Ländern zum Stichtag 1. 6. 1993*. Bonn: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln 1993.

Der Einigungsvertrag. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Der Vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen. Nachdruck. 2. Aufl. München: Goldmann Verlag 1990.

Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München: Walter Biering 1992.

Klinkmann, Horst: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Klinkmann am 8. Juni 2007. In: Kersten Krüger (Hg.): *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 2*. Rostock: Universität Rostock 2008, 226–253.

Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Neuen Bundesländern e.V. (Hg.): *Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW)*. Berlin: Akademie Verlag 1994.

Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1990*. München 1991.

——— (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1991*. München 1992.

——— (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1992*. München 1993.

——— (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1993*. München 1994.

——— (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1994*. München 1995.

——— (Hg.): *Jahresbericht und Jahresrechnung 1995*. München 1996.

——— (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998.

Weingart, Peter, Jörg Strate und Matthias Winterhager: *Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat*. Bielefeld: Universität Bielefeld 1991.

Wissenschaftsrat: *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Drs. 9847/90. Berlin 1990.

———: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Allgemeiner Teil*. Drs. 320/91. Düsseldorf 1991a.

- : *Stellungnahme zu den Instituten des Forschungsbereichs Physik, zum Einstein-Laboratorium für Theoretische Physik und zum Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR*. Drs. 329/91. Düsseldorf 1991b.
- : *Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR im Bereich »Biowissenschaften und Medizin«*. Drs. 335/91. Düsseldorf 1991c.
- : *Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften*. Drs. 334/91. Düsseldorf 1991d.
- : *Stellungnahme zum Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle (Land Sachsen-Anhalt)*. Drs. 104/91. Mainz 1991e.
- : *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Allgemeiner Teil: Charakteristika der Forschungssituation in der ehemaligen DDR und künftige Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Fachgebiete*. Köln 1992a.
- : *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Chemie*. Köln 1992b.
- : *Stellungnahme zu den geisteswissenschaftlichen Forschungszentren*. Köln 1994.

VI.4. Literatur 1989–1995

- Bentley, Raymond: *Research and Technology in the Former German Democratic Republic*. Boulder, CO: Westview Press 1992.
- Bethge, Heinz: Zum deutschen Einigungsprozess in den Wissenschaften – Probleme und Möglichkeiten in den Naturwissenschaften. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991), 205–216.
- Biedenkopf, Kurt: Impulse aus der Wissenschaft für den Einigungsprozess. Grußwort des Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen. *MPG-Spiegel* 4/1992, 57–60.
- Bierwisch, Manfred: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR. *MPG-Spiegel* 4/1990, 24–30.
- Brocke, Rudolf Horst und Eckart Förtsch: *Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern 1989–1991. Ausgangsbedingungen und Integrationswege in das gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem*. Stuttgart: Raabe 1991.
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Grundsätze des Neuen Forum für die Stellung der Wissenschaften in der Gesellschaft. *Forum Wissenschaft* 7/1 (1990), 40–41.

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Der Industriestandort Deutschland braucht eine leistungsstarke und umfassende Grundlagenforschung. *MPG-Spiegel* 3/1992, 23–25.

Burrichter, Clemens: Zwischenbilanz: Der Fusionsprozess der Wissenschaft in Deutschland. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektive. In: Clemens Burrichter und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991, 9–20.

Burrichter, Clemens und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991.

Catenhusen, Wolf-Michael: Prioritäten der Forschungspolitik im vereinten Deutschland. *Physikalische Blätter* 49 (1993), 20–21.

Dahme, Christian und Helmut Haberlandt: Arbeitsgruppe »Wissenschaft« des zentralen Runden Tisches. In: Peer Pasternack (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, 38–56.

DDR: Weniger Bürokratie im deutsch-deutschen Wissenschaftsbetrieb. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 1/90 (2. I. 1990).

Der erste gesamtdeutsche Haushalt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. 03. 1991).

DFG hilft Forschern in der DDR aus der Krise. *General-Anzeiger* (02. 02. 1990).

Dickman, Steven: Funding, East and West. *Nature* 349/6310 (1991), 552.

———: Good News, for a Change. *Nature* 350/6317 (1991), 366–367.

Engler, Wolfgang: *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1995.

Entwicklung des Forschungsspektrums der Max-Planck-Gesellschaft 1990–1994. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1994*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1994, 88–101.

Eschrig, Helmut: Der Erneuerungsprozess aus der Sicht der Max-Planck-Arbeitsgruppen. In: Gunnar Berg und Benno Parthier (Hg.): *Zur Situation der Universitäten und der außer-universitären Forschungseinrichtungen in den Neuen Ländern. Wissenschaftliches Symposium*,

gemeinsam veranstaltet von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 23. und 24. März 1994 in Halle (Saale), 1994, 147–151.

Etzold, Sabine: Soll hier alles plattgemacht werden? Der westdeutsche Wissenschaftsrat begutachtet die Berliner Akademie der Wissenschaften – 25000 Mitarbeiter bangen um ihre Zukunft. *Die Zeit* 51 (14. 12. 1990).

Evaluation der Evaluation. *Forum Wissenschaft*. Herausgegeben von Bund demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler 7/4 (1990), I–XXIV, 25–48.

Fischer, Bernd-Reiner: Bildung und Wissenschaft im Einigungsprozess. In: Eckhard Jesse und Armin Mitter (Hg.): *Die Gestaltung der Deutschen Einheit. Geschichte, Politik, Gesellschaft*. Bonn: Bouvier 1992, 336–387.

Forschungs-Haushalt 1992: Sparen im Westen für Aufbau im Osten. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 29/91 (15. 07. 1991).

Forschungs-Umbau in Ex-DDR begonnen. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 49/90 (03. 12. 1990), 8–9.

Förtsch, Eckart: Auf dem Weg zur Wissenschaftsunion. *Deutschland Archiv* 11 (1990), 1689–1700.

Fritsch, Harald: *Flucht aus Leipzig*. München: Piper 1990.

———: »Wohin mit den SED-Professoren?«. *Der Spiegel* 30 (1990), 138–139.

Fromm, Beatrice: Die Förderaktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern. In: Clemens Burchrichter und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991, 127–132.

Frühwald, Wolfgang: Erneuerung oder Kolonialisierung? Forschungsförderung in den neuen Bundesländern. *Zur Situation der Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Wissenschaftliches Symposium, gemeinsam veranstaltet von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 23. und 24. März 1994 in Halle (Saale)*. Herausgegeben von Gunnar Berg und Benno Parthier 71 (1994), 131–140.

Frühwald, Wolfgang, Hans Robert Jauß, Reinhart Koselleck, Jürgen Mittelstraß und Burkhard Steinwachs: *Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1991.

Funk, Albert: »Wenn wir scheitern, ist das die Abdankung der politischen Klasse«. Biedenkopf drängt zur Eile beim Solidarpakt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02. 02. 1993), 3.

Gabriel, Helmut und Werner Lahmer: Interview. »Mit größtem Einsatz an der Lösung der Probleme mitwirken!« Gespräch mit Prof. H. Gabriel über die Evaluierung der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften. *Physikalische Blätter* 47/9 (1991), 819–822.

Gläser, Jochen: Die Akademie der Wissenschaften nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 51 (1992), 37–46.

Globig, Michael: Beschluss des Senats: Generalverwaltung bleibt in München. *MPG-Spiegel* 4/1992a, 17–19.

———: MPG-Vorträge in den neuen Bundesländern. Arbeitsgruppen im Ostteil Berlins eingeweiht. *MPG-Spiegel* 4/1992b, 35–37.

———: Senatssitzung in Stuttgart: MPG beschliesst Gründung eines MPI für Physik komplexer Systeme. *MPG-Spiegel* 6/1992c, 20.

Hartung, Dirk: Max-Planck-Gesellschaft und neue Bundesländer. Wir bauen auf – abwickeln tun die anderen. *Erziehung und Wissenschaft* 43/9 (1991), 23–25.

Hübner, Peter: Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (08.09.1993), 36.

Hohn, Hans-Willy und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990.

»Im Mittelmaß Weltspitze«. *Der Spiegel* 30 (1990), 136–137, 139–141.

Isami: Bundesforschungsminister besucht IPP. *MPG-Spiegel* 1/1994, 26.

Janßen, Karl-Heinz: Experten für Diktaturvergleich. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Studien arbeitet an der Geschichte der DDR. *Die Zeit* 26 (25.06.1993).

Kaelble, Hartmut, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr: *Sozialgeschichte der DDR*. Stuttgart: Klett-Cotta 1994.

Keppner, Hajo: Schwere Haushaltszeiten für den Forschungsminister angebrochen. *dpa-Dienst für Kulturpolitik*, 22/1991.

Klein, Fritz: Die evaluierten Historiker melden Widerspruch an. *Der Tagesspiegel* (08.09.1991), 13.

- Klein, Wolfgang: Auf Brückierung angelegt. Zur Evaluierung des Zentralinstituts für Elektronenphysik (ZIE). In: *Evaluation der Evaluation. Forum Wissenschaft* 4/90 (1990), XIX–XX.
- Klenner, Hermann: Entstehung und Tätigkeit des Runden Tisches der weiland Akademie der Wissenschaften der DDR (1989/1990). In: Peer Pasternack (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, 13–25.
- Klinkmann, Horst: Die Situation der Akademie der Wissenschaften. In: Clemens Burrichter und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991, 33–36.
- : Absturz in die Zukunft. Die Akademie der Wissenschaften der DDR in der Wendezeit 1989/90. In: Peer Pasternack (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, 26–37
- Kocka, Jürgen: Ein Gutachter erwidert den Evaluierten. Jürgen Kocka zur Begutachtung der geisteswissenschaftlichen Institute der Akademie der Wissenschaften. *Der Tagesspiegel* (12. 09. 1991), 22.
- : Auch Wissenschaftler können lernen. Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam. Eine Entgegnung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (25. 08. 1993a), 31.
- : Infamer Seilschafts-Vorwurf. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02. 10. 1993b), 2.
- (Hg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin: Akademie Verlag 1993c.
- : Geisteswissenschaftliche Zentren: Die umstrittene Innovation. *Das Hochschulwesen* 42/3 1994a, 122–124.
- : Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR*. Stuttgart: Klett-Cotta 1994b, 547–553.
- : *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995.
- Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Neuen Bundesländern e.V., Gabriela Bähr und Renate Nickel (Hg.): *KAI. Entwicklung einer Abwicklung*. 03. 10. 1990 bis 31. 12. 1993. Berlin: Akademie Verlag 1995.
- Korbmann, Rainer: Inquisition im Osten. Editorial. *bild der wissenschaft* 5 (1991), 3.

Krüger, Hans-Peter: *Demission der Helden. Kritiken von innen 1983–1992*. Berlin: Aufbau Taschenbuch 1992.

———: *Perspektivenwechsel. Autopoiese, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich*. Berlin: Akademie Verlag 1993.

Krüger, Paul: Leistungsfähigkeit und Vielfalt der Forschungslandschaft Deutschland. Ansprache des Bundesministers für Forschung und Technologie. *MPG-Spiegel* 4/1993, 74–79.

Krull, Wilhelm: What Happened to East German Research? Reflections on the *Wissenschaftsrat's* Attempt to Evaluate and Restructure Non-University Research Institutions in Eastern Germany. *World Affairs* 154/1 (1991), 14–23.

———: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung in den neuen Ländern. *Naturwissenschaften* 79 (1992), 49–59.

———: The Evaluation and Restructuring of Non-University Research Institutions in East Germany by the Science Council – An Overview. International Conference on »Methodologies for Evaluating the Future Potential of Research Institutions«, Prag, 23. 03.–25. 03. 1992. Unveröffentlicht.

———: Beyond Unification: German Science and Technology Policy in Transition. Science and Technology Policy. Manuskript, 1994.

Küpper, Mechthild: Kant, Einstein und die Evaluierer. Das Einstein-Laboratorium in Babelsberg und seine letzte Tagung. *Der Tagesspiegel* (31. 08. 1991).

———: DDR-Zeitgeschichte mit Potsdamer Adresse. Noch sind die geisteswissenschaftlichen Zentren Provisorien / Wie eine Forschergruppe entsteht. *Der Tagesspiegel* (28. 03. 1993).

Lembruch, Gerd: Die improvisierte Vereinigung. Die Dritte deutsche Republik. *Leviathan* 18/4 (1990), 462–486.

Lepenies, Wolf: Wir sind kein besiehtes Land. *Die Zeit* 48 (23. 11. 1990).

———: *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*. Berlin: Siedler Verlag 1992.

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993.

Mayntz, Renate: Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 20/1 (1992), 64–82.

- : *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß: Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994a.
- (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994b.
- : Academy of Sciences in Crisis: A Case Study of a Fruitless Struggle for Survival. In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994c, 163–188.
- : Das deutsche Wissenschaftssystem nach der Vereinigung. *MPG-Spiegel* 5/1994d, 2–3.
- : Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 461–484.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1995, 39–72.
- Meermann, Horst: Pressekonferenz: Breites Spektrum ökologischer Forschung in der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1990, 21–23.
- Meske, Werner: *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz*. WZB Discussion Paper P 93–401. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1993.
- Meyer, Hans Joachim: Für eine Identität stiftende Kooperation. Interview Hans-Joachim Meyer. *MPG-Spiegel* 3/1994, 39–44.
- Meyer, Hansgünter: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik*. WZB Discussion Paper P 93–402. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1993.
- Miglo: Festversammlung: Gegen Nivellierung durch eine »Wissenschaftsunion«. *MPG-Spiegel* 4/1990, 20.
- : MPG gründet erste Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel* 2/1991, 11–13.
- Mitter, Armin und Stefan Wolle: Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (10.08.1993).

———: Inquisitoren auf der Faultierfarm. Gestern Bielefeld und Ost-Berlin, heute Potsdam. Wie flexibel dürfen Historiker sein? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (09.09.1993).

Myritz, Reinhard: *Streitsache: »Abwicklung« in Ostdeutschland*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft 1991.

Nach dem Umbruch bangt die DDR-Wissenschaft um ihre Reputation. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 6/90 (05.02.1990), 9–10.

Olim: Erste Fahrt in den Westen. *MPG-Spiegel* 2/1991, 17.

Ortleb, Rainer: Chancen der Erneuerung von Wissenschaft und Forschung in Europa nutzen. Ansprache des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. *MPG-Spiegel* 4/1992, 60–62.

Parthier, Benno: Analytische Betrachtungen zur Lage der naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Akademie der Wissenschaften der DDR. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991a), 195–198.

———: Die Lage der DDR-Wissenschaft nach der Wende. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991b), 181–187.

———: Zur Situation der Wissenschaft in der DDR. *Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* R.3/36 (1991c), 189–193.

Pasternack, Peer (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993.

Pauschal. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02.07.1991).

Priewe, Jan und Rudolf Hickel: *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*. Frankfurt am Main: Fischer 1991.

Reich, Jens: Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozess. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9/41 (1991), 29–36.

Rembser, Josef: Der europäische Forschungsmarkt der 90er Jahre. Was bedeutet er für die Fraunhofer-Gesellschaft? In: Gesamtbetriebsrat der Fraunhofer-Gesellschaft (Hg.): *Die Fraunhofer-Gesellschaft auf dem Weg in die 90er Jahre*. Pfinztal-Berghausen 1991, 22–30.

Renn, Jürgen: *Historical Epistemology and Interdisciplinarity*. Preprint 2. Berlin: Max-Planck-Institute for the History of Science 1994.

Reppen, Konrad: Wer soll unsere Zeitgeschichte erforschen? *Freiheit der Wissenschaft* 1 (1994), 13–14.

- Riesenhuber, Heinz: Wissenschaft – nur dem Anspruch der Wahrheit unterworfen. Ansprache des Bundesministers für Forschung und Technologie. *MPG-Spiegel* 4/1991, 56–61.
- Rolak: Dr. Michel Strauss: Zur Person. *MPG-Spiegel* 5/1993, 16.
- : Helmut Eschrig: Zurück in die Forschung. *MPG-Spiegel* 1/1994, 16.
- : Götz Nowak: Weiter nach dem Ende. *MPG-Spiegel* 4/1994, 17.
- Ronzheimer, Manfred: Aufbau peu à peu. Max-Planck-Institute in Brandenburg. *Deutsche Universitätszeitung* 11 (1995).
- Schäuble, Wolfgang: *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1991.
- Schelenz, Peter Maria: Spitzenstellung und kritische Blicke. Die Max-Planck-Gesellschaft im deutschen Forschungssystem. *Das Parlament* 45/11 (1995), 5.
- Schimank, Uwe: Etablierte Praxis und Adressatenmodell. Institutionelle Determinanten staatlicher Forschungssteuerung. *Forum Wissenschaft* 1/8 (1991), 51–56.
- Schimank, Uwe und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994.
- Schmidt, Hans: Verraten und verkauft. Ost-Wissenschaft im Umbruch. *bild der wissenschaft* 5 (1991), 32–35.
- Seibt, Gustav: Oasen in Sicht. Die Wissenschaft im Test: die Akademie der DDR wurde evaluiert. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (16.07.1991).
- Simon, Dieter: Evaluationssplitter. *Rechtshistorisches Journal* 10 (1991a), 399–425.
- : »Ihr habt viel niedergemäht«. Dieter Simon, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, über die Zukunft der Forschung in der Ex-DDR. *Der Spiegel* 27 (1991b), 40–47.
- : Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärts gewandte Rückschau. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (1992a), 29–36.
- : Ein Macher geht. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates zieht nach vier Jahren Amtszeit Bilanz. Interview. *Deutsche Universitätszeitung* 24 (1992b), 14–17.
- Sinn, Gerlinde und Hans-Werner Sinn: *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1991.

- Staab, Heinz A.: Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1990, 53–57, 60–63.
- Stand des Aufbaus und weitere Planung von Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Jahresbericht 1995*. München 1995, 25–36.
- Stoehr, Jochen: Diskussionsbemerkung. In: Clemens Burrichter und Eckart Förtsch (Hg.): *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Bonn, 7. bis 9. November 1990*. Erlangen: Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen 1991, 27.
- Streit um knappes Forschungs-Geld – Großforschung soll sparen. *dpa-Dienst für Kulturpolitik* 27/91 (01.07.1991).
- Stucke, Andreas: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (1992), 3–14.
- Stucke, Andreas: *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1993.
- Teltschik, Horst: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*. Berlin: Siedler 1991.
- Tidick, Marianne: Behutsamkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit von Forschung und Wissenschaft. *MPG-Spiegel* 4/1990, 51–53.
- Trepte, Andreas: Auf dem Weg zu einer einheitlichen Forschungslandschaft. *MPG-Spiegel* 5/1993, 31–38.
- : Auf Einladung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft kamen die Wissenschaftsminister der neuen Länder sowie der Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin am 7. und 8. April 1994 zu einem Arbeitstreffen nach München. *MPG-Spiegel*, 3/1994a 43.
- : Wissen für das 21. Jahrhundert. Thematische Schwerpunkte der Institute in den neuen Bundesländern. *MPG-Spiegel* 3/1994b, 44–51.
- Vogt, Eberhard: Träume um Stellen. Zentren für Geisteswissenschaftler der Ex-DDR? *Die Welt* (22. 11. 1991).
- Weidenmüller, Hans-Arwed: Komplexe Systeme in der Physik. In: Generalverwaltung der Max-Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1992*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1992, 23–33.

Wolf, Hans-Georg: German Unification as a Steamroller? The Institutes of the Academy of Sciences of the GDR in the Period of Transformation. In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with trouble. How science reacts to political disturbances of research conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 189–232.

———: An Academy in Transition: Organizational Success and Failure in the Process of German Unification. *Social Studies of Science* 25/4 (1995), 829–852.

Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft (AP). *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21.06.1990), 31.

Zacher, Hans F.: Herausforderungen an die Forschung. Ansprache des neuen Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1990, 63–68.

———: Verantwortung für die Flexibilität der MPG. Auszug aus dem Bericht des Präsidenten der MPG vor dem Wissenschaftlichen Rat. Über Prioritätensetzung zur Innovation. *MPG-Spiegel* 2/1991a, 27–29.

———: Die MPG im Prozess der deutschen Einigung. *MPG-Spiegel* 4/1991b, 62–69.

———: Forschung in einer demokratischen Gesellschaft. *Naturwissenschaften* 78 (1991c), 433–436.

———: Die deutsche Forschung lebt von der Pluralität. Ansprache des Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4/1992, 63–69.

———: Herausforderungen und Antworten. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4/1993a, 79–85.

———: *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*. Heidelberg: C. F. Müller Juristischer Verlag 1993b.

———: Bewährungsprobe für unser Forschungssystem. *MPG-Spiegel* 2/1994a, 52–61.

———: Forschung in der Krise der Gesellschaft. Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4/1994b, 81–89.

Ziegler, Hansvolker: Ein Stück Zukunft vertan. Der Niedergang der Industrieforschung Ost. *Deutschlandarchiv* 26/6 (1993), 689–702.

Zimmer, Dieter E.: Sag mir, wo die Forscher sind. *Die Zeit* 32 (31.7.1992), 33.

VI.5. Literatur vor 1989 und seit 1995

Ash, Mitchell G.: Geschichtskulturen, Geschichtswissenschaft und der ostdeutsche Historikerstreit. *Geschichte und Gesellschaft* 24/2 (1998), 283–304.

———: Scientific Changes in Germany 1933, 1945 and 1990: Towards a Comparison. *Minerva* 37/4 (1999), 329–354.

———: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 32–51.

———: Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchszeiten – 1933, 1945 und 1990 im Vergleich. *Acta Historica Leopoldina* 39 (2004), 75–95.

———: Learning from Persecution: Émigré Jewish Social Scientists' Studies of Authoritarianism and Anti-Semitism after 1933. In: Beate Meyer und Marion Kaplan (Hg.): *Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. Göttingen: Wallstein Verlag 2005, 271–294.

———: Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun? In: Rüdiger vom Bruch und Aleksandra Pawliczek (Hg.): *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006, 19–37.

———: Wissenschaft und Verantwortung. Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: Rainer Christoph Schwinges (Hg.): *Universität im öffentlichen Raum*. Basel: Schwabe 2008, 311–344.

———: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010a), 11–46.

———: »Wie im Westen so auf Erden«? – Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess. In: Jürgen Kocka, Corina Weber und Jörg von Bilavsky (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen*. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2010b, 45–55.

———: Ressourcenaustausche. Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: epubli 2015, 307–341.

———: Reflexionen zum Ressourcenansatz. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und

- Florian Schmaltz (Hg.): *essourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 535–553.
- : Hochschulelitenwechsel in vergleichender Perspektive: 1918, 1933/38, 1945, 1989/90. In: Jens Blecher und Jürgen John (Hg.): »Hochschulumbau Ost«. *Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, im Erscheinen.
- Bartz, Olaf: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007.
- Bessel, Richard und Ralph Jessen (Hg.): *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1996.
- Bierwisch, Manfred: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß – Versuch einer Bilanz. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 485–508.
- Bonolis, Luisa und Juan-Andres Leon: Gravitational-Wave Research as an Emerging Field in the Max Planck Society. The Long Roots of GEO600 and of the Albert Einstein Institute. Unveröffentlichtes Manuskript, 2020.
- Bourdieu, Pierre: *Science of Science and Reflexivity*. Übersetzt von Richard Nice. Cambridge: Polity Press 2004.
- Carroll, Patrick: *Science, Culture, and Modern State Formation*. Berkeley, CA: University of California Press 2006.
- Connelly, John und Michael Grüttner (Hg.): *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*. Paderborn: Schöningh 2003.
- Fuchs, Hans-Werner: *Bildung und Wissenschaft seit der Wende. Zur Transformation des ostdeutschen Bildungssystems*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 1997.
- Gómez Rodríguez, Amparo, Antonio Francisco Canales Serrano und Brian Balmer (Hg.): *Science Policies and Twentieth-Century Dictatorships. Spain, Italy and Argentina*. Farnham: Ashgate Publishing 2015.
- Görtemaker, Manfred (Hg.): *25 Jahre Universität Potsdam. Rückblicke und Perspektiven*. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2016.
- Gruss, Peter: Vorwort. Der Aufbau in den neuen Bundesländern – die Max-Planck-Gesellschaft

- zieht erfolgreich Bilanz. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München 2003, 2–4.
- Hagner, Michael I.: Mind Reading, Brain Mirror, Neuroimaging: Insight into the Brain or the Mind? In: Mitchell G. Ash und Thomas Sturm (Hg.): *Psychology's Territories. Historical and Contemporary Perspectives from Different Disciplines*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates 2007, 287–303.
- Hoffmann, Dieter und Ingo Peschel: *Man möchte ja zu seinem Fach etwas beitragen. Peter Fulde: Physiker, Organisator, Brückenbauer*. Preprint 485. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2016.
- Jarausch, Konrad H.: *The Rush to German Unity*. New York, NY: Oxford University Press 1994.
- : *Die unverhoffte Einheit*. 1989–1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1995.
- : Säuberung oder Erneuerung? Zur Transformation der Humboldt-Universität 1985–2000. In: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann, Konrad H. Jarausch, Jürgen John und Matthias Middell (Hg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 327–351.
- : Das Ringen um Erneuerung 1985–2000. In: Konrad H. Jarausch, Matthias Middell und Annette Vogt (Hg.): *Geschichte der Universität Unter den Linden. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010*. Berlin: Akademie Verlag 2012, 555–690.
- Jesse, Eckhard: *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19–1933–1945/49–1989/90*. Köln: Böhlau Verlag 2010.
- Joas, Hans und Martin Kohli (Hg.): *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1993.
- John, Jürgen: »Hochschulumbau Ost«. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive. *Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung* 26/2 (2017), 155–166.
- Klein, Fritz: *Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen*. Frankfurt am Main: Fischer 2000.
- Kleßmann, Christoph und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39 (1996), 3–14.
- Kocka, Jürgen und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im*

- Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998.
- Kocka, Jürgen, Corina Weber und Jörg von Bilavsky (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen. Dokumentation*. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2010.
- Kolboske, Birgit: *Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen*. Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft«, Preprint 3. Berlin 2018.
- König, Fritz: Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart. 1989–2009. In: Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.): *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Das zwanzigste Jahrhundert. 1909–2009*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2010, 783–910.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: C. H. Beck 2019.
- Krauth, Wolf-Hagen und Ralf Wolz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998.
- Laitko, Hubert: Vorsichtige Annäherung. Akademisches *vis-à-vis* im Vorwende-Berlin. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 309–338.
- Latour, Bruno: *Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press 1987.
- Lax, Gregor: *Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000*. Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft«, Preprint 12. Berlin 2020
- Leendertz, Ariane: Ein gescheitertes Experiment – Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel, Dieter Hoffmann und Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2014, 243–262.
- : Die Politik der Entpolitisierung. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): *»Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der*

- Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: Edition Open Access 2015, 287–306.
- : Konkurrenzfähigkeit und globaler Wettbewerb. Zum Wandel der Personalpraxis der Max-Planck-Gesellschaft 1973–2016. Teil 1. Unveröffentlicht 2018.
- Lepsius, M. Rainer: Die deutsche Vereinigung: Ereignisse, Optionen und Entscheidungen. In: Wolfgang Schluchter und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001, 39–63.
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1984.
- : *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1992
- Macrakis, Kristie: Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung. Die Leopoldina und das Machtdreieck in Ostdeutschland. In: Dieter Hoffmann und Kristie Macrakis (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*. Berlin: Akademie Verlag 1997, 147–169.
- Maier, Charles S.: *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*. Princeton, NJ: Princeton University Press 1997.
- : Essay: Die ostdeutsche Revolution. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2009, 553–575.
- Markl, Hubert: Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft: Innovation und Evaluation. Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. Hubert Markl bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 4. Juni 1997 in Bremen. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1997*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 13–36.
- Marshall, Barbara: *Die deutsche Vereinigung in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994*. Berlin: Duncker & Humblot 2016.
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München 2003.
- Max-Planck-Institut für molekulare Zellbiologie und Genetik Dresden. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 407–408.
- Max-Planck-Institut für Biogeochemie Jena. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck &

- Ruprecht 1999, 455–463.
- Max-Planck-Institut für chemische Ökologie Jena. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 325–333.
- Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1997*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997, 673.
- Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme Magdeburg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, 453–454.
- Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung Halle/Saale. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 2000*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2000, 789–799.
- Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie Leipzig. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1999*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, 755–766.
- Meer, Horst van der: The End of a European Tradition in Scholarship and Culture? In: Hanna Behrend (Hg.): *German Unification. The Destruction of an Economy*. London: Pluto Press 1995, 167–198.
- Meinhold, Gottfried: *Der besondere Fall Jena. Die Universität im Umbruch 1989–1991*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014.
- Meyer, Hans Joachim: *In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten Deutschland*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag 2015.
- Müntz, Klaus und Ulrich Wobus: *Das Institut Gatersleben und seine Geschichte. Genetik und Kulturpflanzenforschung in drei politischen Systemen*. Berlin: Springer Spektrum 2013.
- Papenfuß, Dietrich und Wolfgang Schieder (Hg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*. Köln: Böhlau Verlag 2000.
- Paqué, Karl-Heinz: *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*. München: Carl Hanser Verlag 2009.
- Parthier, Benno und Sybille Gerstengarbe: Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen. Das Beispiel Leopoldina. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien*

- der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 203–228.
- Pasternack, Peer: »Demokratische Erneuerung«. *Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995*. Weinheim: Beltz 1999.
- : Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990. In: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann, Konrad H. Jarausch, Jürgen John und Matthias Middell (Hg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 309–326.
- Pinkau, Klaus: Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin als Alternative. Vorgeschichte und Gründung. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin: Akademie Verlag 2002, 283–290.
- Pommerin, Reiner: *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*. Köln: Böhlau Verlag 2003.
- Raynaud, Philippe: Politics, Policy. *Dictionary of Untranslatables. A Philosophical Lexicon*. Herausgegeben von Barbara Cassin, Emily Apter, Jacques Lezra und Michael Wood. Übersetzt von Steven Rendall, Christian Hubert, Jeffrey Mehlman, Nathanael Stein und Michael Syrotinski. Princeton, NJ: Princeton University Press 2014, 803–804.
- Renn, Jürgen: Die MPG und die Entdeckung der Gravitationswellen – verpasste Chancen und was man aus ihnen lernen kann. Unveröffentlichtes Manuskript, 2020.
- Renn, Jürgen und Matthias Schemmel (Hg.): *Culture and Cognition. Essays in Honor of Peter Damerow*. Berlin: Max Planck Institute for the History of Science 2019.
- Ritter, Gerhard A.: Großforschung und Staat in Deutschland. *Ein historischer Überblick*. München: C. H. Beck 1992.
- (Hg.): 1989–1994. *Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung*. Bd. 11. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2007a.
- : *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*. 2. Aufl. München: C. H. Beck 2007b.
- : Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2009, 537–552.
- Rödter, Andreas: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: C. H. Beck 2009.

- Roelcke, Volker: Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion: Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33 (2010), 176–192.
- Rothfels, Hans: Die Zeit, die dem Historiker zu nahe liegt. In: Max-Planck-Institut für Geschichte (Hg.): *Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1971, 28–35.
- Sabrow, Martin: Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989. In: Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht (Hg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*. München: C. H. Beck 2003, 114–137.
- : *Die Zeit der Zeitgeschichte*. Göttingen: Wallstein Verlag 2012a.
- : Zäsuren in der Zeitgeschichte. In: Frank Bösch und Jürgen Danyel (Hg.): *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012b, 109–130.
- Sachse, Carola: Was bedeutet »Entschuldigung«? Die Überlebenden medizinischer NS-Verbrechen und die Max-Planck-Gesellschaft. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 34/3 (2011), 224–241.
- : Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*. 2. Aufl. Berlin: Edition Open Access 2015, 243–268.
- : Die MPG im Feld der internationalen Politik 1945–1995. In Vorbereitung.
- Sauer, Joachim: Die Kunst war, morgens noch in den Spiegel schauen zu können. Interview mit Georg Scholl. *Humboldt kosmos* 96 (2010), 22–29.
- : Der zerrissene Osten und die gelungene Wiedervereinigung. *Nachrichten aus der Chemie* 59/1 (2011), 36–39.
- Schluchter, Wolfgang: *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1996.
- Schluchter, Wolfgang und Peter E. Quint (Hg.): *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001.
- Schwinn, Oliver: *Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich 1997.

- Segert, Dieter: *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*. Wien: Böhlau Verlag 2008.
- Seibel, Wolfgang: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2005.
- Simon, Dieter: Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998a, 509–523.
- : Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. 1945 bis zur Gegenwart. Teil 1. Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck 1998b, 390–396.
- Sinn, Hans-Werner: *Auf der Suche nach der Wahrheit. Autobiographie*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag 2018.
- Solingen, Etel (Hg.): *Scientists and the State. Domestic Structures and the International Context*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press 1994.
- Stark, Isolde: Der Runde Tisch der Akademie und die Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR nach der Herbstrevolution 1989. Ein gescheiterter Versuch der Selbsterneuerung. *Geschichte und Gesellschaft* 23/3 (1997), 423–445.
- Süß, Werner: Der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90. Politische Strategie zwischen Euphorie und Bürokratie. In: Werner Süß (Hg.): *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 29–49.
- Thijs, Krijn: Geschichte im Umbruch. Lebenserfahrung und Historiker-Begegnungen nach 1989. In: Franka Maubach und Christina Morina (Hg.): *Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 386–448.
- : Der Unabhängige Historiker-Verband und die Vereinigung der deutschen Geschichtswissenschaften 1990. In: Matthias Berg, Olaf Blaschke, Martin Sabrow, Jens Thiel und Krijn Thijs (Hg.): *Die versammelte Zunft. Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000*. Göttingen: Wallstein Verlag 2018, 653–680.
- Trischler, Helmuth und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Frauenhofer Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999.
- Walther, Peter Th.: Kleine Fehlerdiskussion. Eine moderat-polemische und essayistische Skizze mit Fakten, Interpretationen und Anregungen zu einer künftigen Studie zur Entwicklung der Akademien der Wissenschaften in Berlin 1989–1993. *Sitzungsberichte der*

Leibniz-Sozietät 81 (2005), 115–134.

Weber, Max: Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften (1918). In: Johannes Winckelmann (Hg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1968, 489–540.

Wirsching, Andreas: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2006.

———: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*. München: C. H. Beck 2012.

Wolf, Hans Georg: *Organisationsschicksale im deutschen Einigungsprozeß. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996.

Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta 2006.

VI.6. Literatur aus dem Internet

pro-physik.de: 25 Jahre IPP Greifswald. Weltweit größter Stellerator Wendelstein 7-X demonstriert in Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeit des Fusionsdauerbetriebs, 26.07.2019. <https://www.pro-physik.de/nachrichten/25-jahre-ipp-greifswald>. Zuletzt aufgerufen am 06.02.2020.

Burkart Philipp. *Wikipedia*, 2017. https://de.wikipedia.org/wiki/Burkart_Philipp. Zuletzt aufgerufen am 16.04.2020.

Die Chancen der Krise. *Der Spiegel* 36 (1993), 30–38.

Fritz-Vannahme, Joachim: Knapp bei Kasse. Paul Krüger, Minister für Forschung und Technologie, ist nicht zu beneiden. *Die Zeit* 45 (5. 11. 1993). <https://www.zeit.de/1993/45/knapp-bei-kasse/komplettansicht>. Zuletzt aufgerufen am 30.12.2019.

Goenner, Hubert: Some Remarks on the Early History of the Albert Einstein Institute. Berlin 2016. DOI: arXiv:1612.01338v1 [physics.hist-ph]

Hanke, Thomas: Auf rascher Talfahrt. Zum Jahreswechsel steckt die deutsche Wirtschaft im Tief. Nur das Ausland und die Bundesbank können jetzt helfen. *Die Zeit* 01 (01. 01. 1993). <https://www.zeit.de/1993/01/auf-rasche-talfahrt>. Zuletzt aufgerufen am 25. 12. 2019.

Kirschner, Jürgen: Go, Trabi, go. Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen – an einem Max-Planck-Institut in Halle. Ein experimentalphysikalischer Erfahrungsbericht.

Die Zeit (17. 10. 1997). https://www.zeit.de/1997/43/Go_Trabi_go. Zuletzt aufgerufen am 29. 12. 2019.

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam: Geschichte, 10. 06. 2015.
<https://zzf-potsdam.de/de/institut/geschichte>. Zuletzt aufgerufen am 03. 07. 2020.

Max-Planck-Institut für Plasmaphysik: Geschichte des IPP. <https://www.ipp.mpg.de/9982/geschichte>. Zuletzt aufgerufen am 06. 02. 2020.

Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung: Geschichte und Entwicklung.
<https://www.mpikg.mpg.de/6826/history>. Zuletzt aufgerufen am 28. 04. 2020.

Max Planck Institute for Gravitational Physics (Albert Einstein Institute): History.
<https://www.aei.mpg.de/90053/1-History>. Zuletzt aufgerufen am 24. 05. 2020.

Merkel, Reinhard: Ein bekennender Bayer. Der neue Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.
Die Zeit 26 (22. 06. 1990).

Milch, Isabella: Fusionsanlage Wendelstein 7-AS stillgelegt – Bilanz einer Erfolgsgeschichte.
Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, 05. 08. 2002. https://www.ipp.mpg.de/ippcms/de/presse/archiv/06_02_pi. Zuletzt aufgerufen am 06. 02. 2020.

VII. Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:

Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezogen auf die MPG, 23. Juli 1991

Quelle: Materialien der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des wissenschaftlichen Rats am 23. Oktober 1991 in Heidelberg, Bl. 10–11, AMPG, II. Abtlg., Rep. 62, Nr. 1491.

Abbildung 2:

Institute, Arbeitsgruppen und Außenstellen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern. Stand: 11. Mai 1992. Ohne geisteswissenschaftliche Schwerpunkte.

Quelle: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft: Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993, 8.

Abbildung 3:

Aktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und in Berlin. Stand: 15. März 1993. Mit geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten.

Quelle: Pressereferat der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Gesellschaft: Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz*. München 1993, 45 verso.

Abbildung 4:

Forschungsförderung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins. Stand: 1. Januar 1996.

Quelle: *MPG-Jahresbericht* 1995, 35.

Abbildung 5:

Entwicklung der Stipendiatenzahlen der MPG 1983–1992. Stichtag 1. Januar 1993

Quelle: *Max-Planck-Gesellschaft, Berichte und Mitteilungen* 1993/2, 59.

Abbildung 6:

Beschäftigte der Max-Planck-Gesellschaft 1985–1994. Stichtag 1. Januar 1994

Quelle: *Max-Planck-Gesellschaft, Berichte und Mitteilungen* 1994/2, 40.

Abbildung 7: 1993–1994 projektierte und ab 1995 realisierte Gründungen von Einrichtungen der MPG nach Sektionen

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München: 2003, mit Ergänzungen aus dem *MPG-Jahrbuch*.

VIII. Personenverzeichnis

A

Adorno, Theodor W. 265
Albach, Horst 54
Antonietti, Markus 128
Arendt, Hannah 265
Aurich, Horst 24

B

Bachelard, Gaston 203
Baldwin, Ian T. 308
Baltes, Paul 200, 204, 290
Bartholomé, Klaus 111
Beier, Friedrich-Karl 58
Bethge, Heinz 30, 53, 61, 95, 119, 120, 290
Biedenkopf, Kurt 85, 152, 179, 181, 183, 185,
238, 239, 287
Bierwisch, Manfred 30, 51, 66, 67, 74, 78, 92,
289, 305
Bludau, Barbara 15, 313
Boesch, Christophe 309
Boland, Wilhelm 308
Bourdieu, Pierre 9
Bradshaw, Alexander M. 59, 89, 124
Breitenbach, Dieter 190
Breuel, Birgit 161
Bruch, Rüdiger vom 17
Brunn, Anke 97, 155, 167, 168, 287
Budach, Lothar 57
Budig, Peter-Klaus 24, 28
Bulle, Helmut 89
Burrichter, Clemens 29, 30, 47
Butenandt, Adolf 53

C

Canguilhem, Georges 203
citationID 99, 212
Comrie, Bernard 309
Cramon, Detlev Yves von 209

D

Damerow, Peter 197, 199
Damour, Thibault 213
Daston, Lorraine 198, 199, 200, 202, 203
Diepgen, Eberhard 181
Dohnanyi, Klaus von 59

E

Edelstein, Wolfgang 193, 197, 199
Ehlers, Jürgen 212, 213, 215, 217, 218
Ehrhardt, Manfred 14, 136, 137, 139, 140,
168, 169, 171, 172, 185, 230, 244, 245, 248,
252, 253, 287
Eichmann, Klaus 135
Eigen, Manfred 145, 219, 220
Einstein, Albert 211, 212, 213, 214, 216, 217
Enderlein, Hinrich 212, 256
Engler, Wolfgang 266
Erichsen, Hans-Uwe 162, 252, 253, 289
Ertl, Gerhard 89, 123, 126
Eschrig, Helmut 78, 310
Eser, Albin 69
Eucken, Walter 151, 152

F

Färber, Christian 190
Fickel, Ulrich 111, 112, 185
Fischer, Gunter S. 296, 310
Fischmeister, Hellmut 122, 123, 124, 153
Foucault, Michel 7
Freye, Hans-Albrecht 112
Friederici, Angela D. 209, 210, 211
Frieser, Ina 54
Fritzschn, Harald 76
Fromm, Beatrice 61, 72, 74, 75, 76, 89, 112,
113, 169, 189, 254, 291
Frühwald, Wolfgang 99, 100, 169, 255, 261,
262, 264
Fulde, Peter 78, 79, 142, 143, 144, 145, 146,
218, 219, 296
Fussmann, Gerd 248

G

Gabriel, Helmut 91
Galison, Peter 199
Gierer, Alfred 200
Giersch, Herbert 152
Gigerenzer, Gerd 199, 200
Gilles, Ernst Dieter 310
Globig, Michael 238

- Glotz, Peter 151
 Gösele, Ulrich M. 123, 124
 Groehler, Olaf 259, 260, 261
 Grossmann, Siegfried 142
 Grote, Claus 51, 54
 Grübel, Hartmut 32, 35, 41, 87, 100, 101, 261
 Grünewald, Herbert 288
 Grunwald, Reinhard 46, 52
 Gruss, Peter 311, 312
 Guicciardini, Luigi 265
- H**
- Habermas, Jürgen 304
 Haerendel, Gerhard 89, 96, 97
 Hahlbrock, Klaus 136, 139, 205, 219, 290
 Hann, Christopher 310
 Harder, Günter 89
 Harnack, Adolf von 52
 Hasenclever, Wolfgang 15, 18, 30, 39, 51, 54, 56, 57, 58, 59, 81, 82, 96, 97, 99, 101, 113, 114, 115, 123, 134, 145, 154, 162, 163, 166, 170, 174, 176, 183, 189, 190, 224, 225, 226, 227, 228, 245, 246, 257, 261, 291, 295, 313
 Hasselmann, Klaus 89
 Hausen, Harald zur 289
 Hawking, Stephen 218
 Hayek, Friedrich August von 149, 151, 152
 Heidorn, Frank 260, 261
 Henkel, Hans-Olaf 80, 173
 Henzler, Herbert 233
 Herrhausen, Alfred 288
 Herrmann, Klaus 30, 31, 32, 34, 35
 Hess, Benno 103, 136, 145, 200
 Heydenreich, Johannes 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 129, 137, 158, 296, 310
 Hitler, Adolf 252
 Hockerts, Hans Günter 154
 Hoffmann, Karl-Heinz 238, 261, 262, 295
 Hofschneider, Peter Hans 113
 Hohn, Hans-Willy 270, 272
 Hulse, Russell A. 216
 Husung, Hans-Georg 54
- Huttner, Wieland 309
 Hyman, Anthony 309
- J**
- Jahoda, Marie 265
 Jarausach, Konrad H. 256, 263
 Jesse, Eckhard 15
 Jobst, Eberhardt 89
 Jost, Jürgen 308
 Junker, Reinhard 31
- K**
- Kahlweit, Manfred 128, 184
 Kaufmann, Stefan H. E. 134, 135, 136, 137
 Keinath, Wieland 101, 203, 250, 253, 254, 263
 Kern, Horst Franz 89, 96, 97
 Kind, Dieter 145
 Kirschner, Jürgen 123, 124
 Klein, Fritz 256
 Kleinschmidt, Klaus 300
 Klein, Wolfgang 89
 Klemm, Peter 164, 168, 169, 171, 176, 177, 287
 Kleßmann, Christoph 256
 Klinkmann, Horst 22, 23, 40, 46, 47, 64, 90, 95, 271, 289
 Kocka, Jürgen 98, 100, 154, 249, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 263
 Köhler, Eberhart 89
 Kohl, Helmut 19, 20, 22, 25, 26, 86, 160, 238
 Kompa, Karl Ludwig 128
 Koselleck, Reinhart 265
 Kötz, Hein 131
 Krause, Günther 224
 Kreiser, Lothar 260, 261
 Krelle, Wilhelm 149, 152
 Kröll, Walter 161
 Krüger, Hans-Peter 195, 202, 266
 Krüger, Lorenz 194, 195, 198, 199, 200, 201, 202, 203
 Krüger, Paul 190, 206, 224, 225, 228, 234, 235, 236, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 246, 247, 248, 265, 268, 269, 283, 287, 311, 312

Krull, Wilhelm 42, 75, 89, 91, 140, 233, 238,
242, 243, 254, 255, 278
Kuczynski, Jürgen 66, 301
Kuenheim, Eberhard von 288
Küttler, Wolfgang 202
L
Latour, Bruno 6
Laube, Adolf 57
Leendertz, Ariane 11, 269
Lepenies, Wolf 14, 194
Lepsius, M. Rainer 27
Leussink, Hans 168, 169
Levelt, Willem J. M. 204
Lewin, Kurt 265
Lipowsky, Reinhard 128
Luhmann, Niklas 10, 266, 268, 272
Lüst, Reimar 252, 261
M
Maes, Gerhard 85, 184, 289
Maier, Charles S. 256
Maizière, Lothar de 23, 26
Maizière, Thomas de 184
Markl, Hubert 15, 22, 23, 69, 86, 164, 303, 306,
311, 312, 313
Marsch, Edmund 45, 184, 246
Mayer, Karl Ulrich 308
Mayntz, Renate 45, 74, 93, 105, 191, 192, 193,
195, 196, 197, 270, 271, 272, 273, 274, 275,
276, 277, 278, 290
Melchers, Georg 155
Merton, Robert 15
Mestmäcker, Ernst-Joachim 146, 147, 149,
151, 152, 221, 290
Meyer, Hans Joachim 24, 76, 82, 83, 85, 146,
152, 182, 183, 211, 230, 232, 252, 287, 298
Meyer, Thomas F. 137
Mitchell-Olds, Thomas 308
Mitter, Armin 258, 259
Möhwald, Helmuth 128
Möllemann, Jürgen 20, 86, 282
Möller, Horst 257
Montag, Günther 89
Müller-Berghaus, Gert 79

Müller, Ernst-August 140
Müller, Stefan 308
Mundt, Wolfgang 57
N
Neher, Erwin 59
Neugebauer, Gernot 212
Neusel, Hans 26
Neuweiler, Gerhard 255
Nickel, Dietmar 54, 56, 73, 74
Nilius, Bernd 59
Nowak, Götz 79
Nowak, Siegfried 22, 57
O
Oesterheld, Dieter 89
Oexle, Otto Gerhard 193, 194, 197, 302
Ortleb, Rainer 172
Overhaus, Manfred 287
P
Pääbo, Svante 309
Paqué, Karl-Heinz 160
Parthier, Benno 30, 57, 61, 62, 66, 67, 68, 85,
139, 289, 290, 305
Pasternack, Peer 16
Pasternak, Günter 57
Peters, Jan 78, 79, 80
Pfeiffer, Anton 177, 178, 186, 189, 238, 260,
261, 264
Philipp, Burkhard 125, 126, 127, 128, 129, 296
Pinkau, Klaus 46, 47, 54, 73, 165, 173, 239,
240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 248, 289,
290
Prentice, I. Colin 309
Prinz, Wolfgang 200, 203, 204, 206
R
Rau, Johannes 68, 86, 287
Reichardt, Werner 142
Reich, Jens 265
Rembser, Josef 23, 28, 29, 33, 82, 96, 97
Renn, Jürgen 193, 194, 199, 200, 201, 202,
203, 315
Reppen, Konrad 259
Reuter, Edzard 238, 239, 288
Rheinberger, Hans-Jörg 203

- Riedmüller, Barbara 58, 62, 65
- Riesenhuber, Heinz 22, 23, 27, 31, 34, 39, 40, 43, 46, 61, 64, 68, 69, 70, 71, 77, 78, 81, 86, 90, 95, 114, 158, 159, 160, 164, 173, 185, 233, 234, 250, 256, 270, 281, 282, 287
- Ritter, Gerhard A. 20, 266
- Rödder, Andreas 159
- Rohwedder, Detlev 288
- Röller, Wolfgang 288
- Rothfels, Hans 13
- Rühle, Manfred 123
- Rüttgers, Jürgen 14, 29, 248, 265, 287, 312, 313
- S**
- Sabrow, Martin 13, 19
- Sackmann, Horst 74
- Saedler, Heinz 138
- Sauer, Joachim 79, 80, 295
- Scharpf, Fritz W. 154, 191, 192, 224, 270, 290
- Schäuble, Wolfgang 26, 36
- Schaumann, Fritz 26
- Scheler, Werner 21, 51, 52, 57
- Schell, Jozef 89
- Schettler, Gotthard 29, 289
- Schieren, Wolfgang 288
- Schilling, Günther 112
- Schimank, Uwe 270, 271, 272, 274
- Schimel, David 309
- Schlee, Günther 310
- Schluchter, Wolfgang 266, 286
- Schmidt, Helmut 147, 159, 171, 252, 288
- Schmutzer, Ernst 74, 111, 112, 213, 292
- Schnering, Hans Georg von 79, 80
- Schnoor, Steffie 183, 184
- Schulenberg, Peter 55
- Schüller, Alfred 149, 152
- Schulze, Bert-Wolfgang 308
- Schulze, Ernst-Detlef 309
- Schutz, Bernard Frederick 217, 218
- Schwarz, Uli 210, 290
- Schwinn, Oliver 160
- Segert, Dieter 44
- Seite, Berndt 184, 246
- Simon, Dieter 24, 30, 34, 40, 42, 43, 58, 66, 68, 71, 75, 91, 92, 93, 95, 99, 271, 286, 289, 298
- Simons, Kai 309
- Singer, Wolf 89, 204, 210
- Sinn, Gerlinde 149
- Sinn, Hans-Werner 149, 152
- Sobetzko, Werner 114
- Späth, Lothar 85, 288
- Spieß, Hans-Wolfgang 127, 128
- Staab, Heinz A. 43, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 61, 63, 64, 65, 69, 70, 71, 72, 73, 147, 161, 164, 169, 282, 315
- Stein, Martin 155, 247
- Stoehr, Jochen 48
- Stolleis, Michael 221
- Straumann, Norbert 213
- Streibl, Max 188
- Streit, Manfred 149, 185
- Stucke, Andreas 274
- Süß, Werner 16, 27
- Sydow, Peter 57
- Syrbe, Max 28, 44, 167, 270, 289
- T**
- Taylor, Joseph H. 216
- Terpe, Frank 23, 31, 33, 34, 40, 41, 43, 46, 90
- Tidick, Marianne 69, 70, 71, 244, 245, 247, 287
- Trautner, Thomas 103, 134, 207, 219
- Treder, Hans-Jürgen 211
- Trepte, Andreas 177, 181, 182, 189, 291
- Treusch, Joachim 244, 289
- Trischler, Helmuth 17
- V**
- Vaupel, James 308
- Vierhaus, Rudolf 100
- Vogel, Bernhard 230, 287
- W**
- Walther, Herbert 44, 73, 75, 76, 89, 95, 97, 114, 119, 290
- Weber, Max 6, 10
- Wegner, Gerhard 125, 126, 142, 144, 145, 213, 220, 290
- Weidenmüller, Hans-Arwed 89, 125, 141, 142, 143, 145

Weiler, Elmar 140
Weinert, Franz Emanuel 89, 183, 184, 194,
200, 221, 224, 228, 251, 253, 254, 255, 257,
260, 262, 263, 290
Weiss, Cornelius 183, 211
Weule, Hartmut 233
Wiesenthal, Helmut 266
Wilhelmi, Bernd 57
Willmitzer, Lothar 137, 138, 139, 140
Wilms, Dorothee 260, 261
Winkler, Heinrich August 258
Wintgen, Dieter 146
Wissmann, Matthias 185, 186, 189, 228, 287
Witt, Ulrich 153
Wolf, Hans-Georg 271, 274
Wolle, Stefan 258, 259

Z

Zacher, Hans F. 12, 40, 43, 44, 46, 47, 52, 59, 64,
65, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 77, 80,
81, 85, 86, 87, 92, 93, 95, 101, 102, 103, 104,
106, 107, 109, 111, 112, 113, 114, 115, 116,
117, 118, 120, 122, 123, 124, 126, 129, 131,
132, 137, 138, 140, 141, 145, 146, 152, 153,
154, 155, 158, 159, 161, 162, 163, 167, 169,
170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178,
179, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188,
191, 200, 201, 202, 203, 204, 209, 212, 213,
218, 219, 225, 226, 228, 229, 230, 235, 236,
237, 238, 239, 241, 243, 244, 246, 247, 251,
252, 253, 254, 255, 257, 266, 267, 268, 269,
270, 278, 282, 289, 290, 291, 295, 298, 299,
300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 309, 312,
313, 314, 315
Zehetmair, Hans 243, 244, 287
Zeidler, Eberhard 308
Zerial, Marino 309
Zeuner, Albrecht 115
Ziller, Gebhard 23, 46, 96, 160, 186, 261, 263
Zobel, Hans-Jürgen 89

Danksagungen

Eine Studie von diesem Umfang kann ohne die Hilfe anderer wohl kaum das Licht der Welt erblicken. Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis mehrerer Gastaufenthalte am GMPG-Projekt in Berlin. Zuallererst ist also dem Kollegium des Projekts – Jürgen Kocka, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz – für seine kritische Lektüre des Manuskripts sowie den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen für ihre Diskussionsbereitschaft innerhalb und außerhalb der Kolloquien, für ihre wertvollen Hinweise und vor allem für ihre Geduld zu danken. Urs Schoepflin und den vielen im Hintergrund tätigen Digitalisierungsverantwortlichen danke ich für die problemlose Bereitstellung digitalisierter Quellen und für ihre Hinweise zum Umgang mit diesen sowie den studentischen MitarbeiterInnen für ihre Hilfe bei der Vervollständigung und Richtigstellung der zahlreichen Archivquellennachweise im Text. Kristina Schönfeldt danke ich für ihre freundliche Hilfe im Umgang mit den administrativen Belangen dieser nicht ganz einfach zu bewerkstelligen Forschungsarbeit. Ohne die Unterstützung des GMPG-Projekts wäre auch die Forschung im Bundesarchiv in Koblenz nicht möglich gewesen; den dortigen ArchivarInnen und MitarbeiterInnen danke ich für ihre Hilfe beim Zusammensuchen von Quellen und bei der Beantragung der notwendigen Schutzfristverkürzungen sowie für weitere Hinweise. Den InterviewpartnerInnen, deren Namen im Quellen- und Literaturverzeichnis angeführt werden, danke ich für sehr informative Gespräche. *Last not least* danke ich Birgit Kolboske und den Editor@s, Kristina Langrock sowie insbesondere der hervorragenden Lektorin Saskia Haag in Wien für ihre großzügige Hilfe bei der Erstellung und Berichtigung der Druckvorlage.

Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« – Preprints

Thomas Steinhauser, Hanoch Gutfreund und Jürgen Renn: »A Special Relationship: Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation«. Preprint 1: 2017.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext: Die Ära Heimpel«. Preprint 2: 2017.

Birgit Kolboske: »Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen«. Preprint 3: 2018.

Jaromír Balcar: »Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH«. Preprint 4: 2018.

Gregor Lax: »Von der Atmosphärenchemie zur Erforschung des Erdsystems. Beiträge zur jüngeren Geschichte des Max-Planck-Instituts für Chemie (Otto-Hahn-Institut), 1959–2000«. Preprint 5: 2018.

Doris Kaufmann: »Konrad Lorenz: Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre«. Preprint 6: 2018.

Jaromír Balcar: »Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung«. Preprint 7: 2019.

Juliane Scholz: »Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft«. Preprint 8: 2019.

Ulrich Magnus: »Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949-2000«. Preprint 9: 2020.

Felix Lange: »Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945-2002«. Preprint 10: 2020.

Eberhard Eichenhofer: »Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, 1975-2000«. Preprint 11: 2020.

Gregor Lax: »Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000«. Preprint 12: 2020.

Bezugsadresse

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin

E-Mail: gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Sie finden alle Preprints auch online auf der Website des Forschungsprogramms unter:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/publikationen>

gmpg



FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

